

Redaktionsschluss: 4. Jänner 2010

Nr. 01/10

INHALT

INNENPOLITIK ■ EUROPA

Sanierung und Pflege jüdischer Friedhöfe gesichert
2010 bringt zahlreiche Änderungen
Gemeinsame Ausbildung für alle Pädagoginnen und Pädagogen
Burgenland wählt im Frühjahr 2010

EUROPA ■ INTERNATIONAL

Bundeskanzler Faymann auf dem Golan – Treffen mit Präsident Assad
Europa wird unbürokratischer – Bundeskanzleramt bietet Hilfe

WIRTSCHAFT

Österreichs Wirtschaft prosperiert
Brüssel verlängert Genehmigung für österreichisches Bankenhilfspaket
Verstärkte österreichische Exporte in Schwarzmeer-Region
Durchwachsene Wintersaison

KULTUR ■ MEDIEN ■ WISSENSCHAFT

ÖNB erwarb Bildnachlass zur österreichischen Zeitgeschichte
Linz09: Das Grüne Band Europas
Linz: voestalpine Stahlwelt
Wien: Provenienzforscher übergeben Bericht zu Stiftung Leopold
Neujahrskonzert der Philharmoniker als „Liebeserklärung an die Welt“

SPORTPOLITIK

TEAM ROT-WEISS-ROT und NADA kämpfen gemeinsam gegen Doping
ÖOC: Sportminister Darabos gibt Sportlern Rückendeckung
Bedarfsorientierte Sportförderung statt dem alten „Gießkannensystem“

IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressediens. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz,
Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/3, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958,
Fax ++43/1/53109-2958, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; <http://www.bundeskanzleramt.at>; Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet.
Herausgegeben vom Bundespressediens-Wien.

Sanierung und Pflege jüdischer Friedhöfe gesichert

Sanierung und Pflege der 63 jüdischen Friedhöfe in Österreich sind für 20 Jahre gesichert. In Summe stehen dafür 40 Mio. Euro bereit. Darauf haben sich Bundesregierung, Länder – insbesondere Wien und Niederösterreich, Gemeinden sowie die Israelitische Kultusgemeinde (IKG) am 21. Dezember bei einer Sitzung im Bundeskanzleramt geeinigt. Zur Instandsetzung der Friedhöfe wird ein Fonds eingerichtet. Dieser wird vom Bund mit insgesamt 20 Mio. Euro (jeweils 1 Mio. Euro jährlich) dotiert. Die nötigen restlichen 20 Mio. Euro werden von den Ländern, Gemeinden und den betreffenden Kultusgemeinden organisiert. Niederösterreich beteiligt sich zudem mit 25 % an den im Land anfallenden Kosten, das Burgenland überlegt Ähnliches. Wien übernimmt die Sanierung des „Kornhäusls“ am Währinger Friedhof (Kosten: 500.000 Euro).

Bundeskanzler Werner Faymann bezeichnete die von ihm vermittelte Einigung zur Sanierung der jüdischen Friedhöfe als „Frage der Verantwortung“, des „Respekts vor der Geschichte“, vor den jüdischen MitbürgerInnen und auch vor dem kulturhistorischen Erbe dieses Landes. Die IKG sprach von einem „verspäteten Chanukkah-Geschenk“. Damit werde „das letzte völkerrechtlich noch offene Thema abgearbeitet“, so die IKG. Österreich hatte sich im Washingtoner Abkommen 2001 zum Erhalt der Grabstätten verpflichtet, doch waren bisher alle Bemühungen gescheitert.

Vor allem in Ostösterreich sind die jüdischen Gräber in sehr schlechtem Zustand – nicht zuletzt auch deshalb, weil seit dem Holocaust fast keine Nachkommen mehr in Österreich leben. Jüdische Gräber werden aber der Religion gemäß nicht aufgelöst, sondern bestehen auf Dauer. ■

2010 bringt zahlreiche Änderungen

Die Österreicherinnen und Österreicher erwarten im neuen Jahr zahlreiche Änderungen. So können sich Familien auf ein flexibleres Kindergeld freuen: Neben vier Pauschalvarianten gibt es nun das einkommensabhängige Kindergeld, wobei je nach letztem Nettoverdienst mindestens 1.000 bis maximal 2.000 Euro pro Monat für die Dauer von maximal 14 Monaten ausbezahlt werden. Beanttragt werden kann dieses Modell für Geburten ab dem 1. Oktober 2009. Kinderbetreuungskosten können steuerlich abgesetzt werden.

Neu ist auch die eingetragene Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare. Kranksein wird zwar wieder etwas teurer – so steigt die Rezeptgebühr um 10 Cent auf 5 Euro, dafür wird die Mehrheit der ÖsterreicherInnen im Laufe des Jahres eine neue E-Card erhalten, die auch für Menschen mit Sehbehinderung erkennbar ist. Um Missbrauch zu verhindern, kann vor allem in Spitälern eine Identitätskontrolle mittels Ausweis erfolgen. Gedopte Sportler müssen mit einem lebenslänglichen Ausschluss von der Bundessportförderung rechnen.

Die Pensionen steigen 2010 um 1,5 %, bei niedrigen Pensionen gibt es zudem eine Einmalzahlung. Im September wird die bedarfsorientierte Mindestsicherung eingeführt. Sie bringt eine Vereinheitlichung der Sozialhilfe der Länder. Auf Basis der Mindestpension werden 12 Mal pro Jahr 744 Euro netto für Einzelpersonen und 1.108 Euro für Paare ausgezahlt. Spätestens ab Herbst 2010 gilt für alle Fünfjährigen der verpflichtende Kindergartenbesuch. Neuregelungen gibt es bei Scheidungen: Kinder erhalten in Scheidungs- und Obsorgeangelegenheiten einen Kinderbeistand, betroffene Ehepaare bekommen mehr Handlungsspielraum für Vereinbarungen über die Vermögensaufteilung.

Steuerliche Anreize schafft der Fiskus für Freiberufliche und andere Einnahmen-/Ausgaben-Rechner: Investiert man bis Jahresende in bestimmte Wertpapiere, kann man bis zu 10 % des Gewinnes steuerfrei stellen. Gut für Unternehmer: Unter bestimmten Voraussetzungen trägt der Bund die Haftungen für Kredite von Großbetrieben. ■

Gemeinsame Ausbildung für alle Pädagoginnen und Pädagogen

LehrerInnen und Kindergarten-PädagogInnen sollen nach den Plänen der Unterrichtsministerin künftig eine einheitliche Ausbildung erhalten. Demnach entwickeln Pädagogische Hochschulen und Universitäten gemeinsam Programme. Es gibt Studieneingangsphasen mit Praxiserfahrung. Nach dem Bachelor, der eine umfassende pädagogische Ausbildung inkludiert, gibt es eine mindestens zweijährige Eingangsphase. Das ist für alle Lehrer (Volksschule bis AHS) zwingend. Erst danach kann ein Masterstudium begonnen werden. ■

Burgenland wählt im Frühjahr 2010

Möglicher Termin für die vorgezogene Landtagswahl im Burgenland ist der 2. Mai 2010. Eine Festlegung steht noch aus. ■

Bundeskanzler Faymann auf dem Golan – Treffen mit Präsident Assad

Bundeskanzler Werner Faymann und Verteidigungsminister Norbert Darabos haben am 23. Dezember einen Weihnachtsbesuch bei den österreichischen UNO-SoldatInnen auf dem Golan an der syrisch-israelischen Waffenstillstandslinie absolviert. Faymann wünschte „friedliche Festtage“, was in der Pufferzone zwischen Syrien und Israel eine ganz besondere Bedeutung erhält. Das österreichische Bundesheer ist dort seit 35 Jahren im Rahmen der UN-Friedensmission UNDOF engagiert. „Es ist eine wichtige Mission, in der Region für Frieden zu sorgen“, betonte der Bundeskanzler bei dem vorweihnachtlichen Festakt im Stützpunkt Camp Faouar.

„Zu Weihnachten nicht zu Hause sein zu können, ist auch ein Opfer“, so Faymann. Mit seinem Besuch wolle er auch zeigen, dass der Einsatz der derzeit 380 österreichischen Soldatinnen und Soldaten am Golan in der Heimat nicht vergessen sei: „Wir sind stolz auf sie“, betonte Faymann. „Neutral zu sein, bedeutet nicht, unbeteiligt zu sein oder wegzusehen. Neutralität muss auch verteidigt werden.“

In der syrischen Hauptstadt Damaskus traf Faymann mit Präsident Bashar al-Assad zusammen. Dabei äußerte Assad den Wunsch nach einer einheitlichen Position der EU im Nahost-Friedensprozess. Dann könne die Union in Zukunft durchaus eine wichtige Rolle im Nahen Osten spielen. Faymann betonte, dass die EU immer für Lösungen auf Basis von Verhandlungen eintrete.

Österreich könnte neben seinem langjährigen Einsatz im Rahmen der UNDOF auch politisch eine bedeutende Rolle im syrisch-israelischen Friedensprozess übernehmen, meinte Assad, der zudem auf die Tradition des diesbezüglichen österreichischen Engagements seit Bruno Kreisky verwies. Bundeskanzler Faymann erklärte, die EU wolle den Verhandlungsprozess stärken, weil man Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung niemals akzeptiere. ■

Europa wird unbürokratischer – Bundeskanzleramt bietet Hilfe

Am 29. Dezember endete die Umsetzungsfrist für die Dienstleistungsrichtlinie auf EU-Ebene. Das EU-Portal der einheitlichen Ansprechpartner <http://ec.europa.eu/eu-go> ist nun online. In Österreich ist die Plattform unter www.eap.gv.at

erreichbar. Alle Informationen stehen auch in HELP.gv.at bereit.

Die Dienstleistungsrichtlinie verpflichtet alle EU-Länder zur Beseitigung rechtlicher und bürokratischer Hindernisse. Eine Niederlassung im Dienstleistungssektor oder die grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen sind ab sofort online möglich. Dies gilt z.B. für einen Tischler aus Österreich, der sich in Slowenien niederlassen möchte, genau so für einen in Österreich niedergelassenen Architekten, der mit dem Bau eines Hauses in Deutschland beauftragt ist, oder einen österreichischen Veranstaltungsmanager, der ein Open-Air-Festival in Ungarn organisieren will. Bei der Geschäftsgründung oder Expansion muss jetzt nicht mehr eine Vielzahl von Behörden – Ministerien, örtliche Behörden, Berufsverbände und andere Stellen – teils auf unterschiedlichen Ebenen (national, regional und kommunal) kontaktiert werden. In jedem EU-Land können diese Informationen jetzt auf elektronischem und damit vereinfachten Weg eingeholt werden.

Alle EU-Mitgliedstaaten haben ab sofort über das Internet zugängliche Portale mit elektronischen Behördendiensten anzubieten, müssen klare und umfassende Informationen über die Verfahren und über die konkreten Anforderungen zur Verfügung stellen und die erforderlichen Verfahren, wie z.B. die Einholung von Genehmigungen, Erfüllung von Meldepflichten, etc., online durchführen.

Das Bundeskanzleramt hat mit dem Bundesrechnungszentrum und der Fachhochschule Joanneum einen Online-Assistenten entwickelt. Dienstleistungswerber werden mit Hilfe eines Frage-/Antwortsystems zu den relevanten Berufsinformationen und Behördenverfahren geführt. Derzeit enthält der Assistent Beschreibungen zu 19 ausgewählten Berufen und den zugehörigen Behördenwegen auf Bundesebene. Ein bedarfsorientierter Ausbau, eine stärkere Vernetzung mit den Landes- und Gemeindeangeboten sowie eine mehrsprachige Version sind für 2010 geplant.

Den Assistenten finden sie unter www.eap.gv.at. Wie Medienstaatssekretär Josef Ostermayer erklärte, werde mit der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie vor allem auch den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die das „Rückgrat unserer Wirtschaft“ bilden und „Hauptantriebskraft für Wachstum sowie Beschäftigung“ seien, geholfen. Mit der elektronischen Hilfe werde Österreich seiner E-Government-Vorreiterrolle in Europa gerecht. ■

Österreichs Wirtschaft prosperiert

Österreichs Wirtschaft erholt sich rascher als erwartet. Das Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) und das Institut für Höhere Studien (IHS) haben vor Weihnachten die Wachstumsprognose für 2010 angehoben: Demnach soll das österreichische Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 1,3 bis 1,5 Prozent zulegen, im September hatten die Experten noch ein reales Wachstum von 1,0 Prozent gesehen. 2011 soll das Plus dann mit 1,6 bis 1,7 Prozent noch etwas deutlicher ausfallen. Die Konjunkturforscher betonen aber, dass die Erholung nur sehr verhalten sei und einer Reihe von Risiken unterliege. Die Arbeitslosenrate steigt bis 2011 um einen Punkt auf 8,1 Prozent, das Budgetdefizit wird 2010/11 um 5 Prozent erwartet.

Gestützt wird das leichte Wachstum von privaten Konsumausgaben, die sogar in der Rezession leicht zugelegt haben und nun 2010 um etwa 0,7 Prozent und 2011 um rund 1 Prozent steigen sollen. Positiv wirken sich hier relativ hohe Reallohnzuwächse, die Ausweitung von Sozialtransfers und die letzte Steuerreform aus.

Nach zweistelligen Rückgängen im Außenhandel kommen die Exporte wieder in Gang und sollen 2010 um 4 bis 5 ½ Prozent und 2011 um 6 bis 7 Prozent zunehmen.

Der Preisanstieg in Österreich – vor allem wegen der Energiekosten – wird weiter recht niedrig bleiben. Nach 0,5 Prozent 2009 erwarten die Experten für 2010 eine Inflationsrate von 1,3 bis 1,4 Prozent, 2011 soll sie mit 1,4 bis 1,5 Prozent kaum höher sein. ■

Brüssel verlängert Genehmigung für österreichisches Bankenhilfspaket

Die EU-Kommission hat das österreichische Bankenhilfspaket von 100 Mrd. Euro für ein weiteres halbes Jahr verlängert. Auch für acht weitere EU-Länder – Dänemark, Deutschland, Finnland, Großbritannien, Lettland, die Niederlande, Slowenien und Ungarn – wurden die Krisenunterstützungsmaßnahmen für weitere sechs Monate gewährt. EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes erklärte, die Staatshilfen sollen der Erholung des Bankensektors dienen. Aber sie verwies auch darauf, dass die betroffenen Länder gleichzeitig ein Auslaufen der Beihilfen vorbereiten sollten. Damit solle vermieden werden, dass Banken von staatlicher Unterstützung abhängig würden. Die Hilfsprogramme zur Überwindung der

Finanzkrise dienten der Stabilisierung des Finanzmarktes durch Garantien, Kapitalspritzen und Darlehen an Kredit- und Versicherungsinstitute und seien mit den EU-Regeln vereinbar.

Die Maßnahmen seien ein angemessenes Mittel um das Vertrauen in die Kreditwürdigkeit österreichischer Banken wieder herzustellen und Interbankenkredite anzuregen. ■

Verstärkte österreichische Exporte in Schwarzmeer-Region

Österreichs Exportwirtschaft will sich in diesem Jahr verstärkt auf die Schwarzmeer-Region mit ihren rund 137 Mio. Einwohnern konzentrieren. Derzeit gehen etwa 2 Prozent der österreichischen Ausfuhren in diese Region. Ziel sei es, diesen Anteil auf 4 Prozent zu steigern, so Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner. Die Politik werde diese Initiative u.a. mit der Eröffnung einer österreichischen Botschaft in der aserbaidschanischen Hauptstadt Baku unterstützen, kündigte Außenminister Michael Spindelegger an.

Um die Chancen für Österreichs Exporteure in Aserbaidschan, Georgien, Armenien und der Nordtürkei, aber auch in Rumänien, Bulgarien, der Ukraine und in Russland auszuloten, wurde eine strategische Studie beim Wifo in Auftrag gegeben, die im März fertig sein soll.

Auch der Außenhandel mit den Westbalkan-Staaten – vor allem den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien – soll intensiviert werden. Am Westbalkan sei zuletzt „einiges in Bewegung gekommen“, so Spindelegger. So dürften die EU-Beitrittsverhandlungen mit Kroatien 2010 abgeschlossen werden. ■

Durchwachsene Wintersaison

Österreichs Tourismuszahlen blieben im Kalenderjahr 2009 (Jänner bis November) leicht unter dem Vorjahr. Wie Statistik Austria am 23. Dezember bekannt gab, lag die Zahl der Nächtigungen mit 114,14 Mio. um 1,9 Prozent oder 2,21 Mio. Nächtigungen unter dem Niveau der gleichen Vorjahrsperiode. Unter den nächtigungstärksten Herkunftsländern aus dem Ausland konnte das Vereinigte Königreich (plus 1,6 Prozent) und Belgien (plus 36,1 Prozent!) zulegen, während für das wichtigste Herkunftsland Deutschland ein Minus von 3,2 Prozent gemeldet wurde. Auch bei Gästen aus Russland gab es Einbußen (minus 15,2 Prozent). ■

ÖNB erwarb Bildnachlass zur österreichischen Zeitgeschichte

Die Österreichische Gesellschaft für Zeitgeschichte wurde u.a. von den Universitätsprofessoren Ludwig Jedlicka und Alphons Lhotsky 1962 gegründet.

Die Aufgaben der Gesellschaft lagen von Beginn an auf dem Gebiet der Forschung und Dokumentation, auf der Sammlung und dem Nachweis zeitgeschichtlicher Quellen als Grundlage für Forschungsvorhaben und der wissenschaftlichen Auswertung des gesammelten Materials in Kooperation mit Universitäten und anderen wissenschaftlichen Institutionen.

Vor allem Univ.-Prof. Gerhard Jagschitz ist es zu verdanken, dass dieses bedeutende Bildarchiv zustande kam. Er erkannte als einer der ersten Historiker die Bedeutung der Fotografie als historische Quelle und gilt damit als Pionier der Visual History in Österreich. Im Laufe der Jahre konnte er wichtige fotografische Bestände zur österreichischen Zeitgeschichte sichern. Dieses Bildmaterial bildete einen reichhaltigen Fundus für zahlreiche wissenschaftliche Publikationen, Ausstellungen und auch TV-Produktionen wie „Österreich I“ und „Österreich II“. Er war auch einer der ersten, die auf den Quellenwert der Privatfotografie hinwiesen.

Die Österreichische Nationalbibliothek (ÖNB) hat nun das Bildarchiv der Österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte, den wohl wichtigsten Fotonachlass zur österreichischen Geschichte im 20. Jahrhundert, erworben. Das Archiv umfasst mehr als 400.000 Fotos, die Ereignisse und Personen der österreichischen Geschichte seit 1918, dem Zweiten Weltkrieg und der NS-Zeit sowie der Zweiten Republik bis in die frühen 1980er Jahre dokumentieren. 10.300 Bilder aus diesem Bestand wurden bereits digitalisiert und über die Bildplattform www.bildarchivaustria.at der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Durch die Übernahme dieses wertvollen Bestandes in das ÖNB-Bildarchiv, der größten Bilddokumentationsstelle des Landes, kann BenutzerInnen eine noch viel größere Bandbreite an zeitgeschichtlichem Dokumentationsmaterial sowohl konkret als auch digital angeboten werden.

Zum bedeutendsten Teilbestand zählt der Nachlass des österreichischen Pressefotografen Albert Hilscher, der die Jahre 1931 bis 1965 in Bildern festhielt.

Der große Umfang des Bildarchivs enthält auch einen beachtlichen Bestand der NS-Bildagentur

„Weltbild“. Hervorzuheben sind auch die Aufnahmen des Pressefotografen Franz Blaha, der die ersten Jahre der österreichischen Nachkriegszeit festhielt sowie der gesamte fotografische Nachlass von Alfred Cermak, eines Chronisten der 1950er bis in die 70er Jahre, mit Schwerpunkt auf österreichische Kultur und Medien. Die Sammlung wird ergänzt durch Fotoalben, die einen alternativen, privaten Blick auf die österreichische Zeit- und Sozialgeschichte ermöglichen und somit wichtige Quellen der sozialhistorischen Forschung sind.

Neben dem fotografischen Material wurden weitere wertvolle Materialien mit zeitgeschichtlich relevanten Informationen übergeben, etwa Kalender, Orden und Abzeichen, Ausweise, Lebensmittelkarten, etc. ■

Linz09: „Das Grüne Band Europas: Grenze. Wildnis. Zukunft“

Im Rahmen des auslaufenden Projekts von Linz09 Kulturhauptstadt Europas, auch in Kooperation mit den Oberösterreichischen Landesmuseen und der Universität Wien, zeigt das Schlossmuseum Linz noch bis 10. Jänner eine sensationelle Ausstellung: „Das Grüne Band Europas: Grenze. Wildnis. Zukunft“ stellt ein internationales Naturschutzprojekt vor, das die vielfältigen Landschaften entlang des ehemaligen Eisernen Vorhangs und ihre Natur- und Kulturwerte nachhaltig sichern will.

Auf einer Länge von 12.500 km haben sich quer durch Europa Wildnisgebiete als Rückzugsmöglichkeiten für Wildtiere wie Bären, Luchse und Wölfe erhalten. Diese kostbaren Naturrefugien sind oft in vielfältige Kulturlandschaften eingebettet, in denen naturverträgliche Nutzungsformen als Modelle nachhaltiger Entwicklung für das ländliche Europa dienen können. Ausgehend von den unterschiedlichen Aspekten der „erzwungenen Verwilderung“ präsentiert die Ausstellung die kulturelle und biologische Vielfalt des Grünen Bandes vom subarktischen Lappland bis zur Schwarzmeerküste.

Ein großer Bogen an Themen spannt sich von den Delikatessen des hohen Nordens über den Bernstein der Ostseeküste und die Wildtiere des Böhmerwaldes bis hin zu den floristischen Wundern der Balkangebirge. Schließlich wird die Frage erörtert, in welche Richtung sich die Grenzregionen im Herzen Europas in Zukunft entwickeln könnten.

www.linz09.at/gruenes-band-europas ■

Linz: voestalpine Stahlwelt

Die Geschichte der VÖEST, der Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke Aktiengesellschaft, ist mit der Stadt Linz untrennbar verbunden. Die VÖEST, in der Nazi-Zeit Tochtergesellschaft der „Hermann-Göring-Werke“, bildete das Fundament der Verstaatlichten Industrie, der späteren Österreichischen Industrieholding AG (ÖIAG). Seit 1947 erlebte die VÖEST einen beständigen Aufschwung und wurde mit der Entwicklung des LD-Verfahrens zur Stahlerzeugung 1952 zum Paradebetrieb, der sich auch dem Schiffsbau verschrieb. So wurden etwa in der von 1974 bis 1991 zum Konzern gehörenden Schiffswerft Korneuburg über 100 Passagierschiffe für die Sowjetunion gebaut. 1976 wurde der bis heute größte Hochofen mit einer Kapazität von 3,3 Millionen Tonnen pro Jahr in Betrieb genommen.

In den darauffolgenden Jahren wurde der starke politische Einfluss auf das verstaatlichte Unternehmen verstärkt zur Arbeitsplatzsicherung eingesetzt. Diese Praxis fand ihr Ende 1985, als das zum Mischkonzern angewachsene Unternehmen einen durch Ölderivatgeschäfte noch verstärkten Rekordverlust von 25 Mrd. Schilling (jetzt: ca. 1,817 Mrd. Euro) einfuhr. In der Folge wurde das Unternehmen stark umstrukturiert und der Personalstand abgebaut. Der damalige Finanzminister Ferdinand Lacina entließ den gesamten VÖEST-Vorstand und beendete mit einer neuen gesetzlichen Grundlage das bis dahin übliche Parteienproporz-System, wo bei Bestellung der Unternehmensführung politische Zugehörigkeit wichtiger zu sein schien als wirtschaftliche Qualifikation.

Um das entlassene Personal bei der Wiedereingliederung ins Erwerbsleben zu unterstützen, wurde 1987 die Stahlstiftung gegründet.

1988 und 1989 wurde die VÖEST-Alpine AG in sechs Branchenholdings aufgeteilt (u.a. Maschinen- und Anlagenbau, Bergbau). Mit dem Privatisierungsgesetz von 1993 wurde das Firmenkonglomerat im Wesentlichen in drei Konzerne zerlegt, die bis 1995 teilprivatisiert wurden: 1) in den VOEST-Alpine Industrieanlagenbau, damals Teil der neu gegründeten VA Technologie AG und seit 2005 der Metallurgiezweig von Siemens Industrial Solutions and Services, 2) in die Böhler-Uddeholm AG: die schwedische Uddeholm war kurz vorher gekauft und mit Böhler vereinigt worden und 3) in die VOEST-ALPINE STAHL AG – die heutige Voestalpine. Die beiden letztgenannten Unternehmen gingen 1995 an die Börse.

Mit dem Börsengang 1995 wurde die Privatisierung der bis dahin noch zu 100 Prozent im Staats-eigentum (ÖIAG) befindlichen VÖEST-Alpine eingeleitet. 2003 war die vollständige Privatisierung beschlossen. Seither firmiert das Unternehmen wieder unter der traditionellen Bezeichnung Voestalpine AG, nun mit neuer Schreibweise im Logo.

Die Voestalpine fertigt, verarbeitet und entwickelt weltweit Stahl zu hochwertigen Produkten und innovativen Lösungen. Seit November 2009 präsentiert die voestalpine Stahlwelt den Werkstoff Stahl und die unzähligen Möglichkeiten seiner Verarbeitung den Besucherinnen und Besuchern in einem futuristischen Bau, den das Linzer Architekturbüro Schremmer-Jell entworfen hat. Die voestalpine Stahlwelt stellt neben der Konzernzentrale, dem Verwaltungsgebäude der voestalpine Stahl GmbH und den Gasometern einen weiteren markanten Fixpunkt im städtebaulichen Kontext des Industriestandortes Linz dar.

Auf fünf Ebenen überrascht die Architektur besonders durch den Wechsel von unterschiedlichen räumlichen Eindrücken und eröffnet eine vielfältige Erlebniswelt: Verschiedene Raumzonen wechseln einander ab – geschlossene und introvertierte sowie offene und nach außen orientierte. Stahl dominiert das gesamte Bauwerk – von der tragenden Konstruktion des Gebäudes über die Fachwerke aus geschweißten Kastenprofilen, den Diagonalen aus geschweißten I-Trägerprofilen und den Dachträgern aus Walzprofilen bis hin zur Fassade bestehend aus einer Glaskonstruktion mit Stahlblechverkleidungen.

Die Besucher können selbst aktiv werden und am Bildschirm Eisenerz und Koks schmelzen und in mehreren Verarbeitungsschritten Stahl erzeugen. Virtuelle Experten beantworten Fragen. Gezeigt werden u.a. die Entstehungsgeschichte eines Kotflügels, der Weg von einer Stahlplatte zum Rahmenprofil, die Ausstattung eines Hochofens und die Schutzkleidung eines Arbeiters.

Der Konzern erwartet durch die neue voestalpine Stahlwelt – die weltweit einzigartig ist – eine Verdoppelung der Besucherfrequenz von 40.000 auf 80.000 pro Jahr. Geöffnet ist das sensationelle „Museum“ mit seinem Café sechs Tage pro Woche. Schon jetzt wird an der Dauerausstellung „ihre hohe technische Qualität, ihre Ästhetik, der Einsatz verschiedenster Medien und ihre Sachlichkeit“ gerühmt (Julia Urbanek, WZ).

voestalpine Stahlwelt, Voestalpine Linz; Di - Fr 9 bis 17 Uhr, Sa, So und Feiertag 10 bis 18 Uhr.

www.voestalpine-stahlwelt.at ■

Wien: Provenienzforscher übergeben Bericht zu Stiftung Leopold

Die Provenienzforscher Sonja Niederacher und Michael Wladika haben am 22. Dezember ihren ersten Bericht über die Ergebnisse ihrer Arbeit in der Leopold Museum-Privatstiftung an das Kulturministerium und die Stiftung übergeben.

Die unabhängige Provenienzforschung wurde durch eine Vereinbarung des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur mit der Leopold Museum-Privatstiftung im Mai 2009 eingerichtet. Die Untersuchungen wurden auf Grundlage eines von den Provenienzforschern entwickelten Arbeitsplanes geführt und betreffen Werke aus den ehemaligen Sammlungen Duschinsky, Eisler, Lanyi, Mayländer, Morgenstern, Neumann, Popper, Reichl, Rieger, Steiner und Stemmer. Zur Sammlung Grünbaum werden die Forscher ihre Arbeit noch ergänzen und den Bericht erst im Frühjahr übermitteln.

Bundesministerin Claudia Schmied dankte den beiden Forschern für die geleistete Arbeit, die eine gesicherte historische Faktenlage für die weiteren Entscheidungen geben soll. Sowohl das Kulturministerium als auch die Stiftung sichten derzeit die erhaltenen Unterlagen und wollen sie noch im Jänner veröffentlichen.

Als weiteren Schritt setzt Schmied – den Ergebnissen der interministeriellen Arbeitsgruppe folgend – ein Gremium aus anerkannten, unabhängigen Persönlichkeiten ein, das den Bericht in rechtlicher Hinsicht unter den für die Bundesmuseen geltenden Standards prüfen wird. Es ist geplant, dass sich dieses Gremium in der zweiten Jännerhälfte konstituiert. Die Leopold Museum-Privatstiftung wurde eingeladen, sich an diesem Gremium zu beteiligen. ■

Neujahrskonzert der Philharmoniker als „Liebeserklärung an die Welt“

Am 1. Jänner war der Goldene Saal des Wiener Musikvereins bereits zum 52. Mal Schauplatz des „Neujahrskonzerts der Wiener Philharmoniker“. Nach dem großen Erfolg von 2008 leitete wieder der 85-jährige französische Dirigent Georges Prêtre das wohl populärste klassische Konzert der Welt. Während der erste Teil des Konzerts der Familie Strauß gewidmet war, stimmte das Orchester den zweiten Teil mit der Ouvertüre zu den „Lustigen Weibern von Windsor“ des Philharmoniker-Gründers Otto Nicolai an, dessen 200. Ge-

burtstag heuer gefeiert wird. Zu Ende ging das offizielle Konzert mit dem Werk eines ebenfalls 1910 geborenen Komponisten, des Dänen Hans Christian Lumbye und seinem „Champagner-Galopp“. Als musikalischen Höhepunkt empfanden viele Zuseher eine atemberaubende Interpretation der Ouvertüre zu Jacques Offenbachs „Rheinnixen“, die später als „Barcarole“ in Hoffmanns Erzählungen zu Weltruhm gelangen sollte. Das Ballett der Wiener Staats- und Volksoper tanzte im Kunsthistorischen Museum (KHM) eine Choreografie von Renato Zanella. Die Solisten kamen von der Opera Garnier in Paris – Eleonora Abbagnato und Nicolas Le Riche. Alle Tänzerinnen und Tänzer trugen Kostüme des italienischen Couturiers Valentino. Der von Hannes Rossacher gestaltete Pausenfilm ließ hinter die Kulissen des Konzerts blicken und zeigte u.a. die Detailarbeit Valentinos und seines Mitarbeiterstabes an den individuell geschneiderten, rosafarbenen Kleidern, die später ideal mit den Farben des KHMs – den Ölgemälden im Hintergrund, der Marmorisierung – korrespondieren sollten. An jedem der feenhaften Kleider wurden 250 Arbeitsstunden investiert.

Das Konzert, das erstmals in High Definition ausgestrahlt wurde, konnte in 72 Ländern von etwa 45 Millionen Menschen teils live, teils zeitversetzt empfangen werden – auch etwa in Sri Lanka, Trinidad und in der Mongolei.

Der Goldene Saal war wieder von den Wiener Gärtnern und österreichischen Floristen mit mehr als 30.000 Blüten aus San Remo geschmückt worden – bei den Rosen dominierte die Modelfarbe Orange. Während des Walzers „An der schönen blauen Donau“ konnten die Zuseherinnen und Zuseher den Verlauf der Donau von ihrem Ursprung in Deutschland, über Österreich, Ungarn, bis nach Serbien und Rumänien bis zur Mündung in das Schwarze Meer verfolgen.

Schon vor dem fulminanten Konzert, das auf CD ab dem 7. Jänner, auf DVD ab 14. Jänner genossen werden kann, hatte Georges Prêtre erklärt: „Das ist kein Konzert“, schwärmte er, „sondern eine Liebeserklärung an die ganze Welt“.

An dem Konzert nahmen auf Einladung von Bundespräsident Heinz Fischer und seiner Frau Margit der scheidende kroatische Staatspräsident Stjepan Mesic und seine Frau Milka teil.

2011 wird Franz Welser-Möst das Neujahrskonzert der Wiener Philharmoniker dirigieren – passend zu seinem Einstand als Musikdirektor der Wiener Staatsoper ab 1. September 2010.

www.wienerphilharmoniker.at ■

TEAM ROT-WEISS-ROT und NADA kämpfen gemeinsam gegen Doping

Die 200 Sportlerinnen und Sportler des TEAM ROT-WEISS-ROT bringen nicht nur Spitzenleistungen für Österreich, sondern setzen sich auch gemeinsam für soziale und gesellschaftliche Anliegen im Sport ein. Schwimm-Olympiamedailengewinnerin Mirna Jukic, Tennisprofi Jürgen Melzer, Wien Marathon-Siegerin Andrea Mayr, Dressurreiterin Victoria Max-Theurer, Tischtennis-Weltmeister Werner Schlager und Salti-Weltrekordhalter Fabian Brandl (Wasserspringen) haben gemeinsam mit der NADA (Nationale Anti-Doping Agentur Austria GmbH) einen TV-Spot gegen Doping gedreht. Die Botschaft des Spots, in dem die Sportler in ungewöhnlichen, aber fairen Trainingssituationen zu sehen sind, ist eindeutig: „Für den Erfolg tun wir alles. Alles außer dopen“.

Sportminister Norbert Darabos: „Der Sport in Österreich hat durch ein paar schwarze Schafe in den vergangenen Jahren schweren Schaden genommen. Mit dem Spot tragen unsere TEAM ROT-WEISS-ROT-Sportler, die wichtige Vorbilder für unsere Jugend sind, dazu bei das Image des Spitzensports zu korrigieren.“

NADA-Geschäftsführer Andreas Schwab: „Unser Ziel ist es, die sportinteressierte Öffentlichkeit zu erreichen und auf sympathische Art und Weise darauf aufmerksam zu machen, dass Doping von unseren Athletinnen und Athleten strikt abgelehnt wird“.

Der Spot wird ab sofort bis Ende März 2010 rund 60 Mal im Umfeld von Sportsendungen und Sportübertragungen des ORF ausgestrahlt und stellt somit einen wichtigen Schritt im Kampf gegen Doping in Österreich dar.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist die neue Anti-Doping-Gesetzgebung in Österreich. Die umfangreichen Verschärfungen traten pünktlich zum Jahresbeginn in Kraft. ■

ÖOC: Sportminister Darabos gibt Sportlern Rückendeckung

Sportminister Norbert Darabos unterstützt die Forderung ehemaliger österreichischer Spitzensportler zur Bildung eines Sportler-Beirats im Österreichischen Olympischen Comité (ÖOC). Dieser soll laut Initiatoren dem ÖOC-Vorstand beratend zur Seite stehen. „Die Sportler sind diejenigen, um die es bei Olympia geht. Sie wissen

am besten, was für einen Athleten notwendig ist, um erfolgreich zu sein. Ich finde es toll und wichtig, dass sie sich einbringen. Die Sportpolitik muss das zulassen. Die Sportler haben meine volle Rückendeckung“, so der Sportminister.

Darabos selbst hat kurz nach seinem Amtsantritt im Februar 2009 die Initiative „Sportler für den Sport“ gestartet, bei der rund 30 ehemalige und aktive Sportstars, darunter Markus Rogan, Werner Schlager, Nik Berger, Alex Antonitsch, Christoph Sieber, Michael Hadschieff oder Emese Hunyadi, Ideen für den österreichischen Sport entwickeln. „Das Engagement der Sportler hat mich beeindruckt. Es sind bereits drei konkrete Projekte für mehr Sport und Bewegung in der Jugend in Umsetzung“, sagte Darabos. ■

Bedarfsorientierte Sportförderung statt dem alten „Gießkannensystem“

Es ist das Ziel von Sportminister Darabos, die wesentlich noch aus der Nachkriegszeit stammende Sportförderung in Österreich zu vereinfachen. „Kern meines Vorhabens ist es, die Förderungen gezielter und direkter einzusetzen. Die Fördermittel sollen sich stärker als bisher an den Bedürfnissen der Verbände und Sportlerinnen und Sportler orientieren“.

Ein weiterer Schritt in diese Richtung wurde nun gesetzt: Rechtzeitig zum Jahreswechsel wurden von Bundes-Sportorganisation (BSO) und Sportministerium nach intensiven Evaluierungsgesprächen insgesamt 25 Mio. Euro an die 60 Bundesfachverbände und die drei Dachverbände für konkrete Projekte und Maßnahmen vergeben. Auch die Nationale Anti-Doping-Agentur (NADA) erhält 2010 wieder eine halbe Million Euro zusätzliches Budget für Präventionsmaßnahmen.

Grundlage für diese zukunftsweisende Vergabe von Fördermitteln sind § 11a und Ziffer 5 des Bundes-Sportförderungsgesetzes. Der neue § 11a, der flexible und auf die aktuellen Bedürfnisse des Organisierten Sports orientierte Förderung von Verbänden, Vereinen, Sportveranstaltungen und Sportlerinnen und Sportler möglich macht, wurde im Mai 2009 auf Initiative des Sportministers von allen fünf Parlamentsfraktionen beschlossen.

Das moderne Förderwesen geht weg von der Gießkanne hin zu einer maßnahmenorientierten, zielgerichteten Unterstützung der Verbände und erfüllt zudem die langjährige Forderung des Organisierten Sports bedarfsorientierte Jahresförderungen auszusprechen. ■

Redaktionsschluss: 18. Jänner 2010

Nr. 02/10

INHALT

INNENPOLITIK

Politischer Jahresauftakt mit Partei-Klausuren

EUROPA ■ INTERNATIONAL

Bundespräsident Fischer zu Staatsbesuch in China
Spaniens Premier Zapatero in Wien
Designierter EU-Kommissar Hahn überzeugte im EU-Parlament
Westbalkan-Initiative
Entschädigungsfonds 2009

WIRTSCHAFT

Finanzminister Pröll für Gipfeltreffen deutschsprachiger Länder
Rekordjahr 2009 für Autohandel
Österreich mit zweitniedrigster Arbeitslosenquote in der EU
Inflation 2009 mit 0,5 Prozent auf geringstem Stand seit 1953

KULTUR ■ MEDIEN ■ WISSENSCHAFT

Filmwunder aus Österreich: Golden Globes für Haneke und Waltz
Tour durch Österreich: Ministerin Schmied wirbt für „Neue Schule“
Wiener Wiesenthal Institut startet in Richtung Vollbetrieb
Albertina: Brus & Rainer
Einzigartig: Ernst Ludwig Kirchner im Salzburger Museum der Moderne
Albertina: Verlängerung der erfolgreichen Impressionismus-Schau
3raum-anatomietheater: Ver-rückter Columbus von Joachim J. Vötter

SPORTPOLITIK

Anti Doping-Novelle wurde bei EU-Arbeitsgruppe in Brüssel vorgestellt
Sportminister jubelt mit 60.000 Zuschauern beim Kulm-Schiffliegen
Darabos gratuliert Hockey-Team zum sensationellen EM-Titel
Österreichs Handball-Team startet Heim-EM gegen Dänemark in Linz

IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressediens. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz,
Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/3, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958,
Fax ++43/1/53109-2958, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; <http://www.bundeskanzleramt.at>; Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet.
Herausgegeben vom Bundespressediens-Wien.

Politischer Jahresauftakt mit Parteiklausuren

Österreichs Parlamentsparteien starteten das neue Arbeits- und Wahljahr 2010 jeweils im internen Zirkel. Den Auftakt machte am 8. Jänner die SPÖ mit ihrer zweitägigen Präsidiumsklausur im burgenländischen Bad Tatzmannsdorf. Im Fokus der Beratungen standen der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sowie die Bildungsreform mit der SPÖ-Forderung nach einem Ausbau der Ganztagschulplätze und einer Erweiterung des Schulversuchs zur „Neuen Mittelschule“.

Unterrichtsministerin Claudia Schmied sprach sich für eine Verdoppelung der Schulversuche auf 20 % aus. Auch Bundeskanzler Werner Faymann verwies in Richtung Regierungspartner ÖVP auf den erhöhten Bedarf, etwa in Tirol und Oberösterreich. Die 10-Prozent-Klausel halte den Erfordernissen nicht mehr Stand. In Wien liege der Bedarf schon bei 50 %. Auch punkto Ganztagesplätzen liege die Nachfrage höher als das Angebot. Schmied will Ende Jänner das Ergebnis einer Umfrage bei 700.000 Eltern präsentieren.

Thema war aber auch der koalitionäre Disput um das von ÖVP-Innenministerin Maria Fekter propagierte Asyl-Erstaufnahmezentrum in Eberau (Burgenland), das von der Landes-SPÖ um Landeshauptmann Hans Niessl nicht zuletzt angesichts der kommenden Landtagswahlen vehement abgelehnt wird. Bundeskanzler Werner Faymann erklärte dazu, das Ergebnis der geplanten Volksbefragung müsse für die Politik bindend sein. Zudem stellte er die Notwendigkeit eines dritten Erstaufnahmezentrums in Frage und plädierte für alternative Lösungen.

In diesem Punkt haben sich die Regierungsparteien mittlerweile auf ein gemeinsames Prozedere geeinigt: „Bei der Asylfrage sind wir zur Sachlichkeit zurückgekehrt“, betonte der Bundeskanzler nach der Ministerratssitzung am 12. Jänner. Bis Ende des Monats sollen die Möglichkeit verkürzter Asylverfahren sowie der generelle Bedarf für ein weiteres Erstaufnahmezentrum bzw. Alternativen zum Standort Eberau erhoben werden. Man könne sich auch jeweils kleinere Zentren in mehreren Bundesländern vorstellen, so Faymann. Eine Lösung könne jedenfalls nur in enger Zusammenarbeit mit Gemeinden und Landeshauptleuten gefunden werden. Auch Vizekanzler Finanzminister Josef Pröll sieht das gemeinsame Vorgehen positiv. Außer Streit steht bei beiden Koalitionspartnern, dass die Erstauf-

nahmezentren in Traiskirchen (NÖ) und Thalham (OÖ) entlastet werden müssen.

Themenschwerpunkt der ÖVP-Klausur in Altengbach (NÖ; 10./11. Jänner) waren Wirtschaftspolitik und Sicherheit. Finanzminister Pröll plädierte angesichts der Finanzkrise für eine Totalverstaatlichung der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB). Derzeit hält der Bund 70 % der Anteile an der Zentralbank, 30% liegen bei Banken, Versicherungen und Interessenvertretungen. Pröll kündigte an, dieses Aktienpaket übernehmen zu wollen. Als Kaufpreis nannte er bis zu 50 Mio. Euro. Pröll begründete seine Absicht mit der Rolle der OeNB bei der Bankenkontrolle. Die Beteiligung der Banken und Interessenvertretungen an der Notenbank sei „historisch gewachsen“, habe in der heutigen Finanzwelt jedoch „nichts mehr verloren“, so der Finanzminister. SPÖ und Oppositionsparteien sprachen in diesem Zusammenhang von einem längst notwendigen Schritt. Zentrale Aufgabe der Notenbank sei die Kontrolle der Finanzinstitute, was nur in staatlicher Alleinregie gewährleistet sei.

Verstärkt will die ÖVP in Zeiten der Wirtschaftskrise Klein- und Mittelbetriebe unterstützen bzw. bestehende Förderprogramme verlängern. Für deren Expansion in neue Märkte sollen auch heuer 25 Mio. Euro bereit gestellt werden.

Die FPÖ hielt ihr traditionelles Neujahrstreffen am 10. Jänner in der Wiener Messehalle ab. Parteichef Heinz-Christian Strache meldete für das dritte Lager den alleinigen Führungsanspruch in Österreich an und agitierte im Vorfeld der kommenden Landtagswahlen in Wien, Burgenland und Steiermark in bekannter Manier mit rüden Parolen gegen Zuwanderung, sozialen Missbrauch und rot-schwarzen Proporz.

Die Grünen widmeten sich bei ihrer Klausur im steirischen Schloss Seggau (14./15. Jänner) vor allem den Themen Armutsbekämpfung, Klimaschutz und Bildung. Grünen-Chefin Eva Glawischnig forderte angesichts diverser Skandale (Skylink, Hypo-Alpe-Adria-Bank) sowie jüngster Korruptionsvorwürfe gegen Uwe Scheuch, Chef der „Freiheitlichen in Kärnten“ (FPK), „moralische Standards“ in der Politik.

Beim Landesparteitag der FPK am 16. Jänner wurde die Abspaltung der bisherigen BZÖ-Landesgruppe zur FPÖ einstimmig abgesehen. Uwe Scheuch wurde zudem mit klarer Mehrheit (90,15 % der Delegiertenstimmen) als FPK-Obmann bestätigt. Josef Bucher, Bundesparteiohmann des BZÖ (Bündnis Zukunft Österreich) nahm das Ergebnis „zur Kenntnis“. ■

Bundespräsident Fischer zu Staatsbesuch in China

Vor neun Jahren fand der letzte österreichische Staatsbesuch in der Volksrepublik China statt. Nun sollen die bilateralen Beziehungen auf höchster politischer Ebene neu belebt werden: Bundespräsident Heinz Fischer ist am 18. Jänner zu einer fünftägigen China-Reise mit Stationen in Peking und Shanghai aufgebrochen. Begleitet wird er von seiner Frau Margit sowie vier Regierungsmitgliedern, etlichen Parlamentariern und einer umfangreichen Wirtschafts- und Wissenschaftsdelegation. Auf dem Programm stehen politische Gespräche mit Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao. Geplant sind Abkommen im Gesundheits- und Wirtschaftsbereich.

Stärke und Zusammensetzung der vom Vizepräsidenten der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), Richard Schenz, geleiteten Wirtschaftsdelegation mit mehr als 120 Mitgliedern zeigen, dass der Besuch vor allem dem Ausbau der ökonomischen Beziehungen dienen soll. China ist Österreichs wichtigster Handelspartner in Asien und gilt neben Indien als größter Hoffnungsmarkt europäischer Wirtschaftstreiber. Der bilaterale Außenhandel hat sich im Vorjahr trotz Wirtschaftskrise relativ stabil entwickelt. Die Statistik Austria bezifferte das Handelsvolumen in den ersten drei Quartalen 2009 auf 4,8 Mrd. Euro. Die Exporte nach China stiegen um 5,3 % - insbesondere in den Sektoren Infrastruktur, Maschinenbau, Energie- und Umwelttechnologie.

In Shanghai wird der Bundespräsident gemeinsam mit dem Regierungskommissär für die EXPO 2010, Hannes Androsch, die Grundsteinlegung für den Österreich-Pavillon vornehmen. ■

Spaniens Premier Zapatero in Wien

Spaniens Ministerpräsident José Luis Zapatero hat am 14. Jänner in Wien die Schwerpunkte des beginnenden spanischen EU-Ratsvorsitzes präsentiert. Hauptthemen der Unterredung mit Bundeskanzler Werner Faymann waren dabei der gemeinsame Kampf der EU-Mitgliedstaaten gegen die Wirtschaftskrise sowie die Umsetzung des im Dezember in Kraft getretenen Lissabon-Vertrages. Intensiv erörtert wurde allerdings aus aktuellem Anlass auch die zu koordinierende EU-Hilfe für den nach einer Erdbebekatastrophe verwüsteten Karibikstaat Haiti. Faymann drückte seine tiefe Betroffenheit aus und sagte Österreichs

Unterstützung vor allem bei der Suche nach Vermissten, medizinischer Versorgung und Wasseraufbereitung zu. (An Hilfsmitteln hat Österreich bisher 800.000 Euro bereitgestellt.)

Beide Regierungschefs unterstrichen ihre Absicht, innerhalb der EU für die von Österreich seit langem geforderte Finanztransaktionssteuer sowie eine verstärkte Kontrolle der Finanzinstitutionen zu werben. Faymann plädierte weiters für eine enge Kooperation in den Bereichen Soziales, Bildung und Forschung, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken und Chancengleichheit zu gewährleisten. ■

Designierter EU-Kommissar Hahn überzeugte im EU-Parlament

Österreichs designierter EU-Regionalkommissar Johannes Hahn konnte am 14. Jänner nach dreistündiger Anhörung im Regionalausschuss des EU-Parlaments durch Sachkenntnis überzeugen. Sämtliche Fraktionen urteilten durchwegs positiv. Im Hearing sprach sich Hahn unter anderem „absolut gegen die Renationalisierung“ der EU-Regionalpolitik aus und kündigte „Null-Toleranz“ bei irregulärer Verwendung der Fördermittel an. ■

Westbalkan-Initiative

Außenminister Michael Spindelegger hofft, dass die EU-Beitrittsverhandlungen mit Kroatien 2010 abgeschlossen werden können. In der ORF-Pressesunde am 17. Jänner kündigte er zudem für nächste Woche gemeinsam mit Griechenland eine „Westbalkan-Initiative“ an. ■

Entschädigungsfonds 2009

Das Kuratorium des Allgemeinen Entschädigungsfonds hat am 12. Jänner eine Zwischenbilanz über das erste Halbjahr der Schlusszahlungen an NS-Opfer gezogen. Seit Novellierung des Gesetzes im Juli 2009 seien rund 20.700 Anträge auf Entschädigung in Höhe von insgesamt 1,5 Mrd. Euro eingelangt. 4.600 Anträge seien bereits abgeschlossen und Gelder an 5.400 Personen überwiesen worden, informierte die Kuratoriumsvorsitzende, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer. Bei vielen Anträgen habe man jeweils mehrere Personen berücksichtigt, erklärte Prammer die Differenz zwischen Anträgen und tatsächlich Entschädigten. Der 2001 eingerichtete Fonds ist mit 210 Mio. Dollar dotiert. ■

Finanzminister Pröll für Gipfeltreffen deutschsprachiger Länder

Ein Gipfeltreffen deutschsprachiger europäischer Länder soll den stagnierenden Verhandlungen der EU-Finanzminister über Bankgeheimnis bzw. Zinssteuer neuen Schwung verleihen. Darauf haben sich Österreichs Finanzminister Josef Pröll und sein deutscher Amtskollege Wolfgang Schäuble bei einem Treffen in Berlin am 16. Jänner geeinigt. Eine Lösung des Konflikts beim Rat der EU-Finanzminister am 19. Jänner zeichne sich bis dato nämlich nicht ab.

An dem Spitzentreffen nächste Woche sollen neben Deutschland, Österreich und Luxemburg auch „außerhalb der EU liegende Staaten wie etwa die Schweiz“ teilnehmen, erklärte Pröll nach dem Gespräch mit Schäuble. Nach dem Regierungswechsel in Deutschland war dies das erste bilaterale Zusammentreffen mit dem neuen deutschen Finanzminister.

Österreich und Luxemburg lehnen einen automatischen Informationsaustausch (und damit die Aufgabe ihres Bankgeheimnisses) nach wie vor ab, solange Drittstaaten wie die Schweiz keine vergleichbaren Verpflichtungen eingehen. Mit einem Generalvorbehalt blockieren Österreich und Luxemburg weiterhin damit verbundene EU-Finanzrichtlinien bzw. -abkommen. Diese Haltung Österreichs zu dem Steuerpaket werde auch beim EU-Treffen am 19. Jänner unverändert sein, „wenn Kommission und Rat keine Lösung ermöglichen“, betonte Pröll gegenüber APA und ORF. Schäuble hat laut Pröll für die österreichische Position „Verständnis gezeigt“.

Hintergrund ist: Österreich und Luxemburg müssen gemäß geltender EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie ihr Bankgeheimnis aufgeben und zu einem automatischen Informationsaustausch übergehen, sobald man mit europäischen Drittstaaten und den USA über die Auskunftserteilung nach OECD-Standard Einigung erzielt. ■

Rekordjahr 2009 für Autohandel

Die Verschrottungsprämie („Ökoprämie“) hat dem österreichischen Autohandel 2009 trotz Wirtschaftskrise zu einem Rekordabsatz verholfen. Mit 319.403 neu zugelassenen Pkw sind im Vorjahr um 8,8 % mehr Autos verkauft worden – das beste Verkaufsergebnis seit 1992. Ohne diese Prämie wären die Verkaufszahlen ungefähr auf dem Niveau von 2008 geblieben (294.000), auf

das die Neuzulassungen im heurigen Jahr wohl wieder zurückfallen werden, schätzen Vertreter der Autobranche.

Die Verschrottung von vor 1996 erstmals zugelassenen Pkw war von Staat und Autohäusern mit insgesamt 1.500 Euro je Fahrzeug gefördert worden. Von dieser mit Umweltschutz begründeten Aktion profitierten 30.000 Besitzer von Altautos. Sie war an den Kauf von verbrauchsärmeren Neuwagen gebunden. Ab April 2009 konnte um die Förderung angesucht werden. Nach zweistelligen Verlusten in den ersten drei Monaten hoben die Pkw-Verkaufszahlen ab Juli 2009 regelrecht ab und erreichten je nach Monat ein Plus bis zu 44 %. Nach Schätzungen von Importeuren und Händlern wurden durch die Verschrottungsprämie um rund 20.000 bis 25.000 Autos mehr verkauft als dies ohne Prämie der Fall gewesen wäre. ■

Österreich mit zweitniedrigster Arbeitslosenquote in der EU

Im weltweiten Krisenjahr 2009 waren in Österreich im Jahresdurchschnitt 260.309 Menschen ohne Arbeit, was gegenüber dem Vorjahr einem Anstieg um 22,6 % entspricht, informierte Sozialminister Rudolf Hundstorfer am 8. Jänner. Im europäischen Vergleich habe sich Österreich aber gut geschlagen, das mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 4,7 % der zweitniedrigste Wert gehalten werden konnte. Die Arbeitslosenquote in der EU-27 lag 2009 bei 9,3 %.

Man werde 2010 ein weiteres hartes Jahr am Arbeitsmarkt zu bewältigen haben, weshalb die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik und Lehrlingsbeihilfen um 69 Mio. Euro auf 1,454 Mrd. Euro aufgestockt würden, so Hundstorfer. „Heuer werden wir beginnend mit dem Arbeitsmarktpaket III den klaren Schwerpunkt auf Qualifizierung weiterführen. Je besser die Menschen ausgebildet sind, umso höher sind ihre Chancen am Arbeitsmarkt“, betonte der Sozialminister. ■

Inflation 2009 mit 0,5 Prozent auf geringstem Stand seit 1953

Im Gesamtjahr 2009 lag die Inflation in Österreich mit 0,5 % auf dem niedrigsten Stand seit dem Zweiten Weltkrieg – unterschritten lediglich durch eine negative Teuerungsrate von minus 0,7 % im Jahr 1953, geht aus jüngsten Daten der Statistik Austria hervor. Hauptgrund waren die niedrigen Sprit- und Heizölpreise. ■

Filmwunder aus Österreich: Golden Globes für Haneke und Waltz

Seit einigen Jahren feiern Filmschaffende aus Österreich große internationale Erfolge – sei es u.a. in Berlin, Venedig und in Hollywood: In der Nacht auf den 18. Jänner erhielten der Regisseur Michael Haneke, 68, und der Schauspieler Christoph Waltz, 53, die Golden Globes. Beide wurden bereits bei den Filmfestspielen in Cannes prämiert – Haneke gewann dort schon vor Jahren den Großen Preis der Jury und zuletzt die Goldene Palme. Hanekes Schwarz-Weiß-Film „Das weiße Band“, der in Norddeutschland vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs den gesellschaftlichen und strukturellen Ursachen von Gewalt nachspürt, wurde jetzt zum besten nicht-englischsprachigen Film gekürt.

Waltz siegte in der Kategorie Bester Nebendarsteller in der Rolle des SS-Offiziers Hans Landa in Quentin Tarantinos „Inglourious Basterds“.

Von den Preisgekrönten begeistert zeigte sich Bundeskanzler Werner Faymann: „Diese Würdigung zweier außerordentlicher Leistungen wird vielen Kulturschaffenden aus Österreich Ansporn und Motivation sein sowie den Weg für weitere Erfolge ebnen“. Im Übrigen habe ihn Hanekes Film „tief beeindruckt“. Beiden Künstlern wünsche er für die kommende Oscar-Verleihung nur das Beste.

Kulturministerin Claudia Schmied würdigte Michael Haneke als einen der „weltweit besten Regisseure, der aussagekräftiges Kino produziert und sich nicht scheut, sensible Themen in den Mittelpunkt seiner filmischen Erzählung zu stellen. Der Preis an Christoph Waltz zeigt den Reichtum an Talenten, aus dem die europäische und österreichische Filmwirtschaft schöpfen kann. Dieser Erfolg ist erneuter Ansporn, nach Erhöhung des ÖFI (Österreichischen Filminstitut)-Budgets und der Absicherung des Filmfernsehabkommens, das von ÖVP-Klubobmann Karlheinz Kopf versprochene Filmfördermodell umzusetzen. Er hat meine volle Unterstützung“. ■

Tour durch Österreich: Ministerin Schmied wirbt für „Neue Schule“

Unterrichtsministerin Claudia Schmied ist bis Februar in ganz Österreich unterwegs, um Lehrer und Lehrerinnen ihr „Konzept der neuen Schulen unter dem Motto „Leistung braucht Vertrauen““ zu präsentieren. Zu den neun Bundesländer-Ver-

anstaltungen, sind Pädagogen und Pädagoginnen aus verschiedenen Projekten des Unterrichtsministeriums eingeladen, die als Multiplikatoren und Meinungsbildner fungieren und sich miteinander vernetzen sollen.

Sie kommen aus Projekten wie der Leadership Academy, der Neuen Mittelschule oder den „Innovativen Schulen im Netzwerk“. Aus diesen einzelnen Projekten soll nun ein „Strategienetzwerk“ entstehen. Nicht mit an Bord sind Lehrerinnen- und Lehrervertreter –was diese auch kritisieren. www.netzwerke-im-dialog.at ■

Wiener Wiesenthal Institut startet in Richtung Vollbetrieb

Nach einem turbulenten Jahr macht das Wiener Wiesenthal Institut für Holocaust-Studien (VWI) einen wichtigen Schritt in Richtung Vollbetrieb. Im Februar soll mit der Digitalisierung von zur Verfügung gestellten Dokumenten der Israelitischen Kultusgemeinde Wien (IKG) begonnen werden. 2009 war es zu einem Streit zwischen IKG-Präsident Ariel Muzikant und dem Gründungsleiter des Instituts, Anton Pelinka, über die Nutzung des Archivs für Forschungszwecke gekommen, was schließlich zum Rücktritt des alten Vorstands geführt hatte.

Wie der neue VWI-Vorsitzende, Georg Graf, nun betonte, seien die Irritationen beseitigt. Auch die zurückgetretenen Mitglieder des wissenschaftlichen Beirates, der 2010 neu bestellt wird, sollen ins Boot zurückgeholt werden.

Wie Vorstandsmitglied Bertrand Perz erklärte, würde die IKG nun alle Holocaust-relevanten Materialien zur Verfügung stellen.

Neuer VWI-Geschäftsführer ist der international erfahrene Zeithistoriker Bela Rasky. Das überwiegend von Bund und Gemeinde Wien finanzierte Wiesenthal Institut soll ab 2012 seinen Vollbetrieb im Palais Strozzi in der Wiener Josefstädterstraße aufnehmen. ■

Albertina: Brus & Rainer

Im Reigen hochwertiger Ausstellungen, der sich derzeit in Wien dreht, verdient eine Schau besonderes Augenmerk: „Am Horizont der Dinge – am Horizont der Sinne“, in der Wiener Albertina, bringt bis 14. Februar 70 Arbeiten in Mischtechnik, die Arnulf Rainer (geb. 1929) und Günter Brus (geb. 1938) 2008 geschaffen haben. www.albertina.at ■

Einzigartig: Ernst Ludwig Kirchner im Salzburger Museum der Moderne

Das Salzburger Museum der Moderne (MdM) zeigt bis 14. Februar eine umfangreiche Schau des deutschen Expressionisten Ernst Ludwig Kirchner (1880-1938) – die erste Einzelausstellung in einem österreichischen Museum mit 130 Ölbildern, Zeichnungen, Druckgrafiken und Fotos. Etliche der ausgestellten Werke wurden noch nie öffentlich gezeigt. Die Kuratoren haben die einzigartigen Spitzenwerke von 49 internationalen Leihgebern aus der Schweiz, aus Deutschland, den USA, aus Liechtenstein und Österreich zusammengetragen – etwa aus den Kunstmuseen Basel und Bern, dem Kirchner Museum Davos, dem Städel, Frankfurt am Main, dem Groninger Museum, dem Museum Würth, Künzelsau, der Pinakothek der Moderne, München, dem Minneapolis Institute of Arts, der Hilti Art Foundation, Vaduz, und dem Museum Moderne Kunst, Stiftung Ludwig Wien. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Ausstellung liegen in den Dresdner Jahren 1908-1911, den Berliner Jahren 1911-1917 und den frühen Davoser Jahren 1918-1920. Die spätere Zeit bis zu Kirchners Freitod – er schoss sich 1938 ins Herz – wird durch wenige ausgewählte Werke beschrieben. War es in Deutschland das Dickicht der Städte mit seinen vielschichtigen Figuren, das er zu bannen versuchte, so in der Schweiz die Bündner Umwelt, die ihn zu einer neuen Form von Bergmalerei trieb.

Kirchner suchte nimmermüde nach einer neuen deutschen Kunst, nach neuen expressiven Ausdrucksmöglichkeiten und Formen – von der Zeit in der Künstlergruppe BRÜCKE (u.a. mit Emil Nolde, Max Pechstein, Erich Heckel und Cuno Amiet) bis zu seinem tragischen Lebensende.

Erst zweimal gab es in Österreich Ausstellungen zum Werk Kirchners – 1996 in der Bank Austria und vorher im Salzburger Festspielhaus, wo die berüchtigte Nazi-Ausstellung „Entartete Kunst“ rekapituliert wurde.

Wie einer der Kuratoren, Lucius Grisebach, erläuterte, sei Österreich „nach dem Krieg mit seinen eigenen Künstlern der Klassischen Moderne beschäftigt“ gewesen, „daher kommt Kirchner in der österreichischen Rezeption kaum vor“.

Zur Ausstellung ist im Verlag DuMont eine Publikation mit einem Essay Grisebachs erschienen. Sämtliche ausgestellten Werke sind farbig abgebildet, neben den zahlreichen von Kirchner aufgenommenen Fotos und einer ausführlich bebilderten Biografie. www.museumdermoderne.at ■

Albertina: Verlängerung der erfolgreichen Impressionismus-Schau

Welcher Impressionist malte auf kubanischen Zigarrenkisten? Wie spontan arbeitete Van Gogh wirklich? Welches Geheimnis offenbart das Röntgenbild eines Renoir? Woran erkennt man ein impressionistisches Gemälde? Und womit malten die Impressionisten? Eine Antwort auf diese und weitere interessante Fragen gibt die originelle Ausstellung in der Wiener Albertina, die bis 14. Februar verlängert wurde und der die Ergebnisse eines fünfjährigen Forschungsprojekts zugrunde liegen, die einen neuen Blick auf die Entstehungsgeschichte, die Techniken und Malweisen der Stilrichtung ermöglichen. Kunstgeschichte und Kunsttechnologie agieren auf einer gleichberechtigten Ebene.

Mit rund 130 Gemälden von 45 Künstlern, darunter Caillebotte, Cézanne, Courbet, Degas, Gauguin, Manet, Monet, Pissarro, Renoir, Signac, Sisley, Toulouse-Lautrec und van Gogh, wird die Welt des französisch dominierten Impressionismus analysiert – von seinen Ursprüngen in der Freilichtmalerei bis zu den optischen Farbexperimenten des Pointillismus und Postimpressionismus.

Dabei stehen die unterschiedlichen Blickweisen des Künstlers, des Restaurators und des Betrachters im Vordergrund. Untersucht werden die Rolle des Lichts und die Auswirkung physischer Gesetzmäßigkeiten auf die impressionistische Malerei. Die systematische Analyse von Maltechniken und -methoden gibt Einblick in die Entstehungsgeschichte der Werke. Überraschende Erkenntnisse bringen die Rekonstruktion der Malprozesse und der Überarbeitungen von eigener und fremder Hand sowie die Erforschung von Erhaltungszustand und Restaurationsgeschichte. Originale Künstlerutensilien wie Pinsel, Paletten, Farbtuben, Malkästen und Staffeleien vermitteln einen authentischen Eindruck der damaligen Arbeitsbedingungen in freier Natur.

Den Kern der Schau bilden 75 Meisterwerke aus Wallraff-Richartz-Museum & Fondation Corboud, Köln. Ergänzt wird die Ausstellung durch Hauptwerke aus dem Bestand der Albertina und durch Leihgaben aus Privatbesitz sowie von internationalen Galerien.

Bei Besuch der Schau sollte man zusätzlich auch die Dauerausstellung „Meisterwerke der Moderne – Die Sammlung Batliner“ besuchen, mit Werken von u.a. Braque, Chagall, Kandinsky, Miró, Picasso, Richter, Katz. www.albertina.at ■

3raum-anatomietheater: Ver-rückter Columbus von Joachim J. Vötter

Der Grazer Autor Joachim J. Vötter hatte zwei faszinierende Stücke geschrieben, die Hubsi Kramar im 3raum-anatomietheater in den letzten Jahren (preisgekrönt) inszenierte: „Die Walzermembrane“ und „Schreber – Eine Nervenromanze“. Diese Werke befassen sich – so Kramar – mit „Paradigmenwechsel der jüngeren Geschichte“. Im ersten Stück geht es um den visionären Architekten und Musiker Ferdinand Schuster und um eine Art Bestandsaufnahme faschistischen Wahnsinns österreichischer Prägung. Das zweite Stück handelt vom Gerichtspräsidenten Daniel Paul Schreber (1842-1911), dem Sohn des Pädagogen und Kinderarztes Daniel Gottlieb Moritz Schreber, Pionier der „Deutschen Heilgymnastik“ und Namenspatron des „Schrebergartens“, der ja nicht nur in Wien noch heute beliebt ist. Wohl auch durch eine äußerst rigide Erziehung und Selbstzucht wurde Daniel Paul Schreber wahnsinnig – und klarsichtig - und verfasste das Buch „Denkwürdigkeiten eines Nervenkranken“. Schließlich gelang es ihm wieder als mündiger Bürger anerkannt zu werden.

Nun wurde im 3raum-anatomietheater das letzte Stück der Trilogie uraufgeführt: „Der Weltintendant“. Am 12. Oktober 1492 wird vor der Insel Guanahani vom Schiff „Santa Maria“ ein Ruderboot ins Wasser gelassen. In ihm: Christoph Columbus, ein Monsignore, der Notar der Krone und vier Ruderer, Strafgefangene. Das Stück spielt im Wesentlichen in jener „scheinbar unbedeutenden Zone“ (Vötter) zwischen Fregatte und Strand, zwischen „Alter“ und „Neuer“ Welt. Columbus, völlig überzeugt, „Indien“ entdeckt zu haben, meditiert depressiv über den Sinn seiner Mission, glaubt an immer weniger und stellt „alles Vorgezeichnete“ in Frage – jenes Machtsystem, das ja seine Expeditionen unterstützt mit dem Ziel, die „Eingeborenen“ zu „christianisieren“ und Schätze, vor allem Gold, nach Spanien zu schiffen. Seine sich immer sprunghafter und freier gebärdenden Gedankengänge werden von dem Geistlichen, dem königlichen Lakaien, aber auch von den dumpfen Ruderern argwöhnisch belauert und notiert, gefährdet doch die Suada des Columbus – er möchte am liebsten als Neuer Mensch quasi nackt auf der Insel bleiben - die eingespielte Repressionswelt und ihre Begriffe. „Wir dürfen die Eingeborenen nicht täuschen, wir dürfen das Eingeborene in uns nicht täuschen“, sagt er zum Entsetzen aller und nur mit Mühe lassen sich die

Ruderer besänftigen, indem man ihnen die baldige Heimkehr verspricht.

Eine wichtige Rahmenfigur ist auch Isabella von Spanien, die auf ihrem Sterbelager vor ihrem geliebten Narren – großartig: Klaus Windbichler – über ihr Leben und ihre Mission nachsinnt, die sie vor allem in der Eroberung des Heiligen Landes sieht, auch im Ausrotten aller (kulturell hochstehenden) islamischen Spuren in Spanien. Einzig der fahrig Narre scheint klarsichtig die krude Ideenwelt seiner Herrscherin für irrsinnig zu halten, lacht unvermittelt auf, selbstverständlich aber gefangen in seiner Rolle.

Joachim J. Vötter zeigt in seinem vielschichtigen Text, wie eine „Alte Welt“ auch ihren führenden Protagonisten die Luft zum Atmen nimmt und wie schwierig, auch gefährlich, aber notwendig es ist, mit verbrauchtem Begriffsinventar Neues zu entdecken und zu denken, „eine Übersetzung“ – so der Untertitel – zu schaffen.

All dies hat Hubsi Kramar mit einfachen Mitteln stimmungsvoll inszeniert. Zauberhaft etwa, wie aus dem Leintuch, auf dem Isabella liegt, später ein Segel erstet.

Die SchauspielerInnen sind überragend – allen voran Columbus- und „Weltintendant“- Darsteller Andreas Patton, der kürzlich auch in der Dramatisierung von Thomas Bernhards „Frost“ brillierte. Erwin Leder als „Monsignore“ ist in seiner asketisch-inquisitorischen Haltung – düster, voll heimlicher Leidenschaften, böse missionarisch – geradezu beängstigend rollendeckend. Mit ihm oft eines Sinnes, aber nur solange die Interessen der Krone nicht gefährdet sind, Markus Kofler als Notar, der alles akribisch für die Nachwelt aufzeichnen möchte – für die Gedankenwelt des zukünftigen Vizekönigs Columbus fehlt ihm allerdings die Intelligenz, wenngleich er das unterschwellig Rebellenische erahnt. Lilli Prohaska ist als Königin Konterpart zur sonstigen Männergesellschaft und spielt den religiös geprägten Wahn der Isabella eindrucksvoll. Die Lacher des Publikums haben die dumpfen Ruderer auf ihrer Seite – Klaus Windbichler (in einer zweiten Rolle), Sascha Tscheik, Bernd Charabara und Thomas Reisinger -, auch deswegen, weil sie, wenn sie nicht vor sich hinglotzen, breiten österreichischen Dialekt sprechen. Die passenden und angenehm unauffälligen Kostüme schuf Hanna Hollmann. „Der Weltintendant“ wird bis 30. Jänner gezeigt, jeweils Mi – Sa um 19.30 Uhr. Man sollte sich das Stück im Ambiente des urigen Theaters in der ehemaligen veterinärmedizinischen Hochschule nicht entgehen lassen. www.3raum.or.at ■

Anti Doping-Novelle wurde bei EU-Arbeitsgruppe in Brüssel vorgestellt

Mit Beginn des Jahres 2010 ist in Österreich das neue Anti-Doping Bundesgesetz in Kraft getreten. Die Grundzüge der entsprechenden Novelle wurden nun auch auf internationaler Ebene, nämlich bei der letzten Sitzung der EU-Arbeitsgruppe Anti Doping am 14. Jänner in Brüssel, vorgestellt. Mag. Pia Haschke, Österreichs neue Fachexpertin in internationalen Anti Doping-Angelegenheiten, referierte über die Hauptinhalte der Novelle:

- Künftig wird an die Verbotliste der europäischen Anti-Doping-Konvention (WADA-Verbotliste 2009) angeknüpft.
- Lebenslänglicher Ausschluss wegen Dopingvergehen gesperrter erwachsener SportlerInnen und Betreuungspersonen von der Bundessportförderung.
- Rückzahlung von an SportlerInnen ab dem Dopingvergehen ausgezahlten Bundessportförderungsmitteln.
- Schaffung einer Rechtsgrundlage für die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Zollbehörden, den Strafverfolgungsbehörden und der NADA Austria im Kampf gegen Doping.
- Information in Packungsbeilagen von Arzneimitteln.

Am Ende des Referates wurde auch der aktuelle Anti Doping-Spot von NADA Austria und TEAM ROT-WEISS-ROT, der zur Zeit im TV läuft, vorgestellt. Die Teilnehmer der Konferenz zeigten sich beeindruckt und würdigten Österreichs Bemühungen im Kampf gegen Doping. ■

Sportminister jubelt mit 60.000 Zuschauern beim Kulm-Schifliegen

Zu einem in jeder Hinsicht gelungenen Event gestaltete sich das Skiflug-Wochenende auf der Kulmschanze in Tauplitz.

An die 60.000 Zuschauer an beiden Wettkampftagen verfolgten die Bewerbe live mit. Die herausragenden Leistungen der österreichischen Adler trugen natürlich noch weiter zur guten Stimmung bei. Nachdem am Samstag der slowenische Skiflug-Spezialist Robert Kranjec noch die Nase vorne hatte, holte sich am Sonntag Österreichs Superstar Gregor Schlierenzauer den Tagessieg und machte sich mit seinem insgesamt 7. Skiflug-Weltcup Sieg zum erfolgreichsten Skiflieger aller

Zeiten. Sportminister Norbert Darabos gratulierte dem Triumphator live vor Ort und bedankte sich beim Veranstalterteam rund um Hubert Neuper für die perfekte Organisation. ■

Darabos gratuliert Hockey-Team zum sensationellen EM-Titel

Österreichs Herren-Hockeyteam hat am 17. Jänner sensationell den Titel bei der Hallen-EM in Almere (Niederlande) geholt. In einem spannenden Finalspiel konnte die Mannschaft rund um Kapitän Elmar Stremitzer Titelverteidiger Russland in der Verlängerung mit 4:3 bezwingen.

Sportminister Norbert Darabos gratulierte zu diesem historischen Erfolg: „Dieser völlig unerwartete Titel im Mekka des Hockeysports hat viele österreichische Sportfans begeistert. Es freut mich, dass damit wieder einmal ein großer internationaler Sieg in einer Mannschaftssportart gelungen ist. Ich gratuliere dem ganzen Team für die großartigen Leistungen, die bei diesem Turnier in Holland gezeigt wurden. Dieser EM-Sieg wird auch unserer heimischen Handball-Nationalmannschaft, für die ja nächste Woche ihre Heim-EM beginnt, großen Auftrieb geben. Ihre Hockey-Kollegen haben jedenfalls gezeigt, dass man auch als Außenseiter Großes leisten kann.“ ■

Österreichs Handball-Team startet Heim-EM gegen Dänemark in Linz

Die Fußball-Euro 2008 gestaltete sich zu einem großen organisatorischen Erfolg, nun steht das nächste internationale Großereignis auf österreichischem Boden an. Am 19. Jänner beginnt in Innsbruck, Linz, Wiener Neustadt und Graz die 9. EHF Herren-Handball-Europameisterschaft, an der 16 Nationen teilnehmen werden.

Das österreichische Nationalteam, das eine ganze Reihe von Vorbereitungsspielen und intensive Trainingstage in Bad Leonfelden hinter sich hat, startet das Turnier mit dem Eröffnungsspiel gegen Europameister Dänemark in Linz. Sportminister Norbert Darabos, der beim Turnier anwesend sein wird, hofft auf eine weitere Verstärkung des positiven Trends, der etwa beim Vorbereitungsspiel gegen Deutschland erkennbar war: „Bei der letzten B-WM im eigenen Land hat Österreich durch massive Zuschauerunterstützung tolle Spiele gezeigt. Ich bin überzeugt davon, dass dies auch heuer gelingen wird und wünsche unserer Mannschaft viel Erfolg!“ ■

Redaktionsschluss: 1. Februar 2010

Nr. 03/10

INHALT

INNENPOLITIK

Regierung präsentierte Stabilitätsprogramm bis 2013
Beatrix Karl ist neue Wissenschaftsministerin
Nationaler Integrationsplan
Bundspräsidenten-Wahl am 25. April
Mindestsicherung startet am 1. September

EUROPA ■ INTERNATIONAL

Erdbeben-Hilfe für Haiti: Regierung stellt weitere 2 Mio. Euro bereit
Bundeskanzler Faymann: „Niemals vergessen, niemals verschweigen!“

WIRTSCHAFT

Banken: Bundeskanzler Faymann fordert Solidarbeitrag
Hypo Alpe Adria Bank mit neuem Aufsichtsrat
Neue Börsenholding CEESEG AG

KULTUR ■ MEDIEN ■ WISSENSCHAFT

Kanzler Faymann betont Wichtigkeit der Schau über die Kinder von Izieu
Schmied: Eltern in Österreich wollen ganztägige Schulangebote
Museum Judenplatz: „Walls of Sound – Jüdische Musikerwelten“
Bruno Kreisky-Preis: Passagen-Verlag Wien mit Sonderpreis geehrt
Die Kunsthalle Wien: „Tropicália“ - brasilianische Kunst der 60er Jahre

SPORTPOLITIK

Vancouver: Hohe Sportförderung für das österreichische Olympia-Team
Die in Vancouver geförderten österreichischen SportlerInnen
Darabos: Unserem Handballteam ist bei Heim-EM großer Wurf gelungen
Ein Jahr Sportminister Darabos: Arbeit war von Reformfülle geprägt

IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressediens. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz, Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/3, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958, Fax ++43/1/53109-2958, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; <http://www.bundestkanzleramt.at>; Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet.
Herausgegeben vom Bundespressediens-Wien.

Regierung präsentierte Stabilitätsprogramm bis 2013

Die Bundesregierung hat am 26. Jänner ein Stabilitätsprogramm beschlossen, wonach das Budgetdefizit bis zum Jahr 2013 wieder unter 3 % liegen soll. Geplant sind Einsparungen in Höhe von 5,8 Mrd. Euro, um das Defizit von heuer 4,7 % bis inklusive 2013 schrittweise auf 2,7 % zu senken. Nötig wurde dieser vom Ministerrat abgesegnete Stabilitätsplan nicht zuletzt deshalb, weil die EU-Kommission gegen Österreich – wie auch fast alle anderen Mitgliedstaaten – ein Verfahren wegen Defizitüberschreitung eingeleitet hat. Laut EU-Vorgaben darf das Budgetdefizit nämlich die 3-%-Marke nicht überschreiten.

Man stelle damit unter Beweis, dass die Regierung „geeint vorgehe“, wenn „sinnvoll“ gespart werden müsse, erklärte Bundeskanzler Werner Faymann vor Journalisten. Bei der Konsolidierung des Budgets gehe es nicht um Steuererhöhungen, im Fokus stehe die Ausgabenseite. Man werde „quer durch alle Ministerien sehr genau nach Sparpotentialen suchen“, so Faymann. Zu vermeiden seien dabei Sozialabbau und Einsparungen bei der Bildung. Einmal mehr plädierte der Bundeskanzler für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer sowie einer Bankensolidarabgabe. Bei der Transaktionssteuer, die auf österreichische Anregung hin EU-weit erörtert werde, sei sich die Koalition absolut einig, „über die Einführung der Solidarabgabe werden wir weiter diskutieren“, sagte Faymann (siehe Wirtschaft).

Auch Finanzminister Josef Pröll will „ausgabenseitig den Schwerpunkt setzen“, doch erörtern müsse man auch einnahmenseitige Möglichkeiten. Konsens herrscht darüber, dass allfällige Steuererhöhungen ausschließlich in Form einer (EU-weiten) Transaktionssteuer erfolgen könnten.

Der Budgetbeschluss für 2011 (inklusive Budgetrede des Finanzministers im Parlament) könnte laut Finanzministerium jedoch möglicherweise von diesem Herbst auf nächstes Jahr verschoben werden. Grund seien die Verhandlungen zu Verwaltungsreform bzw. Sparmaßnahmen, die mit den Ländern erst vereinbart werden müssten. ■

Beatrix Karl ist neue Wissenschaftsministerin

Beatrix Karl (42) ist neue Wissenschaftsministerin und tritt somit die Nachfolge des designierten EU-Kommissars Johannes Hahn an. Ihre Angelo-

bung durch den Bundespräsidenten erfolgte am 26. Jänner. Bisher war Karl ÖVP-Wissenschaftssprecherin und Generalsekretärin des ÖAAB (Österreichischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Bund).

Für Parteichef Josef Pröll war Karl eine fast logische Kandidatin: Sie stammt aus der Steiermark, wo heuer die Landtagswahl stattfindet, und sie kommt als außerordentliche Professorin für Arbeits-, Sozial- und Europarecht aus einer Universität (Graz). Seit Oktober 2006 sitzt sie für die ÖVP im Nationalrat.

Die neue Ressortchefin will der „schwierigen Situation“ an den Hochschulen und in der Forschung mit „Erneuerung“ begegnen. Karl plädiert für die Wiedereinführung von Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen. Bei ihrer Antrittsrede im Nationalrat (29. Jänner) hat Karl den Dialog mit den Studierenden in den Vordergrund gestellt. Hochschulen müssten neben Ausbildung auch Bildung bieten, betonte sie weiters. Eine zentrale Aufgabe sieht sie in der Umsetzung des Bologna-Prozesses (Bachelor-, Master- und PhD-Studien) an allen österreichischen Unis. Zudem will Karl eine europaweite Nachfolgeregelung für die Quoten an den Medizin-Unis sowie ein Forschungsfinanzierungsgesetz. ■

Nationaler Integrationsplan

Der Ministerrat hat am 19. Jänner den Nationalen Aktionsplan für Integration beschlossen. Demnach müssen Zuwanderer künftig schon vor ihrer Einreise nach Österreich Basiskenntnisse in Deutsch nachweisen. Dies gilt jedoch nicht für höher Qualifizierte, Asylwerber und Saisoniers. Weitere Eckpunkte sind u.a. Bildungsförderung für MigrantInnen, leichter Zugang zum Arbeitsmarkt, Kampf gegen Lohndumping, Projekte gegen Fremdenhass und Rassismus. ■

Bundespräsidenten-Wahl am 25. April

Der Hauptausschuss des Nationalrats hat am 29. Jänner den 25. April für die Bundespräsidenten-Wahl fixiert. ■

Mindestsicherung startet am 1. September

Die bedarfsorientierte Mindestsicherung wird Österreich-weit mit 1. September 2010 eingeführt. Alleinstehende erhalten 744 Euro monatlich. ■

Erdbeben-Hilfe für Haiti: Regierung stellt weitere 2 Mio. Euro bereit

Die Bundesregierung hat am 26. Jänner im Ministerrat die Soforthilfe für die Erdbebenopfer in Haiti von 800.000 Euro auf 2,8 Mio. Euro aufgestockt. Bundeskanzler Werner Faymann dankte dabei auch allen privaten SpenderInnen. Die private Hilfe in den vergangenen Tagen habe bewiesen, „dass wir ein Land sind, dass immer bereit ist zu helfen“, so Faymann.

Der ORF hat unter dem Motto „Österreich hilft Haiti“ den 25. Jänner zum „Nachbar in Not“-Aktionstag gemacht. Im Mittelpunkt stand dabei ein Benefiz-Abend im TV-Hauptabendprogramm. Gependet wurden alleine an diesem Tag rund 1,4 Mio. Euro. Mit den bisherigen Spenden von „Nachbar in Not“ wurden somit insgesamt 6,9 Mio. Euro für die Menschen in Haiti gespendet (Stand: 26. Jänner).

Schirmherr der Aktion „Nachbar in Not“ ist Bundespräsident Heinz Fischer, der auch live zu Gast in der TV-Benefizsendung war. Fischer unterstrich dort die Verantwortung in einer globalisierten Welt: „Es sind Bilder, von denen kein Mensch unberührt bleibt“, sagte Fischer. An den Spendentelefonen (0800 222 444) halfen neben zahlreichen Freiwilligen von Hilfsorganisationen und Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Kirche, Kunst und Medien auch Bundeskanzler Faymann und Finanzminister Josef Pröll mit.

„Nachbar in Not“-Hilfsorganisationen sind: Österreichisches Rotes Kreuz, Caritas Österreich, Arbeiter-Samariter-Bund, Care Österreich, Diakonie Österreich, Hilfswerk Austria, Malteser Hospitaldienst und Volkshilfe Österreich. „Nachbar in Not“ wurde 1992 gegründet und ist eine Arbeitsgemeinschaft von Caritas, Rotem Kreuz und dem Medienpartner ORF.

Spendenseite von „Nachbar in Not“ unter <http://nachbarinnot.ORF.at>; kostenlose Spenden-Hotline: 0800 22 20 20; Spendenkonto „Nachbar in Not“ – Erbeben Haiti: PSK: 90 150 300, BLZ: 60000, BIC: OPSKATWW, IBAN: AT 546000000090150300 ■

Bundeskanzler Faymann: „Niemals vergessen, niemals verschweigen!“

Anlässlich des Internationalen Holocaust-Gedenktages und des 65. Jahrestages der Befreiung des KZ Auschwitz-Birkenau (Polen) haben österreichische Spitzenpolitiker die furchtbaren

Verbrechen des NS-Regimes verurteilt und zu Wachsamkeit gegenüber Antisemitismus und Rassismus aufgerufen. „Die schrecklichen Verbrechen an der Menschheit, die durch das mörderische Regime des Dritten Reiches auf der Grundlage einer menschenverachtenden Ideologie geschehen sind, dürfen niemals in Vergessenheit geraten“, betonte Bundeskanzler Werner Faymann in einer Pressemitteilung. Mit dem Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz gedenke die Welt der 6 Millionen ermordeter Juden, darunter 1,5 Millionen Kinder. Gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten, in denen Hoffnungen mit falschen Versprechen getäuscht würden, sei es enorm wichtig, Demagogen und Holocaust-Verleugnern vehement zu begegnen und die Jugend zu demokratischer Wachsamkeit aufzurufen. Es gelte, den Anfängen zu wehren und die Demokratie nötigenfalls mit allen Mitteln des Rechtsstaates zu schützen, so Faymann.

Außenminister Michael Spindelegger unterstrich, Auschwitz stehe heute weltweit „als Symbol für den nationalsozialistischen Völkermord“ und die „Negation der Menschenwürde“. Spindelegger mahnte zu besonderer Wachsamkeit gegenüber neuen Formen von Antisemitismus. Österreich sei sich seiner Verantwortung gegenüber den Opfern und Überlebenden der Shoah bewusst, sagte Spindelegger in einer Aussendung.

Bei den offiziellen Gedenkfeiern auf dem Gelände des ehemaligen KZ Auschwitz-Birkenau, wo mehr als 1,1 Millionen Menschen ermordet wurden, war Österreich durch Nationalratspräsidentin Barbara Prammer vertreten, die in Polen einen dreitägigen Arbeitsbesuch absolvierte. Die Erhaltung der Gedenkstätte schulde man nicht nur den Opfern, sondern auch künftigen Generationen, „um jetzt schon vorhandenen bedenklichen Entwicklungen entgegenzuwirken“. Eine finanzielle Beteiligung Österreichs an der Gedenkstätte sei „unbedingt nötig“, erklärte Prammer nach einem Besuch der österreichischen Ausstellung im dortigen Museum.

Ihre Gespräche in Polen hätten gezeigt, dass die bisherigen Aktivitäten Österreichs – darunter des Nationalfonds und des allgemeinen Entschädigungsfonds – deutlich registriert würden. Die beschlossene Neugestaltung des österreichischen Pavillons könne hier nur ein weiterer Schritt sein, erklärte Prammer. Es seien aber noch viele Schritte nötig, um vor allem jungen Menschen die stets aktuelle Brisanz des Holocaust und seiner Entstehung zu vermitteln, so Prammer. ■

Banken: Bundeskanzler Faymann fordert Solidarbeitrag

Bundeskanzler Werner Faymann hat seinen bereits mehrfach geäußerten Vorschlag für eine Banken-Solidarabgabe konkretisiert. Vorbild ist ihm dabei US-Präsident Barack Obama, der Amerikas Banken ebenfalls in die Pflicht nehmen will. Er rechne mit 500 Mio. Euro jährlich für das Budget, erklärte Faymann nach dem Ministerrat am 19. Jänner. Zentraler Bestandteil der Budgetkonsolidierung seien zwar die Einsparungen, doch auch der Bankensektor solle einen Beitrag leisten. Faymann will dies als Diskussionsbeitrag verstanden wissen, wünschenswert wäre eine Lösung auf europäischer Ebene. Laut bisherigen Berechnungen könnte die Abgabe 0,07 % der Bilanzsumme betragen, in den USA seien es 0,15 %, erläuterte Faymann.

„Eine Art Banken-Solidarabgabe ist richtig und sollte man auch in Österreich vorbereiten“, so der Bundeskanzler. Den Beitrag des Bankensektors halte er für zumutbar, zumal es etwa auch für Autofahrer eine Pflichtversicherung gebe. „Man sollte nicht nur im Nachhinein über Schäden reden, sondern auch über den Brandschutz im Vorhinein“, unterstrich Faymann. Eine europaweite Regelung wäre ihm allerdings lieber, denn Gerechtigkeit lasse sich am besten international organisieren. Doch könne dies „nicht als Ausrede dienen, nichts im eigenen Land zu tun“, meinte der Bundeskanzler. Darüber müsse nun mit dem Koalitionspartner diskutiert werden. Befürchtungen, wonach die Kosten im Endeffekt auf den Konsumenten abgewälzt würden, teile er nicht. „Bei den großen Gewinnern und hohen Managergehältern galt diese Logik nicht. Für Kunden wurde es nicht billiger“, so Faymann, der den Betrag für „durchaus angemessen“ hält.

Der Bundeskanzler hat für 22. Februar einen Banken-Gipfel mit den Chefs der Großbanken und Institutsgruppen anberaumt. Hauptthema ist die Banken-Solidarabgabe.

In einem Interview in der „Kronen Zeitung“ (Ausgabe vom 24. Jänner) verstärkte der Kanzler den Druck für eine Bankensteuer in Österreich. Er trete für eine „Banken-Solidarabgabe statt neuer Steuern“ ein und sei fest entschlossen, „dieses Vorhaben konsequent weiter zu verfolgen“. Einer Erhöhung der Massensteuern, etwa der Mehrwertsteuer, erteilte Faymann erneut eine Absage. Die Bevölkerung scheint Faymanns Kurs zu bestätigen. In einer OGM-Umfrage im Auftrag des

Magazins „News“ sprachen sich 59 % der Befragten für eine Bankensteuer aus.

Finanzminister Pröll erklärte in diesem Zusammenhang, etwa nach Beratungen der EU-Finanzminister in Brüssel am 19. Jänner, die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) um eine entsprechende Bewertung dieser Frage zu ersuchen. Dann müsse man in den nächsten Monaten eine Evaluierung vornehmen. Priorität habe für ihn die ausgabenseitige Sanierung des Budgets.

Wenige Tage danach betonte der Finanzminister in einem „Kurier“-Interview (29. Jänner), es sei „klar, dass die Banken mitzahlen und einen Beitrag zur Sanierung der Haushalte leisten“ müssten. Keinesfalls dürfe die Steuer jedoch zu Lasten der Kunden und Kreditnehmer gehen. Neuerlich sprach sich Pröll für eine EU-weite Finanztransaktionssteuer aus. Der Druck auf Eigenmittel sei so groß wie nie zuvor. „Das muss die Antwort auf die Krise sein“, so Pröll. Man müsse aber auch die Finanzwelt „stärker an die Kandare nehmen und kontrollieren“ sowie die Kostenexplosion bei Pensionen, im Gesundheitswesen und in der Verwaltung stoppen“, sagte der Finanzminister.

Dass Österreich im 2009 trotz Wirtschaftskrise ein Defizit von nur 3,5 % und damit sein Budgetziel erreicht habe, bezeichnete Pröll am 29. Jänner im Nationalrat als „Punktlandung“, die nur wenigen EU-Ländern geglückt sei. Als Gründe dafür nannte der Finanzminister die Steuerreform und die Konjunkturpakete sowie die rigorose Haushaltsdisziplin der einzelnen Ressorts. ■

Hypo Alpe Adria Bank mit neuem Aufsichtsrat

Die im Dezember notverstaatlichte Kärntner Hypo Alpe Adria Bank hat seit 21. Jänner einen neuen Aufsichtsrat: Vorsitzender ist Ex-ÖVP-Wirtschaftsminister Johannes Ditz, sein Stellvertreter ist Ex-SPÖ-Wissenschaftsminister und derzeitiger Kontrollbank-Vorstand Rudolf Scholten. Ebenfalls dabei sind der frühere ÖBB- und RHI-Chef Helmut Draxler und Kommunalkredit-Vorstand Alois Steinbichler. Ditz will die Bank in drei Jahren verkaufsfähig machen. ■

Neue Börsenholding CEESEG AG

Die Wiener Börse und ihre Ost-Töchter in Laibach, Prag und Budapest unterstehen seit kurzem gleichrangig der Holdinggesellschaft CEESEG AG (CEE Stock Exchange Group), der größten Börsengruppe Zentral- und Osteuropas. ■

Kanzler Faymann betont Wichtigkeit der Schau über die Kinder von Izieu

Das Thema „Toleranz“ hat (nicht nur) im Jahre 2010 für Bundeskanzler Werner Faymann oberste Priorität. Unter seinem Ehrenschild und auf seinen ausdrücklichen Wunsch wird in zahlreichen österreichischen Berufsschulen bis Ende 2010 die Fotoausstellung „Die Kinder von Maison d'Izieu“ gezeigt (siehe auch „JaÖ“ Nr.24/09). Das von Sabine und Miron Zlatin in der südfranzösischen Stadt gegründete Heim, 80 km von Lyon, beherbergte von Mai 1943 bis April 1944 über 100 jüdische Kinder verschiedener Nationalitäten, deren Eltern bereits von den Nazis deportiert waren. Am 6. April 1944 wurden 44 Kinder – sieben davon aus Wien – mit ihren Betreuerinnen und Betreuern, auf Befehl von Klaus Barbie, dem Gestapo- und SS-Chef von Lyon, festgenommen und deportiert. Nur eine der anwesenden Personen konnte fliehen. 42 Kinder und fünf Erwachsene wurden in den Gaskammern des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau ermordet. Zwei Jugendliche und der Direktor des Heimes wurden in Reval (Estland) erschossen. Nur die Erzieherin Lea Feldblum hat die Deportation überlebt.

Am 27. Jänner wurde in der Volkshochschule Wien-Meidling-Hans Mandl Berufsschule-Campus Längenfeld, die als Wanderausstellung konzipierte Fotoausstellung „Die Kinder von Maison d'Izieu“ eröffnet. Sie zeigt fröhliche Kinder mit durchaus besorgt blickenden Erziehern, auch rührend Kinderzeichnungen, Briefe an die Eltern. Nach einem Eingangsstück, gespielt von dem Geiger Aliosha Biz, sprach VHS-Direktor Gerhard Bisovsky davon, wie wichtig er politische Bildung neben Fachausbildung für die Integration in die Erwachsenenwelt halte.

Der israelische Botschafter in Österreich, Aviv Shir-On, sagte, wenn Israel schon 1938 gegründet worden wäre, hätten Millionen Menschen gerettet werden können. Im Holocaust wurden 1,5 Millionen Kinder ermordet. Das grausame Schicksal der Kinder von Izieu fordere ein Erinnern, dass sich Derartiges nie mehr wiederholen dürfe.

Ähnlich argumentierte auch der französische Botschafter, Philippe Carré, der die Kollaboration des Vichy-Regimes ansprach und auch die damalige schwierige politische Situation Frankreichs in eine von den Deutschen besetzte Nord- und eine Südzone darlegte, die „unabhängig“ sein sollte, bis allerdings im Herbst 1943 die Deutschen die italienisch besetzte Côte d'Azur okkupierten. Carré erläuterte dann, dass im April 1994 der

damalige französische Staatspräsident François Mitterrand das Maison d'Izieu zur Gedenkstätte machte – eingeweiht als eines seiner „Grands Travaux“. Zu diesen „Großbaustellen“ politisch-kulturellen Charakters gehören z.B. die Louvre-Pyramide oder das Kriegsmuseum in Caen. Mitterrand sagte damals: „Die Kinder von Izieu sind das Symbol für alle Juden Frankreichs, die unter dem Vichy-Regime vernichtet wurden“. Als erste Gedenkstätte in Frankreich greift sie seit ihrer Entstehung explizit das Schicksal versteckter und deportierter jüdischer Kinder auf.

Im Zentrum der Eröffnungsreden stand dann Beate Klarsfeld, deren – gemeinsam mit ihrem Mann Serge – geführter jahrelanger Kampf die Verhaftung des in Bolivien untergetauchten Klaus Barbie ermöglichte. 1987 vor Gericht gebracht, wurde er zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt und starb 1991 im Gefängnis von Lyon.

Als letzter Eröffnungsredner ging Medienstaatssekretär Josef Ostermayer auf die verdienstvolle Arbeit der Wiener Ausstellungsiniciatorin Milli Segal ein. Vor mehr als zwei Jahren habe sie den damaligen Verkehrsminister Werner Faymann um Unterstützung für die von der britischen Bildhauerin Flor Kent geschaffene Bronzeskulptur „Für das Kind“ ersucht, die im März 2008 in der Eingangshalle des Westbahnhofs aufgestellt wurde – gewidmet den vor der NS-Diktatur geretteten Kindern und deren Rettern. Das Werk zeigte einen Buben, der auf einem Koffer sitzt. Für Faymann sei es damals wie heute selbstverständlich gewesen, die wichtige Arbeit Segals zu unterstützen. Gerade das Aufzeigen einzelner Schicksale könne mehr bewirken als riesige, kaum fassbare Opferzahlen. Ihm, Ostermayer, sei als Schüler ein Vortrag von Rosa Jochmann über ihre jahrelange KZ-Inhaftierung unvergesslich geblieben.

Ihm sei auch klar, dass Arbeitslosigkeit die Intoleranz forcieren und dass für soziale Sicherheit in der Krise gekämpft werden müsse. Verhetzungen seien nicht zu akzeptieren. In diesem Kontext forderte Ostermayer auch „Konsequenzen“ für den Dritten Nationalratspräsidenten Martin Graf, der u. a. Ariel Muzicant beschimpft hatte. Der Staatssekretär dankte dann Beate Klarsfeld für ihr Engagement. Abschließend las Andrea Pauli vom 1. Wiener Lesetheater einen ergreifenden Brief von György Halpern an seine Mama aus Izieu.

8-jährig wurde er vergast. Die Eltern suchten ihn ihr ganzes Leben, starben in Haifa an gebrochenen Herzen. Aliosha Biz spielte noch das Stück „Oifn Pripetchik“ („Auf dem Ofenplatz“), voll von Familienerinnerungen an Krakau/Kraków. ■

Schmied: Eltern in Österreich wollen ganztägige Schulangebote

Die am 25. Jänner von Bildungsministerin Claudia Schmied präsentierten Ergebnisse der großen Eltern-Befragung zeigen, dass es einen Bedarf von 350.000 hochwertigen ganztägigen Schulangeboten gibt. „Dies ist ein deutliches Signal der Eltern und ein klarer Auftrag an die Politik. Die Eltern haben mit ihrem eindeutigen Voting klargemacht, dass das öffentliche Schulwesen in Richtung ganztägige Schulangebote energisch und engagiert weiter ausgebaut werden muss“, so Schmied. Erfreulich sei, dass in der Bundesregierung breiter Konsens über die Notwendigkeit der Finanzierung dieses Ausbaus bestehe. Als nächstes werde sie nun die Bundesländer, den Städte- und Gemeindebund, aber auch die Schulpartner und den Unterrichtsausschuss des Nationalrates über die Ergebnisse informieren. Bis zum Sommer hoffe sie in Detailgespräche mit den Ländern bezüglich Zeitplan und Kosten des Ausbaus zu kommen. Sie erwarte sich hier auch entsprechende Vorschläge der Bundesländer.

Bundes- und Vizekanzler seien bereits über die Resultate der jemals größten Eltern-Befragung in Österreich zum Thema ganztägige Schulangebote informiert, betonte Schmied und stellte klar, wie wichtig es sei, den Ausbau der ganztägigen Schulangebote als „großes gemeinsames Projekt umzusetzen“. Sie hoffe, dass diesmal das „parteilpolitische Hick-Hack der Vergangenheit angehört“. Bezüglich der Finanzierung werde sie Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll beim Wort nehmen.

An der vom IFES durchgeführten Eltern-Befragung nahmen über 143.000 Eltern teil – rund 20 % der eingeladenen Eltern. Die Studie macht deutlich, dass der Bedarf an ganztägigen Schulangeboten eine Verdreifachung der bestehenden Plätze und auch eine qualitative Aufwertung des Angebots notwendig macht.

Die IFES-Studie zum Thema ganztägige Schulangebote steht unter www.bmukk.gv.at zur Verfügung. ■

Museum Judenplatz: „Walls of Sound – Jüdische Musikerwelten“

Bis 30. Mai zeigt das Jüdische Museum Wien im Museum Judenplatz die Ausstellung „Walls of Sound - Jüdische Musikerwelten“, die sich mit jüdischer Musik und jüdischen Musikern bzw.

Musikerinnen auseinandersetzt. Nur wenigen Menschen ist bewusst, dass viele bekannte Melodien und Kompositionen wie z.B. „God bless America“, „The Christmas Song“, „Edelweiß“, „An der schönen blauen Donau“, „Hello Dolly“ oder „My Funny Valentine“ jüdischen Ursprungs sind. Dass einige der schönsten Gospelsongs der christlich afro-amerikanischen Musik von George Gershwin stammen.

Der israelisch-österreichische Künstler Oz Almog führt hinter die Walls of Sound, um den Stellenwert der Juden in der Welt der Musik zu zeigen. Mit der reichen Bildergalerie lässt er die Vision Jubals wahr werden, der als „Stammvater aller Zither- und Flötenspieler“ (Gen 4, 21) der Menschheit die Musik geschenkt haben soll.

Seit jenen Tagen ist die Musik ein Impuls für jüdische Spiritualität und ein Wegweiser zu den Toren des Himmels. Die Tora wird nicht einfach „gelesen“ – sie wird in täglichen Abschnitten gesungen und jeder Text hat seine eigene Melodie, die sich nach den Jahreszeiten verändert. Diese zentrale Bedeutung der Musik im Alltagsleben im Zusammenhang mit der schon früh einsetzenden Belesenheit machte jüdische Menschen zu Wegbereitern in drei musikalischen Sparten: Instrumentation, Modalität und Notation.

Viele Gelehrten stimmen darin überein, dass sowohl der aus dem Osten kommende byzantinische Kirchengesang wie auch der westliche vor-gregorianische Choral – und damit auch die davon abgeleitete Musik des Abendlandes – ihren Ursprung in den Kirchen Syriens und Palästinas hatten, wo wiederum die synagogale Musiktradition allgegenwärtig war.

Seit in den letzten zwei Jahrhunderten die jüdische Musik aus dem Ghetto auszog oder von dort vertrieben wurde, haben jüdische Virtuosen, Dirigenten, Komponisten, Librettisten, im Musikgeschäft und Showbusiness eine herausragende Rolle eingenommen.

Oz Almog zeigt in seiner Ausstellung als Bestätigung dafür einige dieser umherwandernden Kinder Jubals an den Walls of Sound. www.jmw.at ■

Bruno Kreisky-Preis: Passagen-Verlag Wien mit Sonderpreis geehrt

Der Passagen Verlag wird am 4. März im Rahmen des Bruno Kreisky-Preises für das politische Buch 2009 mit einem Sonderpreis ausgezeichnet. Dieser Verlagspreis honoriert die editorische Gesamtleistung des renommierten Unternehmens, das 1987 gegründet wurde und seine kulturell-

politische Funktion darin sieht, für die Vielfalt des Denkens und für Toleranz einzutreten. Mit der Publikation von österreichischen und internationalen Autorinnen und Autoren und deren gesellschaftskritischem Denken will der Verlag zu einem offenen, politisch weitsichtigen Klima in Österreich beitragen. Themen aus Politik und Kunst und ihr philosophischer, kunsttheoretischer, sozialwissenschaftlicher oder –politischer Diskurs stehen gleichwertig nebeneinander. Der Passagen Verlag hat fast 1000 Titel produziert und sich einen Ruf als einer der besten nicht-kommerziellen Verlage im deutschen Sprachraum erworben. Zu Beginn der Verlagstätigkeit stand die umfassende Übersetzung von französischen Schlüsseltexten zur Postmoderne im Vordergrund. Die Übersetzungen der Bücher von Jacques Derrida, Jean-François Lyotard, Jean Baudrillard, Sarah Kofman und Jean-Luc Nancy lieferten die Textgrundlagen für eine neue Auseinandersetzung mit der zeitgenössischen französischen Philosophie. Im Laufe der Jahre wurde eine Vielzahl von Reihen gegründet – u. a. Gesellschaft, Ökonomie, Kunst, Architektur, Psychoanalyse, Literatur und Politik. Das breite Spektrum beinhaltete etwa Autorinnen und Autoren wie Karl Acham, Hélène Cixous, Paul Feyerabend, Gundi Feyrer, FRANZOBEL, Peter Eisenman, Annette von Rantzau, Elisabeth Samsonow, Paul Virilio, James Young, Franz Vranitzky und Slavoj Žižek.
www.passagen.at ■

Die Kunsthalle Wien: „Tropicália“ - brasilianische Kunst der 60er Jahre

Seit Monaten wird in den führenden internationalen Medien der rasante Aufstieg Brasiliens diskutiert: Seit dem Amtsantritt von Präsident Luiz Inácio Lula da Silva und seinem marktwirtschaftlich orientierten sozialdemokratischen Programm im Jahre 2003 habe sich das Land einen Platz unter den einflussreichsten der Welt erkämpft, sei inzwischen Mitglied der G20, der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, spiele in einer Liga mit Russland, China und Indien. Lulas offene Politik, sei es zu den USA, Kuba oder dem Iran, und eine exportgünstige niedrige Währung habe brasilianischen Bauunternehmen, Banken und der Lebensmittelindustrie zu internationaler Positionierung verholfen. Ende 2010 werde Brasilien nach den USA und China der drittgrößte Informatik-Markt der Welt sein. Der ökonomische Aufstieg ermöglichte Lula auch sein Wahlversprechen einzuhalten – die erfolgreiche Bekämpfung

der Arbeitslosigkeit: Lebten 2001 noch 35 % der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, so waren es 2008 nur mehr 24 Prozent. Die Mittelschicht soll sich inzwischen schon über mehr als die Hälfte der Bevölkerung erstrecken. Beim Weltsozialforum in Porto Alegre unter dem Titel „Eine andere Welt ist möglich“ – der Parallel- und Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum in Davos – stand Lula im Mittelpunkt und wurde am 26. Jänner gefeiert.

Die hohe internationale Reputation Brasiliens erbrachte wohl auch den Zuschlag für die Fußball-WM 2014 und Olympia 2016.

In dieser Brasilien-Euphorie segelt die von Thomas Mießgang kuratierte Ausstellung „Tropicália“ über die brasilianische Kunst der 60er Jahre in der Wiener Kunsthalle gerade zur richtigen Zeit. Wie Mießgang verkürzt erklärte, sei „Tropicália“ in ihrer Blütezeit, etwa zwischen 1967 und 1972, eine „Hippie-Bewegung am Palmenstrand“ gewesen. Ohne explizit politisch sein zu wollen, hätten sich die vitale Energie, die Lust am schrillen Spektakel und die Öffnung des kulturellen Handlungsfeldes vor allem gegen die bleierne Zeit des brasilianischen Militärregimes gerichtet, das mit einem Coup 1964 den relativ demokratischen Verhältnissen ein Ende gemacht hatte. Die Anti-Kunst-Installation „Tropicália“ vom Bildhauer Hélio Oiticicas, das Pseudo-Favelas mit Papageienkäfig, Sand und Blumentöpfen zeigte, gab der Kunstrichtung ihren Namen. Obwohl nur kurzlebig, wurde die aktionistische Kunst einflussreich, im Film (Glauber Rocha), in der Fotografie, in der Performance, in der Musik. Kunst sollte eine experimentelle Übung hin zur Freiheit sein und die individuelle Wahrnehmung durch sensorische Praktiken transformieren. Nach dem formalen Rigorismus der (neo)konkreten Kunst im Brasilien der 50er Jahre, begründeten die Tropicalistas eine „Anti-Kunst“, der es nicht um Repräsentatives ging, sondern um das Herstellen von Kontexten für kollektive Verhaltensexperimente.

Der damalige Musikstil wurde von Gilberto Gil, Caetano Veloso, Gal Costa und Tom Zé geprägt. Sie kombinierten Tanzmusiken mit Bossa Nova, auch mit Rock, Reggae und Funk. Für ihre Lieder kamen Gil und Veloso 1968 ins Gefängnis und wurden später des Landes verwiesen.

Die Schau zeigt auch die Wirkung von „Tropicália“ bis heute – auf (exil)brasilianische Künstler wie Ernesto Neto, Rivane Neuenschwander, Cao Guimarães. Ohne die Tropicalistas wäre vieles im heutigen Brasilien anders.

Bis 2. Mai: www.kunsthallewien.at ■

Vancouver: Hohe Sportförderung für das österreichische Olympia-Team

Am 12. Februar beginnen die Olympischen Winterspiele in Vancouver, Ende Jänner wurden die insgesamt 81 österreichischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer bekannt gegeben, die unsere Farben in Kanada vertreten werden.

Österreichs starkes Team zählt in vielen Bewerben zu den Topfavoriten, für die optimalen Rahmenbedingungen sorgt dabei nicht zuletzt das Sportministerium.

Das Spitzensportförderprogramm des Bundes, TEAM ROT-WEISS-ROT, unterstützt die besten Athleten und Athletinnen des Landes in Form von Förderungen für Trainingslehrgänge, Wettkampf-Entsendungen, sportmedizinische, sportwissenschaftliche, sportmedizinische, sportpsychologische und regenerative Maßnahmen. Gesamt wurden im Rahmen von TRWR 2009 für Wintersportarten in Vorbereitung auf OS Vancouver 2010 rund € 850.000 zur Verfügung gestellt. ■

Die in Vancouver geförderten österreichischen SportlerInnen

Biathlon: Tobias Eberhard, Simon Eder, Dominik Landertinger, Daniel Mesotitsch, Fritz Pinter, Christoph Sumann

Bob: Christian Hackl, Martin Lachkovics, Jürgen Loacker, Jürgen Mayer, Wolfgang Stampfer
Eisschnelllauf: Anna Rokita

Eiskunstlauf: Miriam Ziegler; Viktor Pfeifer
Freestyle: Margarita Marbler

Nordische Kombination: Christoph Bieler, Bernhard Gruber, David Kreiner, Mario Stecher

Rodeln: Veronika Halder, Nina Reithmayer; Wolfgang Kindl, Andreas Linger, Wolfgang Linger, Daniel Pfister, Manuel Pfister, Markus Schiegl, Tobias Schiegl

Shorttrack: Veronika Windisch

Skeleton: Matthias Guggenberger

Ski Alpin: Eva-Maria Brehm, Anna Fenninger, Andrea Fischbacher, Elisabeth Görgl, Michaela Kirchgasser, Marlies Schild, Kathrin Zettel; Romed Baumann, Reinfried Herbst, Marcel Hirscher, Klaus Kröll, Mario Matt, Manfred Pranger, Benjamin Raich, Hannes Reichelt, Mario Scheiber, Philipp Schörghofer, Georg Streitberger, Michael Walchhofer

Skicross: Katharina Gutensohn, Karin Huttary, Katrin Ofner; Patrick Koller, Andreas Matt, Markus Wittner, Thomas Zangerl

Skilanglauf: Katerina Smutna

Skispringen: Martin Koch, Andreas Kofler, Wolfgang Loitzl, Thomas Morgenstern, Gregor Schlierenzauer

Snowboard: Doris Günther, Marion Kreiner, Doresia Krings, Heidi Neururer, Claudia Riegler, Manuela Riegler; Mario Fuchs, Siegfried Grabner, Lukas Grüner, Benjamin Karl, Andreas Prommegger, Markus Schairer, Anton Unterkofler. ■

Darabos: Unserem Handballteam ist bei Heim-EM großer Wurf gelungen

Das Österreichische Handballteam hat mit dem sensationellen Einzug in die Zwischenrunde bei der Heim-EM und einem neunten Rang im Schlussklassement Sportgeschichte geschrieben.

In sechs Begegnungen gab es zumeist begeisterte Spiele. Schon in der Vorrunde in Linz schafften die rotweißroten Handballer mit einem Remis gegen Island und dem Sieg gegen Serbien zwei Sensationen. In der Zwischenrunde in Wien konnte man an die großartigen Leistungen anknüpfen und bezwang im letzten Spiel die traditionsreiche Mannschaft Russlands.

Sportminister Darabos, der die Auftritte unserer Handballer aufmerksam verfolgte: „Unserer Mannschaft ist im wahrsten Sinne des Wortes ein großer Wurf gelungen. Ich bin überzeugt davon, dass sich diese neue Handball-Euphorie, die durch Viktor Szilágyi & Co. entfacht wurde, nachhaltig auf die heimischen Strukturen auswirken wird!“ ■

Ein Jahr Sportminister Darabos: Arbeit war von Reformfülle geprägt

Seit 1. Februar 2009 ist Norbert Darabos auch Sportminister. Er nahm den ersten Jahrestag seiner Tätigkeit zum Anlass, Bilanz zu ziehen und den Blick nach vorne zu richten. Das erste Amtsjahr war von einer Fülle von Reformen geprägt.

Einige Kernmaßnahmen: gezielte Sportförderung, die neue Spitzensportförderung TEAM ROT-WEISS-ROT, Sport auf Krankenschein, „Kinder gesund bewegen“, mehr Sport in der Schule.

Besonders stolz ist Sportminister Darabos auf die seit Jahresbeginn neuerlich verschärften Doping-Richtlinien: "Es war nicht leicht, die Verschärfungen umzusetzen". Er bezeichnete das seit 2007 bereits zum zweiten Mal novellierte Anti-Doping-Gesetz samt der Verankerung von Doping als Betrug im Strafrecht als „Meilenstein“. ■

Redaktionsschluss: 15. Februar 2010

Nr. 04/10

INHALT

INNENPOLITIK ■ EUROPA

Asyl: Kanzler Faymann gegen Generalisierung, für Einzelfallprüfung
Heinisch-Hosek will härtere Strafen bei Gewalt in der Familie
Gedenken an Opfer von Oberwart

EUROPA ■ INTERNATIONAL

Bundeskanzler Faymann bei informellem EU-Gipfel in Brüssel
EU-„Außenministerin“ Ashton auf Kurzbesuch in Wien
Außenminister Spindelegger auf „Dialog-Tour“ in Nahost
Kanzler Faymann begrüßte Bestätigung der neuen EU-Kommission

WIRTSCHAFT

Vancouver 2010: „Marke Österreich“ und Export profitieren
Opel Österreich: Keine Kündigungen in Wien Aspern
Ökostrom: Mehr Förderungen für Windkraft

KULTUR ■ MEDIEN ■ WISSENSCHAFT

Großer Österreichischer Staatspreis an die Komponistin Olga Neuwirth
Wolf-Preis an Anton Zeilinger
Drei Oscar-Nominierungen für österreichische Filmschaffende
„Hast Du meine Alpen gesehen?“ im Jüdischen Museum Wien
Staatsopernarchiv an das Österreichische Staatsarchiv übergeben
Ministerrat beschloss „Kompetenzzentrum Internetgesellschaft“
Wahl des ORF-Publikumsrates
„Prinz Eugen“ im Unteren Belvedere

SPORTPOLITIK

Sportminister Darabos gratuliert Springer Gregor Schlierenzauer
Eigenes Winterquartier für unsere Schwimmelite in Wien
Darabos ehrt Hockey-Europameistermannschaft aus Österreich

IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressedienst, A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz, Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/3, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958, Fax ++43/1/53109-2958, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; <http://www.bundeskanzleramt.at>; Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet.
Herausgegeben vom Bundespressedienst-Wien.

Asyl: Kanzler Faymann gegen Generalisierung, für Einzelfallprüfung

Bundeskanzler Werner Faymann hat sich klar gegen eine „Anwesenheitspflicht“ für AsylwerberInnen ausgesprochen. Innenministerin Maria Fekter hatte am 9. Februar im Ministerrat einen neuen (modifizierten) Gesetzesentwurf zu einer allgemeinen Anwesenheitspflicht für AsylwerberInnen im Zulassungsverfahren vorgelegt. Entgegen ersten Plänen sieht dieser zwar keine vierwöchige Internierung im Erstaufnahmezentrum vor, sondern maximal sieben Tage, doch Faymann hält eine generelle Anwesenheitspflicht bei Erstaufnahmeverfahren grundsätzlich für zu weitgehend. Bereits unmittelbar nach dem Ministerrat sprach der Bundeskanzler von massiven verfassungsrechtlichen Bedenken. Allerdings müsse man bei Bedarf „Einzelfallprüfungen“ durchführen, um Asylmissbrauch zu verhindern und Kriminalität in Österreich effektiv zu bekämpfen, betonte Faymann.

Entsprechende Einwände kamen tags darauf auch vom Verfassungsdienst. In einem ersten Kurzgutachten meinen die Juristen zwar, dass die zweite Phase von bis zu sechs Wochen bedingter Aufenthaltspflicht rechtens sein könnte, nicht aber die fünf bis sieben Tage zu Beginn, wo laut Innenministerium eine absolute Ausgangssperre gelten soll. „Eine generelle, ausnahmslose gesetzliche Anordnung der Freiheitsentziehung für alle Asylwerber ist verfassungswidrig“, lautet die Kernaussage der Expertise. Asylmissbrauch bzw. Untertauchen in die Illegalität kämen laut Experten nicht ausschließlich in den ersten Tagen vor, sondern erfahrungsgemäß dann, wenn sich im Laufe des Verfahrens (im Durchschnitt sechs bis acht Wochen) ein negativer Asylbescheid abzeichne. „Ich bin in der Asylpolitik für fallbezogenes Handeln, aber gegen eine Generalisierung“, bezog der Bundeskanzler in einer Aussendung am 10. Februar neuerlich klare Position. „Wenn im Einzelfall davon auszugehen ist, dass das Asylrecht missbraucht werden könnte, dann bin ich selbstverständlich für jede Maßnahme, die das verhindert“, so Faymann. Schon im derzeit geltenden Asylrecht sei die fallbezogene Möglichkeit der Festnahme verankert und würde von den zuständigen Behörden auch exekutiert, sollte sich jemand dem Verfahren entziehen. Bei Bedarf könne man diese bestehenden Regelungen auch nachbessern. Keinesfalls dürften jedoch „Menschen, die in unser Land kommen und Hilfe in einer Notsituation suchen, generell in ein Lager“

gesperrt werden – auch nicht unter der Bezeichnung „Aufenthaltspflicht“.

Übereinstimmung besteht zwischen den Koalitionsparteien darin, dass die beiden Asyl-Erstaufnahmezentren in Traiskirchen (NÖ) und Thalham (OÖ) entlastet werden müssen. Laut Faymann ist eine Arbeitsgruppe im Innenministerium mit der Suche nach Lösungen befasst. Sollte sich dabei eindeutig herausstellen, dass ein oder mehrere solcher Zentren zusätzlich nötig seien, werde man gemeinsam mit der zuständigen Innenministerin nach alternativen Standorten suchen.

Aufgrund weiterhin deutlich sinkender Asylwerber-Zahlen könnte sich das Problem allerdings von selbst entschärfen. Jüngsten Daten aus dem Innenministerium zufolge lag die Zahl der Asylanträge im heurigen Jänner bei 807, im Jänner 2009 waren es noch 1.214 Anträge. ■

Heinisch-Hosek will härtere Strafen bei Gewalt in der Familie

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek will allgemeine Gewalt in der Familie gegen „Schwächere“ als Erschwerungsgrund im Strafrecht verankern. Mit dieser Forderung reagierte Heinisch-Hosek am 4. Jänner auf einen Vorschlag von Justizministerin Gabriele Bandion-Ortner, wonach ein religiöser Hintergrund künftig als Erschwerungsgrund gelten soll. Das gehe ihr nicht weit genug. Wichtig sei es, Gewalt in der Familie, die über 90 % Frauen und Kinder betreffe, in den Fokus zu rücken. Hier müsse man allgemein „prüfen“, ob nicht zu mild bestraft werde.

Religion und Strafrecht sollen getrennt bleiben: Delikte wie Genitalverstümmelung oder Ehrenmorde hätten weniger mit Religion als vielmehr mit Tradition und Machtstrukturen zu tun, erklärte Heinisch-Hosek. ■

Gedenken an Opfer von Oberwart

Bundeskanzler Werner Faymann gedachte am 4. Februar jener vier jungen Burgenländer aus der Volksgruppe der Roma, die am 4. Februar 1995 in Oberwart (Burgenland) durch ein rassistisch motiviertes Sprengstoff-Attentat ums Leben gekommen waren. Dabei erinnerte Faymann an die Verantwortung der Spitzen der Republik, entschlossen gegen Verhetzung und extremistisches Gedankengut vorzugehen.

An einer Gedenkfeier in Oberwart nahmen unter anderem Verteidigungsminister Norbert Darabos und Vertreter der Roma teil. ■

Bundeskanzler Faymann bei informellem EU-Gipfel in Brüssel

Die EU-Staats- und Regierungschefs sind am 11. Februar in Brüssel zu einem informellen Sondergipfel zusammengetroffen. Österreich war durch Bundeskanzler Werner Faymann vertreten. Beraten wurde vor allem über mögliche Hilfsaktionen für das hoch verschuldete Griechenland sowie über Strategien zur Stabilisierung des Euro. Dabei einigten sich die EU-Länder auf eine allgemeine politische Willenserklärung über die Solidarität mit Griechenland. Im Notfall (Zahlungsunfähigkeit) werde man den Hellenen beistehen, vorerst werde es allerdings keine EU-Gelder geben. Ausgeschlossen wurde ein konkretes Hilfspaket nicht: „Die Mitglieder der Eurozone werden – falls notwendig – entschlossene und abgestimmte Maßnahmen ergreifen, um die Stabilität im gesamten Währungsraum sicherzustellen“, erklärte EU-Präsident Herman Van Rompuy, nach dem Treffen. Über Details und Lösungsvarianten (gemeinsamer Kredit der EU-Länder sowie Ausfallhaftung) beraten die EU-Finanzminister am 15. Februar. Versichert wurde unisono, den Euro gegen internationale Spekulationen vehement zu verteidigen.

Bundeskanzler Faymann rechnet mit einer Beruhigung um den Euro. Das rasche Handeln habe die Gefahr eines Flächenbrandes (Portugal, Spanien) eingedämmt. Bezüglich der Kosten – Griechenland benötigt 52 Mrd. Dollar – betonte Faymann, dass es sich gegebenenfalls weder um Geldgeschenke noch um Subventionen handeln würde, sondern um Kredite, die Griechenland mit Zinsen zurückzahlen müsse.

Griechenland wurde zu einem rigorosen Sparprogramm unter strenger EU-Kontrolle verpflichtet. Die Devise lautet: Euro-Länder müssten aus selbstverschuldeten Finanzkrisen primär aus eigener Kraft herausfinden. ■

EU-„Außenministerin“ Ashton auf Kurzbesuch in Wien

EU-Außenministerin Catherine Ashton und Bundeskanzler Werner Faymann erörterten am 12. Februar in Wien unter anderem die Themen Energiesicherheit in der EU, politische Lage auf dem Balkan, Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sowie Fragen einer gemeinsamen Sicherheitspolitik. Faymann und Ashton hatten tags zuvor

am EU-Gipfel in Brüssel teilgenommen und am Abend gemeinsam den Wiener Opernball besucht. Auf dem politischen Programm stand im Anschluss an das Treffen mit dem Bundeskanzler eine Unterredung mit Außenminister Michael Spindelegger. Vor Journalisten betonte Ashton insbesondere die Schutzfunktion der EU-Militärmission auf Haiti, die sie am Vortag beim Brüsseler EU-Gipfel angekündigt hatte. Ziel der Mission sei neben Aufräumarbeiten vor allem die Versorgung der Erdbebenopfer mit Zelten noch vor Beginn der Regensaison im März, so Ashton. Besprochen wurde zudem Ashtons Serbien-Besuch im Rahmen ihrer ersten Westbalkan-Reise in dieser Woche. Mit ihrem Besuch in der Region wolle sie ein Zeichen setzen und die gegenseitigen Beziehungen stärken, sagte die EU-Außenministerin. Einen konkreten Zeitpunkt für einen EU-Beitritt Serbiens nannte sie nicht. Österreich habe große „Erfahrungswerte“ in der Region, unterstrich Ashton. Spindelegger berichtete über seine Gespräche in Belgrad am 8. Februar und bekräftigte Österreichs Unterstützung für einen EU-Beitritt aller Westbalkanstaaten. ■

Außenminister Spindelegger auf „Dialog-Tour“ in Nahost

Außenminister Michael Spindelegger ist am 15. Februar zu einer sechstägigen Nahost-Reise aufgebrochen. Stationen sind die palästinensischen Gebiete, Israel, der Libanon, der Golan und Syrien, wo Spindelegger jeweils mit hochrangigen Politikern, Diplomaten und Militärs zusammentrifft. Vorrangiges Ziel dieser Nahost-Reise ist es, den Willen Österreichs und der EU zur diplomatischen Konfliktlösung in der Region zu betonen und an Programmen für Perspektiven und Stabilität mitzuwirken – nach dem Motto: Es gibt keine Alternative zum Dialog.

Vorbereitet wurde das Besuchsprogramm in enger Abstimmung mit UNO und EU. ■

Kanzler Faymann begrüßte Bestätigung der neuen EU-Kommission

Bundeskanzler Werner Faymann hat die eindeutige Zustimmung des EU-Parlaments zur neuen EU-Kommission ausdrücklich begrüßt. Damit sei sichergestellt, dass die EU in einer schwierigen Phase voll funktionsfähig sei. Priorität müsse der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit haben. ■

Vancouver 2010: „Marke Österreich“ und Export profitieren

Weltweit werden bis zu drei Milliarden Menschen die Olympischen Winterspiele in Vancouver vor den Bildschirmen verfolgen. Österreich ist mit 81 Sportlerinnen und Sportlern bei dem Großereignis in Kanada vertreten.

Nicht nur für die Austragungsstätten selbst sind die Spiele ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, auch die heimische Wirtschaft soll profitieren, und zwar in mehreren Bereichen: Tourismus, Elektrohandel und insbesondere der Sportartikelhandel erwarten merkbare Zuwächse. „Ein Hype im Spitzensport bringt immer auch einen Impuls für den Breitensport“, erklärte Roman Seeliger von der Sparte Handel der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) in einem Interview mit ORF.at (10. Februar). Sportgroßveranstaltungen hätten signifikanten Einfluss auf den Breitensport.

Gute Leistungen der österreichischen Olympioniken haben laut Seeliger Kaufimpulse im Sportartikelhandel zur Folge. Olympia wirke „offenbar ansteckend“ und würde die Menschen motivieren, generell mehr Sport oder jene Sportarten intensiver zu betreiben, in denen die heimischen SportlerInnen besonders gute Platzierungen aufweisen. Fritz Aichinger, Vertreter des WKÖ-Sportartikelhandels, bestätigte im ORF.at-Gespräch diesen Zusammenhang: Große Sportveranstaltungen hätten eine Langzeitwirkung auf den Handel. Events wie Olympia hielten das Geschäft am Laufen, weshalb Vancouver auch in Österreich eine „ganz, ganz wichtige Marketingmaßnahme“ sei, so Aichinger.

Profitieren werde aber nicht nur der Sportartikelhandel, sondern auch die Elektrosparte, wird seitens der WKÖ betont. So seien die Winterspiele für viele KonsumentInnen ein Anlass, neue, bessere Fernsehgeräte zu kaufen.

Einen Olympia-Bonus für Österreich sieht man weiters für den Tourismus: Wenn Sportler in Österreich erfolgreich seien, profitiere auch die „Marke Österreich“. Dadurch bessert sich laut WKÖ das Image des Landes, zudem hätten sportliche Spitzenleistungen auch konkrete wirtschaftliche Auswirkungen. Ein Umstand, dem auch die Österreich Werbung Rechnung trug. Mit mehreren TV-Spots in deutscher, englischer und französischer Sprache möchte man über Eurosport Zuschauer aus knapp 60 Ländern zum Österreich-Urlaub motivieren.

Sport ist in Österreich nach wie vor ein enorm wichtiger Wirtschaftssektor. Jeder zehnte Ar-

beitsplatz hierzulande hängt direkt oder indirekt vom Sport ab. Den größten Umsatz mit Sportartikeln verzeichnet der Handel im Export: Wichtigster Auslandsmarkt war 2009 Deutschland, gefolgt von Frankreich und den USA. Das Olympia-Gastgeber Kanada rangiert auf Platz 7.

Auch WKÖ-Generalsekretärin Anna Maria Hochhauser zeigte sich bei einer Pressekonferenz am 12. Februar davon überzeugt, dass Olympia den internationalen Exportmarkt für Österreich beleben werde.

Dieser Impuls für das Auslandsgeschäft ist vonnöten: Österreichs Exporte etwa nach Kanada haben nach einem historischen Höchstwert von 900 Mio. Euro im Jahr 2007 zuletzt unter der weltweiten Konjunkturkrise gelitten und sind 2009 auf 650 bis 700 Mio. Euro gesunken.

Vor allem in den Bereichen Bau und Infrastruktur, Lebensmittel und Getränke sowie erneuerbare Energien bzw. Umwelttechnologien möchte Österreich Marktanteile in Kanada gewinnen. Ein Vorzeigebispiel dafür sei das Österreich-Haus im Zentrum von Whistler, Austragungsort der Alpin-Bewerbe, das von der Austria Passivhaus Group in Passivbauweise errichtet wurde.

Große Hoffnungen setzt man laut WKÖ zudem auf die laufenden Verhandlungen für ein vertieftes Freihandelsabkommen zwischen Kanada und EU. Derzeit gibt es knapp 100 österreichische Firmenniederlassungen in Kanada, von denen 20 bis 30 dort auch produzieren. ■

Opel Österreich: Keine Kündigungen in Wien Aspern

Opel Österreich mit dem GM-Motoren- und Getriebewerk in Wien-Aspern bleibt von der europaweiten Kündigungswelle verschont. Insgesamt fallen 8.300 Jobs in Europa weg, in Wien sind 1.850 Menschen tätig. GM hatte am 9. Februar einen massiven Stellenabbau und (auch in Österreich) Anträge für Staatshilfen in Milliardenhöhe angekündigt, um Opel zu sanieren. ■

Ökostrom: Mehr Förderungen für Windkraft

Betreiber von Windkraftanlagen erhalten mit der am 2. Februar in Kraft getretenen neuen Ökostrom-Verordnung für ihren Strom deutlich mehr Geld: Die Einspeisetarife für Windkraft steigen um 29 % von bisher 7,53 Cent pro Kilowattstunde auf 9,7 Cent. ■

Großer Österreichischer Staatspreis an die Komponistin Olga Neuwirth

Der Große Österreichische Staatspreis wird seit 1950 im Jahresrhythmus ohne festgelegtes Rotationsprinzip an österreichische KünstlerInnen der Sparten Literatur, Musik, Bildende Kunst und Architektur vergeben. Bisherige Trägerinnen waren die Autorinnen Martina Wied (1952), Imma von Bodmersdorf (1958), Ingeborg Bachmann (1986), Christine Busta (1969), Christine Lavant (1970), Friederike Mayröcker (1982), Ilse Aichinger (1995) sowie die Bildenden Künstlerinnen Maria Lassnig (1988) und Brigitte Kowanz (2009).

Heuer erhält die höchste künstlerische Auszeichnung der Republik Österreich am 8. April in Wien die Komponistin Olga Neuwirth. Mit 41 Jahren ist sie die bisher jüngste Preisträgerin und die erste Frau in der Sparte Musik.

Wie Kulturministerin Claudia Schmied, die den Preis überreichen wird, erklärte, zähle Neuwirth „zu den führenden Komponistinnen weltweit. Sie ist eine Grenzüberschreiterin in mehreren Gebieten wie wenige andere Künstler. Sie verfügt über differenzierte Kenntnisse in der Bildenden Kunst, im Film, in den Neurowissenschaften und in der Philosophie. Ihre Musik ermöglicht eine Entdeckungsreise in unbekannte Zeit- und Raumzonen“. Die diesjährige Preisverleihung sei auch eine „wichtige öffentliche Anerkennung für das kreative Schaffen von Frauen“.

Olga Neuwirth zeigte sich von der hohen Auszeichnung überrascht und geehrt, sagte aber auch kritisch: „Wäre ich von Österreich abhängig gewesen, wäre ich keine Komponistin“. Zwar habe es auch hier „immer Ausnahmen gegeben, Menschen, die auch zu mir gestanden sind, als ich noch nicht bekannt war – und auf die werde ich auch in meiner Rede hinweisen“, doch insgesamt: „Ich muss in Österreich, wahrscheinlich weil ich eine Frau bin, jedes Mal wieder beweisen, dass ich komponieren kann“.

„Überglücklich“ reagierte auf Anfrage der APA Literaturnobelpreisträgerin Elfriede Jelinek: „Ich hoffe, dass sie darüber auch die vielen Zurücksetzungen wenigstens kurz vergessen kann, die Österreich ihr angetan hat. Wie dem Werk fast aller Frauen“, so Jelinek. Die Autorin und die Komponistin arbeiteten u.a. beim „Sportstück“, bei „Totenauberg“ und „Lost Highway“ nach dem gleichnamigen Film von David Lynch, uraufgeführt beim steirischen Herbst 2003, zusammen.

Olga Neuwirth wurde am 4. August 1968 in Graz geboren. 7-jährig erhielt sie Trompetenunterricht. 1987 bis 1993 studierte sie Komposition an der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Wien bei Erich Urbanner, ebenso studierte sie am Conservatory of Music und am Art College (beide in San Francisco) und in Paris. 1998 wurde sie in zwei Porträtkonzerten bei den Salzburger Festspielen präsentiert. Ihr erstes abendfüllendes Musiktheaterwerk, „Bählamms Fest“ (Libretto: Elfriede Jelinek nach Leonora Carrington) wurde 1999 bei den Wiener Festwochen uraufgeführt. Ihre Teilnahme bei der documenta12 in Kassel bestand aus einer Klanginstallation mit Film. 2009 wurde „Undine geht“ zu der Erzählung von Ingeborg Bachmann (1961) in einer aus den 60er Jahren stammenden Schnellbahngarnitur uraufgeführt.

Vor dem Großen Österreichischen Staatspreis erhielt Neuwirth zahlreiche Auszeichnungen, u.a. den Heidelberger Künstlerinnenpreis, die Ernennung zum Mitglied der Akademie der Künste Berlin, den Paul Hindemith-Preis und den Louis Spohr-Musikpreis der Stadt Braunschweig. ■

Wolf-Preis an Anton Zeilinger

Der österreichische Physiker Anton Zeilinger hat den Wolf-Preis für Physik 2010 erhalten. Weitere Preisträger sind Alain Aspect (Frankreich) und John Clauser (USA). Die Arbeiten der drei Physiker zur quantenphysikalischen Verschränkung hätten den Grundstein für die derzeit boomende Forschung zu Quanteninformationstechnologien gelegt.

Der Preis, vor 32 Jahren von dem in Deutschland geborenen Erfinder und Philanthropen Ricardo Wolf gestiftet, zählt zu den wichtigsten internationalen Auszeichnungen für WissenschaftlerInnen. Die Ehrung findet im Mai durch den Staatspräsidenten Israels in der Knesset in Jerusalem statt. Verliehen wird die Auszeichnung jährlich an herausragende WissenschaftlerInnen und KünstlerInnen für ihre Verdienste zum Wohl der Menschheit und freundschaftliche Beziehungen unter den Völkern. www.wolffund.org.il/main.asp ■

Drei Oscar-Nominierungen für österreichische Filmschaffende

Am 7. März geht in Hollywood die diesjährige Oscar-Verleihung über die Bühne: Gleich drei österreichische Künstler dürfen sich Hoffnungen

auf die prestigeträchtigste Trophäe der Filmwelt machen. Nominiert wurden Regisseur Michael Haneke für den Film „Das weiße Band“, der bereits die Goldene Palme in Cannes sowie kürzlich einen Golden Globe gewann; Hanekes brillanter Tiroler Kameramann Christian Berger sowie Schauspieler Christoph Waltz für seine (Neben)Darstellung eines SS-Mannes in Quentin Tarantinos „Inglourious Basterds“, für die er schon in Cannes und bei den Golden Globes ausgezeichnet wurde. Tarantinos Film ist im Übrigen in der Königssparte „Bester Film“ und für mehrere Oscars nominiert.

Nach den Regisseuren Stefan Ruzowitzky („Die Fälscher“) und Götz Spielmann („Revanche“) ist Michael Haneke nun der dritte österreichische Regisseur in Folge, der für einen Auslands-Oscar nominiert wurde.

Kulturministerin Claudia Schmied reagierte spontan voller Freude: „Der große Erfolg österreichischer Filmschaffender wird durch die Nominierungen nochmals unterstrichen und ist weltweit einzigartig“. Der Direktor des Österreichischen Filminstitutes, Roland Teichmann, meinte: „In einer fast schon unglaublichen Serie bestätigt der österreichische Film seine enorme internationale Bedeutung“. ■

„Hast Du meine Alpen gesehen?“ im Jüdischen Museum Wien

Bis 14. März zeigt das Jüdische Museum Wien (JMW) als Kooperation mit dem Jüdischen Museum Hohenems (Vorarlberg) die Ausstellung „Hast Du meine Alpen gesehen? – Eine jüdische Beziehungsgeschichte“.

In seinem 1940 in Haifa verfassten und erst lange nach seinem Tod erschienen Buch „Dialektik der Alpen. Fortschritt und Hemmnis“ schreibt Arnold Zweig: „Die Geschichte der Alpen gibt im Groben und Abgekürzten die Geschichte Europas, das heißt, unserer Gesittung“.

Für die europäischen Juden waren die Berge in der Mitte des Kontinents seit jeher Faszinosum, Herausforderung und Rätsel zugleich. Diese Schroffheit, Energie und Schönheit musste einen Sinn haben, den es zu entdecken galt. So begann eine wechselvolle Beziehungsgeschichte, die Geschichte einer oftmals enttäuschten Liebe.

Die Ausstellung möchte ihre BesucherInnen auf eine Entdeckungsreise durch Zeit und Raum führen, von Hohenems nach Wien, von hier bis in die Schweiz und schließlich nach Meran: eine Reise durch die Welten des jüdischen Alpinismus und

der Erschließung der Berge für den internationalen Tourismus, eine Reise zu den intellektuellen Kindheiten und erwachsenen Träumen jenseits der Städte, durch die Widersprüche von Assimilation und Migration, Verfolgung und Neubesinnung. Die Ausstellung erzählt von Menschen, Orten und Objekten, mit überraschenden Bezügen. Die Geschichte der Juden im Alpenraum beginnt mit der Ausdehnung des Römischen Reiches – doch jüdische Gemeinden in den Alpentälern entstanden erst spät und blieben eine Rarität: Hohenems, Innsbruck und Meran, später kamen etwa noch Lugano oder Luzern hinzu oder das saisonale jüdische Leben in den Kurorten Graubündens und im Wallis. Die Ausstellung – auch eine fiktive Reise zu Traumorten und Wunschlandschaften – zeigt weitgehend unbekanntes Facetten in der Alpenwelt und ist unbedingt zu empfehlen. www.jmw.at ■

Staatsopernarchiv an das Österreichische Staatsarchiv übergeben

Die Wiener Staatsoper übergab am 9. Februar ihre Bestände an historischen Akten und Dokumenten an das Österreichische Staatsarchiv. Damit wird die fachgerechte Verwahrung sowie wissenschaftliche Nutzung und Aufarbeitung der Archivalien aus der Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegszeit gewährleistet.

Die Dokumente datieren zum Großteil vom Jahr 1940 bis zum Beginn der elektronischen Datenverarbeitung. Teilweise zählen auch einzelne ältere Dokumente zu dem vielfältigen Bestand, der u.a. Briefe, Protokolle, Verträge und Probenpläne umfasst. Interessante Stücke sind etwa der Originalvertrag des Konzertmeisters Arnold Rosé aus dem Jahr 1897, das Manuskript der Eröffnungsrede von Ernst Marboe aus dem Jahr 1955 oder ein Aktenvermerk zur (später nicht realisierten) Aufführung des „Ring“ von Karl Böhm und Wieland Wagner aus dem Jahr 1965. Insgesamt wird es möglich sein, die Leistungsfähigkeit eines international renommierten Kulturbetriebes nachzuzeichnen und somit tiefere Einblicke in die Handlungsabläufe, die kreativen wie logistischen Prozesse, der Wiener Staatsoper zu erlangen.

Auch wenn ein großer Teil des Archivs der Staatsoper nun im Österreichischen Staatsarchiv zugänglich gemacht wird, befindet sich die Gesamtheit der erhaltenen Bestände jedoch weiterhin in der Obhut verschiedener Institutionen. Die Dokumente umfassen z.B. nicht jene Teile, die 1945 in Folge des Staatsopernbrandes und der

Kriegsschäden in die Nationalbibliothek bzw. in das Theatermuseum ausgelagert wurden. Wie Staatsoperndirektor Ioan Holender sagte, seien viele Originalpartituren mit Musikervermerken im Laufe der Jahre auch gestohlen worden. Der Generaldirektor des Staatsarchivs, Lorenz Mikoletzky, will die wichtigen Dokumente nicht nur für die Wissenschaft, sondern auch für die interessierte Öffentlichkeit zugänglich machen. „Wir werden das Material daher zunächst sichten und ordnen, um den fachgerechten Zugang sicherzustellen. Die Grundinformationen über den Umfang werden, sowie auch bei allen anderen Beständen des Staatsarchivs, für Forscherinnen und Forscher über das Internet abrufbar sein. Wir werden überdies danach trachten, dass die in weiterer Folge produzierten Dokumente automatisch an das Staatsarchiv weitergeleitet werden“, so Mikoletzky. www.oesta.gv.at ■

Ministerrat beschloss „Kompetenzzentrum Internetgesellschaft“

Der Ministerrat hat am 9. Februar die Errichtung des „Kompetenzzentrums Internetgesellschaft“ beschlossen. Das Zentrum soll als gemeinsame Plattform für die Aufgaben und Maßnahmen der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) dienen. „Mit ihren über 14.000 Unternehmen und den mehr als 100.000 Beschäftigten gehört die IKT-Branche zu den bedeutendsten Wirtschaftszweigen in Österreich“, so Finanzminister Josef Pröll. Das Zentrum verfolgt u.a. das Ziel, Österreich in der Spitze der IKT-Nationen zu positionieren und die Breitbandnutzung zu erhöhen. Weiters soll eine koordinierte und auch forschungsorientierte IKT-Politik forciert werden. Der Vorstand setzt sich aus Vertretern des Bundeskanzleramtes, des Finanz-, Verkehrs- und Wirtschaftsministeriums zusammen. Daneben gehören ihm ein Vertreter der heimischen Telekom-Regulierungsbehörde (RTR) und der Vorstand der Internetoffensive mit beratender Stimme an. Das Kompetenzzentrum arbeitet auf Basis der Ergebnisse der österreichischen Internetoffensive, die als österreichische Internetdeklaration an Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll durch Vertreter der Initiative übergeben wurden.

Gleichfalls am 9. Februar forderte die Arbeiterkammer, allen Bevölkerungsgruppen den Zugang zu diesen Technologien zu ermöglichen oder zu erleichtern und den Breitbandausbau im ländlichen Raum voranzutreiben. Dafür sollen 58 Mio.

Euro aus dem EU-Konjunkturpaket und der nationalen Kofinanzierung für den ländlichen Raum in Österreich zur Verfügung gestellt werden. ■

Wahl des ORF-Publikumsrates

Überraschend endete die Wahl des ORF-Publikumsrates – der Nachfolgeorganisation der Hörer- und Sehervvertretung. Fünf von sechs Sitzen gingen an die ÖVP, nur der Facharzt Siegfried Meryn, nominiert von den Kinderfreunden, konnte im Bereich „Eltern und Familie“ ein Mandat gewinnen. Besonders erfolgreich war die ÖVP im Bereich „Ältere Menschen“: Gerhard Tötschinger vom Seniorenbund wurde von 109.364 ORF-Gebührendzahlern gewählt. Im Bereich „Jugend“ siegte Kathrin Zettel von der Kinderwelt, bei „Bildung“ Eva Scholik von der Vereinigung Christlicher Gewerkschafter, bei „Konsumenten“ erhielt Bernadette Tischler vom Ökosozialen Forum die meisten Stimmen. Bei „Sport“ siegte Fußball-Legende Ivica Vastic, der von der ÖVP-nahen Sportunion nominiert wurde.

Bei den vorangegangenen Wahlgängen 2001 und 2005 gewann die SPÖ noch alle sechs Sitze. Der Wahlausgang dürfte sich auch auf den Stiftungsrat auswirken, in den drei der direkt gewählten Publikumsräte wandern. Der Stiftungsrat ist das eigentliche Machtzentrum des ORF, der auch den ORF-Generaldirektor bestellt. Mindestens zwei dieser Publikumsräte gehören nun der ÖVP an. Für die SPÖ ist somit eine absolute Mehrheit im Stiftungsrat außer Reichweite. Die Wahlbeteiligung lag bei 7 Prozent, war höher als bei den letzten Wahlen. <http://publikumsrat.orf.at> ■

„Prinz Eugen“ im Unteren Belvedere

Das Untere Belvedere zeigt bis 6. Juni eine Ausstellung über seinen eigentlichen Hausherrn – dem bedeutendsten österreichischen Feldherrn Prinz Eugen von Savoyen (1663-1736). 1683 kam der mittellose gebürtige Franzose italienischer Abstammung an den Kaiserhof Leopold I. und begann seine glänzende militärische Karriere beim Entsatz Wiens von der Türkenbelagerung. Maßgeblich war er am politischen und wirtschaftlichen Aufstieg des Hauses Habsburg beteiligt. Er kämpfte später auch für die Kaiser Joseph I. und Karl VI. Zuletzt war er Generalvikar – Stellvertreter des Herrschers – in den neuen österreichischen Besitzungen Ober- und Unteritaliens. Die Schau zeigt vor allem auch sein großes Interesse für Kunst und Wissenschaft. www.belvedere.at ■

Sportminister Darabos gratuliert Springer Gregor Schlierenzauer

Live vor Ort erlebte Sportminister Norbert Darabos am 13. Februar den Auftaktbewerb der 21. Olympischen Winterspiele in Vancouver, das Springen auf der Normalschanze, mit und konnte Gregor Schlierenzauer dabei zur Bronzemedaille gratulieren.

Darabos: „Erste Medaille für Österreich im allerersten Bewerb – man darf wahrlich nicht unzufrieden sein. Damit ist die Medaillenjagd eröffnet und ich bin überzeugt davon, dass auch unsere anderen Athletinnen und Athleten bald nachlegen werden.“, so Darabos entspannt. ■

Eigenes Winterquartier für unsere Schwimmlite in Wien

Ab Oktober 2010 verfügen in Wien trainierende Schwimmer über ein eigenes Leistungszentrum. Im Wiener Stadionbad wird dafür über die Wintermonate das 50-Meter-Becken überdacht. Ermöglicht wird dies durch die Förderungen der Stadt Wien und des Sportministeriums.

Sportminister Norbert Darabos: „Der Schwimmsport hat sich in den letzten Jahren in Österreich rasant entwickelt. Bei den Weltmeisterschaften in Rom 2009 waren 18 rot-weiss-rote Schwimmerinnen und Schwimmer am Start. Um diesen erfreulichen Trend erfolgreich fortsetzen zu können, ist es notwendig, leistungsgerechte Infrastruktur für den Schwimmsport in Österreich zur Verfügung zu stellen. Die Überdachung des Stadionbades ist ein erster Schritt zu professionellen Trainingsbedingungen.“

Auch OSV-Präsident Paul Schauer zeigt sich von der gefundenen Lösung begeistert: „Mit diesem zukunftsorientierten, von Sportministerium und Sportstadt Wien ermöglichten Modell erhält der Spitzen-Schwimmsport in Wien eine eigene Heimstätte für den Winter. Infrastrukturelle Ressourcen werden dabei, ohne Einschränkung der ebenso wichtigen Breitensportausübung, sinnvoll und effizient genutzt.“

Die Gesamtinvestitionskosten belaufen sich auf rund 840.000 Euro brutto. Sie werden je zur Hälfte von der Stadt Wien und dem Sportministerium getragen.

Unmittelbar nach Ende der Freiluftsaison - der letzte Badetag ist heuer der 12. September - wird die Halle errichtet und mit 1. Oktober 2010 erstmals in Betrieb genommen.

Das neue Schwimmsportleistungszentrum im Stadionbad stellt auch einen wesentlichen Beitrag zum neuen Spitzensportstättenplan 2020 dar, der gerade im Auftrag des Sportministeriums vom Österreichischen Institut für Schul- und Sportstättenbau entwickelt wird. ■

Darabos ehrt Hockey-Europameistermannschaft aus Österreich

Zu einem Empfang lud Sportminister Norbert Darabos am 8. Februar unser Herrenhockey-Nationalteam, das kürzlich bei der Hallen-EM in Holland sensationell den Europameistertitel erringen konnte.

Seit Ende des Zweiten Weltkriegs konnte keine österreichische Nationalmannschaft einen großen internationalen Titel erringen, umso höher einzuschätzen ist daher die Leistung des Teams rund um Trainer Frank Hänel und Managerin Doris Bele, das nun vom Sportminister zum Siegesempfang in das Haus des Sports geladen wurde.

„Der 17. Jänner 2010, der Finalsieg im Finale gegen Russland, ist für den österreichischen Sport ein historisches Datum“, meinte Darabos in seiner Festansprache. Dieser Triumph sei einer der größten österreichischen Erfolge in einer Mannschaftssportart überhaupt. Darabos dankte nicht nur für die herausragenden Leistungen aller Spieler, sondern auch für das persönliche Engagement, das alle für diese - medial leider hierzulande noch nicht ausreichend beachtete - Sportart aufbrächten.

Darabos: „Die Spitzensportförderung des Bundes, die ja weg von der Gießkanne geht, hat während meiner Amtszeit auch den Hockeyverband nach Kräften unterstützt. Mir ist es darüber hinaus ein Anliegen, dass besonders erfolgreiche Sportarten eine erweiterte Unterstützung erfahren.“

Kapitän Armin Stremitzer wies in seiner Rede darauf hin, dass weitere Erfolge nur durch eine gute Kooperation mit dem Bund möglich seien. Ein großer Bedarf bestehe unter anderem nach einer ständigen sportpsychologischen Betreuung, um den aktuellen Leistungslevel zu halten. Ein Etappenziel sei die Hallen-WM in Polen nächstes Jahr, das übergeordnete Ziel aber die Qualifikation für die Olympischen Spiele 2012 in London. Zum Abschluss des Empfangs wurden den Spielern und Funktionären vom Sportminister noch Ehrenplaketten und eine Urkunde überreicht, Darabos erhielt eine Teamtrikot mit allen Siegerunterschriften. ■

INFORMATIONEN AUS ÖSTERREICH

Redaktionsschluss: 1. März 2010

Nr. 05/10

INNENPOLITIK

Bundesregierung will Bankensteuer
Wifo: Vorschläge zur Budgetsanierung
Regierungsklausur in Graz
Ex-Frauenministerin Dohnal gestorben

EUROPA ■ INTERNATIONAL

Bundeskanzler Faymann bei EU-Donau-Gipfel in Budapest
Österreich bewirbt sich um Sitz im UNO-Menschenrechtsrat
Spindelegger im Nahen Osten
Bundespräsident Fischer: „Armut ist ein globales Thema
Auschwitz: Österreich gibt 6 Mio. Euro

WIRTSCHAFT

Pröll und Mitterlehner in Indien
Neue Tourismus-Strategie

KULTUR ■ MEDIEN ■ WISSENSCHAFT

Neues ORF-Gesetz: Nur sparsames Wirtschaften garantiert Unabhängigkeit
Bundeskanzler Werner Faymann würdigt Leben und Werk Bruno Gironcolis
Belvedere gedenkt des 30. Todestages von Oskar Kokoschka
Österreichische Staatspreise für literarische Übersetzung 2009 vergeben
Auch Österreich feiert Fryderyk Chopin
Karl Lueger-Symposium und Wiener Vorlesung im Wiener Rathaus

SPORTPOLITIK

Darabos zieht positive Olympia-Bilanz
Darabos traf IOC-Präsident Rogge
Zukunft von ORF Sport Plus gesichert

IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressediens. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz, Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/3, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958, Fax ++43/1/53109-2958, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; <http://www.bundeskanzleramt.at>;
Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet. Herausgegeben vom Bundespressediens-Wien.

INNENPOLITIK

Bundesregierung will Bankensteuer

Die Bundesregierung will in absehbarer Zeit eine Bankensteuer einheben, so das Ergebnis des Bankengipfels unter Vorsitz von Bundeskanzler Werner Faymann am 22. Februar. Basis und Ausgangspunkt des Gipfeltreffens mit Finanzminister Josef Pröll sowie den Chefs aller heimischen Groß- bzw. systemrelevanten Banken war eine von der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) vorgelegte Studie.

Die Höhe der Abgabe steht noch nicht fest, frühestmöglicher Termin wäre 2011. Als Richtgröße nannte der Bundeskanzler jährlich rund 500 Mio. Euro bei einem Steuersatz von 0,07 % bis 0,1 % der Bilanzsumme minus diverser Abzüge (etwa Kernkapital, KMU, Privatgeschäft). Diese Summe von den Banken als Solidarabgabe einzufordern, sei absolut gerechtfertigt, unterstrich der Bundeskanzler.

Keinesfalls, betonten Faymann und Pröll unisono, dürfe die Bankenabgabe von den Instituten auf die Kundinnen und Kunden abgewälzt werden. Ein Gebühren-Monitoring soll das verhindern. Darüber hinaus müsse der Wettbewerb helfen, erklärte Faymann. Die neue Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern von Regierung und Banken wird unter Leitung des Bundeskanzlers erstmals am 8. März zusammentreten. Sie soll Vorschläge und Expertisen für die Regierung erarbeiten.

Pröll wiederholte am 24. Februar in einer Aktuellen Stunde im Nationalrat sein „klares Bekenntnis“, dass alle Gesellschaftsbereiche, auch die Banken, einen fairen Beitrag zur Budgetkonsolidierung leisten müssten. Zur Berechnung der geplanten Bankenabgabe könnten seinen Ausführungen zufolge statt der Bilanzsumme spekulative Produkte, etwa Derivate und außerbilanzmäßige Geschäfte, herangezogen werden. Zudem sprach sich Pröll in Medien-Interviews dafür aus, gleichzeitig mit Einführung der geplanten Bankensteuer die Kreditvertragsgebühr abzuschaffen. Damit will er private Konsumenten und Unternehmer entlasten. Für den Fiskus fielen aus dieser Kreditvertragsgebühr bisher rund 150 Mio. Euro pro Jahr ab. Im Gesamtpaket mit den Einnahmen aus der Bankenabgabe bedeute dies eine „win-win-Situation“ für alle, so Pröll.

Wifo: Vorschläge zur Budgetsanierung

Das Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) beziffert den Sparbedarf bis 2013 mit rund 10 Mrd. Euro, um das steigende Budgetdefizit wieder in ruhigere Bahnen zu lenken. Die Wi-

fo-Experten präsentierten am 22. Februar einen Optionenbericht zur Budgetkonsolidierung. Demzufolge wären (ab 2011) kurzfristig Einsparungen bis zu 2,9 Mrd. Euro möglich, außerdem könnten die jährlichen Zinszahlungen (derzeit 7,5 Mrd. Euro im Jahr) zur Bedienung der Staatsschulden durch Privatisierungserlöse reduziert werden. Ergänzend könnten höhere Steuern auf Vermögen, Energie, Alkohol, Tabak und Glücksspiel verfügt werden.

Nach Ende der Konsolidierung sollte dieses Geld zur Senkung der Lohnnebenkosten und der Lohnsteuer verwendet werden. Mit dem anvisierten Einsparungsvolumen von 10 Mrd. Euro würde das Defizit bis 2013 von heuer 4,7 % des BIP auf 2,7 % sinken und damit den EU-Vorgaben (unter 3 %) entsprechen.

Konkret empfehlen die Experten Maßnahmen zu Wachstumsstabilisierung und Jobbeschaffung (darunter thermische Sanierung, Bildungsreform, Kinderbetreuung, Forschung), Verwaltungsreform (stärkere Kooperation der Gemeindeverwaltungen, flexibles Beamtendienstrecht, neuer Finanzausgleich), neue Subventionsstrukturen (keine Doppelförderungen) sowie Gesundheitsreform (weniger „Akutbetten“, transparente Spitalsfinanzierung).

Höhere Massensteuern – etwa Mehrwertsteuer oder Sozialversicherungsbeiträge – lehnt das Wifo aus beschäftigungspolitischen Gründen dezidiert ab. Auch Bundeskanzler Faymann hat bereits klargestellt, dass eine Erhöhung der Mehrwertsteuer „undenkbar“ sei.

Regierungsklausur in Graz

Die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP halten am 1./2. März in Graz (Steiermark) ihre dritte Klausurtagung ab. Zentrale Themen sind Arbeit mit Schwerpunkt Jugend und Lehrlingsausbildung sowie Bildung und Forschung.

Ex-Frauenministerin Dohnal gestorben

Johanna Dohnal (71), Ikone der österreichischen Frauenpolitik, ist in der Nacht auf 20. Februar in ihrem Haus im Waldviertel (NÖ) einem Herzleiden erlegen. Bruno Kreisky holte die gebürtige Wienerin 1979 als SPÖ-Staatssekretärin für Frauenfragen in die Regierung. Unter Kanzler Franz Vranitzky wurde Dohnal 1990 (bis 1995) erste Frauenministerin Österreichs. Bundespräsident Heinz Fischer würdigte Dohnal als „mutige Vorkämpferin für Frauenrechte und Gleichberechtigung“. Sie sei eine Politikerin gewesen, die „Großes für die Menschen in Österreich – insbesondere für die Frauen in diesem Land – geleistet hat“, erklärte auch Bundeskanzler Werner Faymann.

EUROPA ■ INTERNATIONAL**Bundeskanzler Faymann bei EU-Donau-Gipfel in Budapest**

Bundeskanzler Werner Faymann hat am 25. Februar an einem Gipfeltreffen zur EU-Donauraumstrategie in Budapest teilgenommen. Eingeladen waren die 14 Donauraum-Anrainerstaaten, die EU-Kommission sowie Vertreterinnen und Vertreter regionaler und lokaler Institutionen, darunter die Bundesländer Wien, Niederösterreich und das Burgenland. Der ungarische Ministerpräsident Gordon Bajnai begrüßte neben Faymann auch die Regierungschefs von Rumänien, Bulgarien und Moldawien sowie den österreichischen EU-Regionalkommissar Johannes Hahn.

Faymann unterstrich, dass die gemeinsame Bewältigung der Wirtschaftskrise auch eine der zentralen Herausforderungen für den Donauraum sei. Der Bundeskanzler verwies dabei auf die Notwendigkeit einer breiten EU-Kooperation, um vor allem die sozialen Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu meistern.

Einig waren sich die Regierungschefs darin, die EU-Kommission dabei zu unterstützen, die Donauraumstrategie bis Ende des Jahres in Gang zu setzen. Vorgesehen sind für das künftige EU-Engagement im Donauraum bisher drei Schwerpunkte: bessere Anbindung der Donau-Regionen in den Bereichen Verkehr, Energie und Informationstechnologie, Umwelt mit den Kernbereichen Wasserqualität, Biodiversität und Risikovorsorge sowie sozio-ökonomische Integration.

Österreich bewirbt sich um Sitz im UNO-Menschenrechtsrat

Österreich bewirbt sich um einen Sitz im UNO-Menschenrechtsrat. Ein entsprechendes Dokument passierte den Ministerrat am 23. Februar. Damit wolle man das „besondere Engagement für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und den Schutz der Zivilbevölkerung im Rahmen unserer Mitgliedschaft im Sicherheitsrat auch in den nächsten Jahren konsequent fortsetzen“, sagte Außenminister Michael Spindelegger vor Journalisten. Die Wahlen sollen im Mai 2011 stattfinden. Das Gremium hat 47 Mitglieder und besteht seit 2006. Die Sitze werden auf je drei Jahre vergeben.

Spindelegger im Nahen Osten

Außenminister Michael Spindelegger hat bei seinem Besuch in Ramallah, der ersten Station seiner mehrtägigen Nahost-Tour (16. bis 20. Februar) Österreichs Position bekräftigt,

wonach es zu einer israelisch-palästinensischen Zwei-Staaten-Lösung keine Alternative gebe. Österreich unterstütze das „legitime Streben nach einem unabhängigen palästinensischen Staat, der in Frieden mit Israel lebt“. Mit den Palästinensern oder Syrien müsse ohne Vorbedingungen verhandelt werden, erklärte Spindelegger in Richtung Israel und unter Hinweis auf enge Absprachen mit EU und USA.

Nach Israel reiste Spindelegger mit einer geheimen Botschaft von Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas weiter, die vermutlich die bevorstehenden indirekten Verhandlungen zwischen Palästinensern und Israel zum Inhalt hatte. In Jerusalem, wo der Außenminister unter anderem mit dem israelischen Premier Benjamin Netanyahu und Staatspräsident Simon Peres zusammentraf, kommunizierte Spindelegger Österreichs intensive Bemühungen, im Nahen Osten „hilfreich“ zu sein, um einen Friedensprozess (auch für die gesamte Region) in Gang zu setzen. Israel anerkenne Österreichs Rolle dabei, so Spindelegger. In der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem legte der Außenminister einen Kranz nieder.

Mit einer weiteren Botschaft, nunmehr von Israel, setzte Spindelegger seine Nahost-Tour in den Libanon und nach Syrien fort. In Beirut führte er Gespräche mit dem libanesischen Staatspräsidenten Michel Sleimane und Ministerpräsident Saad Hariri. Die libanesische Regierung sieht Spindelegger als „gefestigt“, das Land „demokratisch stabilisiert“. In Damaskus, letzte Reise-Etappe, betonte der Außenminister vor Journalisten, es liege im besonderen Interesse Syriens, volle Kooperation mit der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) zu zeigen. Die Menschenrechtslage sei jedoch „weiterhin besorgniserregend“.

Bundespräsident Fischer: „Armut ist ein globales Thema

In Salzburg wurde am 22. Februar das europäische „Jahr der Armutsbekämpfung“ eröffnet. 1 Million Menschen in Österreich gilt als armutsgefährdet, eine halbe Million ist manifest arm. Bundespräsident Heinz Fischer forderte daher, dass die Gesellschaft „korrigierend eingreifen“ müsse, wenn Einkommensunterschiede „irrational werden“ und in keiner Relation zu den Leistungsunterschieden stünden.

Auschwitz: Österreich gibt 6 Mio. Euro

Österreich wird laut Finanzminister Josef Pröll für die Sanierung der Gedenkstätte im ehemaligen KZ Auschwitz in Polen 6 Mio. Euro bereitstellen.

WIRTSCHAFT

Pröll und Mitterlehner in Indien

Finanzminister Josef Pröll und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner wurden bei ihrem Arbeitsbesuch in Indien (17. bis 20. Februar) von einer hochrangigen Delegation aus 45 Unternehmensvertretern begleitet. Indien gilt neben China als eine der großen Wachstumshoffnungen der Weltwirtschaft und ist somit auch für Österreich ein großer Hoffungsmarkt. Dies betrifft nicht nur den Export, sondern auch neue Ansiedlungen indischer Firmen mit Wertschöpfung in Österreich.

Angesichts eines prognostizierten Wirtschaftswachstums von rund 7,2 % und eines wachsenden Warenverkehrs mit Österreich birgt der indische Subkontinent somit enorme Chancen für heimische Betriebe – etwa in den Bereichen Infrastruktur, Automobilproduktion oder Energie. „Wir haben die Präsenz in den vergangenen vier Jahren verdoppelt, aber es gibt noch viel brachliegendes Potenzial, das es zu nutzen gilt“, betonte Mitterlehner, der besonders gute Exportchancen für österreichische Umwelt- und Energietechnik sieht.

In New Delhi wurden die beiden Minister vom indischen Vizepräsidenten Shri Mohammad Hamid Ansari empfangen. Danach eröffneten sie mit Industrie- und Handelsminister Anand Sharma eine große Industriemesse. Weitere Termine gab es mit den Ministern für Finanzen, Gesundheit, Verkehr und erneuerbare Energien.

Auf dem Programm standen zudem Besuche bei einer Reihe von in Indien bereits erfolgreichen Betrieben, darunter beim Grazer High-techmotoren- und Testsystemhersteller AVL List. In drei indischen AVL-Werken arbeiten rund 300 Mitarbeiter an der Entwicklung von Software sowie der Prüfung von Motoren.

Ein österreichisches Paradeunternehmen in Indien ist auch die Andritz Hydro, vormals VA Tech Hydro, die ihren ersten Auftrag in Indien bereits im Jahr 1902 erhielt und seither bei allen wichtigen Ausschreibungen dabei ist, wie Hydro-Manager Alexander Schwab gegenüber der APA bestätigte. Andritz Hydro beschäftigt in zwei Fabriken 500 Leute.

Auch Wienerberger, der weltweit größte Ziegelhersteller und Nummer 2 bei Tondachziegeln in Europa, ist südlich von Bangalore mit einer Ziegelfabrik vertreten. Weitere heimische Industrieunternehmen sind die RHI, die für Hochöfen der indischen Stahlindustrie zuliefert, oder der steirische Leiterplattenproduzent AT&S, der im südindischen Najangud gerade

15 Mio. Euro in den Ausbau seiner Fabrik investiert. Die von österreichischen Firmen bisher in Indien direkt investierte Summe beläuft sich offiziell auf 130 Mio. Euro.

Großes Interesse besteht in Indien auch am Filmstandort Österreich: In den letzten zehn Jahren wurden rund 100 indische Filme in Österreich realisiert – vor allem in Tirol und Salzburg. Bei einzelnen Großproduktionen bewegten sich Tagesausgaben sogar in einer Größenordnung von 15.000 Euro. Durch das neue Fördermodell „Filmstandort Österreich“, das mit 20 Mio. Euro dotiert ist, sollen künftig mehr ausländisch-österreichische Koproduktionen unterstützt werden. Aus diesem Anlass fand ein Treffen von Pröll und Mitterlehner mit indischen Filmproduzenten statt. Als renommierte Branchenvertreter nahmen daran auch Oskar-Preisträger Stefan Ruzowitzky („Die Fälscher“) und Veit Heiduschka, Produzent des Oskar-nominierten Films „Das weiße Band“ teil.

Neue Tourismus-Strategie

Wirtschafts- und Tourismusminister Reinhold Mitterlehner hat am 26. Februar in Innsbruck die neue österreichische Tourismus-Strategie präsentiert. Man wolle nicht alles ändern, aber vieles verbessern, erklärte Mitterlehner unter Hinweis darauf, dass in Österreich statt modernem Tourismus oft noch altbackener „Fremdenverkehr“ geboten werde.

Insbesondere im Sommertourismus vermisst Mitterlehner Investitionen und Innovationen. Demzufolge gehe es bei der neuen Tourismus-Strategie (Motto: „Neue Wege im Tourismus“) vor allem um fünf Punkte: bessere Koordination des Marketing, mehr Innovation, punktgenaue Förderungen, bessere Infrastruktur und günstigere Rahmenbedingungen für Betriebe.

Österreich Werbung, Bundesländer sowie die 450 Tourismusverbände sollen künftig organisatorisch, thematisch und strategisch enger kooperieren, sagte Mitterlehner. Nur gemeinsam erreiche man jene kritischen Größen, die ausländische Veranstalter suchen würden. Um Mittel effizienter einzusetzen und Österreich als Urlaubsland klarer zu positionieren, schlägt Mitterlehner die Konzentration auf drei „Alleinstellungsmerkmale“ vor: Alpen, Donau & Seen, Städte & Kultur. Unter anderem gibt es bereits nicht rückzahlbare Zuschüsse in Höhe von 10.000 Euro für Investitionen in den Radtourismus, deren Gesamtbetrag von 1,5 Mrd. Euro laut Mitterlehner schon nach vier Monaten verbraucht war. Auf dieser Basis soll auch der Ganzjahrestourismus ausgebaut werden.

KULTUR ■ MEDIEN ■ WISSENSCHAFT**Neues ORF-Gesetz: Nur sparsames Wirtschaften garantiert Unabhängigkeit**

Der ORF wird künftig einer strengeren wirtschaftlichen und strategischen Kontrolle durch den ORF-Stiftungsrat und die neue Medienbehörde unterliegen. Im Gegenzug erhält der öffentlich-rechtliche Sender in den nächsten Jahren eine großzügige Teilrefundierung aus Gebührenbefreiungen. „Der ORF benötigt in den kommenden vier Jahren 160 Mio. Euro, um seine Aufgaben wahrzunehmen“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann am 23. Februar im Anschluss an die Sitzung des Ministerrates. „Dieser Betrag soll die Unabhängigkeit des ORF sichern und ihm dabei helfen, seine vielfältigen Aufgaben zu erfüllen“. Dazu gehören u.a. die Filmförderung, die Erhaltung des Radio-Symphonieorchesters (RSO) sowie die Sicherstellung des österreichischen Anteils am Programm. „Wie wichtig etwa die Filmförderung ist, zeigt sich ja gerade in letzter Zeit“, so der Bundeskanzler, wohl auch in Anspielung auf die internationale Reputation österreichischer Filmschaffender.

Durch das neue ORF-Gesetz ist der Weiterbestand des Spartenkanals Sport plus und des Kultur- und Infospartenkanals TW1 gesichert. Verankert wird auch eine Frauenquote von 45 Prozent bei neu zu besetzenden Jobs - ausgenommen sind die ORF-Gremien und die Geschäftsführung.

Der Stiftungsrat, bisher oberstes Aufsichtsgremium des ORF, muss sich dabei künftig Kontrollaufgaben mit der neuen Regulierungsbehörde teilen. Dies haben SPÖ und ÖVP in ihrer Regierungsvorlage zum ORF-Gesetz beschlossen. Für die verschärfte Kontrolle der ORF-Financen hat sich in den Gesetzesverhandlungen vor allem die ÖVP stark gemacht. So hat der ORF künftig „Strukturmaßnahmen zur mittelfristigen substanziellen Reduktion der Kostenbasis zu setzen“, so im Koalitionsentwurf. Ab 2010 muss der ORF-Generaldirektor dem ORF-Stiftungsrat jährlich für das folgende Kalenderjahr Maßnahmen, Indikatoren und Zielwerte zur Personalkostenreduktion einschließlich einer Reduktion der Kapazitäten und Pro-Kopf-Kosten, zur Senkung der Sachkosten, die nicht unmittelbar mit Programminvestitionen in Zusammenhang stehen, sowie zur Optimierung der Technologie- und Infrastrukturmodernisierung zur Genehmigung vorlegen. Der Stiftungsrat hat diese Maßnahmen dann zu beschließen und einer von der neuen Medienbehörde eingesetzten

Prüfkommission zu übermitteln. Der ORF-Chef muss dabei laut neuem Gesetz „glaubhaft machen, dass die beschlossenen Maßnahmen, Indikatoren und Zielwerte geeignet sind, mittelfristig ein ausgeglichenes Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit sicher zustellen“.

Kommt es zu Einwänden der Prüfkommission, müssen sich ORF-Geschäftsführung und Stiftungsrat neuerlich mit dem Maßnahmenpaket beschäftigen und es überarbeiten. Der endgültige Prüfbericht bzw. die finalen Empfehlungen der Prüfkommission gehen schließlich an die Medienbehörde, die als letzte Instanz untersucht, ob den gesetzlichen Anforderungen entsprochen wurde. Die Medienbehörde stellt dabei auch fest, ob die beschlossenen Maßnahmen und Bedingungen für die Gebührenabgeltung des vorangegangenen Kalenderjahres auch erfüllt wurden. Die entsprechende Entscheidung teilt die Behörde dem Finanzminister mit. Heuer erhält der ORF die Gebührenrefundierung bis spätestens 31. Juli, 2011 bis 2013 überweist das Finanzministerium die zusätzlichen Gebührenmittel an den ORF erst, wenn es grünes Licht durch die Medienbehörde gibt.

Nach der Einigung über das ORF-Gesetz in der Regierungskoalition geht der Vorschlag nun ins Parlament. Die Oppositionsparteien müssen nun vom Inhalt des Gesetzes überzeugt werden, das nur mit Zweidrittel-Mehrheit beschlossen werden kann. Wie Vizekanzler und Finanzminister Pröll betonte, werde die Diskussion nicht einfach sein, doch auch die Oppositionsparteien hätten Verantwortung für die Unabhängigkeit des ORF zu tragen. „Unser Interesse ist eine möglichst rasche Umsetzung des ORF-Gesetzes“, ergänzte der Kanzler. „Sie werden mich immer gesprächsbereit finden, wenn es der Findung des Konsenses dient“. Parallel zur Förderung des ORF werden in den kommenden Jahren auch die Mittel für die privaten Rundfunkstationen verdreifacht.

Bundeskanzler Werner Faymann würdigt Leben und Werk Bruno Gironcolis

Der österreichische Bildhauer Bruno Gironcoli ist am 19. Februar nach langer, schwerer Krankheit in der Wiener Rudolfstiftung gestorben. Er gilt als einer der wichtigsten Protagonisten der österreichischen Gegenwartskunst. Bis 2004 leitete er die Meisterschule für Bildhauerei der Akademie der Bildenden Künste in Wien, der er seit 1977 als Nachfolger von Fritz Wotruba vorstand. Für seine in seinem Akademie-Atelier versammelten

Skulpturen – oft riesige Objekte, in denen Alltagsgegenstände, menschliche Figuren und Naturzitate symbolträchtige Arrangements bilden – musste danach ein neuer Aufbewahrungsort gefunden werden. Auf Schloss Herberstein (Steiermark) besteht seit 2004 das Gironcoli-Museum, in dem auch seine Sammlung von afrikanischen Masken und Objekten aufbewahrt wird.

Bruno Gironcoli wurde u.a. mit dem Ehrenzeichen für Wissenschaft und Kunst und dem Großen Österreichischen Staatspreis ausgezeichnet. Tief betroffen vom Ableben des aus Villach (Kärnten) stammenden Künstlers sagte Bundeskanzler Werner Faymann: „Mit Bruno Gironcoli verliert Österreich einen der größten und bedeutendsten Künstler der Gegenwart, dessen Werk weit über die Grenzen unseres Landes wirkt“. Er habe „prägende Marksteine der Bildenden Kunst gesetzt“. Kulturministerin Claudia Schmied meinte, dass Gironcoli „wie kaum ein anderer moderner Künstler den Schrecken und die Täuschungen der Gegenwart entlarvend darzustellen“ versucht hätte.

Einzelausstellungen von Gironcolis Werk waren angesichts der Größe der Objekte rar. Die Anlieferung von sechzehn Skulpturen nur innerhalb Wiens für die Ausstellung „Die Ungeborenen“ 1997 im Museum für Angewandte Kunst (MAK) konnte nur über vierzehn Nächte hinweg in Spezialtransportern erfolgen. Zur wichtigsten internationalen Präsentation wurde 2003 die ihm gewidmete Personale im Österreich-Pavillon der 50. Biennale Venedig.

Belvedere gedenkt des 30. Todestages von Oskar Kokoschka

Am 22. Februar jährte sich Oskar Kokoschkas Todestag zum dreißigsten Mal. Aus diesem Anlass würdigt das Obere Belvedere am 14. März und 18. April das facettenreiche Werk eines der größten Künstler Österreichs und zeigt ausgewählte Arbeiten aus dem Bestand des Hauses im Rahmen einer Sonderpräsentation.

Schon früh löste sich O.K. aus dem Dunstkreis der Wiener Secession um Gustav Klimt und Carl Moll, die seine Fürsprecher bleiben sollten. Nach seinem skandalträchtigen Debüt auf der Wiener „Kunstschau“ 1908 entwickelte er sehr bald eine charakteristische expressive Position, für die er auch im Ausland Anerkennung erhielt. Sein Weg nach Dresden und die Zusammenarbeit mit Herwarth Waldens Berliner Galerie „Der Sturm“ festigten seinen Platz in der expressiven Avantgarde. Nach 1934 brachten Flucht und Emigration einen neuen

künstlerischen Abschnitt. Als „Entarteter Künstler“ diffamiert, flüchtete er von Prag nach London.

Nach großen Personalen Ende der 50er Jahre in Wien, München und Den Haag, wurde 1971 anlässlich seines 85. Geburtstages eine Retrospektive mit über 260 Werken in der Österreichischen Galerie Belvedere gezeigt.

1980 ist der in Pöchlarn (Niederösterreich) geborene Ausnahmekünstler in der Schweiz gestorben. www.belvedere.at

Österreichische Staatspreise für literarische Übersetzung 2009 vergeben

Die vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur vergebenen Österreichischen Staatspreise für literarische Übersetzung gehen an den österreichischen Übersetzer Heinrich Eisterer und an die niederländische Übersetzerin Nelleke van Maaren, die 2010 auch mit dem niederländischen Staatspreis für Übersetzung ausgezeichnet wurde. Die Verleihung findet am 20. Juni anlässlich der im Klagenfurter Robert Musil-Haus organisierten Veranstaltung „Translatio“ und im Vorfeld des Ingeborg Bachmann-Wettbewerbes in Klagenfurt statt. Nelleke van Maaren erhält den Staatspreis 2009 für ihre Übersetzungen österreichischer Literatur ins Niederländische, u.a. Werke von Melitta Breznik, Heimito von Doderer, Norbert Gstrein, Leo Perutz und Raoul Schrott.

Heinrich Eisterer erhält den Staatspreis 2009 für seine Übersetzungen von Werken ungarischer Literatur ins Deutsche, u.a. Werke von Laszlo Darvasi, Imre Kertész, Peter Nádas und Sándor Márei.

Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur vergibt für besondere Leistungen auf dem Gebiet der literarischen Übersetzung alljährlich einen Staatspreis für die Übersetzung österreichischer Literatur in eine Fremdsprache und einen Staatspreis für die Übersetzung fremdsprachiger Literatur ins Deutsche. Die Staatspreise für literarische Übersetzungen werden auf Empfehlung eines Fachbeirats zuerkannt. Darüber hinaus werden jedes Jahr auch Prämien für besonders gelungene Übersetzungen literarischer Werke vergeben. Insgesamt wurden von der Jury 27 Übersetzungen prämiert, davon 16 Übersetzungen von Werken der zeitgenössischen österreichischen Literatur in eine Fremdsprache und 11 Übersetzungen von Werken der fremdsprachigen Literatur ins Deutsche.

Kulturministerin Claudia Schmied: „Ich freue mich über das große Interesse und das Engagement für die zeitgenössische österreichische

Literatur auch im fremdsprachigen Ausland, das sich besonders durch die Arbeit der Übersetzerinnen und Übersetzer ausdrückt, und darüber, dass mit diesen Prämien und Staatspreisen diese wichtige Arbeit im Dienste der Kulturvermittlung entsprechend gewürdigt wird. Sehr begrüßenswert ist auch, dass heuer mit Nelleke van Maaren und Heinrich Eisterer erstmals seit der Schaffung des Staatspreises 1985 eine Übersetzerin in Niederländische bzw. ein Übersetzer aus dem Ungarischen ausgezeichnet werden“.

Auch Österreich feiert Fryderyk Chopin

Mehr als 2.700 Veranstaltungen gedenken heuer weltweit des 200. Geburtstages von Fryderyk Chopin – nach unterschiedlichen Angaben am 22. Februar oder 1. März. Dies sei ein guter Zeitpunkt, um die Musik dieses „Weltkomponisten“ und „Identitätsfaktors der Polen“ neu zu betrachten, so der polnische Botschafter in Österreich, Jerzy Margański vor kurzem in Wien. Jetzt sei der Moment, „frische Luft bei unserer Perzeption von Chopin“ zu atmen, sagte der Diplomat weiters.

In Österreich wird der Komponist das ganze Jahr ausgiebig in Konzerten, Symposien und Ausstellungen gefeiert. Das Chopin-Jahr begann mit dem Wiener Opernball, am 20. und 21. Februar erwies Daniel Barenboim dem Jubilar im Musikverein seine Reverenz. Weitere hochkarätige Recitals geben z.B. auch Maurizio Pollini oder Rudolf Buchbinder.

Am 25. Februar fand im Wiener Rathaus das offizielle Eröffnungskonzert des Chopin-Jahres mit der Sinfonietta Cracovia statt. Anfang März eröffnet im Haus der Musik eine Ausstellung zu „Chopin in Wien“. Dem selben Thema ist ein Hörbuch gewidmet, das Aufnahmen von in Wien skizzierten oder entstandenen Kompositionen mit von Burgschauspieler Nicholas Ofczarek gelesenen Briefen Chopins kombiniert. Vom 19. bis zum 21. April widmet sich ein Symposium der Bedeutung Wiens für den Schöpfer der modernen Klaviermusik.

In den Konzertprogrammen der Sommerfestivals – von der Sommerakademie Reichenau bis zu den Salzburger Festspielen – ist Chopin heuer prominent vertreten. Einige Festivals wie das inzwischen legendäre Chopin-Festival in der Kartause Gaming (Niederösterreich), von 12. bis 15. August, oder „Chopin und die zeitgenössische Musik“ im Haus der Musik, von 16. bis 19. September, und im Porgy & Bess, von 23. bis 26. September, sowie zahlreiche Schwerpunkte, etwa im Wiener Konzerthaus,

widmen sich speziellen Aspekten im Werk des Komponisten.

Der ORF sendet 2010 laufend Chopin-Programme. ORF 2 zeigt z.B. Dokus über seine Heimat „Warschau und Krakau“ und über die Persönlichkeit des scheuen, feinnervigen Künstlers. Ö 1 lässt im „Radiokolleg“ Pianisten über „ihren“ Chopin erzählen.

Ein Veranstaltungsführer durch das Chopin-Jahr 2010 in Österreich ist unter www.chopin2010.at abrufbar, internationale Events finden sich unter <http://chopin2010.pl>

Karl Lueger-Symposium und Wiener Vorlesung im Wiener Rathaus

Am 10. März 1910 starb Karl Lueger, Wiener Bürgermeister von 1897 bis 1910. Seine Amtszeit ist gekennzeichnet durch zahlreiche – im Wesentlichen kreditfinanzierte – kommunale Großprojekte, etwa die 2. Wiener Hochquellenwasserleitung, die Kommunalisierung der Gas- und Elektrizitätsversorgung sowie der Straßenbahnen. Lueger schuf Sozialeinrichtungen wie das Versorgungsheim Lainz oder das Psychiatrische Krankenhaus am Steinhof.

Die Christlichsoziale Partei entwickelte sich unter seiner Führung zu einer großen politischen Kraft in Österreich. Bis heute ist Lueger umstritten, bediente er sich doch massiver antisemitischer Propaganda als Mittel der Auseinandersetzung in der politischen Arena. Lueger hatte seine Wahlerfolge in Wien auch einem ungleichen Kurien- und Zensuswahlrecht zu verdanken. Noch vor dem Ersten Weltkrieg errang die von Lueger stets erbittert bekämpfte Sozialdemokratie die absolute Mehrheit der Stimmen, blieb aber aus Gründen des Wahlrechts bis 1919 von der kommunalen Regierungsverantwortung ausgeschlossen.

An Luegers Begräbnis nahmen hunderttausende Österreicher, darunter auch der junge Adolf Hitler, teil.

Das Erscheinen einer neuen Lueger-Biographie des US-Historikers John Boyer forciert eine umfassende, wissenschaftliche Diskussion.

Das Symposium am 10. März im Rathaus beleuchtet Karl Lueger aus verschiedenen Perspektiven. John Boyer spricht über „Lueger and the ambivalent models of Vienna“.

Wiens Bürgermeister Michael Häupl und Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny laden zu einer Wiener Vorlesung über „Karl Lueger und seine Zeit“, zu einer Podiumsdiskussion mit dem US-Historiker, die von Oliver Rathkolb, Zeithistoriker an der Universität Wien, moderiert wird. www.wienervorlesungen.at, www.wienbibliothek.at

SPORTPOLITIK

Darabos zieht positive Olympia-Bilanz

Sportminister Norbert Darabos zieht eine durchwegs positive Bilanz über die am 28. Februar zu Ende gegangenen XXI. Olympischen Winterspiele in Vancouver.

Darabos: „In den vergangenen zwei Wochen haben uns unsere Sportlerinnen und Sportler mit Höchstleistungen und mit Momenten der Spannung, der Freude, der Enttäuschung und des Teamgeists an diesen Olympischen Spielen teilhaben lassen. Als Sportminister möchte ich der gesamten österreichischen Mannschaft ganz herzlich zu den Leistungen in Vancouver gratulieren. In mehr als der Hälfte der Sportarten, an denen Österreich teilgenommen hat, konnten Top 3-Platzierungen errungen werden. Jede/r vierte Sportler/in der österreichischen Mannschaft kommt mit zumindest einer Medaille zurück in die Heimat. In meiner Funktion als Verteidigungsminister bin ich zudem stolz, dass neun Heeressportler unter den Medaillengewinnern sind.

Es gab in Vancouver einige historische Leistungen: So fuhr Andrea Fischbacher im Super-G der Damen den Lauf ihres Lebens und ließ alle Top-Favoritinnen hinter sich. Den Brüdern Andreas und Wolfgang Linger gelang im Rodel-Doppelsitzer-Bewerb das bei Olympia äußerst seltene Double und unsere Skispringer, Kombiniierer und auch Biathleten bewiesen eindrucksvoll, dass in Österreich der Team-sport groß geschrieben wird.

Neben den 16 Medaillen konnten zahlreiche Top-10-Platzierungen errungen werden, die die Stärke des rot-weiss-roten Teams unter Beweis stellten. Auch bei den Alpinen Herren wurden mehrheitlich Top-Ergebnisse eingefahren. Leider fehlte unseren Herren hier das nötige Glück für Podestplätze. Erfreulich ist, dass unsere Aushängeschilder in den jungen, trendigen Sportarten Ski Cross und Snowboard mit ihren Erfolgen wichtige Akzente für die Jugend setzen konnten.

Die ganze österreichische Mannschaft überzeugte durch ihr professionelles Auftreten und durch den sportlichen und fairen Umgang mit den Leistungen der Anderen. Unser Team gab eine hervorragende Visitenkarte für das Sport- und Tourismusland Österreich ab - alle erfüllten ihre Vorbildrolle mit Bravour. Bedanken möchte ich mich auch beim professionellen Umfeld unseres Teams, bei allen Trainern und Betreuern, bei den Funktionären und den Organisatoren, die mit ihrem Einsatz optimale Rahmenbedingungen für sportliche Höchstleis-

tungen schufen. Nicht zuletzt bedanke ich mich bei Gastgeber Kanada für die gelebte Gastfreundschaft und dem entgegengebrachten Respekt.“

Darabos traf IOC-Präsident Rogge

Sportminister Darabos weilte in der ersten Wettkampfwoche als offizieller Vertreter der Republik Österreich bei den Olympischen Spielen in Vancouver. Abseits der Sportveranstaltungen nutzte der Bundesminister die Zeit in Kanada für intensive bilaterale Gespräche. Neben hochrangigen Ministerkollegen traf Darabos zuletzt auch den Präsidenten des Internationalen Olympischen Comitees Jacques Rogge.

Der Belgier lobte Österreich für die restriktive Anti-Doping-Politik der letzten Jahre. Hauptaugenmerk des Gesprächs galt den Olympischen Winterjugendspielen, die im Jahr 2012 in Innsbruck/Tirol stattfinden werden. Zu diesem Top-Event laufen die Vorbereitungen schon jetzt auf Hochtouren.

Zukunft von ORF Sport Plus gesichert

Ende Februar wurde im Ministerrat die Novelle des ORF-Gesetzes beschlossen. Sportminister Norbert Darabos setzte sich in den letzten Wochen intensiv dafür ein, dass die Weiterführung von ORF Sport Plus durch die Gesetzesnovelle gesichert ist. Mit Erfolg: Der Sport-Spartenkanal wurde im Rahmen der 160 Millionen Euro Teilrefundierung der Abgeltung der gebührenfreien Haushalte gesetzlich verankert. Demnach ist die Aufrechterhaltung des Leistungsangebotes von ORF Sport Plus, wie beispielsweise auch die Weiterführung des Radiosymphonieorchesters oder der Ausbau von heimischen Eigenproduktionen, Bedingung für die Gewährung der Refundierung.

Sportminister Darabos: „Es ist uns hier ein großer Wurf für den österreichischen Sport gelungen. Die Weiterführung von ORF Sport Plus ist gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten überlebensnotwendig für viele Vereine und Verbände. Sportarten wie beispielsweise Volleyball, Handball, Judo oder Tischtennis finden in den beiden Hauptkanälen nicht ausreichend Platz. ORF Sport Plus gewährleistet eine breite Berichterstattung über die volle Bandbreite des heimischen Sports, von rot-weiß-roten Sportereignissen bis hin zu Übertragungen von Großsportveranstaltungen in Österreich.“ Zuletzt löste die Handball-Euro, die größtenteils in ORF Sport Plus ausgestrahlt wurde, eine Handball-Euphorie in Österreich aus.

INFORMATIONEN AUS ÖSTERREICH

Redaktionsschluss: 15. März 2010

Nr. 06/10

INNENPOLITIK

Bundesregierung verabschiedete Budgetrahmengesetz
Regierung beschloss Mindestsicherung
Frauentag: Heinisch-Hosek fordert gleichen Lohn für gleiche Arbeit
Gemeinderatswahlen 2010 in Niederösterreich, Tirol und Vorarlberg

EUROPA ■ INTERNATIONAL

6 Mio. Euro für Auschwitz-Stiftung
Kroatiens Präsident Josipovic in Wien
Mongolischer Premier Suchbaatar Batbold bei Bundeskanzler Faymann
Außenminister Spindelegger bei EU-Treffen in Cordoba
Sloweniens Außenminister Zbogar zu Arbeitstreffen in Wien
Heinisch-Hosek bei UN-Frauentagung in New York

WIRTSCHAFT

Neue Energiestrategie für Österreich
ITB: Marktzuwächse für Österreichs Tourismus 2009
Für "green jobs" heuer 760 Mio. Euro
Neuer ÖBB-Chef Christian Kern
Wirtschaftskammer-Wahlen: Gewinne für Wirtschaftsbund

KULTUR ■ MEDIEN ■ WISSENSCHAFT

Hollywood: Oscar für Christoph Waltz
US-Kameraleute ehren Christian Berger
Theatermuseum: Mahler und Wien
Salzburger MdM Mönchsberg: Kunstmuseum Winterthur sensationell
Sammlung Verbund zeigt in Rom Ausstellung über feministische Kunst
Jubiläumskonferenz zum zehnjährigen Bestehen des Bologna-Studiensystems
Leopoldmuseum: Verborgene Schätze der österreichischen Aquarellmalerei

SPORTPOLITIK

Starkes österreichisches Team bei zehnten Paralympischen Winterspielen
Hervorragender Start mit zweimal Gold
Republik unterstützt Behindertensport mit rund einer Million Euro jährlich

IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressediens. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz, Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/3, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958, Fax ++43/1/53109-2958, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; <http://www.bundeskanzleramt.at>; Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet. Herausgegeben vom Bundespressediens-Wien.

INNENPOLITIK

Bundesregierung verabschiedete Budgetrahmengesetz

Die Bundesregierung hat im Ministerrat am 9. März den Bundesfinanzrahmen für die Jahre 2011 bis 2014 festgelegt. Damit fiel auch eine wichtige Vorentscheidung für das Jahresbudget 2011, dessen Details im Herbst präsentiert werden sollen. Im Finanzrahmen ist explizit vorgeschrieben, wie viel Geld die einzelnen Ressorts nächstes Jahr maximal ausgeben dürfen. Bundeskanzler Werner Faymann und Finanzminister Josef Pröll erwarten hier Einsparungen von durchschnittlich 3,2 % für das Budget 2011.

Zur Verteilung der Kosten für die Budgetkonsolidierung habe man sich auf einen Schlüssel von 60 % durch Einsparungen bei den Ausgaben und 40 % durch zusätzliche Einnahmen geeinigt, erklärte Faymann. Die Bevölkerung dürfe jedoch nicht das Gefühl haben, dass die Kosten für die Krise „einfach auf die breite Masse abgewälzt werden“, so Faymann. Es müssten auch jene zur Kasse gebeten werden, die die Krise verursacht hätten, vor allem die Spekulanten und Finanzmarktakteure. „Wir müssen sinnvoll einsparen und Steuern gerecht einheben“, betonte der Bundeskanzler.

Auf Bundesebene plant die Regierung demnach Einsparungen von 1,7 Mrd. Euro. Einnahmenseitig sollen durch höhere Steuern ebenfalls 1,7 Mrd. Euro (davon 500 Mio. Euro durch die geplante Bankenabgabe) in die Staatskasse fließen. Länder und Gemeinden sollen weitere 800 Mio. Euro an Einsparungen erbringen. Mit diesem Gesamtpaket soll das Budgetdefizit im kommenden Jahr auf 4 % des BIP sinken. Bis 2014 will man die Neuverschuldung auf 2,3 % drücken und damit wieder den EU-Vorgaben entsprechen.

Mit welchen konkreten Maßnahmen die angekündigten Einsparungen und Zusatzeinnahmen umgesetzt bzw. welche Steuern erhöht werden sollen, muss mit den einzelnen Ressorts sowie Ländern und Gemeinden verhandelt werden. Der Finanzminister schließt Kürzungen in keinem Bereich aus, Faymann sieht Einsparungspotenzial bei Doppelgleisigkeiten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden.

Regierung beschloss Mindestsicherung

SPÖ und ÖVP haben bei ihrer Regierungsklausur in Graz (1./2. März) die Einführung einer bundesweiten Mindestsicherung beschlossen. Damit wird die in den Bundesländern bisher unterschiedlich bemessene Sozialhilfe ersetzt.

Die neue Mindestsicherung beträgt 744 Euro und wird ab 1. September 2010 zwölfmal pro Jahr überwiesen.

Österreich sei somit ein Land, das auch in Krisenzeiten Sozialsysteme stärke und nicht zerstöre. „Wir stärken es dort, wo es notwendig ist und sparen nicht bei den Ärmsten und bei der Mittelschicht“, würdigte Bundeskanzler Werner Faymann den gemeinsamen Beschluss. Man werde auch kontrollieren, dass „diese Unterstützung nur jene bekommen, die sie wirklich brauchen“, betonte Faymann.

Zur Vermeidung allfälliger Doppelgleisigkeiten bei Förderungen von Bund, Ländern und Gemeinden wurde vereinbart, eine Arbeitsgruppe zur Entwicklung einer „Transparenzdatenbank“ zu installieren. Damit könnten alle Leistungen der öffentlichen Hand transparent gemacht werden. Es dürfe allerdings zu keinem „Neidkonto“ kommen, um Schwächere gegeneinander auszuspielen, so Faymann.

Geeinigt haben sich die Koalitionspartner zudem auf eine Reform des Insolvenzrechts für Unternehmen – mit Fokus auf Sanierung unter Eigenverwaltung.

Frauentag: Heinisch-Hosek fordert gleichen Lohn für gleiche Arbeit

Anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März standen im Fokus aller politischen Wortmeldungen einmal mehr die Forderungen nach Chancengleichheit, verpflichtender Frauenquote und Gehaltstransparenz. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek forderte die verpflichtende Offenlegung der Durchschnittsgehälter in den Betrieben und die Einführung einer Frauenquote von 40 % in den Aufsichtsräten. Zudem urgierte sie mehr Väterbeteiligung bei Babykarenz und Hausarbeit.

Gemeinderatswahlen 2010 in Niederösterreich, Tirol und Vorarlberg

Bei den Gemeinderatswahlen 2010 am 14. März ergab sich laut vorläufigem Endergebnis folgender Stimmenstand (in %):

Niederösterreich: ÖVP: 51,62 (+2,80), SPÖ: 33,77 (-5,14), Grüne: 3,43 (-0,34), FPÖ: 5,96 (+2,65), Sonstige: 5,22 (+0,03).

Vorarlberg: ÖVP: 44,63 (-0,72), SPÖ: 10,75 (-4,86), FPÖ: 11,33 (-0,16), Grüne: 7,32 (+0,30), BZÖ: 0,24 (n.k.), Sonstige: 25,72 (+5,20).

Zu Tirol lag bei Redaktionsschluss noch kein Endergebnis vor. Insgesamt gab es Gewinne für die ÖVP, Verluste für die SPÖ und leichte Zuwächse bei der FPÖ. Die Grünen stagnierten. Wahlberechtigt waren mehr als 2 Millionen Bürgerinnen und Bürger.

EUROPA ■ INTERNATIONAL**6 Mio. Euro für Auschwitz-Stiftung**

Österreich werde für die Auschwitz-Birkenau-Stiftung einen Beitrag in Höhe von 6 Mio. Euro leisten, damit das ehemalige NS-Konzentrationslager als Gedenkstätte erhalten bleibe. Diese offizielle Botschaft überbrachte Außenminister Michael Spindelegger am 3. März bei einem Treffen mit seinem polnischen Amtskollegen Radoslaw Sikorski in Warschau. „Diese Verpflichtung kommt aus unserer Geschichte“, unterstrich Spindelegger bei einer gemeinsamen Pressekonferenz.

Spindelegger ist der erste österreichische Außenminister, der seit dem EU-Beitritt Polens im Mai 2004 einen offiziellen Besuch in Warschau absolvierte. Auf EU-Ebene hatten die beiden Minister jedoch schon vor dem bilateralen Treffen kommuniziert. Die Kooperation der beiden Länder sei „sehr gut“, erklärte Spindelegger. Der Außenminister bekräftigte Österreichs Ambitionen, das Jahr 2010 speziell dafür nutzen zu wollen, die Staaten des Westbalkans an die EU heranzuführen.

Kroatiens Präsident Josipovic in Wien

Der kroatische Präsident Ivo Josipovic traf am 15. März in Begleitung seiner Frau Tatjana zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in Wien ein. Auf dem Programm standen Gespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Werner Faymann und Nationalratspräsidentin Barbara Prammer.

Mongolischer Premier Suchbaatar Batbold bei Bundeskanzler Faymann

Bundeskanzler Werner Faymann hat am 9. März den mongolischen Ministerpräsidenten Suchbaatar Batbold empfangen. Erörtert wurden wirtschaftliche und demokratiepolitische Themen. Zuvor hatten der mongolische Regierungschef und seine Delegation Gespräche mit Vertretern von UNO und OSZE absolviert.

Faymann lobte die guten Beziehungen zwischen Österreich und der Mongolei. Beide Länder seien durch eine gute wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie zahlreiche wissenschaftliche und kulturelle Kooperationen miteinander verbunden. Zudem freue es ihn sehr, „dass die strategische Bedeutung der Mongolei als wichtiger Partner in Zentral- und Ostasien von der Europäischen Union immer mehr anerkannt wird“, erklärte Faymann.

Der mongolische Regierungschef habe auch über den Klimawandel informiert, von dem

sein Land „im besonderen Maße betroffen“ sei, so Faymann.

Premier Batbold äußerte den Wunsch nach einer Vertiefung der Zusammenarbeit mit Europa. Ein ambitioniertes Reformprogramm soll in der Mongolei nach Einführung eines Mehrparteiensystems die Stärkung von Demokratie und Zivilgesellschaft sowie eine Reform des Steuerwesens in den Mittelpunkt rücken. Batbold dankte Österreich für die humanitäre Soforthilfe während des extrem strengen Winters.

Außenminister Spindelegger bei EU-Treffen in Cordoba

Die Europäische Union will im Nahost-Friedensprozess zur Aktion übergehen. Darauf einigten sich die EU-Außenminister bei einem informellen Treffen im spanischen Cordoba. Man könne nicht „ewig warten“, betonte Spaniens Außenminister Miguel Angel Moratinos, unter Hinweis darauf, dass sich die EU bereits im Dezember 2008 eindeutig für eine Zwei-Staaten-Lösung zur Beendigung des Konflikts zwischen Israel und Palästinensern ausgesprochen hatte. Auch Außenminister Michael Spindelegger forderte von der EU größeres Engagement im Nahost-Konflikt, um möglichst rasch direkte Gespräche zwischen Israelis und Palästinensern herbeizuführen.

Sloweniens Außenminister Zbogar zu Arbeitstreffen in Wien

Der slowenische Außenminister Samuel Zbogar führt am 16. März in Wien Arbeitsgespräche mit Außenminister Michael Spindelegger. Erörtert werden unter anderem Fragen der slowenischen Minderheit in Kärnten (Stichwort: zweisprachige Ortstafeln). Ein weiteres wichtiges Thema ist die EU-Perspektive des Westbalkans, insbesondere Kroatiens, wobei Österreich großes Engagement zeigt.

Heinisch-Hosek bei UN-Frauentagung in New York

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek bezeichnete die jährlich stattfindende Konferenz der internationalen Frauenstatuskommission in New York (1. bis 3. März) als „gute Gelegenheit, länderübergreifend Erfahrungen in der Umsetzung der Gleichstellung von Männern und Frauen auszutauschen“. Am Rande der Tagung traf die Ministerin mit UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon zusammen. Das internationale Netzwerk „Global Network of Womens Shelters“ zeichnete Heinisch-Hosek für ihr Engagement im Kampf gegen Gewalt an Frauen aus.

WIRTSCHAFT

Neue Energiestrategie für Österreich

Seine Klimaschutzziele für 2020 will Österreich mit einer neuen Energiestrategie erreichen. Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner und Umweltminister Niki Berlakovich präsentierten die „Energiestrategie Österreich“ am 11. März. Eckpunkte sind unter anderem eine ökologische Steuerreform, der Ausbau der erneuerbaren Energien, thermische Gebäudesanierung und Maßnahmen beim Verkehr.

Die Ökologisierung der Steuer hätte laut Berlakovich zum Ziel, umweltschonendes Verhalten zu belohnen und umweltschädigende Verhaltensweisen abzustrafen. Der heimische Gesamtenergieverbrauch soll auf Höhe des Durchschnitts der Jahre 2005 bis 2008 gedeckelt und der Einsatz fossiler Energien gesenkt werden. Der Anteil erneuerbarer Energien soll von 28 % auf 35 % steigen. Detailmaßnahmen und Finanzierung sind noch offen.

Wirtschaftsminister Mitterlehner betonte, mit der Energiestrategie sei „nicht angedacht, die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger zu beschränken“, etwa von Pendlern oder Urlaubern. Auch sei nicht angestrebt, dass Hausbewohner es künftig kalt hätten. „Die freie Energiewahl muss bei den Menschen liegen“, so Mitterlehner. Die „großen Brocken“ seien jedoch Mobilität, Gebäude und energieintensive Industriebetriebe: „Diese drei Sektoren müssen etwas liefern – über Energiesparen oder mehr Effizienz“, forderte der Wirtschaftsminister.

Für die erneuerbaren Energien soll es bis zum Sommer eine neue Ökostromnovelle geben, dabei sollen die Mittel für Photovoltaik verdreifacht werden.

Basis für die „Energiestrategie Österreich“ ist der Klima- und Energiefonds der Bundesregierung. Dessen Förderungsprogramm 2010 präsentieren Berlakovich und Infrastrukturministerin Doris Bures am 10. März. Schwerpunkte sind heuer Energieforschung, Verkehr und Marktdurchdringung. Das Budget des Klimafonds wird heuer auf 150 Mio. Euro aufgestockt. „Förderungen des Klima- und Energiefonds lösen ein Vielfaches an Investitionen aus und schaffen Green Jobs“, erklärten Bures und Berlakovich unisono.

ITB: Marktzuwächse für Österreichs Tourismus 2009

Trotz Krise zählte Österreich im internationalen Tourismus 2009 zu den Marktgewinnern. Mit einem Anteil von 6,72 % an den internationalen Tourismusaufgaben (bezogen auf aus-

ländische Gäste) hat sich das Urlaubsland in den Alpen gegenüber dem Jahr davor (6,16 %) verbessert und den besten Wert seit 1997 (6,6 %) erreicht. „Es ist uns gelungen, in der Krise Marktanteile zu holen – mit den Zuwächsen liegen wir hinter China, der Türkei und Australien weltweit an vierter Stelle“, betonte Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner am 10. März auf der Tourismusmesse ITB in Berlin. Man habe sich vorgenommen, weitere Marktanteile dazuzugewinnen. Steigerungen bei den Nächtigungen bzw. Umsätzen seien freilich ein anderes Thema, zumal in Krisenzeiten sehr preisbewusst und vor allem im Nahbereich Urlaub gemacht werde, erklärte Mitterlehner. Trotzdem gibt sich der Minister für 2010 optimistisch. Man erwarte bei Umsatz und Nächtigungen eine leichte Steigerung. Wenn alles gut laufe, sollte Österreich zumindest im Weltdurchschnitt liegen, sagte Mitterlehner unter Hinweis auf internationale Wachstumsprognosen von 3 bis 4 %.

Für „green jobs“ heuer 760 Mio. Euro

Rund 185.000 Menschen in Österreich haben einen „green job“, arbeiten also im Bereich Klima- und Umweltschutz. Das ergab eine Studie der Statistik Austria, die am 3. März von Umweltminister Niki Berlakovich präsentiert wurde. Mit Hilfe eines Masterplans will der Minister die Zahl der Arbeitsplätze in diesem Sektor bis 2020 um 90.000 Stellen erhöhen. Für gezielte Maßnahmen im Umweltbereich würden heuer rund 760 Mio. Euro an „green money“ fließen, so Berlakovich. In der Umweltbranche konnten in den vergangenen Jahren Umsatzzuwächse von 12 % erzielt werden, pro Unternehmen werden bis zu zehn Mitarbeiter gesucht.

Neuer ÖBB-Chef Christian Kern

Der ÖBB-Aufsichtsrat hat am 9. März Christian Kern (44), Vorstand der Verbund AG, zum Vorstandsvorsitzenden der ÖBB-Holding AG bestellt. Damit folgt Kern am 7. Juni dem bisherigen Vorstandschef Peter Klugar nach.

Wirtschaftskammer-Wahlen: Gewinne für Wirtschaftsbund

Der ÖVP-Wirtschaftsbund hat bei den Wahlen 2010 der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) 70,9 % (+0,8 %) der gültigen Stimmen für sich gewonnen. Die WK-Organisationen von Sozialdemokraten und Freiheitlichen erzielten hingegen Verluste. Dazu gewonnen hat auch die grüne Wirtschaft. Die Wahlbeteiligung sank von 48 % (2005) auf 41 %.

KULTUR ■ MEDIEN ■ WISSENSCHAFT**Hollywood: Oscar für Christoph Waltz**

Bei der 82. Oscar-Verleihung in der Nacht auf den 8. März im Kodak Theatre in Hollywood wurde der aus Wien stammende Schauspieler Christoph Waltz (53) für seine Rolle als SS-Standartenführer Hans Landa in Quentin Tarantinos „Inglourious Basterds“ als „Bester Nebendarsteller“ ausgezeichnet. In dem Film brilliert Waltz als eiskalte sadistische Persönlichkeit, hoch kultiviert und charmant, sprachgewandt. Die Auszeichnung kam nicht überraschend – es war bereits die 18. für seine Rolle, die ihm u.a. den Golden Globe Award, den Screen Actors Guild Award, den britischen BAFTA Award und vor allem auch den Preis für den besten Darsteller bei den Filmfestspielen in Cannes 2009 einbrachte.

Kürzlich hat Waltz die Rolle des Bösewichts in Francis Lawrences Zirkus-Drama „Water for Elephants“ angenommen.

Christoph Waltz wurde am 4. Oktober 1956 geboren. Er absolvierte das Wiener Reinhardt-Seminar und das Lee Strasberg Theater Institute in New York. Sein Bühnen-Debut gab er am Zürcher Schauspielhaus mit „Amadeus“. Einem größeren Publikum wurde er durch zahlreiche Film- und TV-Rollen bekannt. In dem Film „Leben für Leben“ der polnischen Regie-Legende Krzysztof Zanussi über den Franziskanerpater Maximilian Kolbe spielte er 1991 einen ehemaligen KZ-Häftling, dem 1997 mit „Die Farbe des Lebens“ („Our God's Brother“) eine weitere Zusammenarbeit folgte. 1993 übernahm er in Tom Toelles Historien-Zweiteiler „König der letzten Tage“ den Part des Wiedertäufers Jan van Leiden. 1995 gehörte er zur Darstellerriege der international besetzten TV-Produktion „Katharina die Große“ mit Catherine Zeta-Jones in der Titelrolle. Für seine darstellerische Leistung in „Du bist nicht allein – Die Roy Black Story“ wurde er 1996 bei den Baden-Badener Tagen des Fernsehspiels und 1997 mit dem Bayerischen TV-Preis ausgezeichnet. 2002 erhielt er gemeinsam mit Regisseur Peter Keglevic und den Schauspieler-Kollegen Sebastian Koch und Tobias Moretti für die Verfilmung der Entführung des Industriellensohns Richard Oetker, „Der Tanz mit dem Teufel“, den Adolf-Grimme-Preis. Ihn erhielt er erneut 2004 für seine Darstellung als gelangweilter Außendienstmitarbeiter in der schwarzen Komödie „Dienstreise – Was für eine Nacht“ gemeinsam mit Kollegen Armin Rohde und Regisseur Stephan Wagner. 2000

führte er auch selbst Regie in dem TV-Film „Wenn man sich traut“.

Nach der Oscar-Verleihung regnete es in den Nacht- und frühen Morgenstunden Gratulationen von Politikern. Bundespräsident Heinz Fischer zeigte sich in seiner an Waltz persönlich gerichteten Wortmeldung „überzeugt, dass dieser Preis dazu beiträgt, dass Sie auch in Zukunft Ihr schauspielerisches Können in vielbeachteten Produktion unter Beweis stellen können“. Bundeskanzler Werner Faymann freute sich über „eine weitere, hochverdiente Auszeichnung für einen außergewöhnlichen Schauspieler aus Österreich“. Wissenschafts- und Forschungsministerin Beatrix Karl wies darauf hin, dass sowohl Christoph Waltz als auch die beiden Oscar-Nominierten Michael Haneke und Christian Berger auf eine Karriere an der Wiener Universität für Musik und Darstellende Kunst verweisen können. Beide lehrten derzeit an der Filmakademie Wien. „Die Auszeichnung bzw. Nominierung stellt damit nicht nur die außergewöhnlichen Leistungen der drei Filmschaffenden in das Scheinwerferlicht, sondern auch die hohe Qualität der Ausbildung bzw. der Lehrenden an den österreichischen Hochschulen“. Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner gratulierte gleichfalls dem Trio und meinte weiters, dass das Fördermodell „Filmstandort Österreich“ als „neue Kreativitätsprämie“ die „Wettbewerbsfähigkeit des heimischen Films“ stärke und nicht zuletzt „die Abwanderung von renommierten Filmschaffenden aus wirtschaftlichen Gründen verhindern“ wolle. Für Medienstaatssekretär Josef Ostermayer seien die Erfolge österreichischer Künstler ein Ansporn, den „Filmstandort Österreich“ weiter zu entwickeln, wie dies mit der Verankerung der Erhöhung des Anteils österreichischer Programmierung im ORF-Gesetz und der in den nächsten Jahren konsequent steigenden Medienförderung geschieht. „Wir haben den Fernsehfilmfonds im Jahr 2009 auf 13,5 Mio. Euro nahezu verdoppelt“. Selbstverständlich gratulierten auch Schauspielerkollegen und Regisseure wie der Regie-Oscar-Preisträger 2008 Stefan Ruzowitzky („Die Fälscher“) oder Robert Dornhelm, 1978 für „Kinder der Theaterstraße“ Oscar-nominiert. Seiner Meinung nach müsse die Politik den Aufwind durch den Oscar für Christoph Waltz nützen. „In Österreich gab es im Vorjahr publikumsmäßig erstmals eine Million Zuschauer für heimische Filme. Trotzdem wird dem Film ein Bruchteil von dem gegeben, was der Hochkultur gegeben wird“. Der Film müsse eine Verzehnfachung der Förderungen „erzwingen“.

US-Kameraleute ehren Christian Berger

Hohe Ehrung für einen österreichischen Kameramann: Die Amerikanische Gesellschaft der Kameraleute (ASC) zeichnete am 27. Februar in Los Angeles den Österreicher Christian Berger, 65, aus, der für Michael Hanekes Film „Das weiße Band“ hinter der Kamera stand. Die bedrückende Gesellschaftsstudie, die am Vorabend des Ersten Weltkriegs in einem norddeutschen Dorf spielt, war - schon international vielfach ausgezeichnet - für zwei Oscars nominiert worden – für die beste Regie in einem nicht englischsprachigen Streifen und auch für die Kameraführung. Es siegten schließlich der argentinische Regisseur Juan José Campanella mit „El Secreto de Sus Ochos“ und Mauro Fiore für seine Arbeit mit neu entwickelten digitalen 3-D-Kameras in James Camerons „Avatar“.

Theatermuseum: Mahler und Wien

Das Österreichische Theatermuseum zeigt bis 3. Oktober die Ausstellung „ ‚leider bleibe ich ein eingefleischter Wiener‘ - Gustav Mahler und Wien“. Am 7. Juli 2010 steht der 150. Geburtstag des Komponisten an. Die Schau präsentiert Mahler und seine Zeit in zehn Räumen und drei Teilen: 1860 in Kalischt (Böhmen) geboren, verbrachte er seine Studienjahre in Wien (1), avancierte zum energiegeladenen Direktor der Hofoper, der heutigen Staatsoper (2), um nach seinem Ausscheiden in seinen letzten Lebensjahren vor allem auch als Reisedirigent tätig zu sein, wobei Wien Ankerpunkt seines europäischen Schaffens blieb (3). Die von Reinhold Kubik und Thomas Trabitsch kuratierte und von Blaich+Delugan gestaltete Ausstellung entstand in Kooperation u.a. mit der Internationalen Gustav Mahler Gesellschaft, dem Arnold Schönberg Center, der Gesellschaft der Musikfreunde, der Österreichischen Nationalbibliothek, den Wiener Philharmonikern. Wichtige Leihgaben verdankt sie weiters der Morgan Library and Museum New York, dem Magyar Állami Operaház Budapest, der Médiatèque Musicale Mahler in Paris und dem Richard-Wagner-Museum in Bayreuth.

Zu sehen sind ausgewählte Autographen, Fotos, Kostüme und Bühnenbildentwürfe aus der Revolutionszeit der Oper unter Mahlers Intendanz, Stadtpläne und filmisches Material zu Wien um 1900. Auch die gegenwärtige Mahler-Rezeption wird thematisiert.

Konzerte und Symposien, auch einen Kompositionswettbewerb gibt es rund um die Schau.
www.theatermuseum.at

Salzburger MdM Mönchsberg: Kunstmuseum Winterthur sensationell

Das Salzburger Museum der Moderne (MdM) auf dem Mönchsberg zeigt bis 30. Mai mit 240 Gemälden, Skulpturen und Zeichnungen von 105 renommierten Künstlerinnen und Künstlern die berühmte Sammlung des Kunstmuseums Winterthur Schweiz, die etwa der Deutsche Gerhard Richter als sein Lieblingsmuseum bezeichnet. Erstmals hat die Sammlung mit Werken aus eineinhalb Jahrhunderten wegen Renovierungsarbeiten das Museum verlassen, um auf einer exquisiten Tournee – nach der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland Bonn und dem MART Rovereto – in Salzburg Station zu machen.

„Gipfeltreffen der Moderne“ nennt sich die Schau und sie bietet nahezu eine Enzyklopädie der modernen Kunst. Es würde hier zu weit führen, um auf all die gezeigten bedeutenden Strömungen und Gegenströmungen einzugehen: Französischer Impressionismus, Postimpressionismus, Kubismus, Neue Sachlichkeit, Symbolischer Naturalismus, Geometrische Abstraktion, Konkrete Kunst, Arte Povera, Amerikanischer Abstrakter Expressionismus, Minimalismus, bis hin zu aktuellen Positionen von Richard Artschwager, Richter und Thomas Schütte - alles ist in absoluten Spitzenwerken vertreten.

Im Parcours der Ausstellung gibt es eine Lounge, in der neben Literatur zur Ausstellung auch der Film „Von Stiftern und Anstiftern – das Kunstmuseum Winterthur“ (Buch und Regie: Horst Brandenburg) zu sehen ist. Der deutschsprachige Katalog zur Schau, 320 Seiten mit 248 farbigen Abbildungen, ist im Museumsshop um nur 29 Euro erhältlich.
www.museumdermoderne.at

Sammlung Verbund zeigt in Rom Ausstellung über feministische Kunst

In der Galleria nazionale d'arte moderna e contemporanea in Rom zeigt die Wiener Sammlung Verbund bis 16. Mai die von Sammlungsleiterin Gabriele Schor und Angelandrea Rorro kuratierte Ausstellung „DONNA: Avanguardia femminista negli anni '70“.

Mit den präsentierten 200 Werken von 17 Künstlerinnen zählt die Sammlung Verbund zu den weltweit größten Sammlungen feministischer Kunst der 1970er Jahre.

Das „Bild der Frau“ in der Bildenden Kunst war Jahrhunderte lang von männlichen Projektionen und Fantasien geprägt. Diese tradierte Darstellung der Frau wird in den 1970er Jahren

durch die Feministische Avantgarde dekonstruiert. Die Künstlerinnen hinterfragen Klischees und Stereotypen, indem sie Selbstinszenierungen und Rollenspiele ins Zentrum ihrer Betrachtungen rücken. Sie rebellieren gegen das Diktat der Schönheit und loten Möglichkeiten selbstgesetzter weiblicher Identitäten aus. Das „Bild der Frau“ wird nun von Frauen selbst geschaffen.

Neben bekannten Positionen, etwa von Valie Export und Cindy Sherman, werden in der Schau auch viele Werke von noch zu entdeckenden präsentiert, z. B. von Renate Bertlmann oder Birgit Jürgenssen. Von ihr sind derzeit auch Werke in Der Vertikalen Galerie der Verbund-Zentrale in Wien zu sehen.

www.gnam.beniculturali.it

Jubiläumskonferenz zum zehnjährigen Bestehen des Bologna-Studiensystems

Mit der Aufnahme von Kasachstan als 47. Mitgliedsland im Bologna-Prozess begann am 11. März in Budapest eine zweitägige Jubiläumskonferenz zum zehnjährigen Bestehen des Bologna-Studiensystems. Noch am Nachmittag fuhren die TeilnehmerInnen nach Wien, wo am Abend ein Fest in der Hofburg gegeben und am 12. März eine Arbeitssitzung der MinisterInnen der Bologna-Teilnehmerstaaten abgehalten wurde.

1999 wurde in Bologna ein Prozess für die Universitäten und Hochschulen eingeleitet, der dreistufige Studienpläne und -abschlüsse – Bachelor, Master, PhD – über Europa hinaus angleichen sollte. Studierende sollten in einem anderen Land in die jeweilige Studienrichtung einsteigen können – überall in den Bologna-Ländern würde das Studium anerkannt sein. 20 Prozent der AkademikerInnen sollten einen Teil des Studiums auch in einem anderen Land absolvieren. All dies würde die Qualität und zugleich auch die AkademikerInnen-Quote erhöhen. Gerade auch für Österreich erschien vielen Beobachtern der Bologna-Prozess wichtig, leiden doch die Universitäten und Hochschulen immer noch unter einer Provinzialisierung von Wissenschaft und Forschung – hier wirken die Ermordung und Vertreibung jüdischer und progressiver Intellektueller durch die Nazis bis heute nach.

Tatsächlich – so die Kritik – führte der Bachelor zu einer starken Verschulung der Studienpläne. Es gibt keine Zeit mehr für Themen, die nicht unmittelbar geprüft werden. Die Studierenden nehmen die Möglichkeiten für Auslandsstudien nicht genügend wahr und auch bei der Mobilität der Lehrenden ist es nicht weit

her: Überwiegend kommen die Professorinnen und Professoren aus Deutschland. Und dann gibt es noch grundsätzlich Probleme für Bachelors: Viele Arbeitgeber und Standesvertretungen erkennen deren Zeugnisse nicht als berufsqualifizierend an.

Wie die Philosophie-Professorin Andrée Sursock, die den Bologna Jubiläumsbericht der European University Association verfasst hat, in einem Interview mit der „Wiener Zeitung“ erklärte, hoffe sie, dass die technokratische Zielrichtung zurückgedrängt und der humanistische Bildungsansatz mehr in den Vordergrund rücken werde.

Wissenschafts- und Forschungsministerin Beatrix Karl trat zum Abschluss der Bologna-Konferenz u.a. mit EU-Bildungskommissarin Androulla Vassiliou, ihrem ungarischen Amtskollegen Istvan Hiller, dem rumänischen Wissenschaftsminister Petru Funeriu und dem spanischen Generalsekretär im Wissenschaftsministerium, Marius Rubiralta, vor die Presse, und sagte: „Wir stehen zur Vision des Bologna-Prozesses“. Bologna habe bisher einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Europäischen Hochschulraumes geleistet. Die „größte Herausforderung“ bleibe aber die Umsetzung auf nationaler Ebene. Mobilität und bessere Vergleichbarkeit der Studien seien von unschätzbarem Wert. 30 Staaten hätten 1999 die Bologna-Erklärung unterzeichnet, mit Kasachstan seien es nun 47 Staaten.

Vassiliou will die EU-FachministerInnen auf die EU-20-Ziele verpflichten: 40 Prozent der 30- bis 34-Jährigen sollen dann einen akademischen Abschluss haben.

Die Wiener Jubiläumsveranstaltung war mit Kritik konfrontiert: 3.500 bis etwa 12.000 Studierende (laut Polizei, laut Veranstalter „Bologna Burns“) demonstrierten gegen die bildungspolitische Entwicklung – auch Lehrende schlossen sich dem Protest an.

Leopoldmuseum: Verborgene Schätze der österreichischen Aquarellmalerei

Das Leopoldmuseum im MuseumsQuartier Wien zeigt bis 24. Mai „Verborgene Schätze der österreichischen Aquarellmalerei“ vom Biedermeier bis zur Gegenwart. Zu sehen sind Meisterwerke u. a. von August von Pettenkofen, Marie Egner, Tina Blau, über Egon Schiele, Gustav Klimt, Oskar Kokoschka, Oskar Laske, Wilhelm Thöny, Josef Dobrowsky, Herbert Boeckl, bis zu Max Weiler, Karl Stark, Kurt Absolon, Kurt Moldovan und Heribert Mader. www.leopoldmuseum.org

SPORTPOLITIK

Starkes österreichisches Team bei zehnten Paralympischen Winterspielen

Eines der größten internationalen Sport-Events sind heuer neben der Fußball-WM und den Olympischen Spielen die zehnten Paralympischen Winterspiele in Vancouver, die am 12. Februar feierlich eröffnet wurden.

Insgesamt 19 österreichische Athletinnen und Athleten sowie das gesamte österreichische Team werden unsere Farben in Kanada vertreten. 14 Sportler und drei Sportlerinnen gehen in den alpinen Bewerben an den Start, zwei Athleten treten in den nordischen Disziplinen an. Insgesamt werden in Vancouver 650 AthletInnen aus 46 Nationen erwartet.

Bei der feierlichen Verabschiedung der österreichischen Delegation hob Bundespräsident Heinz Fischer die herausragenden Leistungen der Athletinnen und Athleten hervor: „Egal wie viele Medaillen Sie machen werden, ich bin sicher, Sie werden Österreich in Vancouver würdig vertreten“, so Fischer zu den AthletInnen. Auch Sportminister Norbert Darabos zeigte sich im Vorfeld der Paralympischen Spiele äußerst zuversichtlich: „Wir verfügen über Top-AthletInnen und auch über hervorragende Strukturen. Bei den letzten Spielen in Turin erzielte Österreich mit 14 Medaillen, darunter drei Goldenen, eine herausragende Bilanz. Ich bin zuversichtlich, dass wir auch heuer oftmals Grund zum Jubeln haben werden!“, so Darabos.

Hervorragender Start mit zweimal Gold

Und in der Tat begannen die X. Paralympischen Winterspiele aus österreichischer Sicht optimal:

Schon am 14. März gab es allen Grund zum Feiern: Zwei Mal Gold durch Claudia Lösch und Sabine Gasteiger sowie die Bronzemedaille von Philipp Bonadimann in den Slaloms waren ein sensationeller Auftakt der Alpin-Bewerbe.

Sabine Gasteiger mit Guide Stefan Schoner siegte bei den sehbehinderten Frauen mit zwei Mal Laufbestzeit. Claudia Lösch war in der Klasse der sitzenden Athletinnen nach dem ersten Durchgang Zweite und fuhr mit Wut im Bauch einen fulminanten Finaldurchgang, mit dem sich die 21jährige ihre erste paralympische Goldmedaille sicherte.

Den Medaillenregen am ersten Tag der alpinen Bewerbe komplettierte Philipp Bonadimann, der im Slalom der Sitzenden die Bronzemedaille erobern konnte. Sportminister Darabos:

„Dieser Auftakt nach Maß wird auch für die kommenden Bewerbe riesige Motivation geben. Ich gratuliere den Medaillengewinnern von ganzem Herzen und freue mich, dass die Sportnation Österreich durch dieses hervorragende Team so würdig vertreten wird“.

Republik unterstützt Behindertensport mit rund einer Million Euro jährlich

Ein wesentliche Grundvoraussetzung für die großen österreichischen Erfolge bei den Paralympischen Spielen der Vergangenheit und der Gegenwart ist das bestens funktionierende Förderwesen der Republik.

So leistet etwa der Fonds zur Förderung des Behindertensports, der ausschließlich gemeinnützigen Zwecken dient, unverzichtbare finanzielle Grundlagen. Durch die langfristige Finanzierung von spezifischen Projekten des Behindertensports, wie beispielsweise die Nachwuchsarbeit oder Maßnahmen zur Förderung eines adäquaten Umfeldes leistungssportlicher Begleitung und Betreuung der Teilnehmer/innen am Behinderten-Leistungssport erfährt der Behindertensport in Österreich eine kontinuierliche Anhebung der Qualität. Die Unterstützung von Maßnahmen zur Gleichstellung der Paralympics mit den Olympischen Spielen, die Unterstützung von wissenschaftlichen Projekten und Forschungsvorhaben sowie die Durchführung von besonderen Förderungsmaßnahmen für den Behinderten-Frauensport, tragen maßgeblich zur Erfolgsstory des Österreichischen Behindertensports bei.

Im Jahr 2003 wurde im Rahmen einer Novellierung des Bundes-Sportförderungsgesetzes erstmals die gesetzliche Basis für die Förderung des Behindertensportes in Österreich geschaffen. Das Bundes-Sportförderungsgesetz 2005 stellt die nachhaltige Finanzierung des Behindertensports in Österreich im Wege der Besonderen Bundes-Sportförderung sicher.

Die Förderungsmittel des Bundes für den österreichischen Behindertensport (gemäß § 10 Abs. 1 Ziffer 1 des BSFG 2005) betragen im Jahre 2008 rund 980.000 Euro.

Der jüngste "Zweig" des Fonds zur Förderung des Behindertensports stellt die TEAM ROT WEISS ROT- Förderung dar, welche im Jahre 2007 ins Leben gerufen wurde. Mit einer vom Sportministerium jährlich zur Verfügung gestellten Fördersumme ist es möglich, Spitzensportlerinnen und -sportler bei einer optimalen, athletenspezifischen Vorbereitung auf internationale Großsportereignisse finanziell zu unterstützen. Der Fonds für Behindertensport erhält von TRWR jährlich €150.000.

INFORMATIONEN AUS ÖSTERREICH

Redaktionsschluss: 29. März 2010

Nr. 07/10

INNENPOLITIK

Faymann: Mindestsicherung konkrete Maßnahme zur Armutsbekämpfung
Bundespräsidentenwahl 2010: Drei Kandidaten – Wahlkampf eröffnet
Mehr Sicherheit bei Lebensmitteln und Verbraucherkrediten
Fahrgastentschädigung im Nahverkehr
Steiermark: Gemeinderatswahlen 2010

EUROPA INTERNATIONAL

Bundeskanzler Faymann bei EU-Frühjahrgipfel in Brüssel
Schweizer Bundespräsidentin Leuthard in Wien
Neue IAEO-Chef Amano bei Bundespräsident Fischer
Österreich unterstützt EU-Beitritt Kroatiens
Feierliche Eröffnung des neuen OPEC-Gebäudes in Wien

WIRTSCHAFT

Österreich zählt zu innovativsten Ländern in der EU
OeNB: Österreichs Banken profitierten 2009 deutlich von Osteuropa
FMA: Aus für Fremdwährungskredite

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT

Oscar-Empfang: Filmprominenz bei Bundeskanzler Werner Faymann
Kulturministerin Schmied bestellt Karola Kraus zur neuen MUMOK-Direktorin
Preisregen bei der Diagonale Graz
Raimund Abraham zum Gedenken
Hans-Koller-Preis: European Jazz Prize an Triestiner Trompeter Enrico Rava
Wien Museum: Madness & Modernity – Kunst und Wahn in Wien um 1900

SPORTPOLITIK

ÖOC-Geheimkonto: Darabos ordnet Überprüfung durch Ministerium an
Darabos zu Kärntner Stadiondebatte: „Gegen Zerstörung von Infrastruktur!“
Darabos empfing unser erfolgreiches Paralympics-Team am Flughafen

IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressediens. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz, Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/3, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958, Fax ++43/1/53109-2958, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; <http://www.bundeskanzleramt.at>; Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet. Herausgegeben vom Bundespressediens-Wien.

INNENPOLITIK**Faymann: Mindestsicherung konkrete Maßnahme zur Armutsbekämpfung**

Die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP haben am 16. März im Ministerrat endgültig grünes Licht für die bedarfsorientierte Mindestsicherung gegeben. In Kraft treten soll diese im heurigen September, allerdings haben Oberösterreich, Salzburg und Kärnten Terminprobleme und damit eine Verschiebung angekündigt. Für diesen Fall sollen Regelungen einen adäquaten Übergang von der derzeitigen Sozialhilfe zur Mindestsicherung gewährleisten.

Es gebe „keine Wahlmöglichkeit zwischen Arbeit und Mindestsicherung“, erklärte Bundeskanzler Werner Faymann im Pressefoyer nach dem Ministerrat. Denn das Ziel könne niemals sein, dass jemand ohne Arbeit lebe. „Arbeit ist für Selbstwertgefühl und Menschenwürde unerlässlich“, so Faymann. Die Mindestsicherung sei eine konkrete Maßnahme zur Armutsbekämpfung, aber auch zur Wiedereingliederung von Menschen in den Prozess der Erwerbsarbeit, betonte der Bundeskanzler. Das Prinzip der bedarfsorientierten Mindestsicherung ist, dass Menschen in Notlagen nicht unter einen bestimmten Mindeststandard fallen. Dieser orientiert sich an der so genannten Ausgleichszulage für Pensionisten und beträgt abzüglich der Krankenversicherungsbeiträge derzeit netto 744 Euro monatlich für Einzelpersonen, 1.116 Euro für Paare und 134 Euro pro Kind. Steht also weniger zur Verfügung, erhält man seine Einkünfte – aus Arbeitslosengeld, Notstandshilfe oder Einkommen aus Erwerbstätigkeit – auf diesen Mindestbetrag aufgestockt. Diese Mindeststandard-Beiträge bestehen aus einem 75-prozentigen Grundbetrag und einem 25-prozentigen Wohnkostenanteil. Letzterer fällt weg, wenn man etwa bei den Eltern wohnt oder über eine Eigentumswohnung verfügt und daher keine Miete zahlt.

Profitieren werden von der Mindestsicherung rund 270.000 Menschen, darunter 165.000 Sozialhilfe- und 90.000 Notstandshilfebeziehende. Ein wesentlicher Vorteil der Mindestsicherung ist, dass bisher Nicht-Versicherte in die Krankenversicherung aufgenommen werden und somit eine E-Card erhalten. Der Bezug der Mindestsicherung ist an die Arbeitsbereitschaft geknüpft. Bei Arbeitsweigerung sind Leistungskürzungen, im Extremfall sogar der Entzug des Leistungsanspruchs vorgesehen.

Strenge Vermögensprüfungen und Rückzahlungsverpflichtungen sollen Missbrauch vorbeugen. So muss etwa eigenes Vermögen (auch Erbschaften) bis zu einem Freibetrag von

3.720 Euro aufgebraucht werden, bevor die Unterstützung bezogen werden kann.

Bundespräsidentenwahl 2010: Drei Kandidaten – Wahlkampf eröffnet

Drei Kandidaten haben fristgerecht bis 26. März die erforderlichen (mindestens) 6.000 Unterstützungserklärungen für die Bundespräsidentenwahl am 25. April bei der Bundeswahlbehörde im Innenministerium hinterlegt. Im Rennen um das höchste Amt im Staat befinden sich demnach Bundespräsident Heinz Fischer, die freiheitliche Präsidentschaftskandidatin Barbara Rosenkranz (FPÖ) und Rudolf Gehring, Obmann der „Christlichen Partei Österreichs“ (CPÖ).

Mehr Sicherheit bei Lebensmitteln und Verbraucherkrediten

Zur Verbesserung des Konsumentenschutzes im Lebensmittelrecht und bei der Kreditvergabe hat die Bundesregierung im Ministerrat am 23. März zwei Gesetzesänderungen beschlossen. Anlass war zum einen mit Listerien verseuchter Käse einer steirischen Firma. Künftig sollen Gesundheitsministerium und Behörden früher reagieren und bei begründetem Verdacht auch ohne detaillierte Gutachten den Produktionsstopp, die Rückholung von Produkten oder Betriebssperren anordnen können. Verbesserungen gibt es auch für Kreditnehmer, die künftig unter anderem das Recht haben, einen Tilgungsplan zu verlangen und zudem ein 14-tägiges Rücktrittsrecht vom Kreditvertrag erhalten. Überdies werden Banken verpflichtet, die Kreditwürdigkeit zu überprüfen und KonsumentInnen auch zu warnen.

Fahrgastentschädigung im Nahverkehr

Der Nationalrat hat am 24. März die Entschädigung von ÖBB-Kunden auch bei Verspätungen im Nahverkehr beschlossen. Jahreskartenbesitzer erhalten mindestens 10 % Entschädigung, wenn weniger als 90 % der Züge pünktlich fahren. Zudem bekommen Reisende im Fernverkehr bei mehr als 60-minütiger Verspätung auch innerhalb Österreichs 25 %, ab zwei Stunden 50 % des Fahrpreises.

Steiermark: Gemeinderatswahlen 2010

Bei den steirischen Gemeinderatswahlen am 21. März ergab sich laut vorläufigem Endergebnis folgender Stimmenstand (in Prozent): ÖVP: 46,7 (+3,4), SPÖ: 37,7 (-5,6), FPÖ: 6,5 (+0,7), Grüne: 2,1 (-0,2), BZÖ: 0,6 (n.k.), Sonstige: 5,3 (+0,9).

EUROPA INTERNATIONAL

Bundeskanzler Faymann bei EU-Frühjahrgipfel in Brüssel

Die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Länder haben sich bei ihrem Frühjahrgipfel in Brüssel (25./26. März) auf einen Rettungsplan für das hoch verschuldete Griechenland geeinigt: Demnach soll im äußersten Notfall ein Kombi-Modell von bilateralen Krediten der anderen 15 Euro-Länder (mit Griechenland 16) und einem Beitrag des Internationalen Währungsfonds (IWF) zum Einsatz kommen. Greifen soll dieses Modell allerdings nur als „ultima ratio“ und wenn Griechenland Unterstützung beantragt.

Bundeskanzler Werner Faymann hat sich nach Abschluss des Gipfeltreffens mit dem erzielten Kompromiss zwar „nicht unzufrieden“ gezeigt, doch werde sich zeigen, ob das für Griechenland geknüpfte Sicherheitsnetz auch „hundertprozentig funktioniert“. Ziel sei „natürlich, dass es nicht scheitert. Aber das muss man erst durchspielen“, sagte Faymann. Sichergestellt sei jedenfalls, dass die Mehrheit der Hilfe von europäischer Seite erfolge.

Schweizer Bundespräsidentin Leuthard in Wien

Die Schweizer Bundespräsidentin Doris Leuthard absolvierte am 26. März einen offiziellen Arbeitsbesuch in Österreich. In der Wiener Hofburg traf sie mit Bundespräsident Heinz Fischer zusammen, weitere Gesprächspartner waren Finanzminister Josef Pröll, Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner, Unterrichtsministerin Claudia Schmied und Nationalratspräsidentin Barbara Prammer.

Erörtert wurde unter anderem der Konflikt zwischen der Schweiz und Libyen, wobei Leuthard dessen baldige Lösung sowie die Freilassung eines in Libyen festgehaltenen Schweizerers erwartet. Fischer unterstrich, dass Österreich für die Heimkehr des Schweizer Bürgers eintrete.

Das bilaterale Verhältnis bezeichneten Fischer und Leuthard als ausgezeichnet. Es gebe keine offenen Fragen und man könne sich auf den Informationsaustausch sowie die Zusammenarbeit konzentrieren.

Neue IAEO-Chef Amano bei Bundespräsident Fischer

Der aus Japan stammende neue Generaldirektor der Internationalen Atomenergieorganisation IAEO (IAEA), Yukiya Amano, hat am 17. März seinen Antrittsbesuch bei Bundespräsident Heinz Fischer abgestattet. Amano ist

Nachfolger des vormaligen IAEO-Chefs Mohammed ElBaradei, der die Behörde von 1997 bis 2009 leitete.

Zentrales Thema des Gesprächs zwischen Amano und Fischer war laut Presseaussendung der Präsidentschaftskanzlei die Situation im Iran einschließlich weiterer Sanktionen der Internationalen Gemeinschaft. Fischer unterstrich Österreichs Interesse an Schritten zur atomaren Abrüstung und zur Sicherstellung einer Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen. Weiters versicherte Fischer, dass Österreich die Tätigkeit der IAEO mit ihrem Hauptquartier in Wien wie bisher voll und ganz unterstützen werde.

Österreich unterstützt EU-Beitritt Kroatiens

Bundespräsident Heinz Fischer hält einen EU-Beitritt Kroatiens im Jahr 2012 für möglich. Es gebe gute Chancen, dass die Beitrittsverhandlungen noch heuer abgeschlossen werden könnten. Damit wäre ein Beitritt 2012 möglich, erklärte der Bundespräsident am 15. März nach einem Treffen mit dem neuen kroatischen Präsidenten Ivo Josipovic in Wien.

Ein Beitritt wäre für Kroatien, Österreich, die Region und für Europa von Vorteil, sagte Fischer in einem gemeinsamen Pressegespräch. Josipovic räumte nötige Reformen insbesondere in den Bereichen Justiz und Verwaltung ein. Die kroatische Regierung wolle den Bürgern „alles bieten, was ein Rechtsstaat und ein demokratischer Staat zu bieten hat“, so Josipovic. Kroatien sei für den Beitritt zur EU bereit, sobald die Voraussetzungen erfüllt seien.

Josipovic bezeichnete Österreich als wichtigsten Investor in Kroatien. Beide Länder würden ihre langjährige, gute Zusammenarbeit fortsetzen, um aus der Wirtschaftskrise herauszukommen, erklärte der kroatische Präsident.

Feierliche Eröffnung des neuen OPEC-Gebäudes in Wien

In Anwesenheit der Energieminister aller 12 Mitgliedstaaten wurde am 17. März der neue Amtssitz der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) in der Wiener Wipplingerstraße eröffnet. Außenminister Michael Spindelegger bezeichnete die OPEC in seiner Festrede als „zentralen Akteur im internationalen Energiedialog“. Sie Sorge für den Interessenausgleich zwischen Produzenten- und Konsumentenländern und trage somit wesentlich zur Energiesicherheit für Private und die Wirtschaft bei, unterstrich Spindelegger.

WIRTSCHAFT

Österreich zählt zu innovativsten Ländern in der EU

Der von der EU-Kommission am 17. März präsentierte Innovationsanzeiger 2009 (European Innovation Scoreboard/EIS) hält fest, dass Österreich seine Position im europäischen Innovations-Spitzenfeld konsolidieren konnte. „Österreich zählt schon jetzt zu den innovativsten Ländern der EU, darf sich auf dem guten sechsten Platz aber nicht ausruhen“, erklärte Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner. Um in die „Gruppe der Innovation Leader oder sogar in die Top drei Europas vorzustoßen“, brauche man noch mehr forschende Unternehmen. Nur so könnten langfristiger Aufschwung und qualifiziertes Wirtschaftswachstum gesichert werden, betonte der Wirtschaftsminister.

Beweis dafür, dass sich Österreich auf dem richtigen Weg befinde, sind Mitterlehner zufolge insbesondere die hohen Investitionen von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Forschung, Technologie und Innovation (fti). Weit über dem EU-Durchschnitt liegt Österreich laut Innovationsanzeiger bei den F&E-Ausgaben des privaten Sektors (Platz 4 in der EU), beim Anteil innovationsorientierter KMU (Platz 3), bei den KMU mit fti-Kooperationen (Platz 4) sowie beim Anteil jener KMU, die eine Produkt- oder Prozessinnovation eingeführt haben (Platz 2). „Insgesamt sind die F&E-Ausgaben in Österreich stärker und kontinuierlicher angestiegen als in den meisten anderen EU-Ländern“, so Mitterlehner.

Die für diese Spitzenplätze nötigen Innovations-Förderprogramme werden im Jahr 2010 trotz enger Budget-Spielräume nicht gekürzt, sondern erweitert. Initiativen wie der Innovationscheck und das KMU-Kooperationsprogramm COIN (Cooperation & Innovation) sollen die Zahl der forschenden Betriebe weiter forcieren. Zugleich wird der Dienstleistungs- und Kreativbereich stärker unterstützt. Über die neue, vom Wirtschaftsministerium finanzierte Förderschiene „impulse LEAD“ können Unternehmen Zuschüsse bis zu 300.000 Euro für Kreativwirtschafts-Projekte abrufen.

Weiters steht heuer deutlich mehr Eigenkapital für innovative Investitionen bereit: Über den mit 40 Mio. Euro dotierten Mittelstandsfonds stattet das Austria Wirtschaftsservice (aws) Wachstumsprojekte mit mehr Eigenkapital aus. Davon können auch Betriebe aus dem Forschungsbereich profitieren. Außerdem stellt die neue Venture-Capital-Initiative der aws 15 Mio. Euro für forschungs- und technologie-

orientierte Unternehmen in der Gründungs- und Frühphase zur Verfügung.

Auch Infrastrukturministerin Doris Bures sieht Österreichs guten sechsten Platz im EIS-Ranking als Bestätigung für den eingeschlagenen Weg in der Forschungs- und Technologiepolitik, aber auch als Auftrag, Kapazitäten zu steigern und die Rahmenbedingungen zu optimieren. Die Bundesregierung arbeite mit Hochdruck an einer umfassenden Strategie für Forschung, Technologie und Innovation. Erklärtes Ziel bleibe, zu den drei innovativsten Volkswirtschaften Europas zu gehören, unterstrich Bures. Unternehmen und Forschungseinrichtungen in ihren Innovationstätigkeiten zu fördern, sicheres nachhaltiges Wirtschaftswachstum und zukunftsträchtige Jobs. Schwerpunkte des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie seien Zukunfts- und Wachstumsbereiche wie Verkehr, Energie, Informations- und Kommunikationstechnologie sowie Produktion, erläuterte Bures.

OeNB: Österreichs Banken profitierten 2009 deutlich von Osteuropa

Die in Österreich tätigen Kreditinstitute haben auch im abgelaufenen Geschäftsjahr 2009 wieder signifikant von ihrem Engagement in Ost- und Südosteuropa profitiert. Im Inland haben die Banken laut jüngster Schätzung der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) im Vorjahr unter dem Strich nur 248 Mio. Euro und damit deutlich weniger als 2008 (1,89 Mrd. Euro) verdient. Inklusive der Auslandstöchter waren es hingegen 1,5 Mrd. Euro, was ein Plus von 0,9 Mrd. Euro bedeutet. Belastend erwiesen sich neuerlich die Risikokosten, die gegenüber 2008 um knapp 20 % auf 8,32 Mrd. Euro anstiegen. OeNB-Direktor Andreas Ittner rechnet auch noch für 2010 mit erhöhten Risikokosten. Der Gipfel sei noch nicht erreicht, sagte Ittner am 25. März vor Journalisten in Wien.

FMA: Aus für Fremdwährungskredite

Wegen des hohen Risikos bei Fremdwährungskrediten hat die Finanzmarktaufsicht (FMA) am 22. März ein grundsätzliches Verbot ausgesprochen. Heimische Banken dürfen Verbrauchern ab sofort keine neuen Fremdwährungskredite – etwa zur Wohnraumfinanzierung – mehr anbieten. Die Vergabe neuer Nicht-Euro-Kredite ist künftig nur noch an vermögende Privatkunden mit bester Bonität und ausreichendem Einkommen in fremder Währung erlaubt. Endgültig untersagt ist die Kombination des Kredits mit Tilgungsträgern wie Fonds oder Anleihen.

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT**Oscar-Empfang: Filmprominenz bei Bundeskanzler Werner Faymann**

„Mit großem Stolz“ empfing Bundeskanzler Werner Faymann Montagabend, den 22. März, eine illustre Runde von österreichischen Filmschaffenden, die alle in den letzten Jahren durch aufsehenerregende Leistungen zu internationalem Ruhm gekommen waren - überschüttet mit Preisen.

Aktueller Anlass für den Kanzler, für Kulturministerin Claudia Schmied und Medienstaatssekretär Josef Ostermayer, die Filmschaffenden einzuladen, waren die diesjährigen Oscar-Nominierungen für Regisseur Michael Haneke („Das weiße Band“) und seinen langjährigen überragenden Kameramann Christian Berger und natürlich die Oscar-Ehrung für Schauspieler Christoph Waltz („Inglourious Basterds“).

Unter den geladenen Gästen fanden sich auch die Regisseure Stefan Ruzowitzky, Oscar-Preisträger 2008 („Die Fälscher“), Götz Spielmann, 2009 Oscar-nominiert („Revanche“), mit seinen exzellenten Schauspielern Johannes Krisch und Andreas Lust und der 1987 Oscar-nominierte Regisseur Wolfgang Glück („38 – Auch das war Wien“).

Der Kanzler gratulierte eingangs Michael Haneke zu seinem 68. Geburtstag am 23. März und ging dann auf ein Thema ein, das die Filmschaffenden wohl am meisten interessierte. Die Filmförderung – ein „schwieriges Thema“ - sei erst kürzlich von 18 auf 31 Millionen Euro jährlich erhöht worden. Dies klinge „in absoluten Zahlen recht wenig“, man bemühe sich aber auch in ökonomisch schwierigen Zeiten die Mittel zu erhöhen. Faymann erörterte dann die spezielle Ausstrahlung des heimischen Filmschaffens und sagte: „Österreichische Filmemacher zeigen ungeschminkt die Schattenseiten des Lebens. Sie helfen mit aufzuarbeiten und nicht zu verdrängen“. Weiters dankte der Kanzler den Filmschaffenden, die „den Ruf Österreichs als Kulturation in die Kinos Europas und in die Welt“ trügen.

Kulturministerin Claudia Schmied verwies auf insgesamt sieben Oscar-Nominierungen in den letzten zehn Jahren – „das ist eine unglaubliche Intensität“. Auch sie versicherte, dass „der Kampf ums Geld für den österreichischen Film“ weitergehen werde. „Wir stehen auf Ihrer Seite.“

Im Zentrum der medialen Aufmerksamkeit stand Christoph Waltz, der ruhig und zurückhaltend die auf ihn einprasselnden Fragen beantwortete, etwa ob der SS-Mann Hans Landa in den Quentin Tarantino-Film „die Rolle sei-

nes Lebens“ gewesen sei? „Ich hoffe nicht, ich bin erst 53. Aber es könnte natürlich sein. Darüber müssten wir in 30 Jahren nochmals reden.“ Warum er – in Berlin und London lebend – aus Österreich weggegangen sei? „Das ist sehr lange her. Es ist eine Tradition, dass man sich als Schauspieler als Gesell auf Wanderschaft begibt. Dass man woanders hängen bleibt, nimmt man billigend in Kauf.“

Die Einladung ins Bundeskanzleramt fand er „eigentlich nur schön“. Schließlich sei die Kulturministerin nicht nur zuständig, sondern interessiere sich auch noch für den Film – ebenso der Bundeskanzler. „Da gibt es nichts dagegen zu sagen.“

Am 23. März folgten die erfolgreichen Vertreter des österreichischen Filmwunders einer Einladung von US-Botschafter William C. Eacho in dessen Residenz in Wien. Abends ging es zum Wiener Filmball ins Rathaus.

Kulturministerin Schmied bestellt Karola Kraus zur neuen MUMOK-Direktorin

Am 22. März bestellte Kulturministerin Claudia Schmied die deutsche Kunsthistorikerin Karola Kraus zur neuen Direktorin des Museums Moderner Kunst (MUMOK). Die Amtszeit des bisherigen Direktors Edelbert Köb endet mit 1. Oktober.

Karola Kraus, mit einem in Frankfurt tätigen Architekten verheiratet, wurde 1961 als Karola Grässlin in St. Georgen im Schwarzwald geboren. Nach ihrem Studium in Stuttgart und München, das auch die Neuere Deutsche Literatur und die Klassische Archäologie mit einschloss, arbeitete sie als Projektassistentin bei der Großausstellung „Metropolis“ in Berlin. Später leitete sie den Kunstverein Braunschweig und war zuletzt Direktorin der Staatlichen Kunsthalle Baden-Baden.

Karola Kraus ist mit Kunst aufgewachsen. Die Sammlerfamilie Grässlin betreibt in St. Georgen einen einflussreichen Kunstraum, der verstorbene Maler Martin Kippenberger galt als enger Freund des Hauses. Schwester Bärbel Grässlin leitet in Frankfurt eine Galerie. Zu den Künstlern, die Karola Kraus besonders schätzt, gehören etwa Franz West und Heimo Zobernig. Sehr interessiert zeigt sie sich an US-Minimal Art und Konzeptkunst.

Am 5. Mai wird sie mit Ministerin Schmied erste programmatische Eckpunkte ihrer Direktion präsentieren. Das MUMOK verstehe sie „als Botschafter der internationalen zeitgenössischen Kunst und Kultur im traditionsreichen Ambiente einer Kunststadt mit Weltruf“. Ihr Ziel sei „mit dem progressiven Team diesen Ruf in Zukunft weiter auszubauen“.

Preisregen bei der Diagonale Graz

Bei der Film-Diagonale Graz 2010 wurden die Preise vergeben: Der Große Diagonale-Preis für den besten Spielfilm ging an Tizza Covi und Rainer Frimmel für „La Pivellina“. Es ist die Geschichte einer Frau, die in Rom auf der Suche nach ihrem Hund ein kleines Mädchen findet und es zu sich nimmt. „Mit der gleichen Zärtlichkeit, mit der man sich hier um das fremde Kind kümmert, beobachten die Filmemacher das improvisierte Zusammenleben“, so die Jury.

Zum „Besten österreichischen Dokumentarfilm 2009/2010“ wurde „Hana, dul, sed...“ von Brigitte Weich und Karin Macher gekürt – ein faszinierender Film über nordkoreanischen Frauenfußball.

Keine Überraschung war der Preisträger des Diagonale-Preises Bildgestaltung des Verbandes Österreichischer Kameraleute: Kameramann Christian Berger, als Michael Hanekes „ausführendes Organ“ inzwischen weltberühmt, für seine Kameraführung im „Weißen Band“ Oscar-nominiert und auch von der Amerikanischen Gesellschaft der Kameraleute (ASC) geehrt.

„Lourdes“-Regisseurin Jessica Hausner erhielt den „Thomas-Pluch-Drehbuchpreis 2010“ für das beste verfilmte Drehbuch. Der Preis der Jugendjury ging an Hüseyin Tabak für „Kick Off“, einen Film über den „Homeless World Cup“.

Als innovative Produktionsleistungen wurden „Plastic Planet“ (Kinodokumentarfilm), „Der Knochenmann“, „Wüstenblume“ (Kinofilm) und „Das weiße Band“ (internationaler Spielfilm) ausgezeichnet.

Es wurden noch etliche andere Preise vergeben – so der Preis der Diözese Graz-Seckau: Er ging an Regisseurin Juliane Großheim und ihren Film „Die Kinder vom Friedrichshof“: „Unaufdringlich und dennoch auf einer hoch-emotionalen Ebene positioniert, thematisiert sie das kontroversielle Leben Otto Mühls. Die Darstellung der Kommune als Metapher für geschlossene Gesellschaftssysteme an sich kommt ohne didaktischen Fingerzeig und manipulative Kommentare aus und schafft so den Raum für eine kritische Auseinandersetzung“, begründete die Jury ihre Entscheidung.

Wissenschafts- und Forschungsministerin Beatrix Karl gratulierte allen Preisträgerinnen und Preisträgern. Besonders erfreulich sei, wie viele von ihnen Studierende und Absolventen der „Filmakademie Wien“ seien. Dieses Institut für Film und Fernsehen an der Universität für Musik und Darstellende Kunst Wien bietet die einzige universitäre Filmbildung für

Österreich an „und dies mit Erfolg, wie die neuerlichen Auszeichnungen beweisen“ würdigen, so die Ministerin.

Raimund Abraham zum Gedenken

Schon am 4. März ist der aus Österreich stammende Architekt Raimund Abraham bei einem Autounfall in Los Angeles ums Leben gekommen. 2000 legte Abraham seinen österreichischen Pass zurück, nach zwei Jahren bewilligten die US-Behörden sein Ansuchen um die US-Staatsbürgerschaft. Grund für seinen Wechsel war die Regierungsbeteiligung der FPÖ, die er vehement kritisiert hatte.

1933 in Lienz (Osttirol) geboren, absolvierte er „mit Auszeichnung“ die Technische Universität in Graz. Anfang der 60er Jahre arbeitete er in Wien als Architekt – mehr theoretisch als praktisch. „Als Nonkonformist, fundamentaler Kritiker und Verfechter der architektonischen Form setzte er sich unermüdlich für die kollektive Erneuerung der Architektur ein“, so MAK-Direktor Peter Noever. „Imaginäre Architektur“ und „Visionäre Architektur“ lauten die Stichworte, mit denen er Anstoß zu einer Diskussion über das Wesen der Architektur und ihre Beziehung zur Kultur der Zeit gab. 1964 gab er das Buch „Elementare Architektur“ heraus. Ihn interessierte eine Architektur ohne Attribute, von äußeren Einflüssen unberührt, mit einfachsten Mitteln, im Bauprozess organisch gewachsen: „Erinnerung und Sehnsucht: Das ist Architektur. Gebaut und ungebaut“.

Als einer der Exponenten der Wiener Architektur-Avantgarde wurde Abraham 1967 gemeinsam mit Hans Hollein und Walter Pichler im Museum of Modern Art in New York ausgestellt. Die Stadt sollte sein Lebensmittelpunkt werden, hier unterrichtete und arbeitete er seit 1971.

An internationalen Projekten beteiligte er sich mit Aufsehen erregenden Entwürfen, doch schienen bei den „Big Projects“ zweite Preise lange sein Schicksal zu sein: Im Wettbewerb um das Centre Pompidou (1971) wurde er ebenso knapp geschlagen wie in jenem um die Opera de la Bastille (1983). Die Liste seiner realisierten Werke ist daher ungleich kürzer als die jener Bauten, deren Architekten er beeinflusst hat. Wohn- und Geschäftshäuser in den USA und in Österreich sind darunter – so zeichnete er den Masterplan und Gebäudesegmente der Siedlung Traviatagasse in Wien -, das Anthology Filmmuseum New York und die Hypo-Bank in seiner Heimatstadt Lienz. 1985 wurde er mit dem „Steinernen Löwen“ auf der 3. Architektur-Biennale in Venedig

ausgezeichnet. Mit der Realisierung des von ihm entworfenen Neubaus des österreichischen Kulturforums in New York ging Raimund Abraham in die Architekturgeschichte ein. Das Hochhaus mit rund 20 Stockwerken und einer Gebäudebreite von nur 7,6 Metern besticht durch eine wasserfallartige Glas-Alu-Fassade. Während der Bauphase von 1992 bis 2002 war es auch wegen hoher Baukosten heftig umstritten. Bei seiner Eröffnung von maßgeblichen Architekten und Architekturkritikern gefeiert, gilt es heute als „Aushängeschild einer modernen Kulturnation“. Im „Wall Paper City Guide“ des Jahres 2009 wird das Gebäude als eines der fünf wichtigsten Wahrzeichen zeitgenössischer Architektur in New York bezeichnet.

Als einen „Mann von Klarheit“ würdigte Kulturministerin Claudia Schmied den Verstorbenen. „Diese Qualität betraf nicht nur sein architektonisches Werk, sondern auch sein öffentliches Wirken. Er ging keine Kompromisse ein, da er bedingungslos an seinen Prinzipien festhielt.“ Schmied hob wie Bundeskanzler Werner Faymann die internationale Bedeutung des „Austrian Cultural Forum“ in New York hervor. Der Kanzler sagte noch: „Raimund Abraham war ein Aushängeschild für Österreichs Architekturtradition und gleichzeitig ein Mahner gegen politische Fehlentwicklungen. Mein Mitgefühl gilt seinen Angehörigen und Freunden“. Rund 300 von ihnen hatten schon am 5. März in einer stummen Diashow am Southern California Institute of Architecture (SCI-Arc) Abschied genommen, wo der Architekt noch unmittelbar vor dem Unfall einen Vortrag gehalten hatte. In Wien gedachten am 27. März im Semperdepot Freunde des Mannes, „der sich selbst und seinen Überzeugungen immer treu geblieben ist“ (Peter Noever).

Hans-Koller-Preis: European Jazz Prize an Triestiner Trompeter Enrico Rava

Im Rahmen des Hans-Koller-Preises wurde am 26. März im Wiener Porgy & Bess der European Jazz Prize 2009 an den italienischen Trompeter und Komponisten Enrico Rava verliehen. 1943 in Triest geboren, schlug er als 18-jähriger die Laufbahn eines Berufsmusikers ein und gewann rasch Reputation innerhalb der New Yorker Avantgarde der 60er Jahre. So spielte er u. a. mit Steve Lacy, Bill Dixon, gehörte der Gruppe von Roswell Rudd an und dem Jazz Composer's Orchestra, das Carla Bley und Paul Haines' „Escalator over the Hill“ hervorbrachte. Eingeführt in diesen Kreis wurde er durch den argentinischen Tenorsaxophonisten Gato Barbieri, der durch die Film-

musik zu Bernardo Bertoluccis „Der letzte Tango in Paris“ (1972) berühmt werden sollte. Enrico Ravas Trompetenspielerklang von Anfang an bei allen Free-Jazz-Ausbrüchen lyrisch und melodienreich. Es gelang ihm, italienische, nord- und lateinamerikanische Einflüsse zu verschmelzen. Die italienische Oper gilt ihm als die wahre Volksmusik seiner Heimat. In Plattenprojekten wie „L'Opera Va“ und „Carmen“ beschäftigte er sich mit der Umsetzung von Opernarien in den Jazz.

Zu den von ihm verehrten Trompetern gehören Bix Beiderbecke, Miles Davis und Chet Baker. Ihnen widmete er Platten, aufgenommen etwa mit seinem sardischen Trompetenkollegen Paolo Fresu. Aber seine Vorbilder reichen auch bis zu New Orleans-Musikern wie Nick LaRocca, dem Leader der Original Dixieland Band, dessen Eltern aus Sizilien stammen. Louis Armstrong schätzt er gleichfalls. Persönliche Affinitäten sieht er auch zum lyrischen Stil Art Farmers. Den tödlich erkrankten Flügelhornisten vertrat er in dem von Franz Koglmann und dem Label "between the lines" initiierten Duo-Projekt - mit Pianisten Ran Blake - „Duo En Noir“ (1999).

Mehrfach wurde Enrico Rava schon für seinen europäischen Beitrag zum zeitgenössischen Jazz ausgezeichnet, so mit dem französischen Orden „Chevalier des Arts et des Lettres“. Trotzdem meinte er kürzlich in einem „Standard“-Gespräch mit Andreas Felber: „Die ganze Diskussion um europäischen und amerikanischen Jazz ist nicht unbedingt mein Ding“.

Am 27. März gab Enrico Rava im Porgy ein umjubeltes Konzert – zusammen mit anderen Hans-Koller-Preisträgern wie dem Schlagzeuger Wolfgang Reisinger (Musiker des Jahres), den Saxophonisten Clemens Salesny (Newcomer des Jahres) und Max Nagl, dessen CD „C.O.D.E.“ - the Music of Ornette Coleman und Eric Dolphy -, als CD des Jahres 2009 ausgezeichnet wurde. www.hanskollerpreis.at, www.porgy.at

Wien Museum: Madness & Modernity – Kunst und Wahn in Wien um 1900

Noch bis 2. Mai zeigt das Wien Museum die Ausstellung „Madness & Modernity“, die die Beziehung zwischen Kunst und Pathologie um 1900 thematisiert. Die Schau, von der britischen Kunsthistorikerin Gemma Blackshaw gestaltet, wurde vom Londoner Museum für Medizingeschichte verkleinert übernommen. Sie bietet die einzigartige Möglichkeit, tiefer in die Werke von u. a. Gustav Klimt, Oskar Kokoschka, Max Oppenheimer oder Egon Schiele zu tauchen. www.wienmuseum.at

SPORTPOLITIK**ÖOC-Geheimkonto: Darabos ordnet Überprüfung durch Ministerium an**

Bei der letzten ÖOC-Vorstandssitzung im März wurde von den Prüfern bestätigt, dass im ÖOC jahrelang ein geheimes Konto mit sehr hohen Kontobewegungen existierte. Sportminister Norbert Darabos: „Als ich zu meinem Amtsantritt als Sportminister den Stein beim ÖOC ins Rollen gebracht habe, gab es große Widerstände, auch von der alten ÖOC-Führung. Mein Verdacht wurde bestätigt.“ Das Ausmaß sei leider noch nicht absehbar, so Darabos. „Es ist wichtig, dass nun endgültig alle Altlasten aufgearbeitet werden und dann der Blick rasch wieder Richtung Zukunft gerichtet werden kann“, meinte der Minister.

Gleichzeitig kündigte der Minister an, sorgfältig überprüfen zu lassen, ob auch Bundes-Sportförderungsmittel direkt oder indirekt von den Bewegungen auf dem Geheimkonto betroffen sind. Hier gehe es vor allem um mögliche Doppelverrechnungen und Rücküberweisungen.

„Die Vorkommnisse bestätigen uns bei unserem eingeschlagenen Weg bei der Förderreform. Es ist ein wesentliches Ziel der Reform, für mehr Transparenz zu sorgen und die Kontrolle im Sport auf zeitgemäße Beine zu stellen, weg von ehrenamtlichen Rechnungsprüfern, hin zu einem professionellen Controlling“, so Darabos.

Darabos zu Kärntner Stadiondebatte: „Gegen Zerstörung von Infrastruktur!“

Sportminister Norbert Darabos zeigte sich alarmiert über die andauernden Debatten rund um den Erhalt oder Rückbau des Klagenfurter Stadions. „Ich bin gegen die Zerstörung von Infrastruktur und spreche mich seit meinem Amtsantritt für den Vollausbau des Stadions aus“, so Darabos.

Bereits im vergangenen September hatte der Sportminister der Stadt Klagenfurt und dem Land Kärnten die Finanzierung für den Ausbau zugesichert und entsprechende Rahmenbedingungen vereinbart. Damals hatte Sportminister Norbert Darabos den Vorschlag des Österreichischen Fußballbundes (ÖFB) aufgegriffen und alle Beteiligten in Sachen Stadion Klagenfurt an einen Tisch geholt. Unterschiedliche Positionen und inhaltliche Divergenzen zwischen der Stadt Klagenfurt und dem Land Kärnten über die künftige Dimension des Stadions hatten schon damals einen „Stadion-Gipfel“ unter der Leitung des Sportministers notwendig gemacht. Um Klarheit zu schaffen,

musste der Bundesminister vermittelnd einwirken und sich ein umfassendes Bild über die sehr verworrene Situation rund um das Stadion Klagenfurt verschaffen.

„Fakt ist, dass die Lösung den Bedürfnissen der Region, den Wünschen der Bevölkerung und der vorhandenen Infrastruktur entsprechen und zudem finanzierbar sein muss“, so Darabos zur aktuellen Lage. „Der Ball liegt bei der Stadtgemeinde Klagenfurt. Ich stehe zu meiner Zusage und bin sehr verärgert darüber, dass immer noch kein konkretes Projekt vorliegt, ja es offenbar sogar immer noch keine Einigkeit zwischen Land und Stadt gibt. Ich fordere eine rasche Entscheidung auf Basis des von mir Zugesagten, denn es kann nicht sein, dass hier auf Kosten der Steuerzahlenden eines der schönsten Stadien Österreichs zur Ruine verfällt.“

Darabos empfing unser erfolgreiches Paralympics-Team am Flughafen

Elf Medaillen (3x Gold, 4x Silber, 4x Bronze) konnte Österreich bei den X. Paralympics in Vancouver gewinnen. Eine angesichts der immer härter werdenden internationalen Konkurrenz sehr erfreuliche Bilanz! Im Medaillenspiegel belegt Österreich damit Rang sechs.

Claudia Löscher holte bei den sitzenden Athletinnen im Alpin-Skilanglauf Gold in Slalom und Super-G, Silber in der Superkombi und Bronze in der Abfahrt. Sabine Gasteiger mit Guide Stefan Schoner sicherte sich bei den sehbehinderten Athletinnen Gold im Slalom und Silber im Riesentorlauf. Robert Meusburger (stehend) holte Silber im Riesentorlauf, schrammte aber in Slalom und Superkombi jeweils nur um wenige Hundertstel am Podium vorbei.

Silber gab es auch für Jürgen Egle (sitzend) in der Superkombi. Zwei Mal Bronze eroberte Philipp Bonadimann in der Klasse der sitzenden Athleten im Slalom und in der Superkombi. Und auch Hubert Mandl (stehend) holte sich die ersehnte Medaille mit Platz 3 im Super-G.

Österreichs erfolgreiches Team kehrte am 23. März wieder wohlbehalten nach Österreich zurück und wurde von einem großen Empfangskomitee am Flughafen Wien-Schwechat willkommen geheißen.

Sportminister Norbert Darabos strich die hervorragende Bilanz unserer Teilnehmerinnen und Teilnehmer heraus: „Österreich ist stolz auf dieses Team“, meinte Darabos, der allen MedaillengewinnerInnen gratulierte und allen 19 Aktiven Ehrenmedaillen des Sportministeriums überreichte.

INFORMATIONEN AUS ÖSTERREICH

Redaktionsschluss: 12. April 2010

Nr. 08/10

INNENPOLITIK

Arbeitsmarkt: Positive Signale, doch keine Entwarnung
Frauenministerin Heinisch-Hosek will Aufwertung der Teilzeitarbeit

EUROPA INTERNATIONAL

UNO-Chef Ban Ki-Moon in Wien
EU-Ratspräsident Van Rompuy bei Bundeskanzler Faymann
Außenminister Spindelegger zu Besuch in Moldawien
Tiefe Bestürzung über Ableben des polnischen Präsidenten Kaczyński

WIRTSCHAFT

Industrie gewinnt an Fahrt
FFG: Firmen forschen auch in Krise
OeNB-Totalverstaatlichung gestartet

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT

Bildungspolitik: Schmied forciert einheitliche und hohe Standards
Erhard Busek neuer Präsident des EU-Russland-Zentrums in Brüssel
Deutscher Opferverband: Spur von SED-Geldern führt nach Österreich
40 Jahre Rauriser Literaturtage
WAGNER:WERK Museum Postsparkasse: Die Wirtschaftswunderfrauen
Fair Fashion zieht an: Internationaler Weltladentag am 8. Mai 2010
Türkische Schulen in Wien für Bürgermeister Michael Häupl denkbar

SPORTPOLITIK

Darabos: „Sportförderung in Österreich soll auf neue Beine gestellt werden!“
Fachmagazin „TEAM ROT-WEISS-ROT“

IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressediens. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz, Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/3, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958, Fax ++43/1/53109-2958, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; <http://www.bundeskanzleramt.at>;
Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet. Herausgegeben vom Bundespressediens-Wien.

INNENPOLITIK**Arbeitsmarkt: Positive Signale, doch keine Entwarnung**

Die Situation auf dem heimischen Arbeitsmarkt hat sich leicht entspannt: Erstmals seit Beginn der Wirtschaftskrise ist im März die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen (ohne Schulungen) im Jahresvergleich um 1,8 % (4.807 Personen) auf 266.320 zurückgegangen. Gleichzeitig stieg jedoch die Zahl der Schulungsteilnehmer, die nicht in der offiziellen Arbeitslosenstatistik aufscheinen, um 33,6 % auf 84.017 Betroffene. Inklusive Schulungsteilnehmern hatten im März somit 350.337 Personen keinen Job. Das waren um 4,9 % oder 16.330 Arbeitssuchende mehr als vor einem Jahr, aber saisonbedingt um fast 50.000 weniger als im Februar, wie Sozialministerium und Arbeitsmarktservice (AMS) am 1. April bekanntgegeben haben.

Ein deutlicher Anstieg wurde bei Langzeitarbeitslosen (plus 28,8 %) verzeichnet, während auf dem Leiharbeitsmarkt laut AMS die Arbeitslosigkeit um 13,6 % signifikant zurückging. Deutlich entspannt hat sich die Situation auch in der Industrie: In der Produktion ging die Zahl der Jobsuchenden im Vergleich zum Vorjahr um 10 % zurück, die Jugendarbeitslosigkeit nahm um 5,9 % ab. Ebenso meldete die Tourismus-Branche für März einen Rückgang der Arbeitslosen um 3,9 %.

Bei den offenen Stellen gab es gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr ein Plus von 2,3 % oder 644 auf 28.083 Jobs. Gesunken ist die Arbeitslosigkeit in den Bundesländern Salzburg (-11,5 %), Tirol (-9,9 %), Steiermark (-7,3 %) und Burgenland (-5,6 %).

Positive Signale ortete auch Sozialminister Rudolf Hundstorfer: Die Richtung stimme, „für eine Entwarnung ist es aber noch zu früh“, so Hundstorfer bei der Präsentation der Arbeitsmarkt-Statistik in Graz. Von einer Trendwende könne man erst dann sprechen, wenn die Arbeitslosigkeit in allen Gruppen – bei Männern, Frauen, Jugendlichen, Menschen über 50 Jahre und Schulungsteilnehmern – zurückginge, erklärte der Sozialminister.

Den Zuwachs bei Personen in Schulungen führte Hundstorfer auf das stark erweiterte AMS-Kursangebot zurück. Diese Schulungen und Qualifizierungsmaßnahmen würden die Jobchancen der Menschen deutlich erhöhen: Qualifizierung sei der beste Weg aus der Arbeitslosigkeit. So hätten 2009 50 % der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an einer Schulung des AMS binnen drei Monaten einen neu-

en Arbeitsplatz gefunden, betonte der Sozialminister.

Im EU-Vergleich weise Österreich mit einer Gesamtarbeitslosenquote von 5,0 % hinter den Niederlanden (4,0 %) nach wie vor den zweitniedrigsten Wert auf. Der Durchschnitt der EU-27 lag bei 9,6 %.

Frauenministerin Heinisch-Hosek will Aufwertung der Teilzeitarbeit

Teilzeitkräfte verdienen bei gleicher Arbeit weniger als Vollzeitkräfte, beim Bruttostundenlohn gibt es in manchen Branchen sogar bis zu drei Euro Unterschied. Das besagt eine Studie zur Qualität von Teilzeitbeschäftigung, die Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek am 30. März präsentiert hat.

„Teilzeit kann für Frauen eine Sackgasse sein“, erklärte Heinisch-Hosek. Rund 700.000 Frauen in Österreich würden Teilzeit arbeiten, fast die Hälfte wegen Betreuungspflichten. Hier zeige die Studie einen wesentlichen Unterschied zur männlichen Teilzeitbeschäftigung: Für Männer seien Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen der häufigste Grund für Teilzeitarbeit, lediglich 3 % würden sie für Kinderbetreuung nutzen. Männer würden zudem meist zu Anfang oder gegen Ende ihrer Berufslaufbahn einem Teilzeitjob nachgehen, während teilzeitbeschäftigte Frauen großteils in der Altersgruppe der 30- bis 44-Jährigen zu finden seien, also in der Haupterwerbsphase, so die Frauenministerin.

Über die Hälfte der Frauen arbeite weniger als 24 Wochenstunden, doch ein Viertel von ihnen wolle eine Aufstockung der Wochenstunden, was nur selten geschehe, betonte Heinisch-Hosek. Außerdem bedeute Teilzeit oft eine Abqualifizierung, jede fünfte Frau finde nach ihrem Wiedereinstieg in einen Vollzeitjob keine ihrer Ausbildung entsprechende Beschäftigung. Dieser Umstand und das Missverhältnis bei den Löhnen müssten korrigiert werden. Eine Offenlegung der Löhne in den Betrieben sei daher „unverzichtbar“.

Die Regierung habe bereits wichtige Schritte zur Verbesserung der Arbeitssituation von Frauen gesetzt: einkommensabhängiges Kindergeld für einen rascheren Wiedereintritt nach der Karenz bzw. als Anreiz zur Väterkarenz sowie die Möglichkeit der Elternteilzeit bis zum 7. Lebensjahr des Kindes.

Als zusätzliche Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie forderte Heinisch-Hosek mehr Kinderbetreuungsplätze, Stärkung der Väterkarenz und eine betriebsinterne Informationspflicht über offene Vollzeitstellen vor deren externer Ausschreibung.

EUROPA INTERNATIONAL**UNO-Chef Ban Ki-Moon in Wien**

UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon ist am 8. April in Wien mit der österreichischen Staats- und Regierungsspitze zusammengetroffen. Er führte Gespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Werner Faymann, Außenminister Michael Spindelegger und Nationalratspräsidentin Barbara Prammer. Erörtert wurden die aktuelle Lage in Kirgisistan, Nahost und Afghanistan sowie Österreichs Einsätze bei UNO-Friedensmissionen und die internationalen Klimaschutzziele.

Man habe sich über die genannten Themen eingehend ausgetauscht, erklärte Faymann nach seiner Unterredung mit dem UNO-Chef. Aus dem Scheitern der Klimakonferenz in Kopenhagen müssten nun dringend Lehren gezogen werden, den Einsatz für gemeinsame verbindliche Ziele sei man den „nachfolgenden Generationen schuldig“, betonte Faymann in einer gemeinsamen Pressekonferenz. Österreich wolle dazu aktiv einen Beitrag leisten, wobei Wien sich als Veranstaltungsort für eine Klimakonferenz anbieten würde. Ban Ki-Moon sprach sich für einen verbindlichen Klimaschutzvertrag aus. Er dankte der „österreichischen Regierung für deren aktive Unterstützung im Kampf gegen den Klimawandel“.

Weiters dankte der UNO-Chef Österreich für dessen „essentielle Rolle“ bei den UNO-Friedensmissionen, insbesondere im Rahmen des Golan-Einsatzes. Bis dato hätten sich mehr als 90.000 Österreicherinnen und Österreicher bei internationalen Friedenseinsätzen bewährt.

Im Nahen Osten will Ban Ki-Moon die baldige Aufnahme von Annäherungsgesprächen auch künftig unterstützen, um den Nahost-Friedensprozess anzukurbeln. Über den Konflikt in Kirgisistan zeigte sich Ban sehr beunruhigt. In Kooperation mit der OSZE plane man die Entsendung eines Sonderbeauftragten.

Dank gab es auch für Österreichs aktive Rolle im UN-Sicherheitsrat und die gute Kooperation bei allen globalen Herausforderungen. Ban unterstrich die Übereinstimmung mit Wien im Kampf gegen die Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen sowie für die rechtliche Gleichstellung der Geschlechter und die Erreichung der Millenniumsziele. Bundeskanzler Faymann erhielt eine Einladung zum nächsten UNO-Sondergipfel in New York (20. bis 22. September). Beim so genannten Millenniumsgipfel wird es um die Ziele der Vereinten Nationen bis 2015 und die Roadmap zu deren Umsetzung gehen.

Faymann seinerseits sicherte dem UNO-Chef die fortgesetzte Unterstützung Österreichs im Sicherheitsrat zu. In der Wirtschaftspolitik gelte es, Gelder für dringende soziale Anliegen wie Armutsbekämpfung oder Maßnahmen im Gesundheitsbereich bereit zu stellen, anstatt Finanzmittel durch Spekulationsgeschäfte zu verlieren. Verstärkte Kontrolle und Regulierung der Finanzmärkte seien daher unumgänglich, betonte der Bundeskanzler.

EU-Ratspräsident Van Rompuy bei Bundeskanzler Faymann

Bundeskanzler Werner Faymann ist am 6. April in Wien mit EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy zu einem Arbeitsgespräch zusammengetroffen. Man habe zentrale europäische Fragen erörtert, darunter gemeinsame Maßnahmen im Kampf gegen die Finanzkrise, erklärte Bundeskanzler Faymann. Wichtige Diskussionspunkte waren auch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und einer Bankenabgabe sowie die Kriminalitätsbekämpfung in Europa. Für letzteres sei mit der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex in der EU bereits eine Kooperationsbasis geschaffen worden, „die wir nun weiter verstärken müssen“, so Faymann, der dafür Van Rompuy's Unterstützung erhielt.

Außenminister Spindelegger zu Besuch in Moldawien

Die Republik Moldau solle „möglichst nahe“ an die EU herangeführt werden, betonte Außenminister Michael Spindelegger am 9. April bei einem Treffen mit Amtskollegen Iurie Leanca in Chisinau. In Moldau, das als ärmstes Land Europas gilt, sei punkto Reformbestrebungen „in kurzer Zeit sehr viel passiert“ und damit der „richtige Weg, sich europäischen Standards anzupassen“, eingeschlagen, zeigte sich Spindelegger erfreut. Österreich werde eine baldige Visa-Liberalisierung für moldauische Bürger befürworten.

Tiefe Bestürzung über Ableben des polnischen Präsidenten Kaczyński

Der Tod des polnischen Staatspräsidenten Lech Kaczyński und zahlreicher anderer Passagiere bei einem Flugzeugabsturz in Russland am 9. April hat auch in Österreich für große Bestürzung gesorgt. Bundespräsident Heinz Fischer und Bundeskanzler Werner Faymann zeigten sich „zutiefst erschüttert und betroffen“. Sie drückten der Familie Kaczyńskis, den Angehörigen der Opfer und der polnischen Bevölkerung Österreichs Anteilnahme aus.

WIRTSCHAFT**Industrie gewinnt an Fahrt**

Europas und somit auch Österreichs Industrie gewinnt deutlich an Fahrt. Im März hat vor allem der schwächere Euro zum stärksten Wachstum seit November 2006 geführt. Die Betriebe hätten ihre Geschäftstätigkeit bereits den sechsten Monat in Folge ausgeweitet, wie Experten des Forschungsinstituts Markit zur jüngsten Umfrage unter 3.000 Firmen am 1. April mitgeteilt haben. Markt-Chefökonom Chris Williamson sprach von einem „regulierten Boom“ in den Ländern der Eurozone.

Je nach Land sind die Unterschiede allerdings recht beträchtlich. Während in Deutschland, Österreich, Italien oder Frankreich die Geschäfte immer besser laufen, rutschte das unter einer Schuldenkrise leidende Griechenland noch tiefer in die Rezession ab.

Österreichs Industrie lässt die Wirtschaftskrise unterdessen sukzessive hinter sich. Laut Einkaufsmanager-Index der Bank Austria wies die heimische Industrie im März die höchste Produktionsausweitung seit 20 Jahren auf. Stark angezogen haben demnach die Einkaufspreise, aber auch die Verkaufspreise legten erstmals wieder zu. Insgesamt wird die Industrie heuer um 4 % wachsen. „Die Prioritäten verschieben sich offenbar wieder langsam von unbedingtem Kostenbewusstsein in Richtung risikobewusster Wahrnehmung neuer Geschäftschancen“, unterstrich Bank Austria-Ökonom Walter Pudschedl am 30. März.

Die anhaltende Verbesserung der Auftragslage führe zu einer unerwartet dynamischen Produktionsausweitung in der Industrie. Auch die Beschäftigung im Sektor stabilisiere sich, die wachsende Nachfrage ermögliche wieder Preisanpassungen, so die Experten. Der aktuelle Bank Austria Einkaufsmanager-Index hat sich auf 56,7 Punkte verbessert, was laut Chefvolkswirt Stefan Bruckbauer „ein klares Signal für ein starkes Wachstum“ ist. Der Produktionsindex hat auf 60,4 Punkte zugelegt und damit den zweithöchsten jemals gemessenen Wert erreicht. Die „Auftragspolster“ würden mit weitgehend stabiler Geschwindigkeit zunehmen, da sich das Neugeschäft anhaltend günstig entwickle, so Bruckbauer.

Auch die Industriellenvereinigung spricht von einer „kräftigen Erholung“, schränkt jedoch ein, dass man von einer Normalauslastung der Kapazitäten noch 5 bis 10 Prozentpunkte entfernt sei. Derzeit liege die Auslastung der Unternehmen im Durchschnitt bei 70 bis 75 %.

Die Arbeitslosigkeit ging in der Produktion jedenfalls im Vergleich zum Vorjahr um 10 %

zurück – auch ein Indikator, der zu sachtem Optimismus berechtigt.

FFG: Firmen forschten auch in Krise

Die österreichischen Unternehmen haben auch in der Krise geforscht. Das geht aus einer am 9. April präsentierten Bilanz der Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) eindrucksvoll hervor: Die Zahl der von der FFG zugesagten Projekte stieg 2009 um knapp 21 % auf 3.072, die Summe der ausgezahlten Mittel um mehr als 3 % auf 378 Mio. Euro. Zurückgegangen ist allerdings gegenüber dem Jahr davor die Gesamtförderung der FFG (Zusagen) um rund 7 % auf 508 Mio. Euro. Auch die künftige Entwicklung macht der FFG-Geschäftsführung einigermaßen Sorge.

Für 2009 stellte FFG-Chef Klaus Pseiner hingegen eine „erstaunliche Entwicklung“ fest: Die Unternehmen hätten antizyklisch gearbeitet und verstärkt in Forschung investiert. Es habe nicht nur mehr Antragsteller gegeben als 2008, sondern auch der Anteil der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) unter den FFG-Fördernehmern sei um 8 Prozentpunkte auf 77 % angewachsen. Die „Nagelprobe“ komme aber erst im laufenden Jahr. Hier werde sich zeigen, wie es weiter gehe, so Pseiner.

Mehr Förderzusagen als im Jahr davor erteilte 2009 auch die staatliche Förderbank Austria Wirtschaftsservice GmbH (aws): Insgesamt gab es 5.960 Förderzusagen an österreichische Unternehmen, um rund 15 % mehr als 2008. Das Fördervolumen ging aber um 1 % auf 982 Mio. Euro leicht zurück, was konjunkturbedingt auf das zurückhaltende Investitionsverhalten der Firmen zurückzuführen sei, heißt es im aktuellen Leistungsbericht.

Mehr als 4.500 Zusagen waren Zuschüsse, Haftungen sowie Kredite und Darlehen. Rund 64 % davon gingen an die Branchen Sachgüterproduktion und Dienstleistungen. Insgesamt vergab die aws 97 % der Zusagen an KMU.

OeNB-Totalverstaatlichung gestartet

Die Vollverstaatlichung der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB), wobei die Republik Österreich die restlichen 30 % übernehmen will, ist sozusagen in der Zielgeraden: Eine Handvoll Aktionäre, vor allem mit kleinen Paketen, habe die Abtretung bereits unterschrieben, hieß es dazu am 31. März. Mit dabei ist unter anderem die Vienna Insurance Group (0,47 %). Verkauft werden auch RZB (8,73 %) und WKÖ (8,33 %).

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT**Bildungspolitik: Schmied forciert einheitliche und hohe Standards**

Nach den Allgemeinbildenden Höheren Schulen (AHS) wird auch die Matura an den Berufsbildenden Höheren Schulen (BHS) reformiert. Ab dem Schuljahr 2014/15, also ein Jahr später als an den AHS, soll die schriftliche Reifeprüfung auch an den BHS gleichzeitig abgehalten werden. In den Fächern Deutsch, Mathematik und Lebende Fremdsprache gibt es Österreich weit einheitliche Aufgaben.

Die neue Matura an den BHS orientiert sich weitgehend an der 2009 beschlossenen Reifeprüfungsreform an den AHS:

Der Maturant muss eine Diplomarbeit, die mit der „vorwissenschaftlichen Arbeit“ an den AHS zu vergleichen ist, eigenständig außerhalb der Unterrichtszeit verfassen. Wird sie mit „Nicht genügend“ bewertet, muss sie mit anderer Themenstellung bis Herbst wiederholt werden. Sonderregeln gibt es an HTL und land- und forstwirtschaftlichen Schulen: Bei einer negativen Beurteilung muss im Herbst eine schriftliche „Projektklausur“ absolviert werden. Unabhängig davon darf der Schüler aber zu den schriftlichen und mündlichen Maturaterminen trotzdem antreten.

Bei der schriftlichen Matura können die Schüler zwischen Varianten mit drei oder vier Klausuren wählen. Verpflichtend sind grundsätzlich Deutsch, Mathematik und die erste Lebende Fremdsprache, wobei die Aufgaben unter Federführung des Bundesinstituts für Forschung, Innovation und Entwicklung (BIFIE) zentral erstellt werden. Anders als bei den AHS können BHS-Schüler bei der Variante mit drei schriftlichen Klausuren die dritte Prüfung durch eine nicht zentral vorgegebene Fachklausur aus einem Schul-Schwerpunktfach (z.B. Rechnungswesen an der HAK) ersetzen. So sollen die Ausbildungsschwerpunkte bestmöglich abgebildet werden. Im Rahmen der mündlichen Matura müssen je nach Zahl der schriftlichen Klausuren zwei oder drei Prüfungen abgelegt werden. Die Aufgaben werden von den Fachlehrern der jeweiligen Schule erstellt.

In Deutsch, Mathematik und in der ersten Lebenden Fremdsprache müssen die Schüler jedenfalls maturieren – ob schriftlich oder mündlich bleibt ihnen überlassen.

Neben der Matura-Reform an der BHS schickte Unterrichtsministerin Claudia Schmied noch zwei weitere Gesetzesentwürfe in Begutachtung: Einerseits werden die bis zum Ende dieses Schuljahres befristeten Sprachförderkurse

für außerordentliche Schüler unbefristet verlängert. Diese ermöglichen Kindern an Pflichtschulen mit mangelnden Deutschkenntnissen spezielle Förderung bis zu elf Wochenstunden. Andererseits müssen Schulbücher künftig „kompetenzorientiert“ auf die Anforderungen der neuen Matura und der Bildungsstandards eingehen.

Für Unterrichtsministerin Claudia Schmied geht damit „die Bildungsreform weiter“. Die Ausweitung der Maturareform auf die BHS „ohne deren Ausbildungsschwerpunkte zu vernachlässigen sowie die Anpassung der Schulbücher an die neuen Herausforderungen sind zwei unabdingbare Schritte“. Die Verlängerung der Sprachförderkurse bezeichnete die Ministerin als „bildungspolitische Pflicht“.

Erhard Busek neuer Präsident des EU-Russland-Zentrums in Brüssel

Der frühere Vizekanzler Erhard Busek – Präsident des Forums Alpbach und Vorsitzender des Institutes für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM) – wird neuer Präsident des EU-Russland-Zentrums in Brüssel. Busek übernimmt den Vorsitz von dem ehemaligen internationalen Bosnien-Beauftragten Paddy Ashdown, der nach vier Jahren von dieser Funktion zurücktrat.

Er sehe das Zentrum als „Advokat für Russland in der EU und für die EU in Russland“. Ziel sei es, Dialog und gegenseitiges Verständnis zu fördern. Busek verwies darauf, dass er auch Präsident des „International Center for Advanced and Comparative EU-Russia/NIS Research (ICEUR)“ mit Sitz in Wien sei, bei dem der Schwerpunkt im wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Dialog liege. Das EU-Russland-Zentrum in Brüssel ist nach eigenen Angaben „eine Non-Profit-Organisation“ und „eine unabhängige Informations- und Kompetenzressource“, die als Plattform engere Beziehungen zwischen der EU und Russland fördern will. Dabei soll das Zentrum auch sicherstellen, „dass beide Seiten internationale Standards einhalten in Hinblick auf Schlüsselemente der Zivilgesellschaft, wie etwa Demokratie, Menschenrechte und eine unabhängige Justiz“. Busek sagte, es bestehe „keine Regierungsabhängigkeit“. Finanziert werde das Zentrum von privaten Geldgebern und Stiftungen.

Von Jänner 2002 bis Juni 2008 war im übrigen Erhard Busek Sonderkoordinator des EU-Südeuropa-Stabilitätspaktes, des Vorläufers des heutigen Regionalen Kooperationsrates (Regional Co-operation Council/RCC).

Deutscher Opferverband: Spur von SED-Geldern führt nach Österreich

Die deutsche „Vereinigung der Opfer des Stalinismus“ (VOS) hat Anspruch auf beträchtliche Gelder aus dem SED-Vermögen angemeldet, über dessen Herausgabe ein Schweizer Gericht kürzlich entschieden hat: Das Zürcher Obergericht hat die zur UniCredit-Gruppe gehörende Bank Austria in zweiter Instanz zur Zahlung von 128 Mio. Euro aus dem Vermögen der früheren DDR-Staatspartei SED an die Bundesrepublik verurteilt. Einschließlich der seit 1994 aufgelaufenen Zinsen beläuft sich die Summe demnach auf insgesamt 230 bis 240 Mio. Euro.

Die deutsche Bundesregierung, die zuletzt SED-Gelder fast nur in Infrastrukturmaßnahmen gesteckt habe, sei in der Pflicht, diesmal das Geld ausschließlich den Opfern der SED-Diktatur in der DDR zukommen zu lassen, forderte die VOS am 30. März in Berlin. Weiters sollen in allen neuen Bundesländern entsprechende Landesstiftungen gebildet werden, die die Förderung der Opferverbände sicherstellen.

Bei dem Geld handelt es sich um das Vermögen der DDR-Außenhandelsfirma Novum. Wer aus dem Westen mit DDR-Kombinaten ins Geschäft kommen wollte, musste Zwangsprovisionen an Novum zahlen, die in den Staatshaushalt oder in die SED-Kasse flossen. Novum-Geschäftsführerin war seit 1973 die Wiener Geschäftsfrau Rudolfine Steindling (75), die von 1978 bis 1992 als alleinige Treuhänderin fungierte.

Das Urteil vom 25. März ist noch nicht rechtskräftig. Auf jeden Fall werde die Bank Austria in nächster Instanz dagegen ankämpfen, sagte ein Bank-Austria-Sprecher.

40 Jahre Rauriser Literaturtage

Mit Hans Joachim Schädlich, Peter Henisch, Katja Oskamp, Bodo Hell und Michael Köhlmeier kamen heuer von 7. bis 11. April fünf Träger des Rauriser Literaturpreises in die Salzburger Berggemeinde, um das 40-Jahr-Jubiläum der Rauriser Literaturtage zu feiern. Dazu gesellten sich 19 weitere Autoren wie Peter Turrini, Wolf Haas, Peter Esterhazy, Samson Kambalu oder Hubert von Goisern, der nicht als Sänger mit seiner „Quetschn“ hervortrat, sondern um aus seinem ersten eigenen Buch „Stromlinien“ zu lesen und das Entstehen und Zusammenführen von Melodie und Text zu erläutern.

Krankheitsbedingt absagen musste der Rauriser-Fan und Schweizer Büchner-Preisträger Adolf Muschg.

Eröffnet wurde das Festival von Kulturministerin Claudia Schmied, die betonte, dass Rauris aus der österreichischen Literaturlandschaft nicht mehr wegzudenken sei. Die Festrede hielt Bodo Hell, die Preise überreichte Landeshauptfrau Gaby Burgstaller.

Der Preisträger des Jahres 2010 hieß Thomas Klupp. Der 32-jährige Autor aus Erlangen (Deutschland) erhielt die Auszeichnung für seinen Roman „Paradiso“, der – so die Jury – „das Böse entblößt, die Muster von Schelmen- und Dandy-Roman dekonstruiert und dabei in kunstvollem Jargon der Generation von Wohlstandsverwahrlosung mit einer Vielzahl von Stimmen überrascht“.

Der Rauriser Förderpreis für bisher unveröffentlichte Prosa war heuer explizit den Studierenden der Rauriser „Partner-Universitäten“ Salzburg, Klagenfurt und Innsbruck gewidmet. Der Preis geht an den Innsbrucker Martin Fritz für die Erzählung „hier war jetzt“.

Musiker lockerten die zahlreichen Lesungen – viele bis spät in die Nacht – auf. Mehr als 4.000 Menschen interessierten sich für die Lesungen, Gespräche und Diskussionen, die gratis waren. www.rauriser-literaturtage.at

WAGNER:WERK Museum Postsparkasse: Die Wirtschaftswunderfrauen

Die 50er Jahre erscheinen im Rückblick als Zeit der Restauration, Stagnation und kleinbürgerlichen Idylle, gepaart mit unbedingtem Aufstiegswillen und Wohlstandsstreben. Besonders die Frauen erfuhren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine neue Rollenzuweisung. Die Männer waren aus dem Krieg zurückgekehrt, die Frauen, die während des Krieges selbständig für sich und ihre Kinder gesorgt hatten, wurden nun in die Hausfrauenrolle zurückgedrängt. Hausarbeit war bis zum Ersten Weltkrieg insbesondere in bürgerlichen Familien weitgehend bezahlte Erwerbsarbeit – nun wurde sie zum Liebesdienst erklärt. Aus der Hausherrin wie aus dem Dienstmädchen wurde eine Hausfrau.

Die dienende Haltung, die Frauen ihren Männern nun entgegenbrachten und die von Ratgebern und Frauenzeitschriften gefördert und eingefordert wurde, basierte auch auf der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Frauen, die noch dazu rechtlich festgeschrieben war: Bis zur Familienrechtsreform 1975 galt in Österreich der Mann als Familienoberhaupt. Wollte eine verheiratete Frau einer bezahlten Erwerbsarbeit nachgehen, musste sie sich von ihrem Ehemann die Erlaubnis dazu erteilen lassen: die Frau war „...nur dann berechtigt, erwerbstätig zu sein, soweit das mit ihren Pflichten in Ehe

und Familie vereinbar ist“. Ein eigenes Konto für die berufstätige Ehefrau einzurichten, über ihre Einkünfte auch verfügen zu dürfen (!), bedurfte der Unterschrift des Ehemannes.

Wie richteten sich die Frauen der 50er Jahre in dieser Rolle ein? Wie gestalteten sie ihr Leben und das ihrer Familie? Und welche Wertvorstellungen gaben sie an ihre Töchter weiter?

Die Ausstellung „FEMININE FIFTIES. Die Wirtschaftswunderfrauen“ zeigt bis 22. Mai, Mo – Fr 9 – 17 Uhr, Sa 10 – 17 Uhr im Großen Kassaal anhand von ca. 200 ausgewählten Objekten die Welt der 50er-Jahre-Frauen. Zu sehen sind u. a. eine Originalküche sowie ein Wohnzimmer aus den 50er Jahren, Dekorationsgegenstände (Keramikfiguren und Keramikwandmasken der Firma Keramos, Wiener Kunstkeramik und Porzellanmanufaktur) sowie Alltagsgegenstände, Mode, Fotos, Broschüren aller Art, Kinoprogramme, Autogrammkarten und Frauenzeitschriften.

Im Museumshop ist auch ein reich bebildeter, ausführlicher Katalog erhältlich, hrsg. von Monika Wenzl-Bachmayer. Preis 20 Euro.

Georg Coch-Platz 2, 1018 Wien. Besucherinfo: www.ottowagner.com

Fair Fashion zieht an: Internationaler Weltladentag am 8. Mai 2010

Ein Großteil der arbeitsintensiven Produktion von Bekleidung wurde seit den 1970er Jahren in Entwicklungs- und Schwellenländer verlagert. Hier schufteten Textilarbeiterinnen 60 bis 70 Stunden in der Woche ohne Krankenversicherung, Mutterschutz oder Überstundenbezahlung. Ihre Einkommen stagnieren trotz steigender Lebensmittelpreise. Vielerorts sind Gewerkschaften nur am Papier erlaubt. Wer sich organisiert, riskiert den Job. Sexuelle Belästigung und Unterdrückung gehören für diese Frauen zum traurigen Arbeitsalltag. Die Löhne ermöglichen es den Arbeiterinnen kaum, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Dem gegenüber setzen die „Weltläden“ seit vielen Jahren auf faire Arbeitsbedingungen, auch in der Textilindustrie. Sie wollen Existenz sichernde Löhne garantieren und gerechte Preise bei menschenwürdigen Arbeitsbedingungen. „In der Mode- und Bekleidungsindustrie beobachten wir einen Trend hin zu ‚Fairer Mode‘ in Bioqualität. Die Nachfrage steigt. In den letzten Jahren setzen Textilfirmen daher zunehmend auf soziale und ökologische Standards. Dadurch wächst das Angebot an fair gehandelter Mode“, so Barbara Kofler, Geschäftsführerin der ARGE Weltläden. Diese kommt von der EZA Fairer Handel, dem jungen österreichischen Modekollektiv „Göttin

des Glücks“ sowie den international arbeitenden Fair-Trade-Lieferanten Ideo, Ethos, dwp und El Puente.

ProjektpartnerInnen auf der Produktionsseite sind u. a. Craft Aid Mauritius und Rajlakshmi in Indien. Sie achten auf die Einhaltung sozialer Mindeststandards bei allen Zwischenstufen der Verarbeitung: vom Baumwollfeld über das Entkernen, Verspinnen, Weben, Färben bis zur Konfektion.

Unter dem Motto „Fairer Handel mein Stil“ machen die österreichischen Weltläden in Aktionswochen rund um den Internationalen Weltladentag, am 8. Mai, auf die schlechten Arbeitsbedingungen in der Textil- und Bekleidungsindustrie aufmerksam. Neben Informationsveranstaltungen bringen mobile Modenschauen – von Vorarlberg, Land Salzburg bis Niederösterreich - fair gehandelte Bekleidung auf die Straße, die als Laufsteg fungiert.

Zusätzlich können in der virtuellen Modenschau „Individual Fair Fashion Award“ (www.individualfairfashionaward.at) AnhängerInnen fair gehandelter Mode Fotos ihrer persönlichen Lieblingsstücke ausstellen.

Die Weltläden vertreiben ausschließlich fair gehandelte Textilien und garantieren so die Einhaltung sozialer und ökonomischer Mindeststandards entlang der gesamten Produktionskette. www.weltlaeden.at

Türkische Schulen in Wien für Bürgermeister Michael Häupl denkbar

Für Bürgermeister Michael Häupl sind türkische Schulen bzw. Gymnasien in Wien denkbar. Dies betonte er am 9. April in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem türkischen Botschafter Kadri Ecvet Tezcan. Sie könnten in Analogie etwa zum Lycée Français, der Vienna International School oder zur Komenski-Schule, in der u. a. Tschechisch oder Slowakisch gelehrt wird, entstehen. Allerdings würde eine türkische Schuleinrichtung wohl nicht in die Kompetenz des Landes Wien fallen, das nicht für weiterführende Schulen zuständig ist und fremdsprachige Schulen meist private Träger haben.

Tezcan verwies auf Expertenmeinungen, wonach man die Muttersprache beherrschen müsse, um eine fremde Sprache – etwa Deutsch – zu lernen, was wiederum Voraussetzung für eine funktionierende Integration sei. Laut Häupl besuchen rund 40 Prozent der knapp 16.000 türkischstämmigen Kinder in Wien muttersprachliche Kurse. In Österreich gebe es übrigens rund 5.000 Firmeninhaber sowie Hunderte Akademiker und Künstler mit türkischen Wurzeln, so Botschafter Tezcan.

SPORTPOLITIK

Darabos: „Sportförderung in Österreich soll auf neue Beine gestellt werden!“

Sportminister Norbert Darabos packt das Riesen-Projekt „Förderreform“ an. Gemeinsam mit allen Akteuren im heimischen Sport wird er die Sportförderung des Bundes völlig neu ausrichten. Ziel ist ein neues Bundes-Sportförderungsgesetz. Die Eckpfeiler für das Gesetz sollen Ende des Jahres stehen, in Kraft treten soll es mit 1.1.2012. „Das ist ein Mega-projekt, aber ich bin fest entschlossen, es durchzuziehen. Ich habe in der Anti-Doping-Politik gezeigt, dass ich Worten auch Taten folgen lasse. Das wird bei der Förderreform nicht anders sein“, gibt sich Österreichs oberster Sportpolitiker kämpferisch. Eine Schwäche im derzeitigen System sieht der Sportminister in der Kontrolle der Fördermittel. Darabos: „Es gibt grobe Mängel in der Kontrolle. Nicht zuletzt die aktuellen Vorfälle im ÖOC zeigen die dringende Notwendigkeit, die Kontrollmöglichkeiten des Fördergebers auszubauen. Hier müssen wir ansetzen, damit Tarnen und Täuschen durch Geheimkonten und Doppelverrechnungen erschwert werden.“ Die Kontrollorgane können aufgrund der vielen verschiedenen Fördertöpfe immer nur in einen kleinen Teil der Gesamtmittel einsehen. „Ich fordere daher eine Prüfung der Gesamtgebarung anstelle von Einzel-Belegsprüfungen. Das wäre auch für die Verbände eine wichtige Vereinfachung. Zudem gehört die inhaltliche Kontrolle verstärkt. Wir müssen sicherstellen, dass das Geld dort verwendet wird, wo es gebraucht wird und wofür es gedacht ist – zur bestmöglichen Unterstützung unserer Sportlerinnen und Sportler“, so der Sportminister. Weitere Problemfelder des derzeitigen Fördersystems sieht Darabos in fehlender Schwerpunktsetzung, zu vielen verschiedenen Fördertöpfen, vielfach unklaren Zweckwidmungen und mangelhafter Abstimmung mit den Gebietskörperschaften.

Die fünf Hauptziele der Förderreform aus Sicht des Sportministers sind die folgenden:

- Weg von der Gießkanne** - hin zu einer zielorientierten Förderung mit Schwerpunktsetzung;
- Die Sportler in den Mittelpunkt** - möglichst direkte Förderung und klare Strukturen;
- Abbau von Bürokratie** - weniger Fördertöpfe, Vereinfachung für die Verbände;
- Bessere Abstimmung mit den Ländern** - genau definierte Aufgabenteilung im Sport;
- Mehr Transparenz durch bessere Kontrolle.**

Der Minister spricht sich seit seinem Amtsantritt für die Etablierung von Prime-Sportarten in Österreich aus und möchte diese im Rahmen der Förderreform etablieren. Der Verein SportEconAustria wurde beauftragt, gemeinsam mit einer Expertengruppe aus dem Sport ein Modell zu entwickeln, mit dem fair und transparent die zukünftigen „Prime-Sportarten“ anhand qualitativer und quantitativer Kriterien ermittelt werden können. Erste Schritte zu einer modernen Sportförderung hat der Minister schon 2009 gesetzt. Der neue § 11a wurde im Bundessportförderungsgesetz verankert und ermöglichte erstmals gezielt auf die Bedürfnisse der Verbände einzugehen und flexibel zu fördern.

„Mir ist besonders wichtig, dass möglichst viele Expertinnen und Experten des Sports aktiv diesen Prozess gestalten und dass der gesamte Österreichische Sport hier an einem Strang zieht“, sagt Darabos, der bereits im Sommer 2009 zu einer großen Arbeitsgruppe mit Personen aus den verschiedensten Bereichen des Sports eingeladen hat. Mit Prof. Wolfgang Mayrhofer übernahm ein ehemaliger Spitzensportler, Silbermedaillengewinner im Segeln bei den Olympischen Spielen 1980 in Moskau und jetziger Universitätsprofessor für Betriebswirtschaftslehre an der Wirtschaftsuniversität Wien, die Projektkoordination. Er wird den Förderprozess begleiten und moderieren.

Im Jänner starteten unter seiner Leitung die drei Arbeitsgruppen „Breitensport“, „Spitzensport“ und „Aufgabenteilung“, in denen je acht ExpertInnen aus dem Sport Vorschläge für die Umsetzung in einem Fördermodell ausarbeiten. Erste Ergebnisse der Arbeitsgruppen stehen bis Ende Mai. Am 1. Juni folgt dann ein Experten-Workshop, gefolgt von der BSO-Präsidentenkonferenz, die Anfang Juli stattfinden wird. Nach Einarbeitung des Feedbacks über den Sommer wird es im Herbst einen finalen „Expertenvorschlag“ geben.

Fachmagazin „TEAM ROT-WEISS-ROT“

Dieser Tage erscheint die erste Ausgabe des Fachmagazins „TEAM ROT-WEISS-ROT“, der Plattform der Spitzensportförderung des Bundes. Dieses 36 Seiten starke Magazin befasst sich mit den Erfolgen der knapp 500 geförderten Spitzensportlerinnen und – sportler in Österreich. Fachberichte aus dem Bereich der Wissenschaft und sportspezifische Service-seiten ergänzen den Inhalt des Heftes, das im Rahmen der Judo-EM der Öffentlichkeit vorgestellt werden wird.

INFORMATIONEN AUS ÖSTERREICH

Redaktionsschluss: 26. April 2010

Nr. 09/10

INNENPOLITIK

Bundespräsidenten-Wahl 2010: Heinz Fischer wiedergewählt
Budget: Regierung beschloss Finanzrahmen 2011 bis 2014
Öffentlicher Dienst streicht 2.900 Planstellen – Spareffekt: 350 Mio. Euro
Grünes Licht für „Terrorismuspräventionsgesetz“

EUROPA INTERNATIONAL

Russischer Ministerpräsident Wladimir Putin in Wien
Hilfe für Griechenland
Spindelegger traf Amtskollegen von Rumänien, Ungarn und Albanien
Irans Außenminister Mottaki in Wien

WIRTSCHAFT

Expo 2010 in Shanghai: Chancen für Österreich
Regierung beschloss Maßnahmen gegen Geldwäsche

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT

Festakt: 40 Jahre Regierung Kreisky I
Girls' Day: Junge Frauen brauchen Mut zu frauentypischen Berufen
Stift Kosterneuburg: Rumänischer Außenminister Baconschi zu Besuch
Kulturministerin Schmied: Der Staat muss stabiler Partner der Kunst sein
Volkskundemuseum: Der 1. Mai. Demonstration. Tradition. Repräsentation
Eva Schlegel ist Kommissarin für Österreichbeitrag in Venedig 2011
Präsident Klaus eröffnet Egon Schiele-Ausstellung in Český Krumlov
Bulgarien: Österreichische Musikwochen im Zeichen Gustav Mahlers

SPORTPOLITIK

Garantierte Bundessportförderung wird verdoppelt: 80 Millionen Untergrenze
Sportministertreffen: Darabos fordert strengere europäische Bedingungen
Judo-EM übertraf alle Erwartungen
Darabos gratuliert Eishockey-Team zum Gewinn der B-WM in Holland

IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressediens. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz, Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/3, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958, Fax ++43/1/53109-2958, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; <http://www.bundeskanzleramt.at>;
Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet. Herausgegeben vom Bundespressediens-Wien.

INNENPOLITIK**Bundespräsidenten-Wahl 2010: Heinz Fischer wiedergewählt**

Österreich hat am 25. April ein neues Staatsoberhaupt gewählt: Für sich entschieden hat das Rennen um die Hofburg wie erwartet der amtierende Bundespräsident Heinz Fischer. Laut vorläufigem Endergebnis (ohne Briefwahlstimmen) haben ihm 2,3 Millionen Österreicherinnen und Österreicher neuerlich ihr Vertrauen geschenkt. Das entspricht einem Anteil von 78,9 % aller gültig abgegebenen Stimmen (rund 2,9 Mio.). Fischer erzielte damit das zweitbeste Ergebnis in der Geschichte der Zweiten Republik, übertroffen nur von Rudolf Kirchschläger, der bei seiner Wiederwahl 1980 79,9 % schaffte.

Barbara Rosenkranz (FPÖ) erhielt 15,6 % der gültigen Stimmen, Rudolf Gehring (Christliche Partei Österreichs) kam auf 5,4 %.

Wahlberechtigt waren insgesamt rund 6,4 Mio. Menschen (2004: 6,0 Mio.), davon 3,3 Mio. Frauen und 3,1 Mio. Männer. Die Wahlbeteiligung lag bei 49,2 %.

Fischers Angelobung durch die Bundesversammlung wird am 8. Juli, dem letzten Tag seiner ersten Amtszeit, erfolgen. Die zweite (und letzte) Amtsperiode dauert bis 2015.

Budget: Regierung beschloss Finanzrahmen 2011 bis 2014

Der Ministerrat hat am 20. April den Finanzrahmen bis 2014 beschlossen. Damit soll in den kommenden Jahren das Budgetdefizit von derzeit 4,7 % auf 2,3 % gesenkt werden.

Präsentiert wurde das so genannte Bundesfinanzierungsrahmengesetz 2011 bis 2014 von Bundeskanzler Werner Faymann und Finanzminister Josef Pröll. Darin festgelegt sind sowohl Ausgabenobergrenzen für die Ministerien als auch einnahmenseitige Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung. Details wurden noch keine bekannt, klar ist jedoch, dass die Ministerien mit massiven Kürzungen zu rechnen haben. Alleine 2011 müssen die einzelnen Ressorts rund 1,6 Mrd. Euro einsparen - deutlich mehr als ursprünglich geplant. Die Minister wollen ihre Sparpläne bzw. konkreten Maßnahmen im Herbst vorlegen.

Man habe mit dem Beschluss des Bundesfinanzrahmengesetzes eine Vorschau für die nächsten Jahre erstellt und müsse nun „sehr detailliert die einzelnen Sparmaßnahmen diskutieren“, erklärte Bundeskanzler Faymann nach dem Ministerrat. „Tatsache ist: Wir sind gut vorbereitet und im Zeitplan gut unterwegs. Österreich ist bei der Budgetkonsolidierung

Vorreiter in Europa“, so Faymann. Auch Finanzminister Pröll betonte, dass „Österreich erstmals und einmalig in Europa gesetzlich verankerte und damit verbindliche Haushaltsobergrenzen eingezogen“ habe.

Der Bundeskanzler unterstrich einmal mehr, für sozial gerechte Steuern einzutreten. Seine Vorschläge würden „nicht auf Massenbelastungen, sondern einer fairen Gewichtung“ basieren. Zur Konsolidierung sollten nun jene beitragen, „die mehr haben und vorher weniger beigesteuert haben“. Konkret nannte Faymann die Bankenabgabe, die Finanztransaktionssteuer, den Wegfall der Spekulationsfristen, die Streichung der Begünstigungen für Stiftungen und Gruppenbesteuerungen sowie ein verschärftes Vorgehen gegen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug.

Insgesamt sollen Bund, Länder und Gemeinden bis 2014 ausgabenseitig 5,1 Mrd. Euro einsparen. Zudem sind zusätzliche Steuereinnahmen in Höhe von 4,1 Mrd. Euro vorgesehen. Pröll sprach in diesem Zusammenhang allerdings von einer „Maximalvariante“: Man werde „darunter kommen“.

Öffentlicher Dienst streicht 2.900 Planstellen – Spareffekt: 350 Mio. Euro

Grünes Licht gab der Ministerrat am 20. April auch für den Personalplan für die Jahre 2011 bis 2014. Demzufolge will der Bund im genannten Zeitraum rund 2.900 Planstellen in der Verwaltung einsparen. Jede zweite Pensionierung werde nicht nachbesetzt, erklärte dazu Beamtenministerin Gabriele Heinisch-Hosek. Das Einsparungsvolumen wird mit rund 350 Mio. Euro beziffert – „ein ordentlicher Beitrag zum notwendigen Sparkurs“, betonte Heinisch-Hosek.

Ausgenommen sei die Polizei, wo bis 2013 zusätzlich 1.000 Polizistinnen und Polizisten aufgenommen werden sollen. Auch bei den Lehrerinnen und Lehrern, im Justizbereich und bei den Arbeitsinspektionen würde nicht gespart, versicherte Heinisch-Hosek.

Grünes Licht für „Terrorismuspräventionsgesetz“

Einen weiteren wichtigen Beschluss fasste die Regierung am 20. April mit dem „Terrorismuspräventionsgesetz“, das Justizministerin Claudia Bandion-Ortner vorgelegt hatte. Darin wird nicht nur die Ausbildung in so genannten „Terror-Camps“ unter Strafe gestellt, sondern auch das Gutheißen von Terroranschlägen mit bis zu zwei Jahren Haft bedroht.

EUROPA INTERNATIONAL**Russischer Ministerpräsident Wladimir Putin in Wien**

Der russische Ministerpräsident Wladimir Putin kam am 24. April zu einem zweitägigen Besuch nach Wien. Anlass für die Visite war die Judo-Europameisterschaft im Wiener Dusika-Stadion, der Putin, selbst Träger des Schwarzen Gürtels und Ehrenpräsident der Europäischen Judounion (EJU), vor Ort beiwohnen wollte (siehe Sport). Begleitet wurde Putin unter anderem vom russischen Energieminister Sergej Schmatko.

Auf dem Programm standen auch politische Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer und Bundeskanzler Werner Faymann. Beide Seiten lobten die „sehr guten“ bilateralen Beziehungen. Ein wesentliches Thema der Unterredung zwischen Faymann und Putin war das Thema Energiesicherheit. In einer gemeinsamen Pressekonferenz betonte Faymann, dass Österreich zwar stark auf erneuerbare Energien setze, doch seien die Gaslieferungen aus Russland für die Sicherheit der österreichischen Energieversorgung unentbehrlich. Putin unterstrich, dass Russland als verlässlicher Lieferant den Erdgasbedarf Europas „auf Jahre hinaus“ decken werde. Eine Diversifizierung der Leitungen sei nötig, „um die Liefermöglichkeiten nach Europa steigern zu können“, sagte Putin – nicht zuletzt im Hinblick auf das von der OMV getragene Nabucco-Projekt zur Gasversorgung Europas aus dem Kaspischen Raum.

Unterzeichnet wurde im Beisein der beiden Regierungschefs ein Regierungsabkommen über die Kooperation Russlands und Österreichs zur Errichtung und Betrieb der russisch-italienischen Gaspipeline South Stream.

Das Regierungsabkommen bildet den Rechtsrahmen für den Bau des Teilstücks der Pipeline durch Österreich. Andocken soll South Stream an die Gasspeicher Baumgarten (Niederösterreich) und Arnoldstein (Kärnten). Die Route verläuft von der östlichen Schwarzmeerküste durch das Schwarze Meer bis nach Bulgarien und von dort aus in zwei Strängen nach Ungarn und Österreich bzw. Griechenland und Italien. Den Investitionsbedarf schätzt man auf 25 Mrd. Euro. In Betrieb gehen soll die Pipeline 2015 und mit einer jährlichen Kapazität von 63 Mrd. Kubikmetern rund 35 % der russischen Gasexporte nach Europa abdecken.

Putin verwies wiederholt auf die gute wirtschaftliche Zusammenarbeit. Österreich hätte trotz Finanzkrise seine Direktinvestitionen in Russland deutlich gesteigert, derzeit seien über 2.000 Unternehmen in der Russischen Föderation

tätig. Russland sei daran interessiert, diese Zusammenarbeit vor allem im Hightech-Bereich weiter zu vertiefen, so Putin.

Hilfe für Griechenland

Griechenland hat am 23. April um Finanzhilfe der EU-Staaten und des Internationalen Währungsfonds gebeten. Die Euro-Länder wollen Athen im ersten Jahr mit bis zu 30 Mrd. Euro unter die Arme greifen. Den größten Anteil mit bis zu 8,4 Mrd. Euro würde Deutschland tragen, auf Österreich entfielen bis zu 858 Mio. Euro. Der IWF hat zusätzlich 15 Mrd. Euro in Aussicht gestellt.

Spindelegger traf Amtskollegen von Rumänien, Ungarn und Albanien

Mit intensiven Kontakten zu seinen Amtskollegen in Rumänien, Ungarn und Albanien kommunizierte Außenminister Michael Spindelegger in den letzten Wochen einmal mehr Österreichs Engagement und außenpolitische Schwerpunkte in Ost- bzw. Südosteuropa.

In Wien empfing Spindelegger am 13. April den rumänischen Außenminister Teodor Bacoschi, der über Rumäniens Vorhaben berichtete, dem Schengen-Raum im März 2011 beizutreten. Ein weiteres Thema war die Donauraum-Strategie, die beide Länder initiiert haben. Spindelegger hofft dafür auf EU-Mittel aus der Regionalförderung.

Am 15. April traf der Außenminister in Győr (Ungarn) mit seinem ungarischen Ressortkollegen Peter Balazs zusammen. Erörtert wurden bilaterale Themen, darunter Schul-Kooperationen, aber auch Fragen zu Westbalkan und EU. Bei einem Treffen mit dem albanischen Außenminister Ilir Meta sprach sich Spindelegger klar für die Abschaffung der Visapflicht für Bürgerinnen und Bürger Albanien bei Reisen in die EU aus.

Irans Außenminister Mottaki in Wien

Außenminister Michael Spindelegger informierte nach einem Treffen mit dem iranischen Außenminister Manutschehr Mottaki am 25. April in Wien über ein „sehr klares und offenes Gespräch mit deutlichen Auffassungsunterschieden“. Dabei habe er mit Nachdruck die klare Erwartungshaltung der internationalen Staatengemeinschaft und Österreichs zum iranischen Atom-Programm dargelegt. Man fordere einen deutlichen Kurswechsel des Iran – mit Garantien für den ausschließlich zivilen Einsatz der Nuklearenergie und bei den Menschenrechten“, betonte der Außenminister.

WIRTSCHAFT**Expo 2010 in Shanghai: Chancen für Österreich**

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner präsentierte am 19. April gemeinsam mit Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl und Regierungskommissär Hannes Androsch das österreichische Programm bei der Expo 2010 in Shanghai. Angesichts der Wirtschaftskrise sei diese Weltausstellung die wichtigste überhaupt und eine „hervorragende Chance, um Österreich in einem der weltweit besten Märkte noch stärker zu positionieren“, so Mitterlehner. Österreich präsentiere sich dort nicht nur als touristisches Ziel, sondern wolle insbesondere auch bei Öko-Innovationen in den Bereichen Industrie und Technologie sowie Dienstleistungen mit seinem Know-how punkten, fasste Mitterlehner die Eckpunkte des österreichischen Auftritts zusammen.

Die Expo wird am 1. Mai eröffnet. Mit mehr als 240 Teilnehmern, einem Budget von über 3 Mrd. Euro und erwarteten 70 Millionen Besuchern ist sie die größte Weltausstellung, die es bisher gab. Das Motto der Expo „Better City, Better Life“ passe perfekt zum vielfältigen Know-how, das Österreich biete, betonte der Minister. Innovative Umwelt- und Energieeffizienz-Technologien würden in China zu den größten Wachstumsmärkten zählen, wovon heimische Firmen besonders profitieren könnten. Zudem biete Österreich ein exzellentes Dienstleistungsangebot, das immer wichtiger werde. „Gerade, was moderne Stadtentwicklung und zukunftsweisende Architektur betrifft, haben wir sehr gute Ausgangswerte. Wir sehen hier ein beträchtliches Wachstumspotenzial“, sagte Mitterlehner.

Wirtschaftsministerium und Wirtschaftskammer (WKÖ) erwarten sich von der Expo für Österreich einen enormen Werbe- und Imageeffekt in China und sowie dem gesamten ostasiatischen Raum. Konkret soll der Anteil Chinas am österreichischen Gesamtexport innerhalb der kommenden drei Jahre von 2,1 % auf rund 4 % verdoppelt und das Exportvolumen auf 4 Mrd. Euro gesteigert werden, erklärte WKÖ-Chef Leitl. Damit wären 30.000 Arbeitsplätze verbunden. Derzeit würden rund 370 heimische Unternehmen über etwa 630 Niederlassungen in China verfügen. Im Rahmen der Expo sollen an die 1.000 österreichische Betriebe Gelegenheit für Business-Kontakte und Produktpräsentationen erhalten. „Der Österreich-Pavillon soll den Chinesen sowie internationalen Besuchern und Besucherinnen Lust auf Österreich, seine Kultur und

landschaftlichen Schönheiten machen. Schon jetzt befindet sich Österreich unter den europäischen Top-Fünf-Reisezielen der Chinesen“, unterstrich Mitterlehner. Die österreichische Präsenz auf der Expo in Shanghai wird bis zu 16 Mio. Euro kosten. Drei Viertel davon trägt das Wirtschaftsministerium, ein Viertel die Wirtschaftskammer Österreich.

Wie groß Österreichs Chancen sind, zeigen Leitl zufolge die Exportzahlen: China ist schon jetzt der größte Handelspartner Österreichs in Asien sowie nach den USA zweitwichtigster Überseemarkt. In den letzten 10 Jahren haben sich die heimischen Exporte nach China mehr als verfünffacht. Sogar in der Wirtschaftskrise konnten Österreichs Exporte dorthin 2009 um 7,2 % auf 2 Mrd. Euro gesteigert werden.

Die Entscheidung, Österreich bei der Expo mit einem eigenen Pavillon zu präsentieren, ist für Regierungskommissär Androsch nicht nur eine wichtige Referenz gegenüber dem Gastgeberland, sondern auch gegenüber der internationalen Gemeinschaft. „Unser Pavillon mit seiner markant fließenden Gestaltung in Weiß- und Rottönen verkörpert eine zukunftsweisende Architektur in höchster Perfektion und ist damit eine Visitenkarte für unsere High-Tech-Leistungsfähigkeit“, erklärte Androsch.

Regierung beschloss Maßnahmen gegen Geldwäsche

Die Bundesregierung hat am 20. April im Ministerrat ein Maßnahmenpaket zur Vorbeugung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung verabschiedet. Das Paket folgt dem Prüfbericht der OECD-Einsatzgruppe zur Geldwäsche FATF (Financial Action Task Force), die Österreich Defizite im Kampf gegen Geldwäsche attestiert und eine weitere Lockerung des Bankgeheimnisses gefordert hatte.

Die Gesetzesänderungen sollen mehr Transparenz bei Aktiengesellschaften und Privatstiftungen bringen. Der Finanzmarktaufsicht und der Geldwäsche-Meldestelle werden mehr Befugnisse eingeräumt. Die Banken müssen den Behörden sämtliche Transaktionen von Vermögenswerten zu melden, die möglicherweise aus kriminellen Aktivitäten stammen.

Das Bankgeheimnis wird nur teilweise – und nicht bei Steuerhinterziehung – gelockert: Banken müssen künftig nicht nur Verdachtsfälle von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung melden, sondern auch jeden Verdacht bei Gewinn aus kriminellen Aktivitäten. Eingeführt wird zudem der Straftatbestand der Eigengeldwäsche.

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT**Festakt: 40 Jahre Regierung Kreisky I**

Vor 40 Jahren, am 21. April, begann eine Ära, die für die österreichische Sozialdemokratie bis heute prägend blieb: Bruno Kreisky wurde Bundeskanzler und blieb es 13 Jahre lang, zwölf davon mit absoluter Mehrheit. Davon kann die SPÖ heute nur träumen, und dies tat sie auch am 21. April 2010 bei einer Festveranstaltung im Theater Akzent, zu der Pensionistenchef Karl Blecha geladen hatte. Der legendäre Kanzler wurde allerdings ohne die Anwesenheit von Bundeskanzler Werner Faymann gefeiert, der wegen der aktuellen Euro-pastunde im Nationalrat unabkömmlich war, wo er sich zum wiederholten Male für eine EU-Finanztransaktionssteuer aussprach.

Auch Franz Vranitzky konnte nicht kommen. Das durch den isländischen Vulkanausbruch hervorgerufene Flugverkehrschaos verhinderte eine rechtzeitige Rückkehr des Altkanzlers von einer Reise aus dem japanischen Hiroshima. Der Tageszeitung „Der Standard“ hatte Vranitzky pointiert übermittelt, wofür der politisch geniale, brummige Amtsvorgänger generell gestanden wäre: „Ich will hier nicht die kostenlosen Bücher und die Freifahrt für die Schüler strapazieren – für mich persönlich ist Kreisky vor allem jemand gewesen, der gegen die Provinzialität, die Entintellektualisierung und die kleinen Karos in dem Land aufgestanden ist“. Eingestimmt wurde das Publikum, darunter sehr viele Pensionistinnen und Pensionisten, mit Musik aus den 70er Jahren, interpretiert von Barbara Helfgott mit Rondo Vienna.

Sozialminister Rudolf Hundstorfer war dann die Ehre zuteil, als Entsandter der gegenwärtigen Regierung, Denkwürdiges über die Ära Kreisky zu sagen:

Er sah Parallelen zu heute. Schon damals sei es an der SPÖ gelegen, gegen jene anzukämpfen, die meinen, der Wohlfahrtsstaat sei überbordend. Und wie damals gehe es auch heute um Themen wie Armut und Arbeitsplätze. Den Senioren versprach der Sozialminister, dass sie trotz Sparzwängen keine Pensionskürzungen zu befürchten hätten. Man werde zwar über die Höhe streiten müssen, die Alterssicherung sei aber nicht gefährdet.

Es folgte ein Kurzfilm über das Wirken Bruno Kreiskys, in dem SPÖ-Werbespots über das Budget 1971 gezeigt wurden. Die Tonspur zu den Bildern ließe sich vielleicht heute noch verwenden – man könnte Ausgaben für Werbeagenturen sparen. Die SPÖ lobte sich darin, die Pensionen gesichert zu haben und pranger-

te die ÖVP dafür an, dies verhindert haben zu wollen.

Dies und anderes rückte dann Ex-ÖVP-Chef Josef Taus, der mit Kreisky manchen Strauß ausgefochten hatte, etwas zurecht. So beanspruchte er die „Dynamisierung der Pensionen“ für seine Partei, für Kreisky hatte aber auch er große Worte übrig: „Der Sonnenkönig“ sei der erfolgreichste Parteipolitiker der Geschichte gewesen.

Kreiskys langjähriger Wegbegleiter und späterer Gegner, Ex-Finanzminister und -Vizekanzler Hannes Androsch, ein Realist durch und durch, fasste das Wirken „des Alten“ quasi philosophisch zusammen und hatte wohl auch gegenwärtige Verhältnisse im Blick: „Man kann etwas umsetzen, das setzt aber voraus, nicht Angst vor dem Mut, sondern Mut zu Politik zu haben“.

Girls' Day: Junge Frauen brauchen Mut zu frauenuntypischen Berufen

Zum Girls' Day am 22. April luden Verkehrsministerin Doris Bures und Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek rund 100 Wiener Schülerinnen zu einem Besuch auf den Twin City Liner, ein Tragflügelboot der Schifffahrtslinie LOD, das auf der Donau regelmäßig von 28. April bis 31. Oktober zwischen Wien und Bratislava verkehrt – bei einer Fahrzeit von ca. 90 Minuten Ziel der Ministerinnen war aber nicht, für eine interessante Fahrt durch naturbelassene Flusslandschaften wie den Nationalpark Donauauen oder eine Durchfahrt der Schleuse Freudenu zu werben, sondern „jungen Frauen Mut zu machen, in untypische Berufe zu gehen“, mit Blick auch auf die beiden Kapitäninnen, die einen kurzen Überblick über die Herausforderungen ihres Berufes gaben und meinten: „Man muss selbstbewusst sein und sich durchsetzen können“.

„Der Tag soll dazu beitragen, junge Frauen zu informieren, welche tollen und spannenden Berufsmöglichkeiten es für sie gibt“, so Bures. Heinisch-Hosek verwies darauf, dass die Mehrheit der jungen Frauen in Österreich sich noch immer auf nur drei klassische Lehrberufe konzentriere – auf Sekretärin, Friseurin und Verkäuferin. Die Frauenministerin appellierend: „Seien Sie wählerisch und selbstbewusst, Ihnen stehen so viele Möglichkeiten offen“. Die Verkehrsministerin ergänzend: „Wir Frauen sind kreativ und engagiert, wir bringen viel in ein Unternehmen ein. Firmen, die auf unser Potenzial verzichten, schaden sich selbst“.

Im Anschluss an das Gespräch mit den beiden Ministerinnen und den Kapitäninnen hatten die Mädchen Gelegenheit, an einer einstündigen

Twin City Liner-Rundfahrt teilzunehmen, das Boot zu besichtigen und sich über verschiedene Möglichkeiten in der Schifffahrt zu informieren. www.twin-cityliner.at

Stift Klosterneuburg: Rumänischer Außenminister Baconschi zu Besuch

Im Rahmen seines Österreich-Besuchs hat der rumänische Außenminister Theodor Baconschi am 12. April das Stift Klosterneuburg (Niederösterreich) besucht und Propst Bernhard Bäckovsky für die Aktivitäten im Kulturbereich gedankt. Begonnen haben die intensiven Kontakte der Chorherren im Jahr 2000 mit der Unterstützung des rumänischen Straßenkinderprojekts von Pater Georg Sporschill.

Anfang 2006 unterzeichneten das Stift und das rumänische Kulturinstitut in Wien einen Kooperationsvertrag, aus dem bis dato rund 20 gemeinsame Veranstaltungen resultierten: Konzerte – darunter mehrere Benefizveranstaltungen für das Straßenkinderprojekt – und Ausstellungen in Klosterneuburg, Wien - etwa die Harry Weber-Fotoschau -, in Budapest, Szeged, Timisoara und Bukarest. Anfang Juni wird im Rahmen der Gartentage des Stifts der Bildhauer Peter Jecza (Timisoara) im Konventgarten seine Werke ausstellen.

Neben der Kultur ging Baconschi, selbst orthodoxer Theologe, im Gespräch mit Bäckovsky auf Religionsfragen ein. Die Beziehungen der – mehrheitlich – orthodoxen zur griechisch-katholischen Kirche in Rumänien seien auf einem guten Weg. Das Klosterleben sei in den vergangenen 20 Jahren aufgeblüht. Nicht übersehen dürfe man, dass der Zustrom zum Teil eine Flucht vor schlechten sozialen Verhältnissen sei. www.stift-klosterneuburg.at

Kulturministerin Schmied: Der Staat muss stabiler Partner der Kunst sein

„Der Staat muss ein stabiler Partner der Kunst sein. Dafür stehe ich, dafür kämpfe ich“, sagte Kulturministerin Claudia Schmied vor kurzem im MUMOK bei einer Podiumsdiskussion „Sammlung Österreich – Traum und Wirklichkeit“. Sie betonte, dass staatliche Sammlungen eine „unabdingbare Notwendigkeit“ seien, „Räume des Wissens und der Reflexion und Garant des Neuen“. Je größer das kulturelle Archiv einer Kultur sei, desto größer ihr Fortschritt. „Das Bekenntnis zur staatlichen Verantwortung, das Bekenntnis zur Autonomie der Künstlerinnen und Künstler und ihrer Institutionen, das Bekenntnis zur Vermittlung sind für mich die kulturpolitischen Leitlinien, was das Sammeln betrifft. Staatliche Sammlungen sind

in meinem kulturpolitischen Verständnis eine unabdingbare Notwendigkeit“, betonte sie.

Aufgrund der heutigen Anforderungen an staatliche Sammlungen seien neue Formen der Kooperation notwendig – besonders zwischen privaten und öffentlichen Sammlungen. Weiters seien Sammlungsstrategien und die Vertiefung der wissenschaftlichen Aufbereitung Voraussetzung für Kooperationen und Vermittlung.

Der Ministerin erscheint es wichtig, dass die Bundesmuseen, jedes für sich und alle gemeinsam, anstreben, ein fixes Budget im Rahmen der Basisabgeltung für das Sammeln vorzusehen. Schmied hob in diesem Kontext hervor, dass die gesetzliche Fixierung der Basisabgeltung europaweit einzigartig sei und in den vergangenen drei Jahren für die Museen von 70 auf 82 Mio. Euro erhöht wurde. Der freie Eintritt für Jugendliche konnte mit 1. Jänner für alle Bundesmuseen realisiert werden.

Angesprochen auf in der Diskussion geäußerte Regulierungswünsche von „oben“, unterstrich die Ministerin den hohen Wert der Autonomie, der auch eine Verpflichtung zur Eigeninitiative sei. Kooperation setze die Entwicklung einer Sammlungsstrategie voraus. Diese müsse jedes Museum aus der Geschichte, aus den Beständen, aus den Forschungsschwerpunkten entwickeln. Darauf aufbauend seien dann Abstimmungen und Kooperationen zwischen den Kunstmuseen möglich. So sei auch die Kooperation MUMOK-Belvedere geglückt. Jeder obrigkeitlichen Kulturpolitik erteilte Schmied eine klare Absage.

Volkskundemuseum: Der 1. Mai. Demonstration. Tradition. Repräsentation

Das Österreichische Museum für Volkskunde zeigt von 30. April bis 12. September eine Ausstellung über die Geschichte der Veranstaltungen zum Tag der Arbeit, der heuer sein 120-jähriges Jubiläum begeht. Seit seiner ersten internationalen Feier 1890 ist der 1. Mai ein paradigmatisches Datum der Arbeiterbewegung, dem eine Vielzahl von Bedeutungen, Assoziationen und Projektionen eingeschrieben ist. Zugleich spiegelt der 1. Mai in seiner 120-jährigen Geschichte exemplarisch allgemeine historische Verläufe, Brüche und Wendungen eines Jahrhunderts der Moderne und schließlich Postmoderne wider.

Die Ausstellung bringt diese Wandlungen und Kontinuitäten von der Formierung der Arbeiterschaft vor über 100 Jahren, über die Kultur und Klassenkämpfe der Zwischenkriegszeit, die totalitären Umdeutungen und die symbolische Neubesetzung durch Austrofaschismus

und Nationalsozialismus, die Rekonstruktions-szenarien von Wiederaufbau, Wirtschaftswunder und Kaltem Krieg bis ins Zeitalter des Neoliberalismus, wo Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer stärker in ihrer sozialen Position bedroht sind. Wie allerdings die Anzahl der Teilnehmer und Teilnehmerinnen an der alljährlichen Maidemonstration – etwa in Wien – zeigt, bleibt die (Massen-) Manifestation als politischer Kampf selbst in ihrer vielleicht überbrachten Form ein augenscheinlicher Mobilisierungsfaktor.

„120 Jahre 1. Mai“ ist eine Gemeinschaftsprojekt zwischen dem Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung (VÖGB) – von dem die Idee zu diesem Projekt stammt –, dem Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung (VGA) und dem Österreichischen Museum für Volkskunde. Maßgeblich bestimmend waren zehn KuratorInnen, u.a. Wolfgang Maderthaler und Michaela Maier, die auch die Herausgeber eines umfassenden, reich illustrierten Kataloges sind. www.volkskundemuseum.at

Eva Schlegel ist Kommissärin für Österreichbeitrag in Venedig 2011

Kulturministerin Claudia Schmied hat Eva Schlegel zur Kommissärin für den österreichischen Beitrag zur 54. Biennale Venedig 2011 bestellt, die von Anfang Juni bis Ende November stattfinden wird. Eva Schlegel ist nach Lee Springschitz (1976), Elisabeth Schweeger (2001), Valie Export und Silvia Eiblmayr (2009) erst die fünfte Kommissärin des Österreichpavillons bei der Kunstbiennale. Ihre Aufgabe besteht darin, Österreich als zeitgenössische Kunstnation zu positionieren.

Eva Schlegel wurde 1960 in Hall (Tirol) geboren, sie lebt und arbeitet in Wien. Sie studierte an der Hochschule für Angewandte Kunst, Wien und war von 1997 bis 2006 als Professorin für Kunst und Fotografie an der Akademie der Bildenden Künste, Wien, tätig. Seit 2008 ist sie Vorsitzende des Universitätsrats an der Universität für künstlerische und industrielle Gestaltung Linz. Neben zahlreichen Einzel- und Gruppenausstellungen ist sie auch durch ihre architektonischen Interventionen bekannt – so 1996 bei der 6. Internationalen Architekturausstellung (Kommissär: Hans Hollein) im Rahmen der damaligen Biennale.

Präsident Klaus eröffnet Egon Schiele-Ausstellung in Český Krumlov

Vor kurzem wurde – anlässlich des bevorstehenden 120. Geburtstages von Egon Schiele am 12. Juni – eine Ausstellung über den genialen, aus Tulln (Niederösterreich) stammenden

Expressionisten im, von Serge Sabarsky und Gerwald Sonnberger begründeten, Egon Schiele Art Centrum in Český Krumlov (Krumau, Tschechische Republik) feierlich eröffnet. Leopold Museum-Vorstandsmitglied Elisabeth Leopold und Managing Director Peter Weinhäupl – welche die Grußbotschaft von Museumsdirektor Rudolf Leopold überbrachten – wurden vom Präsidenten der Tschechischen Republik Václav Klaus und dem Leiter der Nationalgalerie Prag Milan Knižák persönlich für die Unterstützung der Ausstellung bedankt. Bei der Eröffnung war viel Prominenz aus Politik und Kultur anwesend, um die fantastischen Landschafts-, Natur- und Häuserbilder zu bewundern – u.a. der Bürgermeister der Stadt Krumau Luboš Jedlička, der Botschafter der Tschechischen Republik in Österreich Jan Koukal, der Botschafter der Republik Österreich in Tschechien Ferdinand Trauttmansdorff, die Direktorin des Schiele Art Centers Hana Jirmusová, die Direktorin der Galerie St. Etienne in New York Jane Kallir sowie die Kunstschaaffenden Ona B., Bernadette Huber, Alois Mitter, Lucie Novotná, Roman Týc und Robert Schad.

Egon Schiele (1890 – 1918), dessen Mutter Marie aus dem südböhmischen Städtchen stammte, zog es immer wieder nach Krumau. 1910 schrieb er: „Ich möchte fort von Wien (...) nach dem Böhmerwald möcht' ich“. 1911 übersiedelte er mit seiner damaligen Freundin Wally Neuzil nach Krumau und wohnte im sogenannten „Gartenhaus“ am Ufer der Moldau. Er war fasziniert von der Morbidität der Stadt, ihrer Melancholie. Er malte und zeichnete visionäre Stadtlandschaften, deren Motive heute noch vor Ort erkennbar sind.

Eine große Zahl der dort entstandenen Werke sind heute wichtiger Teil der permanenten Sammlung im Wiener Leopold Museum. www.leopoldmuseum.at

Bulgarien: Österreichische Musikwochen im Zeichen Gustav Mahlers

Bis 21. Mai bieten die Österreichischen Musikwochen in Bulgarien, die mit einem Konzert der Sofioter Philharmonie unter Alexei Kornienco begannen, 14 Konzerte in sechs bulgarischen Städten sowie zwei Meisterklassen in Plovdiv und Sofia. Heuer stehen die Musikwochen mit herausragenden Instrumentalisten ganz im Zeichen Gustav Mahlers, dessen Geburtstag sich am 7. Juli zum 150. Mal jährt. Erstmals umfasst das Musikfestival neben Klassik auch andere Musikrichtungen wie Jazz, Folklore, Rock und Digitale Musik. www.austrianmusicweeks-bg.com

SPORTPOLITIK

Garantierte Bundessportförderung wird verdoppelt: 80 Millionen Untergrenze

Sportminister Norbert Darabos und der frühere Sport- und jetzige Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka haben sich geeinigt: Dem Sport stehen über die besondere Bundessportförderung künftig mindestens 80 Millionen Euro statt bisher 40 Millionen Euro zur Verfügung. Dem Sportminister ist somit eine Verdoppelung der fixen Mittel für den Sport gelungen. Im Regierungsprogramm war lediglich die Anhebung der Untergrenze von 40 auf 60 Millionen Euro vorgesehen. Ab dem Jahr 2013 werden die Mittel weiter steigen - abhängig von der Entwicklung der glücksspielrechtlichen Abgaben des Lotterien-Konzessionärs.

„Ich freue mich über diesen Erfolg für den österreichischen Sport. Wir schaffen damit für die Sportverbände auch in Krisenzeiten Planungssicherheit und garantieren die Sportförderung auch im unsicheren Umfeld der neuen Glücksspielrahmenbedingungen auf europäischer Ebene“, so Darabos.

Der Sportminister macht damit seine Ankündigung wahr, keine Kürzungen für den österreichischen Sport zuzulassen. Auch das vom Finanzministerium im ersten Entwurf angedachte Thema einer Obergrenze für die Sportförderung konnte der Sportminister verhindern. Die 80 Millionen werden ab dem Jahr 2013 in dem Ausmaß, in dem die glücksspielrechtlichen Bundesabgaben des Lotterien-Konzessionärs gegenüber dem vorletzten Jahr gestiegen sind, steigen. In diesem Jahr wird auch die neue Lotterien-Konzession vergeben.

Sportminister Darabos: „So orientieren sich die Mittel für den Sport auch in Zukunft an der Entwicklung der Lotterien, was einen dynamisierten Effekt ermöglicht. Eine Dynamisierung sieht auch das Regierungsprogramm Sport vor.“

Sportministertreffen: Darabos fordert strengere europäische Bedingungen

Am 21. April fand das erste informelle Sportministertreffen seit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon statt. Österreich war durch Sportminister Norbert Darabos hochkarätig vertreten.

Die Diskussionen standen ganz im Zeichen der neuen EU-Kompetenz im Sport. Bundesminister Norbert Darabos forderte EU-weit strenge Anti-Doping-Gesetze nach dem Vorbild Österreichs. „Es geht nicht an, dass einzelne EU-Länder wie Österreich bei Doping-Vergehen hart durchgreifen, während sich andere zurück-

lehnen und eine eher halbherzige Politik betreiben“, so Darabos. Doping sei ein weltweites Problem, so der österreichische Sportminister: „Nur wenn wir den Kampf gegen Dopingmissbrauch gemeinsam führen, werden wir auch erfolgreich sein. Wir haben in Österreich mit der Möglichkeit der strafrechtlichen Verfolgung von Dopingsündern einen Meilenstein gesetzt. Österreich hat eines der härtesten Anti-Doping-Gesetze in Europa. Andere Länder sollten hier nachziehen.“

Das Treffen in Madrid diente der Vorbereitung des ersten formellen Sportministerrats in der Geschichte der EU am 10. Mai in Brüssel.

Durch den Vertrag von Lissabon erhält die EU neue Kompetenzen im Bereich des Sports. Zwei Mal jährlich sollen formelle EU-Sportministertreffen stattfinden. Darüber hinaus soll ein EU-Sportprogramm entwickelt werden.

Judo-EM übertraf alle Erwartungen

Alle Erwartungen übertroffen haben unsere heimischen Judokas bei der Judo-Heim-EM in Wien. Für Sportminister Norbert Darabos, der live vor Ort die Kämpfe der Silbermedaillengewinner Sabrina Filzmoser und Ludwig Paischer und des EM-Dritten Andreas Mitterfeller mitverfolgte: „Der heimische Judosport hat die große Chance, die sich durch eine Heim-EM eröffnete, voll und ganz genutzt. Ich gratuliere allen Medaillengewinnern und den Veranstaltern für die perfekte Organisation.“ Einen Großteil der Kämpfe verfolgte Darabos an der Seite des hohen Ehrengastes der EM, Russlands Ministerpräsidenten Wladimir Putin.

Darabos gratuliert Eishockey-Team zum Gewinn der B-WM in Holland

Hoch erfreut zeigt sich Sportminister Darabos über den Aufstieg unseres Eishockey-Teams in die A-Gruppe, der bei der B-WM in Holland fixiert wurde.

Darabos: „Ich gratuliere der Mannschaft von Bill Gilligan sehr herzlich. Unsere Eishockey-Cracks haben während des gesamten Turniers in Tilburg Konstanz und Nervenstärke bewiesen und jedes Spiel gewonnen. Beeindruckend war vor allem die Defensivleistung, unsere Mannschaft hat in fünf Spielen nur fünf Gegentore zugelassen. Der Aufstieg ist umso erfreulicher, als die nächste A-WM in der Slowakei stattfindet und viele österreichische Eishockey-Fans wieder die Gelegenheit haben werden, Weltklasse-Eishockey mit österreichischer Beteiligung live zu erleben.“

INFORMATIONEN AUS ÖSTERREICH

Redaktionsschluss: 10. Mai 2010

Nr. 10/10

INNENPOLITIK

Gedenken an NS-Opfer und Befreiung des KZs Mauthausen vor 65 Jahren
Regierung feierte 65. Jahrestag der Wiedererrichtung Österreichs

EUROPA INTERNATIONAL

EU/Griechenland: Bundeskanzler Faymann bei Sondergipfel in Brüssel
Griechenland-Kredit: Österreich-Anteil 2,3 Mrd. Euro
Spindelegger bei UN-Atomkonferenz in New York – Treffen mit Clinton
Spindelegger zu Besuch in Finnland und Schweden

WIRTSCHAFT

Siemens: Brigitte Ederer avanciert zur Personal- und Europachefin
China-Österreich: Hoffnungsmarkt für Umwelttechnik
Prognose: Raschere Erholung 2010 – Österreich plus 1,3 Prozent BIP
Handel stützt Konjunktur – 3,1 Prozent Umsatz-Plus im 1. Quartal

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT

Staatspreis für Bildungsjournalismus an Redakteurin Lisa Nimmervoll
Franziska Ullmann und Peter Ebner bei Architekturbiennale Venedig
Karl und Schmied ringen um Lösung für Massenstudien an den Universitäten
Wien: Boris Pahor mit dem Österreichischen Ehrenkreuz ausgezeichnet
JMW: Die Türken in Wien. Geschichte einer jüdischen Gemeinde
T-B A21: Zeitgenössische künstlerische Positionen aus der Türkei
Schmied überreicht Österreichische Kinder- und Jugendbuchpreise 2010

SPORTPOLITIK

Schulschikurse immer unbeliebter: Darabos lud zu einem „runden Tisch“
Erster formeller Sportministerrat in Brüssel erörtert Zukunftsfragen
Neue EU-Kompetenzen für den Sport

IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressediens. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz, Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/3, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958, Fax ++43/1/53109-2958, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; <http://www.bundestkanzleramt.at>;
Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet. Herausgegeben vom Bundespressediens-Wien.

INNENPOLITIK

Gedenken an NS-Opfer und Befreiung des KZs Mauthausen vor 65 Jahren

Vor 65 Jahren, am 5. Mai 1945, wurde das NS-Konzentrationslager Mauthausen von US-Truppen befreit. Seit 1989 wird der 5. Mai als Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus begangen. Das offizielle Österreich hat aus diesem Anlass im historischen Sitzungssaal des Parlaments eine Gedenkveranstaltung abgehalten. Anwesend waren neben Bundespräsident Heinz Fischer und Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, die Bundesregierung sowie zahlreiche Abgeordnete.

Der frühere polnische Außenminister Wladyslaw Bartoszewski (88), selbst Widerstandskämpfer und Auschwitz-Überlebender, mahnte in seiner Festrede zu einem „verantwortungsbewussten Umgang mit der Vergangenheit“.

Im Zentrum der diesjährigen Gedenkfeier standen Schülerinnen und Schüler, die sich auf Spurensuche zur „Mühlviertler Hasenjagd“ begeben hatten: Im Februar 1945 wurden rund 500 aus Mauthausen geflohene sowjetische Gefangene bei einer beispiellosen Hetzjagd unter Beteiligung der Bevölkerung ermordet.

Nach der Gedenkveranstaltung im Parlament trafen Kanzler Faymann und Bartoszewski zu einem Vier-Augengespräch zusammen. Faymann würdigte Bartoszewskis Engagement für Dialog, Aufklärung und Versöhnung.

Höhepunkt der diesjährigen Befreiungsfeiern im ehemaligen KZ Mauthausen und dessen Nebenlagern war die Gedenkveranstaltung in Mauthausen am 9. Mai mit Delegationen aus aller Welt. Sie stand im Zeichen von Kindern und Jugendlichen im KZ. Im März 1945 gab es in Mauthausen über 15.000 namentlich registrierte Kinder und Jugendliche im Alter von vier bis 20 Jahren. Insgesamt wurden hier und in den 49 Nebenlagern (meist auf österreichischem Gebiet) rund 200.000 Menschen unter unmenschlichen Bedingungen gefangen gehalten. Etwa die Hälfte von ihnen überlebte diese mörderische Vernichtungsmaschinerie nicht.

Regierung feierte 65. Jahrestag der Wiedererrichtung Österreichs

Mit einem Festakt hat die Bundesregierung am 27. April des 65. Jahrestages der Unabhängigkeitserklärung Österreichs gedacht. Am 27. April 1945 hatte die provisorische Staatsregierung von SPÖ, ÖVP und KPÖ (Kommunistische Partei Österreichs) unter Bundeskanzler Karl Renner Österreichs Unabhängigkeit vom Deutschen Reich ausgerufen.

Nach der Kranzniederlegung in der Krypta am Wiener Burgtor hielt Bundeskanzler Werner Faymann in einem Festzelt auf dem Heldenplatz vor Schülerinnen und Schülern eine Ansprache. Dabei erinnerte Faymann an die Gründerväter der Zweiten Republik, die mit der Selbständigkeit Österreichs „die Fundamente für unser heutiges Gemeinwesen legten“, die da wären: klares Bekenntnis zu Demokratie und Freiheit, Antifaschismus, Offenheit und Gemeinsamkeit.

Der Bundeskanzler mahnte zu Demut vor Volksentscheiden und zur Verpflichtung der Parteien, „aktiv und jederzeit an der Demokratie mitzuwirken“. Andernfalls wären Radikalisierung und gesellschaftliche Spaltung die Folge, wofür es in Österreichs Zeitgeschichte „dramatische Beweise“ gebe.

Die Republik müsse sich zudem gegen alle Versuche, die Errungenschaften der Demokratie zu schwächen, zur Wehr setzen, forderte Faymann. Er distanzierte sich vehement und nachdrücklich von Gewalt, Faschismus und Nationalsozialismus. Gerade heute müsse man der unzähligen Opfer dieses Kampfes gegen die NS-Diktatur und für die Freiheit gedenken, ohne deren Aufopferung Österreich seine Freiheit nicht wiedererlangt hätte. Ebenso manifest müsse das Bekenntnis zur Mitschuld Österreichs am Angriffskrieg Hitler-Deutschlands kommuniziert werden.

„Wir dürfen keinen Millimeter nachgeben, wenn unverantwortliche und geschichtslose politische Mitbewerber einen weniger strikten Umgang mit den Verbotsgesetzen fordern“, weil die „alte“ Bewertung noch immer Gültigkeit habe. Jeder Verstoß dagegen schade der Republik und den Menschen, so Faymanns engagiertes Plädoyer.

Österreich habe mit „visionärer, selbstbewusster Politik“ seinen unbestrittenen Platz in der Welt gefunden, Wien sei als Sitz der UNO und anderer internationaler Organisationen zu einer Drehscheibe für Verständigung, Versöhnung und Frieden geworden, unterstrich Faymann.

Für den EU-Beitritt Österreichs vor 15 Jahren hätte die Bevölkerung in der Einsicht votiert, dass zunehmende globale Probleme wie Finanzkrise, Klimawandel, Energiesicherheit, Migration, Kriminalität oder internationale Sicherheit auf nationaler Ebene nicht mehr zu bewältigen seien. Nur ein vereintes Europa könne die Welt im Sinne fundamentaler Werte mit gestalten, zeigte sich Faymann überzeugt.

Gefeiert wurde am 27. April auch das 65. Jubiläum des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Faymann und Bundespräsident Heinz Fischer würdigten dessen Verdienste.

EUROPA INTERNATIONAL**EU/Griechenland: Bundeskanzler Faymann bei Sondergipfel in Brüssel**

Die Staats- und Regierungschefs der Eurozone haben am 7. Mai in Brüssel einen Sondergipfel zur Griechenland-Hilfe abgehalten. Österreich war durch Bundeskanzler Werner Faymann vertreten. Modus und Zeitplan für die Finanzhilfe an Athen in Höhe von 110 Mrd. Euro wurden von den Euroländern formell aufeinander abgestimmt. Im Zuge ihrer generellen Rettungsaktion für den Euro wird die EU zudem einen permanenten Krisen-Mechanismus für die gesamte Eurozone schaffen. Dabei wolle man „wegkommen vom Instrument bilateraler Hilfen hin zu Gemeinschaftsmaßnahmen“, erklärte Bundeskanzler Faymann.

Bei einem Treffen der Finanzminister am 9. Mai in Brüssel haben EU und IWF einen 750 Mrd. Euro schweren Rettungsschirm für gefährdete Euroländer beschlossen, um die Gemeinschaftswährung vor Spekulationsangriffen auf den Finanzmärkten zu schützen. 60 Mrd. Euro sollen bei Bedarf von EU und IWF gemeinsam aktiviert werden können, dazu kommen 440 Mrd. Euro (in Form von Garantien) von den Mitgliedstaaten der Eurozone und maximal 250 Mrd. Euro vom IWF selbst. Für Österreich ergibt dies laut Finanzminister Josef Pröll einen Haftungsrahmen von 12 bis 13 Mrd. Euro.

Griechenland-Kredit: Österreich-Anteil 2,3 Mrd. Euro

Wie alle anderen Euro-Länder beteiligt sich auch Österreich am Hilfspaket für das hochverschuldete Griechenland. Die Bundesregierung hat im Ministerrat am 4. Mai eine Erhöhung des Kreditrahmens beschlossen. Demnach beträgt der derzeit bekannte Anteil Österreichs an der Griechenland-Hilfe von Euroländern (80 Mrd. Euro) und Internationalem Währungsfonds (IWF; 30 Mrd. Euro) rund 2,3 Mrd. Euro. Zuvor lag die gesetzlich geregelte Deckelung bei 2 Mrd. Euro. Entsprechende Gesetzesänderungen müssen noch im Nationalrat abgesehen werden.

„Ein gemeinsames Vorgehen bei der Hilfe für Griechenland ist unverzichtbar, um einen Flächenbrand zu verhindern“, erklärte Bundeskanzler Werner Faymann nach dem Ministerrat. Gleichzeitig betonte Faymann, dass Griechenland diesen Kredit nur im Einklang mit Erfüllung der strengen Bedingungen erhalte und auch das nur in Tranchen. „Die 2,3 Mrd. Euro sind kein Geschenk, sondern ein Kredit, der auf drei Jahre befristet und mit fünf Pro-

zent verzinst ist“, so Faymann. Ob weitere Mittel nötig sein könnten, ließe sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen.

Spindelegger bei UN-Atomkonferenz in New York – Treffen mit Clinton

Die fast 190 Mitgliedstaaten des Atomwaffensperrvertrages traten am 3. Mai zu ihrer turnusmäßigen UN-Überprüfungskonferenz in New York zusammen. Bei der auf vier Wochen anberaumten Tagung soll über die bisherige Umsetzung des Vertrages sowie eine Verschärfung der Kontrollmechanismen beraten werden. Österreich wurde durch Außenminister Michael Spindelegger vertreten.

Für einen Eklat sorgte Irans Präsident Mahmoud Ahmadinejad: Er warf den USA vor, die Bombe nicht nur in der Vergangenheit eingesetzt zu haben, sondern damit andere Länder auch jetzt zu bedrohen. Darauf hin verließen die Delegationen aus den USA und mehreren europäischen Ländern, darunter Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Österreich (derzeit nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat), den großen Plenarsaal.

Zu einem „ausführlichen Gedankenaustausch“ ist Spindelegger in New York auch mit seiner US-Amtskollegin Hillary Clinton zusammengetroffen. Dabei begrüßte Clinton die „klaren Worte“ Spindeleggers an den iranischen Außenminister Manouchehr Mottaki bei dessen Besuch in Wien am 25. April. Dabei hatte Österreichs Außenminister den Iran aufgefordert, Garantien für die rein zivilen Zwecke des iranischen Nuklearprogramms zu liefern. Der Iran müsse das Vertrauen der internationalen Gemeinschaft zurückgewinnen.

Spindelegger würdigte die jüngsten Initiativen der USA, die den weltweiten Abrüstungsbemühungen neuen Schwung verliehen hätten.

Spindelegger zu Besuch in Finnland und Schweden

Außenminister Michael Spindelegger absolvierte vom 24. bis 27. April Besuche in Finnland und Schweden. In Helsinki führte Spindelegger unter anderem Gespräche mit Staatspräsidentin Tarja Halonen und seinem Amtskollegen Alexander Stubb. Beide Länder setzen sich für eine bessere Koordinierung der Ostsee- und der Donauraumstrategie der EU ein.

In Stockholm konferierte Spindelegger mit Arbeitsminister Sven Otto Littorin über Arbeitsmarktpolitik mit besonderem Augenmerk auf ältere Arbeitnehmer. Hier weist Schweden eine deutlich höhere Quote als Österreich auf.

WIRTSCHAFT**Siemens: Brigitte Ederer avanciert zur Personal- und Europachefin**

Siemens-Österreich-Chefin Brigitte Ederer (54) soll mit 1. Juli 2010 die Leitung des Personalressorts und der Europa-Agenden des Siemens-Konzerns mit Hauptsitz in München übernehmen. Dort untersteht Ederer Konzernchef Peter Löscher, einem weiteren Österreicher. Als künftige Personalchefin im Vorstand der Siemenszentrale wird Ederer für rund 400.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verantwortlich sein. Weiters soll die ehemalige Wiener Gemeinderätin und engagierte Europapolitikerin – als Europa-Staatssekretärin im Kabinett von Franz Vranitzky war sie an den Verhandlungen zu Österreichs EU-Beitritt beteiligt – Aufsichtsratsvorsitzende der Siemens AG Österreich werden. In München löst Ederer Siegfried Russwurm ab, der in die Industriesparte wechselt.

Ederer ist neben der für den Einkauf zuständigen Barbara Kux nunmehr die zweite Frau in der Führungsspitze. Außerdem ist sie die erst dritte Frau im Vorstand eines an der Deutschen Börse notierten (DAX) Konzerns. Ederer wurde am 27. Februar 1956 in Wien geboren und ist studierte Volkswirtin.

Der Münchner Technologiekonzern Siemens ist in drei Sektoren aktiv: Gesundheit, Energie und Industrie. Mehr als die Hälfte des Umsatzes von insgesamt 77,3 Mrd. Euro (2008) wird in der Region Europa, GUS, Afrika erzielt.

China-Österreich: Hoffnungsmarkt für Umwelttechnik

„Wir wollen dabei sein, wenn Chinas Drache grün wird“, sagte Umweltminister Niki Berlakovich am 5. Mai vor österreichischen Medienvertretern in Peking anlässlich einer vier-tägigen Wirtschaftsmission nach Peking, Nanjing und Shanghai (EXPO 2010). Begleitet wurde er von der Präsidentin der Wirtschaftskammer Wien (WKW), Brigitte Jank, und zahlreichen Unternehmensvertretern. Ziel der Tour durch das Reich der Mitte war es, Markt- und Geschäftschancen im Bereich der so genannten grünen Technologie auszuloten.

Angesichts massiver Umweltprobleme investiert die chinesische Regierung in den kommenden zwei Jahren 250 Mrd. Euro allein in den Umweltschutz. Insgesamt will China 40 % des BIP für Infrastruktur-Projekte aufwenden – so viel wie kein anderes Land der Welt. „Das ist eine enorme Perspektive, die Österreich jetzt nutzen muss“, betonte Berlakovich. Gespräche etwa mit den chinesischen Ministern

für Umwelt und Landwirtschaft hätten deren deutliches Interesse für Kooperationen mit österreichischen Firmen aufgezeigt.

Auch WKW-Chefin Jank ortete großes Potenzial für heimische Umwelttechnologie in China: Das Land sei ein wachsender Markt mit steigenden Einkommen. Zu den großen Herausforderungen für Wirtschaft und Gesellschaft in China zählten Luft- und Wasserverschmutzung sowie die wachsenden Abfallberge in den Ballungsräumen, erläuterte Jank. 70 % der Flüsse und Seen Chinas seien durch Abwässer verschmutzt, rund ein Drittel der Bevölkerung verfüge über kein sauberes Trinkwasser und 16 der 20 Großstädte mit weltweit schlechtester Luftqualität lägen in China.

China ist Österreichs größter Handelspartner in Asien. Österreichs Exporte nach China sollen in den nächsten fünf Jahren auf 4 Mrd. Euro verdoppelt werden. 2007 haben österreichische Unternehmen Umwelttechnologie im Wert von 110 Mio. Euro nach China geliefert, das sind mehr als 5 % der heimischen Exportumsätze nach China. An aktuellen Großprojekten von Austro-Firmen in China würden derzeit unter anderem in Hongkong eine Biodieselanlage von BDI, eine Sinteranlage von AE&E sowie eine Kläranlage in Peking von VA Tech Wabag umgesetzt.

Prognose: Raschere Erholung 2010 – Österreich plus 1,3 Prozent BIP

Die EU-Kommission sagt in ihrer Frühjahrsprognose eine raschere Wirtschaftserholung voraus als bisher erwartet. Österreichs Wirtschaft wird demzufolge 2010 um 1,3 % wachsen, das sind um 0,2 Prozentpunkte mehr als noch im Herbst angenommen. Für die EU-27 wurde die Prognose um einen Viertel-Prozentpunkt nach oben revidiert und geht für heuer von einem Plus von 1,0 % aus. Für die Eurozone beträgt die Vorausschätzung 0,9 % (+ 0,2 Prozentpunkte).

Handel stützt Konjunktur – 3,1 Prozent Umsatz-Plus im 1. Quartal

Der stationäre österreichische Handel hat im ersten Quartal ein Umsatzplus von nominell 3,8 % erwirtschaftet, was einem realen Wachstum von 3,1 % entspricht. Damit entwickelt sich der heimische Einzelhandel besser als die Gesamtwirtschaft. „Der Handel bzw. die Konsumenten tragen die Wirtschaft“, zeigte sich der Obmann der Bundessparte Handel in der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) am 27. April zufrieden.

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT**Staatspreis für Bildungsjournalismus an Redakteurin Lisa Nimmervoll**

Bildungsministerin Claudia Schmied hat am 3. Mai, dem Internationalen Tag der Pressefreiheit, zum zweiten Mal den Österreichischen Staatspreis sowie den Förderungspreis für Bildungsjournalismus verliehen: an die „Standard“-Redakteurin Lisa Nimmervoll bzw. an die „profil“-Redakteurin Tina Goebel. Die Laudationes hielten der ehemalige „Standard“-Chefredakteur Gerfried Sperl und „profil“-Redakteur Robert Buchacher.

Staatspreisträgerin Nimmervoll wurde 1972 in Linz geboren. Nach einem Soziologie-Studium an der Universität Linz arbeitete sie beim ORF Oberösterreich und im Linzer „Standard“-Büro. Seit dem Jahr 2000 ist sie Innenpolitik-Redakteurin des „Standard“ in Wien mit Schwerpunkt Bildungspolitik.

„Mit diesem Preis will ich ein Zeichen für die große Bedeutung setzen, die verantwortungsbewusstem Journalismus für den bildungspolitischen Diskurs und für die Bildung insgesamt zukommt. Guter Journalismus bildet. Dieser neue Preis hat sich bereits als wichtige öffentliche Auszeichnung etabliert und strahlt im Sinne von ‚best practice‘ Vorbildwirkung aus“, so Bildungsministerin Schmied.

Nicht nur große bildungspolitische Expertise, sondern auch hohe sprachliche Kompetenz bescheinigt die Jury der Staatspreisträgerin und hebt bei der Gewinnerin des Förderungspreises deren lebendigen, dialogischen Journalismus und die Verwendung neuer Medien hervor.

Franziska Ullmann und Peter Ebner bei Architekturbiennale Venedig

Unter dem Titel „Leute treffen die Architektur“ findet von 29. August bis 21. November die 12. Architekturbiennale Venedig statt. 43 Architekten, Ingenieure und Künstler aus der ganzen Welt beteiligen sich an der Ausstellung. „Das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts geht mit einer Serie radikaler Änderungen zu Ende. In diesem Kontext kann die Architektur zum Sprachrohr neuer Werte und neuer Lebensstile werden. Diese Biennale soll eine Gelegenheit sein, um mit den vielfältigen Möglichkeiten der Architektur zu experimentieren“, sagte die neue Direktorin der Architekturbiennale, die japanische Architektin Kazuyo Sejima, die mit den Architekten Franziska Ullmann und Peter Ebner auch zwei Österreicher für die Hauptschau ausgewählt hat. „Jeder Teilnehmer kann auf vollkommen autonome Weise sein Ausstellungsgelände nutzen und

dem Thema der 12. Architekturbiennale seine persönliche Interpretation geben. Jeder kann somit die Frage des Zusammenwirkens von Umwelt und Gesellschaft interpretieren“, meinte Sejima, die einige der interessantesten Projekte der letzten Jahre entworfen hat, darunter das New Museum of Contemporary Art in New York, das Christian Dior Building in Tokio und den letzten Pavillon der Serpentine Gallery in London. Am 17. Mai erhält die Architektin, die lange mit Arata Isozaki, dem Altmeister der japanischen Architektur gearbeitet hat, gemeinsam mit ihrem Kollegen Ryue Nishizawa den Pritzker-Preis.

Die Biennale zeigt neben zahlreichen neuen Projekten auch Filme auf Großleinwänden, Fotografien und dreidimensionale Grafiken. Neben der internationalen Schau in den 300 Meter langen Werfthallen des „Arsenale“ stellen auch wieder 56 Länderpavillons im Park der „Giardini della Biennale“ nationale Beiträge vor. US-Architekt Eric Owen Moss kuratiert den Österreich-Beitrag, dessen Titel „Austria Under Construction: Austrian Architecture Around The World; International Architecture in Austria“ lautet.

www.labiennale.org

Karl und Schmied ringen um Lösung für Massenstudien an den Universitäten

Wissenschaftsministerin Beatrix Karl (V) wünscht sich bei der von ihr vorgeschlagenen Neugestaltung der Studieneingangsphase (STEP Neu) eine Lösung noch vor dem Sommer. Die Gespräche mit dem Koalitionspartner würden nun zügig beginnen, sagte sie am 4. Mai vor dem Ministerrat. Unterrichtsministerin Schmied (S) zeigte sich für konstruktive Gespräche bereit. Wirksam werden soll die neue Regelung erst ab dem Studienjahr 2011/2012, erklärte Karl, denn die Unis bräuchten Zeit für die Umsetzung. Schmied betonte, dass es für eine Beurteilung des Vorschlages noch viel zu früh sei. Klar sei für sie, dass der Zugang zu den Hochschulen frei bleiben, aber auch geordnet werden müsse. Kritik der Hochschüler-schaft (ÖH), wonach die STEP Neu das Ende des freien Hochschulzuganges bedeuten könnte, wies Schmied zurück: Es komme ganz auf die Gestaltung an. Man müsse intensive Gespräche über das Universitätsgesetz (UG) führen, so auch z.B. über ein Studienplatzfinanzierungsmodell. Dass am Ende der STEP Neu nur eine Prüfung über den Erfolg entscheide, könne sie sich nicht vorstellen. Karl verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass es verschiedene Modelle gebe, etwa mehrstufige Verfahren. Auch könne man auf die Besonder-

heiten der einzelnen Studienrichtungen eingehen und den Unis Spielraum geben. Sie könne sich auch vorstellen, dass es bei einzelnen Studien durchaus eine Festlegung der Studienplätze geben könnte. Dass dies einem Knockout-System gleichkommen würde, wies die Wissenschaftsministerin zurück. Es gehe um ein qualitatives Aufnahmeverfahren, das Ziel seien nicht weniger Studierende, sondern eine bessere Verteilung, derzeit würden 60 Prozent der Studierenden zehn Prozent der Fächer wählen. Der Ministerrat hat am 4. Mai gemäß dem Notfallparagrafen des UG eine Verordnung beschlossen, mit der Zugangsbeschränkungen für das Publizistikstudium ermöglicht wurden. Beim Architekturstudium und beim Bachelorstudium Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Wirtschaftsuniversität (WU), für die ebenfalls Anträge auf Beschränkung vorliegen, konnte sich die Regierung nicht auf eine Lösung einigen.

Auf die Frage, ob die STEP Neu ein Ersatz für den sogenannten Notfallparagrafen im UG sein solle, meinte Karl: Dieser habe sich als unzureichend erwiesen und berge außerdem Rechtsunsicherheit. Es brauche aber Transparenz für die Studierenden und Planbarkeit für die Unis. Auch Schmied betonte, dass an der STEP Neu „kein Weg vorbei führt“.

Wien: Boris Pahor mit dem Österreichischen Ehrenkreuz ausgezeichnet

Kulturministerin Claudia Schmied überreichte im Rahmen eines Festaktes am 26. April im Audienzsaal des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur dem slowenischen Schriftsteller Boris Pahor, 96, das Große Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst. Schmied: „Die Berichte von Boris Pahor sind literarische Dokumente über eine Ära, sie sind menschliche Zeugnisse des Vergangenen und eindrucksvolle Warnung für die Zukunft. Boris Pahor hat sein Leben in der Auseinandersetzung zwischen staatlicher Dominanz und persönlicher Subversion gelebt. Seine Biografie ist der Versuch einer Selbstbestimmung inmitten einer Welt von Fremdbestimmungen der unterschiedlichsten Art und Weise. Sie ist aber auch ein Kampf um das nackte Überleben“.

1913, noch zur Zeit der Habsburgermonarchie, in Triest geboren, gehörte Boris Pahor nach Ende des Ersten Weltkrieges der von den Italienern unterdrückten slowenischen Minderheit (18 Prozent) an, deren Sprache im öffentlichen Leben untersagt wurde. Seit 1922 betrieben Mussolinis Faschisten rigide die Italienisierung der Slowenen. Nach Studien in Koper und

Görz wird er in die italienische Armee eingezogen, 1940 nach Libyen geschickt, um gegen die Engländer zu kämpfen. Dann fungiert er als Dolmetscher für kriegsgefangene jugoslawische Offiziere am Gardasee. Nach dem Zusammenbruch des faschistischen Italien im Herbst 1943 kehrt Pahor nach Triest zurück, schließt sich der slowenischen Befreiungsorganisation an, wird im Jänner 1944 verhaftet, der Gestapo übergeben, ins KZ Dachau gebracht und später noch in drei andere KZs. 1945 wird er aus dem Lager Bergen-Belsen befreit. Boris Pahor zu Maria Handler von der APA: „Als Dolmetscher und Pfleger habe ich Menschen im letzten Moment vor dem Krematorium begleitet. Mir geht es darum, über diese Menschen zu schreiben, über die niemand mehr spricht. Menschen aus allen Ländern der Welt und aus allen Religionen waren in den Lagern und mussten bis zuletzt für das Deutsche Reich arbeiten“. Pahor kehrte nach Triest zurück, studierte Literatur und unterrichtete dann über 20 Jahre an slowenischen Gymnasien. Seit 1975 lebt er als Schriftsteller in Triest-Barkovlje und gilt heute als einer der Großen der slowenischen Gegenwartsliteratur, dessen Werk in einem Atemzug etwa mit den Werken von Jean Améry, Primo Levi, Jorge Semprún oder Imre Kertész genannt wird.

Zuerst schrieb Pahor Novellen, dann 1967 den Roman „Nekropolis“. Neu in deutscher Übersetzung liegen vor: „Villa am See“, „Nomaden ohne Oase“, „Im Labyrinth“ und „Geheime Sprachgeschenke“. Von der Kritik besonders gelobt wird sein Roman „Die Verdunkelung“ (Hermagoras Verlag, Klagenfurt/Laibach/Wien 2009 – im Original „Zatemnitev“, 1975) mit starken autobiografischen Zügen.

Bei der Ehrung zeigte sich der große alte Mann keineswegs verbindlich: So erklärte er, dass seine „slowenischen Landsleute in Kärnten eine starke Assimilation erleben müssen. Dabei fällt allen auf, dass es einer lokalen Obrigkeit überlassen bleibt, ob die Bestimmungen des Staatsvertrags respektiert werden oder nicht“. Er fügte hinzu: „Vielleicht kommt der Einwand, dass man als Ausgezeichneter dem Verleiher nicht mit Ermahnungen kommt, ich meine aber, dass wir uns als Mitglieder eines vereinten Europa direkt aussprechen können“. Gegenüber der APA sagte er noch: „Es ist völlig unverständlich, dass es in kultivierten Verhältnissen zu so einem Prozedere kommt. Ein Kulturland wie Österreich müsste das ganz nebenbei lösen können. Man dürfte doch nicht erwarten, dass über einen Staatsvertrag die Lokalpolitik entscheidet. Österreich dürfte Kärnten nicht unterwürfig sein“.

JMW: Die Türken in Wien. Geschichte einer jüdischen Gemeinde

Das Jüdische Museum Wien (JMW) zeigt von 12. Mai bis 31. Oktober die Ausstellung „Die Türken in Wien. Geschichte einer jüdischen Gemeinde“. 1492 war ein Schicksalsjahr in Spanien: Die 800jährige arabisch-moslemische Herrschaft wurde durch die endgültige Reconquista beendet, die Juden wurden des Landes verwiesen und Christoph Columbus entdeckte die Neue Welt.

Die Ausstellung beschäftigt sich mit den Auswirkungen eines dieser drei wesentlichen historischen Ereignisse, die das Ende des europäischen Mittelalters markieren: mit der Vertreibung der Juden aus Spanien, die in Nordafrika, in einigen italienischen Städten, vor allem aber im Osmanischen Reich Aufnahme fanden. Zunächst nach Portugal Geflüchtete verließen die Iberische Halbinsel später in Richtung Holland und Norddeutschland. Im Zuge der osmanischen Eroberungen in Europa konnten die Juden spanischer Deszendenz, die sogenannten Sefarden, kulturell und wirtschaftlich wichtige Gemeinden auf dem Balkan gründen. Bereits zur Zeit des Ghettos im Unteren Werd gab es Beziehungen zwischen den Wiener und den sefardischen, also den türkischen Juden. Doch erst mit den Friedensverträgen zwischen dem Habsburger- und dem Osmanischen Reich in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts genossen die türkischen Juden Freizügigkeit im Habsburgerreich.

Nach der Gründung der türkisch-jüdischen Gemeinde in Wien wurde ihr per kaiserlichem Patent die Freiheit gottesdienstlicher Religionsausübung zugesichert. 1887 wurde der eindrucksvolle sefardisch-türkische Tempel im maurischen Stil in der Zirkusgasse eingeweiht, in dessen Vorraum man mit den Porträts des habsburgischen und des osmanischen Regenten beiden Majestäten und Ländern loyale Reverenz erwies. 1938 wurde dieser Tempel wie fast alle anderen Synagogen und Bethäuser der Stadt zerstört, die Träger dieser Gemeinde wurden größtenteils in den Tod deportiert.

Die sefardischen Juden Wiens waren in vielfacher Weise Vermittler zwischen Orient und Okzident – als Händler und Kaufleute. Auch ihre Rolle als Exponenten der österreichischen Post in Konstantinopel und der Levante, des österreichischen Lloyd und des Orient Express beleuchtet die Ausstellung.

Diese Vermittlerrolle spielten die sefardischen Türken auch auf kulturellem Gebiet. Sie errichteten in Konstantinopel die weltweit erste Druckerei und in Wien eine sefardische Presse. Wesentliche Impulse zur Weiterentwicklung

der rabbinischen Tradition gingen von sefardischen Juden aus. Die reiche, mittelalterliche spanisch-jüdische Poesie wurde weiter tradiert und die jüdische Musik weiterentwickelt. Sie waren es, die die arabische Philosophie und Medizin für die westliche Welt erfahrbar machten. Sefardische Publizisten veröffentlichten ihre Schriften in der ganzen Ladinosprachigen Welt und sie brachten Schriftsteller vom Range eines Elias Canetti hervor, um nur ein Beispiel zu nennen.

All diese Facetten der sefardischen Diaspora und ihres Beitrags zur Kulturgeschichte der östlichen und westlichen Welt werden in der Ausstellung beleuchtet. www.jmw.at

T-B A21: Zeitgenössische künstlerische Positionen aus der Türkei

Die T-B A21 (Thyssen-Bornemisza Art Contemporary) in Wien zeigt bis 15. September „Tactics of Invisibility“ („Strategien der Unsichtbarkeit“) - 15 künstlerische Positionen aus der Türkei und ihrer Diaspora. Die Ausstellung, die in Wien, Istanbul und Berlin zu sehen ist, versucht mit dem über die Thematik der Schau entstehenden Diskurs eine Auseinandersetzung mit den lokalen Kontexten und diese aufzugreifen. Die Präsentation in Wien bespielt neben den Räumlichkeiten der T-B A21 auch den Außenraum in der Himmelpfortgasse mit einer Plakatarbeit des Künstlerkollektivs Hafriyat und das KlausEngelhorn Depot in Ottakring mit Arbeiten von Esra Ersen.

Außerdem präsentiert T-B A21 als Beitrag zum Kunstprogramm von „Istanbul als europäische Kulturhauptstadt 2010“ ebendort auf dem Eminönü Platz von 22. Mai bis 19. September die Klang-Struktur „The Morning Line“ von Matthew Ritchie und ArandaLasch - einen acht Meter hohen und 20 Meter langen Pavillon, errichtet aus 17 Tonnen schwarz beschichtetem Aluminium, der als interdisziplinäres Projekt das Wechselspiel von Kunst, Architektur, Musik, Mathematik, Kosmologie und Wissenschaft erforschen will.

Schmied überreicht Österreichische Kinder- und Jugendbuchpreise 2010

Im forumKloster in Gleisdorf (Steiermark) überreichte am 4. Mai Bildungsministerin Schmied die Preise 2010 für künstlerisch herausragende Werke in Text, Schriftgestaltung und Illustration wie das Kinderbuch von Peter Turrini/Verena Ballhaus: „Was macht man, wenn... Ratschläge für den kleinen Mann“ (Wien: Annette Betz Verlag 2009) oder für das Jugendbuch von Gabi Kreslehner: „Charlottes Traum“ (Weinheim: Beltz & Gelberg 2009).

SPORTPOLITIK**Schulschikurse immer unbeliebter:
Darabos lud zu einem „runden Tisch“**

Die Zahlen der letzten Jahre sind alarmierend: Immer weniger Kinder und Jugendliche in Österreich nehmen an Schulschikursen teil. Langfristig gefährdet diese Entwicklung Österreichs Status als Schination Nummer 1.

Sportminister Norbert Darabos will nun gegensteuern: Er holte Wirtschaft, Sport und Schule an einen Tisch, um gemeinsam die Trendumkehr zu schaffen. „Die große Zahl an Schülerinnen und Schülern, die jedes Jahr über die Schulschikurse in den Wintersport hineinschnuppern konnten, ist eine Basis für die sportlichen Erfolge unseres Landes. Wenn es hier einen Einbruch gibt, wird auch der Abfall der Basis für den Breiten- und Leistungssport im Schifahren nicht lange auf sich warten lassen“, so Darabos, der deshalb gemeinsam mit ÖSV, Wirtschaftskammer und Unterrichtsministerium gegensteuern will.

Am 30. April lud Sportminister Darabos deshalb Vertreter zum „Runden Tisch“ ins Wiener Haus des Sports, um gemeinsam ein Lösungsmodell zu erarbeiten. Vorgestellt werden sollen die Ergebnisse zu Beginn des kommenden Schuljahres.

**Erster formeller Sportministerrat in
Brüssel erörtert Zukunftsfragen**

Am 10. Mai findet der erste formelle Sportministerrat seit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon in Brüssel statt. Österreich wird durch Sportminister Norbert Darabos vertreten sein. Der Bereich des Sports fällt in die Ratsformation Bildung, Jugend, Kultur und audiovisuelle Medien.

Der Vertrag von Lissabon, der am 1. Dezember 2009 in Kraft getreten ist, sieht eine spezielle Zuständigkeit der Europäischen Union für den Sport vor. Daher wird nun die Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten formalisiert. Im Mittelpunkt des dem Thema Sport gewidmeten Teils der Tagesordnung wird eine Aussprache der Minister stehen. Ziel der Aussprache ist es, den Mitgliedstaaten die Möglichkeit zu geben, sich dazu zu äußern, mit welchen grundlegenden Fragen und Herausforderungen sich die Sportpolitik der EU ihrer Auffassung nach beschäftigen sollte, nachdem der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten ist. Damit sollen der Kommission wichtige Anhaltspunkte für ihre Arbeitsplanung der kommenden Jahre gegeben werden.

Beim ersten formellen Ministerrat wird es voraussichtlich noch keine Beschlüsse geben. Um die neuen Bestimmungen des Vertrags von Lissabon im Bereich des Sports umzusetzen, plant die Kommission einen neuen Rahmen, der auf einer EU-Agenda zu Politikgestaltung und Kooperation im Sport für die kommenden Jahre basieren soll.

Diese Agenda kann auf den Erfahrungen aufbauen, die mit der Umsetzung der Aktionen im Weißbuch Sport (2007) erworben wurden, und soll neue Initiativen enthalten, die auf der Vertragskompetenz für den Sport basieren. Konsultationen mit Interessenvertretern sind bereits angelaufen und werden während der kommenden Monate diesbezüglich intensiviert werden.

Neue EU-Kompetenzen für den Sport

Die EU hat durch Artikel 165 des EU-Vertrages eine unterstützende, koordinierende und ergänzende Kompetenz im Sport erhalten. Durch Artikel 165 ist die EU dazu aufgerufen, zur Förderung von Sportbelangen beizutragen, EU-Aktivitäten zur Entwicklung der europäischen Dimension des Sports beizusteuern und die Zusammenarbeit mit Drittländern und internationalen Organisationen zu fördern.

Die nachfolgenden konkreten Elemente aus Artikel 165 können zur Gestaltung der neuen EU-Agenda für den Sport herangezogen werden:

- Förderung der sozialen und erzieherischen Funktion des Sports;
- Förderung der auf ehrenamtlicher Tätigkeit beruhenden Strukturen;
- Besonderheit des Sports in Hinblick auf das EU-Recht;
- Förderung der Fairness und Offenheit von Sportwettkämpfen;
- Schutz der körperlichen und seelischen Unversehrtheit der Sportler;
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen den für den Sport verantwortlichen Organisationen;
- Zusammenarbeit mit Drittländern und zuständigen internationalen Organisationen.

Die neuen Vertragsbestimmungen erlauben es, den Sport auf EU-Ebene direkt zu fördern und das Potenzial dieses Sektors in einem neuen, formellen politischen Kontext, unterstützt durch Fördermaßnahmen und möglicherweise auch durch Empfehlungen des Rates, zu entwickeln. Es gilt nun zu klären, wie genau diese neuen Instrumente eingesetzt werden können.

Andere Vertragsbestimmungen (in Bereichen wie Binnenmarkt, Wettbewerb, Gesundheit, Erziehung, soziale Eingliederung, Beschäftigung und Grundrechte) bleiben auf den Sport anwendbar.

INFORMATIONEN AUS ÖSTERREICH

Redaktionsschluss: 25. Mai 2010

Nr. 11/10

INNENPOLITIK

Parlament: Grünes Licht für Griechenland-Hilfe und „Euro-Schutzschirm“
55 Jahre österreichischer Staatsvertrag

EUROPA INTERNATIONAL

Bundeskanzler Faymann bei EXPO in Shanghai
Bundeskanzler Faymann in Berlin
Außenminister Spindelegger bei EU-LAC-Gipfel in Madrid
Frankreichs Europa-Staatssekretär Lellouche zu Besuch in Wien

WIRTSCHAFT

Finanzminister Pröll bei Euro-Gipfel in Brüssel
IMD-Ranking: Österreich verbesserte Wettbewerbsfähigkeit
Chinas Wirtschaftsminister Chen Deming mit großer Delegation in Wien
Wirtschaftsminister Mitterlehner in Olympia-Stadt Sotschi

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT

Brüssel: Schmied bedauert mangelnde Solidarität bei EU-Bildungszielen
Hohe Ehrung für Bertrand de Billy
Pöllau: Eröffnung des ersten Europäischen Zentrums für Physikgeschichte
Bösendorfer positioniert sich neu
HK Gruber „Komponist des Jahres“ bei Trondheimer Kammermusikfestspielen
Österreichisches Kulturforum London startet „Sound Park Austria“
Sensationelle MAK-Schau: Kunst der demokratischen Volksrepublik Korea
Wien Museum Karlsplatz: Wien im Film - Stadtbilder aus 100 Jahren

SPORTPOLITIK

Darabos bei Fragestunde im Parlament: „Finanzierung des Sports gesichert!“
ÖOC: Darabos fordert lückenlose Aufarbeitung aller offenen Fragen
Vorbereitungen für Sportkegel-WM in Ritzing laufen bereits auf vollen Touren

IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressediens. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz, Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/3, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958, Fax ++43/1/53109-2958, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; <http://www.bundeskanzleramt.at>;
Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet. Herausgegeben vom Bundespressediens-Wien.

INNENPOLITIK**Parlament: Grünes Licht für Griechenland-Hilfe und „Euro-Schutzschirm“**

Der Nationalrat hat am 19. Mai die legislativen Grundlagen für die Griechenland-Hilfe und das Euro-Stabilisierungspaket geschaffen. Die entsprechenden Gesetzesänderungen wurden mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und zwei Abgeordneten der Grünen beschlossen. Damit kann Österreich Griechenland, das von Euro-Ländern und IWF bis 2012 in Summe 110 Mrd. Euro erhält, nun Kredite im Ausmaß von 2,3 Mrd. Euro gewähren. (Ursprünglich war ein maximaler Kreditrahmen von 2 Mrd. Euro festgesetzt.) Außerdem beteiligt sich Österreich mit Kredithaftungen bis zu 15 Mrd. Euro am insgesamt 750 Mrd. Euro schweren EU-„Schutzschirm“ für in Finanznöte geratene Euro-Länder bzw. zur Stützung des Euro gegen Spekulationen auf dem Finanzmarkt. Gleichzeitig wurde der Haftungsrahmen für die österreichischen Banken von 65 auf 60 Mrd. Euro gesenkt.

Bundeskanzler Werner Faymann und Finanzminister Josef Pröll bezeichneten Griechenland-Hilfe und Euro-Paket als unerlässliche Maßnahmen zur Stabilisierung der gesamten Eurozone bzw. zum Schutz gegen weitere Staatspleiten. Pröll betonte, dass für den Österreich-Anteil (bis zu 15 Mrd. Euro) kein zusätzliches Geld in die Hand genommen werde, weil die Haftungen aus dem Bankenpaket reduziert würden.

Bundeskanzler Faymann plädierte dafür, nationale Möglichkeiten auszuschöpfen, solange auf europäischer Ebene keine Lösungen vorlägen (Stichwort: Finanztransaktionssteuer). Zugleich appellierte Faymann in Richtung EU und Internationale Gemeinschaft, die Lehren aus der Krise zu ziehen und Maßnahmen zur Eindämmung der Spekulation zu setzen. Als Antwort auf die Griechenland-Krise fordert er eine gemeinsame europäische „Wirtschafts- und Sozialregierung“.

Zur Regulierung der europäischen Finanzmärkte erklärte der Bundeskanzler, dass es nun darum gehe, die vielen Lösungsvorschläge – Finanztransaktionssteuer, Finanzmarktaufsicht, eigene EU-Rating-Agentur, Verbot von Leerverkäufen, strenge Finanzmarkt-Regeln – mit Nachdruck umzusetzen. In Österreich stehe die Transaktionssteuer grundsätzlich außer Diskussion. Ein erster Schritt könnte laut Faymann die nationale Umsetzung einer Börsenumsatzsteuer sein.

Österreich habe die Krise gut gemeistert, unterstrich Faymann unter Hinweis auf die

zweitniedrigste Arbeitslosigkeit und niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Die Klein- und Mittelbetriebe (KMU) hätten große Bedeutung für die Beschäftigungspolitik. Sozialpartner und Regierung würden gedeihlich kooperieren. Entscheidend für die Zukunft seien die Bereiche Bildung, Ausbildung sowie Forschung und Entwicklung, sagte Faymann.

Beschlossen wurde am 19. Mai im Nationalrat auch der Finanzrahmen für die Jahre 2011 bis 2014 mit einer erstmaligen Ausgabenobergrenze für alle Ministerien. Allein im kommenden Jahr sind auf Bundesebene Einsparungen in Höhe von rund 1,6 Mrd. Euro vorgesehen. Die Länder sollen zusätzlich 800 Mio. Euro beisteuern. Damit soll das Defizit von heuer 4,7 % auf 4,0 % des BIP sinken.

55 Jahre österreichischer Staatsvertrag

Anlässlich des 55. Jahrestages der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages am 15. Mai hat Bundeskanzler Werner Faymann zu einer „Feierstunde“ an den Ort des Geschehens, in das Obere Belvedere, geladen. Unter den Gästen waren neben den Mitgliedern der Bundesregierung VertreterInnen der höchsten Organe, der Religionsgemeinschaften sowie Prominenz aus Medien, Kultur und Wirtschaft. Anwesend waren auch SchülerInnen.

„Im Staatsvertrag hat sich Österreich dezidiert dazu verpflichtet, allen Anfängen eines neuen Rechtsradikalismus zu wehren“, sagte Faymann in seiner Festrede. Gerade die nächste Generation stehe „hier besonders in der Pflicht“. Österreich sei in den letzten 55 Jahren ein solidarisches Land geworden, betonte der Bundeskanzler unter Hinweis auf dessen aktive Rolle als neutraler Staat. Österreich habe über die Erfüllung seiner Pflichten hinaus wichtige internationale Aufgaben übernommen – etwa mit der Errichtung eines der drei UNO-Hauptsitze in Wien oder den internationalen Friedenseinsätzen des Bundesheeres, in deren Rahmen sich seit 1960 mehr als 75.000 österreichische SoldatInnen und zivile HelferInnen bewährt hätten.

Mit Nachdruck sprach sich Faymann für ein gemeinsames Europa aus, das ein „gelebter Kompromiss“ sei. Die Debatten um Hilfestellung für in Not geratene Länder hätten das einmal mehr unter Beweis gestellt. 55 Jahre nach dem Staatsvertrag liege es „an uns, das Gemeinsame über das Trennende zustellen“, so Faymann: „Schätzen wir unser Glück, Österreicherinnen und Österreicher zu sein.“

EUROPA INTERNATIONAL**Bundeskanzler Faymann bei EXPO in Shanghai**

Bundeskanzler Werner Faymann besuchte am 21. Mai die EXPO 2010 in Shanghai. Anlass war der „Österreich-Tag“ im österreichischen Pavillon. Auf dem Programm standen unter anderem die Besichtigung des EXPO-Geländes und der Pavillons Chinas und anderer Länder sowie ein von der Stadt Wien veranstaltetes Dinner. Weiters gab es ein Treffen mit Bürgermeister Han Zheng von der bald 21 Millionen Menschen zählenden Metropole Shanghai. Erörtert wurden Aspekte der Stadtentwicklung und Öko-Technologien.

China sei gerade in Krisenzeiten ein wesentlicher wirtschaftlicher Partner, betonte Faymann vor Medienvertretern. EXPO-Regierungskommissär Hannes Androsch bekräftigte, Österreich zeige bei der Weltausstellung, „wo wir state of the art sind“. Österreich und insbesondere Wien werben in Shanghai mit Know-how in Sachen Umwelttechnologie.

„Better City, Better Life“ lautet das Motto der EXPO. In diesem Zusammenhang zeigte sich Faymann überzeugt, dass Wien einer Megacity wie Shanghai viel anzubieten habe: Kompetenzen und Lösungen für Fernwärme, Müll- und Wasserwirtschaft, Verkehr oder Stadterneuerung. Der Auftritt bei der EXPO sei daher nicht nur gut für den österreichischen Tourismus, der laut Österreich-Werbung im Vorjahr 155.000 Gäste aus China zählte. Im Gegensatz zu den meisten anderen Handelspartnern konstatierte man in China ein steigendes Interesse, so Faymann.

Laut Regierungskommissär Androsch hat der Österreich-Pavillon bis zu 21.000 Besucher pro Tag. Seit der Eröffnung am 1. Mai habe man rund 260.000 Gäste gezählt. Mit dem 16 Mio. Euro teuren EXPO-Auftritt habe Österreich eine „Visitenkarte“ geschaffen, an den heimischen Firmen liege es nun, die Chancen zu nutzen. Entworfen wurde der Pavillon „Aodili“ (chinesisches Wort für Österreich) vom Architekturbüro SPAN & Zeytinoglu. Auf rund 2.000 Quadratmetern wird Österreich mit viel Multimediatechnik präsentiert. Offiziell endet die EXPO am 31. Oktober.

Nächster außenpolitischer Schwerpunkt der Regierungsspitze ist Israel: Vizekanzler Josef Pröll absolviert ab 25. Mai einen dreitägigen Arbeitsbesuch, Bundeskanzler Faymann fährt im Juni zu einem mehrtägigen Staatsbesuch nach Tel Aviv und Jerusalem, wo er die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem besucht.

Bundeskanzler Faymann in Berlin

Bundeskanzler Werner Faymann hat am 18. Mai bei einem Treffen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel in Berlin neuerlich für ein verstärktes Eingreifen in den europäischen Finanzmarkt sowie für dessen Beitrag zur Krise in Form von Finanztransaktionssteuern und Bankabgaben plädiert. Auch Merkel betonte, sich im Kampf gegen Spekulationen „mit aller Kraft“ für eine weltweite Finanztransaktionssteuer einsetzen zu wollen.

Faymann forderte einen „absoluten Vorrang für internationale Lösungen“. Gelingen dies auf globaler oder europäischer Ebene nicht, sei in Österreich notfalls auch ein nationaler Alleingang über eine Börsenumsatzsteuer möglich. Weiters warb der österreichische Bundeskanzler für ein europaweites Volksbegehren zur Besteuerung von Finanztransaktionen.

Außenminister Spindelegger bei EU-LAC-Gipfel in Madrid

Außenminister Michael Spindelegger hat sich anlässlich des EU-Lateinamerika-Karibik-Gipfels (EU-LAC) am 18. Mai in Madrid für ein stärkeres Engagement Österreichs und der EU in Lateinamerika ausgesprochen. Brasilien etwa gehöre heute zu den größten Volkswirtschaften der Welt. Deshalb müssten Export und Firmenkooperationen in der Region forciert werden, so Spindelegger, der am 23. Mai mit einer österreichischen Wirtschaftsdelegation nach Brasilien und Argentinien reiste.

Als Zeichen für den Erfolg des Madrider EU-LAC-Gipfels wertete Spindelegger das dort beschlossene Assoziierungs- und Freihandelsabkommen mit den Ländern der Region.

Frankreichs Europa-Staatssekretär Lellouche zu Besuch in Wien

Österreich und Frankreich erwägen eine engere Zusammenarbeit der Länder der Alpenregion. Entsprechende Möglichkeiten seien am 21. Mai in Wien bei einer Unterredung zwischen Außenminister Michael Spindelegger und dem französischen Europa-Staatssekretär Pierre Lellouche erörtert worden, teilte das Wiener Außenamt mit. Spindelegger betonte, dass die Kooperation zwischen Wien und Paris sowohl bilateral als auch auf EU- und UNO-Ebene „ausgezeichnet“ funktioniere.

Nach einem Besuch der in Wien ansässigen Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) informierte Lellouche über eine mögliche gemeinsame Bewerbung Deutschlands und Frankreichs um den OSZE-Vorsitz (2012).

WIRTSCHAFT

Finanzminister Pröll bei Euro-Gipfel in Brüssel

Nach dem Rettungsschirm für hochverschuldete Mitgliedstaaten und dem Hilfspaket für Griechenland haben sich die EU-Finanzminister in Brüssel bei einem Gipfeltreffen am 18. Mai und in einer Taskforce am 21. Mai sowohl auf strengere Regeln für Spekulanten als auch auf eine schärfere Kontrolle der nationalen Haushalte sowie härtere Strafen für notorische Defizitsünder verständigt.

So sollen etwa Hedgefonds und deren Manager an die Leine genommen werden, zeigte sich Finanzminister Josef Pröll erfreut. Künftig sollen nur Hedgefonds, die in einem Mitgliedsland die Zulassungsbedingungen erfüllt hätten, auch in den anderen EU-Staaten tätig werden, erklärte Pröll. Für Fonds aus Drittländern sei ein bilateraler Vertrag mit jedem einzelnen Mitgliedstaat geplant. Auch Fragen der Standardisierung, Ausbildung, der Berichtspflichten und staatlichen Aufsicht sollen künftig klar geregelt werden, so Pröll.

Lehren aus der Schuldenkrise rund um Griechenland wurden auch punkto Haushaltspolitik gezogen. Die Taskforce aus Finanzministern und Experten legte einen Fahrplan mit zentralen Zielen fest: Bis zum EU-Gipfel im Oktober soll das Gremium, dem auch Pröll angehört, Vorschläge für eine Verschärfung des Stabilitätspaktes ausarbeiten. Pröll will in Zukunft Defizitsündern mit lascher Budgetplanung und progressiver Schuldenentwicklung rechtzeitig „auf die Finger klopfen“. Durchgriffs- und Sanktionsmöglichkeiten müssten neu definiert werden, fordert Pröll.

Weiters sollen die unterschiedliche Wettbewerbsfähigkeit – vor allem der Euro-Länder – bekämpft und die nationalen Wirtschaftspolitiken besser aufeinander abgestimmt werden.

IMD-Ranking: Österreich verbesserte Wettbewerbsfähigkeit

Österreich hat im internationalen Vergleich an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen. Das geht aus dem Weltjahrbuch der Wettbewerbsfähigkeit 2010 des renommierten Internationalen Instituts für Managemententwicklung (IMD) in Lausanne (Schweiz) hervor. Die Alpenrepublik ist demnach von Rang 16 auf Platz 14 vorge-rückt, während es für Deutschland und auch die USA nach unten ging. Erstmals seit 1993 führen die USA die Liste nicht mehr an. Singapur und Hongkong verdrängten die Amerikaner auf den dritten Platz.

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner sprach von einer „Bestätigung und weiteren Motivation für die Bemühungen zur Umstrukturierung der heimischen Wirtschaft“. Als Stärken Österreichs nennt das IMD die hohe Effizienz der Unternehmen, die große Motivation der Beschäftigten, die hohe Lebensqualität und die ausgezeichnete Gesundheitsinfrastruktur sowie Umweltqualität.

Mit dem Fokus auf innovative Produkte und neue Märkte seien Österreichs Unternehmen gut unterwegs. Die Internationalisierungsoffensive habe den Export wieder angekurbelt. „Wir haben in den vergangenen Monaten die Kontakte in viele Exportmärkte intensiviert. Die Besuche in Japan, Indien, China und Russland waren sehr erfolgreich“, so Mitterlehner.

Chinas Wirtschaftsminister Chen Deming mit großer Delegation in Wien

Der chinesische Wirtschaftsminister Chen Deming hat bei seinem Österreich-Besuch am 19. Mai 17 Verträge in Höhe von 900 Mio. Dollar (724 Mio. Euro) unterzeichnet. Begleitet wurde Chen von einer Wirtschaftsdelegation aus 120 Managern. Es gab Gespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner.

Der Gast aus China zeigte sich speziell an österreichischer Technologie interessiert. „Die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet hat großes Potenzial“, sage Chen. Neben dem Handel (China ist zweitgrößter überseeischer Handelspartner) wolle China österreichische KMU für Investitionen gewinnen, wobei der kürzlich erfolgte Einstieg einer chinesischen Firma bei FACC zeige, wie attraktiv auch Österreich als Investitionsstandort sei.

2009 sei es Österreich gelungen, die Ausfuhren nach China um 7 % zu steigern, betonte Mitterlehner. Aus heimischer Sicht hoffe man vor allem auf Umwelttechnik-Aufträge und Touristen aus China.

Wirtschaftsminister Mitterlehner in Olympia-Stadt Sotschi

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner und Russlands Wissenschaftsminister Andrej Fursenko haben am 20. Mai im russischen Sotschi engere Kooperationen im Handel, bei Investitionen sowie im Energie-Bereich und bei Innovationszentren vereinbart. Ab Herbst werden zudem Lehrer österreichischer Tourismusschulen in Sotschi Gastgewerbeschüler und Trainer für die Olympischen Spiele (2014) ausbilden. Die AUA-Landrechte in Russland wurden bis Ende Oktober verlängert.

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT**Brüssel: Schmied bedauert mangelnde Solidarität bei EU-Bildungszielen**

Die EU-BildungsministerInnen haben sich nicht auf nationale Vorgaben für die EU-Wachstumsstrategie Europa 2020 geeinigt. Bei einem Bildungsrat in Brüssel hat sich Großbritannien gegen die Bekanntgabe nationaler Zielsetzungen gewandt. Österreichs Unterrichtsministerin Claudia Schmied erklärte, es habe zwar den Versuch gegeben, sich auf Kernziele der EU im Bildungsbereich zu verständigen, doch habe Großbritannien nicht zugestimmt. Deshalb gebe es nur eine Empfehlung der spanischen Ratspräsidentschaft, nationale Vorgaben festzuschreiben, „was ich persönlich für sehr schade finde“.

Zu dem konkreten EU-Ziel, die Quote für frühe Schulabbrecher im Rahmen der Strategie EU-2020 auf 10 Prozent zu senken, sagte Schmied, Österreich habe als nationales „vorsichtiges“ Ziel 9,5 Prozent genannt. Die Schulabbrecherquote in Österreich sei in den vergangenen Jahren zwischen 8 und 11 Prozent gelegen. Besser stehe derzeit Polen mit nur 5 Prozent da, am schlechtesten die baltischen Staaten mit fast 16 Prozent.

Die absolute Zahl der SchulabbrecherInnen liege in Österreich bei 60.000. Dazu würden auch jene jungen Menschen zählen, die vor der Matura abspringen würden, keinen mittleren bzw. höheren Schulabschluss hätten. Um solchen Abbrüchen entgegenzuwirken, müsse man schon im Kleinkindalter beginnen – der Kindergarten sei „ein Bildungsgarten“.

Was das Ziel der Hochschulabschlussquote von 40 Prozent betreffe, habe es Zustimmung für den Wunsch Österreichs nach Einbeziehung gleichwertiger Abschlüsse gegeben. Dabei gehe es um die Vergleichbarkeit der Wertigkeit der Abschlüsse in den einzelnen Ländern. Österreich habe bisher eine strenge Zählweise gehandhabt, künftig könnten auch z. B. HTL- oder HAK-Absolventen einbezogen werden. Andere Staaten würden dies als niedrigen tertiären Bildungsabschluss bewerten, womit deren Quote wesentlich höher sei als die österreichische.

Was Österreich betrifft, ist der Ministerin vor allem die Sprachenförderung wichtig. So würden in Wien 50 Prozent der Kinder im Volksschulalter eine andere Muttersprache als Deutsch sprechen. „Gleichzeitig wissen wir durch die demographische Entwicklung, dass wir eine älter werdende Gesellschaft sind und in 15 bis 20 Jahren alle diese Kinder die Zukunft unseres Landes bestimmen“. Daher sei es

wichtig, die deutsche Sprachausbildung zu fördern. „Das sind Kinder, die zu unserem Land gehören“. Sie verwende daher „sehr bewusst den Begriff, den (FPÖ-Chef) Strache für sich in Beschlag nehmen will, nämlich, dass alle Kinder, die hier leben, auch zu unserer Heimat gehören“.

Hohe Ehrung für Bertrand de Billy

Der Chefdirigent des ORF Radio-Symphonieorchesters, Bertrand de Billy, wurde am 12. Mai von Kulturministerin Schmied mit dem Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich ausgezeichnet. Die Verleihung fand im Audienzsaal des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur statt. Die Laudatio hielt der Intendant des Theaters an der Wien, Roland Geyer.

In ihrer Rede betonte Schmied den Einsatz des Dirigenten für die zeitgenössische Musik. Unter seiner Leitung habe sich das RSO Wien zu einem der führenden Orchester Österreichs und auch zu einem international erfolgreichen Ensemble entwickelt.

Bertrand de Billy gehört zu den führenden Dirigenten der internationalen Opern- und Konzertszene. In Paris geboren, erhielt er dort seine Ausbildung, arbeitete zunächst als Orchestermusiker, bald auch als Dirigent mit verschiedenen Pariser Orchestern. Von 1993 bis 1995 wirkte er als Erster Kapellmeister und Stellvertretender GMD am Anhaltischen Theater in Dessau (Deutschland), von 1996 bis 1998 in gleicher Position an der Wiener Volksoper und von 1999 bis 2004 als Chefdirigent am Gran Teatre del Liceu in Barcelona.

Pöllau: Eröffnung des ersten Europäischen Zentrums für Physikgeschichte

Viele Aussagen der Physik scheinen unseren Alltag nicht zu berühren. Doch genau das Gegenteil ist der Fall. Zahlreiche technische Geräte, die wir heute gedankenlos benutzen, beruhen auf Vorgängen, die Physiker ergründet haben.

Unter dem Namen „echophysics“ (European Centre for the History of Physics) eröffnet am 29. Mai das erste Europäische Zentrum für Physikgeschichte im prachtvollen barocken Schloss Pöllau bei Hartberg (Steiermark). Die Sammlung mit wertvollen historischen Geräten wird ganzjährig geöffnet sein.

In den Gewölben aus dem 17. Jahrhundert, errichtet auf den Grundmauern einer ehemaligen Wasserburg, präsentieren die Victor-Franz-Hess-Gesellschaft gemeinsam mit der European Physical Society (EPS), die in 40 Ländern über 100.000 Mitglieder zählt, über

500 faszinierende Objekte, teils auch Dauerleihgaben, an deren Präsentation ein Team von Physikern – vorwiegend emeritierte Professoren und pensionierte Techniker – seit zwei Jahren ehrenamtlich gearbeitet hat.

Jahrzehntelang nicht als europäisches Kulturgut ersten Ranges anerkannte Messgeräte und Experimentiervorrichtungen von den Universitäten werden im ehemaligen Chorherrenstift erstmals zusammengeführt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Dokus, Bilder, Biografien, Filme und Nachlässe von Physikern und Physikerinnen, sowie die didaktische Darstellung wichtiger historischer Experimente, ergänzen die Exponate. Die Schaustücke geben auch beredtes Zeugnis von der Kunstfertigkeit von Handwerkern und Technikern der beiden letzten Jahrhunderte.

Ergänzt wird die permanente Schau durch aktuelle Wechsellausstellungen, deren erste sich dem Thema „Strahlung – der ausgesetzte Mensch“ widmet.

Begleitet wird die Museumseröffnung von einem zweitägigen internationalen Symposium zur Physikgeschichte mit 34 Vortragenden aus 16 EU-Ländern mit dem Titel: „The Roots of Physics in Europe“. www.echophysics.org

Bösendorfer positioniert sich neu

Ende März konnte die Übersiedlung von Verwaltung, Marketing und Teilen des Vertriebes der Klaviermanufaktur Bösendorfer von Wien-Wieden nach Wiener Neustadt planmäßig abgeschlossen werden. Den MitarbeiterInnen stehen hier neue, moderne Büros zu Verfügung. Das gemeinsame Dach von Produktion, Verwaltung und Verkauf soll die Kommunikation und Kooperation der einzelnen Arbeitsbereiche sowie das gemeinsame Verständnis für Produktionsabläufe und Kundenbedürfnisse fördern. Unter Konzerthausbedingungen können Händler und Kunden ab sofort ihre Bösendorfer Flügel und Klaviere auswählen.

Das soeben fertig gestellte Auswahlzentrum in Wiener Neustadt dürfte das Ausschauen und Anspielen der berühmten Instrumente zu einem besonderen Klangerlebnis machen.

Mit der Eröffnung des neuen Zentrums wollen Bösendorfer und Eigentümer Yamaha auf den besonderen – den Wiener Klang – verweisen und die gemeinsamen Stärken der berühmten Firmennamen betonen. Die Investition gerade in schwierigen Zeiten soll am Klaviermarkt Impulse setzen und die Handelspartner in ihrer Verkaufsarbeit unterstützen. Die Kooperation von Bösendorfer und Yamaha eröffnet beiden Marken neue Marktchancen. Bösendorfer kann dabei auf enorme Marketing- und PR-

Ressourcen zugreifen. Das erfolgreiche gemeinsame Auftreten auf den diesjährigen großen Musikmessen in Anaheim und Frankfurt/Main hat in der Branche bereits für Aufsehen gesorgt.

Die Einbindung der Bösendorfer Flügel und Klaviere in das weltweite Vertriebsnetz von Yamaha wird die Präsenz der Bösendorfer Instrumente in allen Regionen der Welt verstärken. Yamaha-Fachleute werden mit speziellen Trainingsprogrammen in die Besonderheiten des Wiener Klanges und der Bösendorfer Instrumente eingeweiht.

Die 182jährige Geschichte des Unternehmens Bösendorfer ist untrennbar mit Wien verbunden. Deshalb wird auch das Engagement des Klavierhauses in den Wiener Konzertsälen sowie im musikalischen Lehrbetrieb der Stadt nahtlos fortgesetzt. Dafür steht eine Flotte von Leihinstrumenten im neuen Bösendorfer Servicezentrum in Wien 10 zur Verfügung.

Auch die Tradition des „Bösendorfer Saales“ wird weitergeführt. In der Domgasse 5 – im Haus mit der einzigen bis heute erhaltenen Wiener Wohnung von Wolfgang Amadé Mozart – wird der „Bösendorfer Saal“ sein neues Zuhause finden. Eine entsprechende Vereinbarung wurde vor kurzem mit der Mozarthaus Vienna Errichtungs- und Betriebsgesellschaft, einem Unternehmen der „Wien Holding“, getroffen.

Das Herzstück Bösendorfers in Wien soll aber der Bösendorfer Stadtsalon bleiben, der seit 1913 im Wiener Musikverein geführt wird. Unter dieser Adresse firmiert das Unternehmen, hier arbeitet der Verkauf für Österreich und der Schweiz, hierher kommen Kaufinteressenten, Künstler, Professoren, Studenten und Freunde des Hauses Bösendorfer zum Gespräch oder auch zu einem privaten Konzert. www.boesendorfer.com

HK Gruber „Komponist des Jahres“ bei Trondheim Kammermusikfestspielen

Der 67jährige österreichische Komponist, Dirigent und Chansonnier HK Gruber ist heuer bei den Trondheim Kammermusikfestspielen (Norwegen) als „Komponist des Jahres“ engagiert.

Hier soll er u. a. sein vermutlich bekanntestes Werk „Frankenstein!!“ nach Texten von H. C. Artmann zur Aufführung bringen und Vorlesungen sowie Meisterklassen halten.

Übrigens ist HK Gruber seit vier Jahren Artist in Residence für zeitgenössische Musik in Örebro (Schweden). Seit Februar wirkt er auch als Hauskomponist und Dirigent des BBC Philharmonic Orchestra.

Das Trondheimer Kammermusikfestival feiert heuer sein 15jähriges Bestehen und findet von 20. bis 26. September statt. Weitere prominente Gäste sind der norwegische Pianist Leif Ove Andsnes, der britische Geiger Daniel Hope, der schwedische Trompeter Hakan Hardenberger.

www.kamfest.no

Österreichisches Kulturforum London startet „Sound Park Austria“

Heiß ist die Londoner Musikszene im Bezirk Camden. „The Forge“ gilt als einer der richtungsweisenden Orte der Stadt. Hier startete am 18. Mai „Sound Park Austria“ – eine neue Veranstaltungsreihe des Österreichischen Kulturforums London. Kuratiert wird „Sound Park Austria“ von dem in London lebenden Tiroler Bassisten Philipp M. Moll.

Ziel ist es, neue Musik aus Österreich abseits der klassischen Genres bekannt zu machen und zugleich den Austausch mit britischen Künstlern zu fördern.

Den Auftakt machten der gleichfalls in London lebende Tiroler Jazz-Gitarrist Hannes Riepler und der Wiener Musiker Andy Manndorff, dessen Trio für Improvisation jenseits bekannter Kategorien steht.

In der zweiten Veranstaltung der Reihe, die unter dem Motto „New Age“ steht, tritt am 13. Juli die Geigerin Mia Zabelka auf. Sie wird dabei auch mit der britischen Harfenistin Rhodri Davies ein Werk des in Wien lebenden Komponisten Radu Malfatti aufführen.

Das Österreichische Kulturforum London hält jährlich rund 150 Veranstaltungen ab. Der Schwerpunkt ist klar auf das zeitgenössische Schaffen gerichtet. Regelmäßig wird jungen Autoren, Musikern und Bildenden Künstlern ein Forum geboten, während man sich bei der Beschäftigung mit Klassikern vor allem auf Neu- und Wiederentdeckungen konzentriert. Das Kulturforum möchte jenseits von rührend-idyllischen Bildern wie sie etwa der „Sound of Music“-Film bietet, ein neues, realistischeres Bild von Österreich entwerfen und jetzt mit „Sound Park Austria“ einen Einblick in die reich differenzierte, lebendige österreichische Musikszene bieten. www.acflondon.org/music

Sensationelle MAK-Schau: Kunst der demokratischen Volksrepublik Korea

Bis 5. September zeigt das Wiener MAK eine der umstrittensten Ausstellungen des Jahres: „Blumen für Kim Il Sung. Kunst und Architektur aus der Demokratischen Volksrepublik Korea“. Zu sehen ist eine mit der Korean Art Gallery getroffene Auswahl von 100 Ölbildern, Tuschalereien und Aquarellen, rund 30 Pla-

katen sowie Architekturentwürfen aus Nordkorea.

Wie MAK-Direktor Peter Noever erklärte, sei die Schau „in keinster Weise als politisches Statement zu sehen, sondern einzig und allein als einzigartige Chance zur Auseinandersetzung mit der idealisierten Kunst der Demokratischen Volksrepublik Korea, die kaum bekannt ist. Mit der Schau im MAK durchbricht die Demokratische Volksrepublik Korea ihre Isolation zumindest hinsichtlich ihrer künstlerischen Produktion“. Die Schau möchte Einblicke „in eine fremde Welt“ gewähren, „die durch den Personenkult um den ‚Ewigen Präsidenten‘ Kim Il Sung und seines Nachfolgers Kim Jong Il bestimmt und von der Chuch‘e-Ideologie geprägt ist“. Dies sei „eine spezifische Interpretation des Sozialismus“ und finde ihren verherrlichenden Ausdruck im Chuch‘e-Turm, dem höchsten Steinturm der Welt, von dem im Auftrag des MAK ein Modell angefertigt wurde.

Ab Juni bietet das MAK, das die Ausstellung in einer Linie mit Präsentationen von sowjetischer und kubanischer Kunst und Architektur sieht, auch ein umfangreiches Rahmenprogramm mit Vorträgen, Filmpräsentationen und einem Symposium. www.MAK.at

Wien Museum Karlsplatz: Wien im Film - Stadtbilder aus 100 Jahren

Das Wien Museum Karlsplatz bringt von 26. Mai bis 19. September einen ungewöhnlichen Ausstellungsparcours mit exemplarischen Sequenzen aus rund 80 österreichischen und internationalen Spielfilmen, die spezifische Bilder der Stadt enthalten – von der Stummfilmzeit bis heute. Berühmte Filme, deren Images in die Stadterinnerung einfließen, sind ebenso vertreten wie nahezu unbekannt. Zu sehen sind u. a. Sequenzen aus „Die freudlose Gasse“ von G. W. Pabst (1925), Willi Forsts „Wiener Blut“ (1942), aus Carol Reeds Klassiker „The Third Man“ (1949), Peter Patzaks „Kassbach“ (1979), aus Richard Linklaters „Before Sunrise“ (1995) und Barbara Alberts sozialkritischem „Nordrand“ (1999).

Die filmischen Darstellungen Wiens reichen von den Palästen der Aristokratie und ihrer bürgerlichen Epigonen über die Kellerquartiere der Elenden, die Mansardenwohnungen der Bohème bis zu den Siedlungen an der Peripherie. Gemeinsam ist vielen Wiener Milieus die Nähe zum sozialen und emotionalen Abgrund. Im Übrigen zeigt das „Kino unter Sternen“ von 2. bis 25. Juli am Karlsplatz viele der Filme, die auch in der Ausstellung vorkommen. www.wienmuseum.at

SPORTPOLITIK

Darabos bei Fragestunde im Parlament: „Finanzierung des Sports gesichert!“

„Die Finanzierung des österreichischen Sports ist von Bundesseite her gesichert“, so Verteidigungs- und Sportminister Norbert Darabos im Rahmen der Fragestunde am 20. Mai im Nationalrat. Die Sportförderung in Österreich hat laut Regierungsprogramm mindestens 60 Millionen Euro jährlich zu betragen.

Minister Darabos hat mit dem Finanzministerium mehr ausverhandelt und erreicht, dass die Sportförderung mindestens 80 Millionen Euro pro Jahr beträgt. „Auch die Dachverbände stufen diesen Betrag als respektabel ein“, so Darabos. Besonders in Anbetracht der Wirtschafts- und Finanzkrise sei dies ein gutes Ergebnis. Den Vorwurf, dass Mittel aus der Landesverteidigung in die Sportförderung transferiert würden, wies der Sportminister aufs Schärfste zurück - die Mittel für die Sportförderung seien klar im Glücksspielgesetz geregelt.

Zur Rolle und den Aufgaben der Dachverbände, z.B. des ASKÖ, des ASVÖ oder der Sportunion, sagte Darabos, dass diese viel für die kleinen Vereine leisten würden. Die Installation von Dachverbänden sei zu begrüßen. Als Beispiel nannte Darabos das Projekt „Kinder gesund bewegen“, welches jungen Menschen in Schulen und Kindergärten Spaß an der Bewegung vermittelt. „Auf diesem Weg kommen Förderungen direkt bei den Kindern an“, so Darabos. Die Zusammenarbeit mit den Dachverbänden sei gut.

Zu den Eckpfeilern der „Sportförderung neu“ sagte der Sportminister, dass er ein Fördersystem wolle, das den Weg „weg vom Gießkannenprinzip, hin zur Förderung der Prime-Sportarten“ ermögliche. Derzeit werden schwerpunktmäßig etwa die Sportarten Fußball oder Eishockey gefördert. Einige Erfolge wie etwa die Ausrichtung der Handball-Europameisterschaft in Österreich wären ohne Sportförderung wahrscheinlich nicht möglich gewesen. Weiters sollten die Sportler noch mehr als bisher in den Mittelpunkt gerückt werden.

Der Sportminister ist zuversichtlich, dass im Parlament eine einstimmige Lösung zur Sportförderung erreicht werde. Zur Frage der Definition von „Prime-Sportarten“ antwortete der Sportminister, dass nicht nur der Erfolg der österreichischen SportlerInnen in der jeweiligen Sportart ein Kriterium sei, sondern z.B. auch die Anzahl der Menschen, die die Sport-

art in Österreich ausüben. Ein Kriterienkatalog werde zur Zeit evaluiert.

Zur Finanzierung der Sportvereine in den Kommunen bekräftigte Darabos, dass diese durch die 80 Millionen Euro Sportförderung abgesichert seien. „Sportvereine bilden die Basis. Wir werden 2010 eine neue Sportförderung entwickeln, diese soll aber erst 2012 in Kraft treten, um die Planbarkeit für die Verbände zu gewährleisten“.

Die Autonomie des Sports sei in Österreich gegeben und auch nicht gefährdet. Die rechtliche Grundlage dafür sei im Regierungsprogramm enthalten und sei außerdem weltweit „common sense“. Auf EU-Ebene wünsche sich der Sportminister, dass eine gemeinsame Sportpolitik formuliert werde.

ÖOC: Darabos fordert lückenlose Aufarbeitung aller offenen Fragen

Auch das ÖOC war Thema bei selbiger Fragestunde. Darabos zu den aktuellen Entwicklungen: „Ich zähle zu jenen Personen, die dafür gesorgt haben, die Ungereimtheiten im Österreichischen Olympischen Comité aufzuklären. Die Vorgänge im ÖOC stellen zweifelsohne den größten Sportskandal der Zweiten Republik dar!“ Die österreichische Sportentwicklung habe keinen Bedarf an Vorfällen wie diesen, so Darabos, der ein weiteres Mal eine lückenlose Aufarbeitung dieses Skandals forderte. Um Vorgänge wie diese in Zukunft zu verhindern, will der Sportminister das Förder- und Kontrollsystem im österreichischen Sport neu gestalten. Darabos sprach sich beispielsweise beim ÖOC für eine anlassbezogene Ausbezahlung der Förderungen aus. Auch das Kontrollsystem im österreichischen Sport erscheint Darabos nicht mehr zeitgemäß. „Für die Neugestaltung habe ich bereits Arbeitskreise mit unabhängigen Sportwissenschaftlern eingesetzt, um die Objektivität zu garantieren“, erklärte er.

Vorbereitungen für Sportkegel-WM in Ritzing laufen bereits auf vollen Touren

Die III. Einzelweltmeisterschaft im Sportkegeln Classic findet von 25. bis 30. Oktober in Ritzing statt. Rund 150 Tage vor Beginn dieses Großevents treten die Vorbereitungen nun in die heiße Phase. Über 400 Aktive aus 15 Nationen werden an diesem Top-Event im Burgenland teilnehmen. Das Burgenland war schon vor zwei Jahren Austragungsort des Weltpokals der Vereinsmannschaften, ebenfalls im Bundesleistungszentrum Ritzing.

INFORMATIONEN AUS ÖSTERREICH

Redaktionsschluss: 7. Juni 2010

Nr. 12/10

INNENPOLITIK

Gleichstellung: Gesetz zur Einkommenstransparenz ab 2011
Frauenbericht 2010
Arbeitsmarkt stabilisiert sich langsam
Burgenland-Wahl 2010: SPÖ bleibt stärkste Kraft

EUROPA INTERNATIONAL

Gaza-Flotte/Israel: Österreichs Staats- und Regierungsspitze bestürzt
Vizekanzler Pröll in Israel
Sloweniens Staatspräsident Türk bei Bundespräsident Fischer
Außenminister Spindelegger bei EU-Westbalkan-Konferenz in Sarajewo

WIRTSCHAFT

Kanzler Faymann: „Unterregulierung hat Wirtschaftskrise ausgelöst“
OECD hebt BIP-Prognose für Österreich
Wintertourismus: Zahl der Gäste hat zugenommen

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT

Digitales Österreich Explorer: Weltweit einzigartiges E-Government Projekt
Staatspreise für Architektur und Nachhaltigkeit vergeben
Nationalbibliothek: Symbolische Übergabe und Rückkauf von NS-Raubgut
Ministerin Karl ehrt Martin Haselböck und 25 Jahre Wiener Akademie
Linz: Schau von Alfred Kubin, Margret Bilger, Emmy Haesele, Clara Siewert
Jüdisches Museum Wien: Ernst Toch

SPORTPOLITIK

Österreich ist federführend im Bereich der Entwicklungspolitik im Sport
Jürgen Melzer im Pariser Semifinale – Sportminister Darabos begeistert
Sommergespräch „frauen.netz.werken“

IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressediens. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz, Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/3, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958, Fax ++43/1/53109-2958, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; <http://www.bundeskanzleramt.at>;
Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet. Herausgegeben vom Bundespressediens-Wien.

INNENPOLITIK

Gleichstellung: Gesetz zur Einkommenstransparenz ab 2011

Künftig sollen Unternehmen die durchschnittlichen Gehälter und Löhne von Frauen und Männern in einem jährlichen Einkommensbericht offenlegen. Eine entsprechende Einigung mit Sozialpartnern und Industriellenvereinigung haben Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Sozialminister Rudolf Hundstorfer am 2. Juni bekanntgegeben. Heinisch-Hosek sprach von einem „wichtigen Schritt in Richtung Gleichstellung“.

Der Entwurf zur gesetzlichen Verankerung der Einkommenstransparenz (im Gleichbehandlungsgesetz) geht in Kürze in Begutachtung. Im Herbst soll das Gesetz im Sozialausschuss des Nationalrats beschlossen werden und per 1. Jänner 2011 in Kraft treten. Vorbild sei das schwedische Modell, erklärte die Frauenministerin. In Schweden würden die geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede 6 % betragen, in Österreich bis zu 18 %.

Ab 2011 soll die Regelung zunächst nur für Großunternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (rund 200 Betriebe) gelten, ab 2012 für Firmen mit über 500 Mitarbeitern (etwa 600 Betriebe), ab 2013 für Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern (1.500 Betriebe) und ab 2014 für Unternehmen mit über 150 Mitarbeitern (2.800 Betriebe oder 41 % aller ArbeitnehmerInnen).

In den Einkommensberichten sollen die Durchschnittsgehälter der Frauen und Männer in den unterschiedlichen Verwendungsgruppen verglichen werden – arbeitszeitbereinigt (hochgerechnet auf Vollzeit) und anonym. Der Bericht wird dem Betriebsrat vorgelegt.

Frauenbericht 2010

In den letzten Jahren hat sich die Situation der Frauen in Österreich zwar in einigen Bereichen verbessert, von einer Gleichstellung mit Männern kann aber nach wie vor keine Rede sein. Das geht aus dem am 28. Mai präsentierten Frauenbericht 2010 hervor. Demnach haben Frauen die Männer in der Bildung teilweise überholt und mehr Frauen denn je sind berufstätig. Gleichzeitig haben sich jedoch die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern vergrößert.

Laut Frauenbericht 2010 verfügen mittlerweile 13,8 % der Frauen über einen Hochschulabschluss, bei den Männern sind es 12,8 %. Der Frauenanteil unter Maturanten beträgt 60 %. Rund sieben von zehn Frauen (68,6 %) sind berufstätig, 1991 waren es erst 62,7 %. Mehr

als verdoppelt hat sich allerdings die Teilzeitquote: Sie betrug 2008 rund 41,5 % (bei Männern 8,1 %). Gründe für Teilzeitbeschäftigung sind vor allem Betreuungspflichten. Rund zwei Drittel der unbezahlten Arbeit (Kinderbetreuung, Haushalt) werden von Frauen erledigt.

Benachteiligt sind Frauen auch bei der bezahlten Arbeit. Daten aus dem Jahr 2007 zufolge verdienen Frauen gemessen am Bruttojahreseinkommen der Männer nur rund 58,4 %, teilzeitbereinigt (nur ganzjährige Vollzeitarbeit wird verglichen) bekommen sie um etwa ein Viertel weniger als Männer. Bis zu 18 % verdienen Frauen weniger, nur weil sie Frauen sind. Die Hälfte der Frauen verdient unter 1.740 Euro brutto (Männer: 2.232 Euro brutto). Der Anteil von Frauen in Führungsetagen der Wirtschaft liegt weiterhin unter 10 %.

Arbeitsmarkt stabilisiert sich langsam

Im Mai waren in Österreich zwar mehr Menschen ohne Arbeit als im Mai 2009, der Anstieg hat sich jedoch deutlich verlangsamt. Laut Zahlen des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz vom 1. Juni waren 227.089 Menschen als arbeitslos registriert – um 22.590 weniger als im April, aber auch um 12.688 (5,3 %) weniger als vor einem Jahr. In Schulungen befanden sich 78.178 Personen (+13.981). Damit hat sich die tatsächliche Arbeitslosigkeit im Jahresabstand um 0,4 % erhöht.

Die Arbeitslosenquote ist nach nationaler Berechnung von 6,9 % im April auf 6,3% im Mai gesunken, nach Eurostat lag sie im April bei 4,9 % und damit am zweitniedrigsten in der EU nach den Niederlanden (4,1 %; EU-Durchschnitt: 9,7 %, Eurozone: 10,1 %). Die Jugendarbeitslosigkeit sank um 10,7 %.

Burgenland-Wahl 2010: SPÖ bleibt stärkste Kraft

Bei der Landtagswahl im Burgenland am 30. Mai hat die SPÖ laut amtlichem Endergebnis 48,3 % (-3,9 %) der gültigen Stimmen erzielt. Damit behält die Partei von Landeshauptmann Hans Niessl die Mehrheit sowohl im Landtag als auch in der Landesregierung. Die ÖVP erhielt 34,6 % (-1,8), die FPÖ 9,0 % (+3,2), die Grünen 4,2 % (-1,1) die LBL (Liste Burgenland) 4,0 % (+4,0).

Mandatsverteilung im Landtag: SPÖ 18 (-1), ÖVP 13 (+/-0), FPÖ 3 (+1), Grüne 1 (-1), LBL 1 (+1). In der Landesregierung bleibt alles beim Alten: 4 Sitze für die SPÖ, 3 Sitze für die ÖVP. Die konstituierende Landtagsitzung ist am 24. Juni.

EUROPA INTERNATIONAL**Gaza-Flotte/Israel: Österreichs Staats- und Regierungsspitze bestürzt**

Mit Bestürzung hat die österreichische Bundesregierung auf die jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten reagiert. Angesichts der blutigen Eskalation könne man nicht dazu schweigen, erklärte Bundeskanzler Werner Faymann nach dem Ministerrat am 1. Juni. Österreich spreche sich vehement für eine unabhängige und lückenlose Aufklärung der Vorgänge bei der gewaltsamen Kaperung der „Solidaritätsflotte“ für Gaza durch Israel aus. Erst danach könne man eine abschließende Bewertung vornehmen. Unabhängig davon sei jedoch jede Art des Blutvergießens und der Eskalation zu verurteilen, betonte der Bundeskanzler.

Faymann sprach den Angehörigen der Opfer sein Mitgefühl aus. Nach der gewaltsamen Erstürmung von Booten durch die israelische Armee vor der Küste des Gaza-Streifens sei die Lage in der Region äußerst ernst. Allen Konfliktparteien müsse nun daran gelegen sein, die Situation wieder zu deeskalieren, mahnte Faymann die Fortsetzung des Friedensprozesses ein. Österreich setze sich auch als Mitglied des UNO-Sicherheitsrates aktiv für ein Ende der Gewalt ein.

Schockiert über die gewaltsame Erstürmung der Gaza-Flotte mit Toten und Verletzten zeigte sich auch Bundespräsident Heinz Fischer. Die jüngste Aktion der israelischen Sicherheitskräfte habe den Friedensbemühungen im Nahen Osten zweifellos Schaden zugefügt. Der Vorfall belege einmal mehr die Dringlichkeit einer umfassenden Lösung für die offenen Probleme in der Region, so Fischer. Vor allem gebe die Lage im Gaza-Streifen durch die von Israel gesetzten rigorosen Absperrungsmaßnahmen Anlass zu großer Sorge, sagte der Bundespräsident. Auch Fischer fordert eine Untersuchung nach internationalen Standards. Tiefe Bestürzung äußerte auch Außenminister Michael Spindelegger und forderte eine rasche und lückenlose Aufklärung. Israel müsse die kontraproduktive Absperrungspolitik gegenüber dem Gaza-Streifen beenden, wie von UNO und EU bereits nachdrücklich und wiederholt gefordert, appellierte Spindelegger.

Vizekanzler Pröll in Israel

Die internationale Finanzkrise und die Sanktionen gegen den Iran standen im Zentrum der Gespräche, die Vizekanzler Finanzminister Josef Pröll am 25. und 26. Mai im Zuge seiner Israel-Visite führte. Begleitet wurde er unter anderem vom Präsidenten der Israelitischen

Kultusgemeinde, Ariel Muzicant. In Jerusalem traf Pröll neben anderen mit Präsident Shimon Peres und seinem israelischen Amtskollegen Yuval Steinitz zusammen. Am Grab von Theodor Herzl („Vater des Zionismus“) und in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem legte er Kränze nieder. Vor allem hier zeigte sich Pröll „tief beeindruckt“. Aufgabe aller nachfolgenden Generationen sei es, der Opfer des Holocaust stets zu gedenken und „alles zu tun“, um derartige Verbrechen für die Zukunft zu verhindern, mahnte Pröll.

Mit Steinitz kam Pröll überein, die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Israel und Österreich insbesondere in den Bereichen High Tech und „grüne Technologien“ zu stärken.

Sloweniens Staatspräsident Türk bei Bundespräsident Fischer

Bei einem privaten Abendessen am 2. Juni in Wien haben Bundespräsident Heinz Fischer und sein slowenischer Amtskollege Danilo Türk unter anderem die Aufstellung zusätzlicher Ortstafeln in Kärnten und weitere Minderheitenfragen erörtert. Diese seien „lebenswichtige Teile unseres bilateralen Verhältnisses“, erklärte Türk. Zur Vereinbarung Sloweniens mit Kroatien, ein internationales Schiedsgericht einzusetzen, um die strittige Grenzfrage in der Bucht von Piran zu klären, unterstrich Türk, diese Vereinbarung zu befürworten. In einem Referendum am 6. Juni hat die slowenische Bevölkerung mehrheitlich für die Einsetzung eines internationalen Schiedsgerichts votiert.

Außenminister Spindelegger bei EU-Westbalkan-Konferenz in Sarajewo

„Das Wichtigste war, dass der serbische und der kosovarische Außenminister an einem Tisch gesessen sind“, resümierte Außenminister Michael Spindelegger nach dem EU-Westbalkan-Treffen am 2. Juni in Sarajewo. Die Europäische Union bekräftigte dort die Erweiterungsperspektive für die Länder der Region (Kroatien, Bosnien, Serbien, Montenegro, Kosovo, Mazedonien, Albanien). Dabei waren auch Vertreter Russlands, der Türkei und Griechenlands sowie EU-Chefdiplomatin Catherine Ashton.

Im Gespräch mit der APA forderte Spindelegger ein Ende der „Balkanmüdigkeit“. Er schlug bei der Konferenz vor, Roadmaps mit konkreten Zeitplänen und Zielen zu erarbeiten. „Das motiviert die Länder, ihre Reformen fortzusetzen“, so Spindelegger.

WIRTSCHAFT**Kanzler Faymann: „Unterregulierung hat Wirtschaftskrise ausgelöst“**

Angesprochen auf Maßnahmen zur Finanzmarktregulierung in Österreich hat Bundeskanzler Werner Faymann in einem Interview mit dem Wochenmagazin „Format“ (3. Juni) auf seinen Vorschlag einer Bankenabgabe verwiesen, welcher der Koalitionspartner zugestimmt habe. Auch punkto Finanztransaktionssteuer herrsche prinzipiell Übereinstimmung. Gebe es dafür keine europäische Lösung, sollte als erster Schritt in Österreich eine nationale Börsenumsatzsteuer ab 2011 eingeführt werden, fordert Faymann.

Orientieren sollte sich eine Bankensteuer an der Bilanzsumme der Banken. Auch der IWF (Internationaler Währungsfonds) und andere Staaten wüssten, dass dies der „einzig machbare und sinnvolle Weg“ sei, argumentiert der Bundeskanzler. Welche Posten von der Berechnungsgrundlage abgezogen werden könnten, etwa Eigenkapital oder Spareinlagen, müsse noch im Detail verhandelt werden.

Reformbedarf bei der Banken- bzw. Finanzmarktaufsicht sieht Faymann allemal. Das hätte sich in mehreren Fällen gezeigt. Mehr Kontrollrechte bei Nationalbank (OeNB) und Finanzmarktaufsicht (FMA) wären sinnvoll. Aber auch bei der Aufsicht über ganze Bundesländer bestünde Handlungsbedarf.

Im Gegensatz zu Befürchtungen der Banken, wonach Überregulierung die Realwirtschaftbremse, ist der Bundeskanzler davon überzeugt, dass die größte Wirtschaftskrise seit den 1930er-Jahren durch eine Unterregulierung der Finanzmärkte ausgelöst worden sei. Dieses Faktum sei unbestritten und daraus müssten die richtigen Lehren gezogen werden, so Faymann. In die Pflicht müssten die Spekulanten genommen werden.

Zur Kritik, wonach Banken die Reformen mittels schlechterer Konditionen an die Kunden weitergeben würden, verweist Faymann auf die gegenteilige Einschätzung der OeNB. Für ihn stehe zudem fest, dass mit einer Bankenabgabe auch der Konsumentenschutz verstärkt werden müsse. „Wir müssen Licht in den Gebührenschlingel bringen, so wie in Schweden, wo es schon eine Bankenabgabe gibt“, sagte der Bundeskanzler in einem „Format“-Interview.

Bei der 38. Volkswirtschaftlichen Tagung der OeNB (31. Mai) hatte Faymann eine „neue ökonomische und soziale Europäische Union“ gefordert. Ebenso notwendig seien bessere Koordination und raschere Reaktion im Krisenfall, wofür gesunde Budgets und stabile Finan-

zen die entscheidende Voraussetzung seien, betonte der Bundeskanzler. Europa brauche gemeinsame Initiativen und effizientere Koordinierung der sozialen Wachstumsstrategien, eine neue Balance zwischen den Menschen und den Märkten, explizierte Faymann.

OECD hebt BIP-Prognose für Österreich

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat ihre Prognose für das österreichische BIP-Wachstum für 2010/2011 von 0,9 % auf 1,4 % bzw. um 0,1 Prozentpunkte auf 2,3 % nach oben revidiert. Damit sieht Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner Österreichs Wirtschaftspolitik bestätigt und den Erfolg der Konjunkturpakete unterstrichen. Diese würden heuer voll wirksam und würden den Strukturwandel unterstützen, betonte Mitterlehner anlässlich der am 26. Mai präsentierten OECD-Konjunkturprognose bis 2011.

Österreich sei gut aufgestellt, „um ein echtes, sich tragendes Wachstum zu schaffen“. Vor allem der wieder angekurbelte Export soll aus Sicht Mitterlehners den Wachstumsvorsprung gegenüber den anderen Euro-Ländern sichern. Da der Inlandskonsum eine Stütze der österreichischen Konjunktur sei, solle die nötige Budgetsanierung „im Rahmen eines ausgewogenen Pakets“ mit „intelligenten“ Sparmaßnahmen erfolgen, fordert Mitterlehner.

Wintertourismus: Zahl der Gäste hat zugenommen

Mit 62,6 Mio. Übernachtungen (minus 0,4 %) wies die Wintersaison 2009/2010 trotz Wirtschaftskrise das drittbeste Ergebnis in der Geschichte des österreichischen Wintertourismus (November bis April) auf. Das besagen die am 26. Mai vorgestellten jüngsten Daten der Statistik Austria. Bei den Ankünften (Zahl der Gäste) gab es mit 15,37 Mio. (plus 1,6 %) sogar einen neuen Rekord.

Zu danken ist dies dem Urlaubsverhalten der Österreicherinnen und Österreicher: Sie buchten um 2,1 % mehr Übernachtungen (14,8 Mio.) – mehr als je zuvor, während bei Ausländern die Übernachtungen um 1,1 % auf 47,8 Mio. zurückgingen. Die Zahl der Nächtigungen von Urlaubern aus Osteuropa (CEE) sank um 0,9 % auf 6,1 Mio.

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner sieht sich durch den steigenden Trend zum „Urlaub daheim“ darin bestätigt, für Tourismuswerbung im Inland extra Mittel frei zu machen.

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT**Digitales Österreich Explorer: Weltweit einzigartiges E-Government Projekt**

Ob es sich um Sicherheitsinformationen, eine Rechtsauskunft oder den Lohnsteuerausgleich handelt: Mit dem ersten E-Government Browser Österreichs ist das virtuelle Amt nur einen Mausklick entfernt.

Nach einer aktuellen Marketagent.com Umfrage wollen die Österreicherinnen und Österreicher bei der Wahl ihres Webbrowsers vor allem Sicherheit (66,9 %), Geschwindigkeit (61,2 %), optimalen Schutz der Privatsphäre (59,6 %) und hohe Funktionalität (59 %). Genau das möchte der Digitale Österreich Explorer rund um alle heimischen E-Government-Themen bieten.

Die Initiative von Digitales Österreich mit Unterstützung von Microsoft Österreich erleichtert den übersichtlichen, raschen und sicheren Zugang zu E-Government Anwendungen. (www.digitales.oesterreich.gv.at/explorer, den kostenlosen Webbrowser herunterladen und damit Österreichs virtuelle Ämter nutzen).

„Österreich ist seit Jahren führend in Europa, wenn es um E-Government geht. Um dessen Beliebtheit in der Bevölkerung weiter zu steigern, braucht es einfache und leicht verständliche Zugänge. Der Digitale Österreich Explorer bietet genau das: Ein Klick und es stehen alle heimischen E-Government Services zur Verfügung – einfach zusammengestellt und gut übersichtlich strukturiert, inklusive einem integrierten Suchfeld und einem Feld für Neuigkeiten. Einfacher und unkomplizierter waren die virtuellen Ämter noch nie“, erläutert Manfred Matzka, Präsidialchef im Bundeskanzleramt.

Der Digitale Österreich Explorer vereint die Vorteile bewährter E-Government-Portale für Unternehmen (USP.gv.at) und Bürger (HELP.gv.at) sowie Online-Amtswege mit der Bürgerkarte, mit der bewährten Sicherheit des meist genutzten Browsers – er basiert auf dem Internet Explorer 8.

Über 1.000 Formulare stehen zum Download zur Verfügung, mehr als 350 Verfahren können direkt online abgewickelt werden. Wichtige E-Government-Anwendungen und – Applikationen wie z. B. FinanzOnline, das Firmenbuch, der Strafregisterauszug oder die Meldebestätigung sind auf einen Klick erreichbar. Außerdem finden sich praktische Services der Partner des Webbrowsers wie etwa die Fahrplanauskunft der ÖBB, eine Ärzte- und Apothekensuche oder Sozialversicherungsleistungen.

Was Sicherheit und Datenschutz betreffen: Sie sind gerade für E-Government Anwendungen wichtig. Der Internet Explorer 8 steht heute an erster Stelle, wenn es um Daten- und System-sicherheit im Web und um den Schutz der Privatsphäre der Anwender geht. Er wurde erst vor kurzem von der TÜV TRUST IT GmbH auf technische Sicherheit geprüft. Auch der Digitale Österreich Explorer wurde begutachtet und verfügt über eine Zertifizierung nach der ÖNORM A7700 – für sicherheitstechnische Anforderungen an Webapplikationen. Dieser international anerkannte Standard belegt erstmals messbar das vorhandene Sicherheitsniveau von Webapplikationen.

Der Digitale Österreich Explorer soll in den kommenden Monaten durch ausgewählte Marketingmaßnahmen einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Das Angebot des Webbrowsers wird laufend erweitert und kontinuierlich den Anforderungen einer modernen Verwaltung angepasst. Die Partnerschaft an der Initiative Digitales Österreich Explorer ist kostenlos. Der Download des Browsers erfolgt über die jeweiligen Partnerseiten. Teilnehmen können alle Partner von Digitales Österreich, das 2005 als übergreifende Plattform der Bundesregierung zur Koordination einer einheitlichen E-Government-Strategie von Bund, Ländern, Städten, Gemeinden und der Wirtschaft gegründet wurde.

Dieses österreichische Modell wurde in Europa beispielgebend, ist seit 2006 an der EU-Spitze und erreichte 2009, bereits zum dritten Mal in Folge, Platz 1 im EU-Ranking und 100 Prozent beim Indikator „Full online availability“ (Siehe auch: www.digitales.oesterreich.gv.at).

Die Microsoft Österreich GmbH ist eine Tochtergesellschaft der Microsoft Corporation/Redmond, U. S. A., des weltweit führenden Herstellers von Standardsoftware. Seit 1991 ist Microsoft mit einer eigenen Niederlassung in Wien vertreten, seit 2006 verfügt das Unternehmen zudem mit Vexcel Imaging über eine F&E-Niederlassung in Graz. An beiden Standorten beschäftigt Microsoft insgesamt rund 330 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Microsoft Österreich kooperiert in Sachen Software mit mehr als 5.000 heimischen Partnerunternehmen. www.microsoft.com

Staatspreise für Architektur und Nachhaltigkeit vergeben

Das Gemeindezentrum St. Gerold (Vorarlberg), die Passivwohnanlage Samer Mösl in Langwied (Salzburg), die Elementarfertigungsanlage Obermayr in Schwanenstadt (Oberösterreich) und die Passivhaus-

Volksschule Mauth in Wels (Oberösterreich) sind die diesjährigen Gewinner des Staatspreises für Architektur und Nachhaltigkeit. Die Auszeichnungen wurden am 27. Mai im Rahmen einer Gala in Wien vergeben.

„Nachhaltig Bauen ist ein wesentlicher Schritt in Richtung Energieautarkie“, meinte Landwirtschafts- und Umweltminister Niki Berlakovich bei der Verleihung. „Österreich zeigt mit den Siegerprojekten einmal mehr, wohin es in Zukunft gehen wird: Die großartigen Beispiele im Wettbewerb (93 Projekte wurden eingereicht, Anm. d. Red.) machen deutlich, dass das Thema an Attraktivität gewinnt und Bauschaffende zunehmend anregt, neue Standards zu setzen“, so der Minister. Die Siegerprojekte bewiesen, dass sich die Begriffe Architektur und Nachhaltigkeit „gegenseitig befruchten und Nachhaltigkeit im Bereich Kunst und Kultur Eingang erhält“, erklärte Jury-Vorsitzender Roland Gnaiger, Architekturprofessor an der Kunstuniversität Linz.

Das Gemeindezentrum St. Gerold sei ein konsequentes Beispiel für Architektur gewordene Nachhaltigkeit, hieß es in der Begründung.

Architekt Andreas Cukrowicz emotional: „Uns ist wichtig, dass ein Gebäude gut riecht und dass man es mag“.

Die Passivwohnanlage Samer Mösl beeindruckte die Jury „mit vielfältigen Qualitätsmerkmalen, insbesondere soziale Leistung des Gebäudes und Wirtschaftlichkeit“. Die Bewohner, darunter viele Menschen mit Migrationshintergrund, seien vorbildlich einbezogen worden. Frau Margarethe Schörghofer, seit dreieinhalb Jahren in der Anlage lebend: „Es ist hell, man muss nicht heizen und es ist immer gute Luft herinnen“.

Die 3.500 Quadratmeter große Elementarfertigungshalle der Firma Obermayr Holzkonstruktionen sei ansprechend, energieeffizient und schaffe einen neuen Standard in der Industriebranche. Die Halle könne durch ihre Bauweise und Dämmung – es wurden Hobelspäne, ein Abfallprodukt der eigenen Produktion verwendet – auf eine Heizung verzichten, sie sei auch „komplett ökologisch abbaubar, sollte sie eines Tages keine Verwendung mehr haben“, so Markus Fischer von F2 Architekten.

In der Passivhaus-Volksschule Mauth wurde für die Jury „soziale, ökologische und pädagogische Verantwortung auf höchster Ebene umgesetzt“. Das Konzept der „Bewegten Schule“, bei dem von vornherein an den Bewegungsdrang der Kinder gedacht wurde, sei Teil des Architekturwettbewerbes gewesen, sagte Karl Pany, Baudirektor der Stadt Wels. Es sei einzigartig, dass zuerst ein pädagogisches Kon-

zept vorliege und das Schulgebäude danach geplant werde, so Bezirksschulinspektorin Barbara Pitzer.

Ein Sonderpreis in der Kategorie „Export“ ging an das Forschungs- und Dienstleistungsgebäude HIT der ETH in Zürich. Es sei ein Beispiel für den Export von Know-how aus Österreich ins nahe Ausland und zeige, wie nachhaltige Architektur den Energiebedarf eines Gebäudes massiv reduzieren könne, hieß es. www.staatspreis.klimaaktiv.at

Nationalbibliothek: Symbolische Übergabe und Rückkauf von NS-Raubgut

Die Restitution geraubter Bücher und Druckschriften aus der Österreichischen Nationalbibliothek (ÖNB) geht in eine abschließende Phase: Am 1. Juni übergab Generaldirektorin Johanna Rachinger im Rahmen einer Gedenkfeier, an der auch Nationalratspräsidentin Barbara Prammer teilnahm, 8.363 in der NS-Zeit geraubte Bücher an den österreichischen Nationalfonds für Opfer des Nationalsozialismus. Bereits in den vergangenen Jahren waren die Rückgaben an die Erben namentlich bekannter Vorbesitzer beinahe abgeschlossen. Nun wurde auch das Raubgut, bei dem keine Erben mehr namhaft gemacht werden konnten, restituiert – und unmittelbar zurückgekauft.

Prammer versprach bei dieser Gelegenheit die Erforschung aller in der Parlamentsbibliothek lagernden Bücher auf ihre Herkunft. Sie betonte auch, dass österreichische Museen, die geraubte Kunstwerke „bis ins 21. Jahrhundert“ ausgestellt hätten, von den NS-Raubzügen profitierten.

„Es ist traurig und beschämend, dass eine so lange Zeit vergehen musste - 65 Jahre - bis die letzten Reste der NS-Raubzüge in der Österreichischen Nationalbibliothek bereinigt werden konnten“, sagte Rachinger. „Gleichzeitig aber bin ich erleichtert, dass damit endlich die unheilvolle Kette von aktiver Verstrickung und Mitschuld während der NS-Zeit und von bewussten Versäumnissen und Verzögerungen in der Nachkriegszeit zu einem Ende gelangt ist“. Eine Institution wie die ÖNB, ein Ort von nationalem Gedächtnis, dürfe dunkle Flecken in der eigenen Geschichte am wenigsten akzeptieren.

Bei dem Druckschriftenkonvolut handelt es sich ausschließlich um Objekte, die keinerlei Hinweise auf ihre ehemaligen Besitzer geben. Es sind überwiegend Bücher aus kleinen Privatbibliotheken emigrierter oder deportierter Wiener Juden, die ohne jedes Verzeichnis per LKW von der Gestapo in die damalige Nationalbibliothek geliefert wurden. Erst 2002 hatte

die ÖNB begonnen, sämtliche Erwerbungen während der NS-Zeit systematisch zu untersuchen. 35.217 Einzelobjekte konnten seither an ihre rechtmäßigen Besitzer zurückgegeben werden. Der nun dem Nationalfonds übergebene und um 135.000 Euro rückgekaufte „erblose“ Bestand beinhaltet u. a. Kinderbücher und wissenschaftliche Standardwerke.

Ministerin Karl ehrt Martin Haselböck und 25 Jahre Wiener Akademie

Anlässlich des 25-jährigen Bestehens der „Wiener Akademie“ wurde dem Gründer und Chefdirigenten Martin Haselböck am 1. Juni das große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich verliehen. Nach einem Konzert des gefeierten Originalklang-Orchesters im Musikverein gratulierte auch US-Schauspieler John Malkovich, der als Jack Unterweger in Haselböcks durch Europa tourendem, strittigem Projekt „The Infernal Comedy“ auf der Bühne steht.

Die Auszeichnung überreichte Wissenschaftsministerin Beatrix Karl, die den Organisten und Professor an der Wiener Musikuniversität als „barocken Schöngest und Ausnahmeführer“ würdigte.

Mit der Wiener Akademie arbeitet Haselböck derzeit auch an einem großen Liszt-Projekt in Raiding (Burgenland), gestaltet seit 1991 einen Zyklus im Musikverein sowie regelmäßige Gastspiele bei internationalen Festivals, wirkt als Wiener Hoforganist und seit der Saison 2005/06 als Music Director des Barockorchesters Musica Angelica in Los Angeles sowie als Leiter des Opernfestivals Reinsberg.

Linz: Schau von Alfred Kubin, Margret Bilger, Emmy Haesele, Clara Siewert

Das Nordico Museum der Stadt Linz zeigt bis 28. August unter dem Titel „Berührungen Begegnungen“ eine einzigartige, faszinierende Ausstellung mit Zeichnungen Alfred Kubins und Werken der ihm seelenverwandten Margret Bilger, Emmy Haesele und Clara Siewert. Trotz ähnlicher rollenspezifischer Sujets, Naturdarstellungen, Vergänglichkeits- und Todesthemen sind die Arbeiten der drei, weniger bekannten Künstlerinnen Aufsehen erregend und stehen in ihrer Originalität und Qualität den Werken Alfred Kubins nicht nach. Er war spätestens seit der Herausgabe der „Weber-Mappe“ (1903) und seines in viele Sprachen übersetzten Romans „Die andere Seite“ (1909) ein renommierter Künstler. Seit 1906 lebte er mit seiner Frau Hedwig zurückgezogen in einem kleinen Refugium in Zwickledt bei Wernstein am Inn. Mit Hermann Hesse, Tho-

mas Mann, Franz Kafka, mit Freunden und Künstlerkolleginnen, wie Emmy Haesele und Margret Bilger, stand er in regem Briefkontakt, um – wie er schrieb – den „Anschluss an die Welt“ aufrecht zu erhalten.

Mit der Grafikerin Emmy Haesele entwickelte sich Anfang der 1930er Jahre, ausgehend von wechselseitiger künstlerischer Inspiration, eine über Jahre andauernde, leidenschaftliche Beziehung. Über diese veröffentlichte die Kunsthistorikerin Brita Steinwendtner 2009 den hervorragenden Roman: „Du Engel, du Teufel. Emmy Haesele und Alfred Kubin – eine Liebesgeschichte“.

Die Ausstellung wird ergänzt durch wertvolle Briefe, mit Widmungszeichnungen Kubins versehene Bücher, Foto- und Tondokumente sowie einem spannenden Begleitprogramm. www.nordico.at

Jüdisches Museum Wien: Ernst Toch

Das Jüdische Museum Wien zeigt von 23. Juni bis 31. Oktober die Ausstellung „Ernst Toch. Das Leben als geographische Fuge“.

1887 in der Wiener Leopoldstadt geboren, zählte Ernst Toch in den 1920er Jahren zu den meist gespielten Komponisten Deutschlands und galt neben Paul Hindemith als ein Hauptvertreter der musikalischen Neuen Sachlichkeit, dessen Werke bei keinem deutschen Avantgarde-Festival fehlen durften. Anlässlich des Berliner Musik-Festivals 1930 wurde er mit Kollegen Hindemith von der New York Times gefeiert, 1932 tourte er erfolgreich durch die USA. Tochs Sprechgesang „Die Fuge aus der Geographie“ faszinierte beim Berliner Festival auch den jungen US-Musiker John Cage, der einige Jahre später – Toch war inzwischen vor den Nazis in die USA geflohen – seine Übersetzung der „Fuge“ dirigierte. Trotz hoher musikalischer Reputation, war Tochs US-Exil beruflich und menschlich ein Desaster – obwohl er drei Oscar-Nominierungen und für seine Dritte Symphonie (von insgesamt sieben) den Pulitzer-Preis erhielt. Auch nach 1945 bekam Toch sein zerrissenes Leben nur schwer auf die Reihe.

Die Ausstellung bietet auch zahlreiche Klangbeispiele, die eine neue Sicht auf das wegweisende Werk eines der wichtigsten österreichischen Komponisten des 20. Jahrhunderts gewährt. Sensationell dürfte ein „Ernst Toch Konzert“ im ORF RadioKulturhaus werden, das einen Querschnitt durch sein Schaffen bietet – mit Mitgliedern des Ensembles „die reihe“, dem Bariton Mathias Hausmann und dem Wiener Motettenchor. www.jmw.at, <http://radiokulturhaus.orf.at/>.

SPORTPOLITIK**Österreich ist federführend im Bereich der Entwicklungspolitik im Sport**

Erstmals findet heuer eine Fußball-WM auf dem afrikanischen Kontinent statt.

Österreich wird beim großen Ballesterer-Konzert der Nationen in Südafrika zwar nicht am grünen Rasen vertreten sein, das heimische Sportministerium leistet aber dennoch als wichtiger internationaler Player auf anderer Ebene wertvolle Beiträge zur nachhaltigen Stärkung der Sportstrukturen in Afrika und der restlichen Dritten Welt.

Die ganze Sportwelt wird von 11. Juni bis 11. Juli auf den afrikanischen Kontinent blicken. Die Fußball-WM 2010 in Südafrika wird nach Hoffnung vieler Menschen ein großer Antriebsmotor für die Entwicklung des krisengeschüttelten Kontinents sein. Tausende Teleobjektive und hunderte Fernsehkameras werden in diesem Monat farbenfrohe, prächtige und wohl auch unvergessliche Bilder und Motive einfangen. Messi, Rooney, Cristiano Ronaldo und Co. werden durch ihre Ballkünste so manches Problem des schwarzen Kontinents für kurze Zeit vergessen machen. Und doch sollte dieser Mega-Event nicht die enormen infrastrukturellen und gesellschaftlichen Probleme überdecken, die in Afrika, aber auch in der restlichen Dritten Welt, für gewöhnlich den Lebensalltag dominieren.

Schon seit Jahren ist Österreich daher federführend an der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Entwicklungspolitik tätig. Das Thema „Sport und Entwicklungspolitik“ wurde anlässlich des Internationalen Jahres des Sports und der Sporterziehung der UNO 2005 forciert und ist seitdem Gegenstand umfassender politischer, humanitärer und finanzieller Bemühungen. „Sport und Entwicklungspolitik“ bildete auch ein Schwerpunktthema der Österreichischen EU-Ratspräsidentschaft 2006. Österreich ist zudem Gründungsmitglied der Internationalen Arbeitsgruppe Sport für Entwicklung und Frieden. Die Arbeitsgruppe umfasst Regierungen, UN-Agenturen, Athleten und internationale NGOs.

Auf Initiative Österreichs wurde der Themenbereich „Die Förderung des Einsatzes von Sport als Instrument der Entwicklungspolitik der EU“ in das Weißbuch der EU-Kommission aufgenommen. Die Republik stellt jährlich 120.000 € an Fördermitteln für die Umsetzung der verschiedensten Sport- und Entwicklungsprojekte zur Verfügung.

Als Projekte werden insbesondere Vorhaben zur Entwicklung und Umsetzung von Metho-

den und Maßnahmen zur Konfliktprävention, Traumabewältigung und zur Friedenssicherung (Peacebuilding) in Krisengebieten für eine nachhaltige Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit unterstützt. Als Projektträger fungieren ausschließlich erfahrene internationale Organisationen, die auch Nachhaltigkeit und Kontinuität nach Ende des Förderzeitraums sicherstellen können.

Seit 2008 ist das Sportministerium übrigens in enger Zusammenarbeit mit seinen Projektpartnern beim „Tag des Sports“ am Wiener Heldenplatz mit einer eigenen Pagode zum Thema „Sport und Entwicklungszusammenarbeit“ vertreten. Wer sich genauer über die Details informieren möchte, ist herzlich zur zehnten Ausgabe des „Tags des Sports“ am 25. September am Wiener Heldenplatz eingeladen.

Jürgen Melzer im Pariser Semifinale – Sportminister Darabos begeistert

Begeistert zeigte sich Sportminister Norbert Darabos vom hervorragenden Kampfgeist von Tennis-As Jürgen Melzer bei den French Open, wo ihm der Einzug ins Halbfinale gelang. Er bezwang in fünf Sätzen den serbischen Weltranglistendritten Novak Djoković, der schon zwei zu null Sätze geführt hatte. Erst Rafael Nadal, der spätere Roland Garros-Sieger, konnte den entfesselt spielenden Österreicher stoppen. Darabos: „Jürgen Melzer ist der wohl größte Erfolg in seiner sportlichen Karriere gelungen. Mit Nervenstärke, Power-Tennis und einem sehr variantenreichen Spiel hat Österreichs Nummer Eins absolut verdient das Halbfinale erreicht, wo er auch gegen Rafael Nadal ausgezeichnete Figur machte. Die Auftritte Melzers haben die Begeisterung für den Tennissport in Österreich wieder neu entfacht. Ich gratuliere sehr herzlich zu diesem Riesenerfolg und wünsche Jürgen Melzer auch für die nächsten Turniere alles Gute!“

Sommorgespräch „frauen.netz.werken“

Ein BSO-Sommorgespräch samt Podiumsdiskussion unter dem Titel „frauen.netz.werken“ findet am 9. Juni, ab 19 Uhr, im Haus des Sports statt. Dort werden u. a. Herta Mikesch, Vorsitzende der BSO-Kommission „Frauen im Sport“, Ilse Dippmann, die Initiatorin des Österreichischen Frauenlaufs, und Heidi Vitéz, Sprecherin Frauennetzwerk im OÖ Presseclub, über aktuelle frauenspezifische Fragen diskutieren. Die Moderation wird die ORF-Redakteurin Gabriela Jahn übernehmen.

Im Rahmen dieser Veranstaltung wird auch die Ehrung zum frauenfreundlichsten Sportverein vorgenommen.

INFORMATIONEN AUS ÖSTERREICH

Redaktionsschluss: 21. Juni 2010

Nr. 13/10

INNENPOLITIK

Novelle zum IG-Luft passierte Ministerrat
Kanzler Faymann: Müssen in Qualität der Bildung investieren
Familienbericht 1999 bis 2009
Nationalrat beschloss ORF-Gesetz

EUROPA INTERNATIONAL

Bundeskanzler Faymann bei EU-Gipfel in Brüssel
Bundeskanzler Faymann in Israel
Premiers von Griechenland und Ungarn bei Weltbank-Treffen in Wien
EU akzeptiert Gen-Anbauverbot in Österreich
Global Peace Index: Österreich vierthfriedlichstes Land der Welt

WIRTSCHAFT

OeNB-Prognose: Österreichs Wirtschaft wächst 2010 um 1,6 Prozent
35 Mio. Euro für „Förderaktion Photovoltaik“ 2010
Wiener Börse steigt mit 20 Prozent bei CEGH ein
Neue Siemens-City in Wien

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT

Zur Fußball-WM: Spindelegger eröffnet Afrika-Schau im MuseumsQuartier
Zum Tod von Hans Dichand
Schönbrunn: „Sommernachtskonzert“ der Wiener Philharmoniker bejubelt
Ehrendeniträger André Rieu spielt ab 2011 vor dem Schloss Schönbrunn
Franz Kafka-Preis an Václav Havel
Alpenvereins-Ausstellung für Europäischen Museumspreis 2010 nominiert
WAGNER: WERK Museum Postsparkasse: Architektur des Roten Wien

SPORTPOLITIK

Förderreform ist voll im Gange: Gute Fortschritte bei Klausur im Burgenland
Große Unterstützung des BMLVS für die Special Olympics in St. Pölten
Sportminister Darabos gratuliert dem Herren-Handballteam zur WM-Quali
Fußball-Stadtweltmeister werden gekürt

IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressediens. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz, Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/3, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958, Fax ++43/1/53109-2958, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; <http://www.bundeskanzleramt.at>; Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet. Herausgegeben vom Bundespressediens-Wien.

INNENPOLITIK**Novelle zum IG-Luft passierte Ministerrat**

Der Ministerrat hat am 15. Juni unter anderem die Novelle des „Immissionsschutzgesetzes Luft“ (IG-Luft) beschlossen. Damit wird nicht nur die neue EU-Luftqualitätsrichtlinie umgesetzt, sondern werden erstmals die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Länder mehr Kompetenzen und Möglichkeiten für Lenkungsmaßnahmen zur Schadstoff- und Feinstaubreduktion an Verkehrsrouten und in Ballungszentren erhalten. Für die Schaffung von so genannten Umweltzonen – Fahrverbote für Fahrzeuge mit hohem Schadstoffausstoß – wurden einheitliche Standards festgelegt. Genaue Kriterien für die Kennzeichnung der Fahrzeuge nach Abgasklassen müssen noch definiert werden. Erstmals soll es auch ein Grenzwertsystem für den extrem gesundheitsschädlichen Feinstaub PM 2,5 geben. Das Gesetz soll noch vor der Sommerpause im Nationalrat beschlossen werden.

Grünes Licht gab es im Ministerrat auch in Sachen Ärzte-GmbH. Ziel sei es, so Faymann, die medizinische Versorgung effizient und uneingeschränkt sicher zu stellen. Demnach können Ärztegemeinschaften künftig die bisher überlasteten Spitalsambulanzen entlasten und den Patienten flexiblere Öffnungs- bzw. kürzere Wartezeiten bieten. Profitieren wird davon auch der ländliche Bereich durch besser abgestimmte Versorgung.

Kanzler Faymann: Müssen in Qualität der Bildung investieren

Die Bundesregierung habe „Wort gehalten, die Ausbildungsgarantie greift“, betonte Bundeskanzler Werner Faymann nach dem Ministerrat am 8. Juni. Die jüngsten Daten zu Jugendbeschäftigung und Lehrlingsausbildung würden zeigen, dass Österreich europaweit nicht nur die zweitniedrigste Jugendarbeitslosigkeit habe (Mai 2010: -10,7 % gegenüber dem Vorjahresmonat), sondern auch die geringste Dauer der Arbeitslosigkeit insgesamt vorweise (durchschnittlich drei Monate), so Faymann.

Erstmals seit Beginn der Krise vor zwei Jahren steige in Österreich die Beschäftigung, während die Arbeitslosigkeit zurückgehe (Mai 2010: -5,3 % unter dem Vorjahr). Das sei auch auf die außerbetrieblichen Lehrstellen zurückzuführen, denn die Anzahl der Lehrstellen in den Betrieben selbst sei in diesem Zeitraum um 4 % gesunken. „Die Ausbildungsgarantie hat bewirkt, dass jeder, der jetzt eine Lehrstelle

sucht, bis Herbst eine gefunden haben wird“, erklärte der Bundeskanzler.

Gebot der Stunde sei es, in die Qualität der Bildung zu investieren, forderte Faymann. Um Defizite auszugleichen müsse bereits im Vorschulalter angesetzt werden. Auch die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen sowie der Ausbau von Ganztagschulen seien nötig.

Familienbericht 1999 bis 2009

Familienstaatssekretärin Christine Marek hat am 14. Juni den Familienbericht für die Jahre 1999 bis 2009 präsentiert. Als Erfolg verbuchte Marek, dass Österreich „ein verlässliches Familienland“ bleibe und österreichische Standards in vielen Bereichen als Maßstab für andere europäische Länder gelten könnten. Im europäischen Vergleich liege Österreich mit hohen monetären und sachbezogenen Familienleistungen im Spitzenfeld.

Forcieren müsse man allerdings die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, unterstrich Marek einen der zentralen Eckpunkte auf der familienpolitischen Agenda. Dieser Aspekt sei entscheidend für die Geburtenrate. Es müsse daher bessere Rahmenbedingungen für Kinder geben. Eine Reihe von Maßnahmen sei bereits gesetzt worden, darunter das 2002 eingeführte Kinderbetreuungsgeld, das nunmehr in vier Pauschalvarianten und seit Jänner 2010 auch in einer einkommensabhängigen Variante bereitstehe. Weitere Maßnahmen waren laut Marek die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten und der Ausbau der institutionellen Kinderbetreuung.

Laut Prognose wird die Zahl der Familien bis 2050 um rund 12 % auf 2,6 Mio. anwachsen. 2007 waren es 2,3 Millionen. Der Anteil an kinderlosen Ehepaaren wird steigen, jener an Paaren mit Kindern sinken.

Nationalrat beschloss ORF-Gesetz

Der Nationalrat hat am 17. Juni mit den Stimmen der Regierungsparteien SPÖ und ÖVP sowie der FPÖ das ORF-Gesetz beschlossen. Damit wurde das Fundament für eine verfassungsrechtlich unabhängige Medienbehörde gelegt. Wichtigster Aspekt für den ORF selbst ist die Gebührenrefundierung. Dieser bekommt 160 Mio. Euro an zusätzlichen Gebührengeldern, verteilt auf vier Jahre. Voraussetzung ist allerdings, dass die neue Medienbehörde die Struktur- und Sparmaßnahmen ausreichend erfüllt sieht. So müssen unter anderem ein neuer Spartenkanal für Politik und Kultur etabliert und der Anteil österreichischer Filme und Serien im Programm erhöht werden.

EUROPA INTERNATIONAL

Bundeskanzler Faymann bei EU-Gipfel in Brüssel

Die 27 EU-Staats- und Regierungschefs haben sich am 17. Juni bei ihrem Gipfeltreffen in Brüssel auf die Einführung einer Bankenabgabe geeinigt. Damit sollen die Banken, die für ihre Rettung über 1.200 Mrd. Euro erhielten, nun ihrerseits die Kosten der Krise mittragen. Zu diesem Zweck soll ein „System von Abgaben und Steuern für Finanzinstitute“ installiert werden. Strukturelle Details sind noch offen.

Beim G20-Gipfel Ende Juni in Toronto will die EU eine weltweite Bankenabgabe fordern. Sollte dies scheitern, werde Europa im Alleingang handeln, lautet die Botschaft.

Punkto Finanztransaktionssteuer steht eine EU-Soloaktion hingegen nicht zur Debatte: Jene Steuer wäre unter den Mitgliedstaaten nur dann mehrheitsfähig, sollte sie global eingeführt werden. Somit scheint das Thema Finanztransaktionssteuer zumindest fürs Erste vom Tisch zu sein, da seitens der G20-Partner keine Zustimmung zu erwarten ist. Deutschland, Frankreich, Luxemburg und Österreich hatten sich für eine allfällige EU-Lösung eingesetzt.

Geeinigt haben sich die EU-Länder unterdessen auf die Veröffentlichung von Banken-Stresstests, die die großen systemrelevanten Institute betreffen. Damit sollen Vertrauen geschaffen und die Finanzmärkte beruhigt werden. Bundeskanzler Werner Faymann begrüßte diesen Beschluss. In Österreich seien diese Tests bereits gemacht worden oder im Fertigwerden. Veröffentlichten sollte man diese spätestens in zwei Wochen, „um zu zeigen, wie stark das System in Europa ist“, sagte der Bundeskanzler.

Verabschiedet wurde beim EU-Gipfel in Brüssel zudem die neue Wirtschaftsstrategie „Europa 2020“: Sie soll durch Förderung von Forschung, Bildung und Klimaschutz für mehr Wachstum und Beschäftigung sowie weniger Armut sorgen. Beschlossen wurden weiters eine Verschärfung des Euro-Stabilitätspakts und die Überwachung der nationalen Haushaltsdaten. Grünes Licht gab es für Estlands Beitritt zur Eurozone mit 1. Jänner 2011.

Bundeskanzler Faymann in Israel

Bundeskanzler Werner Faymann absolviert vom 23. bis 24. Juni einen Arbeitsbesuch in Israel. Auf dem politischen Programm stehen unter anderem Gespräche mit dem israelischen Präsidenten Shimon Peres sowie mit Ministerpräsident Benjamin Netanyahu, Außenminister Avigdor Liberman und Oppositionsführerin

Tzipi Livni. Zentrales Thema ist der Friedensprozess in Nahost, ein Schwerpunkt der österreichischen Außenpolitik. In Jerusalem besucht Faymann das Grab von Theodor Herzl, „Vater des Zionismus“, und die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, wo er aus Österreich stammende Pensionisten trifft.

Bei einer Kurzvisite in den palästinensischen Autonomiegebieten sind in Ramallah Gespräche mit Präsident Mahmoud Abbas und Ministerpräsident Salam Fayyad vorgesehen.

Premiers von Griechenland und Ungarn bei Weltbank-Treffen in Wien

Das Treffen des internationalen Bankenverbands (Institute of International Finance/IIF) in der Wiener Hofburg (9. bis 11. Juni) stand ganz im Zeichen der Schuldenkrise. Erörtert wurden unter anderem die globale Koordination von Wirtschaftspolitiken und die zunehmende Bedeutung der Emerging Markets. Unter den prominenten Polit- und Finanzgrößen aus aller Welt waren neben heimischen Top-Bankern, EZB-Chef Jean-Claude Trichet oder dem schon legendären US-Finanzinvestor George Soros auch die Ministerpräsidenten von Ungarn und Griechenland, Viktor Orban und Giorgos Papandreou. Bundeskanzler Werner Faymann empfing beide Regierungschefs zu bilateralen Gesprächen.

EU akzeptiert Gen-Anbauverbot in Österreich

Die EU lässt Mitgliedstaaten ab 13. Juli selbst über den Anbau gentechnisch veränderter Organismen (GVO) entscheiden und akzeptiert damit auf Dauer auch Österreichs Gen-Anbauverbot. „Staaten, die GMO-frei sind, können es bleiben“, freute sich Landwirtschaftsminister Nikolaus Berlakovich nach einem Treffen mit den zuständigen EU-Kommissaren am 11. Juni in Brüssel. Künftig soll eine simple Erklärung für das Verbot ausreichen. Die De-facto-Zuständigkeit der Mitgliedstaaten soll rechtlich abgesichert werden.

Global Peace Index: Österreich vierth-friedlichstes Land der Welt

Österreich ist einem neuen Ländervergleich zufolge das vierth-friedlichste Land der Welt. An der Spitze der von der Economist Intelligence Unit (EIU) erstellten Vergleichsstudie liegt Neuseeland, gefolgt von Island und Japan. Schlusslicht ist wie bisher der Irak. Ausschlaggebend waren Faktoren wie politische Stabilität und die Achtung vor Menschenrechten. 2008 lag Österreich noch auf Platz 10.

WIRTSCHAFT

OeNB-Prognose: Österreichs Wirtschaft wächst 2010 um 1,6 Prozent

Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) geht in ihrer am 14. Juni präsentierten gesamtwirtschaftlichen Prognose davon aus, dass die heimische Wirtschaft heuer real um 1,6 % wächst, nachdem man 2009 ein Minus von 3,4% verzeichnet hatte. 2011 und 2012 wird sich das Wachstum laut Schätzung der Notenbank auf 1,8 % bzw. 2,1 % beschleunigen. Entgegen der Prognose im Dezember 2009 würden sich die Konjunkturaussichten nun vor allem wegen der rascheren Erholung des Welt Handels sowohl für heuer (+0,4 Prozentpunkte) als auch für 2011 (+0,2) günstiger darstellen, so die OeNB. Die Notenbank ist damit optimistischer als die Experten von Wifo (Wirtschaftsforschungsinstitut) und IHS (Institut für Höhere Studien) sowie die EU-Kommission, die für 2010 unisono ein BIP-Wachstum von 1,3 % prognostizieren. Für 2011 rechnete die EU-Kommission Anfang Mai mit einem Plus von 1,6 %, Wifo und IHS hatten Ende März ein Wachstum von 1,4 % bzw. 1,7 % erwartet. Die mittelfristigen Wachstumsaussichten schätzt die OeNB laut ihrem Gouverneur Ewald Nowotny jedoch als „gedämpft“ ein. Bei den Exporten rechnet die OeNB nach einem 15-prozentigem Rückgang 2009 heuer wieder mit einem Zuwachs von 4,6 %. 2011 werde es bei den Ausfuhren ein Plus von 5,4 %, 2012 einen Anstieg um 6,1 % geben. Für den Arbeitsmarkt erwartet man keine nachhaltige Trendwende. Die Teuerung werde wegen der hohen Energiepreise im März und April steigen. Für 2010 geht die OeNB von einer Inflationsrate in Höhe von 1,7 % aus.

35 Mio. Euro für „Förderaktion Photovoltaik“ 2010

Mit 35 Mio. Euro stehen 2010 im Rahmen der „Förderaktion Photovoltaik“ um 75 % mehr Mittel zur Verfügung als 2009 (20 Mio. Euro). Gleichzeitig wurde die Förderung je installiertem Kilowatt faktisch halbiert. Damit können heuer 5.500 neue Anlagen von privaten Hausbauern gefördert werden – statt etwa 1.900 in der Vorjahresaktion, wie Umweltminister Nikolaus Berlakovich und der Geschäftsführer des Klima- und Energiefonds, Ingmar Höbarth, am 10. Juni in einer gemeinsamen Pressekonferenz mitgeteilt haben. Berlakovich betonte, dass noch nie so viel Geld für die Förderung der Photovoltaik bereit gestanden sei. Die Förderaktion leiste einen wichtigen Beitrag zur Erreichung des Klima-

schutzzieles, den Anteil erneuerbarer Energie auf 34 % zu steigern. Mehr erneuerbare Energie sei die richtige Antwort auf das „Tschernobyl der Ölindustrie“, das sich gerade im Golf von Mexiko abspiele, so der Umweltminister. Mit dem Geld könne man heuer rund 26 MW Maximalleistung (peak) installieren, im Vorjahr seien es 8.400 kW gewesen, rechnete Klimafonds-Chef Höbarth vor. Die Förderung solle einen Umsatz von 110 Mio. Euro in Bewegung setzen. Man rechnet damit, dass die durchschnittliche Förderhöhe je Antrag über 6.000 Euro liegen wird.

Die Förderung richtet sich ausschließlich an Privathaushalte für eine Maximalleistung von fünf Kilowatt. Pro Kilowatt werden bei freistehenden oder auf vorhandenen Dächern installierten Anlagen bis zu 1.300 Euro gezahlt. Der Klimafonds selbst fördert maximal 30 % der Investitionskosten, allerdings kann die Förderung mit Landesförderungen kombiniert werden, womit die Gesamtförderung auf bis zu 50 % der Investitionssumme oder 2.400 Euro je kW Maximalleistung steigt.

Wiener Börse steigt mit 20 Prozent bei CEGH ein

Die Wiener Börse AG beteiligt sich mit 20 % am Gashandelsplatz CEGH (Central European Gas Hub AG). Der Öl- und Gaskonzern OMV und die Wiener Börse würden damit ihre erfolgreiche Kooperation fortsetzen, erklärten die beiden Unternehmen am 17. Juni. Der CEGH ist als eine Tochter der OMV Gas & Power GmbH eine der wichtigsten Handelsplattformen für Erdgas in Kontinentaleuropa. 2009 erreichte der CEGH ein Handelsvolumen von etwa 2 Mrd. Kubikmetern im Monat. Der wichtigste Handelspunkt des CEGH ist mit dem Gasverteilerknoten Baumgarten auch eine wichtige Drehscheibe für den Gastransit in Zentraleuropa. Die Bedeutung von Baumgarten soll in den kommenden Jahren durch Anknüpfung neuer Pipelines wie „Nabucco“ und „South Stream“ weiter steigen.

Neue Siemens-City in Wien

Bundespräsident Heinz Fischer hat am 11. Juni bei der Eröffnung der neuen „Siemens City“ in Wien-Floridsdorf betont, dass der Weltkonzern mit dem 150-Mio.-Euro-Bau beweise, wie sehr es sich lohne, in Wien bzw. Österreich zu investieren. Neuer Siemens-Österreich-Chef ist Wolfgang Hesoun (Porr). Er tritt ab 1. Juli die Nachfolge Brigitte Ederers an, die in den Siemens-Vorstand nach München berufen wurde.

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT**Zur Fußball-WM: Spindelegger eröffnet Afrika-Schau im MuseumsQuartier**

Wenige Tage vor Anpfiff der Fußball-Weltmeisterschaft eröffnete Außenminister Michael Spindelegger mit MuseumsQuartier (MQ)-Geschäftsführer Wolfgang Waldner und dem Botschafter der Republik Südafrika, Xolisa Mfundiso Mabongo, die Ausstellung „Ke Nako Afrika – Afrika jetzt!“ Die Ausstellung ist das Herzstück der gleichlautenden Veranstaltungsreihe, die von der Austrian Development Agency (ADA) mit dem Wiener Institut für den Internationalen Dialog und Zusammenarbeit (VIDC) und der Afrika-Vernetzungsplattform (AVP) initiiert wurde. Dabei werden unterschiedliche Aktivitäten von Bildungs-, Kultur- und zivilgesellschaftlichen Organisationen in ganz Österreich unter ein Dach gebracht.

„Wir wollen die Fußball-Weltmeisterschaft und die dadurch entstehende Aufmerksamkeit für Afrika nutzen, um zu einem zeitgemäßen Afrika-Bild beizutragen – eines jenseits von Klischees, Kriegen und Katastrophen. Es geht vor allem darum, das junge, kreative und moderne Afrika kennenzulernen. Denn auch das ist unsere Aufgabe in der Entwicklungszusammenarbeit: Sensibilisierung der Menschen in Österreich und Zusammenarbeit auf partnerschaftlicher Basis, sowohl hier bei uns als auch in den Partnerländern“, so Spindelegger.

Die Ausstellung vermittelt einen Eindruck über das alltägliche Leben in Afrika. Auf einer virtuellen Ebene erleben die BesucherInnen durch Fotos, Filme und Musik ein Afrika, das sie vielleicht bisher nicht kannten. Die Bandbreite reicht von Themen des Alltags, urbanem Leben und Freizeit bis hin zu Lifestyle und Mediennutzung.

Ausstellungsort ist bis 11. Juli der MQ-Hauptthof, wo der Container täglich von 12 bis 20 Uhr frei zugänglich ist. Begleitet wird die Schau von einem umfangreichen Rahmenprogramm, das von traditionellen Songs, Poetry und Rap bis zu zeitgenössischer Tanzperformance und Akrobatik reicht. Auch Otto Lechner & Windhunde werden am 28. Juni aufspielen, bevor sie weiter nach Ostafrika reisen.

www.museumsquartier.at,

www.entwicklung.at, www.kenako.at

Zum Tod von Hans Dichand

Hans Dichand, einer der bedeutendsten Zeitungsmacher der österreichischen Nachkriegszeit, ist am 17. Juni 89-jährig in Wien verstorben. 1959 holte er die von den Nazis einge-

stellte „Kronen Zeitung“ aus der Versenkung und machte das – von Kritikern oft als klein-geistig und populistisch eingestufte - kleinformatige Blatt zur auflagenstärksten Zeitung Österreichs. 1988 schloss sich die „Krone“ mit dem „Kurier“, an dem sich die deutsche Verlagsgruppe WAZ mit rund 49 Prozent beteiligt hatte, zu einem bis heute marktbeherrschenden Konzern, der Mediaprint, zusammen. Die WAZ ist auch seit Ende der 80er Jahre Hälfteigentümer der „Krone“. Die Anteile hatte sie von Dichands ehemaligem Partner Kurt Falk erworben. Zuletzt wird in Wien immer wieder kolportiert, dass sich die „Krone“ mit Hilfe von Raiffeisen demnächst von der WAZ freikaufen könnte.

Hans Dichand hinterläßt drei Kinder – „Krone“-Chefredakteur Christoph, Michael Johanna – und war mehrfacher Großvater. Der Medienmogul galt als einer der bedeutendsten Kunstsammler Österreichs und wohnte in einer von Wilhelm Holzbauer entworfenen Villa im Kaasgraben in Wien-Döbling.

Zum Ableben von Hans Dichand sagte Bundeskanzler Werner Faymann u. a.: „Etwa drei Millionen Leserinnen und Leser halten und hielten der ‚Kronen Zeitung‘ über Jahre hinweg die Treue, was weltweit beispiellos ist. Gelingen konnte das nur durch die besondere Bindung zwischen Leser und Zeitung und dem regen Meinungsaustausch, dem durch umfangreiche Leserbriefseiten Raum gegeben wird. Ich schenke beim Lesen der ‚Kronen Zeitung‘ den Leserbriefseiten besondere Aufmerksamkeit. Die Leser selbst zu Wort kommen zu lassen und somit den Kontakt zwischen Zeitung und Leser zu verdichten, ist bestimmt eine der Ideen, die die ‚Krone‘ so erfolgreich gemacht haben. Ohne Hans Dichand und seine jahrzehntelangen Weggefährten wäre die Erfolgsgeschichte der Zeitung nicht vorstellbar“. Der Landeshauptmann der Steiermark, Franz Voves, meint vor den anstehenden Wahlen: „Ich lese diese Zeitung seit acht Monaten nicht mehr“. Er trete vor allem gegen die Kandidaten der anderen Parteien an und nicht gegen die von der „Krone“ veröffentlichte Meinung.

Schönbrunn: „Sommernachtskonzert“ der Wiener Philharmoniker bejubelt

Das Wetter konnte nicht schöner sein, der Nachthimmel nicht klarer: Am 8. Juni gaben die Wiener Philharmoniker im Schönbrunner Schlosspark ihr schon traditionelles „Sommernachtskonzert“ bei freiem Eintritt. Mehr als 100.000 Menschen waren live dabei, obwohl das Konzert von ORF2 und 3sat übertragen wurde. Unter dem Motto „Mond – Planeten –

Sterne“ waren Werke von John Williams („Star Wars“-Filmmusik), Gustav Holst („Mars“), Otto Nicolai, Josef Lanner, Josef und Johann Strauß zu hören. Es dirigierte der designierte Generalmusikdirektor der Wiener Staatsoper, Franz Welser-Möst, in Abwesenheit des schon seit längerer Zeit schwer erkrankten Seiji Ozawa, der die Idee zur Interpretation der „Star Wars“-Musik hatte. Franz Liszts Klavierkonzert Nr. 2 wurde von Yefim Bronfman gespielt.

Dem Konzert wohnte auch die Staats- und Regierungsspitze bei – Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Werner Faymann, Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll, zahlreiche weitere Regierungsmitglieder und auch Altbundeskanzler Wolfgang Schüssel, der vor dem Konzert in der Orangerie noch seinen 65. Geburtstag gefeiert hatte. Das „Konzert für Österreich“ mit den Wiener Philharmonikern im Schönbrunner Schlosspark war übrigens vor Jahren seine Idee.

Das nächste „Sommernachtskonzert“ geben die Wiener Philharmoniker bei freiem Eintritt am 2. Juni 2011.

Ehrenzeichenträger André Rieu spielt ab 2011 vor dem Schloss Schönbrunn

Vor dem Schloss Schönbrunn gibt der niederländische Geiger André Rieu mit seinem „Johann Strauß-Orchester“ am 1. Juli 2011 ein Open-Air-Konzert. Der Kartenverkauf hat schon am 4. Juni 2010 begonnen. Vor kurzem hat er in der Wiener Stadthalle mit seiner Walzershow begeistert. Zumindest für drei Jahre soll der jährliche Wien-Gig von der Stadthalle nach Schönbrunn wandern und von ORF und ZDF übertragen werden.

André Rieu, geboren 1949 in Maastricht, stammt aus einer Musikerfamilie und wuchs mit klassischer Musik auf. Sein Vater war zu DDR-Zeiten Chefdirigent der Leipziger Oper und Dirigent des LSO (Limburgs Symfonie Orkest), in dem André jun. bis 1989 als Violinist spielte. Seine Ausbildung erhielt er u. a. beim ungarischen Violinisten André Gertler in Brüssel. Seine Hinwendung zur Salonmusik begann 1978 mit seinem Ensemble „Het Maastrichts Salon Orkest“, mit dem er sich vor allem in den Niederlanden und im deutsch-belgischen Grenzraum einige Bekanntheit erwarb. Seit Mitte der 1990er Jahre reist er mit seinem rund 50-köpfigen „Johann Strauß-Orchester“ um die Welt, füllt bei seinen „Stadium Tours“ große Hallen. Dabei benutzt er eine Kulisse des Schlosses Schönbrunn für das Orchester und Showeinlagen, wobei alles auf Großbildleinwände übertragen wird. Regelmä-

ßig treten auch das Ballett der Wiener Staatsoper und der Wiener Volksoper auf. Fester Bestandteil sind auch Auftritte von Gastkünstlern wie der Sopranistin Carmen Monarcha.

Das klassische Repertoire wird durch Orchesterversionen von Schlagern und Popsongs ergänzt.

Auch wenn der Ersten Musik zugewandte Journalisten die Nase rümpfen und Rieus Produktionen als oberflächlich und gefällig kritisieren, so ist doch der Charme des jugendlich wirkenden André Rieu, der auf einer Geige Antonio Stradivaris spielt, und seines Orchesters umwerfend und zieht viele Menschen an, denen er mit seiner Musik viel Freude schenkt. Er selbst sagt: „Ich spiele jeden Abend ‚An der schönen blauen Donau‘ und es ist nie langweilig. Es hält mich jung und gesund“.

André Rieu, auch Pate der Björn-Steiger-Stiftung für das Projekt „Retten macht Schule“, ist zweifellos nicht nur ein erfolgreicher Bote der Musik der Strauß-Familie, sondern der Musiktradition Österreichs.

Wie viel er für das Image Österreichs leistet wurde auch von der Politik anerkannt: Kulturministerin Claudia Schmied überreicht ihm das Goldene Ehrenzeichen der Republik Österreich.

Franz Kafka-Preis an Václav Havel

Der ehemalige tschechische Staatspräsident, Schriftsteller und Bürgerrechtskämpfer Václav Havel (geb. 1936 in Prag) hat den Franz Kafka-Preis verliehen bekommen. Eine internationale Jury, darunter Marcel Reich-Ranicki und der britische Verleger John Calder, entschied für Havel.

Zentrales Thema in Havels dramatischem und essayistischem Werk ist die Entfremdung des Menschen von der sogenannten Lebenswelt. Hier gibt es deutliche Affinitäten zwischen Havel und Franz Kafka, seinem Kollegen aus dem deutschsprachigen Prager Judentum.

Diese Entfremdung sieht Havel als Ursache der Probleme der heutigen Menschheit. Sie sei durch eine von der Wissenschaft ermöglichte Technisierung der Ökonomie hervorgerufen worden. Das Leben in den kommunistischen Diktaturen sieht er als Extremform der Entfremdung an. Diesen sozialen Formationen liege die Vorstellung einer wissenschaftlich organisierten Gesellschaft – der sogenannte wissenschaftliche Sozialismus – zugrunde. Davon zeuge eine auf Lügen aufgebaute Gesellschaft, in denen Worte ihren Sinn verlören. Typisch sei, so Havel, etwa das Wort „Friede“, das im Wesentlichen zur Stützung des Regimes diene.

Ähnliches hatte - lange vor Havel - George Orwell in „1984“ beklemmend beschrieben.

Auch in seinen Essays widmet sich Havel durchgängig dem Thema der Entfremdung, in seinen Vorstellungen auch beeinflusst vom tschechischen Philosophen Václav Bělohradský.

Das wohl berühmteste Buch Havels ist „Briefe an Olga. Betrachtungen aus dem Gefängnis“, das der Autor seiner damaligen, später frühverstorbenen, Frau schrieb.

Der neue Kafka-Preisträger befindet sich in illustrierter Gesellschaft mit früher Geehrten – etwa mit Peter Handke, Philip Roth, Elfriede Jelinek und Harold Pinter.

Alpenvereins-Ausstellung für Europäischen Museumspreis 2010 nominiert

Die Ausstellung des Oesterreichischen Alpenvereins „Berge, eine unverständliche Leidenschaft“, die in der Hofburg Innsbruck auf 700 m² seit 2007 gezeigt wird und noch bis Ende 2012 täglich geöffnet ist, wurde vom Europäischen Museumsforum für die in jeder Hinsicht hohe Qualität in der Präsentation der Sammlung für ein großes Publikum und für seine poetische Erzählweise ausgezeichnet und für den „European Museum of the Year Award“ nominiert. „Die hohe Qualität der Ausstellungsstücke aus der fast 150jährigen Geschichte des Oesterreichischen Alpenvereins verbunden mit einem innovativen pädagogischen Konzept sind dafür die wesentlichen Erfolgsfaktoren“, freut sich Christian Wadsack, Präsident des Oesterreichischen Alpenvereins.

Laut der internationalen Jury leistet die Alpenvereins-Ausstellung einen wichtigen Beitrag zur Darstellung der Beziehung Mensch – Natur in allen gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und philosophischen Aspekten.

Bisher haben rund 150.000 durchwegs begeisterte Menschen die Schau gesehen.

Nach 2012 soll die Ausstellung weitergehen – der Alpenverein sucht einen dauerhaften Museumsort im Zentrum von Innsbruck.

WAGNER:WERK Museum Postsparkasse: Architektur des Roten Wien

WAGNER:WERK Museum Postsparkasse zeigt bei freiem Eintritt von 6. Juli bis 28. August die Ausstellung „Wagner-Schule: Rotes Wien, Architektur als soziale Utopie“.

Um 1900 verfügten 95 % aller Wiener Wohnungen weder über WC noch Wasseranschluss und bestanden lediglich aus Gangküche und einem Zimmer. Die Sozialdemokratie forderte schon 1914 in ihrem kommunalpolitischen Programm den Bau von kommunalen Miet-

wohnungen, der bis zum Ende der Monarchie allerdings beinahe ausschließlich dem privaten Kapital überlassen blieb.

In den 1920er Jahren verwirklichte die sozialdemokratische Stadtregierung des „Roten Wien“ ein ungeheures Bauvolumen von über 65.000 Wohnungen und Siedlungsgruppen. Beachtlich war auch die Qualität dieser neuen Sozialwohnungen, die nicht nur Wohnen erschwinglich machte, sondern auch ein breites Angebot an Infrastruktur für den täglichen Bedarf sowie kollektive Einrichtungen und Orte solidarischer Kommunikation, wie z. B. Kindergärten, Bibliotheken und Theater, vorsah.

Den Absolventen der Architekturschule Otto Wagners an der Akademie der Bildenden Künste in Wien – u. a. Hermann Aichinger, Leopold Bauer, Alfons Hetmanek, Emil Hoppe, Ernst Lichtblau, Engelbert Mang, Heinrich Schmid, Heinrich Schopper - kommt innerhalb des Wohnbauprogramms eine besondere Bedeutung zu. Ihnen wurden die größten und prestigeträchtigsten Gemeindebauten zur Realisierung überantwortet, und ihre architektonischen Lösungen haben bis heute die Vorstellung vom Wiener Gemeindebau der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts geprägt.

Der „Gemeindebau“ verstand sich als räumlich konzentrierter Ausdruck einer neuen Gesellschaft, der ein breites Angebot an Infrastruktur wie Bildung, Gesundheit und Kultur mit einschloss. Architektur wurde zum Träger einer sozialen Utopie. Die über das gesamte Stadtgebiet verteilten Bauten wurden zu einem Symbol der sozialpolitischen Stärke und dokumentierten auch mit ihren Namensbezeichnungen (Engels-, Adler-, Bebel-, Liebknecht-, Matteotti-Hof, etc.) das Recht auf eine eigene Geschichte der Arbeiterklasse. Zum symbolträchtigsten Bau des Roten Wien wurde der von Karl Ehn geplante Karl Marx-Hof.

Nach 1945 erreichte der Wiederaufbau nur selten die städtebaulichen und architektonischen Qualitäten der 20er Jahre. Man entdeckte sie erst wieder später, als eine neue Architektengeneration Alternativen zu einer als gesichtslos empfundenen Moderne suchte. Sie fand sie bei den Gemeindebauten des Roten Wien und hier vor allem bei den Otto Wagner-Schülern, die diesen großstädtischen Wohnbau geprägt hatten. Heute werden diese unter Denkmalschutz stehenden Bauten aufwendig saniert und bilden innerhalb des kommunalen Wohnungsbestandes – 220.000 Wohnungen – immer noch einen architektonischen und kulturpolitischen Höhepunkt.

www.ottowagner.com

SPORTPOLITIK**Förderreform ist voll im Gange: Gute Fortschritte bei Klausur im Burgenland**

Rund 50 ExpertInnen aus dem heimischen Sport trafen sich Anfang Juni in Bad Tatzmannsdorf zur ersten großen Runde zum Thema „Förderreform“. Präsentiert wurden die ersten Ergebnisse der drei Arbeitsgruppen, die schon im Jänner von Sportminister Norbert Darabos eingesetzt wurden.

Mit Prof. Wolfgang Mayrhofer übernahm ein ehemaliger Spitzensportler, seines Zeichens Olympia-Silbermedaillengewinner im Segeln 1980 in Moskau und jetziger Universitätsprofessor für Betriebswirtschaftslehre an der Wirtschaftsuniversität Wien, die Projektkoordination. In zehn Workshops, in denen Kernthemen wie „One Stop Shop“, „Vereinsförderung“ oder „Trainerwesen“ diskutiert wurden, konnten beachtliche Ergebnisse erarbeitet werden, die in den kommenden Monaten in ein Endpapier gefasst werden.

„Die Förderreform ist voll im Gange. Es herrscht eine tolle Aufbruchstimmung, der österreichische Sport tritt geschlossener denn je auf. Das neue Gesetz soll mit 1. Jänner 2012 stehen und ich denke wir sind auf einem sehr guten Weg.“, zeigte sich Wolfgang Gotschke, Büroleiter des Sportministers, zuversichtlich.

Große Unterstützung des BMLVS für die Special Olympics in St. Pölten

Mehr als 2.000 Teilnehmende aus elf Nationen nehmen an den 5. Special Sommer-Olympics teil, die am 18. Juni feierlich eröffnet wurden und bis 22. Juni in St. Pölten stattfinden.

Das Sportministerium unterstützt das Organisationskomitee für die Durchführung der 5. Nationalen Sommerspiele 2010 mit internationaler Beteiligung mit einem Bundeszuschuss in der Höhe von 14.500 Euro. Auch das österreichische Bundesheer ist, wie bei vielen sportlichen Großveranstaltungen, bei den Special Olympics 2010 in St. Pölten ein verlässlicher Partner. Es sorgt für die volle Verköstigung der 600 freiwilligen Helfer und bereitet 11.000 Lunchpakete für die Teilnehmer vor. Darüber hinaus stellt es den Transport zu den einzelnen Sportstätten sicher.

Special Olympics bietet weltweit in 180 Nationen für mehr als 2,5 Millionen Kinder ab 8 Jahren, Jugendlichen und Erwachsenen mit mentaler Behinderung ganzjährige Trainings- und Wettkampfmöglichkeiten in 26 verschiedenen olympischen Sportarten an. Die letzten Weltsommerspiele fanden übrigens im Oktober 2007 in Shanghai statt. Hier waren über 7000

Sportler aus 169 Ländern am Start. In 24 Sportarten wurden Wettkämpfe ausgetragen. Österreich errang 82 Medaillen: 20 x Gold, 31 x Silber, 31 x Bronze.

Darabos: „Als Sportminister halte ich die Special Olympics für ganz wesentlich. Sport, in all seinen Facetten, kann gesellschaftlich viel bewirken und zu einem gesunden und erfüllten Leben beitragen. Ich freue mich über jede Medaille, die österreichische Sportlerinnen und Sportler erringen, gleichermaßen. Veranstaltungen wie jene in St. Pölten sind eine gute Gelegenheit zu sehen, welche großartige Leistungen die TeilnehmerInnen, die es im Leben nicht leicht haben, vollbringen!“

Sportminister Darabos gratuliert dem Herren-Handballteam zur WM-Quali

Erstmals seit 1993 hat sich das österreichische Herren-Handballnationalteam wieder für eine Weltmeisterschaft qualifiziert. Dementsprechend erfreut zeigte sich Sportminister Norbert Darabos nach den beiden Qualifikationsspielen gegen die Niederlande.

Darabos: „Nach dem klaren Heimsieg war das Rückspiel nur mehr Formsache. Die Qualifikation für die WM 2011 in Schweden ist nach dem guten Abschneiden bei der Heim-EM im vergangenen Jänner ein weiterer Meilenstein des österreichischen Handballsports. Ich gratuliere allen Spielern, Betreuern und Funktionären für das Erreichen dieses gemeinsamen wichtigen Ziels. Damit sind Österreichs Handball-Herren auch weiterhin auf hohem internationalen Niveau präsent!“

Fußball-Stadtweltmeister werden gekürt

Während die Fußball-WM in Südafrika auf Hochtouren läuft, werden in Salzburg - quasi in einem kommunalen Mikrokosmos - an die 80 Hobbyfußballteams aus 60 verschiedenen Ländern den Stadtweltmeister ermitteln.

Hinsichtlich der Vielfalt der teilnehmenden Teams kann es dieser Event durchaus mit der tatsächlichen Fußball-Weltmeisterschaft aufnehmen, denn es gehen neben Fußballmächten wie Argentinien, Brasilien, England, Holland, Deutschland oder Italien auch sogenannte „Fußballexoten“ wie Nepal, die Kapverdischen Inseln oder auch eine Aramäische Auswahl an den Start. Die Finalspiele werden am 4. Juli stattfinden.

Schon am 26. und 27. Juni steigt in Linz-Pichling die Linzer Stadtweltmeisterschaft, die - im Gegensatz zum schon traditionellen Salzburger Turnier - heuer ihre Premiere feiert.

INFORMATIONEN AUS ÖSTERREICH

Redaktionsschluss: 5. Juli 2010

Nr. 14/10

INNENPOLITIK EUROPA

Transparenzdatenbank: Einigung von Kanzler Faymann und Vizekanzler Pröll
Österreich hat EU-weit geringste Arbeitslosenquote

EUROPA INTERNATIONAL

Serbischer Präsident Boris Tadić führte Europa-Gespräche in Wien
Österreich erhält Führungsposition bei EULEX KOSOVO

WIRTSCHAFT

Wifo/IHS: Wirtschaft wächst langsam wieder
Wien Amtssitz der Weltbank-Gruppe
Große Gewinne bei Zukunftsvorsorge

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT

Kunst als Leidenschaft - Zum Tod des Privatsammlers Rudolf Leopold
Andreas Okopenko – Zum Tod eines singulären Sprachartisten
Adam Zielinski – Zum Tod eines Kämpfers und Weltbürgers aus Polen
Österreichische Nationalbibliothek goes Google: Buchbestand geht online
Bruno-Kreisky-Preis für das Politische Buch 2009

SPORTPOLITIK

Spitzensportstättenplan 2020 sichert optimale Strukturen für die Zukunft
NADA Austria feiert zweiten Geburtstag

IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressediens. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz, Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/3, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958, Fax ++43/1/53109-2958, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; <http://www.bundeskanzleramt.at>; Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet. Herausgegeben vom Bundespressediens-Wien.

INNENPOLITIK EUROPA**Transparenzdatenbank: Einigung von Kanzler Faymann und Vizekanzler Pröll**

Die Regierungsspitze hat sich am 28. Juni auf die Einführung einer Transparenzdatenbank geeinigt. Damit kann auch die bedarfsorientierte Mindestsicherung vom Nationalrat beschlossen werden.

Der Finanz- und der Sozialminister sollen bis Anfang September einen Begutachtungsentwurf vorlegen, der Nationalrat bis spätestens 19. Oktober eine Regierungsvorlage zugeleitet bekommen. Die Beschlussfassung soll dann noch vor Weihnachten sein, um das Gesetz mit 1. Jänner 2011 in Kraft treten zu lassen. Zu diesem Zeitpunkt sollen die technischen Arbeiten zum Aufbau der Transparenzdatenbank beginnen, sodass die Einspeisung der Daten anschließend erfolgen kann.

Parallel dazu sollen der Finanz- und der Sozialminister die Verhandlungen über eine Vereinbarung mit den Ländern aufnehmen, um sie bis 30. Juni 2011 abzuschließen. Sobald das erste Bundesland den Bund/Länder-Pakt unterfertigt und sämtliche angeforderten Daten in die Transparenzdatenbank eingespeist hat, werden alle zu diesem Zeitpunkt bereits vorhandenen Daten für das Bundesland im Wege des Transparenzportals individuell freigeschaltet und damit zugänglich gemacht.

Sollten die Verhandlungen mit den übrigen Bundesländern nicht bis 30. Juni 2011 abgeschlossen sein, wird die Bundesregierung aufgefordert, im zweiten Halbjahr dem Nationalrat ein Bundesverfassungsgesetz zur Beschlussfassung vorzulegen, mit dem die Bundesländer verpflichtet werden, die geforderten Daten zur Verfügung zu stellen, sodass mit 1. Jänner 2012 die Datenbank für das ganze Bundesgebiet einsatzbereit ist.

Als Ziel der Datenbank wird im Entschließungsantrag angegeben, in einer Darstellung allen natürlichen und juristischen Personen aufzuzeigen, welche Leistungen die Öffentliche Hand für sie erbringt. Geboten werden soll eine „klare Übersicht“ über ihre monatlich und jährlich zur Verfügung stehenden Bruttobezüge bzw. Nettoeinkommen inklusive öffentlicher Förderungen. In das Transparenzkonto inkludiert werden Transferzahlungen wie Pflegegeld, Familienbeihilfe, Förderungen, Steuersparnisse, Geldleistungen der Sozialversicherung (Pensionen, Arbeitslosengeld) und Sachleistungen wie Gratiskindergarten und Schule. Der Schutz der personenbezogenen Daten soll voll gewährleistet werden. Über jede Auswertung und Veröffentlichung der aggregierten

und anonymisierten Daten aus der Transparenzdatenbank entscheidet „nach Glaubhaftmachung eines öffentlichen Interesses“ ausschließlich die Bundesregierung.

Für die technische Umsetzung ist ein Auftrag ans Bundesrechenzentrum vereinbart. Die Oberzuständigkeit für den Betrieb der Datenbank liegt beim Finanzministerium, das Sozialministerium hat beratende Tätigkeit.

Österreich hat EU-weit geringste Arbeitslosenquote

„Österreich hatte im Mai EU-weit die geringste Arbeitslosenzahl und auch den stärksten Rückgang der Arbeitslosigkeit. Das geht aus den am 2. Juli veröffentlichten Zahlen von Eurostat hervor. Für mich ist dies der Beweis, dass die österreichische Bundesregierung mit ihrem Mix aus Konjunktur-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktprogrammen den richtigen Weg gegangen ist und den Kampf gegen die Krise in Europa am besten geführt hat. Wir werden alles daran setzen, dass der erfolgreiche Weg für mehr Beschäftigung fortgesetzt wird. Mehr Beschäftigte und weniger Arbeitslose sind zudem der beste Beitrag zur erforderlichen Budgetkonsolidierung“, erklärte Sozialminister Rudolf Hundstorfer.

Nach Eurostat-Berechnung lag die Arbeitslosenquote im Mai in Österreich bei 4 %. Zudem ist mit einem Minus von 0,9 % (von 4,9 auf 4 %) der Rückgang in Österreich im Jahresvergleich am höchsten von allen EU-Mitgliedsländern ausgefallen. Die Arbeitslosenquote der EU 27 lag im Mai bei 9,6 %.

„Ganz besonders positiv bewerte ich neben dem Faktum, dass Österreich heute im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit die Nummer eins in Europa ist, dass in unserem Land auch die Beschäftigung wieder stark ansteigt. Der Stand der aktiv Beschäftigten ist im Juni um fast 41.000 auf 3.318.470 Personen gestiegen, was einem Plus von 1,2 % entspricht“, so der Sozialminister.

Positiv wirken sich auch die Maßnahmen im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit aus: Die Jugendarbeitslosenquote lag im Mai bei 9,5 % (-1,2 Prozentpunkte zum Vorjahr) und Österreich liegt damit nach den Niederlanden und Deutschland an dritter Stelle innerhalb der Europäischen Union (EU27: 20,5 %).

„Bei aller Freude Europameister beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu sein, dürfen wir nicht nachlassen. Wir werden die bewährten Programme weiterführen und innovative Wege beschreiten. Ich sage es aber noch einmal deutlich: Es gibt einen Silberstreif am Horizont, vorbei ist die Krise allerdings noch nicht“.

EUROPA INTERNATIONAL**Serbischer Präsident Boris Tadić führte Europa-Gespräche in Wien**

Der serbische Präsident Boris Tadić hat anlässlich eines eintägigen Besuchs in Österreich am 29. Juni ein Bekenntnis zu den europäischen Werten und den EU-Standards abgelegt. Die Gesprächspartner des serbischen Präsidenten, Bundespräsident Heinz Fischer und Bundeskanzler Werner Faymann, betonten die Unterstützung Österreichs für die europäische Integration Serbiens.

Wie der Bundeskanzler nach dem Treffen sagte, habe er mit Tadić besprochen, „wie wir bei der Bekämpfung von Korruption und Schattenwirtschaft in ganz Europa besser zusammenarbeiten können“. Themen seien natürlich auch der EU-Annäherungsprozess Serbiens und die wirtschaftliche Entwicklung auf dem Westbalkan gewesen. Die Korruption sei für die Länder ein „Wachstumshemmnis“, sagte der Kanzler. Besprochen habe man auch die Bedeutung der gegenwärtigen EU-Beitrittsverhandlungen mit Kroatien für die europäische Integration Serbiens.

Der als proeuropäisch geltende Präsident hatte zuletzt klare Aussagen der EU verlangt, ob eine Mitgliedschaft Serbiens in der EU angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise noch erwünscht sei. Nur bei einer Integration von ganz Südosteuropa könne die Ära des Friedens in Europa wirklich beginnen, hatte Tadić vor kurzem bei einem Gipfel des „Südosteuropäischen Kooperationsprozesses“ in Istanbul betont.

Als ein Haupthindernis auf dem Weg Serbiens nach Europa gilt, dass der vom UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag gesuchte ehemalige Militärführer der bosnischen Serben, Ratko Mladic, noch nicht gefasst ist. Der mutmaßliche Hauptverantwortliche für den Massenmord an bosnischen Muslimen in Srebrenica im Sommer 1995 wird nach wie vor in Serbien vermutet.

Im Übrigen wandte sich Tadić auch gegen Berichte, Serbien könnte den Kosovo als Preis für einen EU-Beitritt aufgeben: Serbien werde die Unabhängigkeit des Kosovo unter keinen Umständen anerkennen.

Der serbische Präsident begann seinen Gesprächsreigen in Wien mit einem Treffen mit Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl, der darauf hinwies, dass Österreich nach offizieller Statistik der serbischen Nationalbank mit 2,2 Milliarden Euro Investitionssumme der größte ausländische Investor in Serbien sei. Das Handelsvolumen zwischen Serbien und

Österreich näherte sich 2008 der 900-Millionen-Euro-Marke. Im globalen Krisenjahr 2009 gingen sowohl die Exporte nach als auch die Importe aus Serbien zurück. Heuer sei aber mit einer Erholung zu rechnen, sagte Leitl, weil es der serbischen Wirtschaft wieder besser gehe. Für 2010 wird in Serbien ein BIP-Plus von bis zu 2,5 Prozent erwartet. Im ersten Quartal 2010 exportierte Österreich Waren im Wert von 95 Millionen Euro nach Serbien. Das Importvolumen machte 55 Millionen Euro aus. Zu den umsatzstärksten Export-Warengruppen zählen Maschinen und Anlagen, Kraftfahrzeuge, Papier und Pappe, Kunststoffe sowie pharmazeutische Erzeugnisse.

Am Abend eröffneten die Präsidenten Tadić und Fischer gemeinsam mit Kardinal Christoph Schönborn die Schau „Serbien – Kulturelle Brücke zwischen Ost und West“ im Dom- und Diözesanmuseum über das reiche Kulturerbe Serbiens aus zwölf Jahrhunderten.

Zuvor hatte Tadić an den 150-Jahrfeierlichkeiten der Serbisch-Orthodoxen Kirchengemeinde zum Hl. Sava im 3. Wiener Gemeindebezirk teilgenommen. 1860 erhielten die damals 1.500 Serben orthodoxen Glaubens von Kaiser Franz Joseph I. die Erlaubnis zur Gemeindebildung und zur Errichtung einer Kirche.

Österreich erhält Führungsposition bei EULEX KOSOVO

Österreich soll im Rahmen der Rechtsstaatlichkeitsmission der EU im Kosovo (EULEX KOSOVO) eine führende Position erhalten. Botschaftsrat Thomas Mühlmann ist für die Position des „Chief of Staff“ vorgesehen. Die Genehmigung zur Entsendung bis vorerst 30. Juni 2011 erfolgte seitens der Mitglieder des Hauptausschusses des Nationalrates mehrheitlich gegen die Stimmen der F-Abgeordneten.

Die Betrauung dieser Funktion durch einen Mitarbeiter des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten stellt die bisher ranghöchste Verwendung eines österreichischen Experten bei einer zivilen Mission der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) dar.

Bei EULEX KOSOVO handelt es sich um die bislang größte zivile Mission im Rahmen der GSVP. Insgesamt sollen daran bis zu 2.210 Polizei-, Justiz-, Zoll- und Verwaltungsexpertinnen und -experten sowie zusätzliche 1.233 lokale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teilnehmen. Ziel von EULEX KOSOVO ist es, dem Land beim Aufbau von Polizei, Justiz und Verwaltung zu helfen. 69 Staaten anerkennen den Kosovo inzwischen seit 17. Februar 2008.

WIRTSCHAFT

Wifo/IHS: Wirtschaft wächst langsam wieder

Österreichs Wirtschaft erholt sich zwar nur allmählich von der schweren Wirtschaftskrise, doch für das kommende Jahr sind die heimischen Konjunkturobersten zuversichtlicher und erwarten ein höheres Wachstum als zuletzt: Wifo (Wirtschaftsforschungsinstitut) und IHS (Institut für Höhere Studien) prognostizieren für 2011 ein reales Wachstum von 1,6 % bzw. 1,9 % des BIP (Bruttoinlandsprodukt). Für heuer allerdings soll das Wachstum nur bei 1,2 % bzw. 1,5 % liegen, glauben die Experten. Grund dafür seien die auch in diesem Jahr noch schrumpfenden Investitionen. Hingegen entwickelt sich laut Sommerprognose vom 2. Juli der Arbeitsmarkt unerwartet positiv.

Getragen wird der heimische Wirtschaftsaufschwung von den Warenexporten, die 2010 real um etwa 6 bis 7 % zulegen dürften. Auch der private Konsum soll heuer mit 0,9 % real etwas stärker wachsen als in der Frühjahrsprognose angenommen. Die Arbeitslosenquote nach nationaler Berechnung dürfte heuer und 2011 nur auf 7,2 bis 7,3 % klettern – entgegen früheren Befürchtungen von 7,7 %.

Das kräftige Plus bei den heurigen Warenexporten sei weniger der Binnennachfrage im Euro-Raum zu danken, sondern vielmehr der steigenden Nachfrage aus Asien und anderen Weltregionen, erklärte das Wifo. Auch die Exporte in die Staaten Mittel- und Osteuropas (MOEL) haben sich zuletzt belebt. Zum BIP-Wachstum dürften die Nettoexporte laut Wifo in diesem Jahr 1,2 Prozentpunkte beitragen, 2011 dann 0,9 Prozentpunkte.

Euro-Raum und EU-27 dürften 2010 aus Wifo-Sicht um 0,9 bzw. 1,0 % wachsen, das IHS geht von einem Plus um jeweils 1,3 % aus. Für Österreichs wichtigsten Handelspartner Deutschland rechnet das Wifo für heuer mit einem BIP-Plus von 1,3 %, das IHS sogar mit +1,9 %. 2011 sollten Euro-Raum und EU-27 laut Wifo um 1,2 bzw. 1,4 % expandieren, laut IHS um 1,6 bzw. 1,7 %. Die deutsche Wirtschaft sehen beide Institute 2011 um 1,7 % wachsen. Für die USA wird 2010 und 2011 ein BIP-Plus von 3,0 % bzw. 2,4 % erwartet. In China dürfte sich das Wachstum von heuer 10,0 % auf 9,0 % (Wifo) bzw. von 10,5 % auf 8,5 % (IHS) abschwächen.

Wien Amtssitz der Weltbank-Gruppe

Wien wird nun formell zu einem Amtssitz der Weltbank-Gruppe: Für drei der insgesamt fünf Organisationen der Weltbank-Gruppe sollen

Verbindungsbüros mit Amtssitzabkommen in Wien installiert werden, informierte Finanzminister Josef Pröll am 22. Juni.

Bei den drei Organisationen handelt es sich um die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), die International Finance Corporation (IFC) und die Multilaterale Investitions-Garantie Agentur (MIGA). Innerhalb der Weltbank-Gruppe werden damit die drei derzeit schon in Wien bestehenden Büros aufgewertet. Das formelle Amtssitzabkommen ist auch im Zusammenhang mit Überlegungen zur Dezentralisierung der in Washington ansässigen Weltbank-Gruppe von Bedeutung. Österreich bemüht sich um die Ansiedlung eines regionalen Weltbank-Büros, das für Mittel- und Osteuropa zuständig sein könnte.

Ein weiteres internationales Vorhaben gibt es in Laxenburg (bei Wien): Dort soll eine Internationale Anti-Korruptionsakademie (IACA) entstehen. Das Projekt wurde in Kooperation mit dem United Nations Office on Drugs and Crime, dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung und Interpol finalisiert. Die IACA soll eine eigene unabhängige Organisation werden. Weitere Verhandlungen auf internationaler Ebene sind noch erforderlich. Das Mandat dafür hat der Ministerrat am 22. Juni erteilt. Pröll rechnet damit, dass die IACA noch heuer im Herbst ihre Lehr- und Forschungstätigkeit aufnehmen werde.

Große Gewinne bei Zukunftsvorsorge

Nach dem Finanzkrisenjahr 2008, in dem alle Anbieter der staatlich geförderten Zukunftsvorsorge in Österreich eine negative Performance melden mussten, zeigen sich nun für 2009 laut Finanzmarktaufsicht (FMA) „deutliche Erholungstendenzen“. Sieben Jahre nach Einführung dieser Form der Altersvorsorge hat fast jede vierte Österreicherin und jeder vierte Österreicher unter 60 Jahren einen derartigen Vertrag.

Per 31. Dezember 2009 waren in Österreich 1.450.048 Zukunftsvorsorge-Verträge abgeschlossen. Verwaltet wurden 3,8 Mrd. Euro. Das war ein Plus von 36,7 % gegenüber 2008. Von 22 Versicherern und fünf Kapitalanlagegesellschaften (KAGs) werden in Österreich Zukunftsvorsorgepolizzen angeboten. Entsprechend gestaltet sich auch die Marktaufteilung. Ende 2009 stellten die Versicherungen 86,8 % der Vermögenssumme (3,31 Mrd. Euro), lediglich 504 Mio. Euro entfielen auf die KAGs. Für Abschlüsse bei Versicherungen zahlte man im Schnitt 594 Euro ein, bei KAGs 763 Euro.

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT**Kunst als Leidenschaft - Zum Tod des Privatsammlers Rudolf Leopold**

Der bedeutendste private Kunstsammler Österreichs und museologischer Direktor der Leopold Museums im MuseumsQuartier (MQ) in Wien, Rudolf Leopold, ist am 29. Juni 85-jährig in einem Wiener Krankenhaus gestorben. Dem war ein Sturz in Mailand auf einer Stufe in der Nähe von Michelangelos „Pietà Rondanini“ vorausgegangen, der mehrere Operationen an dem unter Herzschwäche Leidenden zur Folge hatte.

Leopold Rudolf wurde 1925 in Wien geboren. 1953 promovierte er zum Doktor der gesamten Heilkunde. Schon während seines Medizinstudiums hörte er Vorlesungen in Kunstgeschichte, sammelte Bilder und Kunstobjekte, vorwiegend des damals bereits in Vergessenheit geratenen expressionistischen Malers Egon Schiele.

1955 präsentierte er in Amsterdam eine viel beachtete Ausstellung moderner österreichischer Kunst, durch die Schiele einem größeren Publikum bekannt wurde. Nach diesem Erfolg organisierte Leopold weitere Schiele-Ausstellungen in Innsbruck, London und New York.

1972 veröffentlichte er seine große Schiele-Monografie als kritisches Werkverzeichnis mit genauem Motivnachweis. Von 1989 bis 1991 wurde die Schau „Egon Schiele und seine Zeit“ mit großem Erfolg in Zürich, Wien, München, Wuppertal und London gezeigt. Zahlreiche weitere internationale Ausstellungen folgten. Auch bei der Expo 2000 in Hannover waren Bilder Schieles zu sehen.

1994 brachte Rudolf Leopold mit Hilfe der Republik Österreich und der Oesterreichischen Nationalbank seine Sammlung in die Leopold Museum-Privatstiftung ein, in der sich bis heute rund 5.300 Kunstwerke befinden. Leopold erhielt dafür etwa ein Drittel des Schätzwertes, wurde zum museologischen Direktor auf Lebenszeit eingesetzt. Auch wurde 2001 das Leopold Museum im MQ eröffnet: Seither ist diese wichtige Privatsammlung der Österreichischen Klassischen Moderne in einer ständigen Präsentation zu sehen.

Für sein Engagement erhielt Rudolf Leopold 1997 das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst.

Mit der Museumseröffnung begannen Diskussionen um „arisierte“ Kunstwerke in der Sammlung. 1998 wurden in New York die beiden Schiele-Gemälde „Bildnis Wally“ – aus dem ehemaligen Besitz von Lea Bondi-Jaray –

und „Tote Stadt III“ – aus dem Eigentum von Fritz Grünbaum – beschlagnahmt. Dieses Bild wurde 1999 wieder an das Museum zurückgegeben, da die Kläger nicht die rechtmäßigen Erben von Fritz Grünbaum waren.

2000 klagte eine kanadische Staatsbürgerin auf Herausgabe des Gemäldes „Der Dengler“ von Albin Egger-Lienz. Diese Klage wurde in allen Instanzen abgewiesen, 2003 auch vom Obersten Gerichtshof in Wien.

Schließlich gibt es noch eine offene Forderung der Erben nach Jenny Steiner auf Rückgabe des Schiele-Gemäldes „Häuser am Meer“.

Zwar hat das Leopold Museum als einziges Museum Österreichs seine Provenienzen im Internet zugänglich gemacht, nennt aber nur teilweise die fragwürdigen Provenienzen. Es gibt jedoch etliche bedenkliche Kunstwerke in der Sammlung aus dem ehemaligen Eigentum von vom NS-Regime verfolgten Personen: Oskar Reichel, Fritz Grünbaum, Heinrich Rieger, Karl Mayländer, Jenny Steiner und andere.

Als Privatstiftung fällt das Leopold Museum auch nicht unter das Restitutionsgesetz (BGBL: 181/1998). Wengleich der Fall „Wally“, 1998 aus der Sammlung Leopold in New York beschlagnahmt, einer der Auslöser für das Gesetz war und eine Diskussion ausgelöst hatte. Das Restitutionsgesetz ermächtigt die zuständige Bundesministerin, Kunstgegenstände der Bundesmuseen zu restituieren.

Der Prozess um das „Bildnis Wally“ dauert nunmehr schon 10 Jahre, ein Ende ist noch nicht in Sicht. 2008 gab es auch einen Eklat um eine Albin-Egger-Lienz-Ausstellung, in der 14 Bilder – 12 davon Leihgaben verschiedener österreichischer Museen - ausgestellt waren, die im Verdacht standen, in der NS-Zeit geraubt worden zu sein.

Die Leopold Museum-Privatstiftung hat mittlerweile dem Vorschlag des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur zugestimmt, zwei vom Museum unabhängige Provenienzforscher im Leopold-Museum einzusetzen, die von der Republik Österreich bezahlt werden. Am 21. Dezember 2009 haben diese Forscher 11 Berichte zu 17 Kunstwerken vorgelegt.

Zum Ableben Rudolf Leopolds sagte Bundeskanzler Werner Faymann, dass selbstverständlich die Diskussionen zur Provenienz mancher Werke weiterzuführen und zu einem würdigen Abschluss zu bringen seien. Doch brauche es auch das Augenmaß, die Lebensleistung von Rudolf Leopold entsprechend zu würdigen: „Mit ihm ist ein Mann von uns gegangen, der uns die Wiener Moderne und hier vor allem

Egon Schiele näher gebracht hat. Seine Leidenschaft für Kunst und sein unbeirrbares Auge verschafften uns eine Privatsammlung, die heute jedem zugänglich ist. Auch wenn die Fachwelt lange Jahre nur sehr verhalten die Werke von Schiele, Klimt, Kokoschka oder auch Kubin einschätzte, setzte Rudolf Leopold sich letztlich durch. Zahllose Ausstellungen, wichtige wissenschaftliche Arbeiten und die ihm eigene Zähigkeit halfen ihm dabei“.

Auch Kulturministerin Claudia Schmied würdigte Rudolf Leopold als „einen im besten Sinn Besessenen, der mit klarem Blick für Strömungen und Zeitgeist die Entwicklungen des Kunstmarkts der letzten Jahrzehnte beobachtet, erkannt und mitgeprägt hat“. Als „Direktor ‚seines‘ Leopold-Museums“ sei ihm „die Öffnung seiner Schätze der größten privaten Sammlung Österreichs für ein breites Publikum stets ein wichtiges Anliegen“ gewesen.

Albertina-Direktor Klaus Albrecht Schröder lobte bei dem Verstorbenen „ein unfehlbares Gespür für Qualität, das ihn auch nicht verlasen hat, wenn er über Künstler und Kunstwerke geurteilt hat, die nicht in seiner Sammlung vertreten waren“. Im Übrigen sei auch die heutige Wertschätzung von Richard Gerstl ein Verdienst von Rudolf Leopold.

Andreas Okopenko – Zum Tod eines singulären Sprachartisten

Mit seinem „Lexikon-Roman“ schrieb Andreas Okopenko zukunftsweisende Literaturgeschichte, mit seiner Lyrik ging er stets eigene, eigenwillige Wege: am 27. Juni ist der bedeutende Dichter 80-jährig gestorben. Einer breiten Leserschicht blieb seine Arbeit, die parallel zur Konkreten Poesie und zur „Wiener Gruppe“ eine eigenständige sprachexperimentelle Literatur entwarf, zwar verborgen. Als heimischer Vorreiter der Netzliteratur, als öffentlich Bescheidener und schreibend Radikaler und als Lyriker ist Okopenko allerdings eine Sonderstellung in der österreichischen Gegenwartsliteratur sicher.

1930 wurde er in Košice (Kaschau) in der Ostslowakei als Sohn eines Arztes und Diplomaten geboren und übersiedelte 1939 mit seiner Familie nach Wien. Nach einem abgebrochenen Chemie-Studium trat er 1950 einen Brotberuf als Angestellter in einem oberösterreichischen Papierkonzern an, wo er 1954 zum Leiter der Betriebsabrechnung aufstieg. Bereits sein erster Prosatext, „Die Belege des Michael Cetus“ (1967) erregte Aufmerksamkeit in der heimischen Literaturszene. Okopenko begann als „freier“ Schriftsteller in Wien zu arbeiten.

1970 erschien sein sensationelles Hauptwerk „Lexikon einer sentimental Reise zum Exporteurtreffen in Druden“. Weithin nur „Lexikon-Roman“ genannt, ist der Text enzyklopädisch in Stichworten von A bis Z aufgebaut und mit Querverweisen versehen. Als eine der ersten Vorwegnahmen von Netzliteratur und Hypertext werden hier die Leser aufgefordert, sich einen individuellen Roman zu basteln. Seit 1998 gibt es den Avantgarde-Klassiker tatsächlich als veränderbare CD-Rom-Version, an der auch der Autor mitarbeitete.

„Ich bin nicht nur meinen Anfängen, sondern auch meinem Wesen nach Lyriker“, charakterisierte sich Andreas Okopenko. Titel seiner wunderbaren Lyrikbände lauten etwa „Warum sind die Latrinen so traurig?“ (1969), „Orte wechselnden Unbehagens“ (1971), „Der Akazienfresser“ (1974) oder „Streichelchaos“ (2004).

Aber auch sein Roman „Kindernazi“ (1984) wurde beispielhaft, gilt als „einer der Schlüsseltexthe hinsichtlich der Verstrickung von Österreicherinnen und Österreichern in das Herrschaftssystem des Nationalsozialismus“, so der Kultursprecher der Grünen, Wolfgang Zinggl. 1998 wurde Andreas Okopenko mit dem Großen Österreichischen Staatspreis ausgezeichnet, 2002 mit dem Georg Trakl-Preis für Lyrik. In einer ersten Reaktion auf die Todesnachricht würdigte Bundeskanzler Werner Faymann den Dichter als „einen Sprachvirtuosen, der die deutsche Sprache und Literatur durch einen besonderen Stil und neue Formen der Erzählweise bereichert hat“. Kenntnisreich umriss Kulturministerin Claudia Schmied die Wirkung Okopenkos. Er habe „der österreichischen Literatur eine neue Idee und einen neuen Stil gegeben. Der radikale Bruch mit der Vergangenheit erzeugte neue Erzählstrukturen, die nach dem Krieg essenziell für einen demokratischen Kulturbetrieb waren. Verständnis für Okopenko zu haben, bedeutete, sich von den Normen zu lösen. Seine Normsetzung war und ist eine der wichtigsten Innovationen in der modernen Literatur“.

Adam Zielinski – Zum Tod eines Kämpfers und Weltbürgers aus Polen

Am 26. Juni ist der polnische Schriftsteller Adam Zielinski vier Tage nach seinem 81. Geburtstag in Wien gestorben. Seit 1959 war er österreichischer Staatsbürger.

1929 wurde er im galizischen Drohobycz südlich von Lemberg geboren. Sein Vater, ein Rechtsanwalt in Stryi, wurde 1941 von den Nazis verhaftet und dann mit anderen Intellektuellen erschossen. Diese furchtbaren Erlebnis-

se sowie die spätere Suche nach dem Ort des Verbrechens, um einen Gedenkstein zu errichten, hat er u. a. in Geschichten verarbeitet, die vom Wieser-Verlag – wo 2004 auch eine zehnbändige Werkausgabe erschienen ist – als „Zwölf jüdische Erzählungen“ zusammengefasst und neu herausgegeben wurden.

Zielinski hat übrigens in Polnisch, Deutsch und Englisch geschrieben. Nach seinem Studium der Sozialwissenschaften und der Publizistik in Krakau und Warschau arbeitete er als Journalist. Nach seiner Emigration nach Österreich konzentrierte er sich auf ein 1961 von ihm gegründetes Unternehmen, mit dem er enge Handelsbeziehungen zum damaligen Jugoslawien und vor allem zu China aufbaute, das zum großen Abenteuer seines Lebens werden sollte.

2009 wurde Adam Zielinski in Wien mit dem Manès Sperber-Würdigungspreis für Leben und Werk ausgezeichnet.

Österreichische Nationalbibliothek goes Google: Buchbestand geht online

ÖNB-Direktorin Johanna Rachinger stellte am 15. Juni im Prunksaal der ÖNB ihre Partnerschaft mit Google vor: In den kommenden Jahren werden rund 400.000 Werke online und kostenfrei zur Verfügung stehen. Der US-Technologiekonzern wird den urheberrechtsfreien Buchbestand digitalisieren – 120 Millionen Seiten der Werke vom 16. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts.

Die ÖNB folgt mit dieser Kooperation dem Beispiel der renommierten Bibliotheken weltweit: Die Bibliotheken von Universitäten wie etwa Harvard, Stanford oder Oxford arbeiten bereits seit mehreren Jahren mit Google zusammen.

Google übernimmt zur Gänze die Digitalisierungskosten. Die nicht unerheblichen Kosten für die Vorbereitung und Bereitstellung der Bücher sowie für Speicherung und Zugänglichmachung der Digitalisate trägt die ÖNB.

www.onb.ac.at

Bruno-Kreisky-Preis für das Politische Buch 2009

Am 2. Juli wurde im Bruno-Kreisky-Forum für Internationalen Dialog der Bruno-Kreisky-Preis für das Politische Buch 2009 vergeben: Der Hauptpreis ging an Erhard Stackl für „1989. Sturz der Diktaturen“ (Czernin-Verlag, Wien 2009) und der Anerkennungspreis an Elisabeth Röhrlich für „Kreiskys Außenpolitik. Zwischen österreichischer Identität und internationalem Programm“ (University Press, Göttingen – Vienna 2009).

Wer war für die historische Wende verantwortlich, bei der 1989 die Diktaturen stürzten und Millionen Menschen erstmals demokratische Freiheit erleben konnten?

Erhard Stackl zeigt, wie viele, bis heute wenig bekannte Hauptdarsteller es damals gab, die mit Mut und Intelligenz die Diktaturen ins Wanken brachten. Er hat etliche von ihnen kennen gelernt, als er zwischen 1979 und 1989 für das Nachrichtenmagazin „profil“ aus Polen, Ungarn und der ČSSR, aber auch aus Argentinien und Chile berichtete. Die Bürgerrechtler und Rebellen, die er im Untergrund traf, wurden später Botschafter oder Minister, manche sogar Präsidenten ihrer Länder.

Sein Buch zeichnet ein plastisches Bild der damaligen Entwicklung: spannend, informativ und auch humorvoll.

Wie kein anderer steht Bruno Kreisky für die Außenpolitik der Zweiten Republik. Zunächst als Staatssekretär, dann als Außenminister und Bundeskanzler prägte er die österreichische Neutralitätspolitik und setzte mit seiner bis heute weitsichtigen Nahostpolitik international beachtete Akzente.

Sein Interesse für internationale Politik lässt sich aus seiner Biografie erklären. Nach seiner frühen Kindheit in der Monarchie erlebte er die krisengeschüttelte Erste Republik und das autoritäre Dollfuß-Schuschnigg-Regime. 1938 wurde er ins (schwedische) Exil gezwungen.

Elisabeth Röhrlich, 1980 geboren, 2009 promoviert in Neuerer Geschichte bei Anselm Doering-Manteuffel (Tübingen) und Oliver Rathkolb (Wien), folgt Kreiskys Lebensstationen und zeichnet die Entwicklung außenpolitischer Themen und deren Umsetzung nach. Aus seinem speziellen Weg zog Kreisky die Konsequenz, dem kleinstaatlichen Österreich ein neues Profil in den internationalen Beziehungen geben zu wollen. Dabei setzte er auf eine Identitätspolitik, in der er den Rückgriff auf die Geschichte mit neuen Werten verband. Seinen Lebensweg baute er leitmotivisch in diese Geschichtspolitik ein. Trotz der Widerstände, denen er als Jude und Emigrant in der Zweiten Republik gegenüberstand, wurde er auf diese Weise selbst zu einem österreichischen Erinnerungsort. Sein internationales Programm wurde identitätsstiftend für Österreich.

Die RednerInnen bei der feierlichen Preisverleihung im Bruno-Kreisky-Forum waren wie immer hochkarätig: Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, der Präsident des Dr.-Karl-Renner-Instituts, der ehemalige Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Hannes Swoboda, MEP und Vorsitzender der Jury.

www.renner-institut.at

SPORTPOLITIK

Spitzensportstättenplan 2020 sichert optimale Strukturen für die Zukunft

In den ersten 18 Monaten seiner Amtszeit hat Sportminister Norbert Darabos schon einige bemerkenswerte Weichenstellungen vorgenommen. Neben dem engagierten Kampf gegen Doping und der Überwindung verkrusteter Strukturen im ÖOC ist das Sportministerium schon jetzt bemüht, im Bereich des Spitzensports die optimalen Strukturen der Zukunft zu entwickeln. Die Aufbauarbeit für das Jahr 2020 und darüber hinaus setzt bei der Installation einer modernen Sportförderung, dem Ausbau der österreichischen Sportstätten und natürlich bei der nachhaltigen Forcierung hinkünftiger Spitzensportlerinnen und Spitzensportler an.

Erfolgreicher Spitzensport braucht gute Infrastruktur, daher plant das Sportministerium die Entwicklung eines Spitzensportstättenplans 2020. Mit der Bearbeitung wurde das Österreichische Institut für Schul- und Sportstättenbau (ÖISS) im Vorjahr vom Sportminister beauftragt. Da der Sport grundsätzlich laut Verfassung Ländersache ist, wird ständig eine entsprechende Abstimmung mit den Ländern und Fachverbänden vorgenommen. Aufbauend auf bestehenden Strukturen sollen Defizite an Spitzensportstätten und deren Behebung aufgezeigt werden.

Der Spitzensportstättenplan 2020 beinhaltet Sportstätten, die für die Austragung von Wettkämpfen auf Spitzensportebene geeignet sind bzw. Leistungszentren für den Spitzensport. Im folgenden eine Auswahl an österreichischen Spitzensportstätten, die sich in Bau, Ausbau bzw. Bauvorbereitung befinden:

- Sport- und Wellnessbad Eggenberg Graz
- Werner Schlager-Tischtennisakademie in Schwechat
- Wildwasserslalomstrecke Neue Donau Wien
- Ausbau der Wettkletter-Anlage in Imst
- Ausbau der Naturrodelbahn Umhausen

Der künftige sportliche Erfolg unserer Stars der Zukunft hängt wohl von Millimetern und Hundertstelsekunden ab. Und dennoch braucht es parallel dazu Riesenschritte in der Entwicklung und großzügig bemessene Zeitpläne. Diese zu realisieren wird auch hinkünftig die Aufgabe des Sportministeriums sein.

NADA Austria feiert zweiten Geburtstag

Ihren zweiten Geburtstag feierte Anfang Juli die nationale Anti Doping-Agentur NADA Austria. Mit der Gründung der NADA Austria wurde in Österreich eine neue Dimension der

Anti-Doping-Arbeit ermöglicht. Schon kurz nach Gründung wurden einige der größten Dopingfälle der österreichischen Sportgeschichte (Lisa Hütthaler, Bernhard Kohl, Susanne Pumper) vor der Rechtskommission der NADA Austria verhandelt.

Seit damals wird die sportinteressierte Öffentlichkeit von der Einleitung eines Verfahrens vor der Rechtskommission per Presseaussendung informiert, ebenso über den Abschluss eines Verfahrens.

Die Presseaussendungen sind auch auf der Homepage der NADA Austria jederzeit zum Download verfügbar. Laufende Verfahren werden grundsätzlich nicht kommentiert, aufgrund der gesetzlich geregelten Verschwiegenheitspflicht werden bis zum Abschluss des Verfahrens von der NADA Austria keine Details an die Öffentlichkeit weitergegeben.

Am 1. Jänner 2009 trat der überarbeitete WADA-Code in Kraft. Neben einer Neuregelung der Meldepflichten für Testpoolsportler und einer Überarbeitung der medizinischen Ausnahmegenehmigungen wurde der Fokus vor allem auf die bessere rechtliche Handhabung gegenüber systematisch dopenden Sportlern und „Hintermännern“ gelegt. Mit der Novelle des Anti-Doping-Bundesgesetzes wurden diese Änderungen übernommen und eine Reihe von weiteren, wegweisenden Neuerungen beschlossen, die dem österreichischen Anti-Doping-Kampf ein international vorbildliches Regelwerk zur Verfügung stellen.

Durch die Gründung der Sonderkommission Doping (SOKO Doping) und die stark verbesserte Zusammenarbeit der staatlichen Ermittlungsbehörden mit der NADA Austria ist es gelungen, die Anti-Doping-Bemühungen auf ein neues Niveau zu bringen.

Durch die stark verbesserte Budget-Situation war es möglich, die Anzahl der durchgeführten Dopingkontrollen deutlich zu steigern. So gab es beispielsweise im Jahr 2009 eine Steigerung von 41 % bei den Kontrollen außerhalb von Wettkämpfen (OOC-Kontrollen) im Vergleich zu 2008. Die Wertschätzung und Unterstützung für die Arbeit der NADA Austria zeigt eine Steigerung von 70 % bei den bestellten Kontrollen im Vergleich 2009 zu 2008.

Seit Jänner 2009 werden erstmals in Österreich im Auftrag der NADA Austria Blutkontrollen zu Zwecken der Dopingkontrolle durchgeführt. 95 % der verbotenen Substanzen und Methoden können im Urin nachgewiesen werden, die Analyse von Blut ermöglicht es, weitere Nachweisverfahren anzuwenden.

www.nada.at

INFORMATIONEN AUS ÖSTERREICH

Redaktionsschluss: 19. Juli 2010

Nr. 15/10

INNENPOLITIK

Zweite Amtszeit für Bundespräsident Heinz Fischer
Nationalrat vor Sommerpause: Mindestsicherung beschlossen
Gleichbehandlung: Neues Gesetz in Begutachtung
Ortstafeln: Kärnten setzt jüngstes VfGH-Erkenntnis um
Neues Gesetz gegen Lohndumping in Begutachtung

EUROPA INTERNATIONAL

Deutscher Bundespräsident Wulff bei Bundespräsident Fischer
Hohe österreichische Auszeichnung für Luxemburgs Premier Juncker
Bundeskanzler Faymann in Kroatien
Bulgariens Premier Borissow in Wien
Ungarns Außenminister Martonyi zu Antrittsbesuch in Wien
EU akzeptiert Gentechnik-Verbot

WIRTSCHAFT

Kanzler Faymann: Österreichs Wirtschaft mit deutlichem Aufwärtstrend
Internationale Betriebsansiedlungen legten wieder zu
Flughafen Wien mit Passagierplus

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT

Wien: 18. Internationale Aids-Konferenz
Österreich und Serbien verstärken Forschungszusammenarbeit
Alfred Kubin in Österreich, Deutschland und Frankreich
BAWAG Contemporary: Sonia Leimer. Neither in motion nor at rest
„Zeichen der Zeit“: Neues Ordensmuseum des Bundeskanzleramtes
ImpulsTanz – Vienna International Dance Festival 2010
Alfons Haiders Stockerau Open Air Festival 2010: „Victor/Victoria“
Aspang: Peetra Jendrzek inszeniert „Elling“ mit Theatergruppe „SägeWerk“

SPORTPOLITIK

Initiative „Kinder gesund bewegen“ gestaltet sich zu einem großen Erfolg
Darabos gratuliert Mountainbikerin Michaela Gigon zum 6. WM-Titel

Hinweis: Wir machen Sommerpause und kommen wieder am 23. August. Auch Ihnen schöne Sommerwochen! Ihr Redaktionsteam

Impressum

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressediens. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz, Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/3, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958, Fax ++43/1/53109-2958, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; <http://www.bundestkanzleramt.at>;
Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet. Herausgegeben vom Bundespressediens-Wien.

INNENPOLITIK

Zweite Amtszeit für Bundespräsident Heinz Fischer

Bundespräsident Heinz Fischer ist am 8. Juli vor der Bundesversammlung offiziell für seine zweite Amtsperiode angelobt worden. Damit ist und bleibt Fischer, der heuer im April klar wiedergewählt wurde, das achte Staatsoberhaupt der Zweiten Republik. Sieben von ihnen wurden seit 1951 in Volkswahlen direkt gewählt, fünf davon für zwei Amtszeiten.

Unter den Gästen im historischen Reichsratsaal des Parlaments befanden sich neben der gesamten Bundesregierung, den Klubobleuten und Abgeordneten Repräsentanten von Kirchen und Glaubensgemeinschaften sowie Prominenz aus Wirtschaft, Kultur und Medien.

In seiner Ansprache erteilte Fischer nationalistischen Tendenzen neuerlich eine klare Absage und lobte die Vorzüge von Demokratie und Parlamentarismus. Der Bundespräsident verwies in diesem Zusammenhang auf die Wichtigkeit von Wahlrecht und freien Wahlen. Wer Demokratie wolle, müsse auch bereit sein, Mitverantwortung zu übernehmen, so Fischer. Ein weiteres Augenmerk legte Fischer auf den Bildungsbereich: Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise würden Investitionen in Bildung und Forschung zu den „nützlichsten und ertragreichsten Investitionen“ zählen, dies sei man der Jugend schuldig. Wichtig sind Fischer dabei Konsens über die Gesamtschule der Zehn- bis 14-Jährigen sowie ein geregelter Zugang zu Universitäten mit bestmöglicher Auslastung, geringerer Dropout-Rate und einer höheren Akademikerquote.

Engagement zeigte der Bundespräsident auch in Sachen Klimaschutz. Er warnte vor einem globalen Temperaturanstieg und urgierte die Einhaltung international akkordierter Maßnahmen. Als weiteres Anliegen bezeichnete der Bundespräsident „soziale Symmetrie und soziale Gerechtigkeit“. Ein klares Bekenntnis legte Fischer auch zu EU und Bundesheer ab und wies auf die zahlreichen Friedensmissionen hin, an denen österreichische Soldatinnen und Soldaten teilgenommen hätten.

Nationalrat vor Sommerpause: Mindestsicherung beschlossen

Der Nationalrat hat in seiner letzten Plenarwoche vor der Sommerpause (7. bis 9. Juli) eine Reihe von Gesetzen beschlossen. Abgesegnet wurde allen voran die bedarfsorientierte Mindestsicherung. Zugestimmt haben dieser neuen bundeseinheitlichen Sozialhilfe-Regelung die beiden Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP sowie

Grüne und FPÖ. Für das geplante Inkrafttreten mit 1. September müssen allerdings noch die jeweiligen Landtage zustimmen. Die Höhe der Leistung bemisst sich an der so genannten Ausgleichszulage und beträgt 744 Euro monatlich, zwölf Mal im Jahr. Paare erhalten 1116 Euro netto, für Kinder gibt es 18 % des Betrags für Alleinstehende (134 Euro netto). Beschlossen wurden unter anderem auch Novellen zum Immissionsschutzgesetz Luft mit neuen Grenzwerten für Feinstaub und zum Tierschutzgesetz mit neuen Regeln für Ausbildung und Verhaltenstraining von Hunden sowie die gesetzlichen Grundlagen für die Gründung von Gruppenpraxen (Ärzte-GmbHs).

Gleichbehandlung: Neues Gesetz in Begutachtung

Die Novelle zum Gleichbehandlungsgesetz ist am 12. Juli in Begutachtung gegangen. Eine der wichtigsten Neuerungen dabei ist die Offenlegung der durchschnittlichen Gehälter von Frauen und Männern ab 2011. Beim Kampf gegen Diskriminierungen jeglicher Art gehe Österreich innerhalb Europas „mit gutem Beispiel“ voran, betonte Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek gegenüber der APA.

Ortstafeln: Kärnten setzt jüngstes VfGH-Erkenntnis um

Das Bundesland Kärnten hat am 13. Juli dem jüngsten Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes (VfGH) entsprochen und verfassungskonforme zweisprachige Ortstafeln in Bleiburg/Pliberk, Ebersdorf/Drvesa und Schwabegg/Zvavek aufgestellt. Damit scheint eine endgültige Lösung der Ortstafel-Frage nun erstmals in Sicht. Kärntens Landeshauptmann Gerhard Dörfler erklärte, man müsse den VfGH-Spruch respektieren. SPÖ, ÖVP, Grüne und Slowenenvertreter in Kärnten sprachen von einem „Schritt in die richtige Richtung“, auch Slowenien hat die Aufstellung der korrekten zweisprachigen Ortstafeln offiziell begrüßt.

Neues Gesetz gegen Lohndumping in Begutachtung

Sozialminister Rudolf Hundstorfer hat am 14. Juli ein „Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping“ in Begutachtung geschickt. Demnach sollen Firmen eine Verwaltungsstrafe zahlen, wenn sie ihre Mitarbeiter unter dem Kollektivvertrag entlohnen. Anlass ist die Öffnung der Grenzen für Arbeiter aus Osteuropa ab 1. Mai 2011. In Kraft treten soll das neue Gesetz mit 1. Jänner 2011.

EUROPA INTERNATIONAL**Deutscher Bundespräsident Wulff bei Bundespräsident Fischer**

Der neue deutsche Bundespräsident Christian Wulff hat am 14. Juli einen offiziellen Antrittsbesuch bei seinem österreichischen Amtskollegen Heinz Fischer absolviert. Beide Staatsoberhäupter stimmten darin überein, die guten nachbarschaftlichen Beziehungen weiterhin zu pflegen und zu vertiefen.

Bei ihrem Arbeitstreffen in den präsidentialen Amtsräumen in der Wiener Hofburg erörterten Fischer und Wulff auch die Frage der EU-Erweiterung und aktuelle Themen wie die allgemeine Wehrpflicht.

Die historischen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Länder würden „weltweit ihresgleichen suchen“, erklärte Wulff. Österreichs „große ausgleichende Funktion in Europa“ sei ein weiterer Grund für eine intensive bilaterale Zusammenarbeit. Fischer bezeichnete den zwei Wochen nach dessen Wahl stattgefundenen Arbeitsbesuch Wulffs als „Zeichen der besonderen Wertschätzung“.

Hohe österreichische Auszeichnung für Luxemburgs Premier Juncker

Der luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker ist am 14. Juli in Wien mit dem Großen Goldenen Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik Österreich ausgezeichnet worden. Bundeskanzler Werner Faymann überreichte Juncker die Auszeichnung im Bundeskanzleramt. In seiner Laudatio würdigte Faymann den luxemburgischen Premier als einen „Brückenbauer über die Grenzen von Parteien und Ländern hinweg, der sich immer für den gemeinsamen europäischen Gedanken eingesetzt hat“.

Weiters betonte Faymann das stets innige und freundschaftliche Verhältnis zwischen der österreichischen Politik und Juncker. Er kenne Juncker als begeisterten, mutigen und engagierten Europäer mit gruppenspezifischem Feingefühl, so Faymann. Besonders würdigte er dessen Einsatz für soziale Ausgewogenheit in der europäischen Politik.

Premier Juncker unterstrich in seiner Dankesrede, sich nicht nur mit der österreichischen Politik, sondern auch mit den Menschen des Landes sehr verbunden zu fühlen.

Bundeskanzler Faymann in Kroatien

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Österreich und Kroatien sowie der EU-Beitritt Kroatiens waren zentrale Themen des Treffens von Bundeskanzler Werner Faymann und der

kroatischen Ministerpräsidentin Jadranka Kosor am 12. Juli in Zagreb. Faymann würdigte die Verdienste seiner Amtskollegin, etwa im Grenzstreit mit Slowenien, den sie selbst beigelegt habe. Österreich habe Kroatien immer unterstützt, das unter anderem ein wichtiger Handelspartner sei. Ein Punkt der Gespräche seien Rahmenbedingungen für österreichische Unternehmer gewesen, darunter die Rechtssicherheit. Viele Unternehmen würden verlangen, dass die Frage der kürzeren Verfahren auf der Rechtsordnung stehe, erklärte Faymann.

Kroatien will bis Anfang 2011 den Beitrittsvertrag mit der EU unterzeichnen. Die letzten Verhandlungskapitel wurden im Juni eröffnet.

Bulgariens Premier Borissow in Wien

Der bulgarische Ministerpräsident Bojko Borissow absolviert ab 19. Juli einen zweitägigen Arbeitsbesuch in Österreich. Auf dem Programm stehen unter anderem Gespräche mit Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Werner Faymann und Finanzminister Josef Pröll. Erörtert werden Maßnahmen gegen Korruption sowie EU-, Energie- und Wirtschaftsthemen, darunter die Gaspipeline Nabucco unter Federführung der OMV.

Ungarns Außenminister Martonyi zu Antrittsbesuch in Wien

Der neue ungarische Außenminister Janos Martonyi und Österreichs Außenminister Michael Spindelegger unterstrichen nach einem Treffen am 13. Juli in Wien die besondere Freundschaft der beiden Länder. Beide lobten die bilateralen Beziehungen und die gute Zusammenarbeit auf europäischer Ebene. Martonyi zufolge stellen die „enge Kooperation und besondere Freundschaft zwischen Ungarn und Österreich die „Verkörperung eines gemeinsamen Europas“ dar.

In allen zentraleuropäischen Fragen sei man „ganz klar auf einer Linie“, betonte Spindelegger. Zur Intensivierung der Zusammenarbeit gebe es unter anderem eine gemeinsame Botschafterkonferenz am 6. September. Seit einigen Jahren hält man auch gemeinsame Regierungssitzungen ab. Ungarn hofft auf Österreichs Unterstützung beim EU-Vorsitz 2011.

EU akzeptiert Gentechnik-Verbot

Die EU-Kommission hat am 13. Juli den Mitgliedstaaten das Selbstbestimmungsrecht beim Anbau von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) erlaubt und akzeptiert somit auch Österreichs Gentechnik-Verbot.

WIRTSCHAFT

Kanzler Faymann: Österreichs Wirtschaft mit deutlichem Aufwärtstrend

Bundeskanzler Werner Faymann, Finanzminister Josef Pröll, Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner und Infrastrukturministerin Doris Bures haben am 14. Juli in der Wiener Hofburg den Wirtschaftsbericht 2010 der Bundesregierung präsentiert.

Die Krise sei zwar noch nicht vorbei, aber Österreich stehe weit besser da, als manche Propheten an die Wand gemalt hätten. Verantwortlich für die positive Bilanz sei das gemeinsame Agieren von Politik und Wirtschaft, die Politik schaffe die Rahmenbedingungen und die Wirtschaft bringe die Leistungen, betonte Kanzler Faymann. Im Vergleich zu anderen Ländern der EU sei es gelungen, gute Ergebnisse zu erzielen. In der Krise habe man richtig reagiert: die Kaufkraft der Bevölkerung gestärkt anstatt sie einem „rigorosen Sparkurs zu opfern“ und gleichzeitig Wirtschaft und Export angekurbelt, erklärte der Bundeskanzler. Zu den Stärken Österreichs zählten Klein- und Mittelbetriebe, die Industrie, aber auch Forschung, Bildung und Ausbildung.

Diese müssten auch bei Erstellung des Budgets im Auge behalten werden, das von drei Faktoren geprägt sein werde: weitere Stärkung der Kaufkraft, Armutsbekämpfung sowie Verwaltungsreform unter Nutzung von Synergien zwischen Politik und Verwaltung. Nötig seien dazu noch Verhandlungen mit den Sozialpartnern und Ländern. Ziel sei es, die Staatsschulden zu verringern, unterstrich Faymann.

Man brauche aber auch Wachstum, um den Wohlstand zu erhalten. Europas bisherige Versuche zur Regulierung der Finanzmärkte würden für die Realwirtschaft noch nicht ausreichen, gab sich der Bundeskanzler überzeugt. Die Europapolitik werde an den Maßnahmen der Nationalstaaten zu messen sein. Ein Wirtschaftsfaktor sei auch der soziale Zusammenhalt, so Faymann. Außerdem müsste Spekulant das Handwerk gelegt werden: „Je höher die Staatsschulden, desto höher das Risiko, dass Spekulant das Ruder übernehmen“, brachte es der Bundeskanzler auf den Punkt. Eine Finanzmarktarchitektur, in der Staatsschulden keine Bedeutung mehr hätten, werde es nicht geben, sagte Faymann.

Österreich habe die Basis für einen sich selbst tragenden Aufschwung geschaffen, wengleich der Wirtschaftsaufschwung derzeit noch nicht selbsttragend sei, fasste Wirtschaftsminister Mitterlehner Kernaussagen des Wirtschaftsberichts 2010 zusammen. Der Strukturwandel

funktioniere, die Konjunkturpakete 2009 und 2010 hätten geholfen, erklärten Faymann und Mitterlehner unisono. Jetzt brauche es noch mehr Optimismus bei den Unternehmen und bei der Bevölkerung.

Mitterlehner glaubt, dass sich die Wirtschaft ab 2011 im Wesentlichen selbst tragen werde. Derzeit habe Europa ein Wachstumsproblem. „Die Welt wächst 2010 um 4 %, wir um 1 %“. Um den Aufschwung voranzutreiben, müssten neue Exportmärkte erschlossen und Öko-Investitionen getätigt werden. Die Umstrukturierung der heimischen Wirtschaft in Richtung Dienstleistungsgesellschaft funktioniere, konstatierte Mitterlehner.

(Nähere Informationen zum Wirtschaftsbericht Österreich 2010 siehe unter www.bmwfj.gv.at)

Internationale Betriebsansiedlungen legen wieder zu

Nach dem krisenbedingten Rückgang im Vorjahr haben sich im ersten Halbjahr 2010 wieder mehr ausländische Unternehmen in Österreich niedergelassen. Die Zahl der angesiedelten Betriebe ist von 84 auf 93 gestiegen, das Investitionsvolumen hat sich von 37 Mio. Euro auf 103 Mio. Euro verdreifacht. Zum einen profitierte Österreich von der Erholung des deutschen Marktes, zum anderen von seiner Funktion als Drehscheibe in Richtung Ost- und Südosteuropa. Das besagen die am 8. Juli veröffentlichten Zahlen der staatlichen Betriebsansiedlungsagentur Austrian Business Agency (ABA). Für das zweite Halbjahr rechnet ABA-Geschäftsführer Rene Siegl bei anhaltender Verbesserung der Wirtschaftslage mit einer weiteren schrittweisen Belebung des konjunktursensiblen Betriebsansiedlungsgeschäfts.

Stärkste Investorengruppe sind mit 48 Neuansiedlungen (gegenüber 24 im ersten Halbjahr 2009) deutsche Unternehmen, gefolgt von Italien mit acht Ansiedlungen und dem CEE-Raum mit insgesamt 22 Ansiedlungen. Unter den Bundesländern war Wien mit 49 ausländischen Betriebsansiedlungen wieder stärkster Standort, Platz 2 ging an Oberösterreich mit 13, Platz 3 an Salzburg und Niederösterreich mit je acht Neuansiedlungen.

Flughafen Wien mit Passagierplus

Am Flughafen Wien stieg im Juni 2010 die Zahl der abgefertigten Passagiere im Vergleich zum Vorjahresmonat um 10,5 % auf rund 1,8 Millionen. Zuwächse gab es im Ost- und Westeuropa-Verkehr. Im ersten Halbjahr nahm das Passagieraufkommen um 5,5 % zu.

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT**Wien: 18. Internationale Aids-Konferenz**

Von 18. bis 23. Juli tagt im Messezentrum in Wien-Leopoldstadt die 18. Internationale Aids-Konferenz (AIDS 2010). Rund 25.000 Teilnehmer aus aller Welt werden erwartet, darunter 2500 Medienvertreter. Vor- und Begleitveranstaltungen sowie Kulturprogramme machen die Konferenz zu einem umfassenden Event.

Was die alle zwei Jahre stattfindenden Welt-Aids-Kongresse von anderen (medizinischen) Großveranstaltungen unterscheidet, ist der Mix aus Wissenschaft, Politik (Entwicklungs-, Menschenrechts-, Justiz-, Gesundheitspolitik) und den Anliegen der Betroffenen.

Die Konferenz wurde von Bundespräsident Heinz Fischer eröffnet. Hochrangig ist die internationale Gästeliste: Ex-US-Präsident Bill Clinton, Prinzessin Mette-Marit von Norwegen, Microsoft-Gründer Bill Gates, Whoopi Goldberg. Popsängerin Annie Lennox führt am 20. Juli einen internationalen Menschenrechtsmarsch an, der das Thema HIV und Menschenrechte in den Fokus rückt und an dem tausende Demonstranten teilnehmen.

Österreich und Serbien verstärken Forschungszusammenarbeit

Österreich und Serbien verstärken ihre Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung. Ein entsprechendes Abkommen wurde am 13. Juli von Wissenschaftsministerin Beatrix Karl und dem serbischen Vize-Premierminister und Wissenschaftsminister Božidar Đjelić in Wien unterzeichnet. Diese Vereinbarung ermöglichte die Lancierung von mehr gemeinsamen Technologie-Projekten, sagte Đjelić. „Serbien sieht Österreich als Hauptpartner“.

Die serbisch-österreichische Kooperation hat sich mit Beginn des EU-Projekts „South East European ERA.NET“ (SEE-ERA.NET) im Jahr 2004 intensiviert. Künftig sollen Science Days abgehalten und die Kooperation im Rahmen von EU-Projekten vertieft werden. Besonders gefördert werden sollen der wissenschaftliche Nachwuchs sowie Wissenschaftlerinnen beider Länder.

Alfred Kubin in Österreich, Deutschland und Frankreich

Alfred Kubin ist derzeit international hoch im Kurs: Das Nordico Museum der Stadt Linz (Oberösterreich) zeigt noch bis 28. August unter dem Titel „Berührungen Begegnungen“ eine einzigartige Ausstellung mit Zeichnungen des Meisters und Werken der ihm seelenver-

wandten Margret Bilger, Emmy Haesele und Clara Siewert.

Ihr 40-jähriges Bestehen feiert die Ostdeutsche Galerie in Regensburg (Bayern) mit einer Werkschau Kubins: Etwa 75 Aquarelle, Feder- und Bleistiftzeichnungen aus allen Schaffensphasen des böhmischen Künstlers (1877-1959) werden gezeigt. Die Ostdeutsche Galerie wurde 1970 am Regensburger Stadtpark in einem historischen Jugendstilhaus, im 19. Jahrhundert als Turnhalle gebaut, eröffnet. Grundlage war eine 1966 vom Bund, dem Freistaat Bayern und der Stadt Regensburg gegründete Stiftung, die den Auftrag erhielt, das kulturelle Erbe der ehemals deutsch geprägten Gebiete in Osteuropa (Böhmen, Mähren, Schlesien, Ost- und Westpreußen) zu bewahren. Zu den herausragenden Künstlern der Sammlung zählen etwa Käthe Kolwitz, Max Pechstein, Karl Schmidt-Rottluff, der aus Pöchlarn (Niederösterreich) stammende Oskar Kokoschka oder eben Alfred Kubin.

Die aus dem 12. Jahrhundert stammende Zisterzienserabtei von Auberive der Region Champagne-Ardenne (Frankreich) zeigt bis 12. September gleichfalls eine Kubin-Ausstellung mit mehr als 90 Aquarellen und Tuschezeichnungen aus den Sammlungen der Oberösterreichischen Landesmuseen, dem Wiener Dom-museum, der Graphischen Sammlung Albertina, dem Museum der Moderne Salzburg sowie aus privaten Sammlungen. Ein detaillierter Ausstellungskatalog enthält Aufsätze führender internationaler Kubin-Experten zu Themen wie „Kubin und die Postmoderne“ (Peter Assmann), „Kubin und Wien um 1900“ (Franz Smola). Die Ausstellung wurde vom Besitzer der Abbaye d'Auberive, dem französischen Industriellen und Sammler moderner Kunst, Jean-Claude Volot, initiiert und vom Österreichischen Kulturforum Paris unterstützt.

Alfred Kubin erfreut sich nicht erst jetzt in Frankreich größter Wertschätzung. So war ihm schon 2008 eine umfangreiche Sonderausstellung im Pariser Museum für Moderne Kunst gewidmet. Die zurzeit im Pariser Musée d'Orsay laufende Sonderausstellung „Crime et Châtiment“ umfasst ebenfalls einige maßgebliche Werke Kubins. Weiterführende Informationen: www.nordico.at, www.kunstforum.net, www.abbaye-auberive.com

BAWAG Contemporary: Sonia Leimer. Neither in motion nor at rest

Die BAWAG Contemporary, Franz Josefs Kai 3, 1010 Wien, zeigt bis 25. August die Ausstellung „Sonia Leimer. Neither in motion nor at rest“. Leimer, 1977 in Meran (Südtirol/Italien)

geboren, lebt und arbeitet in Wien. Wie die Kuratorin Brigitte Huck im Katalog erklärt, bezeichnet der kinematographische Begriff „Lost Film“ verschollenes bzw. verlorenes Filmmaterial. Zelluloid gilt als empfindlicher und gefährlicher Stoff, der sich bei ungünstigen Lagerbedingungen selbst zerstört und außerdem leicht brennbar ist. Man vermutet, dass 80 Prozent aller Stummfilme unauffindbar, verschwunden und wohl für alle Zeit verloren sind.

Aber auch Spielfilme aus der Nachkriegszeit sind oft nur aus Erzählungen bekannt – etwa Rainer Werner Fassbinders „This Night“ (1966). Über den Inhalt ist kaum etwas bekannt. Überliefert ist, dass er von dem Schauspieler Christoph Roser finanziert und auf 8 mm gedreht wurde. Drehbuch, Kamera und Regie stammten von Fassbinder selbst. Auch als Schauspieler soll er fungiert haben.

Mit den Brüchigen, dem Labilen, das sich zwischen das scheinbar Festgefügte, Robuste schiebt, beschäftigt sich Sonia Leimer in ihrer Ausstellung. Mit dem konkreten Raum und seinem Verhältnis zur künstlerischen Inszenierung. Mit den Relationen zwischen der heutigen Gesellschaft, individuellen Erzählungen und dem klassischen Bilderkanon. Ihre Arbeit lässt ein klares Bewusstsein für Kernfragen der Gegenwart erkennen und bündelt in den Genres Film, Architektur und Raum grundsätzliche Aussagen zu Material, Medium und Display.

Die neuen Räume der BAWAG Contemporary am Franz Josefs Kai kommen in ihrer Differenziertheit von Hell und Dunkel, den Niveausprüngen und dem großzügigen Galeriedurchblick dem Vorhaben der Künstlerin entgegen, kein geschlossenes Ganzes, sondern vielmehr brüchige Konstruktionen entlang von Raumgrenzen aufzuspüren. Es geht um simulierte Räume, um Räume aus Materialien, die vorgeben, etwas anderes zu sein. Um imaginierte, erzählte, erinnerte Räume.

In fünf Arbeiten aus dem Jahr 2010 nimmt sich Sonia Leimer den filmischen Raum als eigenständigen Raum vor, fragt nach den Konstruktionen von Raum und Zeit, nach den Mustern und Hierarchien, die hinter diesen Konstruktionen liegen und nach der Rolle, die das Imaginäre dabei spielt. www.bawagcontemporary.at

„Zeichen der Zeit“: Neues Ordensmuseum des Bundeskanzleramtes

Unter dem Titel „Zeichen der Zeit“ eröffnete vor Kurzem ein Ordensmuseum im Bundeskanzleramt. Zu sehen ist ein Streifzug durch das Auszeichnungswesen der Monarchie sowie der Ersten und Zweiten Republik. Auf Initiati-

ve von Präsidialchef Manfred Matzka erarbeiteten Mitarbeiter des Bundespressdienstes und des Protokolls das Konzept und setzten das Museumsprojekt in Räumlichkeiten der Amalienburg um.

Beginnend mit dem Orden vom Goldenen Vlies spannt sich der Bogen zunächst bis zum Militär-Maria-Theresien-Orden, mit dem im Jahre 1757 das österreichische Auszeichnungswesen seinen Anfang nahm. Dieser und die anderen „Hausorden“ der Habsburger – St. Stephan-Orden, Leopold-Orden, Orden der Eisernen Krone und Franz-Joseph-Orden – bilden den Schwerpunkt im ersten Raum des Museums. Angesichts des vorhandenen Platzangebotes setzten die Organisatoren der Ausstellung Thomas Eder, Peter Plener und Walter Reichel auf ein Konzept der schlaglichtartigen Verdichtung und wählten eine exemplarische Erzählstruktur, um der Ausstellung Lebendigkeit und Schwung zu verleihen. So wird etwa die literarische Herangehensweise Franz Grillparzers (1791-1872) an das Wesen der Ordensvergabe gezeigt. Der Dichter wandelte sich vom noch jungen und undekorierten Staatsdiener nach dem Empfang mehrerer Auszeichnungen zum milde gestimmten Ordensempfänger.

In Ergänzung der gezeigten Auszeichnungen widmet sich eine Slide-Show den oftmals sehr persönlichen Biografien der Dekorierten. So erfährt man Näheres über den Urgroßvater des Dirigenten Herbert von Karajan, der 1869 mit dem Leopold-Orden ausgezeichnet wurde, oder über Georg Ludwig Ritter von Trapp, den Vater der singenden „Trapp-Familie“, der als U-Boot-Kommandant im Ersten Weltkrieg mit dem Maria-Theresien-Orden ausgezeichnet wurde. Begleitet wird die Darstellung der Orden um weitere multimediale Annäherungsmöglichkeiten, wie etwa einige weitere Slide-Shows, die eine kritische Auseinandersetzung mit dem Thema zeigen. Eine Hörstation bietet die Möglichkeit einer akustischen Zeitreise durch die Geschichte der österreichischen Hymnen von der Monarchie bis zur Gegenwart. Ein Film erlaubt Einblicke in die Welt der ordensgeschmückten Opernballbesucher und lässt Passanten, Beamte und Psychotherapeuten zu Wort kommen. Das Fazit: Der Glanz der Auszeichnungen ist über die Jahrhunderte bis heute nicht verblasst. Zu besuchen ist die Ausstellung für Gruppen nach individueller Vereinbarung unter: walter.reichel@bka.gv.at, thomas.eder@bka.gv.at

**ImPulsTanz – Vienna International
Dance Festival 2010**

Bis 15. August ist Wien Zentrum der internationalen Tanzwelt: Bei ImPulsTanz treffen sich die bedeutendsten Choreografinnen und Choreografen und die weltbesten Tanzcompagnien. Zu sehen sind u.a. Produktionen mit Marie Chouinard, Mathilde Monnier, Anne Teresa De Keersmaeker/Rosas, Jérôme Bel, Alain Platel & Les Ballets C. de la B., Xavier Le Roy, Chris Haring & Les Ballets de Monte-Carlo unter der Leitung von Jean-Christophe Maillot. Weitere Infos zum Programm: www.ImPulsTanz.com

Alfons Haiders Stockerau Open Air Festival 2010: „Victor/Victoria“

Nach dem Zweijahreshit „Ein Käfig voller Narren“ setzt der Intendant des Stockerau Open Air Festivals vor dem heuer eingerüsteten Turm der Stadtpfarrkirche auch weiterhin auf Broadway-Musicals mit filmischer Vergangenheit: „Victor/Victoria“ geht auf einen UFA-Tonfilm aus dem Jahr 1933 zurück, wurde 1982 von Blake Edwards mit Julie Andrews verfilmt und kam 1995, ebenfalls mit Andrews an den Broadway.

Die Produktion in Stockerau (Niederösterreich), die noch bis 14. August gezeigt wird, ist keinesfalls ein Abklatsch, sondern bewegt sich auf hervorragend professionellem Niveau und leistet sich sogar eine eigene Übersetzung ins Deutsche von Gunther Baumann. Gabriel Barryllis Inszenierung ist flott und pointenreich, die Tanznummern – von Alonso Barros choreografiert – sind schmissig und perfekt. Das Bühnenbild von Walter Vogelweider verbindet Neonschriften und verwaschene Plakatimitationen mit dem Glamour der Showbühne.

Der Plot in Kürze: Eine Frau spielt einen Mann, der eine Frau spielt. In den Hauptrollen: Alfons Haider als homosexueller Toddy und Maya Hakvoort, die auch mit Kurzhaarschnitt und Männerkleidung nie ihren femininen Charme ablegt und mit stets subtil wirkender, stimmlicher wie bewegungsmäßiger Präsenz überzeugt. Eine weitere Stütze des Ensembles ist Christoph Zadra als Gangster King Marchan. Vom Publikum überschwänglich gefeiert wurde die Stockerauerin Ines Hengl-Pirker als strohblonde und –dumme Gangsterbraut Norma Cassidy, als Schauspielerin und Sängerin brillant, von umwerfendem Sexappeal.

Der Premierenabend am 6. Juli war mit Prominenz gefüllt, die sich einhellig begeistert zeigte: Bundespräsident Heinz Fischer, Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll, Außenminister Michael Spindelegger, Sozialminister Rudolf Hundstorfer, Justizministerin Claudia Bandion-Ortner, Nationalratspräsidentin Bar-

bara Prammer, etc. Offensichtlich handelt es sich bei „Victor/Victoria“ in Stockerau um ein Muss. www.stockerau.gv.at

Aspang: Petra Jendrzek inszeniert „Elling“ mit Theatergruppe „SägeWerk“

Der Verein Karl-Schubert-Haus bietet 124 Menschen mit psychischen und kognitiven Behinderungen Lebensraum und unterstützt sie bei der Verwirklichung ihrer individuellen Lebenskonzepte. Oberste Priorität hat die sorgfältige Umsetzung fundamentaler Menschenrechte. Der Verein sieht es als Aufgabe, besonders die Autonomie seiner Bewohnerinnen und Bewohner und ihre offensichtlichen Talente zu fördern.

Die Theatergruppe „SägeWerk“ ist Teil des Vereins und hat seit 2004 in Mariensee exzellente Stücke auf die Bühne gebracht - u.a. von Brecht, Sartre, Giraudoux - in Inszenierungen, die einen Vergleich mit den besten österreichischen und internationalen Theatern nicht zu scheuen brauchen.

Unter Regisseurin Petra Jendrzek arbeiten Menschen mit Behinderung gemeinsam mit BetreuerInnen und professionellen KünstlerInnen wie SchauspielerInnen, MaskenbildnerInnen und Musikern zusammen. Das gesamte Team umfasst circa 25 Menschen, die in der Theaterarbeit Sinn und Erfüllung finden und ihre Rollen in besonderer Weise ausfüllen.

Ziel der jeweiligen Theateraufführung ist das gemeinsame Erzählen einer Geschichte, in der letztlich der Unterschied zwischen Profi, Betreuer, Bewohner, Musiker und Lichttechniker verschwindet.

Heuer hat Jendrzek „Elling“ des norwegischen Autors Axel Hellstenius im Gwölb des Aspanger Hofes am Wechsel (Niederösterreich) inszeniert, atemberaubend wie immer: Elling und Kjell Bjarne werden aus der psychiatrischen Anstalt in eine Gemeindeförderung entlassen. Sozialpädagoge Frank versucht ihnen bei der Bewältigung des Alltags zu helfen. Schon Kleinigkeiten wie das Benutzen eines Telefons, ein Einkauf oder die Pflege sozialer Kontakte stellen große Probleme dar. Außerdem sind die beiden Männer grundverschieden. Während Elling Künstler werden möchte, träumt Kjell von einer Partnerschaft. Eines Tages stürzt tatsächlich eine Frau, die schwangere Ruth, im wahrsten Sinn des Wortes in ihr Leben. Wird das ihre Freundschaft überstehen? Wenn Sie in diesem Sommer eine Theateraufführung, die etwas Wertvolles bietet, besuchen wollen, dann müssen Sie „Elling“ sehen. Noch bis 31. Juli. Tel.: ++43 664/81 33 306 oder kristina.gavric@kshm.at

SPORTPOLITIK**Initiative „Kinder gesund bewegen“ gestaltet sich zu einem großen Erfolg**

Zu einem großen Erfolg gestaltet sich die vom Sportministerium vor einem Jahr ins Leben gerufene österreichweite Initiative „Kinder gesund bewegen“.

Bewegungsmangel beeinflusst die Gesundheit unserer Kinder negativ, was sich vor allem in Form von Übergewicht und Haltungsschäden manifestiert. Bewegung, Spiel und Sport können einen unverzichtbaren Beitrag zur Persönlichkeitsentfaltung von Kindern leisten. Genau hier setzt die Initiative „Kinder gesund bewegen“ an.

Die Initiative „Kinder gesund bewegen“, an der auch die BSO/„Fit für Österreich“ sowie die Sport-Dachverbände ASKÖ, ASVÖ und SPORTUNION maßgeblich beteiligt sind, will mehr Bewegung für unsere Kinder in Kindergärten und Volksschulen integrieren, da fast alle Kinder in Österreich einige Jahre in einem Kindergarten verbringen und in der Volksschule alle Kinder erreicht werden können.

Zielgruppe sind einerseits die Kinder selbst, aber auch jene, die maßgeblichen Einfluss auf das Bewegungsverhalten der Kinder haben, wie PädagogInnen, Eltern und Erziehungsbeauftragte.

Ein Jahr nach dem offiziellen Roll-out kann man schon rund 2900 teilnehmende Institutionen verbuchen, das sind rund 37% der Zielgruppe (7.900 Volksschulen und Kindergärten). 450 zielgruppenspezifisch ausgebildete ÜbungsleiterInnen setzen die Maßnahmen vor Ort um, mehr als 13.000 Bewegungseinheiten wurden bis dato bereits durchgeführt.

Zusätzlich zu den kostenlosen Bewegungseinheiten gelangen Gutscheine für kostenlose Bewegungsmaterialien zwecks Nachhaltigkeit und Umsetzen der neu gewonnenen Inputs/Impulse zur Verteilung. Bewegungsmaterialien können – genauso wie die Einheiten – bedarfsorientiert gewählt und kombiniert werden, und zwar aus einem Angebotspool bzw. einer Produktpalette. Rund 700 Institutionen haben bereits vom Bewegungsmaterialien-Gutschein Gebrauch gemacht.

Die Initiative wird bereits evaluiert (externes Evaluationsteam), um die Zufriedenheit der Zielgruppe zu messen und das kostenlose Förderpaket laufend optimieren zu können (lt. Evaluator rege Beteiligung, Rücklaufquote sehr gut). „Kinder gesund bewegen“ ist bewusst vielschichtig angelegt, um Teilnehmende auf vielfältige Weise zu aktivieren. Zwei Schlagwörter zur Initiative sind „bedarfsorien-

tiert“ und „additiv“. Das bedeutet, dass die unterschiedlichen Bedürfnisse und Rahmenbedingungen interessierter Kindergärten und Volksschulen bewusst gemacht werden sollen. Daher obliegt es den Teilnehmenden selbst, aus den Angeboten die für Sie attraktivste Kombination im Ausmaß von 10 Einheiten (Personenstunden) zu wählen. So bekommt jede Institution ein für sie maßgeschneidertes Angebot von „Kinder gesund bewegen“.

Die Initiative möchte Kindergarten- und VolksschulpädagogInnen unterstützen, sofern das gewünscht ist. Auf keinen Fall möchte „Kinder gesund bewegen“ bevormundend agieren.

Sportminister Norbert Darabos: „ ‚Kinder gesund bewegen‘ bietet ein breitgefächertes, vielfältiges Programm, das individuell an die jeweiligen Rahmenbedingungen teilnehmender Institutionen angepasst wird. Damit wollen wir der Kooperation zwischen Schulen, Kindergärten und dem organisierten Sport österreichweit Anstoß geben“.

Derzeit führen das Sportministerium, "Fit für Österreich"/Bundes-Sportorganisation (BSO), die Bundessportakademie (BSPA) Wien und das Institut für Medizinische und Sportwissenschaftliche Beratung (IMSB) Austria in Kooperation mit dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur und mit der Pädagogischen Hochschule Wien, die Ausbildung zum Kinder-Bewegungscoach durch.

Ziel dieser Pilotveranstaltung ist es, den Kursabsolvierenden die Möglichkeit zu bieten, gemeinsam mit ausgebildeten Pädagogen und Pädagoginnen eine Lehrtätigkeit in den Stunden „Bewegung und Sport“ der Volksschulen zu übernehmen. Im September 2010 starten sowohl die Blockveranstaltungen als auch die wöchentlichen Kurse. Die Ausbildung für alle Teilnehmenden ist dabei kostenlos.

Darabos gratuliert Mountainbikerin Michaela Gigon zum 6. WM-Titel

Zu ihrem bereits sechsten WM-Titel in der Mountainbike-Orientierung konnte Sportminister Norbert Darabos kürzlich Michaela Gigon gratulieren.

Die 33-jährige Heeressportlerin setzte sich im portugiesischen Montalegre auf der Mittelstrecke in 1:00:39 Stunden vor der Dänin Rikke Kornvig (+ 0:33) und Marika Hara (1:14) aus Finnland durch. Die zweite Österreicherin am Start, Sonja Zinkl, belegte Platz 16. Für Gigon war es bereits die vierte WM-Goldene über diese Distanz, die sechste insgesamt.

INFORMATIONEN AUS ÖSTERREICH

Redaktionsschluss: 23. August 2010

Nr. 16/10

INNENPOLITIK

Sommerbilanz der Bundesregierung: Für Österreich mehr erreicht
Arbeitslosigkeit: Positiver Trend, aber noch keine Entwarnung
Rückgang bei Einbürgerungen

EUROPA INTERNATIONAL

Forum Alpbach 2010 unter dem Motto „Entwurf und Wirklichkeit“
Chinas Außenminister Yang in Salzburg
Wien zusätzlicher Standort für Weltbank-Gruppe

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT

Mexikanische Malerin Frida Kahlo im Wiener Bank Austria Kunstforum
Kramars 3raum-anatomietheater brilliert mit Schwabs „Die Präsidentinnen“
Egon Schieles Porträt seiner „Wally“ wieder im Wiener Leopold Museum
Trauer um Christoph Schlingensief

SPORTPOLITIK

Youth Olympic Games in Singapur: Erfolgreiche österreichische Delegation
Sportminister Darabos zieht durchaus positives Resümee nach Schwimm-EM
Unsere SommersportlerInnen heuer auf allen Ebenen höchst erfolgreich

IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressediens. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz, Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/3, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958, Fax ++43/1/53109-2958, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; <http://www.bundestkanzleramt.at>;
Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet. Herausgegeben vom Bundespressediens-Wien.

INNENPOLITIK**Sommerbilanz der Bundesregierung:
Für Österreich mehr erreicht**

Die Sommer-Bilanz der Koalitionspartner SPÖ und ÖVP über die Regierungsarbeit im ersten Halbjahr 2010 stand unter dem Motto „Gemeinsam mehr für die Menschen in Österreich erreicht“. Unter den positiv erledigten Vorhaben finden sich vor allem Maßnahmen zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums sowie zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes.

Ganz oben gereiht sind Maßnahmen für mehr sozialen Zusammenhalt und Transparenz, darunter die Einführung der Mindestsicherung und die Einigung über die Transparenzdatenbank mit einem Überblick über alle Sozialtransfers und Förderungen. Ebenso eingeführt wurden das verpflichtende kostenlose Kindergartenjahr sowie ein höheres und auch einkommensabhängiges Kindergeld.

Im Gesundheitsbereich wurde die Sanierung der Krankenkassen eingeleitet, es gibt höheres Pflegegeld, neue Ärzte-GmbHs (Gruppenpraxen), besseren Immissionsschutz und mehr Verkehrssicherheit.

Die Basis für Wirtschaftswachstum und den Erhalt von Arbeitsplätzen legten Steuerreform, Arbeitsmarktpakete, Konjunkturprogramme und öffentliche Investitionen. Firmen profitieren von einem erleichterten Kreditzugang und einer Reform des Insolvenzrechts. Für die thermische Sanierung wurden mehr Mittel freigemacht, zudem stehen für die Förderung von Green Jobs zusätzlich 760 Mio. Euro zur Verfügung. Damit ist es Österreich gelungen, EU-weit die niedrigste Arbeitslosenquote, die zweitniedrigste Jugendarbeitslosigkeit sowie die kürzeste Verweildauer in der Arbeitslosigkeit vorzuweisen.

Für mehr Stabilität sorgten der Euro-Rettungsschirm sowie die Begrenzung der Ausgaben im Haushaltsrecht. Risiko-Spekulationen im Bund wurden beendet, der Finanzmarktaufsicht (FMA) obliegt die Aufsicht über Rating-Agenturen. Die EU-Mitgliedstaaten haben sich auf eine europäische Finanzmarktaufsicht für Banken, Versicherungen und Wertpapiere geeinigt.

Wichtige Schritte wurden zudem für ein moderneres Bildungssystem gesetzt. Beispiele dafür sind die Neue Mittelschule, die Zentralmatura, eine Ausbildungsgarantie für Jugendliche bis 18 Jahre sowie ein Schulentwicklungsplan mit einem Etat von über 600 Mio. Euro.

Zahlreiche Reformen und innovative Projekte führten auch im Sicherheitsbereich zu deutlichen Verbesserungen: Dank 1.000 zusätzlicher

Polizistinnen und Polizisten konnte die Einbruchskriminalität gesenkt werden, die grenzüberschreitende Kooperation wurde ausgebaut. Das Fremdenrecht wurde neu geordnet und zur Beschleunigung der Verfahren ein Asylgerichtshof installiert (seit Juli 2008). Mehr Geld gibt es für den Katastrophenschutz.

Arbeitslosigkeit: Positiver Trend, aber noch keine Entwarnung

Im heurigen Juli ist die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen gegenüber dem Vergleichsmonat 2009 um 8,9 % oder 20.728 Personen auf 211.659 zurückgegangen. Inklusiv der 62.084 SchulungsteilnehmerInnen waren im Juli insgesamt 273.743 Menschen ohne Job. Die entsprechenden Arbeitsmarktdaten präsentierte das Arbeits- und Sozialministerium Anfang August. Rechnet man Arbeitslose und SchulungsteilnehmerInnen zusammen, sank die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahresmonat um 5,1 %. Sozialminister Rudolf Hundstorfer sprach von einem „positiven Trend am Arbeitsmarkt“, sieht aber noch keinen Anlass zur Entwarnung. Man habe nach wie vor mit den Folgen der Krise zu kämpfen, die „kurzfristigen Aussichten seien jedoch durchwegs positiv“, sagte Hundstorfer. Dies zeige auch der kräftige Anstieg der dem Arbeitsmarktservice (AMS) gemeldeten offenen Stellen um 30,2 % auf 35.177.

Weiterhin stark ist der Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit (-10,3 %) und der Männerarbeitslosigkeit (-12,9 %). Aber auch die Arbeitslosigkeit bei Frauen (-4,0 %) und Älteren (-2,9 %) war signifikant geringer als noch im Juni dieses Jahres. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen sank um 7,8 %, und erstmals seit Beginn der Krise fiel die Verweildauer in der Arbeitslosigkeit um zwei Tage auf 94 Tage.

Besonders erfreut zeigte sich Hundstorfer darüber, dass sich auch auf dem Lehrstellenmarkt eine Entspannung abzeichnet. So gab es im Juli um 16,4 % weniger Lehrstellensuchende als noch vor einem Jahr, hingegen um 4,4 % mehr offene Lehrstellen. Im Juni 2010 verzeichnete Österreich laut Eurostat mit 3,9 % die niedrigste Arbeitslosenrate in der EU.

Rückgang bei Einbürgerungen

Im ersten Halbjahr 2010 erhielten insgesamt 2.764 Personen die österreichische Staatsbürgerschaft. Gegenüber dem Vergleichszeitraum 2009 ist dies ein Rückgang um 34,9 %.

Die Bestimmungen zum Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft wurden ab 2010 hinsichtlich des „hinreichend gesicherten Lebensunterhalts“ seit 2006 nochmals verschärft.

EUROPA INTERNATIONAL**Forum Alpbach 2010 unter dem Motto
„Entwurf und Wirklichkeit“**

Das heurige Europäische Forum Alpbach (Tirol) steht bis 4. September unter dem Motto „Entwurf und Wirklichkeit“. Wie der Präsident des Forums, Erhard Busek, schreibt, gehe es um „die Analyse ein allgegenwärtigen Spannungsverhältnisses. Ob in der Wissenschaft, Kunst, Politik oder Wirtschaft: Seit jeher bemüht sich der Mensch, den Weg von der Vorstellung zur Realisierung zu gehen oder die Kluft zwischen beiden zu verringern. Gerade die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass das Thema trotz moderner Prognosetechnologien und einem weltumspannenden Kommunikationsnetz höchst aktuell ist“.

Das Forum wartet auch heuer mit einer Vielzahl hochkarätiger TeilnehmerInnen auf – u.a. mit Bundespräsident Heinz Fischer, der das Forum eröffnete, UN-Generalsekretär Ban Ki-moon, zahlreichen Mitgliedern der österreichischen Bundesregierung sowie SpitzenpolitikerInnen aus dem Ausland, darunter Sloweniens Staatspräsident Danilo Türk. Kommen werden in das Bergdorf auch die iranische Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi, EU-Regionalkommissar Johannes Hahn und Siemens-Personalchefin Brigitte Ederer. Besonders prominent besetzt ist ein Panel im Rahmen der „Finanzmarktgespräche“ (2. bis 4. September): Am 4. September werden Ban, Fischer und Außenminister Michael Spindelegger über die internationale Finanzmarktkrise und die UNO-Millenniums-Entwicklungsziele diskutieren. Finanzmarktgespräche finden heuer erstmals statt und treten an die Stelle des bisher traditionellen Bankenseminars. Vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise und angesichts des großen Interesses der Allgemeinheit an den Finanzmärkten habe man das Forum „breiter aufstellen und öffnen“ wollen, wurde seitens der Veranstalter erklärt. Die Alpbacher Gespräche beleuchten das Thema mit Fokus auf Gesundheit, Reform, Technologie, Politik, Wirtschaft, Baukultur und Finanzmärkte.

Thematisiert werden unter anderem die Zukunft des Euro, Aufsichtsstrukturen für Banken und Versicherungen sowie die wirtschaftliche Zukunft der Länder Mittel- und Osteuropas. Unter den Teilnehmern finden sich neben Vertretern großer österreichischer und internationaler Banken unter anderen der Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB), Ewald Nowotny, der belgische Notenbankdirektor Peter Praet und der Präsident der ungarischen

Nationalbank, Andras Simor. Angekündigt haben sich auch die Finanzminister der Niederlande und Montenegros, Jan Kees de Jager und Igor Luksic.

Schon zuvor werden bei den „Wirtschaftsgesprächen“ (31. August bis 2. September) unter der Devise „War die Krise umsonst?“ die sozioökonomischen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise erörtert. Auch hier sind die Gesprächsrunden hochkarätig besetzt: unter anderem mit dem früheren Präsidenten der EU-Kommission und italienischen Ex-Premier Romano Prodi, Finanzminister Josef Pröll, Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner und Verkehrsministerin Doris Bures.

Einen weiteren traditionellen Höhepunkt des Europäischen Forums Alpbach bilden die „Politischen Gespräche“ (29. bis 31. August). Sie sollen dem Thema entsprechend das Verhältnis zwischen politischen Entwürfen und daraus resultierenden Wirklichkeiten beleuchten. Zu den inhaltlichen Schwerpunkten zählen die Rolle der Vereinten Nationen und die Zukunft der Europäischen Union. Bosnien ist 15 Jahre nach dem Dayton-Abkommen ein eigenes Panel gewidmet, an dem neben Außenminister Spindelegger dessen slowenischer Amtskollege Samuel Zbogar, der kosovarische Wirtschafts- und Finanzminister Ahmed Shala, der ehemalige kroatische Ministerpräsident Ivo Sanader und der internationale Bosnienbeauftragte Valentin Inzko teilnehmen werden.

Bereits zum vierten Mal findet zeitgleich mit dem Forum Alpbach eine Klausur der UNO-Botschafter statt. Der Sicherheitsrats-Retreat befasst sich heuer vor allem mit dem Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten und mit der Lage von Frauen in Konflikt- und Postkonfliktsituationen. Der Schutz von Zivilisten in Konfliktsituationen war eine der Prioritäten des österreichischen Vorsitzes im höchsten Gremium der Vereinten Nationen im November des Vorjahres. Bis Ende 2010 ist Österreich nichtständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrates. Neben dem Botschafter-Treffen wird es in Alpbach auch eine Sommerklausur der UNO-Spitzen geben, zu dem UN-Chef Ban und Führungskräfte aller Teilorganisationen erwartet werden.

Spindelegger bezeichnete die beiden hochrangigen UNO-Veranstaltungen als „wichtige Wiederbelebung von Alpbach“, die die Nachhaltigkeit der österreichischen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat beweise. Nach Auskunft des Außenamtes wird Ban am 2. September in Wien mit Außenminister Spindelegger Gespräche führen, ehe er nach Alpbach weiterreist.

Chinas Außenminister Yang in Salzburg

Am Rande der Salzburger Festspiele sind Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Werner Faymann, Außenminister Michael Spindelegger und Salzburgs Landeshauptfrau Gaby Burgstaller mit dem chinesischen Außenminister Jiechi Yang zusammengetroffen.

Bundespräsident Fischer sagte, dass die Signale der österreichisch-chinesischen Beziehungen auf „Grün“ stünden. Dies sei auch aus der intensiven Besuchspolitik zu erkennen. Fischer lud auch den chinesischen Staatspräsidenten zu einem Besuch nach Österreich ein. Yang stellte fest, dass der österreichische Pavillon bei der Weltausstellung sehr positiv angenommen werde – über eine Million Besucher hätten ihn schon besucht. Das 40-Jahr-Jubiläum der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen wollen Österreich und China hochrangig wahrnehmen, in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht.

Nach seinem Treffen mit dem chinesischen Außenminister betonte Bundeskanzler Faymann, dass anstehende 40-Jahr-Jubiläum biete die Chance, die positive Dynamik auch in Zukunft zu nutzen. Faymann sieht im Bereich Umwelttechnologie und erneuerbarer Energie eines der wichtigsten gemeinsamen Themen zwischen China und Österreich. Zum einen sei das Reich der Mitte für österreichische Firmen, die auf Umwelttechnologie spezialisiert sind, der Zukunftsmarkt schlechthin, zum anderen hätten Österreich und die Europäische Union großes Interesse an der Einbindung Chinas in die aktuellen Klimadiskussionen zur Vorbereitung von Cancun, der Folgekonferenz von Kopenhagen.

Außenminister Spindelegger erörterte bei seinem Treffen mit Yang vor allem die Zusammenarbeit der beiden Länder im UN-Sicherheitsrat, besonders die Krisenherde Iran und Nordkorea betreffend. Spindelegger betonte, dass es außerordentlich wichtig sei, mit China als Staat mit großem Einfluss in der Region Maßnahmen abzusprechen, um die Stabilität auf der koreanischen Halbinsel zu wahren. Nach Chinas Verhältnis zu Nordkorea befragt, sagte Yang, Peking unterhalte mit seinem Nachbarn normale Beziehungen. Man sei an einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in dem Land interessiert und werde die diplomatischen Verhandlungen zur Lösung des Atomstreits weiter intensivieren. China unternehme auch alle Anstrengungen, um zu verhindern, dass weitere Länder in den Besitz von Atomwaffen gelangen. Peking sei im übrigen an einem atomwaffenfreien Nahen Osten interessiert, hier müsse allerdings

noch gegenüber Israel Überzeugungsarbeit geleistet werden.

Am 26. Mai 1971 war gleichzeitig in Wien und Peking ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht worden, in dem die Aufnahme diplomatischer Beziehung ab 28. Mai 1971 vereinbart wurde. Im Rahmen der Feiern zu diesem Jahrestag sind auch verschiedene Kulturveranstaltungen geplant. Voraussichtlich werden aus diesem Anlass Außenminister Spindelegger und Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll 2011 die Volksrepublik China besuchen. Für Österreich stellt China den zweitwichtigsten Überseemarkt dar. Trotz Wirtschaftskrise konnten die österreichischen Exporte im ersten Halbjahr 2010 um 43 % gesteigert werden. Beim Österreich-Besuch des chinesischen Wirtschaftsministers Chen Deming wurden im Mai 17 Verträge in der Höhe von 900 Mio. Dollar (724 Mio. Euro) unterzeichnet, in deren Zentrum Autos und Maschinen stehen. Österreich hofft allerdings noch auf einen verbesserten Zugang seiner Lebensmittelexporte auf dem chinesischen Markt.

Wien zusätzlicher Standort für Weltbank-Gruppe

Österreich hat mit der Weltbank-Gruppe ein Amtssitz-Abkommen geschlossen. Es sieht für MitarbeiterInnen der Internationalen Organisation Diplomaten-Privilegien vor. So sollen internationale Organisationen motiviert werden, weitere Büros in Wien zu eröffnen und Mitarbeiter nach Wien zu schicken.

Derzeit sind das Foreign Investment Advisory Service (FIAS) und das Vienna Centre for Financial Reporting Reform (REPARIS) bereits in Wien etabliert. Ähnliche Konditionen hat das bereits 1997 etablierte Joint Vienna Institute, das von Internationalen Währungsfonds (IMF), Weltbank, Finanzministerium und Nationalbank getragen wird. UN-Organisationen sind seit 1979 in Wien ansässig, auch die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) hat hier einen Standort.

Zur Weltbank-Gruppe gehören u.a. die IFC (International Finance Corporation), MIGA (Multilateral Investment Guarantee Agency), IBRD (International Bank for Reconstruction and Development) und IDA (International Development Association).

Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll meinte zum Abkommen, dass es „auch gerade in dieser Zeit ein wichtiges Zeichen“ sei, „weil Österreich eines der antreibenden Länder in der Diskussion um eine Neugestaltung der internationalen Finanzarchitektur ist“.

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT**Mexikanische Malerin Frida Kahlo im Wiener Bank Austria Kunstforum**

Von 1. September bis 5. Dezember präsentiert das Wiener Bank Austria Kunstforum die erste umfassende Frida Kahlo-Retrospektive in Österreich.

Der Mythos um die mexikanische Künstlerin (1907-1954) hat in den letzten Jahrzehnten globales Format angenommen: Kahlo gilt inzwischen als Identifikationsfigur der mexikanischen Kultur, Vorreiterin der feministischen Bewegung, Marke einer großen Merchandising-Maschinerie, schillernd exotische Filmvorlage für Hollywoodkino. Ihre Vita wurde mehrmals filmisch dargestellt – so von Karen und David Crommie in „The Life and Death of Frida Kahlo“ (1965). Bis damals war die Künstlerin dem Kinopublikum weitgehend unbekannt. Der Mexikaner Paul Leduc drehte 1984 „Frida Kahlo – Es lebe das Leben“ („Frida, naturaleza viva“). Ofelia Medina interpretierte glaubhaft Kahlos Welt von Lust, Schmerz, Isolation und Einsamkeit. Zahlreiche Geschehnisse im Film spielen sich wortlos ab. Diese Version gilt als die differenzierteste Darstellung von Kahlos Leben.

2001 drehte Julie Taymor „Frida“, mit Salma Hayek in der Hauptrolle. Diese ziemlich glatte Hollywood-Produktion wurde ein internationaler Erfolg und machte die Künstlerin einer breiten Öffentlichkeit bekannt.

Untrennbar ist Frida Kahlos Kunst mit ihrer Biografie verbunden. Ihr Vater, Carl Wilhelm Kahlo, stammte aus einer bürgerlichen Familie aus Pforzheim (Deutschland). 1890 wanderte er als 18-jähriger nach Mexiko aus. Er ließ sich in Mexiko-Stadt als Fotograf nieder und heiratete die Mexikanerin María Cárdena. Nach vier Jahren eingebürgert, hieß er nun Guillermo (span. für Wilhelm) Kahlo. Seine Frau starb 1897, 1898 gründete er mit der Fotografin-tochter Mathilde Calderón y Gonzáles aus Oaxaca seine zweite Familie.

1904 baute der nunmehrige Fotokünstler in Coyoacán, einer damaligen Vorstadt der mexikanischen Hauptstadt, ein Haus, das später von seiner Tochter Frida zum Schutz gegen böse Geister in Kobaltblau gestrichen wurde und damit zur mittlerweile weltberühmten „Casa Azul“, dem Blauen Haus, wurde.

Frida wurde 1907 als drittes Kind geboren, verschob später allerdings ihr Geburtsdatum auf 1910, das Jahr der mexikanischen Revolution. Ihr Leben habe mit dem neuen Mexiko begonnen, so Kahlo.

6-jährig erkrankte sie an Kinderlähmung und behielt nach langem Krankenlager ein dünneres und etwas kürzeres rechtes Bein zurück.

Ihr Vater hatte einen bedeutenden Einfluss auf Fridas Entwicklung: Er lieh ihr Bücher, nahm sie mit auf ausgedehnte Spaziergänge, weckte ihr Interesse für Pflanzen und Tiere sowie für das genaue Beobachten der Natur, was ihr später beim Malen zugute kam. Prägend waren für sie die Jahre an der Escuela Nacional Preparatoria – einer Lehranstalt, die der Vorbereitung für die Universität diente. Der Unterricht hielt viele Anregungen für das Mädchen bereit. Neben Geisteswissenschaften interessierte sie sich für Anatomie, Biologie und Zoologie und sie entwickelte den Wunsch, später Medizin zu studieren.

1925 wurde sie bei einem Busunglück schwer verletzt – eine Stahlstange bohrte sich durch ihr Becken. Im Krankbett – in einem Ganzkörpergips bzw. Stahlkorsett – begann sie zu malen. 1926 schuf sie ihr erstes Selbstporträt. Entgegen allen medizinischen Erwartungen lernte Frida wieder laufen, litt aber ihr ganzes Leben unter den Unfallfolgen und konnte auch keine Kinder gebären. Mehrere Fehlgeburten verarbeitete sie in Bildern wie „Meine Geburt“ (1932).

1929 heiratete sie den 43-jährigen mexikanischen Malerkollegen Diego Rivera, damals schon weltberühmt durch seine riesigen politisch-revolutionären Wandbilder (Murales). Im selben Jahr wurde Rivera aus der Partido Comunista Mexicano ausgeschlossen, auch sie verließ die Partei.

Von 1930 bis 1934 lebten Kahlo und Rivera in den USA, wo der Maler diverse Großaufträge erhalten hatte - so für ein Wandgemälde am Rockefeller Center. Der Auftrag wurde rückgängig gemacht, da Rivera ein Bildnis von Lenin eingefügt hatte. Zum ersten Mal wurde ein Werk Fridas öffentlich ausgestellt: „Frida Kahlo und Diego Rivera“ auf der „Sixth Annual Exhibition of the San Francisco Society of Women Artists“.

In den 1930er Jahren unterstützte sie mit ihrem Mann den russischen Revolutionär Leo Trotzki, dem sie 1937 das „Blaue Haus“ in Coyoacán als Unterkunft zur Verfügung stellte. Ihm widmete sie auch ein Selbstporträt, das kurze Zeit später die Aufmerksamkeit von André Breton auf sich zog.

Als Reaktion auf den Spanischen Bürgerkrieg, der im Juli 1936 ausbrach, gründete die Malerin mit anderen Künstlern und Intellektuellen ein Solidaritätskomitee zur Unterstützung der Republik.

Nach Differenzen mit Trotzki trat Rivera aus der Vierten Internationale aus, Trotzki und seine Frau verließen das „Blaue Haus“ - Stalins Häscher konnten sie dann nicht entkommen.

Frida Kahlo zog es nach Paris, wo sie dem Kreis der Surrealisten um Breton begegnete – so Kandinsky, Picasso, Ernst, Éluard, Miró, Tanguy, Paalen.

Im Herbst 1939 ließ sich Rivera von ihr scheiden, möglicherweise auch zu ihrem Schutz, da die Obdachgewährung für Trotzki in Verbindung mit dessen Ermordung gebracht wurde. Im Dezember 1940 heirateten sie ein zweites Mal.

Frida Kahlos Ruhm als Künstlerin wuchs. So gehörte sie zu einer Gruppe von 25 Künstlern und Intellektuellen, die vom Ministerium für Erziehung als Gründungsmitglieder des Seminars für mexikanische Kultur ausgewählt wurden. 1943 wurde sie in die „Exhibition by 31 Women“ in Peggy Guggenheims Galerie „Art of This Century“ in New York aufgenommen. In Mexiko erhielt sie einen Lehrstuhl an der Schule für Malerei und Skulptur des Ministeriums für Erziehung, wo sie zehn Jahre lang lehrte. Immer wieder musste sie sich schweren Operationen unterziehen. 1944 begann sie mit ihrem Tagebuch, das sie bis zu ihrem Tode führte.

1953 wurden ihre Werke erstmals in einer Einzelausstellung in ihrer Heimat gezeigt. 1954 starb sie an einer Lungenembolie. Gerüchte von Selbstmord kursierten, Diego Rivera lehnte eine Obduktion der Leiche ab.

Frida Kahlo gilt heute als bekannteste Malerin Lateinamerikas. Ihre Bilder wurden von der mexikanischen Regierung offiziell zum „nationalen Kulturgut“ erklärt. Ihr Ganzkörper-Selbstbildnis „Roots“ erzielte im Mai 2006 einen Versteigerungserlös von 5,6 Mio. US-Dollar und gilt damit als das bislang teuerste Bild eines lateinamerikanischen Künstlers bzw. einer Künstlerin. Von ihren 143 Bildern sind 55 Selbstporträts. Oft bezieht sie sich stilistisch auf die präkolumbische mexikanische Kunst der Azteken und Maya, und sie reflektiert die europäische Kunstgeschichte. Die Arbeiten der überzeugten Marxistin sind von sozialen und politischen Problemen nicht zu trennen. So lautet etwa eines ihrer Werke: „El marxismo dará salud a los enfermos“ – „Der Marxismus wird den Kranken Heilung bringen“ (1954).

Die Wiener Ausstellung ist eine Kooperation mit dem Martin-Gropius-Bau, Berlin. Sie wird von Ingrid Brugger und Florian Steininger kuratiert. www.bankaustria-kunstforum.at

Kramars 3raum-anatomietheater brilliert mit Schwabs „Die Präsidentinnen“

Der Schriftsteller Werner Schwab wurde 1958 in Graz (Steiermark) als Sohn einer Haushälterin und eines Maurers geboren. Kurz nach seiner Geburt verließ sein Vater die Familie und seine Mutter zog, da die Unterhaltszahlungen ausblieben, in ihr Elternhaus. Um zu überleben, gab sie ihren Sohn in Pflege, lebte selbst in desolaten Unterkünften, arbeitete als Haushälterin, bis sie eine Stellung als Hausmeisterin im Grazer Herz-Jesu-Viertel erhielt, womit eine kleine Einzimmerwohnung verbunden war. Hier verbrachte Werner Schwab mit seiner religiösen Mutter eine Kindheit, die er später mit der Einführung seines Alter Ego Herrmann Wurm in „Volksvernichtung oder meine Leber ist sinnlos“ zu verarbeiten suchte. Schon früh wollte er Künstler werden, besuchte ab 1974 die Grazer Kunstgewerbeschule, wo er Ingeborg Orthofer, seine spätere Frau, kennenlernte. Nach Jahren des Suchens nach einem eigenständigen künstlerischen Weg wurde Schwab 1978 von Bruno Gironcoli an der Akademie der Bildenden Künste in Wien aufgenommen, erhielt eine Waisenrente und ein Höchststipendium. So konnte er mit Ingeborg Orthofer eine Wohnung in Graz beziehen und pendelte weiterhin nach Wien.

1981 übersiedelte das Paar nach Kohlberg (Oststeiermark). Sie hatten eine Landwirtschaft erworben und begannen aus verderblichen Materialien wie Fleisch, Knochen und Tierkadavern „verwesende Skulpturen“ zu schaffen. Intensiv begann Schwab zu schreiben, zunächst experimentelle Texte.

1989 war er an der Gründung der Künstlervereinigung „Intro Graz Spection“ beteiligt und inszenierte für ihr erstes Projekt sein „Kadaverstück“: „Das Lebendige ist das Leblose und die Musik“.

Seine Beziehung mit Orthofer ging in die Brüche, wohl auch wegen Alkoholproblemen.

Als Dramatiker begann er sich allmählich durchzusetzen. Im Februar 1990 wurden „Die Präsidentinnen“ in Wien uraufgeführt. Als 1991 Hans Gratzler die Regie für „Übergewicht, unwichtig: Unform“ übernahm und das Stück in Wien aufgeführt wurde, wurde man auch in Deutschland aufmerksam. Von „Theater heute“ wird er zum „Nachwuchsdramatiker des Jahres“ und ein Jahr später zum „Dramatiker des Jahres“ gewählt. Auch für sein 1991 in München uraufgeführtes Drama „Volksvernichtung oder meine Leber ist sinnlos“ erhält er den Mülheimer Dramatikerpreis.

Zunehmend schrieb er nun Prosa.

Am 1. Jänner 1994 wird Werner Schwab tot in seiner Wohnung aufgefunden, gestorben an einer durch eine Alkoholvergiftung hervorgerufenen Atemlähmung, die er in seinem Drama „Endlich tot, endlich keine Luft mehr“ vorweggenommen hatte.

Bereits in den „Arbeitertagebüchern“, die er als 22-jähriger begann, entwickelte er eine eigene Sprache, die die schöngeistige Literatursprache demaskieren sollte und die mit ihren deftigen Ausdrücken und skurrilen Wortverbindungen als „Schwabisch“ in die Literaturgeschichte eingehen sollte.

Der von einem rastlosen Schreibwahn Angetriebene schuf in vier Jahren 16 abendfüllende Theaterstücke, von denen sieben erst nach seinem Tod zur Uraufführung gelangten.

Eines seiner unvergesslichen ist „Die Präsidentinnen“, das nun – 20 Jahre nach der Uraufführung – Regisseur Hubsi Kramar in seinem 3raum-anatomietheater (1030 Wien, Beatrixgasse 11) zeigt.

Mit Lucy McEvil, Lilly Prohaska und Roswitha Soukup stehen Kramar überragende Schauspielerinnen zur Verfügung – als Erna, Grete und Mariedl. Sie sitzen in der Küche – der Papst erteilt im TV gerade seinen urbi-et-orbi-Segen – und halten Monologe. Sie erklären die Welt, beginnen zu fantasieren, was das Leben als Belohnung für sie bereit halten könnte: Erna, die Sparweltmeisterin, Grete, das lustige Luder und Mariedl, die fleißige Seele, die alle Aborte auch ohne Handschuhe reinigt. In ihren Größenwahn steigern sich alle drei in einen auch sexuell aufgeladenen Rausch und die Sprache schlägt Purzelbäume. Am Ende ist Mariedl, die Jüngste der drei, abgeschlachtet, aber das Küchendozierleben von Erna und Grete geht weiter wie gehabt.

Wie Karin Cerny 2004 in einer Besprechung zur Hörspielfassung, im Sessler Verlag erschienen, schrieb, sind Werner Schwabs „Präsidentinnen“ „ins Monströse vergrößerte Kleinbürger, deren Domäne das Verdrängen ist, aber gerade durch ihre selbstgefällige Bigotterie schlägt das Verdrängte mit doppelter Härte zurück. Auch sie entkommen nicht dem ‚Lebensschmutz, in dem das Geschlechtliche das ist, was das Menschliche hinaustreibt aus der Welt‘“ (Schwab).

Das 3raum-anatomietheater ist derzeit in Österreich jenes Theater, das die größten produktiven Reibungen erzeugt. Auch diese Aufführung, die Hubsi Kramar mit seinen geringen finanziellen Mitteln vorzüglich auszustatten weiß, ist unbedingt zu empfehlen. Das präzise Lichtdesign stammt von Ali Holy, die Produktion leitet bewährt Alexandra Reisinger.

Vorstellungen: 25. 8. bis 4. 9. und 15. bis 29. 9., jeweils Mi-Sa um 20 Uhr. Infos und Karten: www.3raum.or.at; Telefon: 0043 650/323 33 77. Karten: 18,- Euro/erm. 12,-. www.literaturhaus.at/buch/hoerbuch/rez/schwab/

Egon Schieles Porträt seiner „Wally“ wieder im Wiener Leopold Museum

Egon Schieles „Bildnis Wally“ landete am 20. August mit einer Austrian Airlines-Maschine aus New York am Flughafen Wien-Schwechat und ist seit 23. August wieder im Leopold Museum zu sehen, wo es mit Schieles „Selbstporträt mit Lampionfrüchten“ und dem ebenfalls ikonologischen Werk „Kardinal und Nonne“ eine Art Triptychon bildet.

1998 war das von Egon Schiele 1912 gemalte Porträt seiner langjährigen Geliebten Wally Neuzil im Anschluss an eine Schiele-Ausstellung vom New Yorker Bezirksgericht beschlagnahmt worden. Nach einem zwölfjährigen Rechtsstreit mit den Erben der ursprünglichen Besitzer einigte sich die Stiftung Leopold mit den Erben im Juli in einem Vergleich auf eine Zahlung von 15 Mio. Euro. Das Bild war in der Nazi-Zeit unter strittigen Umständen der Galeristin Lea Bondi-Jaray abgepresst und nach dem Zweiten Weltkrieg versehentlich an falsche Besitzer restituiert worden. 1954 wurde es vom Ende Juni verstorbenen Sammler Rudolf Leopold erworben, der es später in die Leopold-Museum Privatstiftung einbrachte. www.leopoldmuseum.org

Trauer um Christoph Schlingensiefel

Die Theaterwelt trauert um den deutschen Regisseur Christoph Schlingensiefel, der am 21. August 49-jährig in Berlin einem Krebsleiden erlag.

Schlingensiefel arbeitete regelmäßig auch in Österreich. So hatte er im Dezember 2003 im Wiener Burgtheater die Uraufführung von Elfriede Jelineks „Bambiland“ inszeniert.

Großes Aufsehen erregte seine Performance im Mai 2000 „Ausländer raus – bitte liebt Österreich“, bei der in Anlehnung an die TV-Sendung „Big Brother“ in Baucontainern vor der Wiener Staatsoper Asylbewerber untergebracht wurden, die im Laufe der Aktion abgewählt und abgeschoben wurden.

Nobelpreisträgerin Elfriede Jelinek, bestürzt vom Tod des Regisseurs: „Er hat ein neue Gattung geprägt, die sich jeder Einordnung entzogen hat. Es kann keinen wie ihn mehr geben. Er war nicht eigentlich Regisseur (trotz Bayreuth und Parsifal), er war alles. (...) Er war DER Künstler schlechthin“.

SPORTPOLITIK**Youth Olympic Games in Singapur: Erfolgreiche österreichische Delegation**

Ganz ausgezeichnet schlägt sich Österreichs kleine Delegation bei den Jugendspielen in Singapur. Das absolute Highlight stellen aus bisheriger Sicht die Leistungen des 18-jährigen Tiroler Alois Knabl dar, der bei den ersten Youth Olympic Games (14. bis 26. August) nach der sensationellen Bronzemedaille im Einzelwettbewerb am ersten Wettkampftag ein paar Tage später die Goldmedaille im Triathlon-Mixed-Teambewerb erringen konnte.

Sportminister Norbert Darabos zeigte sich begeistert über diese großartige Leistung, die Knabl mit seinen PartnerInnen Eszter Dudas (Ungarn), Miguel Valento Fernandes (Portugal) und Fanny Beisaron (Israel) erbrachte.

Nach Gold und Bronze von Alois Knabl errang die 16-jährige Grazerin Christine Huck eine weitere Bronzemedaille im Judo in der Kategorie unter 52 Kilogramm.

Darüber hinaus gab es weitere hervorragende Platzierungen unserer Athletinnen und Athleten in Singapur, wie den siebten Platz von Judoka Michael Greiter und den neunten Rang von Stefan Leitgeb im Tischtennis. Auch Seglerin Lara Vadlau ist nach wie vor hervorragend unterwegs.

Sportminister Norbert Darabos: „Diese positiven Entwicklungen schüren die Vorfreude auf die ersten Youth Olympic Winter Games, die ja im Jahre 2012 in Innsbruck stattfinden werden!“

Sportminister Darabos zieht durchaus positives Resümee nach Schwimm-EM

Ein durchaus positives Resümee kann Sportminister Norbert Darabos über die Schwimm-EM 2010 ziehen, die im August in Budapest stattfand.

Darabos, der sich zur Unterstützung unserer Athletinnen und Athleten für zwei Wettkampftage in Budapest eingefunden hatte, erlebte den beherzten Kampf Markus Rogans um Gold im 200 Meter Lagen-Bewerb live vor Ort mit. Obwohl der Silbermedaillengewinner sichtlich enttäuscht war, zollte ihm der Sportminister Respekt für seinen großartigen Einsatz. Auch für die zweite österreichische Medaille zeichnete Rogan mit seinem zweiten Platz über 200 Meter Rücken verantwortlich.

Knapp an den Medaillen vorbei schwamm Dinko Jukic, der im Bewerb über 200 Meter Delphin im Finish noch aufdrehte, aber mit dem undankbaren vierten Platz Vorlieb nehmen musste. Sehr erfreut zeigte sich Darabos

über den ausgezeichneten fünften Platz des Wasserspringers Constantin Blaha vom Einmeter-Brett und über die guten Finalleistungen von Nina Dittrich über 1500 Meter Freistil mit neuem österreichischen Rekord und den Synchronschwimmerinnen Nadine Brandl und Livia Lang.

Angesichts dieser Leistungen unterstützt Darabos die derzeitigen Bemühungen, die Schwimm-EM 2012 nach Wien zu bekommen. Der Sportminister: „Man hat gesehen, dass die Ungarn den Heimvorteil voll und ganz genutzt haben. Die Stimmung bei den Wettkämpfen war großartig, davon konnte ich mich selbst überzeugen. Eine Europameisterschaft in Österreich im Vorfeld der Olympischen Spiele in London könnte dem österreichischen Schwimmsport weitere wichtige Impulse geben.“

Unsere SommersportlerInnen heuer auf allen Ebenen höchst erfolgreich

Österreichs SommersportlerInnen sind heuer in vielerlei Disziplinen höchst erfolgreich. Die Liste der Erfolge ist lang:

Der 31-jährige Osttiroler Alban Lakata errang bei der WM in St. Wendel (Deutschland) die lang ersehnte Goldmedaille im Mountainbike-Marathon. Ebenfalls Gold sicherte sich Stefan Raser bei der Sportschützen-WM in München.

Den bisher größten Erfolg ihrer Karriere feierte die Wildwasser-Kanutin Corinna Kuhnle, eine Heeressportlerin, die bei der Europameisterschaft in der Slowakei Silber im Kajak Einer errang. Ebenfalls erstmals auf dem Stockerl standen Yvonne Schuring und Viktoria Schwarz, die bei der Flachwasser-WM in Posen über 500 m die Bronzemedaille im Kajak-Zweier gewannen. Silber gab es zudem bei der Beachvolleyball-EM für des Duo Clemens Doppler/Matthias Mellitzer, die sich im Finale in Berlin nur hauchdünn geschlagen geben mussten. Vanessa Bittner wurde zweifache Europameisterin und zweifache Silbermedaillen-Gewinnerin im Inlineskaten.

Erstmals den Gesamtweltcup sicherten sich die Segler Nico Delle Karth und Niko Resch im 49er-Bewerb.

Und schließlich konnten auch unserer MannschaftssportlerInnen noch groß auftrumpfen:

Das Basketball-U20-Nationalteam holte die Goldmedaille bei der Heim-B-EM im Burgenland. Unser American Football-Herrenteam errang bei der A-Gruppen-EM in Frankfurt Bronze. Die Damen holten bei der Flag-WM in Kanada ebenfalls den dritten Platz. Gratulation allen erfolgreichen SportlerInnen!

INFORMATIONEN AUS ÖSTERREICH

Redaktionsschluss: 6. September 2010

Nr. 17/10

INNENPOLITIK

Österreich mit niedrigster Arbeitslosenrate in der EU
Regierung beschloss Finanzstrafreform und schärfere Betrugsbekämpfung
Justiz-Gipfel: Mehr Geld für Korruptionsbekämpfung
Mindestsicherung, Gruppenpraxen und Fußfessel seit 1. September in Kraft
Transparenzdatenbank in Begutachtung

EUROPA INTERNATIONAL

UNO-Chef eröffnete internationale Anti-Korruptionsakademie bei Wien
Spindelegger: Mehr Rechte für EU in den Vereinten Nationen
Ungarns Staatspräsident Schmitt zu Antrittsbesuch in Österreich
10 Jahre "Forum Salzburg": Sicherheitskooperation wird verstärkt
5,6 Millionen Euro für Pakistan

WIRTSCHAFT

Kanzler Faymann: Regierung stärkt staatsnahe Betriebe
OeNB revidiert BIP-Prognosen nach oben
Informelles Treffen der deutschsprachigen Finanzminister in Wien
Wirtschaftsminister Mitterlehner: Krise im Tourismus überwunden

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT

Fachhochschul-Paradox: Trotz Ausbau-Stopp will Regierung weiter ausbauen
Der Wiener Christoph Waltz erhält österreichische Staatsbürgerschaft
Prag: Die Vaclav-Havel-Stiftung zeichnet Konrad Paul Liessmann aus
Orientalist Hammer-Purgstall in der Europ. Kulturhauptstadt Istanbul
Faymann steht Sonderbudget für Gegenwartskunst positiv gegenüber
Biennale Venedig: Fischer und Schmied eröffneten Österreich-Beitrag
Leopold Museum im MuseumsQuartier: Meisterwerke der Fondation Beyeler
Linzer Klangwolke mit Hitpotenzial

SPORTPOLITIK

Zehnte Ausgabe des „Tag des Sports“ wartet mit einem Rekordprogramm auf
Österreichs kleines Team sorgte bei Youth Olympic Games für Furore
Hervorragendes Abschneiden unserer HeeresportlerInnen bei Militär-WM
Österreich verteidigt EM-Titel und bleibt im Faustballsport das Maß aller Dinge
Sportminister Darabos gratuliert Andrea Mayr zum WM-Titel im Berglauf

Impressum

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressediens. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz, Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/3, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958, Fax ++43/1/53109-2958, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; <http://www.bundeskanzleramt.at>; Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet. Herausgegeben vom Bundespressediens-Wien.

INNENPOLITIK

Österreich mit niedrigster Arbeitslosenrate in der EU

Der positive Trend auf dem österreichischen Arbeitsmarkt hat sich auch im August fortgesetzt: Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen sank im Vorjahresvergleich um 20.405 (minus 8,5 %) auf 218.398. Die Zahl der in Schulungen befindlichen Personen stieg hingegen um 5.171 auf 62.865. In Summe waren 281.263 Menschen ohne Job. Insgesamt betrug der Rückgang bei Arbeitslosen und Schulungsteilnehmenden 15.234 (minus 5,1 %). Sozialminister Rudolf Hundstorfer reagierte bei der Präsentation der jüngsten Arbeitsmarktdaten am 1. September mit verhaltenem Optimismus: „Wir sind auf einem sehr, sehr guten Weg“, so Hundstorfer, der allerdings noch keine absolute Trendwende sieht. Österreich sei jedenfalls Europameister mit der niedrigsten Arbeitslosenquote von 3,8 %, bei der Jugend rangiere man mit 9,1 % auf Platz 2.

Besonders stark zurückgegangen ist die Arbeitslosigkeit im August bei Männern (minus 12,5 %), Langzeitarbeitslosen (minus 10,9 %) und Jugendlichen bis 24 Jahre (minus 8,3 %). Bei Frauen sank die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 3,8 %.

Positiv entwickelt sich auch das Angebot an offenen Stellen: Österreichweit meldeten die Betriebe insgesamt 34.445 offene Stellen, das ist ein Plus von 15 % gegenüber August 2009. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit betrug 97 Tage, um sieben Tage oder 6,3 % weniger als im Vorjahreszeitraum.

Regierung beschloss Finanzstrafreform und schärfere Betrugsbekämpfung

Die Bundesregierung hat beim ersten Ministerrat nach der Sommerpause am 24. August zahlreiche Beschlüsse gefasst. Unter anderem verständigten sich die Koalitionspartner SPÖ und ÖVP auf eine verschärfte Gangart gegenüber Steuer- und Finanzbetrügereien. Ziel sei die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit sowie die Schließung von Steuerschlupflöchern, informierten Bundeskanzler Werner Faymann und Finanzminister Josef Pröll im anschließenden Pressefoyer.

Abgesegnet wurden das Betrugsbekämpfungsgesetz 2010 und die Novelle des Finanzstrafgesetzes mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket gegen Steuer- und Sozialbetrug. Neu ist im Rahmen der Finanzstrafreform etwa der Tatbestand des „Abgabenbetrugs“, der in schweren Fällen künftig zwingend Haftstrafen (bis zu 10 Jahren) vorsieht. Zudem können

Geldstrafen bis zu 2 Mio. Euro, gegen Gesellschaften bis zu 10 Mio. Euro, verhängt werden. Anonyme Überweisungen von Firmen zum Zwecke undurchsichtiger Finanzierungsge-
schäfte sollen durch eine 25-prozentige Zuschlagssteuer bei Zahlungen an Dritte ohne Nennung des Empfängers erschwert werden.

Rigoros wird auch gegen Betrug auf Großbaustellen vorgegangen: So soll das Generalunternehmen künftig fünf Prozent der Rechnungssumme unmittelbar an die Finanz überweisen. Bei Unterlassung haftet der Generalunternehmer für die Lohnabgaben der Subunternehmen. Bei Überweisungen von über 100.000 Euro in Steueroasen wird es eine Meldepflicht geben. Innerhalb der Finanzämter wird eine eigene Finanzpolizei eingerichtet.

Justiz-Gipfel: Mehr Geld für Korruptionsbekämpfung

Das Justizressort erhält bis 2014 28 Mio. Euro zusätzlich. Das wurde beim Justizgipfel im Bundeskanzleramt am 26. August beschlossen. Die Mittel sind zweckgewidmet für den Kampf gegen Korruption und Wirtschaftskriminalität. Laut Bundeskanzler Werner Faymann soll damit „das Vertrauen in die Justiz als eine der bedeutendsten Säulen der Republik“ gestärkt werden. Mit dem Geld können 189 Planstellen finanziert werden.

Mindestsicherung, Gruppenpraxen und Fußfessel seit 1. September in Kraft

Die bedarfsorientierte Mindestsicherung beinhaltet bundeseinheitliche Mindeststandards und ist vorerst in Wien, Niederösterreich und Salzburg in Kraft. Einzelpersonen erhalten 744 Euro, Paare 1.116 Euro. Für im Haushalt lebende Kinder gibt es mindestens 134 Euro. Die neuen Gruppenpraxen bieten der Bevölkerung besseren Zugang zum Gesundheitssystem inklusive längerer Öffnungszeiten und entlasten die Spitalsambulanzen. Die elektronische Fußfessel kommt für U-Häftlinge und rechtskräftig verurteilte StraftäterInnen in Betracht, die eine Freiheits- bzw. Reststrafe von maximal einem Jahr abzusitzen haben.

Transparenzdatenbank in Begutachtung

Der Regierungsentwurf zur Transparenzdatenbank ist am 1. September in Begutachtung gegangen. Mit dem neuen Förderkonto sollen unter anderem die Treffsicherheit von Förderungen erhöht und Doppelgleisigkeiten vermieden werden.

EUROPA INTERNATIONAL

UNO-Chef eröffnete internationale Anti-Korruptions-Akademie bei Wien

Als Meilenstein im internationalen Kampf gegen die Korruption hat UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon die neue Anti-Korruptions-Akademie im Palais Kaunitz in Laxenburg (bei Wien) bezeichnet. Bei der Gründungskonferenz der „International Anti-Corruption Academy“ (IACA) in der Wiener Hofburg am 2. September betonte Ban, diese Institution werde dazu beitragen, „eine Kultur der Integrität“ zu schaffen. Die IACA werde die Tätigkeit des UN-Büros für Drogen- und Kriminalitätsbekämpfung (UNODC) am Wiener Sitz der Vereinten Nationen komplettieren. In der weltweit ersten Anti-Korruptions-Akademie in Laxenburg soll über entsprechende Strategien und Maßnahmen gelehrt und geforscht werden. Zielgruppe der neuen Kadenschmiede sind Richter, Staatsanwälte oder auch Vertreter der Zivilgesellschaft.

An der Gründungskonferenz in der Hofburg nahmen 45 Minister aus 35 Unterzeichner-Staaten teil. Geplant ist der Beitritt weiterer Länder. Österreich, das dieses Projekt initiiert hat, war unter anderen durch Außenminister Michael Spindelegger vertreten. Als Partner wurde neben der UNODC die EU-Betrugsbehörde Olaf gewonnen.

Spindelegger: Mehr Rechte für EU in den Vereinten Nationen

Außenminister Michael Spindelegger fordert mehr Rechte für die EU bei den Vereinten Nationen. Die Hohe Repräsentantin für die Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, solle das Recht erhalten, in der Vollversammlung das Wort zu ergreifen, Vorschläge zu unterbreiten oder Änderungsanträge zu stellen. Ein Rederecht für die EU gebe es zwar schon, doch erst am Ende der jeweiligen Debatte, erläuterte Spindelegger am 4. September im Anschluss an eine UNO-Klausur in Alpbach, die von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon geleitet wurde. Damit wäre es leichter, zu verhandeln und in der Debatte zu reagieren.

Ungarns Staatspräsident Schmitt zu Antrittsbesuch in Österreich

Der neue ungarische Staatspräsident Pal Schmitt stattet Österreich am 7. September seinen Antrittsbesuch ab. Auf dem Programm stehen Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer und Nationalratspräsidentin Barbara Prammer. Erörtert werden unter anderem die ungarische EU-Präsidentschaft 2011 und bila-

terale Fragen. Beide Länder betreiben gemeinsame Auslandsvertretungen und Visa-Stellen.

Tags zuvor traf der ungarische Außenminister Janos Martonyi in Wien zu einem Meinungsaustausch mit Außenminister Michael Spindelegger zusammen.

10 Jahre „Forum Salzburg“: Sicherheitskooperation wird verstärkt

Die Sicherheitspartnerschaft „Forum Salzburg“ will künftig stärker in der Europäischen Union auftreten, die regionale Zusammenarbeit im Polizeibereich verbessern und sich aktiv in die Außenstrategie der EU einbringen, da letztere auch sicherheitspolitische Aspekte beinhalte. Diese Schwerpunkte der Zukunftsvision „Forum Salzburg 2020“ nannte Innenministerin Maria Fekter am 27. August bei einer Pressekonferenz in Fuschl anlässlich des zehnjährigen Gründungsjubiläums der Partnerschaft.

Man wolle sich bei europäischen Themen bereits im Vorfeld abstimmen und gemeinsame Positionen ausloten, um dann in der EU geschlossen auftreten zu können, erläuterte Fekter. Damit reagiere man auch auf die Neuerungen, die der Lissabon-Vertrag in Mehrheitsentscheidungen mit sich bringe. Künftig soll etwa die länderübergreifende Bestrafung bei Verkehrsdelikten möglich sein.

Die Innenministerin wies darauf hin, dass das „Forum Salzburg“ mit seinen nunmehr acht Mitgliedstaaten ein Viertel der Union repräsentiere und 105 Millionen Menschen vertrete sowie in der EU eine Sperrminorität habe.

An der dreitägigen Veranstaltung nahmen 15 Innenminister teil: neben den Innenministern der acht Mitgliedsstaaten Bulgarien, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Österreich auch jene aus Kroatien, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Moldawien. Mit Jahresbeginn 2011 übernimmt Österreich von Slowenien den halbjährlichen Vorsitz.

5,6 Millionen Euro für Pakistan

Die österreichische Bundesregierung stellt Pakistan zur Bewältigung der dortigen Flutkatastrophe insgesamt 5,6 Mio. Euro zur Verfügung. Darüber informierte Bundeskanzler Werner Faymann nach dem Ministerrat am 24. August. 600.000 Euro von der Gesamtsumme wurden bereits überwiesen. Man gehe allerdings davon aus, dass weitere Aufwendungen erforderlich sein würden, erklärte Faymann. Die Hilfsgelder werden u.a. über UNO, Rotes Kreuz und Caritas abgewickelt.

WIRTSCHAFT

Kanzler Faymann: Regierung stärkt staatsnahe Betriebe

Die Kapitalerhöhung für Österreichs größten Stromerzeuger Verbund, an dem der Bund mit 51 % beteiligt ist, hat am 31. August den Ministerrat passiert. „Der Ausbau der Wasserkraft ist uns ein wichtiges Anliegen“, erklärte dazu Bundeskanzler Werner Faymann im anschließenden Pressefoyer. Deshalb habe man für den Verbund eine Kapitalerhöhung von 1 Mrd. Euro beschlossen. Die Republik bringe als Mehrheitseigentümerin rund 500 Mio. Euro ein. Dieses Geld werde vor allem zur Förderung nachhaltiger Kraftwerksprojekte und zur Sicherstellung der Unabhängigkeit Österreichs bei der Energieversorgung verwendet.

Es gebe ein klares Bekenntnis der Regierung zur Wasserkraft und ein aktives Beteiligungsmanagement des Mehrheitseigentümers, betonte der Bundeskanzler. Mit dieser energiepolitischen Weichenstellung habe man auch wirtschaftspolitische Akzente gesetzt.

Mit einem Teil des Geldes soll auch der Schuldenstand des Unternehmens verringert werden. Zusätzliche Mittel dafür soll ein Teilverkauf (30-Prozent-Anteil) der Innkraftwerke bringen, sagte Verbund-Chef Wolfgang Anzengruber. Rund 2,5 Mrd. Euro will man in den nächsten fünf bis sieben Jahren in Wasserkraftwerke und Hochspannungsleitungen investieren. Im Zusammenhang mit der Kapitalerhöhung werde es hingegen keinen Verkauf von Kraftwerken geben, betonte Anzengruber.

OeNB revidiert BIP-Prognosen nach oben

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat am 2. September die Wirtschaftsprognosen für den Euroraum angehoben. Fast zeitgleich revidierte auch die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) ihre Vorschau für Österreich nach oben. Demnach könnte die heimische Wirtschaftsleistung nach der vorjährigen Rezession heuer um bis zu 2 % zulegen. OeNB-Gouverneur Ewald Nowotny hat zudem für Europa die Gefahr eines Rückfalls in die Rezession ausgeschlossen. Die Inflationserwartungen seien für Österreich sehr gering.

Österreichs Konjunktur-Plus dürfte über jenem der Eurozone liegen, das laut EZB-Schätzung 2010 im Schnitt bei 1,6 % liegen wird - anstatt wie noch im Juni erwartet bei 1 %. Für Österreich rechnet Nowotny heuer mit einem BIP (Bruttoinlandsprodukt)-Zuwachs von 1,8 bis 2 %. Damit läge man über dem Euroraum, ist

sich Nowotny sicher und sieht Österreich auch 2011 über dem Durchschnitt der Eurozone.

Im Juni war die Notenbank in ihrer alten Prognose für Österreich heuer von 1,6 % und für das kommende Jahr von einem BIP-Plus von 1,8 % ausgegangen. Genauere OeNB-Daten liegen für 2011 noch keine vor. Für die Eurozone rechnet die EZB 2011 mit einem Wirtschaftswachstum in Höhe von 1,4 %, entgegen der zuvor erwarteten 1,2 % des BIP.

Laut OeNB ist die positive Entwicklung aktuell vom Konsum getragen.

Informelles Treffen der deutschsprachigen Finanzminister in Wien

Die Finanzminister von Österreich, Deutschland, der Schweiz, Liechtenstein und Luxemburg haben am 26. August in Wien ein informelles Treffen abgehalten. Beraten wurde unter anderem über die Themen Budgetsanierung, Bankenabgabe und Bankgeheimnis. Finanzminister Josef Pröll betonte, dass es punkto Bankgeheimnis „keinen Druck aus Deutschland“ gebe. Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble erklärte dazu, man werde „gemeinsame Regelungen finden, die allen vernünftigen Interessen Rechnung tragen“.

Pröll will weiterhin für das Bankgeheimnis kämpfen und argumentiert: „Warum sollte es einen automatischen Informationsaustausch geben, wenn es weiter möglich ist, über Konstruktionen wie britische Trusts anonym zu veranlassen“. Man wolle gleiche Spielregeln für alle. Österreich sehe dies vor allem als OECD-Thema. Über die Ergebnisse der Gespräche wurde Stillschweigen vereinbart.

Wirtschaftsminister Mitterlehner: Krise im Tourismus überwunden

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner zog zur Halbzeit des Sommertourismus eine „ausgesprochen erfreuliche“ Bilanz: „Wir haben die Krise im Tourismus überwunden und gewinnen im internationalen Wettbewerb Marktanteile.“ Mit 8,8 Mio. Ankünften hätten von Mai bis inklusive Juli mehr Gäste denn je in Österreich Urlaub gemacht – ein Plus von 5,3 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Bei den Übernachtungen falle der Zuwachs mit 1,4 % jedoch deutlich geringer aus, erklärte Mitterlehner. Daher würden die Umsätze heuer stagnieren oder leicht rückläufig ausfallen.

Im Vorjahr lagen sie bei 10,3 Mrd. Euro (Sommer) beziehungsweise 11,8 Mrd. Euro (Winter). Erholt hat sich der Städtetourismus. Grund dafür war insbesondere die internationale Aids-Konferenz Ende Juli in Wien.

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT**Fachhochschul-Paradox: Trotz Ausbaustopp will Regierung weiter ausbauen**

Die österreichische Bundesregierung stoppt den Ausbau der Anfänger-Studienplätze an den Fachhochschulen (FH) und bekennt sich gleichzeitig zu deren weiterem Ausbau. Aufgrund mangelnden Budgets sieht der am 31. August im Ministerrat beschlossene neue FH-Plan 2010/11 – 2012/13 vorerst eine „qualitative Weiterentwicklung und Konsolidierung“ der FH vor. Seit Gründung der FH 1994 wurden die Anfänger-Studienplätze bisher stets erweitert.

Derzeit studieren an den FH rund 36.000 Personen in 315 Studiengängen, davon sind rund 14.300 Anfänger. Vom Bund gefördert werden knapp 32.000 Plätze – pro Studienplatz fließen 7.940 Euro bei technischen bzw. 6.510 Euro bei wirtschaftlichen Studiengängen an die Erhalter. Die Bundesförderung betrug 2009 189,4 Mio. Euro, 2010 etwas mehr als 200 Mio. Euro. Vom Ausbaustopp ausgenommen sind natürlich jene Plätze, die vom Bund gar nicht finanziert werden. Das sind die rund 4.000 FH-Studienplätze im Gesundheitsbereich – sie werden von den Ländern bezahlt.

Wissenschaftsministerin Beatrix Karl (V) erklärte vor dem Ministerrat, dass sie der Ausbaustopp schmerze. Sobald es wieder möglich sei, werde es auch wieder neue Plätze geben. „Der quantitative Ausbau bleibt mein zentrales Ziel, das wir aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der notwendigen Budgetkonsolidierung des Bundes aber nur unter der Voraussetzung neuer Mittel erreichen können“, so Karl. Unterrichtsministerin Claudia Schmied (S) sagte dazu, die SPÖ stimme dem Fachhochschulplan zu, da auf „Basis der Gegebenheiten“ nicht mehr möglich sei.

Neue Mittel sollen nach Ansicht Karls vor allem durch eine Ökologisierung des Steuersystems hereinkommen: „Dazu brauchen wir ein gemeinsames Bekenntnis der Regierung“. Konkret bedeutet der Ausbaustopp, dass es keine neuen Anfänger-Studienplätze gibt. Trotzdem steigt die Zahl der vom Bund geförderten Studienplätze von derzeit rund 31.800 bis 2012/13 auf 33.100, da die nun beginnenden Anfänger dann noch in höhere Jahrgänge wechseln.

Der FH-Plan sieht weiters vor, „eine Konzentration auf bestehende Einrichtungen und Standorte anzustreben“. Damit soll eine kritische Größe bei Infrastruktur und Personal sowie der Aufbau einer standortbezogenen Scientific Community erreicht werden. Eng

fachverwandte Studiengänge sollen konzentriert, Qualitätskriterien bei Standortentscheidungen vorrangig mit einbezogen sowie auf mögliche Kooperationen mit Unternehmen geachtet werden.

Weitere Eckpunkte des FH-Plans betreffen die Förderung berufsbegleitender Bildungsangebote und die Erhöhung der Durchlässigkeit des Bildungssystems. So sollen etwa mehr Studentinnen und Studenten ohne Matura an die FH, außerdem sollen FH-Absolventen leichter an eine Uni wechseln können. Außerdem sollen die Mobilität der Studierenden weiter gefördert sowie der Anteil der Frauen und Personen mit Migrationshintergrund bei den FH-Studierenden gesteigert werden.

Der Wiener Christoph Waltz erhält österreichische Staatsbürgerschaft

Der Schauspieler Christoph Waltz, 53, fühlt sich definitiv als Österreicher und zeigte sich von Spekulationen um seine Staatsbürgerschaft genervt. „Meine Staatsbürgerschaft wird auch österreichisch sein. Das ist eine juristische, staatsbürgerrechtliche Banalität“, sagte Waltz in München zum Auftakt der Dreharbeiten zum Film „Die drei Musketiere“, in dem er Kardinal Richelieu spielt. Der gebürtige Österreicher hat derzeit auch die deutsche Staatsbürgerschaft und hätte als Inhaber einer Green Card auch Chancen auf eine US-amerikanische.

Waltz zu Journalisten: „Ich bin in Wien geboren, ich bin in Wien aufgewachsen, ich bin in Wien zur Schule gegangen, ich habe in Wien maturiert, ich habe in Wien studiert, ich habe in Wien mein Berufsleben begonnen, ich habe in Wien zum ersten Mal Theater gespielt, ich habe in Wien zum ersten Mal gedreht. Es gibt noch ein paar Wiener Details. Wie österreichisch wollen Sie es denn noch haben?!“

Der Antrag auf Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft wurde am 24. August vom Ministerrat genehmigt. Ein Kommentar war der Regierungsspitze beim anschließenden Pressefoyer nicht zu entlocken.

Christoph Waltz, 1956 in Wien-Grinzing geboren, wo seine Mutter heute noch lebt, besuchte das Wiener Theresianum und das Max-Reinhardt-Seminar. Seit langem lebt er in Deutschland, wo er in zahlreichen Filmen spielte, und in Großbritannien.

Im März 2010 erhielt er – nach vielen internationalen Auszeichnungen - in Hollywood einen Oscar als „Bester Nebendarsteller“ für seine brillante Darstellung des charmant-teuflischen polyglotten SS-Offiziers Hans Landa in Quentin Tarantinos Film „Inglourious Basterds“.

Prag: Die Vaclav-Havel-Stiftung zeichnet Konrad Paul Liessmann aus

Der österreichische Philosoph, Essayist und Kulturpublizist Konrad Paul Liessmann, 57, erhält den diesjährigen Preis der „Vision 97“-Stiftung des früheren tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Havel und seiner Frau Dagmar. Die Auszeichnung wird traditionell am 5. Oktober, dem Geburtstag von Vaclav Havel, in Prag übergeben.

Liessmann ist der zwölfte Preisträger. Unter seinen Vorgängern sind der italienische Wissenschaftler und Schriftsteller Umberto Eco, der polnische Soziologe Zygmund Bauman und US-Ökonom Robert B. Reich. 2009 ging die Auszeichnung an den tschechischen Geologen Václav Cílek.

Liessmann, 1953 in Villach geboren, ist Professor am Institut für Philosophie der Universität Wien. Seit 1996 leitet er das alljährlich stattfindende Philosophicum Lech. Der Club der österreichischen Bildungs- und Wissenschaftsjournalisten zeichnete ihn als „Wissenschaftler des Jahres 2006“ aus.

Zuletzt erhielt er im April für sein Gesamtwerk den Donauland-Sachbuchpreis „Danubius“.

Liessmann ist offensichtlich eine ständig produzierende Denkfabrik. Aufsehen erregend sind die zahlreichen Arbeiten des blendenden Rhetorikers – Bücher, Zeitschriftenaufsätze – zu Fragen der Ästhetik, Kunst- und Kulturphilosophie, Gesellschafts- und Medientheorie sowie Philosophie des 19. und 20. Jahrhunderts. Eine kleine Auswahl: „Philosophie der modernen Kunst“ (1993), „Der gute Mensch von Österreich. Essays 1980-1995“ (1995), „Reiz und Rührung“ (2003), „Die Freiheit des Denkens“ (2007), „Schönheit“ (2009).

Orientalist Hammer-Purgstall in der Europ. Kulturhauptstadt Istanbul

Eine Ausstellung über den österreichischen Orientalisten, Historiker und Dichter Joseph von Hammer-Purgstall (1774-1856) wird im Österreichischen Kulturforum in Istanbul, einer der Europäischen Kulturhauptstädte 2010, von 27. September bis 30. Dezember gezeigt.

Der gebürtige Grazer Joseph von Hammer-Purgstall war im 18. Jahrhundert einer der großen Brückenbauer zwischen Orient und Okzident. Er gilt neben Anton Graf von Prokesch-Osten und Alois Musil als der bedeutendste österreichische Orientalist. Neben der multimedialen Dokumentation von Leben und Werk des Autors von u. a. der zehnbändigen „Geschichte des Osmanischen Reiches“ (1827-33) stellt die von Gerhard M. Dienes vom Universalmuseum Joanneum kuratierte Ausstel-

lung das europäische Bild des Morgenlandes sowie den west-östlichen/ost-westlichen Dialog der Kulturen in den Mittelpunkt.

Faymann steht Sonderbudget für Gegenwartskunst positiv gegenüber

Am 30. August trafen im Auftrag der Direktorenkonferenz der Österreichischen Bundesmuseen Agnes Husslein-Arco, Peter Noever und Klaus Albrecht Schröder im Bundeskanzleramt mit Bundeskanzler Werner Faymann zusammen, um in Anwesenheit von Kulturministerin Claudia Schmied ihrer Forderung nach einem Sonderbudget für Gegenwartskunst Nachdruck zu verleihen.

Dieses Budget, so die Direktorenkonferenz, soll für außerordentliche Ausgaben der Bundesmuseen (Albertina, Belvedere, MAK, MUMOK) für Gegenwartskunst genützt und ausschließlich für außerordentliche Erfordernisse wie Ankäufe – auch von Nachlässen –, einzigartige Kunstprojekte, etc., die über die vorhandenen Möglichkeiten des jeweiligen Budgets der Bundesmuseen hinausgehen, verwendet werden. Insbesondere soll dieses Sonderbudget für die Realisierung unvorhersehbarer, sich neu eröffnender, einmaliger Gelegenheiten zur Verfügung stehen, die raschen und flexiblen Handlungsbedarf erfordern.

Kanzler Faymann zeigte großes Verständnis dafür, dass die Bundesmuseen zurzeit – trotz Erhöhung der Basisabgeltung – ihrer zentralen gesetzlichen Verpflichtung, zeitgenössische Kunst zu sammeln, nur schwer gerecht werden können. Er hält den Anstoß der Direktorenkonferenz für wichtig und will sich persönlich einsetzen, um – auch im Zusammenwirken mit privaten Förderern, Stiftern, großen Unternehmen, etc. – den Bundesmuseen die Möglichkeit zu geben, zeitgenössische Kunst zu kaufen und wichtige Vor- und Nachlässe für Österreich zu besitzen.

Biennale Venedig: Fischer und Schmied eröffneten Österreich-Beitrag

Bundespräsident Heinz Fischer und Kulturministerin Claudia Schmied eröffneten gemeinsam mit Kommissär Eric Owen Moss am 27. August den Österreich-Beitrag zur 12. Architektur-Biennale in Venedig. Unter dem Titel „AUSTRIA UNDER CONSTRUCTION“ werden Beiträge österreichischer Architektinnen und Architekten im Ausland sowie solche ausländischer Baukünstlerinnen und –künstler in Österreich gezeigt. Entstanden ist ein Beitrag, der die Lebendigkeit und Offenheit der österreichischen Architektur widerspiegeln soll.

Bundespräsident Heinz Fischer nahm in seinen Eröffnungsworten auf den mit Baugerüsten ummantelten Pavillon Bezug, wenn er sagte: „Das Baugerüst, das Kommissär Eric Owen Moss um und im Hoffmann-Pavillon errichtet hat, verweist darauf, dass sich Kunst, in diesem Falle Baukunst, stets weiterentwickelt, dass an ihr ständig weitergearbeitet werden muss. Ebenso wie die Bauprojekte selbst, kann auch die generelle kulturpolitische Ausrichtung nicht bei einmal fixierten Positionen anhalten. Permanente Diskursoffenheit, ständige Auseinandersetzung und Innovationsfähigkeit sind notwendig, um Prozesse gut auszurichten und wirksam durchzuführen“.

Kulturministerin Claudia Schmied würdigte in ihrer Rede die Arbeit von Eric Owen Moss, der mit dem Blick eines internationalen Experten die Vielfalt der österreichischen Baukunst aufzeigte. Es sei ihr wichtig, so die Ministerin, dass Österreich sich als Teil der internationalen Architekturszene verstehe und für neue Tendenzen in der Baukunst stets offen sei. Eric Owen Moss bewiese dies „in Form einer ganzen Fülle von hervorragenden Belegen, die zwar bei weitem nicht das gesamte architektonische Schaffen des Landes abdecken können, aber eindrucksvoll demonstrieren, in welcher vielfältigen Form die Baukunst unseres Landes weltweit beachtet und tätig ist“.

Kommissär Eric Owen Moss präziserte seine Ausstellung mit folgenden Worten: „Austria re-imagines the art of building and city making in the world. Foreign architects re-imagine buildings and cities in Austria. Austria exports. Austria imports. New architecture ‘Under Construction’“.

Leopold Museum im MuseumsQuartier: Meisterwerke der Fondation Beyeler

Das Leopold Museum im MQ zeigt von 17. September 2010 bis 17. Jänner 2011 „Cézanne, Picasso, Giacometti,...Meisterwerke der Fondation Beyeler“. Der repräsentative Querschnitt reicht von Monet über Klee, Léger, Miró bis zu Pollock, Lichtenstein und Warhol. Noch nie seit Gründung des Baseler Museums – der Bau wurde von Renzo Piano konzipiert und 1997 eröffnet - wurden so viele Spitzenwerke verliehen.

Über 60 Jahre lang war der 1921 in Basel geborene Ernst Beyeler als erfolgreicher Kunsthändler in seiner Heimatstadt tätig. Die Liebe zur modernen Kunst war in seinem Elternhaus nicht selbstverständlich: Sein Vater war Bahnbeamter, der alle Hände voll zu tun hatte, seine fünf Kinder zu ernähren.

1945 übernahm Ernst Beyeler das Buchantiquariat seines eben verstorbenen Arbeitgebers und Mentors Oskar Schloss im Zentrum von Basel. Bald verkaufte er neben Büchern auch Kunstwerke, die Klassische Moderne wurde Galerieschwerpunkt. Daneben präsentierte Beyeler außereuropäische Kunst wie präkolumbianische oder afrikanische.

Seine liebevoll gestalteten, opulenten Kataloge machten Furore und fielen Künstlern wie Pablo Picasso auf.

Beyeler gelang der Kontakt zu bedeutenden Sammlern, zumeist aus den USA, wie zum Stahlindustriellen G. David Thompson, der das kaufmännische Talent des Schweizers rasch erkannte und ihm immer wieder umfangreiche Verkäufe anvertraute. So konnte die Galerie Beyeler ein eindrucksvolles Netzwerk von Kunden in der ganzen Welt aufbauen.

Eine große Stütze erfuhr Ernst Beyeler durch seine Ehefrau Hildy, die hinsichtlich Qualität ein sicheres Urteil hatte. Kriterien für die Beyelers waren Singularität und Beständigkeit des Einzelwerks. Nicht die gefälligen, sondern die starken, „schwierigen“ Werke, die vom Betrachter die volle Aufmerksamkeit verlangen, zogen das Interesse des Sammlerpaars auf sich. Zugleich planten sie, bei einigen ausgewählten Künstlern Werkgruppen zusammenzufügen, um alle Facetten einer Künstlerpersönlichkeit erfassen zu können. Allein von Picasso besitzt die Fondation Beyeler 33 Gemälde, Grafiken und Plastiken.

1982 entschloss sich das Ehepaar die Sammlung der als unverkäuflich erklärten Werke in eine Stiftung einzubringen. 1989 erfolgte erstmalig eine öffentliche Präsentation dieser Werke – im Museo Nacional Centro de Arte Reina Sofía in Madrid.

2008 ist Hildy, 2010 Ernst Beyeler in Riehen gestorben.

Die Schau im Leopold Museum vermittelt das starke Profil des Museums Beyeler, das wie kaum ein anderes vom Willen und Geschmack eines Sammlerpaars geprägt ist. Ein Muss!

www.leopoldmuseum.org

Linzer Klangwolke mit Hitpotenzial

Die visualisierte Klangwolke 2010 “Baby Jet” - eine utopische Geschichte eines Überschallzuges zwischen Musical und Thriller - des Künstlernetzwerks lawine torrèn verwandelte am 4. September den Linzer Donaupark in die Kulisse eines Action-Spektakels. Eine Woche später erhebt sich die Klassische Klangwolke mit Anton Bruckners Symphonie Nr.7, E-Dur.

www.klangwolke.at

SPORTPOLITIK

Zehnte Ausgabe des „Tag des Sports“ wartet mit einem Rekordprogramm auf

Unter dem Motto „Magic Moments“ geht am 25. September zum bereits zehnten Mal der „Tag des Sports“ am Wiener Heldenplatz über die Bühne.

Neben einer Fülle an österreichischen Sport-Superstars, die am Tag des Sports für ihre Leistungen im vergangenen Jahr geehrt werden, warten auf die Besucherinnen und Besucher so viele Attraktionen wie noch nie.

Unter anderem gibt es bei den Sport- und Showbühnen zahlreiche Überraschungspreise zum Thema Sport und Bewegung zu gewinnen - einfach hingehen und dabei sein. Die über 130 Aktionsflächen, auf denen nahezu alle Sportarten angeboten werden, bieten einen vielfältigen Bewegungspark, wie es ihn noch nie gab.

Alle Besucherinnen und Besucher haben bei zahlreichen Stationen auch die Gelegenheit, ihre persönliche Fitness zu testen und sich über die Bewegungsprogramme der Initiative "Fit für Österreich" zu informieren.

Zahlreiche Sportarten, von Air-Hockey bis Wettklettern, warten darauf, getestet zu werden. Nähere Infos finden sich auf der Homepage www.tagdessports.at.

Österreichs kleines Team sorgte bei Youth Olympic Games für Furore

Für Furore sorgte Österreichs kleines Team bei den Youth Olympic Games in Singapur.

Nach Triathlet Luis Knabl konnte am Schlußtag der Spiele auch die 16-jährige Kärntnerin Lara Vadlau die Goldmedaille im Segelbewerb erringen.

Sportminister Darabos: "Lara Vadlau hat von der ersten Wettfahrt weg eine schier unglaubliche Konstanz an den Tag gelegt und auch im abschließenden Medal-Race die Nerven bewahrt. Ich gratuliere ihr zu dieser herausragenden Leistung“.

Darüber hinaus konnten auch Viktoria Wolffhardt im Kanu-Slalom und Christine Huck im Judo-Mixed-Teambewerb jeweils Bronze gewinnen. Damit hat Österreichs kleines Team bei der Premiere der Youth Olympic Games sechs Medaillen errungen.

Hervorragendes Abschneiden unserer HeeressportlerInnen bei Militär-WM

Hervorragendes Abschneiden unserer Heeressportlerinnen und Heeressportler bei der Militär-WM der Schwimmer und Rettungsschwimmer in Warendorf/Deutschland: Die

Steirerin Jödis Steinegger konnte am letzten Wettkampftag noch Gold im 200 Meter-Hindernisschwimmen erringen. Steinegger stellte mit ihrer fünften Medaille einen neuen Militär-Weltrekord auf.

Mit drei Gold-, sechs Silber- und sieben Bronzemedailles waren es für die österreichische Delegation die bislang erfolgreichsten Militär-Schwimm-Weltmeisterschaften.

Der Bundesminister für Landesverteidigung und Sport Norbert Darabos: „Ich gratuliere Jödis Steinegger und den anderen erfolgreichen Heeressportlern sehr herzlich zu diesen großen Erfolgen. Damit hat das Österreichische Bundesheer bei einem großen internationalen Sportbewerb abermals eine eindrucksvolle Visitenkarte hinterlegt!“

Österreich verteidigt EM-Titel und bleibt im Faustballsport das Maß aller Dinge

Österreich bleibt weiterhin das Maß aller Dinge im internationalen Faustballsport. Der regierende Weltmeister konnte nun auch bei den Europameisterschaften in der Schweiz seinen Titel erfolgreich verteidigen.

Dementsprechend begeistert zeigte sich Sportminister Norbert Darabos: "Dieser Europameistertitel, der bereits fünfte seit dem Jahre 1984, ist genau das richtige Signal für die Heim-WM im kommenden Jahr. Ich gratuliere unserer Herren-Nationalmannschaft und Teamchef Winfried Kronsteiner zu dieser herausragenden Leistung, welche die Vorfreude auf das große Turnier im Jahr 2011 noch weiter steigern wird", so Sportminister Darabos.

Sportminister Darabos gratuliert Andrea Mayr zum WM-Titel im Berglauf

Zum bereits dritten Mal konnte sich die Österreichische Marathonrekordlerin Dr. Andrea Mayr am vergangenen Wochenende in Slowenien den WM-Titel im Berglauf sichern. Der Bundesminister für Landesverteidigung und Sport Norbert Darabos hatte dabei gleich doppelten Grund zur Freude, ist doch die 30-jährige Ärztin auch als Heeressportlerin im Österreichischen Bundesheer tätig.

Bundesminister Darabos: „Es ist erfreulich mitzuverfolgen, wie Österreichs Sportlerinnen und Sportler in diesem Sommer beinahe im Wochentakt bei Welt- und Europameisterschaften Titel und Medaillen nach Hause bringen. Ich gratuliere Andrea Mayr zu diesem großen Erfolg, der wieder einmal beweist, dass Spitzensport und Karriere durchaus miteinander kombinierbar sind“.

INFORMATIONEN AUS ÖSTERREICH

Redaktionsschluss: 20. September 2010

Nr. 18/10

INNENPOLITIK

Asyl: Regierung verständigte sich auf Mitwirkungspflicht
Banker-Boni ab 2011 reguliert
Neue Förderungsregeln für Parteiakademien
Osteuropa-Bankenkonferenz in Wien

EUROPA INTERNATIONAL

Bundeskanzler Faymann bei EU-Gipfel in Brüssel
Bundespräsident Fischer bei UNO-Millenniumsgipfel in New York
Fischer zu EU-Besuch in Brüssel
Slowakische Ministerpräsidentin Radicova bei Bundeskanzler Faymann
Österreichischer EU-Botschafter in Tokio
50 Jahre OPEC in Wien

WIRTSCHAFT

Österreichs Exporte stiegen im ersten Halbjahr um 12,5 Prozent
Wifo: Wirtschaftsaufschwung kräftiger als erwartet
Tourismus: Alpenregionen sollen künftig gemeinsam um Gäste werben
Magna-Chef Wolf wechselt zu Basic Elements von Oleg Deripaska

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT

Kanzler Faymann: Auch in Krisenzeiten massive Forschungsförderung
Kulturministerin Schmied eröffnete Internationale Kunstbiennale Peking
IPI-Weltkongress: Verleihung der Auszeichnung „Free Media Pioneer“
Boltzmann Institut für Archäologische Prospektion und Virtuelle Archäologie
Polen beglückt Wien mit einem Denkmal zu Ehren Frederic Chopins
Medientage zu Migration & Medien
„steirischer herbst“: Virtuosität aller Art auf dem Prüfstand
Amadeus Austrian Music Awards: Erstaunliche Bandbreite österr. Musiker

SPORTPOLITIK

Neue Ausbildung für mehr Bewegung an Österreichs Volksschulen fixiert
Sensationelles Gold für Heersportlerin Corinna Kuhnle bei Wildwasser-WM
Österreichische Sporthilfe verlängerte Vertrag mit Österreichischen Lotterien

IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressediens. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz, Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/3, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958, Fax ++43/1/53109-2958, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; <http://www.bundeskanzleramt.at>; Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet. Herausgegeben vom Bundespressediens-Wien.

INNENPOLITIK

Asyl: Regierung verständigt sich auf Mitwirkungspflicht

Die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP haben sich am 7. September im Ministerrat auf eine „Mitwirkungspflicht“ für Asylwerberinnen und Asylwerber geeinigt. Vorgesehen ist, dass Asylwerbende in den ersten fünf Tagen die Erstaufnahmestelle nicht verlassen dürfen. Liegt ein Wochenende oder ein Feiertag dazwischen, kann dieser Zeitraum auf bis zu sieben Tage erweitert werden. Wird gegen diese Auflage verstoßen, müssen die oder der Betroffene mit einer Verwaltungsstrafe rechnen, bei mehreren Strafen droht die Schubhaft. Nur klare Regeln würden auch Klarheit darüber schaffen, unter welchen Bedingungen Asyl gewährt werden könne, erklärte dazu Bundeskanzler Werner Faymann. Die Mitwirkung der Asylwerbenden an der Überprüfung ihrer Identität und ihrer Asylgründe gehöre dazu. Dokumente müssten in Ruhe überprüft und Gespräche geführt werden. „Das muss in maximal einer Woche erledigt sein“, betonte der Bundeskanzler. Insgesamt habe man eine gute und verfassungskonforme Lösung gefunden, erklärte Faymann.

Ausnahmeregelungen von der verpflichtenden Anwesenheit in den ersten fünf Tagen gibt es für Arztbesuche oder dringende familiäre Angelegenheiten. Für diese Zeit erhält die oder der Asylwerbende eine rote Karte, die als Identitätsnachweis dient und darüber informiert, dass die betreffende Person nur vorübergehend von der Mitwirkungspflicht in der Erstaufnahmestelle dispensiert ist.

Die Regierungsvorlage soll in der Ministerrats-sitzung am 19. Oktober beschlossen werden und danach in die parlamentarische Begutachtung gehen, damit die Neuregelung mit Jahresbeginn 2011 in Kraft treten kann.

Das geplante Bundesamt für Migration und Asyl soll seine Arbeit 2013 aufnehmen. Dort werden sämtliche Asyl- und Zuwanderungsbelange gebündelt. Derzeit sind dafür mehr als 100 Stellen zuständig.

Banker-Boni ab 2011 reguliert

In Österreich werden Bonuszahlungen im Finanzsektor ab Anfang 2011 durch ein neues Gesetz geregelt. Ab diesem Zeitpunkt müssen Bonuszahlungen verpflichtend am langfristigen Erfolg eines Unternehmens ausgerichtet sein. Betroffen sind Bankvorstände und Mitarbeiter, die vergleichbare Gehälter beziehen, sowie Mitarbeiter in Kontrollfunktionen und Mitarbeiter, deren Arbeit Auswirkungen auf

das Bankrisiko hat. In Zukunft darf es keine garantierten bzw. erfolgsunabhängigen Bonuszahlungen mehr geben – ausgenommen eine Wechselprämie nach einem Jobwechsel im ersten Jahr. Die Boni seien nach Leistungen zu bewerten, erklärte Finanzminister Josef Pröll. Mindestens 40 % der Bonuszahlung dürfen künftig erst nach drei Jahren ausbezahlt werden, höchstens die Hälfte davon in bar. Die anderen 50 % müssen in Eigenkapital-Anteilen der Bank (etwa Aktien) geleistet werden, die an Wert verlieren, wenn das Institut in Schief-lage gerät. Bei Gefährdung des Eigenkapitals kann die Finanzmarktaufsicht Bonuszahlungen beschränken und zusätzliche Auflagen verfügen, wenn das Bonussystem zu risikobehaftet ist. Die Vergütungspolitik eines Unternehmens muss in der Bilanz öffentlich erklärt werden.

Neue Förderungsregeln für Parteiakademien

Der Ministerrat hat am 14. September grünes Licht für die Reform der staatlichen Akademieförderung gegeben. Demnach ist es künftig möglich, dass jeder der fünf Parteiakademien ein Teil der staatlichen Förderung aberkannt werden kann, sofern Mitarbeitende einer Akademie wegen Verhetzung, Verleumdung, Herabwürdigung religiöser Lehren oder wegen Aufforderung zu einer strafbaren Handlung verurteilt werden.

Osteuropa-Bankenkonferenz in Wien

Die OECD warnt vor weiter ausufernden Staatsschulden. Die Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise seien „enorm“, sagte OECD-Generalsekretär Angel Gurría am 17. September bei einer Osteuropa-Bankenkonferenz in Wien. In einigen Ländern werde die Schuldenlast heuer auf mehr als 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ansteigen. Dazu komme, dass das Wachstum im 2. Halbjahr schwächer verlaufen werde als im Frühjahr erwartet. Gurría mahnte die Staaten, die öffentlichen Finanzen bereits ab nächstem Jahr wieder in Ordnung zu bringen und dabei die richtige Balance zu finden, um die Erholung der Wirtschaft zu unterstützen. Finanzminister Josef Pröll räumte ein, dass es in der Region in unterschiedlichen Geschwindigkeiten aufwärts gehe. Wien sehe sich als Drehscheibe – auch deshalb, weil aus Osteuropa stärkeres Wachstum komme als von anderen Märkten. Pröll will in Wien eine gemeinsame Akademie für Bankenaufseher aus der Region Zentral- und Osteuropa etablieren.

EUROPA INTERNATIONAL**Bundeskanzler Faymann bei EU-Gipfel in Brüssel**

Zentrales Thema des Gipfeltreffens der EU-Staats- und Regierungschefs am 16. September in Brüssel war der Konflikt zwischen EU-Kommission und Frankreich um dessen Roma-Politik. Dabei hat sich nach Ansicht von Bundeskanzler Werner Faymann gezeigt, wie wichtig eine starke Kommission ist, die über die Einhaltung der Verträge wacht.

Der Umgang Frankreichs mit den Roma – Abbruch illegaler Siedlungen und Abschiebung nach Rumänien – hatte beim EU-Gipfel in Brüssel zu einem veritablen Eklat geführt: Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy protestierte vehement gegen entsprechende Kritik (Antidiskriminierung einer ethnischen Gruppe, Verstoß gegen den freien Personenverkehr) der EU-Kommission.

Bundeskanzler Faymann interpretierte die Affäre als emotionale Aufarbeitung im Nachhinein und betonte die Wichtigkeit einer unabhängigen Kommission, „die für Ordnung sorgt und überprüft, ob im Einklang mit den Verträgen gehandelt wird“. Schließlich müsse die Kommission die Einhaltung der Verträge gewährleisten, „ganz egal“, ob es sich um mittlere und kleine oder große Länder wie Frankreich oder Italien handle, die sich auf ihren Status als Gründungsmitglieder, ihre Einwohnerzahl oder Wirtschaftskraft berufen würden, betonte Faymann einen Tag nach dem Brüsseler Eklat im ORF-Radio.

Der konkrete Anlass, das Roma-Problem, zeige einmal mehr, wie unterschiedlich die Union sei. Im Gegensatz zu Frankreich herrsche in Österreich ein ausgezeichnetes Verhältnis zu den Vertretern der Minderheit. In die französische Innenpolitik mische er sich nicht ein, auch wenn er gänzlich anderer Auffassung sei. Aber in Fragen der Finanztransaktionssteuer und der Kontrolle der Spekulation sei Sarkozy sehr wohl ein Partner, erklärte der Bundeskanzler. Grundsätzlich vermisst Faymann EU-Regeln für eine soziale Wirtschaftspolitik (Stichwort Mindestlöhne, Lohndumping, Schwarzmärkte) und plädiert für eine Sozialunion in Europa.

Bundespräsident Fischer bei UNO-Millenniumsgipfel in New York

Bundespräsident Heinz Fischer vertritt Österreich sowohl beim UNO-Millenniumsgipfel (ab 20. September) als auch bei der Eröffnung der 65. Generalversammlung der Vereinten Nationen (21. bis 25. September) in New York.

Beim Millenniumsgipfel mit rund 140 Staats- und Regierungschefs sowie mit Vertretern der Zivilgesellschaft soll Zwischenbilanz zur Umsetzung der so genannten Millenniumsziele gezogen werden. Dazu zählen unter anderem eine Halbierung von Armut und Hunger in der Welt bis 2015, die Senkung der Kindersterblichkeit um zwei Drittel und ein Stopp der Ausbreitung von Aids. Experten warnen davor, dass alle Ziele verfehlt werden könnten.

Fischer zu EU-Besuch in Brüssel

Bundespräsident Heinz Fischer hat bei seinem Besuch der EU-Institutionen in Brüssel (14./15. September) für eine positive Haltung gegenüber der Europäischen Union plädiert. Brüssel als Ganzes sei „eine sehr wichtige Institution, die den Interessen Österreichs dient“, so Fischer. Den meisten Österreichern sei klar, dass die Folgen der Wirtschaftskrise ohne Gemeinschaft wesentlich dramatischer verlaufen wären.

Slowakische Ministerpräsidentin Radicova bei Bundeskanzler Faymann

Bundeskanzler Werner Faymann hat am 12. September erstmals die slowakische Ministerpräsidentin Iveta Radicova in Wien getroffen. Dabei habe er Österreichs Bedenken gegenüber dem nahe der Staatsgrenze gelegenen Atomkraftwerk Mochovce nachdrücklich zum Ausdruck gebracht, so Faymann. Er bestehe zudem auf volle Einbindung Österreichs in den Sicherheitsdialog und Offenlegung aller Fakten. Österreich werde mit allen Mitteln gegen einen weiteren Ausbau von AKWs kämpfen und setze auf erneuerbare Energien. Gelobt hat Faymann die ausgezeichneten Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern. Österreich sei zweitgrößter Investor in der Slowakei.

Österreicher EU-Botschafter in Tokio

Der österreichische EU-Botschafter in Brüssel, Hans Dietmar Schweisgut (59), wird erster Botschafter der Europäischen Union in Japan und erhält damit einen der wichtigsten Botschafterposten der EU. Schweisgut war vor seiner Berufung nach Brüssel österreichischer Botschafter in Tokio und Peking.

50 Jahre OPEC in Wien

Die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) mit Sitz in Wien feierte am 14. September den 50. Jahrestag ihrer Gründung in Bagdad. Fossile Brennstoffe werden nach Ansicht der OPEC auch in absehbarer Zukunft wichtigste Energiequelle bleiben.

WIRTSCHAFT

Österreichs Exporte stiegen im ersten Halbjahr um 12,5 Prozent

Die heimischen Exporte haben im ersten Halbjahr um 12,5 % zugelegt, für das gesamte Jahr 2010 rechnet die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) mit einem Anstieg um mindestens 7 %. Voraussichtlich werde die Schallmauer von 100 Mrd. Euro „deutlich“ überschritten, erklärte WKÖ-Präsident Christoph Leitl am 7. September vor Medienvertretern. Auch Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner sieht Österreichs Wirtschaft „auf dem besten Weg, unser Exportziel von 100 Milliarden Euro für 2010 zu erreichen“.

Leitl sprach von gut 50.000 Arbeitsplätzen, die durch den Zuwachs bei den Ausfuhren gesichert würden. „Die Exportstärke ist unser wichtigster Trumpf für ein echtes, sich selbst tragendes Wirtschaftswachstum in Österreich“, betonte auch Mitterlehner. Dabei wäre es schon ein Erfolg, wenn die Hälfte des Einbruchs vom Vorjahr (minus 20 %) heuer wieder hereinkäme.

Laut WKÖ gibt es 40.000 Exporteure, davon 2.000 neue in diesem Jahr. Auch 2011 sollen 2.000 Firmen motiviert werden, erstmals in den Export einzusteigen. Derzeit werde die Hälfte der Wirtschaftsleistung über Exporte (Waren und Dienstleistungen) verdient, 2012 sollen es wie früher wieder 60 % sein, hat man sich seitens der WKÖ zum Ziel gesetzt.

Massiv beitragen sollen dazu Länder in Übersee, vor allem China und Brasilien. Der Übersee-Anteil der Ausfuhren soll von derzeit 17 % bis 2012 auf 20 % steigen. Basis wäre eine Verdoppelung der Exporte nach China, was angesichts des Zuwachses von 42,4 % im ersten Halbjahr durchaus realistisch ist.

Deutlich erhöht haben sich im ersten Halbjahr etwa die Ausfuhren in die USA: Sie stiegen um fast 12 % auf insgesamt 2,3 Mrd. Euro, für das Gesamtjahr 2010 wird ein Plus von 15 bis 20 % erwartet. 2009 waren die Exporte in die Vereinigten Staaten infolge der weltweiten Finanzkrise um ein Fünftel eingebrochen. Die Importe aus den USA legten um 14 % auf 1,5 Mrd. Euro zu.

Wifo: Wirtschaftsaufschwung kräftiger als erwartet

Der Konjunkturaufschwung in Österreich ist im zweiten Quartal 2010 deutlich kräftiger ausgefallen als bisher angenommen. Laut jüngsten Berechnungen des Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo) lag das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 2,4 % über dem Vorjahres-

wert. Vor rund einem Monat war man noch von 1,9 % ausgegangen. Gegenüber dem Vorquartal betrug das Plus 1,2 % statt bisher 0,9 %. Auch seine BIP-Prognose für das Gesamtjahr von 1,2 % will das Wifo nun anheben, jedoch um weniger als die bisher geschätzten 0,5 Prozentpunkte: Grund dafür seien die sich international mehrenden Anzeichen für eine Verlangsamung des Aufschwungs. Impulse für die deutliche Belebung kamen vor allem vom Export und von den Investitionen.

Tourismus: Alpenregionen sollen künftig gemeinsam um Gäste werben

Mit der Realisierung einer „Makroregion“ Alpen soll der Tourismus den Herausforderungen des schärfer werdenden globalen Wettbewerbs um Gäste begegnen. „Wir müssen einen größeren Markt schaffen und damit bessere Möglichkeiten für alle“, unterstrich Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner am 13. September in Innsbruck bei einem Treffen von politischen Tourismusvertretern aus Österreich, Deutschland, Italien, Südtirol und Liechtenstein im Rahmen des Prologs zu „theAlps“. Künftig brauche es eine gemeinsame Strategie, so Mitterlehner. Österreich habe seine Tourismusanteile in Krisenzeiten zwar halten beziehungsweise zum Teil leicht ausbauen können, aber der weltweite Wettbewerb sei schärfer geworden. Als Beispiel nannte Mitterlehner die USA mit einem derzeit stärkeren Wachstum als im österreichischen Tourismus.

Österreich könne mit drei „Alleinstellungsmerkmalen“ punkten, wozu der Minister die Bereiche Städte und Kultur, Donau und Seen sowie die Alpen zählte. Auf diesen Mehrwerten müsse der Fokus liegen. Neben einem gemeinsamen Auftreten bei der Vermarktung wolle man gemeinsam etwa auch für eine „Entzerrung“ der Ferienzeiten eintreten.

Künftig soll es regelmäßige Treffen der politischen Verantwortungsträger geben. „theAlps“ ist eine neue Lobbying-Plattform zur Förderung des Alpentourismus.

Magna-Chef Wolf wechselt zu Basic Elements von Oleg Deripaska

Magna-Spitzenmanager Siegfried Wolf (52) wechselt mit 15. November vom austrokanadischen Autozulieferkonzern zum Konzern Basic Elements des russischen Unternehmers Oleg Deripaska. Wolf wird als Aufsichtsratsvorsitzender bei der Division OJSC Russian Machines tätig sein, der Mutter des russischen Autoherstellers GAZ.

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT**Kanzler Faymann: Auch in Krisenzeiten massive Forschungsförderung**

„Forschung und Bildung sind Schlüsselfaktoren für das Wirtschaftswachstum, daher sind sie für die Bundesregierung weiterhin ein wichtiges Anliegen, das auch in der Budgetplanung besonders berücksichtigt wird“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann beim Pressefoyer nach dem Ministerrat am 14. September. Die Sparziele für Bildung und Forschung seien daher deutlich niedriger angesetzt als in allen anderen Ressorts. Denn die Wichtigkeit der Forschung sei bereits lange anerkannt: Die Forschungsquote sei in Österreich im letzten Jahrzehnt von 1,9 auf 2,76 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) angestiegen. Damit belege Österreich den sechsten Platz im EU-Ranking. Vor diesem Hintergrund habe der Ministerrat die Mitglieder des österreichischen Rates für Forschung und Technologieentwicklung (RFT) neu bestellt.

Wie im Gesetz vorgesehen hatten Infrastrukturministerin Doris Bures (S) und Wissenschaftsministerin Beatrix Karl (V) zuvor je vier Mitglieder nominiert. Hannes Androsch, Gabriele Ambros, Karin Schaupp und Gi Eun Kim wurden vom Infrastrukturministerium entsandt, Renee Schroeder, Markus Hengstschläger, Peter Skalicky und Marianne Hilf vom Wissenschaftsministerium. Der Forschungsrat tritt voraussichtlich Anfang Oktober zusammen.

Ebenso hat die Regierung heute die Mitglieder der Medienbehörde dem Bundespräsidenten zur Bestellung vorgeschlagen sowie sich auf eine Reform der Förderungen für Parteiakademien geeinigt.

Die Reform des so genannten Publizistikförderungsgesetzes sieht u. a. vor, dass künftig ein Teil der staatlichen Förderung aberkannt werden kann, wenn Angestellte, Mitarbeiter oder Werkvertragsnehmer im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit für die Akademien wegen Verhetzung oder anderer Delikte gerichtlich verurteilt werden. Wie Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll betonte, sei dies nicht gegen eine Partei – die FPÖ – gerichtet, „sondern wir wollen in allen Parteien Radikalisierungen vermeiden“.

Kulturministerin Schmied eröffnete Internationale Kunstbiennale Peking

Kulturministerin Claudia Schmied eröffnete als höchste ausländische Vertreterin am 20. September mit Hu Zhenmin, dem Vizepräsidenten der China Federation of Literary and Art Circles, die 4. Internationale Kunstbiennale Peking,

wo Österreich mit einer Sonderausstellung vertreten ist: „In Between. Austria Contemporary“ vermittelt mit 27 künstlerischen Positionen von Skulptur, Malerei, Fotografie bis zu Grafik und Video ein modernes Bild von Österreich und seiner zeitgenössischen Kunst. Die Werke der meist jungen KünstlerInnen waren in den letzten Monaten schon in Israel, Kroatien, Montenegro, Zypern, Ungarn und in der Türkei zu sehen. „Dieser österreichische Beitrag ist auch als verstärkter Ausdruck der guten und freundschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und China im Rahmen des vielfältigen Kulturaustausches zu verstehen“, betonte Schmied.

Bei der Biennale, die von der Chinesischen Vereinigung für Kunst und Literatur mit der Stadt Peking und dem Chinesischen Künstlerverband veranstaltet wird, werden über 500 KünstlerInnen aus 84 Staaten unter dem Titel „Natur und menschliche Existenz“ bis 4. Oktober im National Art Museum of China einem internationalen Publikum präsentiert.

Kulturministerin Schmied hat während ihres fünftägigen Arbeitsbesuches in China Gespräche mit Kulturminister Cai Wu, Kunst schaffenden ÖsterreicherInnen in China sowie chinesischen KünstlerInnen geführt, eine Ausstellung des Österreichischen Kulturforums zu Ehren des 150. Geburtstags von Gustav Mahler im Nationalen Opernhaus von Peking eröffnet sowie die EXPO in Shanghai besucht.

IPI-Weltkongress: Verleihung der Auszeichnung „Free Media Pioneer“

Mit der Verleihung der Auszeichnung „Free Media Pioneer 2010“ ist am 12. September in Wien der Weltkongress des in Wien ansässigen Internationalen Presse Instituts (IPI) offiziell eröffnet worden. Die Veranstaltung steht unter dem Motto „Das Udenkbare denken: Verlieren wir die Nachrichten?“. Gemeint sind die Herausforderungen der Medienlandschaft, besonders hinsichtlich des Zusammenspiels von traditionellen und neuen Medien.

Johannes Hahn (V), EU-Kommissar für Regionalpolitik, übergab gemeinsam mit Janne Virkkunen, dem Vorsitzenden des IPI, den Preis an Radio Okapi für seinen Beitrag zur Pressefreiheit in der Demokratischen Republik Kongo.

Hahn, der für den verhinderten Außenminister Michael Spindelegger eingesprungen war, betonte, dass sich die Europäische Kommission – genauso wie das IPI – dem Einsatz für bessere Rechte und Arbeitsbedingungen für Journalisten verschrieben hätte: „Eine unserer

wichtigsten Aufgaben ist es, weltweite Pressefreiheit zu garantieren“.

Radio Okapi wurde 2002 als öffentlich-rechtliches Radio mit dem Ziel des Friedensaufbaus und -erhalts gegründet. Für ihre stets unabhängige Berichterstattung musste das Medium im Laufe der Geschichte einen hohen Preis zahlen. Vor zwei bzw. drei Jahren wurden zwei Mitarbeiter ermordet. Sie hatten über Auseinandersetzungen zwischen Rebellen, lokalen Milizen und Regierungskräften berichtet. „Wir widmen die Auszeichnung des IPI unseren verstorbenen Kollegen“, so ein Vertreter von Radio Okapi bei der Preisverleihung in Wien.

Zuvor präsentierte IPI-Direktorin Alison Bethel McKenzie einen Bericht zum Status der weltweiten Pressefreiheit. Die traurige Bilanz zeigt, dass in den ersten acht Monaten des Jahres bereits 52 Journalisten gewaltsam ihr Leben verloren. Mit zehn ermordeten Pressevertretern von Jänner bis Ende August 2010 ist Mexiko für Journalisten das gefährlichste Land der Welt. „Die Amerikas (Nord-, Mittel- und Südamerika, Anm.) waren mit insgesamt 20 Journalistenmorden in den ersten beiden Dritteln des Jahres der gefährlichste Kontinent“, so McKenzie. In Europa sei die Lage zwar „statistisch nicht so dramatisch, aber man dürfe nicht vergessen, dass z. B. der griechische Journalist Sokrates Giolias im Juli von linksextremistischen Terroristen vor seinem Haus erschossen worden sei.

Beim abendlichen Eröffnungsdinner in der Wiener Hofburg hielt Bundespräsident Heinz Fischer eine vielbeachtete Rede. „Pressefreiheit ist ein weltweites Anliegen, um das in vielen Ländern noch immer Tag für Tag aufs Neue gerungen werden muss“, konstatierte er und rief in diesem Zusammenhang dazu auf, die „Auswirkungen von Facebook, Google und Wikipedia“ – vor allem in Bezug auf den Datenschutz – ernst zu nehmen. Eine offene und demokratische Gesellschaft müsse Überlegungen anstellen, wie der „digitalen Öffentlichkeit“ Grenzen gesetzt werden könnten, die den Persönlichkeitsschutz gewährleisten. Internationale Regelungen seien unerlässlich.

Das Internationale Presse Institut sei gleichsam die „UNO der Medienwelt“, unterstrich Fischer.

Das IPI wurde 1950 von Zeitungsherausgebern an der Columbia University in New York gegründet und zählt heute rund 2.000 Mitglieder aus 120 Ländern, darunter die BBC, CNN, The New York Times oder die Neue Zürcher Zeitung. Seit 1992 hat die IPI ihren Hauptsitz in Wien, von 1992 bis 2007 war der Österreicher

Johann Fritz Vorsitzender der Organisation. www.ipiworldcongress.com/, <http://www.freemedia.at/>, <http://radiookapi.net/>

Boltzmann Institut für Archäologische Prospektion und Virtuelle Archäologie

Für öffentliche Aufmerksamkeit hat das neue Ludwig Boltzmann Institut (LBI) für Archäologische Prospektion und Virtuelle Archäologie in Wien bereits durch die Auffindung von Überresten eines Bauwerks aus Holz in der Umgebung des britischen Steinkreises Stonehenge vor wenigen Monaten gesorgt.

Am 14. September wurde das Institut in Wien offiziell eröffnet. Es verfügt über ein Budget von 6 Mio. Euro für vier Jahre und beschäftigt 15 Mitarbeiter. Sein Leiter, Wolfgang Neugebauer, erwartet, dass sich „die Archäologie komplett verändern wird“. Für die Virtuelle Archäologie werden Techniken wie Magnetmessungen, Bodenradar, Luftbilder und Geoinformationssysteme mit 3D-Techniken am Computer vereint. Die neuen technologischen Möglichkeiten werden für die Prospektion ganzer Landschaften genutzt.

Mit internationalen Partnern aus Großbritannien, Deutschland, Schweden und Norwegen soll in den nächsten Jahren an weltweit bekannten Stätten, oftmals ausgewiesen als Weltkulturerbe, geforscht werden. Aber auch in Österreich soll die neue Technologie zum Einsatz kommen, etwa in Carnuntum oder den Kreisgrabenanlagen im Weinviertel.

<http://archpro.lbg.ac.at/>

Polen beglückt Wien mit einem Denkmal zu Ehren Frederic Chopins

Frederic Chopin, dessen Tod sich heuer zum 150. Mal jährt, wird ab November in Wien mit einem Denkmal im Schweizer Garten, zwischen Belvedere und „20er Haus“, geehrt. Die polnische Regierung hat im Jubiläumsjahr das Kunstwerk finanziert und der Stadt geschenkt. Chopin habe schließlich seine ersten Konzerte in Wien gegeben, begründete der polnische Botschafter Jerzy Marganski das Engagement. Von 1829 bis 1831 hatte Chopin neun Monate in Wien verbracht – hier feierte er erste Erfolge mit seinen Konzerten –, bevor er nach Paris weiterzog.

Das Denkmal mit dem Titel „La Note Bleue“, nachts blau beleuchtet, wurde von Krzysztof M. Bednarski geschaffen. Aus der an einen Scherenschnitt gemahnenden Silhouette des Komponistenkopfes steigt ein großer Vogel in den Himmel. Noch wird an dem Monument aus Bronzeplatten in einer römischen Gießerei gearbeitet.

Medientage zu Migration & Medien

Welche Funktion haben Medien für Migranten? Welchen Dialog initiieren sie und wie weit können sie Integration und Kooperation verstärken? Diese und weitere Fragen um das Thema „Die Chancen von Migration für Wirtschaft und Medien“ werden in einem eigenen Panel im Rahmen eines „Migrationsabends“ bei den österreichischen Medientagen am 22. September ausführlich diskutiert.

Wien zählt zu den europäischen Metropolen, die jährlich kontinuierlich wachsen, weniger durch eigene Fertilität als durch Migration. Mehr als 40 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung sind bereits Menschen mit Migrationshintergrund – Tendenz steigend.

Bei Unternehmensgründungen – vor allem im EPU- und KMU-Bereich – liegen Migranten bereits deutlich über den „Einheimischen“. Der TV-Konsum liegt etwa bei Konsumenten mit türkischem, serbischem, kroatischem und polnischem Hintergrund deutlich höher als bei den primär-Deutschsprachigen.

In Wien erscheinen spezifische Migrantenmedien – besonders stark vertreten sind Web-Radios und heimischer Musikkonsum über Handys. Aber auch das Mobile-TV ist bei diesen Ethnien stärker vertreten als beim Durchschnitt der Wiener Bevölkerung.

„steirischer herbst“: Virtuosität aller Art auf dem Prüfstand

Die unterschiedlichsten Aspekte von Virtuosität nimmt das Kulturfestival „steirischer herbst“ von 24. September bis 17. Oktober unter die Lupe. Das „Forum Stadtpark“ dient diesmal als Festivalzentrum und wird gerade vom jungen österreichischen Architekturkollektiv „feld72“ umgestaltet. Für die Zeit des Festivals erhält es im Empfangsbereich einen Holzvorbau sowie eine Tribüne, die das Haus in Richtung Park erweitert. Neben Konzerten, Vorträgen und Filmabenden wird hier für acht Tage das „Casino of Tricks“ beheimatet sein. Hinein kommt nur, wer am Eingang einen „Trick“ vorweisen kann: „Gefragt sind Tricks aller Art - magische, ökonomische, politische, alltägliche und außerordentliche“, heißt es. Als Belohnung gibt es Jetons, mit denen Roulette gespielt werden kann oder die an der Bar in Getränke umgesetzt werden können. Für die Eröffnung in der Grazer Helmut-List-Halle haben Komponist Bernhard Lang, Choreographin Christine Gaigg, Medienkünstler Winfried Ritsch und Lichtdesigner und Bühnenbildner Philipp Harnoncourt das Projekt „maschinenhalle'1“ entwickelt. Zwölf Tänzerinnen und Tänzer agieren mit zwölf computergesteu-

erten Automatenklavieren, wobei letztlich nicht mehr klar ist, wer wen spielt.

Einen Höhepunkt des Festivals bildet die Ausstellung „Utopie und Monument II“, deren erster Teil 2009 gezeigt wurde. Es ist die letzte Arbeit von Kuratorin Sabine Breitwieser, bevor sie im Oktober ihre neue Arbeit am Museum of Modern Art in New York beginnt. Die Schau beschäftigt sich mit der „Virtuosität des Öffentlichen“ und findet am Mariahilferplatz statt. Eine weitere große Ausstellung zeigt das Kunsthaus mit einer „Franz West“-Schau.

Choreograph William Forsythe gastiert mit „I don't believe in outer space“ zum ersten Mal mit seiner eigenen Compagnie in Graz. In Kooperation mit dem Schauspielhaus wird eine „Enzyklopädie des ungelebten Lebens“ des argentinischen Regisseurs Mario Pensotti gezeigt, für die Autoren aus aller Welt Beiträge geliefert haben.

Im Tanz- und Theaterprogramm des Festivals finden sich weiters Choreographen, Regisseure und Truppen aus England, New York, Berlin, Amsterdam, etc. www.steirischerherbst.at

Amadeus Austrian Music Awards: Erstaunliche Bandbreite österr. Musiker

Die steirische Popsängerin Anna F. und der oberösterreichische Hip-Hopper Skero sind die großen Einzelgewinner der diesjährigen Amadeus Austrian Music Awards. Sie konnten am 16. September bei der erstmals in der Wiener Stadthalle veranstalteten Gala gleich zwei Preise entgegennehmen. Zu den Abräumern gehören auch die Vokalakrobaten von „Bauchklang“ mit gleichfalls zwei Awards.

Der österreichische Musikpreis wurde zum elften Mal vergeben. Seit 2000 entwickelte sich der Amadeus binnen kurzem zu einem Top-Event der österreichischen Musikszene. Prominente Laudatoren, nationale und internationale Topkünstler – heuer Seal und „Wir sind Helden“ –, machten den Amadeus zu einem attraktiven Show-Ereignis. Österreichische Musik, Genre-Vielfalt, Interaktion im Web 2.0 und Publikums-Voting stehen im Vordergrund. Der „Electronic/Dance“-Award ging an die Sofa Surfers, den „FM4-Award“ gewann das Wiener Drum'n'Bass-Duo Camo & Krooked. Die restlichen Awards erhielten Kontrast (Hard & Heavy), Hans Theesink (Jazz/World/Blues), zum zweiten Mal Semino Rossi (Schlager) und Die Klostertaler (Volks-tümliche Musik).

Einen Amadeus für sein vielfältiges, reiches Lebenswerk – zwischen Klassik, Jazz, volkstümlicher Musik – erhielt Geiger-Legende Toni Stricker. www.amadeusawards.at

SPORTPOLITIK

Neue Ausbildung für mehr Bewegung an Österreichs Volksschulen fixiert

Nach der Präsentation eines Fünf-Punkte-Programms im Herbst 2009 und der erfolgreichen Umsetzung von ersten Initiativen setzen das Sportministerium und das Unterrichtsministerium einen weiteren gemeinsamen Schritt für mehr Bewegung in der Schule: VolksschulpädagogInnen und VereinstrainerInnen haben die Möglichkeit sich im Rahmen einer gemeinsamen Bewegungsausbildung zum „Kinder-Bewegungscoach“ ausbilden zu lassen. Aufgabe dieses „Kinder-Bewegungscoaches“ ist es, Kindern an Volksschulen die Freude an Bewegung zu vermitteln und zu einer nachhaltigen Verbesserung der individuellen Bewegungskompetenz beizutragen. Vereinstrainer erwerben bei diesem Pilotprojekt methodisch-didaktische Grundlagen für den Einsatz in Volksschulen. VolksschulpädagogInnen erhalten eine Zusatzqualifikation für den Bewegungsunterricht.

Sportminister Norbert Darabos: „Mit dem Kinder-Bewegungscoach machen wir das Know-How von TrainerInnen und ÜbungsleiterInnen aus dem Sport für die Schule nutzbar. Und sie können sehr authentisch für Bewegung und Sport werben. Damit der Anteil der Kinder, die Bewegung und Sport machen, wieder höher wird.“

Bewegungsmangel ist eine der Hauptursachen für Haltungsschäden, Übergewicht und Diabetes. Besonders Kinder sind von dieser nachteiligen Entwicklung mehr und mehr betroffen.

Eine jüngste OECD-Studie, die 25 Staaten vergleicht, platziert Österreich schon an 9. Stelle, was Fettleibigkeitsraten bei 15-jährigen betrifft.

Bei der neuen Ausbildung zum diplomierten "Kinder-Bewegungscoach" haben sich Sportministerium, Unterrichtsministerium und der Organisierte Sport in Form der bundesweiten Bewegungsinitiative "Fit für Österreich" zusammengeschlossen, um die Qualität des Bewegungsunterrichts in Volksschulen zu erhöhen und die Kinder beim Erwerb eines Gesundheitsbewusstseins zu fördern.

Bildungsministerin Claudia Schmied: „Ich freue mich sehr über die Ausbildungsform zum Kinder-Bewegungscoach. Es ist wichtig, dass wir unseren Kindern schon in einem frühen Alter durch einen qualitätsvollen Bewegungsunterricht einen freudvollen Zugang zu Bewegung und Gesundheit vermitteln. Mit der neuen Ausbildung kann die Schule dazu einen wertvollen Beitrag leisten. Ziel ist die schritt-

weise Ausweitung des Pilotprojekts auf ganz Österreich.“

Das Projekt geht auf die von Sportminister Norbert Darabos ins Leben gerufene Initiative „Sportler für den Sport“ zurück. Eine Gruppe von etwa 20 ehemaligen und aktiven SpitzensportlerInnen, darunter Markus Rogan, Andrea Mayr, Alex Antonitsch, Emese Hunyady, Werner Schlager und Nik Berger, trifft sich zweimal jährlich mit dem Minister, um Ideen für den heimischen Sport einzubringen. Der „Kinder-Bewegungscoach“ ist nun das erste Projekt, das umgesetzt wird.

Sensationelles Gold für Heeressportlerin Corinna Kuhnle bei Wildwasser-WM

Großartiger Erfolg für Corinna Kuhnle, die am 11. September sensationell die Goldmedaille im Kajak-Slalom bei der Wildwasser-WM in Slowenien erringen konnte.

Die Heeressportlerin Kuhnle, die schon im August Silber bei der EM gewonnen hatte, setzte sich gegen die Favoritin Jana Dukatova durch, Österreichs Olympia-Dritte Violetta Oblinger-Peters holte sich abermals Bronze. Zu den ersten Gratulanten gehörte der Bundesminister für Landesverteidigung und Sport, Norbert Darabos: "Der Erfolg von Österreichs Sportlerinnen und Sportlern setzt sich auch im September fort. Ich gratuliere den beiden Kanutinnen. Es freut mich, dass sie beide als Heeressportlerinnen tätig sind, ebenso wie Sabrina Filzmoser, die sich heute bei der Judo-WM in Tokio ebenfalls Bronze sichern konnte.“

Österreichische Sporthilfe verlängerte Vertrag mit Österreichischen Lotterien

28,2 Millionen Euro investierten die Österreichischen Lotterien über die Österreichische Sporthilfe seit 1986 in den heimischen Sport.

Seitdem gab es 94 Olympiamedaillen durch geförderte Athletinnen und Athleten.

"Die Sporthilfe ist eine der tragenden Säulen der Sport-Förderung in Österreich. Viele Sport-Stars haben am Beginn ihrer Karriere von der Sporthilfe ihre erste Unterstützung bekommen. Das macht die Sporthilfe für mich einzigartig: Nirgendwo sonst kann Sportlern so unbürokratisch und trotzdem effektiv geholfen werden. Für viele Sportler ist die finanzielle Unterstützung der Sporthilfe eine fixe Größe geworden, auf die sie auch in unsicheren Zeiten bauen können", erklärte Sportminister und Sporthilfe-Präsident Bundesminister Norbert Darabos nach der erfolgreichen Vertragsverlängerung.

INFORMATIONEN AUS ÖSTERREICH

Redaktionsschluss: 4. Oktober 2010

Nr. 19/10

INNENPOLITIK

Wifo und IHS erhöhten Wachstumsprognosen für 2010/2011
Arbeitslosigkeit stark gesunken – EU-weit niedrigste Quote
Steirische Landtagswahl: SPÖ bleibt Nummer eins

EUROPA INTERNATIONAL

Österreich gegen Laufzeitverlängerung deutscher AKW
Faymann bei ASEM-Gipfel in Brüssel
Alternativer Nobelpreis für Bischof Erwin Kräutler
Fischer und Spindelegger bei UNO in New York

WIRTSCHAFT

Budget: Positiver Trend bei Steuern und Defizit
Ecofin: Österreich für Finanztransaktionssteuer
Sommertourismus mit leichtem Plus

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT

Medienstaatssekretär Ostermayer eröffnete Internet Summit Austria 2010
Pressefreiheit: Faymann, Ostermayer, Bandion-Ortner begrüßen Enquete-Idee
Michael Ogris wurde Vorsitzender der neuen unabhängigen Medienbehörde
Österreichisches Kulturforum New York: Ausstellung zu Balkan-Konflikt
Palais Porcia: „In guter Verfassung“ – 90 Jahre Bundes-Verfassungsgesetz
Bundespressediens präsentiert „Seitenweise“ die vielen Seiten des Buches

SPORTPOLITIK

Wien: Hunderttausende Menschen besuchten „Tag des Sports“
Europameisterschaften: Österreich brillierte im Tischtennis und Wettklettern
Darabos: Dank an Mirna Jukic für ihre Leistungen und ihre Ausstrahlung

IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressediens. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz, Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/3, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958, Fax ++43/1/53109-2958, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; <http://www.bundestkanzleramt.at>;
Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet. Herausgegeben vom Bundespressediens-Wien.

INNENPOLITIK**Wifo und IHS erhöhten Wachstumsprognosen für 2010/2011**

Österreichs Wirtschaft erholt sich von der Wirtschaftskrise offenbar schneller als noch im Sommer erwartet. Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) und Institut für Höhere Studien (IHS) rechnen damit, dass die aufstrebende Wirtschaftsentwicklung in der ersten Jahreshälfte auch im zweiten Halbjahr anhalten werde. Beide Institute haben am 24. September ihre Prognosen deutlich nach oben revidiert: Demnach wird das heimische Bruttoinlandsprodukt (BIP) heuer um 2,0 % (Wifo) bzw. 1,8 % (IHS) zulegen. Im Juli gingen die Ökonomen noch von einem realen Wachstum von lediglich 1,2 bzw. 1,5 % aus. Auch für 2011 sind die Experten optimistischer und erwarten ein BIP-Plus von 1,9 bzw. 2,0 % anstatt der bisher geschätzten 1,6 bzw. 1,9 %.

Mit ihrer aktuellen Herbstprognose liegen Wifo und IHS nunmehr auf Linie mit der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB), die ihre Prognose für 2010 Anfang September ebenfalls auf 1,8 bis 2,0 % erhöht hatte. Die Konjunkturbelebung sollte auch die Situation auf dem Arbeitsmarkt und der öffentlichen Haushalte verbessern.

Über die positiven Effekte für Wirtschaft und Arbeitsmarkt zeigte sich auch Bundeskanzler Werner Faymann nach dem Ministerrat am 24. September erfreut. Österreich habe sich in der Krise besser gehalten als andere europäische Länder. Vor allem freue ihn die Prognose zur sinkenden Arbeitslosigkeit, so Faymann unter Hinweis auf die Konjunktur- und Arbeitsmarktpakete der Bundesregierung als wichtigen Beitrag dazu.

Dennoch mahnen Bundeskanzler wie auch Wirtschaftsforscher zu konsequent nachhaltiger Budgetplanung. Es gelte nach wie vor, die Ursachen der Spekulationskrise zu beseitigen und die bestehende Konsolidierungslücke durch jene füllen zu lassen, die Schuld an dieser Krise hätten: Banken, Spekulanten und Finanzmärkte. Alle Maßnahmen müssten sinnvoll, ausgewogen und sozial gerecht sein, unterstrich Faymann und forderte einmal mehr eine weitere Regulierung der Finanzmärkte.

Vor Überschwang warnen auch die Ökonomen und verweisen auf die weiterhin hohen konjunkturellen Risiken (schwächere Konjunktur in den USA und China, anziehender Euro, hohe Staatsschulden, instabiler Finanzsektor, geringe Investitionen). Darüber dürfe die bessere Budgetentwicklung infolge höherer Steuereinnahmen (siehe Wirtschaft) keinesfalls

hinwegtäuschen. Oberste Priorität hätten Budgetkonsolidierung und weitere Reformen, auch wenn das Budgetdefizit heuer von 4,7 auf 4,1 % sinken und 2011 3,2 % betragen könnte. Getragen wird das diesjährige Wachstum hauptsächlich von der starken Exportnachfrage. So dürften die Ausfuhren um 11 bis 12 % zulegen, bisher hatten die Institute mit 5,8 bis 7,3 % gerechnet. 2011 sollten sich die Zuwächse aber wieder verringern.

Arbeitslosigkeit stark gesunken – EU-weit niedrigste Quote

Die Entspannung am heimischen Arbeitsmarkt hat sich auch im September fortgesetzt. Der Chef des Arbeitsmarktservice (AMS), Johannes Kopf spricht vom stärksten Rückgang der Arbeitslosigkeit seit der Krise: Die Zahl der Jobsuchenden ging im Jahresvergleich um 8,7 % oder um 20.338 Betroffene auf 214.167 zurück. Inklusive Schulungsteilnehmer sei die Zahl der Arbeitslosen um 6,4 % bzw. um 19.305 auf 283.650 Personen gesunken, informierte das Sozialministerium am 1. Oktober.

Gleichzeitig hat die Beschäftigung um rund 47.000 Personen auf 3.332.000 zugelegt. Bei den offenen Stellen wurde ein deutliches Plus von 20,3 % auf 35.064 Jobs verzeichnet. Die Arbeitslosenquote nach nationaler Berechnung ging um 0,5 Punkte auf 5,9 % zurück. Damit werde das Budgetdefizit im Bereich Arbeitsmarktpolitik um 350 Mio. Euro geringer ausfallen als budgetiert, so das Ministerium.

Zum vierten Mal hat Österreich die niedrigste Arbeitslosenrate in der EU. Laut August-Daten betrug die Quote 4,3 % (nach Eurostat). Erstmals hat Österreich auch die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa (Quote: 8,5 %).

Steirische Landtagswahl: SPÖ bleibt Nummer eins

Bei der steirischen Landtagswahl am 26. September konnte die SPÖ mit ihrem Spitzenkandidaten Landeshauptmann Franz Voves trotz Verlusten Platz eins verteidigen, Einbußen musste auch die zweitplatzierte ÖVP hinnehmen. Die FPÖ schaffte den Einzug in die Landesregierung.

Laut vorläufigem Endergebnis ergibt sich folgender Stimmenanteil: SPÖ: 38,3 % (-3,3), ÖVP: 37,2 % (-1,5), FPÖ: 10,7 % (+6,1), Grüne: 5,5 % (+0,7), KPÖ: 4,4 % (-2), BZÖ: 3 % (-1,3). Mandatsstand im Landtag: SPÖ: 23 (-2), ÖVP: 22 (-2), FPÖ: 6 (+6), Grüne: 3 (+/-0), KPÖ: 2 (-2). Sitze in der Landesregierung: SPÖ: 4, ÖVP: 4, FPÖ: 1

EUROPA INTERNATIONAL**Österreich gegen Laufzeitverlängerung deutscher AKW**

Die österreichische Bundesregierung hat sich am 28. September im Ministerrat gegen die Laufzeitverlängerung für deutsche Atomkraftwerke ausgesprochen und konkrete Forderungen erhoben: Neben umfassenden Informationen wünscht man auch die sicherheitstechnische Aufrüstung der deutschen Atommeiler. Wo es nicht möglich sei, Sicherheitsdefizite zu beheben, müssten die AKW geschlossen werden, explizit etwa das Kernkraftwerk "Isar-1" nahe der österreichischen Grenze, heißt es im entsprechenden Ministerratsvortrag. Erste Konsultationen mit Deutschland wird es voraussichtlich am 19. Oktober geben.

Die deutsche Bundesregierung hat ebenfalls am 28. September ein neues Energiekonzept beschlossen, wonach bis 2050 eine weitgehende Umstellung der Energieversorgung auf Ökostrom vorgesehen ist. In dem Papier inkludiert ist allerdings auch die umstrittene Laufzeitverlängerung für die deutschen AKW bis 2036. Damit bleiben die deutschen Atommeiler im Durchschnitt um 12 Jahre länger am Netz als ursprünglich vorgesehen.

Argumenten der Lobbyisten, die Atomkraft sei CO₂-neutral, hielt Bundeskanzler Werner Faymann nach der Regierungssitzung entgegen: „Das einzig wirklich Nachhaltige an der Atomenergie ist das nachhaltige Risiko.“ Für ihn sei es „nicht in Ordnung“, CO₂-Ziele nicht mit erneuerbarer Energie zu erreichen, betonte Faymann. Auch Umweltminister Nikolaus Berlakovich zeigte sich von Deutschlands Atompolitik enttäuscht und sprach von einem „Rückschlag“. Ihm gehe es um „maximale Sicherheit für Österreich“, so der Minister.

Faymann bei ASEM-Gipfel in Brüssel

Bundeskanzler Werner Faymann vertritt Österreich beim ASEM-Gipfel in Brüssel (4./5. Oktober). Die Staats- und Regierungsspitzen der EU und Asiens beraten über Klimaschutz und Folgen der Finanzkrise.

Alternativer Nobelpreis für Bischof Erwin Kräutler

Der in Österreich geborene und seit Jahrzehnten in Brasilien tätige Bischof Erwin Kräutler (71) ist einer der vier Preisträger des Alternativen Nobelpreises 2010. Wie die „Right Livelihood Award Foundation“ am 30. September bekannt gegeben hat, werde der Bischof der brasilianischen Diözese Xingu für seinen lebenslangen Einsatz zugunsten der Rechte indi-

gener Völker und für sein unermüdliches Engagement geehrt, „den Urwald des Amazonas vor der Zerstörung zu bewahren“.

Österreichs Staats- und Regierungsspitze reagierte mit einhelliger Freude: Die Verleihung des Alternativen-Nobelpreises möge für Kräutler „eine Ermutigung sein, seine Arbeit im Sinne von Menschenrechten und Umweltschutz konsequent fortzusetzen“, hieß es in einer Aussendung von Bundespräsident Heinz Fischer. Bundeskanzler Werner Faymann würdigte den Bischof mit den Worten: „Er hat durch seinen beharrlichen Einsatz Menschen eine Stimme gegeben, die von der Gesellschaft nur allzu leicht überhört werden“. Am Wirken des gebürtigen Vorarlbergers in Xingu sei zu erkennen, „wie bedeutsam der Einsatz eines Einzelnen sein kann, wenn es darum geht, für Verbesserungen der Menschenrechte und des Umweltschutzes einzutreten“.

Den Alternativen Nobelpreis 2010 (200.000 Euro) teilt sich Kräutler mit drei weiteren Preisträgern. Die Preisverleihung findet am 6. Dezember im Schwedischen Reichstag statt. Bisher haben zwei Österreicher diesen Preis erhalten. 1983 der Ökonom Leopold Kohr und 1986 der Zukunftsforscher Robert Jungk.

Bischof Kräutler, geprägt von der Befreiungstheologie, wird vor allem für seinen Einsatz für die massiv diskriminierten Indios, Kleinbauern und Landarbeiter Brasiliens geehrt. Seit 1981 ist er Bischof der Prälatur Xingu, mit 350.000 Quadratkilometern und 400.000 Einwohnern flächenmäßig größten Diözese Brasiliens. 1987 entging Kräutler nur knapp einem Mordanschlag. Er zählt zu den vehementesten Gegnern des Staudammprojekts Belo Monte.

Fischer und Spindelegger bei UNO in New York

Bundespräsident Heinz Fischer und Außenminister Michael Spindelegger haben sich beim jüngsten UNO-Gipfel zu den Millenniums-Entwicklungszielen (Kampf gegen Armut, Hunger, Krankheit und Gewalt) und bei der UNO-Vollversammlung in New York unter anderem für eine Stärkung der Rolle der Frauen in den Entwicklungsländern sowie deren stärkere Einbeziehung bei der Konfliktbeilegung ausgesprochen.

Anlässlich des jüdischen Laubhüttenfestes nahm Spindelegger am 25. September auch an einem Gottesdienst in der Park East Synagoge in Manhattan teil, wo er das Wort ergreifen durfte – eine außergewöhnliche Geste des aus Wien gebürtigen Rabbiners Arthur Schneier.

WIRTSCHAFT

Budget: Positiver Trend bei Steuern und Defizit

Der seit Jahresbeginn beobachtete positive Trend bei den Steuereinnahmen hat sich auch im Juli und August fortgesetzt. Laut aktuellen Zahlen aus dem Finanzministerium lagen die Staatseinnahmen in den ersten acht Monaten bei 41,34 Mrd. Euro bzw. um 4,7 % über dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Finanzminister Josef Pröll rechnet daher mit einem etwas geringeren Budgetdefizit, sieht allerdings keinen reduzierten Spardruck. Erwartet wird neuesten Schätzungen zufolge ein Defizit von 3,58 % des BIP, im April war man noch von 4,1 % ausgegangen. Problembereiche bleiben die Bundesländer.

Weiterhin besonders stark ist der Beitrag der Konsumenten zum Staatshaushalt: Die Umsatzsteuer hat inklusive August 18,67 Mrd. Euro eingebracht (plus 5,4 %). Überdurchschnittlich stiegen auch die Einkommenssteuer (plus 8,7 % auf 1,3 Mrd. Euro) und die Kapitalertragssteuer auf Dividenden (plus 6,3 % auf 887,8 Mio. Euro). Besonders deutlich zugelegt haben auch die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer auf Unternehmensgewinne (plus 17,4 % auf 2,36 Mrd. Euro).

Unter dem Durchschnitt lagen hingegen – wie schon bisher – die Einnahmen aus der Lohnsteuer (plus 0,3 % auf rund 13 Mrd. Euro). Einen markanten Rückgang gab es bei der Kapitalertragssteuer auf Zinsen (minus 16 % auf 410 Mio. Euro), die Tabaksteuer brachte 1 Mrd. Euro (plus 2,4 %), die Mineralölsteuer 2,3 Mrd. Euro (plus 3 %).

Nach wie vor rückläufig ist der Anteil der Länder und Gemeinden an den Steuereinnahmen des Bundes: Die Ertragsanteile beliefen sich in den ersten acht Monaten auf 12,6 Mrd. Euro (minus 3,9 %). Auch der EU-Beitrag fiel deutlich geringer aus (minus 9,6 % auf 1,57 Mrd. Euro). Der Anteil des Bundes an den gemeinsamen Steuereinnahmen stieg im Vergleich zur Vergleichsperiode 2009 hingegen um 11 % auf 24,65 Mrd. Euro.

Ecofin: Österreich für Finanztransaktionssteuer

Finanzminister Josef Pröll hat beim informellen Treffen der EU-Finanzminister (Ecofin) am 1. Oktober in Brüssel einen neuerlichen Vorstoß für die Finanztransaktionssteuer unternommen. Eine derartige Abgabe sei nach der Krise notwendig, so Prölls Begründung, wobei man „ganz bewusst“ die Frage offen gelassen

habe, ob diese Steuer ins EU-Budget oder in die nationalen Budgets fließen sollte.

Es gehe jedenfalls um die „Garantie für die Nettozahler, dass sie nicht noch stärker beansprucht werden, während sie zu Hause Sparpakete schnüren müssen“, erklärte der Finanzminister. Damit spielte Pröll auf die bevorstehenden heiklen Verhandlungen für das nächste EU-Rahmenbudget von 2014 bis 2020 an.

Nach dem österreichischen Vorschlag soll der Steuersatz einheitlich bei 0,01 % bis 0,05 % liegen. Betroffen wäre der Handel mit Aktien, Schuldverschreibungen und Derivaten. Weltweit umgelegt brächte das schon beim niedrigsten Steuersatz 200 bis 250 Mrd. Euro, rechnet die österreichische Bundesregierung. Für die EU ergäben sich 100 Mrd. Euro. Zum Vergleich: Der EU-Vorschlag für das Budget 2011 liegt bei 130,1 Mrd. Euro.

Klar ist, dass die Debatte über eine derartige (umstrittene) Steuer erst auf technischer Ebene geführt und auf ihre globale Machbarkeit geprüft werden muss.

Bundeskanzler Werner Faymann ortet in der EU wachsenden Zuspruch für eine weltweite Finanztransaktionssteuer und glaubt an die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens, wie er nach dem Ministerrat am 28. September erklärte, wo das entsprechende „Positionspapier“ der Bundesregierung abegesegnet worden war. Darin wird auch unterstrichen, dass Österreich primär eine „europäisch akkordierte Lösung zur EU-weiten Einführung“ anstrebe, andernfalls aber „zumindest auch eine europaweite Koordinierung allfälliger nationaler Finanztransaktionssteuern erreichen“ wolle.

Sommertourismus mit leichtem Plus

Die jüngsten Nächtigungszahlen würden belegen, dass der „Tourismus eine stabile Größe der österreichischen Wirtschaft ist und bleibt“, kommentierte der Obmann der Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft in der Wirtschaftskammer Österreich, Hans Schenner, die am 24. September präsentierte positive Bilanz der bisherigen Sommersaison.

Laut Statistik Austria ist die Zahl der Nächtigungen von Mai bis August um 1,1 % auf 46,58 Millionen gestiegen. Gut zwei Drittel davon entfielen auf ausländische Gäste. Das Plus bei Ausländern betrug 1,2 %, bei den Inländern 0,8 %.

Insgesamt lagen die Übernachtungen in den ersten acht Monaten 2010 mit 95,57 Millionen um 0,6 % höher als im Vorjahreszeitraum. Damit wurde das zweitbeste Ergebnis der vergangenen 10 Jahre erzielt.

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT**Medienstaatssekretär Ostermayer eröffnete Internet Summit Austria 2010**

„Das Internet ist Teil unseres Alltags geworden. Gleichzeitig kann die Entwicklung des Rechtsrahmens nicht in allen Bereichen mit den Neuen Medien Schritt halten, gerade wenn es um Fragen wie den Schutz persönlicher Daten oder das Recht auf Meinungsfreiheit geht“, so Medienstaatssekretär Josef Ostermayer bei der Eröffnung des Internet Summit Austria 2010 am 21. September. Die Konferenz in der Universität Wien – veranstaltet vom Verband der österreichischen Internet Service-Anbieter (ISPA) - war dem Thema „Internet: Chance und Gefahr für unsere Grundrechte“ gewidmet. Staatssekretär Ostermayer, auch zuständig für E-Government in Österreich, wies in seiner Rede auf die veränderte Mediennutzung hin. „Die Neuen Medien haben Zeitungen, Fernsehen und Radio nicht verdrängt, sondern die Dauer der täglichen Mediennutzung verlängert. In den letzten zehn Jahren ist der tägliche Medienkonsum von 6,5 auf acht Stunden am Tag gestiegen“. Dieser Anstieg sei auch bei den Angeboten der elektronischen Verwaltung zu beobachten. „Das Informationsportal HELP.GV.AT erreicht mit über 600.000 Zugriffen monatliche Rekordwerte, eine Steigerung zum Vorjahr um mehr als zwanzig Prozent“, so der Staatssekretär. Um all diese Anfragen zu bewältigen, würde man umgerechnet 100 Amtsschalter benötigen, die zwei Monate lang rund um die Uhr geöffnet sein müssten.

Ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung sei die Überwindung der „digitalen Kluft“. Ostermayer: „Ein funktionierender Internetzugang muss für alle Menschen in Österreich möglich sein. Daher arbeitet die Regierung an einem flächendeckenden Infrastrukturausbau“. Die Frequenzen, die im Zuge der Umstellung auf digitales Fernsehen frei geworden sind, könnten dafür genutzt werden. „Wie angekündigt, wird die Ausschreibung der Digitalen Dividende für eine mobile Breitband-Nutzung Anfang 2012 vorgenommen“.

Um auf die rasante Entwicklung in den Neuen Medien besser reagieren zu können, habe die Regierung nun das Kompetenzzentrum "Internetgesellschaft" ins Leben gerufen. "Das Kompetenzzentrum wird dem Ministerrat alle sechs Monate einen Prioritätenkatalog zu den wichtigsten Maßnahmen in der Kommunikations- und Informationspolitik vorlegen", so der Staatssekretär. Der erste Maßnahmenkatalog sei im Jänner 2011 zu erwarten.

„Wenn es um die Wahrung der Grundrechte im Internet geht, wenn es um die Eindämmung von Kinderpornografie, Verhetzung oder eine Umgehung des Verbotsgesetzes geht, dann stoßen wir oft an die Grenzen der nationalen Gesetzgebung“, so Ostermayer mit Verweis auf die Verlagerung von Servern ins Ausland. „Wir brauchen also auch internationale Antworten auf diese Fragen“. Da eine weltweite Zusammenarbeit erst im Entstehen sei, seien entsprechende Veranstaltungen ein wichtiger Beitrag, um praktikable Lösungen zu finden. „Wir brauchen eine ausgewogene Balance zwischen einem regulierenden Rechtsrahmen und dem Anspruch auf Meinungsfreiheit in einer gesunden Demokratie“, so Staatssekretär Ostermayer abschließend.

Pressefreiheit: Faymann, Ostermayer, Bandion-Ortner begrüßen Enquete-Idee

Bundeskanzler Werner Faymann und Medienstaatssekretär Josef Ostermayer haben am 21. September das Ansinnen, auf breiter Basis über Redaktionsgeheimnis und Medienrecht zu diskutieren, begrüßt. "Hier steht die Frage der Pressefreiheit und der praktischen journalistischen Arbeit auf dem Prüfstand", sagte Faymann nach dem Ministerrat im Hinblick auf den entsprechenden Vorschlag von Justizministerin Claudia Bandion-Ortner.

Ostermayer verwies darauf, dass er von Anfang an gefordert habe, dass alle Akteure zum Thema Pressefreiheit und Redaktionsgeheimnis zu Wort kommen sollten. „Ich finde den Vorschlag gut“. Der aktuelle Beschluss des Oberlandesgerichts (OLG) bezüglich der Herausgabe von ORF-Filmmaterial der Reportage-Reihe „Am Schauplatz“ habe gezeigt, dass man in der Frage des Redaktionsgeheimnisses eine allfällige Präzisierung diskutieren müsse. Auch Faymann meinte, man müsse „zurecht die Frage stellen, wie stark das Redaktionsgeheimnis ist“. Justizministerin Claudia Bandion-Ortner forderte ergänzend am 28. September eine breite Diskussion, etwa in Form einer Enquete, über Pressefreiheit und Medienrecht, auch mit ausländischen Experten.

Michael Ogris wurde Vorsitzender der neuen unabhängigen Medienbehörde

Der bisherige Chef der KommAustria, Michael Ogris, wurde Vorsitzender der neuen unabhängigen Medienbehörde. Zu seinem Stellvertreter wurde Florian Philapitsch ernannt, der schon die Stelle eines Vizechefs der KommAustria innehatte. Der entsprechende Vorschlag der Bundesregierung wurde im Hauptausschuss

des Nationalrats am 22. September einstimmig genehmigt.

Neben der Neubestellung der Leitung erfolgte die Ernennung von den drei weiteren Mitgliedern des fünfköpfigen Gremiums. Die Wahl fiel auf Susanne Lackner, Martina Hohensinn und Michael Truppe. Hohensinn und Truppe waren beide in der Abteilung Medienangelegenheiten, Koordinierung der Informationsgesellschaft, Parteien- und Parteienakademieförderung im Verfassungsdienst des Bundeskanzleramts tätig. Susanne Lackner ist Beraterin für Medien- und Telekommunikationsrecht und verfügt über umfangreiche Erfahrungen im österreichischen und europäischen Medienrecht.

Die Neukonstruktion der KommAustria trat mit 1. Oktober in Kraft. Damit wurde die KommAustria zu einer unabhängigen Medienbehörde nach europäischen Standards. Das Gesetz stellt auch sicher, dass der Nationalrat in die Bestellung der Mitglieder eingebunden wird. Gleichzeitig wurden mit der Gesetzesänderung zur Sicherstellung der Unabhängigkeit der Behördenmitglieder die Unvereinbarkeitsbestimmungen ausgeweitet. So wird zum Beispiel ein direkter Wechsel vom ORF und anderen Medienunternehmen in die Behörde ausgeschlossen.

Österreichisches Kulturforum New York: Ausstellung zu Balkan-Konflikt

Wie reagieren Künstler nach 20 Jahren Nationalismus, Krieg und Rassismus im Balkan-Konflikt? Welche persönlichen und kollektiven Strategien können sie empfehlen? Das sind die Themen der Ausstellung „Serbien - Häufig gestellte Fragen“, die am 22. September im Österreichischen Kulturforum in New York eröffnet wurde. Die gemeinsam mit dem Belgrader Museum für zeitgenössische Kunst finanzierte Ausstellung umfasst Werke von 18 Künstlern aus dem gesamten Raum des ehemaligen Jugoslawien, darunter von vielen serbischen. Aber auch Künstler aus England, Holland, Deutschland und den USA sind dabei – „die Superstars der Kunstszene, die sich von dem Jugoslawien-Konflikt betroffen fühlen“, so Kulturforum-Leiter Andreas Stadler. Er kuratiert die Ausstellung gemeinsam mit dem Kunsthistoriker Branislav Dimitrijević.

Ursprünglich sollten der österreichische Außenminister Michael Spindelegger und Serbiens Staatspräsident Boris Tadić die Ausstellung eröffnen. Wegen Termenschwierigkeiten im Zusammenhang mit dem bei den Vereinten Nationen stattfindenden Gipfel mussten jedoch beide im letzten Moment absagen. Spindeleg-

ger war nur wenige Stunden vor der Eröffnung in New York angekommen, um an der UN-Generalversammlung teilzunehmen.

Der Titel „Serbia - Frequently Asked Questions“ spielt auf Unsicherheiten an, die Menschen heute gegenüber Serbien empfinden. Die KünstlerInnen hinterfragen vor allem nationale Stereotypen. Zu sehen sind unter anderem Werke der in Rotterdam lebenden serbischen Video-Künstlerin Katarina Zdjelar, die sich mit kulturellen Stereotypen, Interferenzen und Barrieren zwischen ethnischem Nationalismus und transkultureller Globalisierung befasst.

Stadler bezeichnete im Gespräch mit der APA die Ausstellung als die größte Schau zur Thematik Serbien und Ex-Jugoslawien, die im letzten Jahrzehnt stattgefunden hätte und auch in den nächsten Jahrzehnten stattfinden werde. Parallel zu dem Ereignis im Austria Cultural Forum organisieren namhafte New Yorker Kultureinrichtungen wie das Museum of Modern Art, die New Yorker Stadtbibliothek und die Columbia University über drei Monate ein Festival, das sich ebenfalls mit den Lehren aus dem Jugoslawienkonflikt beschäftigt, im Besonderen auch mit dem serbischen Nationalmythos.

Warum findet die Ausstellung im Österreichischen Kulturforum statt? „Der Jugoslawienkonflikt hat Österreich schon allein wegen der vielen Flüchtlinge wie kein anderes Land berührt. Daraus entstanden außen- wie innenpolitische Probleme“ erläutert Stadler. Finanzielle Unterstützung kommt auch von der Open Society (Soros) Foundation und einer Reihe europäischer Kulturinstitutionen. Die Ausstellung in der East 52nd Street 11 in Manhattan läuft noch bis 9. Jänner 2011. www.acfny.org

Palais Porcia: „In guter Verfassung“ – 90 Jahre Bundes-Verfassungsgesetz

Bis 12. November (ausgenommen 1.11.) ist im Palais Porcia (Herrengasse 23, 1010 Wien) eine von Bundeskanzleramt und Österreichischem Staatsarchiv konzipierte Ausstellung anlässlich des 90-jährigen Verfassungsjubiläums zu sehen: „In guter Verfassung“.

Die Ausstellung eröffnete Staatssekretär Ostermayer, der u.a. Barbara Prammer, die Präsidentin des Nationalrates begrüßte.

Verfassungsreformen gab es in der österreichischen Geschichte öfters. Die Gründerväter des republikanischen Österreich – es waren damals nur Männer – konnten teilweise auf Vorbildern der Monarchie aufbauen, doch entstand mit dem neuen Staat 1918/19 etwas qualitativ Neues: Am 30. Oktober 1918 fasste die Provisorische Nationalversammlung den Beschluss

über die grundlegenden Einrichtungen der Staatsgewalt, um dem Weg zur Republik zu bahnen. Sie wurde am 12. November ausgerufen. Verschiedene Entwürfe wurden diskutiert, Vorbilder aus anderen Staaten (Schweiz, USA) analysiert, bis es am 1. Oktober 1920 zum Beschluss des Bundes-Verfassungsgesetzes (B-VG) kam. Es war ein Kompromiss der stärksten Parteien, den Sozialdemokraten und den Christlichsozialen.

In der Ersten Republik (1918-1938) wurden mehrere Ergänzungen vorgenommen, wobei die Reform 1929 die wesentlichste Änderung darstellt: dem Bundespräsidenten wurde die Ernennung der Regierung übertragen, er erhielt das Recht, den Nationalrat aufzulösen und unter Kontrolle des Parlaments Notverordnungen zu erlassen. Diese Fassung des B-VG ist im Kern heute noch gültig, nachdem sie 1933 durch den Ständestaat außer Kraft gesetzt war und die Selbständigkeit Österreichs mit dem „Anschluss“ 1938 an das nationalsozialistische Deutsche Reich verschwunden war.

Nach Wiedererrichtung der (nun Zweiten) Republik Österreich am 27. April 1945 setzte man das B-VG in der Fassung 1929 – mit allen Änderungen bis 1933 – wieder in Kraft. Seither kommt es immer wieder zu weiteren Änderungen des B-VG, reflektiert diese doch auch das dynamische Staatsleben.

Die sehr informative Schau zeigt Eckpunkte der Entwicklung der letzten 90 Jahre und schildert die Leistungen wesentlicher Protagonisten (Politiker, Rechtsgelehrte, etc.) anhand von (Original-)Dokumenten, Faksimiles, Bildern, Büsten, etc., die anschaulich den Hintergrund der Verfassung verdeutlichen.

Darüber hinaus bietet die Ausstellung in Kooperation mit der Demokratiewerkstatt des Parlaments Workshops an, die die Eindrücke vertiefen sollen.

In ihrer Konzeption ist die Schau besonders auch auf SchülerInnen und Lehrlinge bezogen. Bundeskanzleramt und Staatsarchiv möchten möglichst viele junge Menschen für diese Ausstellung begeistern. Mo-Fr, 10-16 Uhr, keine Voranmeldung, freier Eintritt.

Bundespressediens präsentiert „Seitenweise“ die vielen Seiten des Buches

Am 30. September wurde im Bundeskanzleramt eine neue Edition des Bundespressediens gefeiert: „Seitenweise – Was das Buch ist“, herausgegeben von Thomas Eder, Samo Kobenter und Peter Plener, in Kooperation mit „edition atelier“ (ISBN 978-3-902498-33-5, 29,90 €). 34 Autorinnen und Autoren – allesamt Bücherwürmer – widmen sich auf 480

Seiten ihrer Sichtweise des Buches, seiner faszinierenden Geschichte (Plener), seinen Geschichten und seinen Veränderungen bis zur Digitalisierung (Manfred Moser, Gerhard Ruiss). Berührend jene Schilderungen von fernen Tagen, wo Bücher den Weg aus oft beengten Verhältnissen ins Freie bahnten, wo Kinder sich mit literarischen Vorbildern identifizierten und sich mit ihnen aufbäumten - etwa Eva Pfisterer mit David Copperfield oder Samo Kobenter mit Pinocchio.

Oft ist von Buchbesessenheit die Rede: David Axmann verweist auf den deutschen protestantischen Theologen Johann Georg Tinius (1764-1846), der - bibliomanisch – zehntausende Bücher gehortet haben soll und angeblich sogar Morde beging, um seiner Leidenschaft fröhnen zu können.

Etliche der Beiträge sind von hochrangigen Fachleuten verfasst – so von der Generaldirektorin der Österreichischen Nationalbibliothek, Johanna Rachinger, vom Literaturwissenschaftler Thomas Eder, seit 2009 Fachreferent für das Publikationswesen im Bundespressediens. Er beschäftigt sich mit phänomenalen Aspekten des Lesens. Der Generaldirektor des Österreichischen Staatsarchivs, Lorenz Mikoletzky, beschreibt die Problematik „Archiv und Bibliothek“ und berichtet auch die Schnurre, die er von der Frau eines langjährigen israelischen Botschafters hörte. Nach dem Besuch bei ihrem damaligen Verlobten habe sie fast weinend ihrer Mutter erzählt, dieser horte unendlich viele Bücher zu Hause. Die Dame sagte weise: „Es ist besser er hat Bücher, als er hat Weiber“. (soll sich ja trotzdem nicht ausschließen, Anm. d. Red.).

Die Buchpräsentation moderierte souverän Daniela Strigl, die sich in ihrem Beitrag den „Vergessenen Büchern“ widmet. Poet Bodo Hell rappte humorvoll die unendlich vielen Ausformungen des Buches. Präsidialchef Manfred Matzka, Motor einer bürgernahen elektronischen Verwaltung und Buchautor von „Vier Herren Häuser“ über Wiener Palais und einem feinen Buch über Istrien, half dem satz- und drucktechnisch glänzend zur Welt gekommenen Baby noch auf die Beine und ließ in fein pointierter Rede seine Sympathie für das altmodisch „haptische Erlebnis des Buches“ erkennen, das hoffentlich eine Reihe begründen könnte, die ihren Ausgang vor zwei Jahren genommen hatte, als zur Zeit der EURO das originelle Fußball-Buch „Seitenwechsel“ erschien (ISBN 978-3-901983-82-5). Erstaunlich, zu welcher Kreativität unser Pressediens fähig ist, lässt sich der enge Knoten ein wenig lockern.

SPORTPOLITIK

Wien: Hunderttausende Menschen besuchten „Tag des Sports“

Der Heldenplatz hatte seine „Sporthelden“, und diese wiederum wurden von 400.000 BesucherInnen gefeiert. Die 10. Auflage des „Tag des Sports“ am 25. September war mit zehn Stunden Show und Action wieder ein Fest des österreichischen Sports, wie es glanzvoller nicht hätte ausfallen können.

„Die Begeisterung von SportlerInnen und BesucherInnen gleichermaßen ist ein beeindruckender Beweis, welchen gewaltigen Stellenwert Sport und sportliche Bewegung in unserer Gesellschaft einnehmen“, freute sich Sportminister Norbert Darabos. „Die Vielfalt des österreichischen Sports und seiner Angebote wächst von Jahr zu Jahr, und es ist toll mitzuerleben, wie dieses Angebot von Verbänden, Aktiven und Partnern umgesetzt und von den BesucherInnen angenommen wird“.

11 OlympiasiegerInnen, 24 WeltmeisterInnen, dazu 54 EuropameisterInnen und drei siegreiche EM-Herrentteams (American Football, Hockey, Faustball) befanden sich unter jenen rund 380 SportlerInnen, die auf der Ehrungsbühne ausgezeichnet und bei den Autogrammständen von tausenden Fans umlagert wurden.

„Für uns ist der Tag des Sports ein willkommener Fixpunkt mit einmaliger Atmosphäre, um Kontakt zu unseren Fans zu haben“, betonte Skisprung-Olympiasieger Andi Kofler im Namen der Sportstars.

Eines der zahlreichen Highlights dieses Events war die „Magic Moments“-Arena. Auf einem Hindernisparcours traten Schüler gegen Weltklassemportler an. Darüber hinaus wurde auch die von der Post bereitgestellte Sonderbriefmarke vorgestellt. Diese wird heuer in einer ersten Auflage von 160.000 Stück von den Rodel-Doppel-Olympiasiegern Andreas und Wolfgang Linger geziert.

Auf der Ehrungs- sowie auf den beiden Showbühnen wurden die meisten der Sportarten von den Aktiven präsentiert.

Zudem stand diesmal auch Volleyball mit der an Österreich und Tschechien vergebenen EM 2011 im Mittelpunkt. Auch andere Veranstaltungen warfen bereits ihre Schatten voraus: Weltmeisterschaften gibt es im Laufe der nächsten zwölf Monate in Österreich im Kegeln, Naturbahnrodeln, American Football und im Faustball, eine weitere EM im Mountainbike-Marathon.

Für die musikalischen Showacts sorgten Entertainer Roberto Blanco und die „3 Extremen“. Roberto Blanco war, so wie auch Gary Howard

von den Flying Pickets, schon am Vorabend in der Wiener Hofburg, bei der 7. Auflage von „Una Notte sportiva“, dabei. Auch dort gab es zahlreiche Ehrungen, etwa für die Brüder Linger und „Goleador“ Hans Krankl.

Europameisterschaften: Österreich brillierte im Tischtennis und Wettklettern

Auch im September ging der Höhenflug österreichischer SportlerInnen in den verschiedensten Sportarten ungebremst weiter. Bei der Heim-EM im Wettklettern in Tirol gab es insgesamt zweimal Gold, einmal Silber und zweimal Bronze. Angela Eiter und Johanna Ernst sorgten im Vorstieg-Bewerb für einen österreichischen Doppelsieg. Jakob Schubert belegte bei den Herren den dritten Platz. Anna Stöhr errang beim Bouldern vor 5000 begeisterten Zuschauern die Goldmedaille, Kilian Fischhuber gewann bei den Herren Bronze.

Auch bei der Tischtennis-EM in Ostrau gab es für Österreich Grund zum Jubeln. Werner Schlager gewann im Herren-Einzel Bronze und damit schon seine 17. EM-Medaille, die Heeresportlerin Liu Jia schaffte es sogar ins Finale und holte sich die Silbermedaille.

Sportminister Darabos: „Es vergeht momentan kein Wochenende, an dem es nicht mehrfachen Grund zum Jubeln gibt, und das in den verschiedensten Sportarten. Ich gratuliere allen MedaillengewinnerInnen, die abermals bewiesen haben, dass das Sportland Österreich mittlerweile auch bei einer Vielzahl von Sommersportarten zur internationalen Spitze gehört“, so Darabos.

Darabos: Dank an Mirna Jukic für ihre Leistungen und ihre Ausstrahlung

Mit insgesamt 22 Medaillen bei Großereignissen ist mit der Schwimmerin Mirna Jukic, 24, im September eine der erfolgreichsten Sportlerinnen Österreichs zurückgetreten. „Ihre Erfolge waren nicht nur für sie persönlich und für den heimischen Sport wertvoll, sondern sind auch ein wesentlicher Motor für den Österreichischen Schwimmboom. Sie ist und bleibt ein strahlendes Vorbild für unseren Nachwuchs“, bilanziert Sportminister Norbert Darabos über die aus Kroatien stammende Ausnahmeathletin. Neben ihren vielen Medaillen wurde Mirna Jukic auch dreimal als Sportlerin des Jahres in Österreich ausgezeichnet.

„Mirna wird uns als Athletin fehlen. Ich hoffe aber, dass sie dem heimischen Sport in anderer Funktion auch in Zukunft erhalten bleibt. Ich bedanke mich für ihren Einsatz und wünsche ihr alles Gute für ihren weiteren Lebensweg“, so Darabos.

INFORMATIONEN AUS ÖSTERREICH

Redaktionsschluss: 18. Oktober 2010

Nr. 20/10

INNENPOLITIK

Wien-Wahl 2010: SPÖ bleibt Nummer 1, keine absolute Mehrheit
Kärnten: 90 Jahre Volksabstimmung
Innenministerin Fekter: Zukunftsstrategie für mehr Sicherheit

EUROPA INTERNATIONAL

Sondertreffen zu deutscher AKW-Laufzeitverlängerung
Außenminister Spindelegger besuchte die Türkei
Spindelegger zu Besuch in Zagreb
EU einig über höhere Lkw-Mauten

WIRTSCHAFT

Neue Regeln für Banker-Boni
Mit „Masterplan“ 100.000 „green jobs“ mehr bis 2020
Sparbuch beliebteste Anlageform in Österreich
OMV errichtet Kombi-Gaskraftwerk in der Türkei

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT

50 Jahre Viennale
Chinas Wissenschaftsminister Wan Gang zu Besuch in Wien
EXPO Shanghai: BMVIT, AIT und WKO präsentierten Austria Tec Week China
Kindern eine Stimme geben - Ausstellung in Wien über Janusz Korczak
Salam.Orient 2010 – Interkulturelles Festival von Minnesang bis Future Pop

SPORTPOLITIK

Alarmierende Studie von IMSB Austria: Schon fast jedes zweite Kind ist zu dick
„Lass Dich nicht versteinern!“: Neue Kampagne ruft zu mehr Bewegung auf

IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressedienst. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz, Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/3, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958, Fax ++43/1/53109-2958, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; <http://www.bundestkanzleramt.at>;
Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet. Herausgegeben vom Bundespressedienst-Wien.

INNENPOLITIK**Wien-Wahl 2010: SPÖ bleibt Nummer 1, keine absolute Mehrheit**

Die SPÖ (Sozialdemokratische Partei Österreichs) wurde bei den Wiener Gemeinderatswahlen am 10. Oktober zwar wieder deutlich stimmenstärkste Partei, hat aber ihre absolute Mehrheit verloren und braucht nun einen Koalitionspartner. Die Sozialdemokraten unter Bürgermeister (und Landeshauptmann) Michael Häupl kamen auf 44,55 %, was ein Minus von 4,54 Prozentpunkten bedeutet. Dramatische Verluste gab es für die ÖVP (Österreichische Volkspartei) mit Spitzenkandidatin Christine Marek: Sie stürzte um 4,93 % auf einen historischen Tiefststand von 13,84 % ab. Eigentlicher Wahlsieger ist die FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs), die mit Spitzenkandidat Heinz-Christian Strache das Ergebnis der letzten Wien-Wahl (2005) auf 26,18 % (+11,35 %) fast verdoppeln konnte.

Die Grünen halten derzeit bei 12,19 %, ein geringes Minus von 2,44 %. Das BZÖ (Bündnis Zukunft Österreich) wird mit 1,33 % (+0,18 %) nicht im Gemeinderat (bzw. Landtag) vertreten sein.

Die Sitzverteilung im Landtag: SPÖ 49 (-6), FPÖ 27 (+14), ÖVP 13 (-5), Grüne 11 (-3). Bei sämtlichen Angaben handelt es sich um ein vorläufiges Ergebnis inklusive einer ersten Auswertung der rund 160.000 Briefwahlstimmen (Stand: 12. Oktober), das offizielle Endergebnis einschließlich aller Briefwahl-Stimmzettel liegt am 19. Oktober vor. Wahlberechtigt waren bei der Gemeinderatswahl rund 1,2 Millionen Menschen, die Wahlbeteiligung lag bei rund 64 %. (Ergebnisse der Bezirksvertretungswahlen siehe: www.wien.gv.at)

Sowohl SPÖ als auch ÖVP haben vor allem in ihren jeweiligen Hochburgen verloren. Bürgermeister Häupl hat noch am Wahlabend eine Koalition mit der FPÖ abgelehnt. Vieraugen-Gespräche mit ÖVP und Grünen über die Rahmenbedingungen für die kommenden Koalitionsverhandlungen wurden inzwischen aufgenommen. Mit Straches FPÖ sollen lediglich Möglichkeiten einer Kooperation auf reiner Sachebene sondiert werden.

Geplant ist eine generelle Reform der Briefwahl, um Missbrauch künftig auszuschließen.

Kärnten: 90 Jahre Volksabstimmung

Höhepunkt der zahlreichen Feiern zum 90. Jahrestag der Kärntner Volksabstimmung von 1920 war der große Festumzug in Klagenfurt am 10. Oktober. Teilgenommen haben rund 16.000 Menschen aus allen Kärntner

Landesteilen und vielen Nachbarregionen. Unter den Ehrengästen waren Bundespräsident Heinz Fischer und Bundeskanzler Werner Faymann. Beide wie auch Kärntens Landeshauptmann Gerhard Dörfler bekräftigten, bis 2012 eine Lösung der Ortstafel-Frage erarbeiten zu wollen.

„Die Zeit ist reif – Cas je zrei“, betonte Fischer in beiden Kärntner Landessprachen und mahnte alle Beteiligten zu verantwortungsvollem Handeln, „um diese Reifeprüfung der Geschichte zu bestehen“. Fischer forderte „Mut zur Zukunft“.

Auch Bundeskanzler Faymann äußerte „berechtigte Hoffnung“ auf eine Lösung der Ortstafel-Frage bis 2012. Er erinnerte daran, dass im Jahr 1920 rund 60 % der Wahlberechtigten in Kärnten für einen Verbleib bei Österreich gestimmt hätten, darunter auch viele Sloweninnen und Slowenen. Überzeugungskraft und die Stimme der Vernunft seien am Ende erfolgreich gewesen.

Jüngste Gespräche gäben nun Hoffnung, „die fast unendliche Geschichte“ der zweisprachigen Ortstafeln bis 2012 einem Ergebnis zuführen zu können und „damit die Verpflichtung aus dem Staatsvertrag 1955 in breitem Konsens erfüllen zu können“, erklärte Faymann.

Innenministerin Fekter: Zukunftsstrategie für mehr Sicherheit

Innenministerin Maria Fekter präsentierte am 13. Oktober bei einem Kongress im Design Center Linz vor 1.700 Führungskräften der Exekutive die neue Zukunftsstrategie für mehr Sicherheit in Österreich. Einer der Schwerpunkte in dem 100 Seiten starken Strategiepapier „Innen.Sicher“ ist das Thema Integration, wozu Fekter neben konsequentem Durchgreifen im Fremdenrecht einen Katalog mit Integrationskennzahlen sowie institutionalisierte Migrationsforschung ankündigte.

Die neue Strategie verfolge drei Ziele: Stärkung des sozialen Friedens, mehr Kompetenz und Motivation der Mitarbeitenden und leistungsfördernde Organisation, erläuterte Fekter. Basis seien 57 konkrete Projekte für ziel- und wirkungsorientiertes Arbeiten. Neben dem Kampf gegen Asylmissbrauch und Schlepperei („effizientere Einreisekontrollen“, „konsequentere Außerlandesbringungen“, bessere Fremdenrechts-Ausbildung der PolizistInnen) sollen integrationsfördernde Maßnahmen (darunter deutsche Sprachkenntnisse) forciert werden. Weitere zentrale Elemente: mehr Bürgernähe und (Kriminalitäts- sowie Gewalt-) Prävention.

EUROPA INTERNATIONAL

Sondertreffen zu deutscher AKW-Laufzeitverlängerung

Vertreter Österreichs und Deutschlands treffen am 19. Oktober in Bonn zu Gesprächen über die Laufzeitverlängerung deutscher Atomkraftwerke (AKW) zusammen. Rahmen für das Expertentreffen ist das bilaterale „Nuklearinformationsabkommen“. Der österreichische Umweltminister Nikolaus Berlakovich habe dieses Sondertreffen urgiert, verlautet dazu aus dem Umweltministerium.

Berlakovich hatte sich bereits beim Ministerrat am 28. September von der deutschen Atompolitik enttäuscht gezeigt und von einem „Rückschlag“ gesprochen. Bei dem Treffen am 19. Oktober werde Deutschland „zu erklären haben“, welche Auswirkungen sich für Österreich ergäben, hieß es in dem entsprechenden Ministerratsvortrag.

Laut Umweltministerium setzt sich Berlakovich für eine Energieunabhängigkeit Österreichs ein, wobei der Anteil erneuerbarer Energien möglichst hoch sein soll. Die österreichische Bundesregierung hat sich gegen die AKW-Laufzeitverlängerung in Deutschland ausgesprochen und unter anderem die Schließung des Kernkraftwerks Isar-1 nahe der österreichischen Grenze gefordert, sofern „nicht alle Sicherheitsdefizite ausreichend behoben werden“, wie es in dem Ministerratspapier heißt.

Außenminister Spindelegger besuchte die Türkei

Außenminister Michael Spindelegger absolvierte vom 6. bis 8. Oktober einen Arbeitsbesuch in der Türkei. Eines der zentralen Themen waren die österreichisch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen. In der nordtürkischen Stadt Samsun erfolgte der Spatenstich für ein 600 Mio. Euro teures OMV-Gaskraftwerk (siehe Wirtschaft). Eröffnet wurden dort auch ein österreichisches Honorarkonsulat und eine Österreich-Bibliothek an der Universität.

In Istanbul und Ankara führte Spindelegger Gespräche mit dem türkischen Präsidenten Abdullah Gül sowie mit Premier Recep Tayyip Erdogan und Außenminister Ahmet Davutoglu. Dabei sprach sich Spindelegger für eine pragmatische Kooperation zwischen der Türkei und der Europäischen Union aus, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft und Sicherheitspolitik. Zugleich bekannte sich der österreichische Außenminister zu den EU-Beitrittsverhandlungen mit Ankara. Österreich unterstütze diese, betonte Spindelegger: Der Verhandlungsprozess sei wichtig, weil die Türkei dabei

europäische Standards zu erfüllen habe. „Rauskommen“ müsse man hingegen aus der ständigen Debatte über den EU-Vollbeitritt der Türkei. Das werde erst zum Schluss entschieden und niemand könne heute abschätzen, „was in zehn oder fünfzehn Jahren sein wird“, verwies Spindelegger auf die Ergebnisoffenheit der Beitrittsgespräche.

Mit Amtskollegen Davutoglu erörterte Spindelegger unter anderem den sensiblen Bereich der Integration von Türken in Wien. In diesem Zusammenhang lud der Minister zu einer Integrationskonferenz unter Teilnahme Deutschlands, die Anfang 2011 in Wien stattfinden soll. Davutoglu appellierte an Türken, die in Österreich leben, Deutsch zu lernen und sich an geltende Gesetze zu halten.

Spindelegger zu Besuch in Zagreb

Kroatiens EU-Beitritt und die wirtschaftliche Kooperation zwischen Kroatien und Österreich standen im Mittelpunkt der Gespräche zwischen Außenminister Michael Spindelegger und dem kroatischen Außenminister Gordan Jandrokovic am 13. Oktober in Zagreb. Beide Seiten betonten die ausgezeichneten freundschaftlichen Beziehungen. Spindelegger zeigte sich zuversichtlich, dass Kroatien das Verhandlungskapitel Justiz, bei dem vor allem die Korruptionsbekämpfung ausschlaggebend sei, „rechtzeitig schließen“ werde. Man befinde sich in einer „entscheidenden Phase“, um Kroatien in die EU zu führen.

EU einig über höhere Lkw-Mauten

Lastwagen sollen in Europa künftig auch für Lärm und Umweltschäden zahlen. Die EU-Verkehrsminister haben sich am 15. Oktober in Luxemburg auf mögliche höhere Lkw-Mauten geeinigt. Die „Eurovignetten“-Richtlinie (Wegkosten-Richtlinie) sieht erstmals vor, dass Lkw ab 12 Tonnen auf europäischen Autobahnen für Lärm, Schadstoffe und Staukosten Aufschläge bezahlen müssen. Den Staaten steht frei, davon Gebrauch zu machen und auch Fahrzeuge ab 3,5 Tonnen einzubeziehen. Zustimmung muss noch das EU-Parlament. Ermöglicht wurde der Kompromiss durch längere Ausnahmen für besonders schadstoffarme Lkw der Euro-Klassen 5 und 6 bis 2013 bzw. 2017. Verkehrsministerin Doris Bures hofft noch auf Nachbesserungen durch das EU-Parlament. Die heutige Entscheidung bedeute jedoch einen Schritt zu Kostenwahrheit und Verursacherprinzip, wofür Österreich jahrelang gekämpft habe, unterstrich Bures.

WIRTSCHAFT

Neue Regeln für Banker-Boni

Der Ministerrat hat am 12. Oktober das neue Bonus-Modell für Bank-Manager in Österreich beschlossen. Kernpunkt der Neuregelung ist, dass künftig maximal 60 % der Zusatz-Bonifikation sofort ausgeschüttet werden dürfen. Der Rest fließt erst nach fünf Jahren und nur dann, wenn sich das Finanzinstitut die Boni leisten kann und sich die Erfolge der Bank-Manager bestätigt haben.

Finanzminister Josef Pröll zeigte sich nach dem Ministerrat über die Umsetzung der EU-Richtlinie erfreut. Boni würden in Zukunft nur noch zur Gänze gewährt, wenn es nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg gebe und nicht, wenn mit hohem Risiko kurzfristige Gewinne erzielt würden, betonte Pröll.

Mit „Masterplan“ 100.000 „green jobs“ mehr bis 2020

Bereits 185.000 Österreicherinnen und Österreicher arbeiten derzeit im Bereich Umwelt- und Klimaschutz. Bis 2020 sollen 100.000 weitere „green jobs“ dazukommen, kündigte Umweltminister Nikolaus Berlakovich an. Zu diesem Zweck präsentierte er am 7. Oktober gemeinsam mit Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl den „Masterplan green jobs“, der die Initialzündung für eine Allianz aller Ministerien, Länder und Interessengruppen geben soll. Diese sind eingeladen, aktiv und konsequent für das Wachstum Österreichs zusammenzuarbeiten und die hohen heimischen Potenziale auszuschöpfen.

Rund 35.000 neue Jobs sollen im Bereich thermische Sanierung geschaffen werden. Ziel sei es, hier die Sanierungsrate bis 2020 von derzeit 1 % auf 3 % anzuheben. Damit wären rund 700.000 Wohnungen saniert. Am Arbeitsmarkt würden dadurch etwa 30.000 Vollzeitjobs geschaffen bzw. gesichert. Dazu kommen rund 5.000 Arbeitsplätze, die durch die Umstellung von Heizanlagen entstehen, erläuterte Berlakovich.

Mit einem jährlichen Zusatzfördervolumen von 300 Mio. Euro – 100 Mio. Euro vom Bund, 200 Mio. Euro von den Ländern – werde ein Investitionsvolumen von 2 Mrd. Euro ausgelöst, ergänzte WKÖ-Chef Leitl.

„Green Technology“ sei ein wichtiges Zukunftsthema für jene heimischen Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stünden. Daher sei es notwendig, die Prämie für Forschung und Entwicklung (F&E) von aktuell 8 auf 12 % anzuheben, forderte Leitl.

Weitere 6.000 „green jobs“ sollen laut Masterplan durch die Erhöhung der Exportquote entstehen. Die steigende Nachfrage nach Öko-Angeboten im Tourismus würde rund 13.500 Arbeitsplätze bringen, forcierte Nutzung der forstlichen Biomasse weitere 6.500 Jobs. Vom Ausbau und der Angebotsverbesserung des öffentlichen Verkehrs erwartet sich der Umweltminister 15.000 Jobs, von Investitionen in Energiesysteme, etwa als Basis für die E-Mobilität (Elektroautos) 20.000 neue Jobs. Schließlich könnte eine vermehrte Nachfrage nach Umweltdienstleistungen an die 4.000 Arbeitsplätze bringen.

Zu „green jobs“ zählen alle Aufgaben im Umwelt- und Klimaschutzbereich. Die Bandbreite reicht von der Abfallbeseitigung bis zum hochqualifizierten Techniker.

Sparbuch beliebteste Anlageform in Österreich

Obwohl die Zinsen für Spareinlagen so tief wie schon lange nicht sind – maximal 2,5 % bei zweijähriger Bindung, 1,625 % bei täglicher Fälligkeit – ist das Sparbuch in Österreich unangefochten Nummer eins unter den Anlageprodukten. Damit rangiert das Sparbuch vor Bausparen, Lebensversicherungen, Wertpapieren und Fonds. Acht von zehn Österreicherinnen und Österreicher besitzen ein Sparbuch und legen dafür monatlich im Schnitt 165 Euro zu Seite, wie eine Umfrage des Imas-Instituts im Auftrag der Erste Bank und der Sparkassen ergab. Um die Jahresmitte waren insgesamt 157 Mrd. Euro in Sparbüchern veranlagt. Die Sparquote liegt heuer bei 9,8 %. Der EU-Schnitt beträgt 7,6 %.

OMV errichtet Kombi-Gaskraftwerk in der Türkei

Der börsennotierte Erdöl- und Gaskonzern OMV steigt nun auch groß in den türkischen Stromsektor ein. OMV-Generaldirektor Wolfgang Ruttensdorfer legte am 8. Oktober im Beisein von Außenminister Michael Spindler im nordtürkischen Terme bei Samsun den Grundstein für ein Gaskraftwerk mit einer Kapazität von 870 MW. Die Kosten werden mit 600 Mio. Euro beziffert.

Das Kraftwerksprojekt sei für die OMV aus zwei Gründen „von eminenter Bedeutung“, so Ruttensdorfer: Die Türkei sei eine „Energiedrehscheibe zwischen Asien und Europa“, zugleich aber auch „einer der weltweit attraktivsten Energiemärkte überhaupt“. Die OMV ist auch mit 41,58 % an der landesweit führenden Tankstellenkette Petrol Ofisi beteiligt.

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT

50 Jahre Viennale

Gegründet wurde das größte Filmfestival Österreichs bereits vor 50 Jahren. Am 21. Oktober startet die Viennale ihre 48. Auflage. Eröffnungstreifen ist der französische Spielfilm „Des hommes et des dieux“ von Xavier Beauvois, der in Cannes mit dem Großen Preis der Jury ausgezeichnet wurde. Den Abschluss macht am 3. November der Film des mexikanischen Regisseurs Pedro Gonzalez-Rubio „Alamar“. Raum für die Veranstaltungen bieten wie in den Vorjahren die Spielstätten Gartenbaukino, Metro Kino, Stadtkino, Künstlerhauskino und die Urania. Wie auch schon 2009 wird das Badeschiff am Donaukanal das Festivalzentrum beherbergen.

Das diesjährige Programm umfasst etwa 140 Spiel- und Dokumentarfilme; darunter gibt es große Filme, unbekannte, wenig gezeigte, neue und gut ein Dutzend Uraufführungen. Ein Großteil der Produktionen stammt aus dem Jahr 2010.

Wie Viennale-Direktor Hans Hurch erklärte, bemühe man sich um „eine Gleichwertigkeit, eine Gleichbehandlung und eine Gleichbedeutung“ von Spielfilmen, Dokumentationen und Kurzfilmen. Die Viennale habe die einzigartige Möglichkeit diese unterschiedlichen Genres in einem Programm zu präsentieren. So stehen auch knapp 40 Werke auf dem Kurzfilmprogramm, darunter der diesjährige Festival-Trailer „Empire“ des thailändischen Regisseurs Apichatpong Weerasethakul. Für seinen Film „Lung Boonmee Raluek Chat“ erhielt er heuer die Goldene Palme in Cannes. Er wird zur Präsentation seiner beiden Filme von 21. bis 24. Oktober in Wien zu Gast sein.

Die Anzahl der österreichischen Filme fällt im Vergleich zu 2009, wo es einen Österreich-Schwerpunkt gab, geringer aus. Nur ein Spielfilm und zwei Dokumentarfilme stammen aus heimischer Produktion, daneben gibt es vier österreichische Koproduktionen und immerhin sieben Kurzfilme von österreichischen Avantgarde-Filmemachern. Einer dieser Streifen beschäftigt sich wieder mit Ute Bock und ihrem großen Engagement für Flüchtlinge: In der „Verrückten Welt der Ute Bock“ von Houchang Allahyari spielen u.a. Josef Hader und Karl Markovics.

Die Viennale Tributes widmen sich dieses Jahr Larry Cohen und William Lubtchansky. Cohen wird persönlich zur Viennale kommen. Der 69-Jährige gilt bis heute als „hartnäckiger Außenseiter“ Hollywoods, ihm wird mit 16 seiner Werke bei der Viennale gehuldigt. Lubt-

chansky gilt als einer der großen Kameramänner der letzten 30 Jahre in Europa. Etwa ein Dutzend seiner über 100 Arbeiten werden gezeigt.

Die Viennale-Retrospektive beschäftigt sich mit dem französischen Regisseur Eric Rohmer, die bereits im Filmmuseum läuft.

Erstmals bei der Viennale gibt es „Special Evenings“ mit dem Focus auf ein spezielles Event, einen Film oder eine Person. So wird der US-Musiker und Künstler Lou Reed mit seinem Erstlingsfilm „Red Shirley“ in Wien zu Gast sein. Zu weiteren „Stargästen“ des Festivals zählen renommierte Filmemacher wie Mike Leigh, Raul Ruiz und Olivier Assayas.

Alle Infos zu Programm und Spielstätten unter www.viennale.at

Chinas Wissenschaftsminister Wan Gang zu Besuch in Wien

Infrastrukturministerin Doris Bures hat bei einem Besuch des chinesischen Wissenschafts- und Technologieministers Wan Gang am 9. Oktober „die sehr guten Beziehungen zwischen Österreich und China“ angesprochen. Im Mittelpunkt der Gespräche stand eine Leistungsschau österreichischer Hochtechnologie, die im Rahmen der Expo 2010 in Shanghai mit Unterstützung der chinesischen Regierung gezeigt wird.

Bei der sogenannten „Austria Tec Week“ treffen 40 Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus Österreich auf 140 aus China. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Umwelt- und Energietechnologien. Ministerin Bures hob auch die enormen Chancen für die österreichische Wirtschaft hervor.

Auf dem Programm des hohen chinesischen Besuchs stand auch ein Treffen mit Wissenschaftsministerin Beatrix Karl, die sich für eine Verstärkung bestehender Kooperationen aussprach. Chinas Investitionen in die Forschung hätten sich in den vergangenen drei Jahren verfünffacht. Peking habe großes Interesse, Partner zu finden, um sich großen demografischen und den Klimawandel betreffenden Herausforderungen zu stellen. Im Wintersemester 2009 seien rund 1.260 Studierende aus China an österreichischen Unis gewesen, so Karl.

EXPO Shanghai: BMVIT, AIT und WKO präsentierten Austria Tec Week China

Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT), das Austrian Institute of Technology (AIT) und die Wirtschaftskammer Österreich (WKO) präsentierten von 11. bis 15. Oktober im Rahmen der Weltausstellung (EXPO) in Shanghai die

Austria Tec Week China. Entsprechend dem EXPO-Motto „Better City, Better Life“ wurden entsprechende Symposien und Workshops abgehalten.

Die ausgewählten Themen - mobility for sustainable cities, energy for sustainable cities sowie science-industry relations - sind eng verknüpft mit dem Gesamthema der Weltausstellung. An den einzelnen Veranstaltungen nahmen österreichische und chinesische ForscherInnen auch VertreterInnen chinesischer und österreichischer Unternehmen sowie GestalterInnen der Innovations- und Technologiepolitik Österreichs und Chinas teil.

Zielsetzung der Austria Tec Week China war, ein wechselseitiges Verständnis österreichischer und chinesischer Technologie- und Forschungskompetenz in den gewählten Themenfeldern aufzubauen, einen Erfahrungsaustausch in der Konzeption und Umsetzung nachhaltiger Städte sowie technologie- und innovationspolitischer Initiativen zu initiieren und konkrete Kooperationen zwischen österreichischen und chinesischen Unternehmen, Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den Themenbereichen anzustoßen.

Wie der chinesische Vizeminister für Forschung, Jianlin Cao, erklärte, sei China an Forschungsk Kooperationen mit Österreich sehr interessiert. „Es würde mich freuen, wenn mehr österreichische Forscher nach China kommen, um mit uns zusammenzuarbeiten“.

Cao bezeichnete China als „Entwicklungsland“, das „von Österreich lernen will, um zu einem Innovationsland zu werden und nachhaltige Entwicklung zu erreichen“. Dabei wies Cao auf das Klimaschutzziel Chinas hin, die Kohlendioxid-Emissionen im Vergleich zum Wirtschaftswachstum im Zeitraum von 2005 bis 2020 um 40 bis 45 Prozent zu reduzieren. Als konkrete Ziele und Bereiche nannte der Minister neben der CO₂-Reduktion die Senkung des Energieverbrauchs, Alternativenergien, Aufforstung sowie Verkehr und Baustoffe. Die konkreten Kooperationsinteressen würden eine „lange Liste“ umfassen; dezidiert nannte Cao die Motorentchnik, eine „Stärke Österreichs“, sowie Luftfahrtindustrie und -bau. China will vor allem die Entwicklung in den zentral- und westchinesischen Provinzen vorantreiben.

Österreichische WissenschaftlerInnen sind für Cao in allen Forschungsbereichen willkommen, „allein durch die Größe (des Landes, Anm.) besteht überall Bedarf“ - von der Grundlagenforschung, mit mehr als 2.000 Universitäten, über den angewandten Bereich bis zur Industrieforschung. Es gebe, etwa im

Grundlagenbereich, sehr viele Forscher in China, „wir sind aber noch keine Großmacht, sondern eher noch Schüler“, so Cao mit höflichem Understatement.

Der Leiter des Innovationsbereichs im Infrastrukturministerium, Ingolf Schädler, verwies auf die neue Devise Chinas, das „von Investitions- zu Innovationspartnerschaften“ kommen wolle, um nicht mehr so sehr von ausländischen Investitionen abzuhängen.

Ein erstes konkretes Kooperationsangebot Chinas an Österreich gibt es für die Zwei-Millionen-Einwohner-Stadt Nanchang in der Provinz Jiangxi, die als eine von acht Modellstädten zur „Low Carbon City“ werden soll. Österreich sei eingeladen worden, sich an dem Pilotprogramm zu beteiligen, sagte Schädler, der auf österreichische Expertise in den Bereichen „Smart Building“ wie Niedrig- oder Null-Energiehäuser, Energieeffizienz, etc. verwies. Die Chinesen wüssten dabei genau über die Stärken Österreichs in diesen Bereichen Bescheid. Für China seien solche Projekte angesichts der sich abzeichnenden Dynamik - bis 2050 werden zusätzlich 350 Millionen Chinesen in Städten leben - von großer Bedeutung.

Dass bei solchen Kooperationen auch Know-how nach China abfließe, sei klar, meinte Schädler. Man müsse daher die Zusammenarbeit so gestalten, „dass der Return stimmt“. Vom Gedanken, dass der Westen forsche und in China produziert werde, müsse man sich ohnehin verabschieden.

AIT-Geschäftsführer Wolfgang Knoll warnte vor zu viel Furcht vor chinesischer Kopier-Tradition: „Wenn man Angst hat, dass Know-how abfließt, wird die Entwicklung ohne uns passieren. Sinnvoller ist es mitzugehen und dabei für die eigene Entwicklung zu lernen“.

Siehe auch: www.ait.ac.at

Kindern eine Stimme geben - Ausstellung in Wien über Janusz Korczak

Die Pädagogische Hochschule, 1100 Wien, Grenzackerstraße 18/Eingang Ettenreichgasse, zeigt von 11. bis 29. November, Mo-Fr 8:00 – 18:00 Uhr, eine Wanderausstellung (deutsch/polnisch) mit dem Titel „Janusz Korczak – Kindern eine Stimme geben“.

Janusz Korczak wurde 1878 als Henryk Goldszmit in Warschau geboren. In einer assimilierten jüdischen Familie aufwachsend entschied er sich für das Medizinstudium. Durch sein gleichzeitiges literarisches Engagement wurde er schon früh als Schriftsteller in Polen bekannt. Immer deutlicher fühlte er, dass er den Armen in den Elendvierteln Warschaus helfen müsse. Schon als kleiner Junge

hatte er heimlich das Elternhaus verlassen, um mit den Kindern der Hinterhöfe zu spielen. Parallel zu seiner Entscheidung gegen eine bürgerliche Karriere und für ein Leben mit sozial benachteiligten Kindern verlief sein Namenswechsel: aus Henryk Goldszmit wurde Janusz Korczak. Dieses Pseudonym entnahm er einem beliebten polnischen Roman des 19. Jahrhunderts von J.I. Kraszewski.

Ab 1911 leitete Korczak das nach seinen Plänen errichtete Waisenhaus Dom Sierot, wo er aus einer reflektierten Praxis seine Vorstellungen von Erziehung als eine Utopie von einer friedfertigen, klassenlosen Gesellschaft entwickelte. Wie bei Marx war die Welt auch für Korczak in zwei Klassen eingeteilt – bei ihm in Erwachsene und Kinder. Zwischen beiden herrsche ein Kampf von Ungleichem, in dem die Kinder hoffnungslos unterlegen seien.

Das gemeinsame gesellschaftliche Los der Kleinen ist die Kindheit, die Korczak ihnen und den Erwachsenen bewusst machen will. Hier beginnt der große wichtige Klassenkampf der Menschheit. Bis zu Korczaks Zeit wurden die Kinder kaum als eigenständige Persönlichkeiten mit entsprechenden Rechten wahrgenommen.

Neben der Leitung des Kinderhauses Dom Sierot, wo er seine Vorstellungen einer demokratischen Kinderrepublik weiterführte (Parlament, Kindergericht, Kinderzeitung, u.a) und eines weiteren, Nasz Dom, war er dauernd beschäftigt, seine Entwürfe zu konkretisieren und für die Verbesserung der Situation der Straßenkinder zu arbeiten. In seinen beiden Kinderbüchern von „König Hänschen“ (poln.: „Krol Macius“) beschrieb er, wie Kinder als Sachkenner der Angelegenheiten von Kindern ihre Welt ordnen und wie Erwachsene ihnen dabei helfen können.

Außer Heimleiter, Arzt und Literat war der Nimmermüde Mitarbeiter beim polnischen Rundfunk und auch Redner an polnischen Hochschulen. Nach Kriegsausbruch 1939 zog er seine polnische Offiziersuniform wieder an, die er schon als Militärarzt getragen hatte, und zeigte offen seine Loyalität mit dem angegriffenen polnischen Volk.

Nach Errichtung des Ghettos wurde das jüdische Waisenhaus innerhalb der Ghetto-Mauern verlagert. Dort lebten Korczak und die Kinder unter unsäglichen Bedingungen bis die Nazis am 22. Juli 1942 mit der Massentötung der Bevölkerung des Warschauer Ghettos durch die „Umsiedlung“ in das Vernichtungslager Treblinka begannen. Am 5. August 1942 war das Waisenhaus Korczaks an der Reihe. Etwa 200 Kinder wurden von der SS abgeholt, Korczak

wollte die Kinder nicht in Stich lassen und bestand darauf mitzufahren. In seinen Memoiren beschrieb ein Augenzeuge des Abtransports, der Komponist und Pianist Władysław Szpilman, wie Korczak den Kindern sagte, sie würden aufs Land fahren und sie bat, sich festlich zu kleiden; ein Geigen spielender Junge hätte den fröhlich singenden Zug angeführt.

Alle wurden vergast. Janusz Korczaks Tagebuch endet mit 5. August 1942.

Die wichtige Ausstellung, die ab Dezember im Austrian Culture Forum in Warschau gezeigt wird, richtet sich an SchülerInnen ab 9 Jahren und kann in den Lehrplan der Fächer Deutsch, Geschichte, Religion und Ethik eingebunden werden.

Die historischen Fotos stellte das Ghetto Fighter's Museum in Israel zu Verfügung. Konzeption und Inhalt der Ausstellung wurden durch Kooperation mit der Uni Leipzig, der Jagiellonen-Universität Kraków und dem Schulmuseum – Werkstatt für Schulgeschichte ermöglicht. Wichtige Unterstützung zur Realisierung kam vom BMUKK, dem Nationalfonds der Republik Österreich, der MA 7 – Kultur und von der Kunstversicherung Barta & Partner.

Infos, Bild- und Unterrichtsmaterial: Agentur Milli Segal, Tel, 0043/1/9687266, Email: milli.segal@chello.at, www.millisegal.at

Salam.Orient 2010 – Interkulturelles Festival von Minnesang bis Future Pop

Vor neun Jahren wurde das Festival „Salam.Orient“ gegründet, das mit seinem Programm mit Musik, Tanz und Poesie zu einem großen Erfolg wurde. „Salam“ bedeutet Friede und ist zugleich ein Gruß im arabischen Raum. 2004 wurde das Festival - das heuer 13 Produktionen bietet, darunter auch Theaterstücke, eine Fotoausstellung und eine Lesung – in „Salam.Orient“ umbenannt, da sich viele Künstlerinnen und Künstler aus dem Orient nicht mit dem Islam identifizieren konnten.

Schwerpunkt ist heuer bis 5. November die Türkei. An zahlreichen renommierten Spielorten in Wien wie dem Porgy & Bess, aber auch im Grazer Orpheum, kommt es zur musikalischen Annäherung oder Fusion von Amerika über Indien bis in den Senegal, von der Minimalmusik eines Terry Riley, der mit dem Tabla-Virtuosen Talvin Singh spielt, bis zum Future Oriental Pop der in Berlin lebenden DJane Ipek. „In der Musik gibt es keine Grenzen“, hat schon in den 40er Jahren der legendäre Jazz-Saxophonist Charlie „Bird“ Parker gesagt. Dies erweist sich wieder bei diesem grandiosen Festival, das aktuell ist wie noch nie. www.salam-orient.at

SPORTPOLITIK**Alarmierende Studie von IMSB Austria: Schon fast jedes zweite Kind ist zu dick**

Dass Österreichs Kinder zu dick sind, ist zwar keine absolute Neuigkeit, wird aber regelmäßig durch immer neue Fakten belegt. So ließ kürzlich auch Prof. Hans Holdhaus mit einer brandaktuellen Studie des Instituts für medizinische und sportwissenschaftliche Beratung (IMSB Austria) aufhorchen.

Die Zahl der Übergewichtigen unter den Zehnbis Zwölfjährigen ist alleine in den letzten vier Jahren um 20 Prozent gestiegen. Fast jedes zweite Kind in Österreich ist heutzutage übergewichtig. Jedes vierte Kind hat einen Körperfettanteil von mehr als 20 Prozent.

Diese negativen Entwicklungen verleiten manche Experten zu düsteren Prognosen: So könnten in der Zukunft viele Gesundheitsprobleme, die früher erst im Alter um die Siebzig auftraten, nun hinkünftig auch schon bei den 30-Jährigen diagnostiziert werden.

Aber nicht nur bei den Kindern haben sich in den letzten dreißig Jahren Körpergewicht und Körperfettanteil drastisch erhöht, wie besagte Studie weiter zeigt. Im Zuge einer Langzeituntersuchung wurde in den letzten 25 Jahren an etwa 15.000 Personen eine Körpervermessung durchgeführt. Bei den Männern ist demnach seit 1980 ein durchschnittlicher Gewichtsanstieg um vier Kilogramm zu verzeichnen (bei durchschnittlich zwei Zentimetern mehr Körpergröße), bei den Frauen um fünf Kilogramm (bei sechs Zentimetern mehr Körpergröße).

Der Anteil der Normalgewichtigen sank seit 2006 von 52 auf 34 Prozent, der der Übergewichtigen stieg von 24 auf 44 Prozent. Der Anteil an jungen Männern mit über 100 Kilogramm hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt.

„Lass Dich nicht versteinern!“: Neue Kampagne ruft zu mehr Bewegung auf

Österreich ist eine Sportnation und unsere Athletinnen und Athleten sind derzeit in den verschiedensten Sportarten so erfolgreich wie nie zuvor. Vom Wettklettern bis zum Wildwasserkanu, vom Tischtennis bis zum Mountainbiken – in einer Vielzahl von Disziplinen brachten unsere Sportlerinnen und Sportler in den letzten Monaten Titel und Medaillen nach Hause. Die Begeisterung in der Bevölkerung ist dementsprechend groß, dennoch nehmen nicht alle Österreicherinnen und Österreicher diese großartigen Leistungen zum Anlass, um auch mehr Bewegung in ihr eigenes Leben zu bringen. Rund ein Drittel aller Österreicherinnen und

Österreicher betreibt niemals Sport. Die Tendenz, insbesondere bei der Jugend, ist dabei noch weiter steigend.

Sportminister Norbert Darabos hat es sich angesichts dieser dramatischen gesellschaftlichen Entwicklungen zu einer seiner Hauptaufgaben gemacht, auf den akuten Bewegungsmangel aufmerksam zu machen. Dieser Bewegungsmangel ist eine häufige Ursache für Herz-Kreislaufkrankungen und Diabetes. Zuwenig Bewegung erhöht auch das Risiko von Stoffwechselerkrankungen und Haltungsschäden. Diese Entwicklungen sind nicht nur gefährlich, sondern kommen der Republik auch teuer zu stehen. Man hat errechnet, dass der Bewegungsmangel in Österreich jährlich über 800 Millionen Euro kostet.

Das Sportministerium startet daher im Oktober eine große Informationsoffensive, die zu mehr körperlicher Betätigung aufruft. Unter dem Motto „Lass Dich nicht versteinern - beweg Dich!“ stellen sich Topathleten aus dem „Team Rot-Weiß-Rot“ in den Dienst der Kampagne, die nicht mit dem pädagogischen Zeigefinger operiert, sondern auf humorvolle Weise auf Bewegungsdefizite hinweisen und zur sportlichen Betätigung ermuntern will.

Dementsprechend viel Spaß bei den Produktionsarbeiten für TV-Spots und Plakate hatten daher Biathlon-As Dominik Landertinger, Snowboard-Weltcupsieger Benjamin Karl, die Top-Schwimmerinnen Fabienne Nadarajah und Jördis Steinegger, Segler Andreas Geritzer, Judoka Ludwig Paischer, Österreichs Parade-turner Marco Mayr und unsere Nummer Eins in der Rhythmischen Sportgymnastik Caroline Weber. Die einzelnen Spots werden im Laufe des Herbstes im ORF zu sehen sein.

Parallel zu dieser Offensive erfolgt auch eine gemeinsame Bewegungs-Initiative vom Sportministerium und einer großen österreichischen Tageszeitung. Für unsere Schülerinnen und Schüler wurde ein spezielles Turnsackerl produziert, in dem vier Sportgeräte (Frisbee, Springschnur, Gummiband, Hacky Sack) enthalten sind.

Die Nachfrage nach diesen Turnsackerln übertraf alle Erwartungen, rund 40.000 Schülerinnen und Schüler beteiligten sich an dieser Aktion.

Sportminister Norbert Darabos: „Ich bin überwältigt, wie groß der Andrang auf die Turnsackerl ist. Damit sagen unsere Lehrer und unsere Kinder den aktuellen Entwicklungen, wonach unsere Jugend immer dicker wird, klar den Kampf an.“

INFORMATIONEN AUS ÖSTERREICH

Redaktionsschluss: 02. November 2010

Nr. 21/10

INNENPOLITIK

Bundesregierung einig bei Budget
Nationalfeiertag am 26. Oktober
Wien-Wahl: SPÖ verhandelt mit Grünen
Franz Voves wieder steirischer Landeshauptmann
Rot-Weiß-Rot-Card für Zuwanderer

EUROPA INTERNATIONAL

Bundeskanzler Faymann bei EU-Gipfel in Brüssel
Spindelegger: Serbien muss an die EU herangeführt werden
Verteidigungsminister Darabos zu Arbeitsbesuch in Ägypten
Bundespräsident Fischer bei Präsidententreffen in Lübeck
20 Mio. Euro für jüdische Friedhöfe

WIRTSCHAFT

Arbeitslosigkeit deutlich gesunken
Rekord-Sommer im Tourismus
Shanghai-Expo: 3,2 Millionen im Österreich-Pavillon
OMV übernimmt türkische Petrol Ofisi
Weltwirtschaftsforum tagt im Juni 2011 in Österreich

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT

Staatsoper: Bejubelte Neuproduktion von Paul Hindemiths „Cardillac“
Lesefestwoche „Buch Wien 10“ feiert Paul Nizon und Armin Thurnher
Heinisch-Hosek: Hohe Preise an Luzenir Caixeta und Erika Weinzierl
Kanzler Faymann empfängt Teilnehmer des Wiener Nobelpreisträgerseminars
Schmied und Karl: Neue LehrerInnen-Ausbildung soll bis Ende 2010 stehen
KUNSTHALLE wien: Female Pop Art
Vienna Art Week 2010
Bundeskanzler Faymann kommt zur Feier in die Gedenkstätte Kaprun

SPORTPOLITIK

WADA-Generalsekretär Howman lobt Österreichs Anti-Doping-Bemühungen
Zweite Klausurtagung zur Förderreform
Österreichs Sportstars erzielten bei Sport-Millionenshow Rekordergebnis
Sportkegel-WM fand in Ritzing statt
Erster WM-Titel für Jasmin Ouschan

Impressum

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressediens. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz, Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/3, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958, Fax ++43/1/53109-2958, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; <http://www.bundeskanzleramt.at>; Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet. Herausgegeben vom Bundespressediens-Wien.

INNENPOLITIK**Bundesregierung einig bei Budget**

Die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP haben sich bei ihrer Klausurtagung im steirischen Thermenort Loipersdorf (22./23. Oktober) auf das Budget für 2011 geeinigt. Damit stehen auch das Steuer- und Sparpaket sowie wesentliche Punkte des Budgetpfades bis 2014. Unter anderem werden die Mineralölsteuer (Mehreinnahmen von 417 Mio. Euro für 2011) und die Tabaksteuer (100 Mio. Euro) erhöht, die Bankenabgabe (500 Mio. Euro), eine Flugticketabgabe (60 Mio. Euro) sowie eine Steuer auf Aktiengewinne eingeführt (30 Mio. Euro), die Spekulationsfrist für Aktien gestrichen und Stiftungen (50 Mio. Euro) höher besteuert.

Zudem sind Verschärfungen bei „Hackler“- und Invaliditätspension sowie Einsparungen bei Pensionen, Familienbeihilfe (Einsparungen 2011: rund 254 Mio. Euro) und beim Pflegegeld geplant. Investiert wird hingegen in die thermische Sanierung (100 Mio. Euro), mehr Mittel gibt es auch für Universitäten (80 Mio. Euro) und Schulen (80 Mio. Euro). Die Steigerung der Forschungsprämie von acht auf zehn Prozent ist mit 100 Mio. Euro veranschlagt. Der Kassenstrukturfonds wird künftig mit 40 Mio. Euro dotiert. Insgesamt stehen jährlich 400 Mio. Euro an Offensivmitteln bereit.

Bundeskanzler Werner Faymann und Finanzminister Josef Pröll zeigten sich bei der Präsentation der Budgetzahlen im Anschluss an die Regierungsklausur zufrieden und verwiesen auf die konstruktiven Verhandlungen. „Dieses Budget garantiert einen stabilen Kurs und ist sozial ausgewogen“, betonte Faymann. Es sei sogar gelungen, das Budgetdefizit stärker zu senken als noch vor kurzem prognostiziert. Die höheren Einnahmen kämen zu zwei Dritteln aus dem Banken- und Vermögensbereich und nicht von Massensteuern aus den Haushalten, hielt Faymann ausdrücklich fest. Auch Pröll sprach von einer „gerechten Lastenverteilung“. Der Weg aus der „Schuldenfalle“ sei nunmehr eingeschlagen.

In Summe bringen die Steuereinnahmen für das Jahr 2011 laut Bundeskanzler rund 1,2 Mrd. Euro – abzüglich Ausgleichsmaßnahmen für Pendler, Frächter und Kreditnehmer. Diese Einnahmen steigen bis 2014 auf 2,2 Mrd. Euro. Damit werde das Budgetdefizit kontinuierlich von 3,2 % im kommenden Jahr auf 2,2 % 2014 gesenkt, unterstrich Faymann. Bei den Ausgaben würden 2011 1,6 Mrd. Euro eingespart. Bis 2014 steige diese Summe auf 3,3 Mrd. Euro.

Nationalfeiertag am 26. Oktober

Bundeskanzler Werner Faymann hat in seiner Rede zum österreichischen Nationalfeiertag am 26. Oktober auch auf die aktuelle Debatte um Wehrpflicht und Bundesheer Bezug genommen. Aufgaben und Organisation des Bundesheeres seien „in den nächsten Monaten neu festzulegen“. Es müsse eine offene Diskussion geben – unter Einbeziehung der Erfahrungen und Modelle anderer europäischer Länder, die sich für ein Berufsheer entschieden hätten, forderte Faymann beim traditionellen Sonderministerrat zum Nationalfeiertag, der heuer erstmals im Rahmen einer Angelobung von knapp 1.200 Rekrutinnen und Rekruten auf dem Heldenplatz stattfand.

Man dürfe sich nicht vor der Frage drücken, wie die militärische Landesverteidigung in einem geeinten Europa künftig aussehen könne, so Faymann. Dabei seien Katastrophenschutz, Friedensmissionen und Landesverteidigung gleichermaßen einzubeziehen. Lob gab es für die Leistungen des Bundesheeres als international tätige Friedenstruppe.

Der Bundeskanzler legte auch ein Bekenntnis zur Neutralität Österreichs ab. Anerkennung sprach er den NS-Widerstandskämpfern und Opferverbänden aus, die erstmals an den Feierlichkeiten am Wiener Heldenplatz teilnahmen. Dort gab es auch eine große „Leistungsschau“ des Bundesheeres.

Wien-Wahl: SPÖ verhandelt mit Grünen

SPÖ und Grüne haben am 27. Oktober in Wien die Verhandlungen über eine künftige Regierungszusammenarbeit aufgenommen. Laut Bürgermeister Michael Häupl (SPÖ) soll die neue Stadtregierung Mitte November stehen.

Franz Voves wieder steirischer Landeshauptmann

Franz Voves (SPÖ) ist am 21. Oktober bei der konstituierenden Sitzung des steirischen Landtages mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ wieder zum Landeshauptmann gewählt worden. Die Koalition mit der ÖVP bezeichnete Voves als „Reformpartnerschaft“.

Rot-Weiß-Rot-Card für Zuwanderer

Die Sozialpartner haben am 18. Oktober die im Regierungsprogramm von SPÖ und ÖVP vereinbarte Rot-Weiß-Rot-Card für eine „bedarfsgerechte“ Zuwanderung präsentiert. So sollen mittels Punktesystem Qualifikationen und Kenntnisse potenzieller MigrantInnen erfasst und die Zuwanderung für Schlüsselarbeitskräfte transparenter und leichter steuerbar werden.

EUROPA INTERNATIONAL**Bundeskanzler Faymann bei EU-Gipfel in Brüssel**

Die EU-Staats- und Regierungschefs haben sich bei ihrem jüngsten Gipfeltreffen in Brüssel (28. bis 29. Oktober) auf wichtige Maßnahmen für den Euro geeinigt, um im Falle neuerlicher Finanzkrisen besser gerüstet zu sein. Der Euro-Stabilitätspakt wird verschärft, geprüft werden zudem die Installation eines permanenten Rettungsschirms für allenfalls zahlungsunfähige Eurostaaten sowie eine „begrenzte“ Änderung des EU-Vertrages.

Entsprechende Vorschläge für die Errichtung eines ständigen Krisenbewältigungsmechanismus zur Sicherung der Eurozone sollen bis Dezember erarbeitet werden, die endgültige Entscheidung über eine „leichte“ Vertragsänderung soll beim Dezember-Gipfel der Staats- und Regierungschefs fallen.

Der von Deutschland und Frankreich geforderte Stimmrechtsentzug für Defizitsünder soll „später“ geprüft werden. Bundeskanzler Werner Faymann zeigte sich „froh“, „dass die Diskussion über Stimmrechte in den Hintergrund getreten ist“. Er kritisierte einen Stimmrechtsentzug als „unvorstellbar und unsinnig“. Es gebe durch Frühwarnsysteme genügend Möglichkeiten eines präventiven Eingriffs bei ausufernder Schuldenentwicklung.

Der Bundeskanzler betonte neuerlich, dass aus österreichischer Sicht für die Bereitstellung eines dauerhaften Euro-Rettungsschirms nach 2013 keine EU-Vertragsänderung erforderlich sei. (Das derzeitige 750 Mrd. Euro-Rettungspaket läuft 2013 aus.) Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel habe aber klar gemacht, dass für Deutschland wegen des Bundesverfassungsgerichts die Notwendigkeit einer Anpassung des Vertrags bestehe, indem die Möglichkeit eines Krisenmechanismus vorgesehen sein soll. Die so genannte „No-Bail-Out“-Klausel im EU-Vertrag solle nicht geändert werden. EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso habe nach Analyse des Rechtsdienstes erklärt, dass kein EU-Land ein Referendum nötig hätte, wenn die EU-Vertragsänderung nur den Haftungsschirm betreffe, informierte Faymann.

Spindelegger: Serbien muss an die EU herangeführt werden

Die EU-Außenminister haben am 25. Oktober in Luxemburg beschlossen, den am 22. Dezember 2009 von Belgrad gestellten Antrag auf EU-Mitgliedschaft an die Europäische Kommission weiterzuleiten. Das sei ein

„ganz entscheidendes positives Signal für Serbien und den ganzen Westbalkan“, erklärte Außenminister Michael Spindelegger. Damit sei die „europäische Schiene in einem ganz bedeutenden Schritt eröffnet“.

Spindelegger hat sich in den letzten Wochen in dieser Hinsicht besonders engagiert, nachdem Serbien im September einer UNO-Resolution zugestimmt hatte, in welcher sich das Land zum Dialog mit dem Kosovo bekennt. In der EU wird der Kosovo (einseitige Erklärung der staatlichen Unabhängigkeit am 17. Februar 2008) von 22 Mitgliedstaaten, darunter Österreich, anerkannt. Spindelegger hofft auch, dass Serbien seine Zusammenarbeit mit dem UNO-Kriegsverbrecher-Tribunal positiv gestalten, vor allem betreffend General Ratko Mladic.

Verteidigungsminister Darabos zu Arbeitsbesuch in Ägypten

Verteidigungsminister Norbert Darabos reiste am 27. Oktober zu einem mehrtägigen Arbeitsbesuch nach Ägypten. Auf dem Programm standen unter anderem Gespräche mit Verteidigungsminister Mohamed Hussein Tantawi und Staatssekretär Sayed Abdou Meshaal. Ziel des Besuches war eine Vertiefung der bilateralen Beziehungen. Erörtert wurden zudem die sicherheitspolitische Lage im Nahen und Mittleren Osten (Iran) und am Horn von Afrika (Somalia) sowie die Rolle Ägyptens innerhalb der Afrikanischen Union.

Bundespräsident Fischer bei Präsidententreffen in Lübeck

Bundespräsident Heinz Fischer nahm am 1. November im deutschen Lübeck (Schleswig-Holstein) an einem Treffen der deutschsprachigen Staatsoberhäupter teil. Deutschlands Bundespräsident Christian Wulff empfing neben Fischer die Schweizer Bundespräsidentin Doris Leuthard sowie Erbprinz Alois von Liechtenstein. Hauptthemen waren Zuwanderung, Integration und Menschenrechte.

20 Mio. Euro für jüdische Friedhöfe

Der Nationalrat hat die Sanierung der jüdischen Friedhöfe in Österreich auf Schiene gebracht. In einem gemeinsamen Antrag, den SPÖ, ÖVP, Grüne und BZÖ am 20. Oktober einbrachten, werden die nötigen staatlichen Mittel zugesichert. Der Bund wird während der nächsten 20 Jahre jeweils eine Mio. Euro beisteuern. Die gleiche Summe soll die Israelitische Kultusgemeinde (IKG) einbringen. Dazu wird ein Fonds eingerichtet.

WIRTSCHAFT**Arbeitslosigkeit deutlich gesunken**

Die Arbeitslosigkeit in Österreich ist im Oktober gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr erneut deutlich gesunken. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen verringerte sich um 7,9 % (-19.386 Personen) auf 226.137. Auch die Schulungen gingen leicht zurück: Ende Oktober verzeichnete das Arbeitsmarktservice (AMS) um 2,7 % (-1.970 Personen) weniger Schulungsteilnehmende, insgesamt besuchten 71.827 Jobsuchende Schulungsmaßnahmen des AMS. Aufgrund der besseren Wirtschaftslage stieg die Zahl der gemeldeten offenen Stellen um 18,5 % (+5.131) auf 32.915. Bei Arbeitslosen und Schulungsteilnehmenden insgesamt wurde mit einem Rückgang um 21.356 Personen der höchste Wert seit März 2008 ausgewiesen.

Die Arbeitslosigkeit sank im Oktober in allen Kategorien und Branchen, am stärksten in den Metall- und Elektroberufen sowie am Bau. Die Metallbranche sei von der Krise am härtesten betroffen gewesen, der deutliche Rückgang in diesem Bereich zeige daher, dass die Krise nachlasse, betonte Arbeits- und Sozialminister Rudolf Hundstorfer in einer Aussendung.

Bei Männern zeigte sich der Rückgang wesentlich stärker (-11,4 %) als bei Frauen (-3,8 %), bei Inländerinnen und Inländern (-8,7 %) deutlicher als bei ausländischen Arbeitssuchenden (-4,4 %). Bei den Jugendlichen (15 bis 24 Jahre) konnte die Arbeitslosigkeit (-9,8 % auf 37.198 Personen) kräftiger gesenkt werden als bei Älteren ab 50 Jahren (-3,4 % auf 47.437 Personen). Besonders deutlich war der Rückgang bei den Langzeitarbeitslosen (länger als 12 Monate): Ihre Zahl sank um ein Fünftel (-20,3 %) auf 5.507.

Minister Hundstorfer sieht vor allem den starken Rückgang der Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit als besonderen Erfolg der aktiven Arbeitsmarktpolitik: Man habe mit zahlreichen Maßnahmen „in diesen schwierigen Segmenten klare Impulse“ gegeben und zähle somit bei der Jugendarbeitslosigkeit „zu den Besten in Europa“, betonte er.

2011 würden weitere arbeitsmarktpolitische Schwerpunkte im Kampf gegen Langzeitarbeitslosigkeit gesetzt, kündigte der Sozialminister an. So stünden im kommenden Jahr für die Reintegration von Langzeitarbeitslosen zusätzlich 56 Mio. Euro zur Verfügung. Damit werde man verstärkt Beschäftigungsprojekte, sozialökonomische Betriebe und gemeinnützige Jobinitiativen unterstützen, so Hundstorfer.

Rekord-Sommer im Tourismus

Österreichs Tourismus hat die Krise offenbar endgültig überwunden: In der bisherigen Sommersaison 2010 haben sowohl die Nächtigungen als auch die Zahl der Gäste zugelegt. Von Mai bis September wurden laut vorläufigen Ergebnissen 56,18 Mio. Nächtigungen verzeichnet, das entspreche einem Plus von 1,1 % gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres, informierte die Statistik Austria am 27. Oktober. Im Zehnjahresvergleich handle es sich um das zweitbeste Nächtigungsergebnis seit 2008. Die Zahl der Gäste (Ankünfte) stieg um 3,5 % auf 15,71 Mio.

Die inländischen Gästenächtigungen stiegen um 1,0 % auf 17,70 Millionen, bei den ausländischen Gästenächtigungen gab es ein Plus von 1,1 % auf 38,48 Millionen.

Shanghai-Expo: 3,2 Millionen im Österreich-Pavillon

Mit einer Rekordzahl von 72 Millionen Besucherinnen und Besuchern ist am 31. Oktober nach sechs Monaten die Weltausstellung in Shanghai zu Ende gegangen. Die Veranstalter sprachen vom bisher größten touristischen Ereignis in der Geschichte Chinas. Eine durchaus positive Bilanz der Shanghai World Expo konnte auch Österreich ziehen. Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner zufolge schaffen die „vielen zusätzlichen Wirtschaftskontakte die Basis für einen neuen Exportboom in einem der besten Zukunftsmärkte“. Mittelfristig wolle man die heimischen Ausfuhren nach China verdoppeln, erklärte der Minister in einer Aussendung.

Insgesamt besuchten 3,2 Millionen Gäste den Österreich-Pavillon auf dem Expo-Gelände, im Schnitt wurden 17.400 Besucherinnen und Besucher pro Expo-Tag gezählt. Im Mittelpunkt der Präsentationen standen die Themen Energie- und Umweltechnik, Hightech, Logistik und Automotive.

OMV übernimmt türkische Petrol Ofisi

Die börsennotierte OMV übernimmt von der türkischen Dogan Holding für 1 Mrd. Euro den fehlenden 54,17-Prozent-Anteil am türkischen Ölkonzern Petrol Ofisi.

Weltwirtschaftsforum tagt im Juni 2011 in Österreich

Das Weltwirtschaftsforum (World Economic Forum) tagt nach jahrelanger Pause im kommenden Jahr wieder in Österreich. Für 8. und 9. Juni 2011 ist ein regionales Gipfeltreffen zu Osteuropa und Zentralasien geplant.

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT**Staatsoper: Bejubelte Neuproduktion von Paul Hindemiths „Cardillac“**

Der deutsche Komponist Paul Hindemith (1895-1963) war schon in seinen jungen Jahren Provokateur, der allerdings auf handwerkliche Präzision immer großen Wert legte: Durchgehend kennzeichnend für sein Werk ist eine völlig eigenständige Organisation des Tonmaterials ohne Bruch mit der Tonalität und stil sichere Integration historischer Formen – von barocken Fugen bis zum Jazz.

Die Oper „Cardillac“ – Libretto von Ferdinand Lion, nach einer Erzählung „Das Fräulein von Scuderi“ von E.T.A. Hoffmann - um einen Goldschmied, der sich von seinen Kunstwerken nicht trennen kann und deshalb seine Käufer ermordet, wurde 1926 in Dresden uraufgeführt, eine zweite Fassung 1952 in Zürich. Obwohl Hindemith nach 1953 keine Aufführung der Erstfassung mehr duldet, konnte sich die revidierte Version – die immerhin 14 von 18 Nummern der ersten Fassung bringt - nicht wirklich durchsetzen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wollte der Komponist jede missverständliche einfühlsame Haltung gegenüber dem Mörder vermeiden.

Dirigent Franz Welser-Möst entschied sich jetzt trotzdem für die Fassung der 20er Jahre, „weil sie rauer, wilder und konzentrierter ist. Grob genommen sagt Hindemith: Der Künstler darf alles, auch morden. Aber er kommt damit nicht durch: Erst bringt Cardillac die Käufer seines Schmucks um, am Schluss wird er umgebracht“.

Die erste szenische Neuproduktion unter dem neuen Staatsoperndirektor Dominique Meyer wurde Sven-Eric Bechtolf überantwortet, der feinste Schmiedekunst - Marke Stummfilm, etwa von Fritz Lang und Friedrich Wilhelm Murnau – zisierte. Mit Rolf und Marianne Glittenberg (Bühne und Kostüme) hatte der Regisseur ein Duo zur Seite, das der Moderne zwischen Expressionismus und Neuer Sachlichkeit, aus der die Oper stammt, kenntnisreich Tribut zollte. Schräg versetzte, scherschnittartige Häuserschluchten bestimmen die düstere Atmosphäre von Cardillacs minimalistischem Kosmos, in dem nur der Innenraum seines schwarzen Tresors gleißend golden erstrahlt, wo er seine durch Mord zurückerobernten Schmuckstücke aufbewahrt. Schwarz gewandete, bleich geschminkte Sängerinnen und Sänger, sich puppenhaft bewegend, untermauern einen an „Metropolis“ oder „Nosferatu“ gemahnenden Stummfilm-Horror. Die Inszenierung, die psychologische Figurenfüh-

rung vermeiden will, interpretiert die berechnend-kühle Musik Hindemiths geradezu ideal. Wie Bechtolf sagte, würden „typische Charaktere, typische Verhaltensweisen vorgezeigt, es geht um Kenntlichmachung, holzschnittartige Verdeutlichung“. Ein Satz, der von Bertolt Brecht stammen könnte, mit dem Hindemith in jenen Jahren produktiv konfliktreich zusammenarbeitete (Baden-Badener „Lehrstück“, am „Lindberghflug“ auch mit Kurt Weill) und der im Übrigen auch für „Cardillac“ als Librettist erwogen wurde.

Bei der Premiere an der Wiener Staatsoper am 17. Oktober feierte das Publikum „Cardillac“ frenetisch – in erster Linie wohl Paul Hindemith, der 1927 zum Professor für Komposition an der Berliner Musikhochschule berufen worden war, 1934 seinen Posten verlor und durch den Nazi-Boykott seiner Werke in die Emigration gezwungen wurde; dann natürlich die aktuellen Sängerinnen und Sänger, allen voran Juha Uusitalo als den Goldschmied, Juliane Banse und Herbert Lippert als Cardillacs Tochter und deren Liebhaber. Der Jubel schloss auch das zweite Liebespaar des Abends, Matthias Klink als den „Kavalier“ und Ildikó Raimondi als die „Dame“ und den schrägen und schrillen Führer der Prévoté, Alexandru Moisiuc, mit ein.

Das den Intentionen des Komponisten entsprechend abgespeckte Orchester brachte unter seinem Dirigenten die Wucht der Erstfassung deutlich zur Geltung – ein besserer „Cardillac“ ist kaum vorstellbar. www.wienerstaatsoper.at

Lesefestwoche „Buch Wien 10“ feiert Paul Nizon und Armin Thurnher

Die Lesefestwoche „Buch Wien“ findet heuer von 15. bis 21. November statt. Sie wird erstmals mit der Verleihung des Österreichischen Staatspreises für Europäische Literatur eröffnet. Dem Schweizer Paul Nizon wird der Preis im Unterrichtsministerium verliehen.

Den Ehrenpreis des Österreichischen Buchhandels für Toleranz in Denken und Handeln erhält am 19. November der Publizist und „Falter“-Chefredakteur Armin Thurnher. „Er verliert auch bei kritischer Betrachtungsweise nie den respektvollen Blick auf sein Gegenüber“, heißt es in der Begründung.

Die Rede zur Buchmessen-Eröffnung hält der in Berlin lebende Journalist und Schriftsteller Christian Ankowitsch.

Zu Lesungen werden u. a. Ken Follett, Bernhard Schlink, Donna Leon, Dietrich Grönemeyer, Tommy Wieringa, Jussi Adler-Olsen und Alia Yunis erwartet.

Von den österreichischen Autorinnen und Autoren lesen u.a. Barbara Frischmuth, Erich Hackl und Doron Rabinovici.

Rund 250 Aussteller kommen zur „Buch Wien“, 100 davon aus dem internationalen Bereich. Elf Nationen sind vertreten, der CEE-Schwerpunkt wird mit Ausstellern aus Rumänien, Serbien und Ungarn unterstrichen. Von den großen deutschen Verlagen kommen u. a. der S. Fischer Verlag, Suhrkamp, Kiepenheuer & Witsch, Hanser, Rowohlt und der Aufbau Verlag nach Wien. Die Messe mit einer Ausstellungsfläche von 7.200 Quadratmeter bietet fünf Bühnen für Lesungen auf. In einem eigenen E-Book-Ausstellungsbereich kann man E-Reader ausprobieren und sich über Downloads informieren.

Der Messe-Eintrittspreis wurde reduziert – von neun auf sieben Euro.

Die Gratisbuch-Aktion ist heuer dem Roman „Balzac und die kleine chinesische Schneiderin“ von Dai Sijie gewidmet.

Der österreichische Buchhandel verzeichnet übrigens Zuwächse: Im September 2010 gab es ein Umsatzplus von 6,9 Prozent im Vergleich zu 2009, im Gesamtjahresvergleich liegt man derzeit bei plus 4,5 Prozent, www.buchwien.at, www.lesefestwoche.at

Heinisch-Hosek: Hohe Preise an Luzenir Caixeta und Erika Weinzierl

Am 27. Oktober wurden im Bundeskanzleramt der Käthe-Leichter-Staatspreis und der Frauen-Lebenswerk-Preis 2010 verliehen. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek würdigte die Preisträgerinnen Luzenir Caixeta und Erika Weinzierl für ihre herausragenden Leistungen auf dem Gebiet der Frauenforschung, Geschlechterforschung und Gleichstellung am Arbeitsmarkt. „Die Leistungen der Frauen müssen verstärkt kommuniziert werden, um gehört zu werden“, so Heinisch-Hosek.

Der vom Bundesministerium für Frauen und Öffentlichen Dienst gestiftete Käthe-Leichter-Staatspreis ging heuer an Luzenir Caixeta vom Autonomen Zentrum von und für Migrantinnen Maiz. Caixeta forcieren mit ihrem Verein die soziale und rechtliche Besserstellung von Migrantinnen, besonders in der Sexarbeit. Heinisch-Hosek erklärte auch, sie selbst wolle sich für Verbesserungen der Situation von Sexarbeiterinnen einsetzen. Vor allem müsse man die Sittenwidrigkeit wegbekommen.

Der diesjährige Frauen-Lebenswerk-Preis ging an die Historikerin Erika Weinzierl. Heinisch-Hosek würdigte Weinzierl als „ethische und moralische Instanz mit Vorbildcharakter“. Auf dem Gebiet der Zeitgeschichte nehme sie eine

„Pionierinnenrolle“ ein, ihre großen Verdienste für eine tabulose Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus seien „herausragend“. „Der Lebenswerk-Preis geht an eine Frau, die sich immer für die Gleichstellung eingesetzt und die Leistungen von Frauen sichtbar gemacht hat“. Es sei wichtig, mit diesen Preisen gesellschaftliche Vorbilder zu zeigen und feministische Arbeit zu würdigen, so die Frauenministerin.

Zum bereits 16. Mal wurden die Preise an Frauen verliehen, die im Sinne der Nationalökonomin und ersten Frauenreferentin der Arbeiterkammer Käthe Leichter im Bereich der Geschlechterforschung und Gleichstellung tätig sind.

Kanzler Faymann empfängt Teilnehmer des Wiener Nobelpreisträgerseminars

Anlässlich des diesjährigen Wiener Nobelpreisträgerseminars lädt Bundeskanzler Werner Faymann am 3. November zu einem Empfang ins Bundeskanzleramt. Er findet unter Beisein der mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten Mohamed ElBaradei (2005), José Ramos-Horta (1996), Melissa Flemings, als Vertreterin des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (1954 und 1981) sowie des Präsidenten von Médecins Sans Frontières (1999), Unni Karunakara, statt.

Das nunmehr 5. Wiener Nobelpreisträgerseminar am 3. und 4. November befasst sich mit dem Thema Friedensforschung. Internationale Politik, Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit werden im Mittelpunkt der Beratungen stehen.

Schmied und Karl: Neue LehrerInnen-Ausbildung soll bis Ende 2010 stehen

Die von Unterrichts- und Wissenschaftsministerium konzipierte Lehrer-Ausbildung soll bis Jahresende stehen. Dies bekräftigten Unterrichtsministerin Claudia Schmied und Wissenschaftsministerin Beatrix Karl bei einer gemeinsamen Pressekonferenz in Wien. 2011 wird mit der Umsetzung begonnen, noch in dieser Legislaturperiode soll nach dem neuen Modell studiert werden.

Künftig soll die Ausbildung für alle pädagogischen Berufe auf Hochschulniveau – an Unis und an Pädagogischen Hochschulen - nach dem Bologna-Modell (Bachelor/Master/PhD) erfolgen und gemeinsame Kernbereiche umfassen. Erst dann soll es differenzierte Curricula geben, was etwa den Wechsel zwischen einzelnen Berufsfeldern erleichtern soll. Kindergarten- und Volksschulbildung werden dadurch aufgewertet. Auch ein Schritt zur ge-

meinsamen Schule dürfte dabei gemacht werden: Schmied nannte es „naheliegend“, ein Curriculum für den gesamten Sekundarbereich I (derzeit AHS-Unterstufe und Hauptschule) anzubieten, da es ohnehin schon den gleichen Lehrplan in diesen beiden Schulformen gebe. Die Studenten sollen außerdem erst eine Eignungsprüfung und ein Aufnahmeverfahren durchlaufen. Dabei gehe es aber nicht um einen entscheidenden punktuellen Test, betonte Schmied.

Karl versteht das Verfahren auch als Hilfestellung für angehende Pädagogen, um sich mit dem Berufsbild auseinanderzusetzen. Außerdem müssen Pädagogen nach der Grundausbildung erst eine „Induktionsphase“ für den Berufseinstieg durchlaufen, also eine Art Turnus machen.

Voraussetzung für den Berufseinstieg soll zunächst der Bachelor-Abschluss sein, wobei den Neulingen zunächst als Mentor ein erfahrener Lehrer zur Seite gestellt werden soll. Dies werde auch ein Schritt zur stärkeren Teamorientierung der Pädagogen sein, so Schmied. Bestimmte Funktionen und Aufgaben an der Schule verlangen dann einen Master-Titel, außerdem soll es eine permanente Weiterbildung geben.

Noch konkretisiert werden müssen die genauen Einsatzfelder der Absolventen, der genaue Ablauf der „Induktionsphase“ sowie das Zusammenspiel von Pädagogischen Hochschulen (PH) und Universitäten in „Clustern“. Dazu sollen auch im November und Dezember „Stakeholder“-Konferenzen in Linz, Graz, Innsbruck und Wien abgehalten werden.

Bei der Zusammenarbeit zwischen PH und Unis könne es in den verschiedenen Clustern durchaus unterschiedliche Modelle geben, meinte Schmied. „Da wird es nicht ein Muster geben“. Dass irgendwann am Ende dieses Prozesses eine Pädagogische Universität stehen könnte, sei „durchaus ein Zielmodell, aber so weit sind wir noch nicht“.

KUNSTHALLE wien: Female Pop Art

Die KUNSTHALLE wien entdeckt von 4. November 2010 bis 20. Februar 2011 herausragende Künstlerinnen der Pop Art neu und löst so nach 40 Jahren Dorothy Iannones kämpferisches Versprechen ein: „The Next Great Moment in History is Ours“ (1970). Die bis heute primär mit männlichen Protagonisten verbundene Kunstrichtung wird in der Schau einer Neuinterpretation unterzogen.

Plastik, grelle Farben, reduzierte Formen und graphische Konturen – die Arbeiten der neun ausgestellten Künstlerinnen ähneln in vielem

denen ihrer männlichen Kollegen. Auch die Popfrauen treffen den Geschmack der Masse, bleiben jedoch als feministische Vorreiterinnen kämpferisch und kritisch. Zu den sozialen und politischen Ereignissen der 1960er Jahre wie den Vietnamkrieg beziehen sie offen Stellung. Gezeigt werden herausragende Werke von Dorothy Iannone, Evelyne Axell, Sister Corita, Christa Dichgans, Kiki Kogelnik, Rosalyn Drexler, Jann Haworth, Marisol und Niki de Saint Phalle. www.kunsthallewien.at

Vienna Art Week 2010

Unter dem Motto „Crossing Limits“ findet von 15. bis 21. November die vom Dorotheum initiierte Vienna Art Week 2010 statt. Mit rund 100 Einzelveranstaltungen ist sie mittlerweile die größte jährlich stattfindende Veranstaltung zur Bildenden Kunst in Wien. Was vor Jahren mit der Idee begann, renommierte Wiener Kunstinstitutionen, Museen und Galerien durch ihr Zusammenwirken als Art Cluster Vienna International in den Blickpunkt zu rücken und die Vermarktung Wiens als Kunststandort voranzutreiben, hat sich zu einem der erfolgreichsten europäischen Kunstfestivals entwickelt.

Das diesjährige Thema „Crossing Limits“ bezieht sich auf unseren Alltag und wie er von Kunst durchdrungen wird und diese in wirtschaftlichen und sozialen Umbrüchen einen Faktor der Stabilität bilden kann.

23 teilnehmende Kunstinstitutionen bieten u.a. Spezialführungen durch Sonderausstellungen und Schausammlungen. Erstmals eröffnen heuer Wiener Traditionsunternehmen und die Bundesstudios des BMUKK für die Vienna Art Week ihre Pforten. www.viennaartweek.at

Bundeskanzler Faymann kommt zur Feier in die Gedenkstätte Kaprun

Am 11. November 2000 führte ein Produktionsfehler im Heizlüfter des Führerstands einer Gletscherbahn in Kaprun (Salzburg) zu einem Inferno, in dem 155 Menschen starben.

Am 11. November wird eine Feier in der Gedenkstätte abgehalten. Eingeladen sind die Hinterbliebenen der Umgekommenen und auch die Helfer, die damals vor Ort waren.

Zur Feier werden u.a. Bundeskanzler Werner Faymann und Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller erwartet. Auch Angehörige der Opfer, darunter Ursula Geiger und Werner Kirnbauer, werden zu Wort kommen. Anschließend findet ein ökumenischer Gottesdienst zum zehnten Jahrestag der Katastrophe mit Superintendentin Luise Müller und Prälat Balthasar Sieberer statt.

SPORTPOLITIK**WADA-Generalsekretär Howman lobt Österreichs Anti-Doping-Bemühungen**

Bei einem informellen Sportministertreffen in Antwerpen hat David Howman, Generalsekretär der Internationalen Anti-Doping-Agentur (WADA), Österreichs Bemühungen im Kampf gegen Doping hervorgehoben.

Im Zuge einer Aussprache der Sportminister lobte er Österreich als Vorbild für einen effektiven Kampf gegen Doping. „Österreich hat in den letzten Jahren einen neuen Weg in der Dopingbekämpfung eingeschlagen, der international vorbildlich ist“, so der WADA-Generalsekretär.

Positiv registriert wurde von Howman auch der von Sportminister Norbert Darabos erneut vorgetragene Vorstoß, die Dopinggesetzgebung europaweit zu harmonisieren und damit an den österreichischen Standard anzugleichen. „Für einen erfolgreichen Kampf gegen Doping ist es wichtig, dass in ganz Europa die gleichen, strengen Regeln gelten“, betonte Darabos in der Diskussion.

Howman stärkte dem österreichischen Sportminister in seiner Forderung nach einer einheitlicheren Gesetzgebung den Rücken: „Österreich hat vorgezeigt, wie man effektive Rahmenbedingungen schaffen kann. Die EU sollte diesem Beispiel folgen.“

Zweite Klausurtagung zur Förderreform

Auf Einladung des Sportministeriums trafen sich ExpertInnen aus dem Organisierten Sport zu einer zweiten Klausurtagung zur Reform der Bundes-Sportförderung.

Seit Frühjahr 2010 läuft auf Initiative von Sportminister Darabos ein breit angelegter Reformprozeß zur Bundes-Sportförderung. In einem mehrstufigen Prozess wurden Konzepte für eine Neuordnung der Sportförderung in den Bereichen Breiten- und Spitzensport erarbeitet. Am 27. Oktober wurden nun die Zwischenergebnisse den Fachverbänden im Rahmen einer Tagung vorgestellt. Unter der Leitung von Univ. Prof. Dr. Wolfgang Mayrhofer von der WU Wien stellten die Leiter der drei Teilbereiche „Breitensport“, „Spitzensport“ und „Aufgaben im Sport“, Michael Maurer, Rena Eckart und Rudi Sporrer die bisherigen Arbeitsergebnisse vor.

Nun beginnt die intensive Endphase: Bis Ende November soll ein gemeinsamer „Expertenbericht“ stehen, der dann die Grundlage für politische Verhandlungen zu einem neuen Gesetz bilden soll.

Österreichs Sportstars erzielten bei Sport-Millionenshow Rekordergebnis

Dass unsere Sportlerinnen und Sportler auch abseits ihrer eigentlichen Wirkungsstätten alle Rekorde brechen, haben sie schon des öfteren bewiesen.

Und so ist es nicht verwunderlich, dass die ORF-Millionenshow-Sendung „Sportler für den Sport“, die am Vorabend des Nationalfeiertages ausgestrahlt wurde, erstmals in der Fernsehgeschichte die magische Marke von einer Million Zusehern überschritt. Insgesamt vier Pärchen, jeweils ein Sportstar und ein Moderator, stellten sich den Fragen Armin Assingers, um für die Österreichische Sporthilfe Einnahmen zu lukrieren.

Dabei stellten die Rateteams ihr Allgemeinwissen, aber auch ihren Humor und ihren Teamgeist unter Beweis. Insgesamt 150.000 Euro Preisgeld wurden erzielt. Naturgemäß sehr erfreut über dieses großartige Ergebnis zeigte sich Sportminister Norbert Darabos, der wie Sporthilfe-Chef Anton Schutti und BSO-Präsident Peter Wittmann zur Unterstützung der Stars die Show live vor Ort verfolgte.

Sportkegel-WM fand in Ritzing statt

Sportminister Norbert Darabos eröffnete am 24. 10. in Ritzing (Burgenland) die III. SINGLE'S WORLD CHAMPIONSHIPS NINEPIN BOWLING CLASSIC 2010. Über 400 SportlerInnen aus 19 Nationen nahmen bis 30. Oktober an diesem Top-Event teil.

Darabos betonte in seinen Grußworten die große Bedeutung von internationalen Großsportveranstaltungen für Österreich und die Region. Besonderer Dank gelte dem Präsidenten des Österreichischen Sportkeglerverbandes und des Weltverbandes der Sportkegler Ludwig Kocsis und den vielen größtenteils freiwilligen Helferinnen und Helfern.

Erfreulicher Höhepunkt für Österreich war der Sprintbewerb: Die Kärntnerin Doris Frank erreichte mit Silber das beste österreichische Ergebnis.

Erster WM-Titel für Jasmin Ouschan

Österreichs Billard-Aushängeschild Jasmin Ouschan, die im Frühjahr bei der Pool-Billard-EM in Zagreb alle vier Goldmedaillen gewonnen hatte, gewann Ende Oktober erstmals den Weltmeistertitel in der Eliteklasse. Die 24-jährige Kärntnerin besiegte im Finale die südkoreanische Doppelweltmeisterin Kim Ga Young und holte ihr erstes WM-Gold. Zuvor war Ouschan schon Junioren-Weltmeisterin gewesen.

INFORMATIONEN AUS ÖSTERREICH

Redaktionsschluss: 15. November 2010

Nr. 22/10

INNENPOLITIK

Rot-Grün in Wien
Gesundheitsminister Stöger will bundesweite Spitalsreform
SOKO Ost senkt Kriminalität

EUROPA INTERNATIONAL

Bundespräsident Fischer zu Besuch in Südostasien
Ukrainischer Premier Asarow bei Bundeskanzler Faymann
Österreich verlängert UNO-Einsätze des Bundesheeres
Außenminister Spindelegger bei Donauraum-Konferenz in Bukarest

WIRTSCHAFT

Kanzler Faymann: Sparprogramme dürfen Wachstum nicht gefährden
Österreich wächst stärker als Deutschland und EU
Metaller: Plus 2,3 Prozent bei Ist-Löhnen
KMU starkes Rückgrat der Wirtschaft

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT

Brecht auf Wiener Bühnen: Erstaunliche Lebendigkeit eines Totgesagten
SEZUAN.GUT.MENSCH: das bernhard ensemble denkt Brecht brillant weiter
Benefizfest: 25 Jahre Gesellschaft für bedrohte Völker-Österreich (GfbV-Ö)
Wiener Kammeroper: Joseph Haydns Meisterwerk "L'isola disabitata"

SPORTPOLITIK

Andrea Fischbacher und Jürgen Melzer Sportlerin und Sportler des Jahres 2010
Generalversammlung des ÖPC 2010: Blick wird bereits auf London gerichtet

IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressediens. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz, Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/3, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958, Fax ++43/1/53109-2958, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; <http://www.bundeskanzleramt.at>;
Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet. Herausgegeben vom Bundespressediens-Wien.

INNENPOLITIK

Rot-Grün in Wien

Fast genau einen Monat nach der Wien-Wahl (10. Oktober) haben sich SPÖ und Grüne auf einen gemeinsamen Koalitionspakt geeinigt und damit den Weg für die erste rot-grüne Regierung auf Landesebene in Österreich freigemacht. Am 12. November präsentierten Wiens Bürgermeister Michael Häupl und seine neue grüne Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou im Rathaus vorerst die Eckpunkte des gemeinsamen Regierungsprogramms für die nächsten fünf Jahre. Formal musste die Einigung noch von den jeweiligen Parteigremien abgesegnet werden. Die Grünen stimmten am 14. November in einer Landesversammlung mit großer Mehrheit für das Koalitionsabkommen, die SPÖ stimmte einen Tag später in ihrem größten Gremium, dem „Wiener Ausschuss“ über das Papier ab. Im Anschluss daran war im „Roten Salon“ des Rathauses die feierliche Unterzeichnung des Regierungsabkommens angesetzt. Der genaue Termin für die konstituierende Gemeinderatssitzung war zu Redaktionsschluss noch nicht veröffentlicht. Geplant ist sie jedenfalls für Ende November. Die gebürtige Griechin Maria Vassilakou (41), bisher Klubobfrau der Wiener Grünen, ist die erste Wiener Vizebürgermeisterin mit Migrationshintergrund. Sie übernimmt im neuen Wiener Stadtrat die Agenden Verkehr, Stadtplanung, Klimaschutz und Energie sowie Bürgerbeteiligung. Neuer Klubchef der Wiener Grünen wird der nicht-amtsführende Stadtrat David Ellensohn.

In der Riege der SPÖ-Stadträte wird es keinen Wechsel geben, mit Ausnahme des jetzigen Verkehrsstadtrates Rudolf Schicker, der seinen Posten für Vassilakou räumen muss. Renate Brauner bleibt Vizebürgermeisterin und Finanzstadträtin. Der künftige Stadtsenat wird von derzeit 13 auf 12 Mitglieder verkleinert. Damit stehen der SPÖ sieben (bisher acht), der FPÖ drei Stadträte, Grünen und ÖVP jeweils ein Stadtrat zu.

Zentrale Maßnahmen plant Rot-Grün in Wien in den Bereichen Integration, Bildung, Klimaschutz und Armutsbekämpfung. Vorgesehen sind etwa im Integrationsbereich eine „Wiener Charta des Zusammenlebens“ und ein „Wiener Vertrag“, der die Rechte und Pflichten von Neuzuwanderern festlegt. Bis 2013 soll ein neues Verkehrskonzept erarbeitet werden, das unter anderem die Reduktion des Individualverkehrs sowie den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Radwege vorsieht.

Gesundheitsminister Stöger will bundesweite Spitalsreform

Um die ständig steigenden Kosten im Spitalsbereich einzudämmen, will Gesundheitsminister Alois Stöger die Rahmenbedingungen für Österreichs Spitäler völlig ändern. Angesetzt wird sowohl bei der Verteilung der Kompetenzen als auch bei der Zuteilung von Finanzmitteln: Demnach sollen die Mittel für Krankenhäuser künftig gebündelt und nur dann an die Länder weitergegeben werden, wenn diese bestimmte Kriterien erfüllen. Die entsprechenden österreichweit einheitlichen Ziele soll der Bund per Gesetz vorgeben. Bei Nichterfüllung dieser Ziele würden die Länder weniger Geld erhalten als bisher, so Stögers Plan.

Neun unterschiedliche Bundesländergesetze würden auch ebenso viele unterschiedliche und damit teure Leistungsangebote und Regelungen für Krankenanstalten sowie unterschiedliche Selbstbehalte bedeuten, begründet Stöger seinen Vorstoß für ein bundesweites Spitalgesetz. Der Bund wäre für die gesamte Spitalplanung inklusive Verordnungen zuständig, die Ausführung bliebe bei den Ländern, erklärte Stöger. Der Bundesgelderfluss an die Spitäler sollte zudem nicht mehr automatisch erfolgen, sondern nur unter bestimmten Voraussetzungen. Immerhin würden Krankenkassen und Bund 65 % der Kosten finanzieren, daher wolle man die künftige Entwicklung auch über eine gleichermaßen qualitative wie quantitative „Zielsteuerung“ mitgestalten – etwa Bedarfserhebung und Vorgaben für einzelne Stationen, Standards oder Synergien herstellen. Zu Standortschließungen würde es nicht kommen, betonte der Gesundheitsminister, dessen Konzept nun zur breiten Diskussion mit Parteien, Ländern und Interessenvertretern anregen soll.

SOKO Ost senkt Kriminalität

„Die SOKO Ost zeigt Wirkung, der konsequente Fahndungsdruck senkt die Kriminalität“, betonte Innenministerin Maria Fekter am 28. Oktober anlässlich der Evaluierung einer bundesländerübergreifenden Großaktion der SOKO Ost in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland. Zwischen 1. Juli und 31. Oktober seien insgesamt 1.644 Personen festgenommen worden, 436 Tatverdächtige habe man auf frischer Tat ertappt, etwa bei Einbrüchen oder Fahrzeugdiebstählen. Wegen illegaler Migration habe es 1.178 Festnahmen gegeben, aus verwaltungspolizeilichen Gründen seien 30 Personen verhaftet worden, resümierte Fekter. Der erhöhte Fahndungsdruck störe kriminelle Strukturen, so Fekter.

EUROPA INTERNATIONAL**Bundespräsident Fischer zu Besuch in Südostasien**

Seine ursprünglich von 7. bis 12. November geplante Reise in die südostasiatischen Länder Malaysia, Indonesien und Singapur musste Bundespräsident Heinz Fischer wegen der Aschewolke des indonesischen Vulkans Merapi abbrechen und kehrte am 10. November vorzeitig aus Jakarta zurück.

Programmgemäß verlief hingegen Fischers Staatsbesuch in Malaysia, der ersten Station seiner Südostasien-Visite. Begleitet wurde er von seiner Frau Margit und einer großen Delegation, der neben anderen Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner und Gesundheitsminister Alois Stöger angehörten. Gesprächspartner waren in der malaysischen Hauptstadt Kuala Lumpur König Mizan Zainal Abidin und Vizepremier Muhyiddin Yassin.

Fischer sprach sich für forcierte Wirtschaftsbeziehungen zu den südostasiatischen Ländern aus. Österreich sei zwar in China, Japan und Indien stark engagiert, müsse jedoch auch den „aufstrebenden Wirtschaftsraum“ Südostasien erschließen, sagte Fischer vor Journalisten. Gute Chancen für österreichische Betriebe bestünden vor allem in den Bereichen Spitals-, Umwelt- und Infrastrukturtechnologie. Die Wirtschaftsbeziehungen zu Malaysia seien „ausgezeichnet“, zuletzt habe das Handelsvolumen rund 650 Mio. Euro betragen.

In seiner Rede vor dem malaysisch-österreichischen Wirtschaftsforum unterstrich der Bundespräsident, dass Österreich, welches die demnächst beginnenden Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Malaysia stets befürwortet habe, aufgrund seiner zentralen Lage für Malaysia als „Tor zu Mittel- und Osteuropa“ interessant sei. Beide Seiten betonten die Brückenfunktion Malaysias zwischen Islam und dem Westen. Fischer würdigte Malaysia und Indonesien als moderate islamische Länder, die Fanatismus und Terrorismus eine Absage erteilt hätten und andere Religionen zulassen würden. In Österreich sei der für den gegenseitigen Respekt „absolut notwendige“ interreligiöse Dialog „tief verwurzelt“, betonte Fischer.

Auch in Indonesien waren der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen und der Dialog der Religionen zentrale Themen. In Jakarta, Hauptstadt des bevölkerungsreichsten muslimischen Landes, traf Fischer mit seinem indonesischen Amtskollegen Susilo Bambang Yudhoyono zusammen. Beide Seiten unterstrichen, die guten bilateralen Beziehungen be-

sonders auf dem Wirtschaftssektor (Umwelt, Infrastruktur, Gesundheit) forcieren zu wollen.

Ukrainischer Premier Asarow bei Bundeskanzler Faymann

Der ukrainische Regierungschef Nikolai Asarow und Bundeskanzler Werner Faymann haben am 8. November bei einem Arbeitsgespräch in Wien Möglichkeiten einer intensiveren bilateralen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit erörtert. Weitere Themen waren die Beziehungen der Ukraine zur EU sowie Infrastrukturprojekte im Rahmen der Fußball-EM EURO 2012, die von der Ukraine und Polen ausgetragen wird. Anlass für Asarows Arbeitsbesuch in Wien war dessen Teilnahme am Vienna Economic Forum (siehe Wirtschaft). Im Vorfeld der EURO 2012 in Polen und der Ukraine haben am 4. November in Wien auch Innenministerin Maria Fekter und der stellvertretende polnische Innenminister Adam Rapački eine enge bilaterale Kooperation im Sicherheitsbereich vereinbart.

Österreich verlängert UNO-Einsätze des Bundesheeres

Die Bundesregierung hat am 9. November die UNO-Einsätze des Bundesheeres unter anderem im Kosovo, in Bosnien und am Golan bis Ende 2011 verlängert. Österreich liege mit über 1.000 Soldaten im EU-Spitzenfeld, betonte Verteidigungsminister Norbert Darabos. Schwerpunkt der österreichischen Sicherheitspolitik bleibe der Balkan.

Außenminister Spindelegger bei Donauraum-Konferenz in Bukarest

Gemeinsames Ziel sei es gewesen, den Donauraum zu einem gesamteuropäischen Anliegen zu machen – was auch gelungen sei. Außenminister Michael Spindelegger zeigte sich am 8. November beim „Danube Summit“ in Bukarest hoch erfreut, dass aus dieser österreichisch-rumänischen Idee nunmehr ein „europäisches Zukunftsprojekt wurde“. Dieses jüngste Treffen bilde einen weiteren Meilenstein auf dem Weg zu einer gemeinsamen EU-Strategie für den Donauraum, so Spindelegger. Erstmals seien von Anfang an alle Staaten der Region, egal ob EU-Mitgliedstaat oder nicht, in den Entstehungsprozess eingebunden gewesen. Eckpunkte der Strategie sind laut Spindelegger eine verbesserte Transport- und Infrastrukturverbindung, der nachhaltige Schutz des Ökosystems sowie die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit.

WIRTSCHAFT

Kanzler Faymann: Sparprogramme dürfen Wachstum nicht gefährden

Am diesjährigen 7. Vienna Economic Forum in der Raiffeisenzentralbank in Wien haben am 8. November Vertreter aus 44 Ländern Süd- und Südosteuropas teilgenommen, darunter der ukrainische Premier Nikolai Asarow und Bulgariens Energieminister Trajtscho Trajkow.

Bundeskanzler Werner Faymann betonte in seiner Rede, dass die Partnerschaft mit Ländern aus der Region für die nächste Generation entscheidend sein würde. Dieser konsequent geführte Dialog sei angesichts der unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Gegebenheiten in den süd- und südosteuropäischen Ländern wichtig, um extremen Kräften entgegenwirken und Gewalt im Keim ersticken zu können. „Wer diese Partnerschaften leichtfertig aufgeben will, schadet dem europäischen Friedensprozess“, so Faymann.

In der Krise dürften Sparprogramme keine Kürzungen in jenen Bereichen zur Folge haben, die den Aufschwung sichern würden – eine Forderung Faymanns, die auch vom Chef der Raiffeisenbank International (RBI), Herbert Stepic, vollinhaltlich unterstützt wurde. Man müsse den Lebensstandard absichern und die soziale Ausgewogenheit berücksichtigen. Die Kaufkraft der Bevölkerung und damit das Wirtschaftswachstum dürften nicht zerstört werden, unterstrich der Bundeskanzler.

Deshalb sei in erster Linie bei Doppelgleisigkeiten in der Verwaltung und bei Förderungen anzusetzen. Allerdings würden die Einsparungen in Österreich im Durchschnitt nur 1,7 % betragen, während andere Länder ihre Ausgaben um 4 bis 5 % oder gar 15 % einschränken müssten. Keinesfalls dürfe man bei Bildung, Forschung und Entwicklung sparen, denn eben das hätte unabsehbare Folgen für Kaufkraft und künftiges Wachstum, sagte Faymann.

Trotz beispielhaftem Euro-Schutzschirm in Höhe von 700 Mio. Euro fehle in Europa „noch immer eine entsprechende Finanzmarktarchitektur. Es brauche eine starke europäische Rating-Agentur als Kontrollmechanismus.

Österreich habe sich schon bisher als verlässlicher Partner in Europa bewährt, weshalb er, Faymann, eine „gute Basis“ sehe, die künftigen Herausforderungen zu bewältigen.

Österreich wächst stärker als Deutschland und EU

Österreichs Wirtschaft ist im Sommer kräftiger gewachsen als jene Deutschlands und der Eurozone. Im Vergleich zum Vorquartal wuchs

das BIP (Bruttoinlandsprodukt) im dritten Quartal um 0,9 %. Laut bisher vorliegender Zahlen wies Österreich damit gemeinsam mit der Slowakei die drittgrößte BIP-Steigerung hinter Finnland (+1,3 %) und Tschechien (+1,1 %) gegenüber dem Vorquartal auf. Deutschland erreichte nur ein Plus von 0,7 %, der Euroraum und EU schafften nur 0,4 %.

Im Jahresabstand erwies sich allerdings Deutschland, die größte europäische Volkswirtschaft, mit +3,9 % neuerlich als Konjunkturlokomotive. Die zweitgrößte Volkswirtschaft, Frankreich, erreichte nur 0,4 % Wachstum im Quartalsabstand und 1,8 % Zuwachs gegenüber dem Vorjahr.

Österreichs Wirtschaftsleistung (BIP) stieg im Jahresabstand laut Schnellschätzung des Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo) vom 12. November erneut um 2,4 %. Die EU-27 legten laut Eurostat um 2,1 %, der Euroraum um 1,9 % zu. In Griechenland, dem EU-Schlusslicht, schrumpfte die Wirtschaft gegenüber 2009 um 4,5 %, im Quartalsabstand um 1,1 %. Daten aus Irland fehlen noch.

Metaller: Plus 2,3 Prozent bei Ist-Löhnen

Die 165.000 Beschäftigten in der Metallindustrie bekommen rückwirkend mit 1. November 2,5 % mehr Mindestlohn, die Ist-Löhne legen um 2,3 % zu. Weiters gibt es einen Mindestbetrag von 45 Euro, wodurch das Gehaltsplus bei den untersten Einkommensschichten bis zu 3 % beträgt. Der Mindestlohn steigt leicht auf 1.524 Euro. Florierende Unternehmen zahlen einen weiteren Einmal-Betrag von 50 bis 150 Euro, abhängig vom Betriebsergebnis. Die Lohnabschlüsse der Metaller gelten als richtungsweisend für die Lohnverhandlungen der anderen Branchen.

KMU starkes Rückgrat der Wirtschaft

„Laut Mittelstandsbericht 2010“ des Wirtschaftsministeriums waren 2009 in Österreich rund 299.000 Kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) aktiv, das sind 99,6 % aller Unternehmen. Erwirtschaftet wurden zuletzt Nettoumsätze von insgesamt 405 Mrd. Euro sowie eine Bruttowertschöpfung von rund 99 Mrd. Euro. Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lag bei 1,8 Millionen. Im europäischen Vergleich zeigte sich zudem ein überdurchschnittlich hoher Frauenanteil von 35 %. Jedes dritte Unternehmen wird von einer Frau geführt, in der EU-27 liegt dieser Anteil bei 30,2 Prozent.

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT**Brecht auf Wiener Bühnen: Erstaunliche Lebendigkeit eines Totgesagten**

Brecht sei tot, ließen noch bis vor kurzer Zeit hierzulande Regisseure auf die Frage verlauten, warum sie keines seiner angeblich marxistisch platten, ideologiebefrachteten Stücke inszenierten. Wie rasch sich Zeiten und Sichtweisen doch ändern: Internationale Bankenkrise, astronomische Gehälter und Abfertigungen für Spitzenmanager, nahezu täglich publik werdende haarsträubende Finanztransaktionen und Korruptionsfälle, Verlust scheinbar sicherer Arbeitsplätze, soziale Gefährdung auch vieler gut qualifizierter Menschen, von jenen in weiten Teilen einer unterentwickelten Welt gar nicht zu reden, Erosion menschlicher Bindungen, Hinwendung zu diffusen Heilslehren, etc. – kurz gesagt: ein Auseinanderdriften von Reich und Arm in einer globalisierten Welt – all dies hat offensichtlich hierzulande die Reanimation des aus Augsburg stammenden Stückeschreibers Bertolt Brecht (1898-1956) bewirkt, des neben der Wiener Autorin Elfriede Jelinek (geb. 1946) sozialkritisch radikalsten deutschsprachigen Schriftstellers.

Die europäische Kulturhauptstadt Linz 09 leitete im Linzer Landestheater mit gleich zwei Brecht-Aufführungen offenbar ein Revival ein: mit dem „Guten Menschen von Sezuan“, inszeniert von dem in Singapur aufgewachsenen Chinesen Ong Keng Sen, der schon 2005 im Wiener Schauspielhaus mit einem „Kaukasischen Kreidekreis“ hervorgetreten war, und ein „Im Dickicht der Städte“ des erfahrenen Brecht-Regisseurs Matthias Langhoff (geb. 1941). Beides überragende Regie-Leistungen, die damals von der österreichischen Presse kaum gewürdigt wurden.

Im Theater an der Wien war nur zweimal(!) Mitte Oktober d.J. Kurt Weills und Bertolt Brechts „Mahagonny Songspiel“ (1927) und das Ballet chanté „Die sieben Todsünden“ (1933) zu sehen, in jener Umsetzung, die 2009 am Pariser Théâtre des Champs-Élysées unter seinem damaligen Direktor und jetzigen Wiener Staatsoperndirektor Dominique Meyer herausgekommen ist. Regie führte in Paris und auch jetzt in Wien Juliette Deschamps. In dem von Nelson Willemotte kubistisch gestalteten Bühnenbild irrte die nach dem Glück suchende Anna herum, deren Träume von einer brutalen und zugleich bigotten Umwelt so verformt wurden, dass ihre schlussendliche Realisierung wie Hohn anmutet.

Angelika Kirchschrager sang die Anna in beigem Ledermantel und mit schwarzer Ponyfri-

sur nach Weills Intentionen opernhaft und jazzig – mit einer Hingabe, die Vergleiche mit berühmten Darstellungen, etwa Lotte Lenyas oder Gisela Mays, nicht zu scheuen brauchte. Auch die anderen Sänger und Sängerinnen wie Simeon Esper, Yves Saelens, Holger Falk, Catherine Hunold und Graeme Broadbent waren ideale Interpreten von Weills/Brechts bitteren Wahrheiten.

Das ORF-Radio-Symphonieorchester unter Walter Kobéra setzte die Musik von Walzer über Foxtrott, Marsch, Shimmy bis zur Tarentella kongenial um - mit jazzigen Klängen hat dieses Spitzenorchester ohnehin lange Erfahrung. Der ORF übertrug am 6. November auf seinem Radiosender Ö1 diese fulminante Aufführung.

Im Wiener Burgtheater war über zehn Jahre kein Brecht zu sehen. Seit 30. Oktober wird hier die Inszenierung der „Heiligen Johanna der Schlachthöfe“ des deutschen Regisseurs Michael Thalheimer gezeigt, zwiespältig von der Kritik aufgenommen, vom Publikum heftig akklamiert.

Brecht schrieb „Die Heilige Johanna der Schlachthöfe“ 1929/30 in Berlin. Uraufgeführt wurde das Stück erst im April 1959 am Deutschen Schauspielhaus in Hamburg – drei Jahre nach dem Tod des Autors und mit Brechts Tochter Hanne Hiob in der Hauptrolle.

Der Inhalt des Stücks: Im Fleischhandel Chicagos verfallen um 1900 die Preise durch Überproduktion. Der Fleischkönig Pierpont Mauler zieht sein Geld aus dem Geschäft. Seine Anteile übernimmt Cridle unter der Bedingung, dass der Konkurrent Lennox niedergelassen wird. Trotzdem müssen die Mauler-Cridleschen Fabriken wegen der Krise die Tore schließen. Hunderttausende Arbeiter verlieren ihre Jobs – sie mischen im Geschehen als monolithischer mächtiger Chor mit.

Johanna Dark, eine Heilsarmeeoldatin der „Schwarzen Strohhüte“, kann das wachsende Elend der hungernden Arbeiter nicht aufhalten. Sie wendet sich an Mauler um Hilfe, der ihr beweisen will, dass die Armen ihr Unglück durch ihre Schlechtigkeit selbst verschuldet haben. Johanna erkennt aber auf dem Schlachthof, dass die Menschen böse und verderbt sind, weil sie arm sind. Als der Fleischpreis so niedrig ist, dass er kaum noch fallen kann, steigt Mauler wieder in das Geschäft ein und kauft alles Fleisch und Vieh auf. Johanna begreift zu spät, dass Maulers erneute Monopolstellung die Not in kurzer Zeit vergrößern muss. Sie solidarisiert sich mit den Arbeitern. Doch als ein Generalstreik mit dem Aufruf zur Gewalt vorbereitet wird, verrät sie, Anhängerin der

Gewaltlosigkeit und Opfer falscher Informationen, ihre Verbündeten. Der Streik wird niedergeschlagen. Ausgebrannt und lungenkrank bricht Johanna zusammen, zu spät sieht sie klar: „Die aber unten sind, werden unten gehalten, damit die oben sind, oben bleiben“. Noch härter sagt sie: „Darum, wer unten sagt, dass es einen Gott gibt, und ist doch keiner sichtbar, und kann sein unsichtbar und hülflos ihnen doch, den soll man mit dem Kopf auf das Pflaster schlagen, bis er verreckt ist“. Aber sie spricht ins Leere, niemand hört ihr wirklich zu.

Die 25-jährige Johanna Dark stirbt „im Dienste Gottes, Streiterin und Opfer!“ Alle säuseln Frommes, auch Mauler, einer Kanonisierung Johannas steht nichts mehr im Wege und nützt den Kapitalisten und den Pfaffen.

Michael Thalheimer hat Brechts Stück essentiell inszeniert, wuchtig wie ein antikes Drama. Die Schlachthofbühne (Bildner: Olaf Altmann) ist kahl und grau, im Hintergrund schwingt ein Fleischklumpen wie ein Pendel. Die Büchsenfleischproduzenten und -manager kämpfen, schwitzen, ringen berserkerhaft, miteinander, gegeneinander: Tilo Nest als schmieriger Fleischkönig Mauler, Roland Koch als fetter und glatter Bürokrat, Oliver Masucci als Klischee eines ewig sonnengebräunten Managers.

Unangenehm, weil arm und böse: Regina Fritsch als Witwe eines im Schlachthof tödlich verunglückten Arbeiters.

Sarah Viktoria Frick wirkt als Johanna anfangs naiv, an das Gute in allen Menschen glaubend. Allmählich schärfer sehend, gewinnt sie Konturen, wird mit ihrer geistigen Ausstrahlung Maulers Widerpart und liefert ihm gleichrangige Gefechte.

Im Übrigen wurde im Rahmen der 11. Nestroy-Gala am 8. November im Wiener Burgtheater Sarah Viktoria Frick als beste Nachwuchsdarstellerin ausgezeichnet. www.burgtheater.at
Von der momentanen Brecht-Hausse ist kein Ende abzusehen: Am 19. November hat im Wiener Volkstheater „Herr Puntila und sein Knecht Matti“, die Parabel über Herr- und Knechtschaft, Premiere. www.volkstheater.at

SEZUAN.GUT.MENSCH: das bernhard ensemble denkt Brecht brillant weiter

Das nach Thomas Bernhard benannte „bernhard ensemble“ wurde 1997 von Grischa Voss und Ernst Kurt Weigel gegründet. Das Team von Schauspielerinnen und Schauspielern, Musikern, Autoren und Bildenden Künstlern möchte „wichtige und aktuelle Aspekte unserer Zeit auf der Bühne thematisieren“. Ein fixer Kreis von Künstlern schien von Anfang

an wünschenswert, um eine entsprechende Formensprache identifizierbar weiterzuentwickeln. 2006 wurde im 7. Wiener Gemeindebezirk, Kirchengasse 41, eine fixe Spielstätte gefunden. Das bernhard ensemble ist „zutiefst davon überzeugt, dass nur im Bereich des Freien Theaters wirklich unabhängige Aussagen und Entwicklungen möglich sind“. Die ensemble-Mitglieder – vor allem Voss und Weigel – verfassen die Stücke selbst oder adaptieren die Werke klassischer und zeitgenössischer Autoren für ihre Zwecke: „Wir verstehen uns als sozialkritische Beobachter, die öffentliches Bewusstsein und Verständnis schaffen wollen, für Verdrängtes, Unterdrücktes und Verborgenes“. Diese Programmatik exemplifiziert die Theatertruppe seit vielen Jahren – etwa auch anhand von Texten Herman Melvilles, Dario Fos oder Arthur Schnitzlers.

An vielen Litfasssäulen und Plakatwänden in Wien sticht derzeit ein von der Schauspielerin Kristina Bangert hervorragend gezeichnetes knallgelbes und rotes Plakat ins Auge: „SEZUAN.GUT.MENSCH. nach B. Brecht“.

Gezeigt wird nicht sein klassisches Stück, wo die Götter ins chinesische Sezuan kommen, um gute Menschen zu finden, die ein menschenwürdiges Dasein leben können, damit die Welt so bleibe, wie sie ist. Der einzige gute Mensch, den sie schließlich finden, ist die Hure Shen Te, die allerdings nur in der Maske des bösen Veters Shui Ta überleben kann, nachdem sie dem stellungslosen Postflieger Yang Sun in Liebe verfallen ist. Schwanger geworden kann sie in ihren alten Beruf nicht mehr ausüben, mit der Entlarvten kennt die getäuschte Gesellschaft kein Erbarmen. Die Götter erteilen dem einzigen guten Menschen, der ihnen begegnet ist, die Erlaubnis, weiterhin seine böse Seite zu zeigen, damit er überleben kann und machen sich aus dem Staub.

Diese berühmte Geschichte dient den Schauspielern des bernhard ensembles nur als Grundgerüst. Auf ihm denken und spielen sie Brecht in die Wiener Gegenwart. Losgelöst von seiner Textvorlage entwickeln sie frei improvisatorisch eine heutige Bühnenparabel: Yang (quasi Shen Te) ist hier ein verständnisvoller weicher Stricher, Yin seine harte geschäftstüchtige Schwester. Dann gibt es neben dem attraktiv-lässigen blinden Flieger z. B. den Mann mit „Migrationshintergrund“ vom Balkan, eine Schwangere aus der Favoritener Per-Albin-Hansson-Siedlung, die genau weiß, wie man diverse Sozialleistungen lukriert, weiters eine über das allgemeine Weltenelend quasselnde Tussi; einen Neonazi, der hinter seinen brutalen Sprüchen ungeheuer einsam wirkt und

einen kleinen zarten Gott, der angesichts dieser Menschen zunehmend verzweifelt.

Diese Aufführung ist wohl die derzeit interessanteste Brecht gewidmete in Wien – sie hätte ihm garantiert gefallen. Zweck von sozial relevanter Kunst müsse es sein, „verwickelte Vorgänge“ sichtbar zu machen, meinte er. Und genau das macht das bernhard ensemble mit dieser Aufführung, die kaum dichter gelingen konnte. Ein Glücksfall. www.off-theater.at oder 0043/676 360 62 06.

Benefizfest: 25 Jahre Gesellschaft für bedrohte Völker-Österreich (GfbV-Ö)

Am 5. November wurde im 3-raum-anatomietheater in Wien im Rahmen des Benefizfestes „Nyengida“ der Gesellschaft für bedrohte Völker-Österreich (GfbV-Ö) gedacht, die heuer ihr 25jähriges Bestehen feiert. „Nyengida“ heißt „Fest“ in der Sprache des tansanischen Barabaig-Volkes. Der Abend wurde von Theaterleiter Hubsli Kramar moderiert. Es lasen u.a. die türkisch-kurdische Autorin Nuran Ekingen und die Kongolesin Espérance F. Ngayibata Bulayumi. Weiters wurden Ausschnitte aus „Little Alien“ gezeigt, einem Dokumentarfilm der bosnisch-österreichischen Filmemacherin Nina Kusturica, in dem Teenager-Flüchtlinge aus weltweiten Krisenregionen zu Wort kommen. Die deutsch-amerikanische Künstlerin und Menschenrechtsaktivistin Rebecca Sommer bot Kurzvideos über den Kampf der Indigenen Brasiliens gegen das Belo-Monte-Staudamm-Projekt. Aus Sarajevo kam ein Trio um die fulminante Sängerin Nataša Mirković-De Ro.

Nach dem Bürgerkrieg in Nigeria war die deutsche GfbV Ende der 60er Jahre gegründet worden, 1985 wurde die österreichische Sektion mit gleicher Zielsetzung geschaffen. Die GfbV engagiert sich für unterprivilegierte Gruppen und Minderheiten. Die Aktionsformen – oft auch gegen als fragwürdig empfundene Regierungsmaßnahmen und Konzernbeschlüsse gerichtet – reichen dabei von Unterschriftensammlungen und Information von Politikern bis zu Demonstrationen. Auch kommt es zu regelmäßigen Spendensammlungen für kleinere Projekte.

Neben laufender Öffentlichkeitsarbeit durch Presseaussendungen und Mitgliederinformationen sind über die Jahre besonders die Zeitschrift „Bedrohte Völker“ und auch der Bildkalender „Lebenszeichen“ zu einem Markenzeichen der Gesellschaft in Österreich geworden: GfbV-Österreich, A-1030 Wien, Untere Viaduktgasse 53/7A, Tel/Fax: 0043/1/503 49 90. e-mail: office@gfbv.at, PSK 7.238.909.

Wiener Kammeroper: Joseph Haydns Meisterwerk „L'isola disabitata“

Für das Marionettentheater im Schloss Eszterháza (heute: Fertőd/Ungarn) hatte Joseph Haydn 1779 eine „Azione teatrale“ geschaffen, ein höfisches Feststück, das eine Ausnahme unter seinen Opernpreziosen bildet. Sie wurde am Namenstag von Fürst Nikolaus am 6. Dezember uraufgeführt und trug den seltsamen Titel „L'isola disabitata“ („Die unbewohnte Insel“). Das Libretto schrieb der in Rom geborene Autor Pietro Metastasio, seit 1729 als Hofdichter (Poeta Cesareo) am Wiener Kaiserhof wirkend – also einer unserer Bundespressedienst-Ahnen.

In seinem existenzialistisch anmutenden Stück widmet sich Haydn einer Urgewalt – der Liebe. Die junge Costanza (Eleni Voudouraki, Mezzosopran) und ihre jüngere, noch kindliche Schwester Silvia (Chiara Skerath, Sopran) meditieren melancholisch über das Leben: Costanza, von ihrem Bräutigam verlassen – der schuldlos war, wie sich später herausstellt – rät Silvia von Männern ab, um sie vor Verletzungen zu schützen. Da tauchen plötzlich zwei dieser Spezies auf – der blonde Enrico (Sebastian Huppmann, Bariton) und dann auch noch der schwarzgelockte Gernando (Juraj Hollý, Tenor), der verschollene Bräutigam.

Silvia, völlig unerfahren, verliebt sich sofort in Enrico, ihre Gefühle machen sie blind. Enrico erkennt aber das Ausmaß ihrer Passion nicht, weil er vor allem von sich selbst und seiner Rolle als überlegener Helfer Gernandos bezaubert ist. Gernando wiederum ist besessen von dem Wunsch, Costanza wieder zu gewinnen, erkennt aber den emotionalen Schaden nicht, den er, vielleicht auch unbewusst, angerichtet hat.

Vier Menschen auf einer unbewohnten, wüsten Insel mit unterschiedlichen Verblendungen, mit Obsessionen, die einsam machen. Weder ein Duett noch ein Terzett kommt vor, nur eine Kette von Arien, eine schöner und inniger als die andere. In ihnen öffnen diese Menschen für einen Augenblick ihre Seelen. Am Schluss erklingen vier Stimmen doch zusammen. Ob sie zueinander finden, bleibt offen.

Nur ganz selten wurde das Stück später noch gezeigt – etwa 1909 an der Wiener Hofoper. 2009 ist von dem außergewöhnlichen Werk eine kritische Urtext-Ausgabe erschienen, auf der auch die Aufführung in der Wiener Kammeroper basiert. Die Sängerinnen und Sänger sind überragend, das Orchester der Kammeroper unter Daniel Hoyem-Cavazza bringt die bewusst karge Instrumentierung zum Blühen. www.wienerkammeroper.at

SPORTPOLITIK**Andrea Fischbacher und Jürgen Melzer
Sportlerin und Sportler des Jahres 2010**

Im gewohnt glanzvollen Rahmen fand am 3. November wieder die Lotterien-Gala „Nacht des Sports“ in der Event Pyramide Vösendorf statt. Bei der Wahl zu den Sportlerinnen und Sportler des Jahres durch die österreichischen Sportjournalisten setzten sich heuer einerseits manche Favoriten durch, andererseits gab es durchaus auch einige Überraschungen. So konnte Sportminister Norbert Darabos dem Tennis-Ass Jürgen Melzer, der heuer mit seinem Semifinaleinzug bei den French Open, dem Wimbledon Sieg im Doppel und dem Triumph beim Wiener Stadthallenturnier für Furore sorgte, für viele Sportfans nicht ganz unerwartet die Trophäe zum „Sportler des Jahres“ überreichen. Darabos bei der Preisübergabe: „Jürgen Melzers Leistungen zählen zusammen mit den Olympischen und Paralympischen Spielen 2010 in Vancouver zu den absoluten Highlights des Sportjahres 2010“. Folgerichtig wurde auch Super-G Olympiasiegerin Andrea Fischbacher zur Sportlerin des Jahres gekürt.

Bei den Behindertensportlern entschieden sich die Sportjournalisten für die doppelte Paralympics-Siegerin Claudia Lösch und den Europameister und Weltrekordler im Kugelstoßen Georg Tischler. Sieger in der Kategorie „Special Olympics“ wurde der dreifache Goldmedaillengewinner Thomas Praxmarer. „Gerade die Erfolge unserer SportlerInnen mit Handicap sind ein Beweis für die ungeheure Vielfalt des Sports in Österreich“, so Darabos weiter. „Ich gratuliere unseren BehindertensportlerInnen wirklich sehr herzlich zu ihren unglaublichen Leistungen.“

In der Kategorie Aufsteiger des Jahres konnte der erst fünfzehnjährige Golfer Matthias Schwab die Wahl für sich entscheiden. Mannschaft des Jahres wurde in einem äußerst starken Kandidatenfeld das ÖSV-Team der Team-Olympiasieger in der Nordischen Kombination: Felix Gottwald und die Heeressportler Mario Stecher, Bernhard Gruber und David Kreiner.

Die Stimmung auf den Punkt brachte Ski-Sprung Legende Anton Innauer, der für sein sportliches Lebenswerk den Special Award verliehen bekam: „Ich habe heute wieder einmal gesehen, daß dieses sportbegeisterte Umfeld eine Familie ist.“ Am Ende der Veranstaltung zog Sportminister Darabos ein äußerst positives Resümee: „Das Sportjahr 2010 hat erneut eine Vielzahl von wirklich ausgezeich-

neten Leistungen österreichischer SportlerInnen gebracht. Besonders freut mich, dass diese Leistungen in so vielen Disziplinen erbracht wurden. Diesen Trend zu einer wirklich breiten Basis für Spitzenleistungen zu verstärken, wird auch weiterhin ein wichtiges Anliegen meiner Tätigkeit als Sportminister sein“.

**Generalversammlung des ÖPC 2010:
Blick wird bereits auf London gerichtet**

Am 11. November fand die 6. Generalversammlung des Österreichischen Paralympischen Committees (ÖPC) in Wien statt. Zu den anwesenden Mitgliedern der Generalversammlung zählte auch Claudia Lösch, Österreichs erfolgreichste Athletin der Winter-Paralympics "VANCOUVER 2010" und frisch gekürte Behindertensportlerin des Jahres 2010. Nachdem Manfred Auer, bisheriger AthletenInnen-Vertreter Wintersport, im ÖPC-Vorstand seine aktive Karriere beendet hat, wird zukünftig Claudia Lösch die Interessen der WintersportlerInnen im Vorstand vertreten.

Elf Medaillen (3x Gold, 4x Silber, 4x Bronze) konnte Österreich bei den Paralympics „VANCOUVER 2010“ gewinnen, womit Österreich – der immer härter werdenden internationalen Konkurrenz zum Trotz – im Medaillenspiegel den 7. Platz belegen konnte. Sechs der insgesamt 19 österreichischen AthletInnen brachten die begehrten Medaillen von Kanada mit nach Österreich: Claudia Lösch (Gold im Slalom und Super-G, Silber in der Superkombi und Bronze in der Abfahrt bei den sitzenden Alpin-Athletinnen), Sabine Gasteiger mit Guide Stefan Schoner (Gold im Slalom und Silber im Riesentorlauf bei den sehbehinderten Alpin-Athletinnen), Robert Meusburger (Silber im Riesentorlauf der stehenden Alpin-Athleten), Jürgen Egle (Silber in der Superkombi der sitzenden Alpin-Athleten), Philipp Bonadimann (Bronze im Slalom und in der Superkombi der sitzenden Alpin-Athleten) und Hubert Mandl (Bronze im Super-G der stehenden Alpin-Athleten).

Der Blick des ÖPC ist nun bereits in die Zukunft gerichtet, und zwar auf die kommenden Sommer-Paralympics, die Ende August 2012 in London eröffnet werden. Auch in anderen Sportarten geht die Entwicklung weiter – Paragolf, Parasnowboard und Standing Eishockey bewerben sich um die Aufnahme in das Programm der Sommer- bzw. Winterspiele. Das Internationale Paralympische Committee wird die positive Entwicklung und wachsende Professionalisierung des Behindertenleistungssports gemeinsam mit den nationalen und regionalen Komitees entsprechend vorantreiben.

INFORMATIONEN AUS ÖSTERREICH

Redaktionsschluss: 29. November 2010

Nr. 23/10

INNENPOLITIK

Neue Familien-Staatssekretärin Verena Remler angelobt
Konstituierende Sitzung des neuen Wiener Gemeinderates
Gewalt gegen Frauen – Heinisch-Hosek gegen Zwangsehen
Mehr Kompetenzen für Rechnungshof
Krankenkassen heuer im Plus
Offensive für mehr Väterkarenz

EUROPA INTERNATIONAL

Bundespräsident Fischer bei OSZE-Gipfel in Kasachstan
Tschechiens Präsident Klaus traf Fischer im Stift Geras
Estlands Staatspräsident Ilves in Wien
Clinton dankte Österreich für Engagement am Westbalkan
Slowenischer Außenminister Zbogar in Wien

WIRTSCHAFT

Tourismus: 2010 beste Sommersaison seit 15 Jahren
EU-Lob für Kurzarbeit in Österreich
Irland-Hilfe: Österreich haftet mit 600 bis 800 Mio. Euro
Kräftige Gewinne bei voestalpine, OMV

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT

Nationalrat beschloss 1 Mio. Euro jährlich für jüdische Friedhöfe
Auch Berufsreifepfung ab 2014/15 teilzentral
Hohe EU-Förderpreise an österreichische Forscher
40 Jahre Wissenschaftsministerium
Paul Nizon erhielt Österreichischen Staatspreis für Europäische Literatur
„Buch Wien 10“: Neuer Rekord
Festspiele 2011: Bregenz, styriarte
Kunsthistorisches Museum 2011

SPORTPOLITIK

Kurzbahn-EM: Sportminister Darabos gratuliert Dinko Jukic zur Goldmedaille
Bundes-Sportversammlung 2010: Darabos betont wichtige Rolle der BSO
Cristall Gala 2010 im Studio 44: Das Ehrenamt als Fundament des Sports
Österreichs Wintersportler starten mit einer Fülle von Siegen in neue Saison
Judo-Grand Prix in Abu Dhabi: Sieg der Österreicherin Sabrina Filzmoser

Impressum

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressediens. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz, Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/3, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958, Fax ++43/1/53109-2958, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; <http://www.bundeskanzleramt.at>;
Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet. Herausgegeben vom Bundespressediens-Wien.

INNENPOLITIK

Neue Familien-Staatssekretärin Verena Remler angelobt

Die neue Familien-Staatssekretärin Verena Remler (ÖVP) ist am 26. November von Bundespräsident Heinz Fischer in der Wiener Hofburg angelobt worden. Ihre Agenden sind dem Wirtschaftsministerium zugeteilt.

Die Osttirolerin Verena Remler (38) folgt Christine Marek nach, die als Klubobfrau der ÖVP in den neuen Wiener Gemeinderat wechselte. Die studierte Juristin leitete seit 2007 den Gesundheits- und Sozialdienst Lienz in Osttirol. Politische Erfahrung sammelte sie unter anderem im Lienzener Gemeinderat sowie als stellvertretende Obfrau und Sozialreferentin des Österreichischen Arbeiter und Angestellten Bundes (ÖAAB) Lienz. Remler ist verheiratet und Mutter einer Tochter.

Konstituierende Sitzung des neuen Wiener Gemeinderates

Wiens erste rot-grüne Stadtregierung ist am 25. November im Rathaus angelobt worden. Die Kür des Stadtsenats mit 12 Mitgliedern (StadträtInnen) erfolgte in der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates. Auf dem Programm standen auch die Angelobung der 100 MandatarInnen sowie die Ernennung der grünen Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou und die bereits fünfte Wiederwahl des Wiener SPÖ-Chefs Michael Häupl zum Bürgermeister. Danach wurde Häupl in der Hofburg von Bundespräsident Heinz Fischer zum Landeshauptmann von Wien angelobt. Bundeskanzler Werner Faymann wohnte der Zeremonie bei.

Die Konstituierung des Wiener Landtags inklusive Wahl der Bundesratsmitglieder und der Landtagspräsidenten erfolgte am selben Tag.

Gewalt gegen Frauen – Heinisch-Hosek gegen Zwangsehen

Anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen am 25. November hat Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek den Fokus ihrer Ausführungen auf das auch in Österreich manifeste Problem Zwangsheirat gerichtet. „Zwangsheirat hat in unserer Gesellschaft nichts verloren und ist eine Form der Gewalt, die nicht zu tolerieren ist“, sagte Heinisch-Hosek. Sie werde die nun folgenden 16 Tage gegen Gewalt nutzen, um ein deutliches Zeichen gegen Zwangsheirat in Österreich zu setzen.

Auch hier würden viele junge Mädchen und Frauen zu Zwangsehen gezwungen, Expertinnen und Experten würden von jährlich rund

200 Opfern ausgehen – trotz Strafbarkeit und drohender Verurteilung bis zu fünf Jahre Haft. Die Ministerin bezeichnete Zwangsheirat als „gravierende Menschenrechtsverletzung“ und präsentierte zwei konkrete Projekte: ein Ausbildungsprogramm zur Selbst- und Weiterhilfe für betroffene junge Frauen sowie eine Schulungsinitiative für Berufsgruppen der Bereiche Unterricht, Sozialarbeit, Jugendbetreuung und Familienrechtssprechung.

Mehr Kompetenzen für Rechnungshof

Der Nationalrat hat am 17. November einstimmig die Ausweitung der Prüfkompetenzen des Rechnungshofs beschlossen. Durften bisher nur Gemeinden mit über 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern kontrolliert werden, liegt dieser Grenzwert nun bei 10.000. Statt in 24 Gemeinden (plus Wien) sind Prüfungen nun in 71 Gemeinden möglich.

Krankenkassen heuer im Plus

Das Sanierungspaket für die Krankenkassen zeigt offenbar Wirkung: Die gesamte Krankenversicherung erwartet für heuer ein Plus von 174,9 Mio. Euro. Das geht aus der jüngsten Prognose des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger hervor.

Die neun Gebietskrankenkassen (GKK) rechnen mit einem positiven Ergebnis von insgesamt 93,5 Mio. Euro. Lediglich die Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (SVA) weist mit 10,1 Mio. Euro ein negatives Ergebnis aus. Als Hauptgrund wird der konsequente Konsolidierungskurs genannt, vor allem durch Einsparungen bei den Heilmitteln.

Offensive für mehr Väterkarenz

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Sozialminister Rudolf Hundstorfer präsentierten am 22. November gemeinsam mit den Sozialpartnern eine „Informationsinitiative für mehr Väterkarenz in der Wirtschaft“. Damit sollen nun auch Unternehmen gezielt angesprochen werden, nachdem Heinisch-Hosek erst kürzlich eine Kampagne für den (unbezahlten) „Papa-Monat“ im Bundesdienst gestartet hat.

Nur knapp 5 % der jungen Väter würden die Gelegenheit zur Väterkarenz nutzen, zwei Drittel würden wollen, jedoch Einkommensverluste und einen Karriereknick befürchten, so die Ministerin. Das müsse sich ändern. Unter anderem sollen Informationsveranstaltungen für Personalmanager helfen, interne Unternehmensabläufe auf eine Väterkarenz einzustellen.

EUROPA INTERNATIONAL**Bundespräsident Fischer bei OSZE-Gipfel in Kasachstan**

Bundespräsident Heinz Fischer vertritt Österreich beim Gipfeltreffen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in der kasachischen Hauptstadt Astana am 1. und 2. Dezember. Kasachstan hat derzeit den OSZE-Vorsitz inne. Im Anschluss an den Gipfel stattet Fischer dem kasachischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew noch einen offiziellen bilateralen Besuch ab.

Fischer erhofft sich von dem prominent besetzten Gipfeltreffen – zugesagt haben etwa Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy, US-Außenministerin Hillary Clinton und der russische Präsident Dmitri Medwedew – Fortschritte bei Anerkennung sowie Durchsetzung von Menschenrechten, demokratischen Prinzipien und friedlichen Konfliktlösungen.

Die letzte Zusammenkunft der Staats- und Regierungschefs der OSZE-Mitgliedstaaten hat 1999 in Istanbul stattgefunden.

Tschechiens Präsident Klaus traf Fischer im Stift Geras

Der tschechische Präsident Vaclav Klaus war am 26. November zu Besuch in Österreich. Im Stift Geras (Niederösterreich) führte er mit Bundespräsident Heinz Fischer und dem niederösterreichischen Landeshauptmann Erwin Pröll ein ausführliches Arbeitsgespräch. Laut eigenen Angaben hatte Klaus für Österreich eine „erfreuliche Nachricht“ dabei: „Wir haben uns jetzt auf Solarenergie verlegt“. Tschechien werde daher künftig weniger Bedarf an „gefährlichen“ Energiequellen haben, sagte das tschechische Staatsoberhaupt nach dem Treffen, bei dem auch über das umstrittene Atomkraftwerk Temelin gesprochen wurde.

Fischer unterstrich, dass sich Österreich und Tschechien zu den „Spielregeln bekennen“, wonach jedes Land über seine Energiepolitik autonom entscheide und Verantwortung trage, jedoch gleichermaßen Besorgnisse und Argumente der Nachbarschaft berücksichtige. Klaus ergänzte: „Wir glauben an die globale Erwärmung.“ Man werde daher in Zukunft weniger Energie zum Heizen verbrauchen, so Klaus. Weitere Themen waren die grenzüberschreitende Kooperation in Verkehrsfragen und ein Hochwasser-Vorwarnsystem an der March.

Estlands Staatspräsident Ilves in Wien

Der estnische Präsident Toomas Hendrik Ilves absolvierte ab 23. November einen zweitägigen offiziellen Besuch in Österreich. Auf dem

Programm standen Treffen mit Bundespräsident Heinz Fischer, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Wiens Bürgermeister Michael Häupl. Weiters nahm Ilves an einem bilateralen Wirtschaftsforum der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) teil.

Trotz Irland-Krise bekundete Ilves Estlands Freude darüber, mit 1. Jänner 2011 den Euro einzuführen. Für Estland mache die Einführung der Einheitswährung auch angesichts der aktuellen Probleme im Euro-Raum durchaus Sinn, denn die eigenen Probleme während der Wirtschaftskrise seien nicht zuletzt dadurch entstanden, „dass wir nicht den Euro hatten“, erklärte Ilves.

Die gegenseitigen Beziehungen bezeichneten beide Seiten als „exzellent“. Zusammenarbeiten wolle man in den Bereichen Kultur und Bildung sowie bei der Bewerbung beider Länder um einen Sitz im UNO-Menschenrechtsrat, sagte Fischer.

Clinton dankte Österreich für Engagement am Westbalkan

US-Außenministerin Hillary Clinton erhofft sich von Österreich ein weiteres Engagement am Westbalkan und auch in Krisenherden wie Afghanistan. Nach einem Treffen mit ihrem österreichischen Amtskollegen Michael Spindelegger am 16. November in Washington bedankte sich Clinton für die gute Zusammenarbeit im UNO-Sicherheitsrat, wo Österreich noch bis Jahresende als nichtständiges Mitglied vertreten ist. Vor allem in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo spiele Österreich eine wichtige Rolle. Das werde von den USA sehr geschätzt, so Clinton.

Im UN-Sicherheitsrat habe es etwa bei der Resolution 1325 zu Frauenrechten und zuletzt beim Thema Sudan eine hervorragende Kooperation gegeben, lobte die US-Außenministerin. Spindeleggers erster bilateralen Besuch in den USA habe auch dazu gedient, das ohnehin schon freundschaftliche Verhältnis zu vertiefen, betonte Clinton. Spindelegger lud Clinton zu einem Besuch in Österreich ein.

Slowenischer Außenminister Zbogar in Wien

Balkan-Fragen, darunter die Lage in Bosnien-Herzegowina, waren zentrale Themen, die Außenminister Michael Spindelegger und sein slowenischer Amtskollege Samuel Zbogar am 25. November in Wien erörtert haben. Besprochen wurden auch eine geplante „Alpenraum-Strategie“ und die Kärntner Ortstafel-Frage.

WIRTSCHAFT

Tourismus: 2010 beste Sommersaison seit 15 Jahren

Die heimische Tourismuswirtschaft erlebte heuer die beste Sommersaison seit 15 Jahren. Laut Daten der Statistik Austria vom 24. November erreichte die Anzahl der Gäste mit 17,9 Millionen ein Allzeithoch. Die Nächtigungen legten gegenüber dem Sommer 2009 um 1,3 % auf 62,47 Millionen zu – mehr waren es zuletzt im Jahr 1995 (65,57 Millionen). Das beste Sommerergebnis überhaupt verzeichnete man 1981 mit 78,28 Millionen Übernachtungen.

Allein im Oktober wurden 6,26 Millionen (+2,9 %) Nächtigungen gezählt – das bisher beste Oktoberergebnis. Auch die Monate Mai (+3,4 %), Juli (+2,9 %), August (+0,5 %) und September (+0,8 %) trugen zur positiven Sommerbilanz bei.

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner hofft, dass dank des frühen Schneefalls in vielen Skigebieten sowie durch gezieltes Marketing und massive Investitionen auch das Winterergebnis solide ausfallen werde. Das von der Österreichischen Hotel- und Tourismusbank (ÖHT) geförderte Investitionsvolumen werde 2010 mit rund 835 Mio. Euro einen Rekordwert erreichen, so in einer Mitteilung des Ministeriums. Auch die Seilbahnwirtschaft habe heuer rund 562 Mio. Euro investiert, davon knapp 153 Mio. Euro in Beschneiungsanlagen. In der Sommersaison 2010 wurde erstmals seit Beginn der Aufzeichnungen die 20-Millionen-Marke bei inländischen Gästenächtigungen überschritten (+1,5 % auf 20,17 Millionen). Die Nächtigungen ausländischer Gäste stiegen um 1,2 % auf 42,30 Millionen – trotz Rückgang beim wichtigsten Herkunftsmarkt Deutschland (-1,8 % auf 23,43 Millionen, mit einem Gesamtanteil von 55,4 % aller ausländischen Gästenächtigungen).

Wichtig für Österreichs Sommertourismus sind auch die Urlauber aus Holland (-1,5 %), Belgien (-2,0 %), Schweiz (+4,7 %), Großbritannien (+10,3 %), Frankreich (+2,7 %), USA (+17,3 %), Tschechien (+3,5 %), Schweden (+17,2 %), Ungarn (+0,1 %) und Russland (+35,3 %).

EU-Lob für Kurzarbeit in Österreich

Österreich gehört neben Deutschland und Belgien zu jenen EU-Ländern, welche die Krise punkto Arbeitsmarkt am besten gemeistert haben. Diese drei Staaten hätten in ihren Arbeitsmärkten fast ausschließlich mit Kurzarbeit auf die Krise reagiert, ist dem am

25. November präsentierten EU-Bericht zu entnehmen. „Diese Länder gehen aus der besten Position in den neuen Aufschwung“, erklärte EU-Sozialkommissar László Andor.

Trotz allgemeiner Schwierigkeiten hätten Österreich, Deutschland und Belgien „den Sturm gut überstanden“ und eine Reihe von Jobs auch für Jugendliche erhalten können, so Andor. Alle drei Länder hätten fast ausschließlich die durchschnittlichen Arbeitsstunden pro ArbeitnehmerIn und die Produktivität pro Stunde reduziert. Hingegen hätten etwa die Niederlande und Großbritannien auf die Krise fast nur mit weniger Beschäftigung und geringerer Produktivität pro Stunde reagiert. Spanien, Portugal und Irland seien der Rezession ausschließlich mit Jobabbau begegnet, sagte Andor.

Laut November-Prognose der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) wird für Österreich von 2010 bis 2012 ein leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit von 4,5 % auf 4,3 % erwartet.

Das Wirtschaftswachstum wird im selben Zeitraum konstant bei 2 % liegen. Damit rangiert Österreich bis 2011 über der Eurozone, 2012 wird auch für den Euroraum ein BIP-Wachstum von 2 % vorausgesagt.

Irland-Hilfe: Österreich haftet mit 600 bis 800 Mio. Euro

Auf Österreich werden laut Finanzminister Josef Pröll für das insgesamt 85 Mrd. Euro schwere Irland-Paket der EU Haftungen von 600 bis 800 Mio. Euro entfallen. Darauf und auf einen dauerhaften Krisenmechanismus unter fallweiser Beteiligung der Privatwirtschaft (Banken, private Gläubiger) ab Mitte 2013 haben sich die EU-Finanzminister am 28. November in Brüssel geeinigt.

Kräftige Gewinne bei voestalpine, OMV

Dank anziehender Konjunktur haben österreichische Leitbetriebe wie voestalpine und OMV die Krise ganz offensichtlich überwunden: Der börsennotierte Stahlkonzern voestalpine will laut Konzernchef Wolfgang Eder im Geschäftsjahr 2010/11 (endet am 31. März) den Gewinn vor Zinsen und Steuern (Ebit) auf gut 700 Mio. Euro verdoppeln.

Allein im ersten Halbjahr hat sich dieser operative Gewinn gegenüber dem Vergleichszeitraum 2009 von 42,7 auf 414 Mio. Euro verzehnfacht.

Beim ebenfalls börsennotierten Öl- und Gaskonzern OMV stieg das Ebit im Geschäftsjahr 2010 nach neun Monaten um zwei Drittel auf 1,75 Mrd. Euro.

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT

Nationalrat beschloss 1 Mio. Euro jährlich für jüdische Friedhöfe

Der Nationalrat hat am 17. November einstimmig die Erhaltung jüdischer Friedhöfe mit öffentlichen Subventionen beschlossen. Der Bund stellt dafür künftig 1 Mio. Euro pro Jahr zur Verfügung.

Die Abwicklung erfolgt über einen „Fonds zur Instandsetzung der jüdischen Friedhöfe in Österreich“. Dieser wird vom Nationalfonds verwaltet. Ab 2011 wird er für mindestens 20 Jahre mit jährlich 1 Mio. Euro dotiert sein. Voraussetzung für finanzielle Leistungen aus dem Fonds ist die Verpflichtung der jeweils zuständigen Gemeinde, den Friedhof nach Abschluss der Sanierungsarbeiten zumindest für 20 Jahre instand zu halten. Auch die Israelitische Kultusgemeinde (IKG) muss jedes Jahr den gleichen Betrag wie der Bund beisteuern. Staatssekretär Josef Ostermayer zeigte sich erfreut, dass der „negative Kompetenzstreit“ zwischen den Gebietskörperschaften über die Instandhaltung der Friedhöfe nunmehr beendet sei. Der Zweite Nationalratspräsident Fritz Neugebauer betonte, die jüdischen Friedhöfe seien „steinerne Zeugen einer vernichteten und untergegangenen Kultur“. Zudem würden sie eine „unverzichtbare Quelle für die biografische Forschung darstellen“, so Neugebauer. Die Republik Österreich hat sich im Washingtoner Abkommen (Restitutionsvereinbarung) vom 17. Jänner 2001 dazu verpflichtet, Opfer von NS-Raub zu entschädigen sowie die Restaurierung jüdischer Friedhöfe zusätzlich zu unterstützen. Damals wurde (neben dem seit 1995 bestehenden Nationalfonds für Opfer des Nationalsozialismus) der Allgemeine Entschädigungsfonds beschlossen.

Auch Berufsreifeprüfung ab 2014/15 teilsentral

Neben der Matura an den allgemeinbildenden und den berufsbildenden höheren Schulen (AHS, BHS) soll auch die Berufsreifeprüfung teilsentral durchgeführt werden. Der schriftliche Teil soll ab 2014/15 österreichweit an einem Tag stattfinden. In den Fächern Deutsch und Mathematik sowie in einer lebenden Fremdsprache sind die Aufgabenstellungen ident. Einen entsprechenden Gesetzesentwurf hat Unterrichtsministerin Claudia Schmied am 17. November in Begutachtung geschickt. An den AHS werden die ersten teilsentralen Matura-Arbeiten bereits zum Haupttermin 2014 abgehalten, die BHS und die Berufsreifeprüfung folgen ein Jahr später. Mit dieser

Maßnahme sollen einheitliche Grundkompetenzen für alle Maturanten definiert sowie Leistungen und Abschlüsse vergleichbar werden. Die Schüler erhalten die gleichen Aufgaben, die Lehrer die gleichen Korrekturanleitungen. Bei der schriftlichen Matura im jeweiligen Fachbereich bleibt alles beim Alten: Hier gibt es weiterhin keine zentralen Vorgaben.

Die Berufsreifeprüfung wurde 1997 eingeführt und soll Absolventen von Lehre oder Fachschulen (mindestens dreijährige mittlere Schulen, Schulen für Gesundheits- und Krankenpflege, Schulen für den medizinisch-technischen Fachdienst) den Zugang zu Hochschulen, Akademien und Kollegs ermöglichen. Jährlich legen rund 2.600 Personen die Berufsreifeprüfung ab.

Seit Herbst 2008 gibt es zudem das Pilotprojekt „Lehre und Matura“, wobei Jugendliche parallel zur Lehre die Teilprüfungen der Reifeprüfung kostenlos ablegen können. Auch für diese Gruppe gilt das neue Modell. Verbessert werden soll weiters die Durchlässigkeit der Berufsreifeprüfung: Facheinschlägige Teile von Studienberechtigungsprüfungen werden künftig für die Matura anerkannt.

Hohe EU-Förderpreise an österreichische Forscher

Zwei hochdotierte Forschungsförderpreise des European Research Council (Europäischer Forschungsrat, ERC) gehen an Wissenschaftler des Institute of Science and Technology (IST) Austria in Maria Gugging (Niederösterreich). IST-Präsident Thomas Henzinger und der Neurowissenschaftler Peter Jonas erhalten für ihre Forschungsarbeiten jeweils einen ERC-„Advanced Grant“. Insgesamt stehen 5 Mio. Euro für die nächsten fünf Jahre bereit.

Jonas wird sich in seinem ERC-Projekt speziellen „GABAergen Interneuronen“ widmen, Nervenzellen im menschlichen Gehirn (Hippocampus), die eine wichtige Rolle bei der Kontrolle von Aktivität im Nervensystem spielen. Diese (Korb-)Zellen sind auch für Erkrankungen des Gehirns, etwa bei Schizophrenie, Depression, Epilepsie und neurodegenerativen Erkrankungen von enormer Bedeutung. Die Funktion dieser Zellen soll mittels räumlicher Auflösung von Nanometern und zeitlicher Auflösung von Mikrosekunden lückenlos dargestellt werden.

IST-Chef Henzinger befasst sich in seinem Projekt mit der Entwicklung laufender Software-Prüfprogramme zur Früherkennung von Systemfehlern.

40 Jahre Wissenschaftsministerium

Anlässlich des 40-jährigen Bestehens des Wissenschaftsministeriums hat Wissenschafts- und Forschungsministerin Beatrix Karl am 22. November zu einem Festakt in die Aula der Wissenschaften in der Wiener Wollzeile geladen. Unter den rund 400 Gästen fand sich neben VertreterInnen aus Wissenschaft, Forschung und Bildung zahlreiche Prominenz aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Medien.

Die Ministerin unterstrich in ihrer Rede die besondere Rolle des Ressorts: „Wissenschaft ist mehr als nur ein politischer Fachbereich. Wissenschaft und Bildung sind Werte unserer Gesellschaft“, so Karl. Es sei daher die Aufgabe aller, die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung zu kommunizieren und ein breites Bewusstsein zu schaffen.

Die Politik könne die nötigen Rahmenbedingungen schaffen, die Erfolge seien jedoch in erster Linie den WissenschaftlerInnen und ForscherInnen, aber auch den großartigen Einrichtungen wie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, dem Wissenschaftsfonds FWF, der Ludwig Boltzmann Gesellschaft oder dem IST Austria (Institute of Science and Technology) zu danken, würdigte Karl deren Verdienste. Vor allem auch Universitäten und Fachhochschulen hätten maßgeblichen Anteil daran, dass Österreich ein hochentwickeltes Land sei. Es gelte nun, Kooperationen der Hochschulen und Einrichtungen untereinander wie auch mit der Wirtschaft zu forcieren und damit die Effizienz zu steigern, so Karl.

Erste Wissenschaftsministerin war Hertha Firnberg (SPÖ), die ihr Amt im Palais Starhemberg am Wiener Minoritenplatz am 26. Juli 1970 angetreten hat. Wenige Monate zuvor hatte der damalige Bundeskanzler Bruno Kreisky nach seinem Wahlsieg (am 1. März) die Gründung des neuen Wissenschaftsministeriums verkündet. Bis dahin oblagen die Uni-Belange dem Unterrichtsministerium. Zu den Agenden der seither neun MinisterInnen gehörten neben Wissenschaft auch Bildung, Kultur und für kurze Zeit sogar Verkehr, wie ein Film zur 40-Jahr-Feier des Ressorts dokumentierte.

Paul Nizon erhielt Österreichischen Staatspreis für Europäische Literatur

Der in Paris lebende Schweizer Schriftsteller Paul Nizon (80) wurde am 15. November in Wien mit dem Österreichischen Staatspreis für Europäische Literatur 2010 ausgezeichnet. Die Preisverleihung fand im Rahmen eines Festaktes im Palais Daun-Kinsky statt. Die Laudatio hielt der österreichische Schriftsteller Klaus

Hoffer. Mit der Veranstaltung wurde auch die „Buch Wien 10“ Lesefestwoche (s.u.) eröffnet. Kulturministerin Claudia Schmied unterstrich, Nizons Werk thematisiere die „großen Leitmotive der Moderne: Einsamkeit, Verlorenheit und Orientierungslosigkeit. In einer präzisen, dichten und trotzdem federleichten Sprache skizziert er aus einer subjektiven Perspektive Ausgänge aus einer vom Ich als beengend und lebensstötend empfundenen Welt“, so Schmied. Nizon sei „Citoyen, Europäer, Weltbürger“, die Auszeichnung schein ihm geradezu auf den Leib geschneidert, würdigte Laudator Hoffer den Geehrten. „Mit seinen Büchern belagert Nizon das Leben, fahndet er nach dem Leben, wühlt sich schreibend hinein, erschreibt es sich. (...) So fallen Leben und Schreiben für diesen 'Schriftsteller allererster Ordnung', wie ihn 'Le Monde' apostrophiert hat, in eins“, formulierte Hoffer emphatisch.

Nizon selbst bezeichnete den Staatspreis als „einen Höhepunkt in meinem Schriftstellerleben“, nicht zuletzt, weil er sowohl eine europäische als auch eine österreichische Auszeichnung sei. Die österreichische Literatur habe eine große Rolle in seinem Werdegang gespielt, mit Ingeborg Bachmann, Elias Canetti, Thomas Bernhard oder Peter Handke sei er befreundet oder befreundet gewesen, so Nizon. Paul Nizon wurde am 19. Dezember 1929 in Bern geboren. Er studierte Kunstgeschichte, Klassische Archäologie und Germanistik an den Universitäten Bern und München. Seit 1962 ist er freier Schriftsteller, seit 1977 lebt er in Paris. Zu seinen wichtigsten Büchern zählen „Canto“ (1963), „Stolz“ (1975), „Das Jahr der Liebe“ (1981), „Im Bauch des Wals“ (1989) und „Das Fell der Forelle“ (2005). Ausgezeichnet wurde er unter anderem mit dem C.F. Meyer-Preis, dem Erich Fried-Preis, den Literaturpreisen von Bern und Zürich sowie dem Kranichsteiner Literaturpreis (2007).

Der mit 25.000 Euro dotierte Österreichische Staatspreis für Europäische Literatur wird seit 1965 für das literarische Gesamtwerk europäischer Autorinnen vergeben. Die letzten Preisträger waren Claudio Magris (2005), Jorge Semprun (2006), A.L. Kennedy (2007), Agota Kristof (2008) und Per Olov Enquist (2009).

„Buch Wien 10“: Neuer Rekord

Mit einem neuen Besucherrekord ging die „Buch Wien 10“ – Internationale Buchmesse (18.-21.11.) und Lesefestwoche (15.-21.11.) – in der Halle D der Messe Wien zu Ende. Laut Hauptverband des Österreichischen Buchhandels wurden bei der nunmehr dritten Ausgabe dieses größten Branchentreffs des heimischen

Buchwesens über 28.000 Besucherinnen und Besucher gezählt. Mehr als 300 AutorInnen stellten im Rahmen zahlreicher Veranstaltungen auf der Messe Wien und an Orten in der ganzen Stadt ihre aktuellen Werke vor. 250 ausstellende Unternehmen aus zwölf Nationen präsentierten ihre Neuerscheinungen, informierten über aktuelle Themen und Trends, organisierten Leseabende oder Treffpunkte für den literarischen Austausch mit Verlegern, Buchhändlern, Journalisten, Autoren – darunter Donna Leon – und Kulturpolitikern. Für Kinder und Jugendliche gab es spezielle Lesungen und Workshops. Ein Themenschwerpunkt der Buchmesse war dem Königreich Saudi Arabien gewidmet.

Die Eröffnungsrede hielt der in Berlin lebende österreichische Journalist und Autor Christian Ankowitsch. Er pries das gebundene Buch bzw. Schriftstück für seine „Autonomie, seine Absage an die permanente Veränderung“ und „seine Weigerung, sich verlinken zu lassen“: „Das Buch bleibt bei sich“, so Ankowitsch.

Neben dem Österreichischen Staatspreis für Europäische Literatur 2010 für Paul Nizon zur Eröffnung der Lesefestwoche (s.o.) wurden im Rahmen der „Buch Wien 10“ insgesamt fünf Preise überreicht. Ein Höhepunkt dabei war die Verleihung des Bank Austria Literaris, der vor acht Jahren in gemeinsamer Initiative von Bank Austria, KulturKontakt Austria und dem Wieser Verlag für Literatur aus Ost- und Südosteuropa kreiert wurde. Die diesjährigen PreisträgerInnen sind Renata Šerelyte (Litauen), Boris Chersonskij (Ukraine) und Akos Fodor (Ungarn).

Der Journalist und Autor Armin Thurnherr erhielt den Ehrenpreis des Österreichischen Buchhandels für Toleranz in Denken und Handeln. Weiters vergeben wurden von OMV und Buchklub die PHILIPP Lese-Awards und vom Verein exil die exil-literaturpreise.

Bereits zum neunten Mal gab es heuer die erfolgreiche Gratisbuch-Aktion „Eine Stadt. Ein Buch“ der Stadt Wien und des Wiener Echo-Medienhauses.

Zur Gratisverteilung in allen Wiener Buchhandlungen, Büchereien und Volkshochschulen gelangte heuer der Roman „Balzac und die kleine chinesische Schneiderin“ des in Paris lebenden Schriftstellers Dai Sijie in einer Auflage von 100.000 Exemplaren. In dem Buch geht es um das Lesen in politisch turbulenten Zeiten der Kulturrevolution in China zwischen 1966 und 1976. Mit Ausnahme der Mao-Bibel waren Bücher verboten. (www.buchwien.at, www.buecher.at)

Festspiele 2011: Bregenz, styriarte

Die Bregenzer Festspiele stehen 2011 mit Umberto Giordanos „André Chénier“ als Spiel auf dem See (Premiere: 20. Juli) und mit der Uraufführung der Hausoper „Achterbahn“ von Judith Weir im Festspielhaus (Premiere: 21. Juli) ganz im Zeichen des Mottos „Schöpfung“. Auch die Kammeroper „Der blonde Eckbert“ im Theater am Kornmarkt (Premiere: 6. August) stammt von der schottischen Komponistin. Erstmals dabei ist das Schauspielhaus Wien, das als österreichische Erstaufführung „Waisen“ von Dennis Kelly zeigt (Premiere: 2. August). Insgesamt sind von 20. Juli bis 21. August rund 100 Veranstaltungen geplant. (www.bregenzerfestspiele.com)

Im Mittelpunkt der „styriarte 2011“ (24.6. bis 26.7.) steht eine vermutlich noch nie gespielte Fassung von Bedrich Smetanas Oper „Die verkaufte Braut“ (Helmut-List-Halle). Dirigent Nikolaus Harnoncourt wählte die erste deutsche Übersetzung aus dem Jahr 1868. Unter dem Motto „Das Leichte ist das Schwere“ stehen bei den steirischen Festspielen auch andere Highlights auf dem Programm, darunter „Carmina Burana“, „Tod und das Mädchen“, „Eine kleine Nachtmusik“ oder die „Vier Jahreszeiten“. (<http://www.styriarte.com>)

Kunsthistorisches Museum 2011

Im Kunsthistorischen Museum (KHM) zeichnet sich heuer ein Besucherrekord ab: Nach 32.000 verkauften Jahreskarten – „ohne Einbrüche bei den Einzelkarten“ – sowie durch den Gratis-Eintritt für Kinder und Jugendliche hätte „bisher jeder Monat ein deutliches Plus zum Vorjahr“, berichtete der kaufmännische Geschäftsführer Paul Frey am 16. November bei einer Pressekonferenz. Endgültige Zahlen gebe es erst nach Jahresende. Präsentiert wurde hingegen ein Ausblick auf 2011: Mit Jan Fabre, russischer und islamischer Kunst, dem deutschen Porträt um 1500 sowie der großen Herbstschau zu „Wintermärchen“ will das KHM den guten Zulauf weiter forcieren.

Der in Wien in jüngerer Zeit vor allem als Performer aufgetretene belgische „Universal-künstler“ Jan Fabre wurde vom Haus eingeladen, sich mit den alten Meistern auseinanderzusetzen. Er wird ab 3. Mai unter anderem den teils großformatigen Werkblock „Die Jahre der blauen Stunde“ in seiner typischen blauen Bickugelschreiber-Technik zeigen.

Die große Herbstschau „Wintermärchen“ führt ab 18. Oktober durch Winterdarstellungen in der europäischen Kunst „von Bruegel bis Beuys“. (www.khm.at)

SPORTPOLITIK**Kurzbahn-EM: Sportminister Darabos gratuliert Dinko Jukic zur Goldmedaille**

Eine Reihe sehr guter österreichischer Ergebnisse brachte die Schwimm-Kurzbahn-EM in Eindhoven, die am 28. November zu Ende ging.

Herausragend waren dabei die Leistungen von Dinko Jukic, der über 200 Meter Delphin den Europameistertitel, das zweite Kurzbahn-Gold seiner Karriere, erringen konnte. Darüber hinaus holte der 22-Jährige Bronze über 200 Meter Lagen.

Im Bewerb über 200 Meter Brust verfehlte Hunor Mate mit Platz Fünf nur knapp einen Medaillenrang. Ebenfalls Fünfte wurden David Brandl (400 Meter Kraul) und Martin Spitzer (50 Meter Delphin).

Sportminister Darabos: „Ich gratuliere Dinko Jukic zu diesen großen Erfolgen und bin überzeugt davon, dass dies großen Auftrieb für die kommende Kurzbahn-WM in Dubai geben wird. Es freut mich auch sehr, dass die heimischen Schwimmerinnen und Schwimmer mit insgesamt elf Finalteilnahmen und einer Reihe persönlicher Bestleistungen auch für ein sehr ansprechendes Gesamtergebnis gesorgt haben“, so Darabos.

Bundes-Sportversammlung 2010: Darabos betont wichtige Rolle der BSO

Im Zuge der Bundes-Sportversammlung 2010, die am 19. November im Haus des Sports stattfand, unterstrich Sportminister Norbert Darabos in seinen Grußworten die Rolle der BSO im heimischen Sport.

„Es ist wichtig, dass es mit der BSO eine starke Interessensvertretung und Servicestelle für den organisierten Sport in Österreich gibt“, so der Sportminister. Die Gemeinschaft im österreichischen Sport bezeichnete Darabos als einzigartig. Es gäbe einen regen Austausch zwischen den Verbänden, der ausgesprochen wichtig und wertvoll für die Sportentwicklung sei. Besonders dankte der Minister allen FunktionärInnen, die sich in den laufenden Prozess rund um die völlige Neugestaltung der Bundes-Sportförderung einbringen und aktiv mitarbeiten. „Es handelt sich hier um ein Megaprojekt!“, weiß Darabos.

Cristall Gala 2010 im Studio 44: Das Ehrenamt als Fundament des Sports

Die Österreichische Bundes-Sportorganisation ehrte am 19. November bei der Sport Cristall Gala im Studio 44 - Haus der Lotterien jene Menschen, die ihre Zeit, ihr Engagement und

ihre Kompetenz in den Dienst des Sports stellen. Bundesminister Norbert Darabos gratulierte allen Preisträgerinnen und Preisträgern. „Das Ehrenamt ist das Fundament unseres Sports. Es ist großartig, wie viele Menschen sich abseits ihres Berufs in den Dienst der Sache stellen, egal ob als Trainer, als Organisator oder als Vereinsfunktionär“, so der Sportminister.

Der begehrte Cristall ging diesmal an Eva Eichmair – Vorsitzende der Sportunion Döbling – in der Kategorie Top-Funktionärin, an Konrad Lerch - Mehrkampfmeetingdirektor Götzis - in der Kategorie Top-Funktionär, an den WAT 22 D.C. Timberwolves - Basketballverein - in der Kategorie Top-Sportverein und an das erfolgreiche Trainer-Duo der österreichischen Wettkletterer, Rupert Messner und Reinhold Scherer in der Kategorie Top-Trainerpersönlichkeit. Mit dem Titel „Frauen-Power-Projekt des Jahres“ wurden die MGA Fivers mit „Frauenpower im Österreichischen Handball“ ausgezeichnet.

Österreichs Wintersportler starten mit einer Fülle von Siegen in neue Saison

Besser hätte das erste richtige Wintersport-Wochenende der Saison aus österreichischer Sicht kaum laufen können: Nach einer Durststrecke von 20 Monaten konnte Michael Walchhofer in Lake Louise (Kanada) wieder einen rotweißbroten Abfahrtssieg landen.

Österreichs Skispringer holten sich beim Auftaktsspringen in Kuusamo (Finnland) den Teambewerb, im Einzelspringen verbuchten sie durch Andreas Kofler und Thomas Morgenstern einen Doppelsieg.

In Innsbruck/Igls (Tirol) errangen die Rodel-Olympiasieger Andreas und Wolfgang Linger ebenso den Weltcupsieg wie Felix Gottwald in der Nordischen Kombination in Finnland.

Judo-Grand Prix in Abu Dhabi: Sieg der Österreicherin Sabrina Filzmoser

Mit vier Ippon-Siegen holte sich Sabrina Filzmoser den Judo-Grand-Prix in Abu Dhabi.

Die Oberösterreicherin schaltete auf dem Weg zum Erfolg in der Gewichtsklasse bis 57 Kilogramm die Olympiasiegerin und auch die regierende Europameisterin aus.

Damit kann Filzmoser auf eine fast perfekte Saison zurückblicken. Bei der Heim-EM in Wien konnte sie sich im April die Silbermedaille sichern, im September bei der WM in Tokio holte sie Bronze. Darüber hinaus war der Europameisterin von 2008 heuer auch schon in Moskau ein Grand Prix-Sieg gelungen.

INFORMATIONEN AUS ÖSTERREICH

Redaktionsschluss: 13. Dezember 2010

Nr. 24/10

INNENPOLITIK

Rot-Weiß-Rot-Card für qualifizierte Zuwanderung
Budget 2011

EUROPA INTERNATIONAL

Halonen und Napolitano bei Bundespräsident Fischer
Regierungschefs von Kroatien und Ungarn bei Bundeskanzler Faymann
Fischer in Kasachstan: Treffen mit Präsident Nasarbajew
Österreich und Deutschland luden zu Balkan-Konferenz in Berlin
Außenminister Spindelegger im Sudan

WIRTSCHAFT

D-A-CH-Reformbarometer: Österreich legte bei Reformen zu
Arbeitsmarkt: Weniger Jobsuchende, mehr Beschäftigte im November
OeNB erhöht Prognose: Wirtschaft wächst 2011 um 2,1 Prozent

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT

Stockholm: Alternativer Nobelpreis an Amazonas-Bischof Erwin Kräutler
Alarmierende PISA-Studie für Österreich fordert die Regierungskoalition
Biennale Kairo: Ulrike Müller vertritt Österreich
Graz: „manuskripte“ feierten Jubiläum

SPORTPOLITIK

Spitzensportförderung des Bundes wird 2011 auf vier Millionen aufgestockt
Erfreuliche Bilanz über Sportjahr 2010: Siege und Medaillen zu jeder Jahreszeit

**Das Redaktionsteam dankt allen treuen Leserinnen und Lesern für Interesse
und Unterstützung. Die nächsten „Informationen“ erscheinen Anfang Jänner.
Wir wünschen Ihnen ein friedvolles, glückliches Jahr 2011!**

IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressedienst. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz, Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/3, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958, Fax ++43/1/53109-2958, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; <http://www.bundestkanzleramt.at>;
Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet. Herausgegeben vom Bundespressedienst-Wien.

INNENPOLITIK

Rot-Weiß-Rot-Card für qualifizierte Zuwanderung

Österreich vollzieht in seiner Zuwanderungspolitik einen klaren Systemwechsel: Mit dem Inkrafttreten der Rot-Weiß-Rot-Card (RWR-Card) im Juli 2011 soll die Zuwanderung von Bürgern aus Nicht-EU-Ländern („Drittstaaten“) durch bestimmte Kriterien gesteuert werden und nicht mehr über Quoten erfolgen.

Das „starre Quotensystem“, das keine Rücksicht auf Qualifikation nehme, werde „durch ein kriteriengesteuertes System ersetzt“, erklärte Innenministerin Maria Fekter, die die geplanten neuen Regeln am 9. Dezember gemeinsam mit Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner und Sozialminister Rudolf Hundstorfer präsentierte.

Die RWR-Card beinhaltet das Recht auf Aufenthalt und Arbeitsmarktzugang und wird nach einem Punktesystem erteilt. Kriterien für die Erreichung einer bestimmten Punktzahl sind unter anderem berufliche Qualifikation, Ausbildung, Sprachkenntnisse und Alter. Bei Erfüllung dieser Kriterien dürfen Zuwanderungswillige sich in Österreich niederlassen und arbeiten. Die bisherige Quotenregelung fällt damit weg.

Mit dieser Neuregelung wird das gesamte Aufenthaltswesen in Österreich neu strukturiert. Um eine RWR-Card können sich drei Personengruppen bewerben: Hoch qualifizierte MigrantInnen (etwa aus den Bereichen Management, Medizin, IT), qualifizierte MigrantInnen mit Mangelberufen (PflegerInnen, Fräser, Bauspenger – die Berufe werden je nach Bedarf flexibel festgelegt) sowie sonstige Schlüsselkräfte, die nicht durch im Inland Arbeitssuchende ersetzt werden können.

Weiters wird eine RWR-Card plus mit einem freien Arbeitsmarktzugang und der Perspektive auf ein Daueraufenthaltsrecht eingeführt. Diese gilt für Familienangehörige (etwa von Fachkräften), für Fälle des humanitären Aufenthalts oder der Niederlassungsbewilligung sowie für InhaberInnen der RWR-Card und der „Blauen Karte“ der EU im Verlängerungsfall.

Spitzen- und Fachkräfte, die mit der RWR-Card nach Österreich zuwandern, müssen vor dem Zuzug keine Deutschkenntnisse vorweisen. Für Familienangehörige wird es unterschiedliche Regelungen geben: Angehörige von Topfachkräften der ersten Säule (hoch qualifizierte AkademikerInnen) müssen vor der Einreise ebenfalls keine Deutschkenntnisse vorweisen. Für Familienangehörige der Säulen zwei (Mangelberufe/hohe Qualifikation) und

drei (sonstige Schlüsselkräfte/mittlere Qualifikation) sind hingegen zumindest elementare Sprachkenntnisse vorgeschrieben. Spracherwerb während des Aufenthalts beschleunigt die Verlängerung des Aufenthalts.

Budget 2011

Die Bundesregierung hat am 30. November im Ministerrat das Bundesfinanzgesetz bzw. Budget 2011 beschlossen. Anschließend hielt Finanzminister Josef Pröll seine Budget-Rede im Nationalrat. Der Nationalrat beschließt das Bundesfinanzgesetz am 22. Dezember. (Der Budget-Fahrplan bis 2014 wurde bereits im Frühjahr präsentiert.)

Das Budget sieht für 2011 ein Defizit von 3,2 % vor und bringt u.a. Kürzungen bei Familienbeihilfe und Pflegegeld sowie Steuererhöhungen bzw. neue Steuern (Banken- und Flugticketabgabe). In seiner Budget-Rede verteidigte Pröll diese Maßnahmen unter Hinweis darauf, dass Schuldenabbau ohne Sparen nicht möglich sei. „Weniger Schulden, weniger Zinsen, mehr für Österreich“, lautete sein Credo.

Bis 2014 will die Regierung ausgabenseitig 8,1 Mrd. Euro einsparen, was Pröll zufolge eine Zinsensparnis von 4 Mrd. Euro bedeutet. Das gesamtstaatliche Defizit soll dank der unerwartet guten Konjunktur bis 2014 auf 2,2 % gesenkt werden. Die Schuldenquote wird von derzeit 70,2 % des BIP bis 2014 auf 72,5 % ansteigen. Das entspricht einem gesamtstaatlichen Schuldenstand von rund 209 Mrd. Euro, womit Österreich jedoch im Vergleich zu anderen EU-Ländern „klar besser“ dastehe, betonte der Finanzminister.

Entschärft wurde gegenüber dem Erstentwurf u.a. die für 1. Jänner 2011 vorgesehene Abschaffung der Familienbeihilfe für 24- und 25-Jährige. Sie kommt erst ab 1. Juli 2011, bei längeren Studien (wie Medizin) wird die Familienbeihilfe um ein Jahr verlängert. Dies gilt auch für Jugendliche, die im Mutterschutz waren, Präsenz- bzw. Zivildienst oder das freiwillige soziale Jahr geleistet haben. Für Stipendienbeziehende wird der Verlust zudem ausgeglichen.

Der Mehrkindzuschlag (derzeit 36,40 Euro für jedes Kind ab dem dritten Kind) wird auf 20 Euro reduziert. Der Alleinverdienerabsetzbetrag für Personen, die keine Kinder (mehr) zu betreuen haben, bleibt bis zu einer Pensionshöhe von 1.155 Euro erhalten.

Die Pendlerpauschale wird wegen der höheren Mineralölsteuer um 30 Mio. (statt 15 Mio.) Euro angehoben. Die höhere NoVA (Normverbrauchsabgabe) gilt erst ab 1. März 2011.

EUROPA INTERNATIONAL**Halonen und Napolitano bei Bundespräsident Fischer**

Bundespräsident Heinz Fischer hat am 11. Dezember in der Wiener Hofburg mit Finnlands Staatspräsidentin Tarja Halonen und mit seinem italienischen Amtskollegen Giorgio Napolitano informelle Gespräche geführt. Erörtert wurden u.a. der EU-Rettungsschirm und die Klimakonferenz in Cancun.

Auf dem Programm standen auch ein Besuch der Sammlung Leopold und ein Konzert im Wiener Musikverein.

Regierungschefs von Kroatien und Ungarn bei Bundeskanzler Faymann

Bundeskanzler Werner Faymann setzt vor Weihnachten noch starke außenpolitische Akzente. Am 13. Dezember empfängt er die kroatische Ministerpräsidentin Jadranka Kosor zu einem Arbeitsmittagsessen, einen Tag später, am 14. Dezember, trifft er mit Ungarns Ministerpräsidenten Viktor Orban zu einem Arbeitsgespräch im Bundeskanzleramt zusammen.

Themen sind unter anderem die EU-Beitrittsverhandlungen mit Kroatien, Korruptionsbekämpfung und weitere Maßnahmen zur Bewältigung der Wirtschaftskrise.

Fischer in Kasachstan: Treffen mit Präsident Nasarbajew

Im Anschluss an das OSZE-Gipfeltreffen in der kasachischen Hauptstadt Astana absolvierte Bundespräsident Heinz Fischer am 3. Dezember einen bilateralen Arbeitsbesuch bei Staatspräsident Nursultan Nasarbajew. Beide Seiten unterstrichen die guten bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Österreich sei ein „wichtiger Partner im europäischen Raum“, sagte Nasarbajew. Das Innovationsprogramm der kasachischen Industrie „Weg nach Europa“ biete Chancen für Österreich. Die Flugroute der Austrian Airlines nach Astana bringe wichtige Passagierströme nach Asien. Nasarbajew betonte auch, dass Kasachstan Erdöl nach Österreich liefere und 92 Joint Ventures mit österreichischen Partnern bestünden.

Fischer sprach von einem „sehr wichtigen, erfreulichen und erfolgreichen Besuch“, dem ersten eines österreichischen Staatsoberhauptes in Kasachstan. Dieses biete viele Bodenschätze, Österreich wiederum könne modernste Technologie und Erfahrungen im Spitalsbereich und im Infrastruktursektor einbringen. Im Energiebereich sei die „OMV der Partner“ auf österreichischer Seite, so Fischer.

Österreich und Deutschland luden zu Balkan-Konferenz in Berlin

Außenminister Michael Spindelegger und sein deutscher Amtskollege Guido Westerwelle haben am 10. und 11. Dezember gemeinsam zu einer hochrangig besetzten Westbalkan-Konferenz nach Berlin geladen. Anwesend waren die Vize-Regierungschefs bzw. Außenminister aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, dem Kosovo, Kroatien, Mazedonien und Montenegro. Vor Beginn der Konferenz führte Spindelegger ein Gespräch mit dem deutschen Bundespräsidenten Christian Wulff.

Der erste Konferenztag fand in der Österreichischen Botschaft in Berlin statt, der zweite Tag diente den Gesprächen im kleinen Kreis und wurde in den Räumlichkeiten des Mitveranstalters Aspen Institut abgehalten. Ziele der Konferenz waren u.a. die Intensivierung des Dialogs zwischen den Staaten in der Region und ein Vorantreiben der EU-Integration des Westbalkans. Spindelegger bekannte sich erneut klar zur EU-Perspektive für die Länder des Westbalkan. „Europa ist nicht vollständig ohne diese Länder. Sie gehören dazu“, betonte der Außenminister.

Spindelegger kündigte eine Integrationskonferenz unter Teilnahme der Türkei für Anfang 2011 in Wien an. Weiters avisierte er eine neue Initiative in der EU-Donauraum-Strategie und ein Regionalforum des Weltwirtschaftsforums Davos, das sich mit dem Donauraum, der Schwarzmeerregion und Zentralasien als besonderem Wirtschaftsraum befassen und am 8. und 9. Juni ebenfalls in Wien stattfinden wird. Anlässlich des Internationalen Tages der Menschenrechte am 10. Dezember bezeichnete Spindelegger in einer Aussendung Religionsfreiheit als ein „grundlegendes Menschenrecht“ und will sich auf europäischer Ebene für eine Initiative zum Schutz der Religionsfreiheit sowie religiöser Minderheiten einsetzen.

Außenminister Spindelegger im Sudan

Außenminister Michael Spindelegger sieht vor dem für 9. Jänner im Sudan geplanten Referendum über eine mögliche Abspaltung des Südens vom Norden „große Fortschritte“ bei der Organisation der Abstimmung und der Wählerregistrierung. Das Referendum könne daher mit Ausnahme der Region Abjei wie geplant stattfinden, so Spindelegger. In Khartoum ist der Außenminister am 8. Dezember mit Vertretern beider Landesteile sowie mit Südafrikas Ex-Präsidenten Thabo Mbeki zusammengetroffen, der als internationaler „Mediator“ in dem Konflikt vermitteln soll.

WIRTSCHAFT

D-A-CH-Reformbarometer: Österreich legte bei Reformen zu

Im Dreiländer-Vergleich des so genannten D-A-CH-Reformbarometers hat Österreich den größten Sprung geschafft und ist knapp hinter der Schweiz auf Rang zwei gelandet. Deutschland rutschte vom ersten Platz im Jahr 2009 auf den dritten ab.

Österreich sei bei seinen Reformbemühungen zwar „kein Vorzugsschüler“, im Dreiländer-Vergleich habe sich die Bundesregierung heuer jedoch „gut geschlagen“, resümierte Christoph Schneider, Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), bei der Präsentation der aktuellen Daten am 6. Dezember in Berlin.

„Mit dem Bundesfinanzrahmengesetz schlägt die Bundesregierung ganz neue Wege im Bereich der Haushaltspolitik ein“, sagte Schneider. Auch die geplante Abschaffung der Kreditvertragsgebühr schlage sich positiv nieder. Gedämpft werde die Bewertung Österreichs durch die bedarfsorientierte Mindestsicherung mit zusätzlichen Kosten in Höhe von über 200 Mio. Euro.

Österreich konnte im Dreiländer-Vergleich in den vergangenen 12 Monaten mit der besten Performance aufwarten. Hier stieg das Reformbarometer zwischen Oktober 2009 und September 2010 um 5,3 Punkte von 107,8 auf 113,1 Indexpunkte.

Die Schweiz legte um 4,2 Punkte zu und erreichte mit 114,4 Punkten knapp vor Österreich den ersten Platz. Deutschland verlor 2,9 Punkte und fiel mit 108,1 Punkten auf den letzten Rang.

Das D-A-CH-Reformbarometer misst die Reformdynamik Deutschlands, Österreichs und der Schweiz in der Arbeitsmarkt-, Sozial- sowie Steuer- und Finanzpolitik seit 2002.

Arbeitsmarkt: Weniger Jobsuchende, mehr Beschäftigte im November

Die Lage am heimischen Arbeitsmarkt hat sich auch im November weiter erholt: Die Zahl der Arbeitslosen ging im Jahresvergleich um 13.399 oder 5,2 % auf 244.346 Jobsuchende zurück. Zählt man die 73.101 in Schulung befindlichen Personen dazu, waren zu Monatsende 317.447 Menschen ohne Arbeit – um 19.080 Betroffene weniger als vor einem Jahr. Mit 60.000 neuen Arbeitsplätzen (+1,9 %) wurde der Beschäftigungsrekord vom Jahr 2008 um rund 7.300 Jobs übertroffen, wie das Sozialministerium am 1. Dezember mitteilte.

Die Arbeitslosigkeit ging in allen Branchen zurück, insbesondere in der Industrie mit minus 27 % auf 22.555 Betroffene. Aber auch im Bau (minus 6,6 %) und im Handel (minus 5,9 %) sank die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich. Bei Männern sank die Arbeitslosigkeit mit minus 8,4 % deutlich stärker als bei Frauen mit minus 1,3 %. Bei Jugendlichen ging die Arbeitslosigkeit um 8,4 % auf 38.869 Personen zurück. 2,1 % weniger Lehrstellensuchenden standen im November 2 % mehr offene Lehrstellen gegenüber. Nach Bundesländern sank die Arbeitslosigkeit in allen Ländern mit Ausnahme Wiens.

Die Arbeitslosenquote nach nationaler Berechnung betrug im November 6,7 %, um 0,4 Prozentpunkte weniger als vor einem Jahr. Die Quote bei Älteren fiel um 0,3 Prozentpunkte auf 7,2 %. Bei den Langzeitarbeitslosen fiel der Rückgang mit minus 24,6 % besonders deutlich aus.

Laut endgültigen Zahlen vom November waren mit 3.405.449 Personen um 1,62 % oder um 54.443 Menschen mehr unselbständig erwerbstätig als im Vorjahresmonat, meldete der Hauptverband der Sozialversicherungsträger am 2. Dezember. Der Beschäftigtenstand ist in allen Bundesländern gestiegen.

OeNB erhöht Prognose: Wirtschaft wächst 2011 um 2,1 Prozent

Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) ist für die weitere Wirtschaftsentwicklung in Österreich optimistischer als noch zur Jahresmitte und hat ihre Wachstumsprognosen am 3. Dezember erhöht: Für 2010 wird mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 1,9 % gerechnet, im Juni waren es noch 1,6 %. 2011 rechnet man mit einem Wirtschaftswachstum von 2,1 % (Juni: 1,8 %) und für 2012 werden 2,3 % (2,1 %) prognostiziert. Getragen werde der Aufschwung vor allem von den Exporten. Ende 2011 würden die Ausfuhren wieder das Niveau vor der Krise erreichen. Das Sparpaket dämpfe den privaten Konsum und beschleunige vorübergehend den Preisauftrieb, so die OeNB-Experten.

In Summe fällt das BIP-Wachstum dadurch um einen halben Prozentpunkt geringer aus. Dennoch lobte OeNB-Chef Ewald Nowotny die Sanierungsbemühungen der Bundesregierung, forderte jedoch gleichzeitig den Abbau des bestehenden Schuldenberges. Dieses Ziel sei freilich „ambitioniert“ und „schwierig“, kündigte Nowotny.

Die Ausweitung der Beschäftigung wird sich in den kommenden beiden Jahren fortsetzen.

KULTUR MEDIEN WISSENSCHAFT**Stockholm: Alternativer Nobelpreis an Amazonas-Bischof Erwin Kräutler**

Der aus dem österreichischem Bundesland Vorarlberg stammende Bischof der brasilianischen Amazonas-Diözese Xingu, Erwin Kräutler, hat am 6. Dezember einen der diesjährigen Alternativen Nobelpreise (Right Livelihood Awards) erhalten. In seiner Rede anlässlich der Überreichung im Schwedischen Reichstag in Stockholm zog der 71-jährige Preisträger ein Resümee über seinen mittlerweile 45 Jahre dauernden Kampf gegen die ökologische und soziale Zerstörung des Amazonas-Gebietes.

Kräutler schilderte die Bedrohung des Amazonas durch verschiedene Energie- und Industrieprojekte dabei in dramatischen Worten: In Bezug auf die Bewohner seiner Diözese, insbesondere die indigene Bevölkerung, sagte Kräutler: „Diese Menschen wissen sehr genau, dass sie nicht überleben werden, wenn Amazonien weiterhin verachtet und vernichtet wird. Und sie wissen, dass dem Planeten Erde durch diese Zerstörung unumkehrbare Folgen entstehen werden. Dies wird die wahre Apokalypse sein“.

Der Bischof sagte, er nehme den Preis im Namen all seiner Mitstreiter und der einheimischen Bevölkerung in Amazonien entgegen. Er erinnerte außerdem an jene „Dutzenden Menschen, die ihr Leben hingegeben haben, deren Blut vergossen wurde, die brutal ermordet wurden, weil sie sich der systematischen Zerstörung Amazoniens widersetzt haben“.

Right-Livelihood-Gründer Jakob von Uexküll sagte in seiner Würdigung der diesjährigen Preisträger zu Kräutler, dieser habe sich in seinem Kampf für die Gewährung von vollen Verfassungsrechten für indigene Bevölkerungsgruppen, seinen Aktionen gegen Kindermissbrauch sowie durch die Mobilisierung von Widerstand gegen den Belo-Monte-Staudamm mächtigen Interessen widersetzt und dabei oftmals persönlichen Gefahren ausgesetzt. „Bischof Erwin Kräutler ist ein Leuchtturm - nicht nur in seiner Diözese, sondern international.“

Neben Bischof Kräutler wurden heuer der nigerianische Umweltschützer Nnimmo Bassey, die Selbsthilfeorganisation Sappros Nepal und ihr Vorsitzender Shrikrishna Upadhyay sowie die Organisation „Physicians for Human Rights-Israel“ (Mediziner für Menschenrechte/Israel) ausgezeichnet. Der „Right Livelihood Award“ wird seit 1980 vergeben. Er ist heuer mit 200.000 Euro dotiert.

Alarmierende PISA-Studie für Österreich fordert die Regierungskoalition

Minus 20 Punkte im Haupttestgebiet „Lesen“ gegenüber der PISA-Studie 2006: Mit diesem Ergebnis verzeichnete Österreich bei der neuen, am 7. Dezember präsentierten Studie 2009 einen veritablen Absturz - der allerdings laut OECD „mit Vorbehalt“ zu beurteilen sei. Grund: Die Daten entsprächen zwar den technischen Standards der OECD, man könne aber nicht ausschließen, dass ein Boykottaufruf während der ersten Testwoche die Schülerinnen und Schüler beeinflusst bzw. die Rahmenbedingungen verschlechtert haben könnte.

Bei den vergangenen PISA-Studien erreichten die österreichischen Schüler beim Lesen jeweils in etwa gleich viele Punkte (2000: 492, 2003: 491, 2006: 490). Damit lag Österreich bisher immer signifikant unter dem OECD-Schnitt, 2009 finden sich von den OECD-Ländern nur mehr die Türkei, Chile und Mexiko hinter Österreich - wobei der OECD-Schnitt selbst zwischen 2000 und 2009 aufgrund der Aufnahme neuer Länder von 500 auf 493 Punkte gesunken ist.

In der Mathematik dürften die österreichischen Schüler - nach OECD-Lesart - motivierter gewesen sein. Hier erreichte man in der aktuellen Studie 496 Punkte - und damit genau den OECD-Schnitt (Platz 18). Das entspricht einem Minus von neun Punkten gegenüber 2006 (wobei auch hier der OECD-Schnitt zwischen 2006 und 2009 um zwei Punkte gesunken ist). 2003 erreichte Österreich in Mathe 506 Punkte, 2000 waren es 503.

In den Naturwissenschaften kamen die österreichischen Schülerinnen und Schüler auf 494 Punkte und damit 17 weniger als 2006. Damit verschlechterten sie sich von einem Ergebnis, das signifikant über dem OECD-Schnitt lag, auf eines signifikant darunter (OECD-Schnitt 2009: 501). Auffällig: Das Naturwissenschafts-Ergebnis war schon immer stark schwankend: 2000 erreichten die österreichischen Schülerinnen und Schüler 505 Punkte, 2003 491 und 2006 511 Punkte. In den Naturwissenschaften sind die 494 Punkte damit kein Tiefstwert.

Besonders dramatisch ist die Entwicklung bei den sogenannten „Risikoschülern“: 2009 konnten bereits 28 Prozent aller Getesteten gegen Ende ihrer Pflichtschulzeit nur unzureichend sinnerfassend lesen - 2006 war dieser Anteil erst bei 21,5 Prozent gelegen. 2009 gehörten bereits 15 Prozent der Schüler in allen drei Testgebieten zur Risikogruppe, 2006 waren es erst zehn Prozent gewesen.

Das Ausmaß des Rückgangs der Schülerleistungen umreißt Günter Haider, Leiter des Bundesinstitut für Bildungsforschung (BIFIE), mit einem Beispiel: Gehe man von insgesamt 60 Leseaufgaben aus, bedeute ein Rückgang um 20 Punkte in etwa, dass im Schnitt statt 40 nur mehr 37 Fragen richtig gelöst werden. In Schuljahren lasse sich der Rückgang gerade beim Lesen nicht gut messen, weil im Testalter kaum noch Lesekompetenz erworben werde. Der zwischen 2000 und 2009 gestiegene Migrantenanteil (von elf auf 15 Prozent) kann das Absinken auch nur teilweise erklären und mache „höchstens drei Punkte“ aus, so BIFIE-Expertin Claudia Schreiner.

Bei seiner ersten Teilnahme an der Bildungsstudie PISA erzielte Shanghai (Volksrepublik China) in allen abgefragten Bereichen den Spitzenplatz, was für die Sinologin Barbara Mittler von der Uni Heidelberg keine Überraschung darstellt: „Das chinesische Schulsystem ist sehr auf Büffeln und Disziplin ausgelegt, dabei kommen Höchstleistungen heraus“, meinte sie trocken. Zusätzlich werde stark auf Elitenbildung in eigenen Kaderschulen gesetzt - und die besten darunter seien in den größten Städten des Landes zu finden, etwa in Peking oder eben in Shanghai. „Das ist wie Harvard im Schulformat“, so Mittler.

Das „Büffeln“ beginne in China bereits im Kindergarten. Schon bei den Volksschulen beginne dann die Unterteilung in die Kaderschulen für „die Besten der Besten“, schildert Mittler. Dabei gebe es ein starkes Stadt-Land-Gefälle: „Prinzipiell kann sich ein Kind von einer Landschule durch Leistung an eine Stadtschule hocharbeiten - aber das passiert sehr selten“. Nach der sechsjährigen Volksschule folge die in zweimal drei Jahre unterteilte Mittelschule. Nach neun Jahren sei die Schulpflicht vorbei, wer die weiteren drei Jahre absolviere, schließe mit der Matura ab.

Bei der Mittelschule handle es sich organisatorisch um eine Gesamtschule. Durch die Unterteilung in Kader- und normale Schulen sei das System aber eher mit einer Differenzierung in AHS und Hauptschule vergleichbar, so Mittler. Schule sei in China jedoch generell ein viel rigoroseres System als etwa in Deutschland, auch bei Klassenarbeiten werde mehr verlangt. Das Ziel sei dabei Auswendiglernen und Wiedergeben von Information.

Beim PISA-Test schnitt nicht nur Shanghai hervorragend ab, auch andere asiatische Staaten wie Südkorea oder Japan erreichten in den diversen Kategorien Spitzenplätze, in Europa sind bei „Lesekompetenz“ die finnischen

Schülerinnen und Schüler führend, in Amerika die kanadischen.

Die alarmierenden PISA-Ergebnisse für Österreich kamen nicht überraschend. Schon seit Monaten wird innerhalb der SPÖ-ÖVP-Regierungskoalition um eine gravierende Verbesserung des Schulsystems gerungen. Koalitionskoordinator Josef Ostermayer (SP) rechnet damit, dass sich die Koalition 2011 auf eine Bildungsreform, wie von Bundeskanzler Werner Faymann angekündigt, einigen kann. Der ÖVP wolle man klarmachen, dass die Gesamtschule der 10- bis 14-jährigen „der richtige Weg“ sei. Davon hält VP-Generalsekretär Fritz Kaltenecker allerdings wenig. Die ÖVP werde spätestens Anfang 2011 ein eigenes Bildungskonzept vorlegen, das vor allem auf Verbesserungen in Volksschule und Kindergarten gerichtet sei. Gerade weil Österreich im Test bei der Lesekompetenz so schlecht abgeschnitten habe, müsse eine eigene Sprachschule in der Volksschule auch in Form eines verpflichtenden Deutsch-Förderunterrichts entstehen.

Wissenschaftsministerin Beatrix Karl schlägt einen verpflichtenden Förderunterricht am Nachmittag für Schülerinnen und Schüler mit Schwächen vor.

Seit langem kämpft Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) für eine Ausweitung der „Neuen Mittelschule“, die als „Vorstufe“ zur Gesamtschule gilt. Sie erhält dabei aus den Bundesländern positive Resonanz.

Bundeskanzler Faymann hat nach dem Ministerrat am 7. Dezember betont, dass über die Themen gemeinsame Schule, Ganztagschule, Lehrerbildung und neues Lehrendienstrecht im kommenden Jahr harte Diskussionen im Interesse der Bildung der Kinder in Österreich geführt werden müssten. Konzepte seien genug gewechselt, 2011 stünden Entscheidungen an. Zu den Ergebnissen des PISA-Tests sagte der Kanzler, dass diese die Notwendigkeit einer Bildungsreform verdeutlichten. Vor allem sei die Einführung der gemeinsamen Schule der 10- bis 14-jährigen voranzutreiben. Bildungsexpertinnen und Experten würden diese Schulform empfehlen und in Europa gebe es nur wenige Länder, die keine gemeinsame Schule hätten. Diese sei einer der wichtigsten Bausteine für eine bessere Bildung, weil sie Chancengleichheit ermögliche. Eine frühere Trennung der Kinder trage nicht zur Steigerung der Gesamtleistung bei. Ein Zwischenschritt sei die „Neue Mittelschule“, deren Ausbau von allen Beteiligten gewünscht werde. Besonders jene, die nach Spitzenleistungen riefen, müssten für die gemeinsame Schule sein, denn diese erhö-

he die Basis, von der aus Spitzenleistungen erfolgen könnten. Die Bildungsreform müsse unabhängig von parteipolitischen Interessen vorangetrieben werden. Die Reform beginne bei der Kinderbetreuung als Bildungseinrichtung – Stichwort Vorschuljahr – und reiche bis zur Studienplatzfinanzierung. Den Ausbau der Ganztagschule hob der Kanzler besonders hervor; dafür stünden 80 Mio. Euro pro Jahr bis 2014 an Offensivmitteln zur Verfügung.
www.bifie.at/PISA

Biennale Kairo: Ulrike Müller vertritt Österreich

Bei der 12. Biennale in Kairo von 12. Dezember bis 12. Februar wird Österreich mit einer neuen Werkserie von Ulrike Müller vertreten sein. Kommissär Achim Hochdörfer wählte die in Vorarlberg geborene und in New York lebende Künstlerin und Mitherausgeberin des feministischen Kunstmagazins LTTR, die für die wichtigste Kunstschau Ägyptens 18 Emaille-Bilder und drei größere Teppiche konzipierte. Müller thematisiere „das Spannungsverhältnis zwischen innerer Realität, Projektion und Wahrnehmung“, so Kulturministerin Claudia Schmied, die sich überzeugt zeigte, dass der „Kunststandort Österreich mit den Arbeiten der internationalen agierenden Künstlerin bestens präsentiert“ werde.

Als assoziativer Bezugspunkt dient Müller Ingeborg Bachmanns unvollendeter Roman „Der Fall Franza“, der zum Teil auf eine Ägyptenreise Mitte der 60er Jahre zurückgeht. In ihren Beobachtungen und Schilderungen kritisierte Bachmann patriarchalische Gewalt, aber auch die Beziehungen zwischen westlicher und ägyptischer Kultur.

Müller habe – so Schmied – diese Kritik in Bildmuster überführt und in ihnen „komplexe Affekt- und Gewaltstrukturen“ umgesetzt: „Linien und Formen berühren sich, dringen ein, laufen auseinander, verschlingen sich, lassen sich gehen und lösen sich auf.“

Müller, die ihre künstlerische Arbeit „als Weiterführung und Erweiterung feministischer Fragestellungen“ verstehe, benutze hier die Technik des gebrannten Emaille, sonst nutze die an der Akademie der bildenden Künste in Wien ausgebildete Künstlerin auch Text, Audio- und Video-Installationen sowie in jüngerer Zeit kleinformatige Zeichnungen.

Achim Hochdörfer ist seit 2001 Kurator am Museum Moderner Kunst Stiftung Ludwig Wien (MUMOK). Derzeit bereitet er für das MUMOK eine Ausstellung mit Tacita Dean (März 2011) und eine Retrospektive von Claes Oldenburg (Februar 2012) vor.

Graz: „manuskripte“ feierten Jubiläum

Im Grazer Literaturhaus gab es am 3. Dezember gleich zwei Anlässe zum Feiern: So wurde die Ausstellung „Peter Handke und die manuskripte“ eröffnet und das „manuskripte“-Jubiläumsheft, eine Prachtnummer in zwei Bänden, zum 50-jährigen Bestehen präsentiert. Im Zentrum stand Alfred Kolleritsch, der Herausgeber seit der ersten Nummer. Unter zahlreicher Dichterprominenz würdigte der Leiter des Literaturhauses Gerhard Melzer „die Lebensleistung von Alfred Kolleritsch und seinen liebevollen Umgang mit der Literatur“. Kurator Klaus Kastberger, der die „Peter Handke: Werkschau“ von Wien nach Graz transferierte, bedankte sich für die „schönste Einbettung“ seiner Ausstellung, die es in einem literarischen Umfeld geben könne, denn Handke und die „manuskripte“ gehörten untrennbar zusammen. Graz sei laut Kastberger für den Autor ein „Passagenort“. Zudem habe Handke mit Alfred Kolleritsch und dem Maler Peter Pongratz hier zwei langjährige Freunde.

Die „Grazer Zeit“ von Handke gibt einen guten Einblick in die 1960er-Jahre der Landeshauptstadt: Das Entstehen der „Grazer Gruppe“ beispielsweise, die mit der Freundschaft zu den Kollegen Wolfgang Bauer, Gunter Falk und den anwesenden Klaus Hoffer und Wilhelm Hengstler einherging.

Kolleritsch, sichtlich gerührt, erklärte, er habe es den ganzen „manuskripte“-Autoren zu verdanken, dass er die 50 Jahre Herausgeberschaft „durchhalten“ habe können: „Das wird auch weiterhin so bleiben, da sich sehr gut die jungen mit den älteren Autoren mischen, wie das Jubiläumsheft zeigt“. Neben dem aktuellen Heft gibt es den „manuskripte-Teil“ der Ausstellung zu bestaunen, den der Grazer Germanist Kurt Bartsch kuratierte. Hierbei werden erlesene Beiträge aus den mittlerweile 190 Heftnummern ausgestellt, u.a. von Elfriede Jelinek, Friederike Mayröcker, Ernst Jandl und Vaclav Havel.

Zum Fest fanden sich unter den Gratulanten die Schweizer Autoren Urs Widmer und Jürg Lederach, die Deutsche Angela Krauss sowie die Österreicher Robert Menasse, Clemens Setz oder Günter Eichberger ein. Am 4. Dezember erreichte das „manuskripte“-Fest seinen Höhepunkt: Im Grazer Schauspielhaus wurde zum „Weiterschreiben. Ein Parcours durch fünf Jahrzehnte manuskripte“ geladen. Über 140 Autoren und Verleger kamen, u.a. Handke selbst und Peter Turrini sowie die Suhrkamp-Chefin Ulla Berkewicz und der Medienzar Hubert Burda. www.literaturhaus-graz.at.

SPORTPOLITIK**Spitzensportförderung des Bundes wird 2011 auf vier Millionen aufgestockt**

Großen Anklang fand der erste „TEAM ROT-WEISS-ROT“-Aktionstag, der am 2. Dezember im Haus des Sports stattfand.

Moderator Edi Finger konnte trotz widriger Wetterverhältnisse rund 70 Spitzensportlerinnen und -sportler, darunter etliche Welt- und Europameister aus den verschiedensten Disziplinen, im Spiegelsaal begrüßen.

Sportminister Norbert Darabos unterstrich als Gastgeber die bedeutende Rolle des TEAMS ROT-WEISS-ROT als öffentlichkeitswirksame Plattform. Darabos: „Das TEAM ROT-WEISS-ROT, das aus den 450 besten Athletinnen und Athleten gebildet wird, steht für einen neuen Zusammenhalt im österreichischen Sport und soll diesen auch nach außen tragen. Alle Mitglieder dieses Teams sind große Persönlichkeiten und damit Vorbilder, vor allem für junge Menschen. Ich bin jedenfalls stolz darauf, dass sie sich neben dem Sport auch in den Dienst der Sache stellen und mit uns gemeinsam für soziale und gesellschaftliche Themen kämpfen, wie in der aktuellen Kampagne „Lass dich nicht versteinern – Bewegung dich!“.

Der Sportminister konnte den Anwesenden sehr Erfreuliches berichten, zumal die Mittel der Spitzensportförderung des Bundes im Jahr 2011 von 3,5 Millionen auf 4 Millionen Euro aufgestockt werden.

Im Rahmen der Veranstaltung wurde auch der TRWR-Beirat, dem Prof. Hans Holdhaus vorsteht, bzw. dessen Tätigkeit näher vorgestellt. Ein beeindruckendes Impulsreferat von Skispringer-Legende Hubert Neuper zum Thema „Wie kann ich als Sportler mit Höhen und Tiefen umgehen?“ stieß auf große Begeisterung.

Abgerundet wurde der Aktionstag, dem im nächsten Jahr weitere im Westen und Süden Österreichs folgen werden, durch ein Medientraining und die Präsentation der aktuellen TV-Spots.

Erfreuliche Bilanz über Sportjahr 2010: Siege und Medaillen zu jeder Jahreszeit

Das Sportjahr 2010, das nun allmählich schon wieder zu Ende geht, war für den österreichischen Sport ein höchst erfolgreiches.

Bei den Olympischen Winterspielen in Vancouver gewannen Österreichs Athletinnen und Athleten 16 Medaillen. In mehr als der Hälfte der Sportarten, an denen Österreich teilgenommen hat, konnten Top-3-Platzierungen

errungen werden. Es gab in Vancouver einige historische Leistungen: So fuhr Andrea Fischbacher im Super-G der Damen den Lauf ihres Lebens und ließ alle Top-Favoritinnen hinter sich. Den Brüdern Andreas und Wolfgang Linger gelang im Rodel-Doppelsitzer-Bewerb das bei Olympia äußerst seltene Double und die Skispringer, Kombiniierer und auch Biathleten bewiesen eindrucksvoll, dass in Österreich der Teamsport groß geschrieben wird. Erfreulich war, dass Aushängeschilder in den jungen, trendigen Sportarten Ski Cross und Snowboard mit ihren Erfolgen für Österreich wichtige Akzente für die Jugend setzen konnten.

Eines der großen Sportereignisse dieses Jahres war unbestritten die Handball-EM, die im Jänner in Österreich stattfand. Mit dem neunten Endrang und Siegen gegen große Handball-Nationen wie Serbien und Russland gelang der heimischen Mannschaft ein „großer Wurf“. Mindestens ebenso sensationell war der Europameistertitel des österreichischen Hallenhockey-Teams in Holland.

Auch andere „Heim“-Events dieses Jahres, etwa die Judo-EM im April und die Kletter-EM im September, brachten aus heimischer Sicht schöne Erfolge.

Historische Leistungen gelangen dem „Sportler des Jahres 2010“, Jürgen Melzer: Neben seinem sensationellen Semifinaleinzug in Paris und seiner Titelverteidigung beim Wiener Stadthallenturnier gelang Melzer mit seinem deutschen Partner Philipp Petzschner der Sieg im Doppeltturnier in Wimbledon.

Darüber hinaus gab es 2010 auch Triumphe der österreichischen Segler, Tischtennis-Asse, Mountainbiker, American FootballerInnen, Kanuten und Schwimmer.

Besonders erwähnenswert sind auch die Top-Leistungen des kleinen Teams bei den ersten Youth Olympic Games in Singapur, aber auch der Delegation bei den Paralympics - die vollständige Auflistung sämtlicher rotweißbroten Erfolge im Laufe des Jahres 2010 scheidet hier aus Platzgründen!

Und auch der erfolgreiche Auftakt in die neue Wintersaison, mit Siegen der Ski-Alpinen, Skispringer, Snowboarder, Nordischen Kombiniierer und mit Spitzenplätzen der Biathleten schürt die Vorfreude auf die kommenden Weltcupbewerbe.

Die sportlichen Highlights aus österreichischer Sicht sind 2011 mit Sicherheit die Volleyball-EM und die Weltmeisterschaften im American Football und im Faustball, die allesamt in Österreich ausgetragen werden.